

Franziska Klemstein

DENKMALPFLEGE ZWISCHEN SYSTEM UND GESELLSCHAFT

Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse
in der DDR (1952–1975)



[transcript]

Public History –
Angewandte Geschichte

Franziska Klemstein
Denkmalpflege zwischen System und Gesellschaft

Franziska Klemstein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bauhaus-Universität Weimar. Sie studierte Kunstgeschichte und Geschichte an der Freien Universität Berlin und der Vrije Universiteit Amsterdam sowie Kunstwissenschaft und Kunsttechnologie an der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Architekturgeschichte und Denkmalpflege sowie in der Bildwissenschaft und den Digital Humanities.

Franziska Klemstein

Denkmalpflege zwischen System und Gesellschaft

Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR (1952-1975)

[transcript]

Das Dissertationsprojekt wurde gefördert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Diese Publikation wurde aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Technischen Universität Berlin unterstützt.

Zugl.: Berlin, Technische Universität, Diss., 2020.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Franziska Klemstein**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Bellin, Erfahrungsaustausch von Denkmalpflegern, Bundesarchiv, Bild 183-1987-1228-008 / Wolfried Pätzold / CC-BY-SA 3.0

Lektorat & Satz: Text- & Graphikbüro Birgit A. Rother

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5779-1

PDF-ISBN 978-3-8394-5779-5

<https://doi.org/10.14361/9783839457795>

Buchreihen-ISSN: 2700-8193

Buchreihen-eISSN: 2703-1357

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Großeltern.

Inhalt

Danksagung	11
1. Einleitung	13
Thema und Zielstellung	13
Fragestellung und Arbeitsthesen	15
Forschungsstand, Quellen- und Archivlage	16
Methodische Herangehensweise	19
Aufbau der Publikation	21
2. Prolog: Die Debatte um das Berliner Schloss	25
2.1 Positionen im Zeichen des Neuanfangs	28
Denkmalpflege, Architektur und Städtebau in der öffentlichen Wahrnehmung	29
Aufbau und Ideologie	32
Der Kampf um Zuständigkeiten	35
2.2 Handelnde Akteure	46
Gerhard Strauss	50
Richard Hamann	55
Johannes Stroux	57
Hans Scharoun	58
Walter Hentschel	60
Wolf Schubert	62
2.3 Fazit zum Prolog	64

3. Denkmalpflege im (Wieder-)Aufbau 1952–1960	71
3.1 Transitionsprozesse von Kulturpolitik und Denkmalpflege	71
Zusammenfassung	82
3.2 Denkmalpflege zwischen Zentralisierung und Autonomie	82
3.2.1 Denkmalpflege und staatliche Strukturen im Wandel	84
3.2.2 Denkmalpflege als Gesellschaftsaufgabe oder Staatsauftrag	110
Zusammenfassung	115
3.3 Akteure im Gefüge der Denkmalpflege	116
3.3.1 Direktor gesucht	117
3.3.2 Konservatorengespräche – Teil 1	136
3.3.3 Planlose Denkmalpflege?	163
Zusammenfassung	195
4. Zwischenfazit zum ersten Untersuchungszeitraum 1952–1960	197
5. Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung 1961–1975	199
5.1 Revisionen und Variationen:	
Denkmalpflege zwischen Kulturpolitik und Ökonomisierung	201
Zusammenfassung	218
5.2 Zwischen Umformung und Neuausrichtung	219
5.2.1 Analyse und Selbstreferenz: „Denkmalpflege in unserer Zeit“	220
5.2.2 Planbarkeit, Anpassung und Entwicklung	235
Zusammenfassung	255
5.3 Akteure zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung	257
5.3.1 Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung	258
5.3.2 Konservatorengespräche – Teil 2	288
5.3.3 Zwei unter Vielen. Ludwig Deiters und Fritz Rothstein	314
Zusammenfassung	342
6. Zwischenfazit zum zweiten Untersuchungszeitraum 1961–1975	345

7. Resümee	349
Fragestellung und Ergebnisse der Publikation	349
Methodische Überlegungen I:	
Vorteile und Grenzen des Akteur-Struktur-Modells	358
Methodische Überlegungen II:	
Die Nutzung von Graphdatenbanken	360
Bedeutung der Publikation und zukünftige Forschungen	360
Verzeichnisse	363
Ungedruckte Quellen	363
Literatur- und Quellenverzeichnis	366
Zeitungsartikel	376
Gesetzblätter	379
Internetquellen	380
Abbildungsverzeichnis und -nachweis	384
Anhang I: Zeitzeugengespräch mit Ludwig Deiters	389
Anhang II: Personenübersicht	403

Danksagung

Niemals hätte ich geahnt, was für eine Zeit vor mir liegt, als ich im Winter 2014 die ersten Schritte auf dem Weg zu dieser Arbeit nahm. Hätte ich es gewusst, hätte ich den Schritt wohl kaum gewagt. Doch dann wären viele Erfahrungen und interessante Gespräche sowie viele Zufälle und Begebenheiten ausgeblieben. Auf diesem Weg haben mich viele Menschen begleitet. Allen gilt dafür mein herzlicher Dank.

Danken möchte ich zuallererst den Gutachter:innen meiner Dissertation: Kerstin Wittmann-Englert und Christoph Bernhardt. Zu Beginn dieser Arbeit war es Kerstin Wittmann-Englert, die durch gezielte Fragen und ihre immerwährende Unterstützung und Gesprächsbereitschaft nicht nur das Vorhaben förderte, sondern mir auch das Vertrauen in mich selbst gab, dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Christoph Bernhardt konnte ich in einem etwas fortgeschrittenen Stadium der Arbeit für die Zweitbetreuung gewinnen. Auch er trug durch Gespräche, Anmerkungen und Kritik zum Gelingen der Arbeit bei. Beide haben mir die Freiheit gelassen, ab und an andere Wege zu gehen, als sie in der Kunstgeschichte und Denkmalpflege bislang üblich waren.

Zum Gelingen dieser Arbeit haben nicht zuletzt die vielen Gespräche mit Zeitzeug:innen und Akteur:innen aus Architektur und Denkmalpflege beigetragen. Genannt seien hier insbesondere: Ludwig Deiters, Bruno Flierl, Thomas Flierl, Peter Goralczyk, Ewald Rothstein, Stefan Wollmann, Hubert Staroste, Isolde Stark und Wolfgang Wolters.

Ebenso sei den Archiven und ihren Mitarbeiter:innen gedankt. Zu nennen sind hier die Mitarbeiter:innen des Bundesarchivs in Berlin sowie Kerstin Claesens vom Referat Dokumentation des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums. Darüber hinaus sei Nils Jörn, Leiter des Archivs der Hansestadt Wismar, Kathrin Haase, Sachbearbeiterin im Kreisarchiv Güstrow, Kai Drewes und Anja Pienkny vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner, Peter Bahl von der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V. und Petra Kraetzer von der Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen (BSTU) gedankt.

Kirsten Angermann danke ich für ihre kritischen Fragen, ihren aufmerksamen Blick für das Gesamtwerk, ihre Diskussionsfreudigkeit und vor allem für ihre unerschöpfliche Geduld.

Für die vielen aufmunternden Gespräche über Denkmalpflege und Denkmalschutz, über die DDR, über Neo4j, Wikidata und die Digital Humanities sowie über Politik, Gesellschaft und das Leben danke ich neben den Genannten und vielen weiteren Menschen von ganzem Herzen Gabi Dolff-Bonekämper, Jana Nathalie Burg, Swantje Dogunke, Juliane Gansera, Katharina Gutzer, Marina Heft, Markus Hilbich, Adriana Kapsreiter, Monika Motylinska, Benjamin Prinz, Martin Raspe, Andreas Schätzke, Georg Schelbert, Henning Schmidgen, Kerstin Stamm, Bianka Trötschel-Daniels, Torsten Veit, Katrin Zohr und zu guter Letzt: meiner Familie.

Franziska Klemstein, Berlin, im September 2021

1. Einleitung

Thema und Zielstellung

Obwohl bereits mehr als 30 Jahre seit dem Mauerfall vergangen sind, wurden Denkmalpflege und Denkmalschutz¹ in der DDR – besonders angesichts des Verfalls wertvoller historischer (Bau-)Substanz in Ostdeutschland – bisher nur unzureichend untersucht. Zwar sind in den letzten Jahren einige Arbeiten² entstanden, die sich einzelnen Regionen oder Projekten in der DDR widmeten, eine vergleichende und regionsübergreifende Analyse, welche die Strukturen von Denkmalpflege und Denkmalschutz und die Handlungsmöglichkeiten der Akteure³ in den Fokus rückt, fehlt bislang jedoch. Häufig verfallen die bestehenden Sichtweisen in Extreme: Entweder werden die politischen Leitlinien und Ideologien ebenso wie utopische Vorstellungen und Repressalien völlig außer Acht gelassen oder sie werden als Nebensächlichkei, die im praktischen Denkmalpflegealltag keine Rolle

-
- 1 Die Begriffe Denkmalpflege und Denkmalschutz werden häufig synonym verwendet und sind nicht völlig losgelöst voneinander zu betrachten. In dieser Publikation werden die Begriffe in der gängigen Bedeutung verwendet, wonach der Denkmalschutz die rechtlichen Rahmenbedingungen (wie Anordnungen, Verfügungen, Genehmigungen und Gesetze) umfasst, während mit dem Begriff der Denkmalpflege die Gesamtheit denkmalpflegerischer Maßnahmen beschrieben wird.
 - 2 Beispielsweise: Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*. Dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945–1961, Berlin 2003. Silke Schumacher-Lange: *Denkmalpflege und Repräsentationskultur in der DDR. Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden 1945–1989*, Hildesheim 2012. Brian William Campbell: *Resurrected From the Ruins, Turning to the Past. Historic Preservation in the SBZ/GDR 1945–1990*, Rochester/New York 2005. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade. Das institutionelle System der Denkmalpflege in der DDR untersucht am Beispiel der thüringischen Städte Erfurt, Weimar und Eisenach*. Dissertationsschrift (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg), Cottbus 2016.
 - 3 In der vorliegenden Veröffentlichung wird nur die männliche Wortform verwendet, da die institutionelle Denkmalpflege in den Führungspositionen fast ausschließlich von Männern geprägt war. Die wenigen Frauen, zu denen ausreichend Quellenmaterial vorlag, werden innerhalb der Arbeit ausführlicher dargestellt. Das trifft vor allem auf Waltraud Volk und Käthe Rieck zu, die in ihren Positionen als Ausnahmen betrachtet werden müssen.

gespielt habe, abgetan. Oder aber das diktatorische System der DDR-Regierung wird als derart konsequent und kompromisslos beschrieben, dass Denkmalpflege praktisch unmöglich gewesen sei. Die Beschränkung auf eine einzelne Region oder gar auf ein einzelnes Fallbeispiel in einigen Publikationen führte zuweilen zu stark verkürzten und zum Teil auch unzutreffenden Rückschlüssen auf „die“ Denkmalpflege der DDR im Allgemeinen.

Durch das Aufzeigen der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR sollen die Umstände und Rahmenbedingungen, unter denen – so die These dieser Arbeit – Diversität möglich wurde, in den Fokus der Untersuchung gerückt werden. Ebenso wenig, wie es heute „die“ Denkmalpflege gibt, gab es in der DDR diese Form einer einheitlichen Denkmalpflege. Gleichwohl muss zugegebenermaßen beachtet werden, dass in einem diktatorischen System, wie es die DDR war, eine kulturpolitische Leitlinie und dementsprechend auch eine politische Vorstellung existierte, in welcher Weise sich die institutionelle Denkmalpflege ebenso wie andere Akteure zu verhalten hatten.

Ziel dieser Publikation ist es, ein differenzierteres Bild der denkmalpflegerischen Denk- und Arbeitsweisen zu zeichnen. In Abgrenzung und zugleich Erweiterung zu den bisherigen Arbeiten, die sich mit denkmalpflegerischen Fragestellungen in der DDR auseinandergesetzt haben, möchte ich durch die Verwendung des Akteur-Struktur-Modells Strukturen und Handlungen stärker miteinander in Beziehung setzen und sie vor allem regional nicht begrenzen.

Dabei geht es ebenso um das Aufzeigen divergierender Vorstellungen und Ansätze im Bereich der Denkmalpflege, die zu einer regional unterschiedlichen Umsetzung denkmalpflegerischer Belange – sowohl strukturell als auch praktisch – führten. Dementsprechend ist die vorliegende Arbeit keine bauhistorische Untersuchung und keine vergleichende Objektanalyse, um die Zeitschicht der DDR-Denkmalpflege an ausgewählten Objekten zu untersuchen und zu bewerten. In diesem Sinne zielt der Prozessbegriff⁴ im Untertitel der Publikation nicht auf die Vielfalt der denkmalpflegerischen Praxis ab, sondern findet gezielt Verwendung, um einer Bewertung oder Klassifizierung des Untersuchungsgegenstandes als fortschrittlich oder rückschrittlich entgegenzuwirken. Zugleich ist es der Versuch, die Vereibarkeit von Prozessen, Akteuren und Ereignissen aufzuzeigen

4 Zu den Schwierigkeiten sowie den Potenzialen des Prozessbegriffs in den Geschichtswissenschaften, siehe: Stefan Jordan: Was sind historische Prozesse?, in: Rainer Schützeichel/Stefan Jordan (Hrsg.): Prozesse, Wiesbaden 2015, S. 71–85. Sowie: Karl-Georg Faber/Christian Maier (Hrsg.): Historische Prozesse (= Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik, Bde. 2), München 1978. Und: Rod Aya: Der Dritte Mann, oder Agency in der Geschichte, oder Rationalität in der Revolution, in: Andreas Suter/Manfred Hettling (Hrsg.): Struktur und Ereignis (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 19), Göttingen 2001.

und dabei auch gegenläufige Prozesse mit in den Blick zu nehmen. Dahingehend bezieht sich die Vielfalt denkmalpflegerischer Praxis einerseits auf Handlungsprozesse, die Akteure, Institutionen und Strukturen betrafen, und bezieht sich andererseits auch auf die Verschiebung oder Veränderung inhaltlicher Ausrichtungen und Schwerpunktsetzungen im Bereich der institutionellen Denkmalpflege der DDR.

Fragestellung und Arbeitsthesen

Die Arbeit gliedert sich in zwei Untersuchungszeiträume, die von einem Prolog angeführt werden. Während sich der erste Untersuchungszeitraum den Jahren 1952 bis 1960 und damit den Entstehungsjahren verschiedener staatlicher Strukturen widmet, konzentriert sich die Betrachtung des zweiten Untersuchungszeitraumes von 1961 bis 1975 (vorrangig) auf die Veränderungsprozesse der bereits etablierten Strukturen. Sowohl hinsichtlich der Themenfelder als auch im Hinblick auf die Akteure innerhalb der Denkmalpflege sind die beiden Zeiträume miteinander verzahnt. Zudem lassen sich einige Diskussionen, Handlungen und Strukturveränderungen innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes nur mit dem Blick auf den ersten Zeitraum nachvollziehen.

Mit der Auflösung der Länderstruktur und der Verabschiedung der *Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz)* im Jahr 1952 werden die Strukturen für das Handeln der Akteure im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR geschaffen. Zugleich stellt dies erstmals den Versuch dar, Strukturen zu festigen, weshalb das Jahr 1952 den Ausgangspunkt der vorliegenden Publikation markiert. Mit der Verabschiedung der *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale* von 1961 wird das Gefüge der Denkmalpflege den staatlichen Strukturen angepasst. Dies erfordert eine Neuorientierung der Akteure, die nun eine juristische Grundlage für ihr Handeln vorweisen können. Die Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes 1975 kennzeichnet das Ende des gesamten Untersuchungszeitraumes, da die zuvor in Verordnungen formulierten Strukturen nun eine gesetzliche Verankerung finden und sich auf diese Weise konsolidieren.

In beiden Zeiträumen steht die Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR im Zentrum. Fünf Arbeitsthesen grenzen diese ein und setzen die inhaltlichen Schwerpunkte, die in der vorliegenden Untersuchung analysiert, erörtert und ausgewertet werden. Zudem unterstützen sie die Erforschung der Handlungsmacht und der -spielräume der Akteure. Zentrale Fragen der Arbeit sind daher: Welche Handlungsmacht hatten welche Akteure? Wie viel Handlungsspielraum konnten sich diese unter bestimmten Umständen oder innerhalb spezifischer Netzwerke erkämpfen?

Daraus ergeben sich folgende fünf Arbeitsthesen:

1. Denkmalpflegerische Themen und Fragestellungen waren in der DDR von einem überaus großen Facettenreichtum geprägt.
2. Die persönlichen Netzwerke waren häufig politisch und ideologisch geprägt und trugen in hohem Maße zur Durchsetzung denkmalpflegerischer Belange bei.
3. Die Schwierigkeiten im Umgang mit dem bauhistorischen Erbe im Bereich der Denkmalpflege – insbesondere aufgrund der Theorie des dialektischen Materialismus – verstärkten die Suche nach internationalem Austausch und Vergleichswerten.
4. Denkmalpflege war eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der DDR.
5. Die Verbindung zum Heimatschutz führte zu einer ideologischen Instrumentalisierung der Denkmalpflege.

Forschungsstand, Quellen- und Archivalage

Seit dem Ende des Kalten Kriegs wurde wiederkehrend über „die“ Denkmalpflege in der DDR berichtet. Es entstanden zahlreiche Publikationen, ebenso setzten sich diverse Tagungen mit dem Thema auseinander. Dabei wurden die Diskussionen vor allem in den 1990er Jahren häufig von Zeitzeugen geprägt, die mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen den Austausch zwischen Ost und West wie auch zwischen den Generationen bereicherten.⁵ Darum, so schien es, oblag ihnen häufig die Deutungshoheit.

Seit den frühen 2000er Jahren verstärkte sich das Interesse an Forschungsthemen im Bereich der Bauplanungs-, Architektur- und Denkmalpflegegeschichte der DDR zusehends.⁶ Während sich Sigrid Brandt der Frühzeit der Denkmal-

5 Hier wären beispielsweise zu nennen: Jörg Haspel/Hubert Staroste (Hrsg.): *Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke* (= Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41), Berlin 2014. Thomas Drachenberg et al. (Hrsg.): *Denkmalpflege und Gesellschaft*. Detlef Karg zum 65. Geburtstag, Rostock 2010. Peter Goralczyk: *Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege? Erfahrungen aus der DDR*. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“ (Teil 4): „Nur die Prachtstücke? – Kategorisierung in der Denkmalpflege“, Berlin 2. April 2005, in: *kunsttexte.de*, Nr. 2, 2005 [letzter Zugriff: 01.05.2021]. Heinrich Magirius: *Wolf Schubert anlässlich seines 100. Geburtstags zum Gedächtnis*, in: *Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt*, 11. Jg. (2003), H. 2, S. 163–166. Elisabeth Hütter/Heinrich Magirius: *Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR*, in: *Zeitschrift für Kunstgeschichte* 53 (1990), H. 3, S. 397–407.

6 So sind hier vor allem die Dissertationen von Sigrid Brandt, Katja Wüllner, Silke Schumacher-Lange und Brian William Campbell zu nennen, siehe auch Fußnote 1. Ebenso entstanden einige

pflege in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR bis 1961 am Beispiel des sächsischen Raumes widmete, setzte sich Katja Wüllner anhand der Städte Erfurt, Weimar und Eisenach mit dem thüringischen Raum auseinander. Silke Schumacher-Lange entschied sich für einen engeren räumlichen Bezug und untersuchte den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden in Berlin von 1945 bis 1989 unter Einbindung denkmalpflegerischer Aspekte. Brian William Campbells Dissertation „Resurrected From the Ruins, Turning to the Past“ ist bisher die einzige englischsprachige Arbeit in diesem Feld, die den Versuch unternahm, die DDR-Denkmalpflege einem internationalen Publikum zugänglich zu machen. Dabei widmete Campbell sich dem gesamten Zeitraum des DDR-Bestehens und versuchte, anhand einer Vielzahl von Fallbeispielen, „die“ Denkmalpflege der DDR zu charakterisieren. Regionale Unterschiede sowie überregionale Netzwerke, die sich in einem ständigen Austausch miteinander befanden, kamen jedoch bei dieser Art der Betrachtung zu kurz. Die Auswahl der betrachteten Personen sowie einzelner Streitfälle der DDR-Denkmalpflege erscheint beliebig, auch wirken die Rückschlüsse an vielen Stellen verzerrt.

Letztlich konzentrierten sich die bisherigen Publikationen zur Denkmalpflege in der DDR zumeist auf einzelne Objekte, Regionen oder auch Persönlichkeiten und versuchten häufig, „die“ Denkmalpflege der DDR zu bestimmten Phasen zu charakterisieren. Diese bereits erarbeiteten Facetten zeigen aber weder denkmalpflegerische Vielfalt oder Handlungsspielräume auf, noch sind sie in der Lage, größere Zusammenhänge innerhalb der Netzwerke der Handelnden aufzuzeigen oder Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Einzelbeispielen zu erörtern.

Die vorliegende Arbeit nimmt dies zum Ausgangspunkt und untersucht die Prozesse überregional. Ein gewisser Fokus auf Berlin ergibt sich durch die dortige Einrichtung der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege zu Beginn der 1950er Jahre und aus der späteren Entscheidung für den Dienstsitz des Generalkonservators in Berlin. Auch fanden die meisten Konservatorenbesprechungen,

Masterarbeiten zu verschiedenen Einzelaspekten der DDR-Denkmalpflege, wie zum Beispiel von Yasmin Katzer: Die Traditionsinsel „Komplex Alt-Berlin“ am Märkischen Ufer. Städtebauliche Denkmalpflege der 1960er Jahre in Ost-Berlin. Unveröffentlichte Masterarbeit, Berlin 2017. Darüber hinaus versuchten sich einige an Überblicksdarstellungen wie Roland Sommer: Denkmalpflege in der DDR. Institutionen und Strukturierung im Zeitraum von 1970 bis 1990. Veröffentlichte Masterarbeit, Frankfurt/Oder 2007. Derzeit sind außerdem weitere Dissertationen zu Einzelaspekten der DDR-Denkmalpflege in Arbeit oder werden demnächst veröffentlicht. So zum Beispiel die Arbeit von Bianka Trötschel-Daniels zum Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975, die den Titel trägt: „Ringens um Recht. Das Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975“ oder die Arbeit von Luise Helas zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Denkmalpflege der DDR am Beispiel von Dresden im Zeitraum von 1965 bis 1990.

die eingehend betrachtet werden, in Berlin statt, sodass dies häufig der Ort überregionaler Aushandlungsprozesse wurde.

Durch das gestiegene Interesse am Forschungsfeld und die verbesserte Zugänglichkeit von Archiven durch diverse Online-Portale und abgelaufene Schutzfristen konnten neue Quellen erschlossen und der Forschung zugänglich gemacht werden. Gleichwohl liegen Digitalisate im Bereich der DDR-Denkmalpflege nur selten vor.

Zahlreiche Archivalien zur Geschichte und Arbeitsweise des Instituts für Denkmalpflege und zu dessen Arbeitsstellen in den verschiedenen Bezirken der DDR konnten im Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege (BLDAM) in Wünsdorf erschlossen werden. Die Bestände zum Kulturbund der DDR wie auch zahlreiche Unterlagen und Schriftwechsel der DDR-Ministerien und anderer staatlicher Institutionen befinden sich im Bundesarchiv Berlin (BArch). Darüber trugen das Landesarchiv Berlin (LAB) sowie verschiedene Heimat- bzw. Stadtmuseen und Stadtarchive zur Erschließung weiterer Quellen und damit auch zur Kenntnis übergeordneter Themenstellungen bei. Zu nennen sind hier das Archiv der Hansestadt Wismar sowie das Heimatmuseum in Schirgiswalde und das Stadtmuseum in Teterow, wobei die letzteren vorrangig dem eigenen Erkenntnisgewinn dienen. Das Archiv der Akademie der Künste (AdK-Archiv) und die Historische Forschungsstelle des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner beherbergen diverse Vor- und Nachlässe verschiedener Künstler und Architekten, die unter anderem die Geschichte und Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR geprägt haben. Zusätzlich konnten die Privatarchive von Ewald Rothstein und Stefan Wollmann konsultiert werden, ohne deren Unterstützung die Informationen zu Fritz Rothstein in Berlin und Carl Swoboda in Schirgiswalde gefehlt hätten. Weitere nützliche Ergänzungen, insbesondere für die Frage nach der Instrumentalisierung der Denkmalpflege in der DDR, lieferten Recherchen im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Weiteres Material wurde im Landesarchiv Thüringen (LATH – HStA Weimar), bei der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg (LVMB) sowie im Kreisarchiv Landkreis Rostock in Güstrow gesichtet. Durch zeitgenössische Printpublikationen und Zeitzeugengespräche konnte die Quellenrecherche letztlich sinnvoll ergänzt werden. Ausgewertet wurden im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Relevanz der Denkmalpflege auch verschiedene überregionale Zeitungen der DDR-Tagespresse⁷, die im Gegensatz zu allen anderen genannten Quellen als Digitalisate vorlagen und als solche genutzt und ausgewertet werden konnten.

7 Zu nennen sind hier einerseits das Zeitungsinformationssystem Zefys sowie andererseits die Zeitungskorpora, die durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache (kurz: DWDS) zur Verfügung gestellt werden.

Methodische Herangehensweise

Die klassische Kunstgeschichte befindet sich derzeit in einem Veränderungsprozess, bei dem mehr und mehr die Chancen und Möglichkeiten erkannt werden, die das Digitale bietet. Auch werden digitale Werkzeuge bereits vielfältig genutzt, wenngleich eine kritische Reflexion der Nutzung und des Einflusses dieser Hilfsmittel auf den etablierten Methodenkanon der Kunstgeschichte bisher zumeist ausbleibt.⁸

Diese Publikation nutzt zur Handlungs- und Struktendarstellung eine technikgeschichtliche Methode und bildet zudem analoge Netzwerke digital ab. Damit sollen zum einen die Komplexität der denkmalpflegerischen Aufgaben aufgezeigt und zum anderen unzutreffende Verkürzungen und Verallgemeinerungen in Bezug auf die Denkmalpflege in der DDR vermieden werden.

Die angewandte technikhistorische Methode basiert auf dem von Wolfgang König entwickelten Akteur-Struktur-Modell (ASM), das eine Kombination aus Handlungs- und Strukturtheorie darstellt. Innerhalb der Kunstgeschichte und Denkmalpflege fand diese Methode bisher kaum Beachtung. Ihre Anwendung in der vorliegenden architekturhistorischen Arbeit soll den Blick weiten und so auf einen Themenbereich richten, der bislang häufig nur auf Teilaspekte oder regionale Entwicklungen beschränkt worden ist. Das Akteur-Struktur-Modell stellt dabei den Versuch dar, Handlungen und Strukturen strikt symmetrisch zu behandeln, da Strukturen aus Handlungen hervorgehen und Handlungen aus Strukturen.⁹ Dabei wird zwischen verschiedenen Handlungsebenen, den Makro-, Meso- und Mikroebenen, unterschieden. Strukturen stehen hingegen „für Tradition und für Dauer, für soziokulturelle Verfasstheiten, in denen sich die Akteure bewegen und bewegen müssen“¹⁰. Strukturen bilden somit den Handlungsrahmen oder Spielraum für die handelnden Personen (Mikroebene), Organisationen (Mesoebene) oder auch die Regierungen (Makroebene); dabei können deren Handlungen bestehende Strukturen sowohl stabilisieren als auch destabilisieren. Zugleich sollen mit der Anwendung des Modells auch seine Grenzen und Probleme aufgezeigt werden, die sich ergeben, wenn ein Modell aus einem anderen Wissenschaftsbe- reich für die Kunstgeschichte nutzbar gemacht wird.

8 Ein Wegbereiter ist in diesem Bereich der „Arbeitskreis digitale Kunstgeschichte“, dessen Mitglieder sich engagiert für einen reflektierten Einsatz digitaler Methoden einsetzen und dies bereits selbst umsetzen.

9 Vgl. Wolfgang König: Strukturen und Akteure – Ein Vorschlag zur Konzeptualisierung technisch-historischer Entwicklung, in: EWE (2013), 24/4, S. 505–516, hier S. 514.

10 Ebd., S. 512.

Obwohl Wolfgang König auf den Netzwerkbegriff verzichtet, wird er in dieser Publikation verwendet.¹¹ Es wird hierbei Christoph Hubig gefolgt, welcher vorschlägt, die Dynamik zwischen Akteuren und Strukturen mithilfe der Netzwerkmetapher zu modellieren.¹² Dies erscheint sinnvoll, da die Protagonisten der DDR-Denkmalpflege formale Beziehungen¹³ zueinander unterhielten, welche die Dynamik innerhalb der scheinbar festen Strukturen – die das sozialistische System geprägt bzw. festgelegt hat – überhaupt erst möglich werden ließ. In diesem Sinne werden auch die graphbasierte Datenbank Neo4j nutzbar gemacht und der Netzwerkbegriff nicht nur als Metapher verwendet. Der Einsatz von Neo4j erfolgte in Bezug auf die sogenannten „Konservatorengespräche“ (vgl. Kapitel 3.3.2 und Kapitel 5.3.2) sowie bei der Untersuchung der denkmalpflegerischen Arbeit ehrenamtlicher Vertrauensleute (vgl. Kapitel 3.3.3).

Da die diesbezüglichen Quellen nicht als Digitalisate vorlagen, bestand der erste Schritt in der Auszeichnung bzw. Klassifizierung der jeweiligen analogen Unterlagen. Erfasst bzw. klassifiziert wurden die Sitzungstermine, die Personen, die an den jeweiligen Besprechungen teilnahmen, und ebenso die Themen, die auf der Tagesordnung angekündigt und diskutiert wurden. All dies wurde dann als Knoten in der Datenbank erfasst und die entsprechenden Korrelationen zueinander konnten angelegt werden. Neben den offensichtlich aus den Protokollen übernommenen Beziehungen, die sich aus der Teilnahme oder den Themen ergaben, konnten auch weitere Korrelationen und Knoten ergänzt werden; beispielsweise Zugehörigkeiten zu Organisationen, Institutionen, Parteien und Verbänden, Beziehungen zwischen den Personen (z.B. Weisungsbefugnisse, Kooperationen u.Ä.) und Objekte, die genannt oder auf die verwiesen wurde. Insbesondere Personen und Objekte können zudem durch Wikidata-Identifizier ergänzt werden. Hierfür mussten sowohl die Personen als auch die Objekte zunächst jedoch ebenfalls händisch angelegt und erfasst werden, bevor die Eintragung des Identifiers dann in Neo4j erfolgen konnte. Der Mehrwert der zusätzlichen Einbindung von Wikidata liegt einerseits in der eindeutigen Auszeichnung eines bestimmten Objektes oder einer

11 Vgl. Wolfgang König: Technik und Geschichte. Interdisziplinarität, Theorien und Modelle, in: EWE (2013), 24/4, S. 605–616, hier S. 605.

12 Vgl. Christoph Hubig: Strukturdynamik und/oder Netzdynamik – Die Rolle der Akteure, in: EWE (2013), 24/4, S. 545–547, hier S. 546–547.

13 „Formale Beziehung“ meint soziale Beziehungen. König lehnt den Netzwerkbegriff ab, da er teilweise „realistisch“ und teilweise modellistisch verwendet werde und es bei der modellistischen Verwendung nichts gebe, was sich nicht in Netze integrieren ließe. Allerdings sei die Netzmetapher bei Akteuren, die formale Beziehungen – also „echte“ Beziehungen im Sinne von sozialen Beziehungen – unterhalten, Königs Ansicht nach durchaus gerechtfertigt, weshalb der Netzwerkbegriff innerhalb der vorliegenden Publikation ebenfalls für sinnvoll erachtet wird.

bestimmten Person, die durch weitere Identifier in Wikidata mit zusätzlichen Informationen und Inhalten ausgestattet werden kann, und andererseits in der Möglichkeit der Rückbindung von Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit bzw. das frei zugängliche Wissen der Wikimedia Foundation. Auf diese Weise lassen sich, ausgehend von einem für die Fragestellung spezifischen Datenmodell, in Graphdatenbanken flexible Möglichkeiten zur Datenerfassung finden.

Die so erfassten und in die Datenbank übertragenen Informationen lassen sich in Neo4j in verschiedener Form – je nach Datenmodell – abfragen und auswerten. Beispielsweise kann nach Häufigkeiten gefragt werden, aber auch nach Entitäten (wie Objekte, Personen und Themen) oder nach Beziehungen und Beziehungsarten zwischen den Entitäten. Auch lassen sich verschiedene Abfrageoptionen miteinander kombinieren, wodurch bisher unbekannt Verbindungen erschlossen werden.

Aufbau der Publikation

Die vorliegende Publikation gliedert sich in zwei Untersuchungszeiträume, die sich jeweils in drei Kapitel unterteilen und die Handlungsebenen der Makro-, Meso- und Mikroebene in Anlehnung an das Akteur-Struktur-Modell widerspiegeln. Den beiden Untersuchungszeiträumen ist ein Prolog (Kapitel 2) vorgeschaltet. Dieser beleuchtet einen Streitfall der DDR-Denkmalpflege, der die Beziehungen zwischen den Akteuren im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR nachhaltig prägen sollte.

Im Rahmen dieses Prologs rückt Kapitel 2.1 die Makroebene in den Fokus und fragt nach den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie nach den gesellschaftlichen und politischen Strömungen, innerhalb derer Handlungen ermöglicht oder verhindert werden sollten. Die Meso- und Mikroebene werden in Kapitel 2.2 zusammengefasst, da innerhalb des Prologs die handelnden Akteure im Mittelpunkt stehen und die Institutionen und Organisationen von großen Veränderungsprozessen geprägt wurden sowie ständigem Wandel unterlagen. Durch die Betrachtung der Akteure werden die Argumentationen und Handlungsversuche verschiedener Personen und Gruppen aufgezeigt. Da ihr Wirken auf ein spezifisches Objekt ausgerichtet war, sind die Argumentationen und Handlungen innerhalb der Strukturen vergleichbar, sie skizzieren ein eindrückliches Bild von den bestehenden Handlungsmöglichkeiten und Strukturen, die den Ausgangspunkt für den eigentlichen Untersuchungszeitraum bilden.

Das dritte Kapitel widmet sich dem ersten Untersuchungszeitraum von 1952 bis 1960 und damit einer Phase, die stark von Fragen und Diskussionen des (Wieder-)Aufbaus geprägt war. Im Abschnitt 3.1 wird die Makroebene des gesamten Zeitraumes behandelt, wobei nach den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den gesetzlichen und politischen Strukturen gefragt wird.

Den Ausgangspunkt hierfür bilden die Auflösung der Länderstrukturen und die Denkmalschutzverordnung von 1952. Im Anschluss daran werden die Bedingungen und der Stellenwert von Denkmalpflege und Denkmalschutz in der (Fach-) Öffentlichkeit untersucht, um die Auswirkungen spezifischer Entscheidungen des Staatsapparates für den Bereich der Denkmalpflege in seiner gesamtgesellschaftlichen Relevanz und Tragweite einordnen zu können. Auch die kulturpolitischen Bestrebungen und Umbrüche werden innerhalb des Kapitels thematisiert, um die Etablierung von Institutionen und Organisationen, die verschiedenen Veränderungsprozesse sowie die Handlungen der Akteure, das heißt der Personen und Gruppen im politischen und ideologischen Kontext und innerhalb der vorhandenen Strukturen, einordnen und hinterfragen zu können.

Im Anschluss eröffnet Kapitel 3.2 den Blick auf die Mesoebene mit den Institutionen und Organisationen, die im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes aktiv waren und für verschiedene Themenfelder und Fragestellungen verantwortlich zeichneten. Aufgezeigt wird hier einerseits, dass die Strukturen in den Jahren bis 1960 einer ständigen Veränderung unterlagen und sich dadurch die Institutionen und Organisationen in einem stetigen Umstrukturierungs- und Neuorientierungsprozess befanden. Andererseits wird in einem zweiten Schritt die Frage nach dem Status der Denkmalpflege in der DDR gestellt, um das Selbstverständnis und die Ausrichtung des Handelns von Institutionen und Akteuren nachvollziehen zu können. Dabei geht es vorrangig um die These, ob Denkmalpflege und Denkmalschutz als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe oder eher als ein staatlicher Auftrag, der von den Institutionen erfüllt werden sollte, verstanden wurde.

Kapitel 3.3 widmet sich der Mikroebene, indem die Handlungsmöglichkeiten und Handlungen von Personen und Personengruppen untersucht werden. Im Zentrum steht zunächst die Suche nach einem Direktor für die Zentrale des Instituts für Denkmalpflege (IfD), die stark von den sich wandelnden Strukturen und den politischen Rahmenbedingungen geprägt war. Danach widmet sich die Arbeit den Denkmalpflegern der sich etablierenden institutionellen Denkmalpflege und ihren sogenannten „Konservatorengesprächen“ (den regelmäßigen Beratungen der Konservatoren der Außen- bzw. Arbeitsstellen des IfD), bevor dann der Blick auf die ehrenamtlichen Denkmalpfleger in der DDR gerichtet wird.

In einem ersten Zwischenfazit werden im vierten Kapitel die Ergebnisse der Untersuchung des ersten Zeitraumes gebündelt und auf diese Weise die verschiedenen Handlungsebenen innerhalb der Strukturen wieder zusammengeführt und interpretiert.

Das fünfte Kapitel widmet sich dem zweiten Untersuchungszeitraum von 1961 bis 1975. Diese Phase ist weniger von Aufbaudebatten als vielmehr von Dis-

kussionen der Umformung und Weiterentwicklung geprägt. Verhandelt werden hier vor allem die Auseinandersetzungen zwischen Denkmalpflege und Kulturpolitik einerseits und Denkmalpflege und Bauwesen andererseits. In Kapitel 5.1 wird zunächst die Makroebene dargestellt und erforscht. Anhand der Denkmalschutzverordnung von 1961 und des Denkmalpflegegesetzes von 1975 werden die juristischen Rahmenbedingungen für das Handeln der Denkmalpfleger und die Zuständigkeiten der Institutionen und Organisationen untersucht, danach wird erneut nach dem Stellenwert von Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der (Fach-)Öffentlichkeit gefragt. Es folgt die Darlegung der politischen Rahmenbedingungen, um im Anschluss die Handlungsmöglichkeiten und Themensetzungen von Institutionen, Organisationen und Personen analysieren, einordnen und bewerten zu können.

Institutionen und Organisationen, die in Denkmalpflege und -schutz aktiv waren bzw. die versuchten, auf die institutionelle Denkmalpflege Einfluss zu nehmen, indem sie die Rahmenbedingungen und Strukturen verändern wollten, werden neuerlich in Abschnitt 5.2 analysiert. Dabei wird der Blick auf die internationalen Beziehungen der DDR-Denkmalpfleger gelenkt, um die Bedeutung internationaler Organisationen wie ICOMOS für die Denkmalpflege in der DDR offenzulegen und bewerten zu können. Da die internationalen Beziehungen von einzelnen Akteuren besonders intensiv geprägt und genutzt wurden, widmet sich auch die Mikroebene dem internationalen Gefüge bzw. dem transnationalen Handeln der Akteure. Anhand der Abstimmungen und Diskussionen verschiedener Akteure im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zeigt Kapitel 5.3 diese vielfältigen Aushandlungsprozesse im Wechselspiel der sozialistischen Staatengemeinschaft auf. Ebenso werden erneut die Konservatorengespräche betrachtet, um die Vielfalt denkmalpflegerischer Aushandlungen innerhalb der institutionellen Denkmalpflege auch für den zweiten Untersuchungszeitraum aufzeigen zu können. Daran anschließend werden, exemplarisch für die große Anzahl von Handelnden der DDR-Denkmalpflege, zwei Akteure in ihren Positionen eingehender beleuchtet, um die Handlungsspielräume auf verschiedenen Ebenen der institutionellen Denkmalpflege vergleichen und charakterisieren zu können.

Das sechste Kapitel fasst als Zwischenfazit die Ergebnisse des zweiten Untersuchungszeitraumes zusammen und vereint auf diese Weise erneut die verschiedenen Handlungsebenen, die im fünften Kapitel untersucht, erörtert und eingeordnet wurden.

In einem abschließenden Resümee (Kapitel 7) werden die beiden Untersuchungszeiträume verglichen und im Hinblick auf die eingangs formulierten fünf Arbeitsthesen ausgewertet.

Ergänzt wird die Publikation durch einen Anhang, der zum einen ein Zeitzeugengespräch mit Ludwig Deiters, dem ehemaligen Generalkonservator der DDR, beinhaltet und zum anderen eine Personenübersicht bietet, in der die für diese Untersuchung wichtigsten Akteure genannt und in kurzer Form beschrieben werden.

2. Prolog: Die Debatte um das Berliner Schloss

Mit diesem Prolog soll vor dem eigentlichen Untersuchungszeitraum ein Streitfall der DDR-Denkmalpflege in den Fokus gerückt werden, um – so die These – auf Akteure und Problemfelder eingehen zu können, die sich bereits vor 1952 etabliert haben (oder die zumindest ihren Ursprung in dieser Zeit hatten) und die den eigentlichen Untersuchungszeitraum nachhaltig geprägt haben. Die Debatte um Abriss oder Erhalt des Berliner Schlosses offenbart (Personen-)Netzwerke, die über die Schlosskontroverse hinaus erhalten geblieben sind. Auch spätere Regierungsentscheidungen für oder gegen bestimmte Rahmenbedingungen und Strukturen der staatlichen bzw. institutionellen¹ Denkmalpflege werden angesichts der Debatte um das Schloss nachvollziehbarer.

Der Prolog soll einen ersten Eindruck davon vermitteln, in welcher Situation die Denkmalpflege war, bevor sich die institutionelle Denkmalpflege in der DDR etablieren konnte. Welche Akteure prägten die Debatten? Welche Problemfelder kündigten sich an? Innerhalb welcher Strukturen sollte sich die (institutionelle) Denkmalpflege entwickeln?

Die Debatte um das Berliner Schloss ist zur Klärung dieser Fragen und für das Aufzeigen denkmalpflegerischer Handlungsspielräume sehr gut geeignet, da sie nach 1945 und vor der Gründung der institutionellen Denkmalpflege sowie vor der Etablierung der eigentlichen staatlichen Strukturen der DDR die erste große Diskussion über den Umgang mit einem noch vorhandenen Denkmalobjekt war. Zugleich symbolisierte sie Anspruch und Veränderungswillen der sozialistischen DDR-Regierung in Abgrenzung zur Bundesrepublik. Am Diskurs waren

1 Während der Begriff staatlich anzeigt, dass etwas den Staat betrifft oder dem Staat gehört bzw. vom Staat geführt wird, versteht man unter Institutionen Regelsysteme, die eine bestimmte soziale Ordnung hervorrufen. Oder, um mit Jean-Jacques Rousseau zu sprechen: Institutionen sind Arenen, in denen politische Handlungen stattfinden. Im Sinne Rousseaus sollen in dieser Arbeit Institutionen als Orte von Aushandlungsprozessen in den Blick genommen werden, weshalb insbesondere dem Zeitraum der Etablierung von Institutionen ein besonderes Augenmerk zugesprochen werden soll. Denn, wie erfolgen Aushandlungsprozesse und wie werden politische Handlungen umgesetzt, wenn sich die Institution noch im Entstehen befindet?



Abb. 1: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin

darüber hinaus zahlreiche Denkmalpfleger, Kunsthistoriker und Architekten beteiligt, die bereits an dieser Stelle als Akteure und mögliche Protagonisten für den eigentlichen Untersuchungszeitraum in den Blick genommen bzw. als solche hinterfragt werden können.

Während das Schloss selbst, als Denkmalobjekt, an dieser Stelle zwar kaum Beachtung findet, ist dennoch die diesbezügliche Debatte aufschlussreich, denn sowohl die Diskussionen um das Schloss als auch die sich gegenüberstehenden Parteien prägten die Denkmalpflegenetzwerke in der DDR nachhaltig und über das Bestehen der DDR hinaus.

Das Berliner Schloss war am 3. Februar 1945 schwer beschädigt worden. Dennoch ist es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Teilen für Ausstellungen, aber auch von der Berliner Verwaltung genutzt worden, ein Wiederaufbau wurde als möglich erachtet. Erst auf dem III. Parteitag der SED wurde am 22. Juli 1950 von Walter Ulbricht der Öffentlichkeit indirekt bekanntgegeben, dass das Schloss nicht länger Bestandteil der Aufbauplanungen im Stadtzentrum von Berlin sein würde.² Es sollte dann bis zum 23. August 1950 dauern, bis der Ministerrat der

2 So sagte Ulbricht: „Das Zentrum der Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine, muß zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem Kampfwillie und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.“ Kurz zuvor hatte Ulbricht die rhetori-

provisorischen Regierung der DDR entschied, dass das Schloss nicht länger Bestandteil der Aufbaubestrebungen im Berliner Zentrum sein würde. So heißt es im Protokoll: „Das Schloß soll unter Sicherung der darin enthaltenen kulturellen Werte abgebrochen werden.“³ Dieser Beschluss wurde von der *Berliner Zeitung* am 27. August 1950 veröffentlicht, zusammen mit einem Modell des Stadtzentrums, aus dem ersichtlich wird, dass auf dem Schlossareal ein Regierungsgebäude sowie eine Tribüne entstehen sollten (Abb. 1). Mit dem Beginn der Schlosssprengung am 7. September 1950 wurde letztlich auch das Ende der Diskussionen um den Erhalt dieses Denkmals besiegelt. Bis Ende des Jahres 1950 war das gesamte Schloss – trotz massiver Proteste innerhalb und außerhalb der DDR – abgetragen und es verschwand (zumindest substanziell) aus dem Zentrum Berlins.⁴

Anja Tuma bewies in ihrer Dissertation⁵ über die Arbeit des Wissenschaftlichen Aktivs⁶ am Berliner Schloss eindrucksvoll, dass die Geschichte um den Abriss des Berliner Schlosses hochkomplex, politisch und letztlich unvereinbar war mit denkmalpflegerischen Idealen, die das Aktiv umzusetzen versucht hatte. Ungeachtet der zahlreichen zum Berliner Schloss veröffentlichten Publikationen

sche Frage gestellt: „Wäre es nicht zweckmäßig, im Zentrum der Stadt den Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor wiederaufzubauen, den Lustgarten und den Alexanderplatz als die beherrschenden Plätze des Stadttinnern zu architektonisch schönen Plätzen zu gestalten, durch den Arbeitsenthusiasmus der Berliner Bevölkerung die alten schönen Gebäude an diesen Plätzen und an der Hauptstraße architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens zu gestalten?“ In: Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft. Referat und Schlußwort auf dem III. Parteitag der SED, Berlin, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 49–50.

- 3 BArch, DC 20–I/3/28 38, Bl. 3, Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 23.08.1950, Dokumente zu den Tagesordnungspunkten 1950.
- 4 Wie weitreichend die Folgen dieser politischen Entscheidung gewesen sind und wie sehr sie die Debatten um Denkmalpflege, Städtebau und die Gestaltung von Stadtzentren geprägt hat und weiterhin prägt, wird unter anderem auch anhand eines Artikels mit dem Titel „32 Millionen DM“ der Süddeutschen Zeitung vom 3. August 2016 deutlich. Darin wird nach mehr als 60 Jahren anhand eines „unbekannten“ Gutachtens über die damaligen Möglichkeiten zum Erhalt des Schlosses diskutiert.
- 5 Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss. Über die Dokumentation des Wissenschaftlichen Aktivs seit der Sprengung des Schlosses 1950. Mit einem Katalog erhaltener Fragmente, in: Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Bd. 38 (Beiheft), Berlin 2016.
- 6 Beim Wissenschaftlichen Aktiv handelte es sich um eine Gruppe von Professoren und Studierenden, die unter der Leitung von Gerhard Strauss mit der Dokumentation des Berliner Schlosses betraut wurde. Sie teilte sich in eine Gruppe von Kunsthistorikern und in eine weitere von Architekten auf, die den Zustand der Schlossruine, die (kunst-)historische Bedeutung einzelner Bau- und Schmuckelemente sowie eine bauforscherische Untersuchung vornahmen. Vgl. Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss.

sollen hier die Personen und Institutionen, die die Debatte um das Schloss geprägt haben, dezidiert in den Blick genommen werden. Allerdings nicht, um den Umgang mit dem Denkmalobjekt zu thematisieren oder zu analysieren, sondern um anhand der Diskussionen herauszuarbeiten, welche Akteure und Institutionen sich für Denkmalpflege- und Denkmalschutzkonzepte zuständig gefühlt oder zumindest ein Interesse daran gehabt haben.

Die Debatte um den Abriss bzw. der (zum Teil sehr emotional geführte) Kampf um das Schloss lässt Ideen und Konzepte für den Wiederaufbau und für die Herausbildung einer neuen Stadtmitte erkennen, genauso aber auch Hoffnungen, Wünsche und Enttäuschungen hinsichtlich des sozialistischen Systems und des sich herausbildenden Staatswesens, die den weiteren Umgang mit der Denkmalpflege in der DDR prägen würden. Die Kontroverse um das Berliner Schloss beschreibt den spezifischen Umgang mit Kulturgut zu einer die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft prägenden Zeit und zeigt besonders eindrücklich die divergierenden Meinungen und Tendenzen auf, die sich einerseits mit dem architektonischen Erbe der Vorkriegszeit und andererseits mit dem kulturellen Gedächtnis im Zeichen des Neuanfangs und der Herausbildung einer neuen Gesellschaft befassen.

Häufig war in diesem Zusammenhang die Rede von der „Stunde Null“, die dabei als Metapher für Kriegsende und Neuanfang diente.⁷ Damit verbunden war auch die „Hoffnung auf neue gesellschaftliche Gestaltungsspielräume angesichts des (scheinbar) völligen Zusammenbruchs tradierter Strukturen“⁸. Dass es diesen gesellschaftlichen und kollektiven Nullpunkt in der Realität jedoch nie gegeben hat, wird auch anhand der Schlossdebatten deutlich.

2.1 Positionen im Zeichen des Neuanfangs

Im Folgenden sollen die Positionen sowohl zur Denkmalpflege im Allgemeinen als auch zum Umgang mit historischer (Bau-)Substanz anhand des Berliner Schlosses im Besonderen aufgezeigt werden. Dabei soll die Denkmalpflege in ihrer Wechselwirkung mit politischen und gesellschaftlichen Strömungen charakterisiert werden, um diese Auffassungen im Zeichen des kulturpolitischen Neuanfangs in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen einbetten zu können. Die Notwendigkeit dieser Vorgehensweise liegt vor allem in der politisch aufgeladenen und stark

7 Vgl. Christoph Kleßmann: 1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 15.10.2010, http://docupedia.de/zg/Klessmann_1945_v1_de_2010 [letzter Zugriff: 25.03.2021]. Vgl. ebenso: Michael Falser: Zur politischen Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland, Dresden 2008, S. 301–304.

8 Christoph Kleßmann: 1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“, S. 5.

emotionalisierten Diskussion um den Abriss des Berliner Schlosses begründet. Nur vor diesem Hintergrund können letztlich Standpunkte und Handlungsräume aufgezeigt werden. Dabei soll auch dargelegt werden, dass es bereits zu diesem Zeitpunkt eine aktive Denkmalpflege gegeben hat, jedoch mit geringem Durchsetzungsvermögen. Analyse und Charakterisierung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich eine institutionelle Denkmalpflege etablieren sollte und innerhalb derer die Diskussionen um das Schloss geführt wurden (Makroebene), erfolgen durch die Auswertung der damaligen Tagespresse sowie der einschlägigen Forschungsliteratur zu diesem Themenbereich.

Denkmalpflege, Architektur und Städtebau in der öffentlichen Wahrnehmung

Wenngleich Partei und Regierung viele Anstrengungen darauf verwendet haben, die „Intelligenz“⁹ möglichst gut zu integrieren bzw. sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen, so war dies für weite Bevölkerungskreise kaum von Bedeutung. Statistisch betrachtet spielten die Themenbereiche Denkmalpflege, Denkmalschutz, Architektur und Städtebau innerhalb der Tagespresse in den Jahren 1949 und 1950 eine eher untergeordnete Rolle, wobei jedoch eine Differenzierung zwischen den Begriffen Denkmal und Denkmalpflege vorgenommen werden muss. Die häufig in der Verwendung auftretende Differenz zwischen diesen beiden Termini lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass der Begriff Denkmal eine überaus vielfältige Anwendung fand. Der wissenschaftlich fundierten Denkmalpflegertätigkeit dieser Jahre wurde jedoch nur eine geringe Bedeutung beigemessen – auch weil (noch) nicht definiert war, wie die institutionelle Denkmalpflege in den Staatsapparat eingebunden und ideologisch nutzbar gemacht werden sollte.

Die statistische Auswertung der Tagespresse im Zefys-Bestand zeigt, dass städtebauliche oder denkmalpflegerische Themen in Relation zu anderen Inhalten deutlich seltener in die Öffentlichkeit getragen wurden (Abb. 2, folgende Seite). Insgesamt erschienen in den Jahren 1949 und 1950 in der Tagespresse fünf Artikel zur Denkmalpflege und sieben zum Denkmalschutz in der DDR.¹⁰ Bei

9 Als „Intelligenz“ wurde die Gesamtheit aller Personen mit einem Hochschulabschluss definiert. Sie wurde als eine spezifische soziale Schicht innerhalb der DDR-Gesellschaft verstanden und ihre Integration innerhalb des Arbeiter-und-Bauern-Staates wurde immer wieder problematisiert. Siehe auch: Karl Mannheim: *The Problem of the Intelligentsia*, in: Karl Mannheim: *Essays on the Sociology of Culture*, London 1956, S. 91–170, hier insbesondere S. 121–123.

10 Zum Begriff Denkmalpflege lassen sich im Zefys-Bestand folgende Artikel finden: O.V.: Thüringen übt Naturschutz, in: *Neue Zeit* vom 20.04.1949, S. 6; Walter Gerlach: Ideal und Wirklichkeit im modernen Städtebau, in: *Neue Zeit* vom 27.09.1949, S. 3; L.R. [Verfasser unbekannt]: Kostbarkeiten unter altem Putz, in: *Neue Zeit* vom 03.01.1950, S. 1; W.H. [Verfasser unbekannt]:

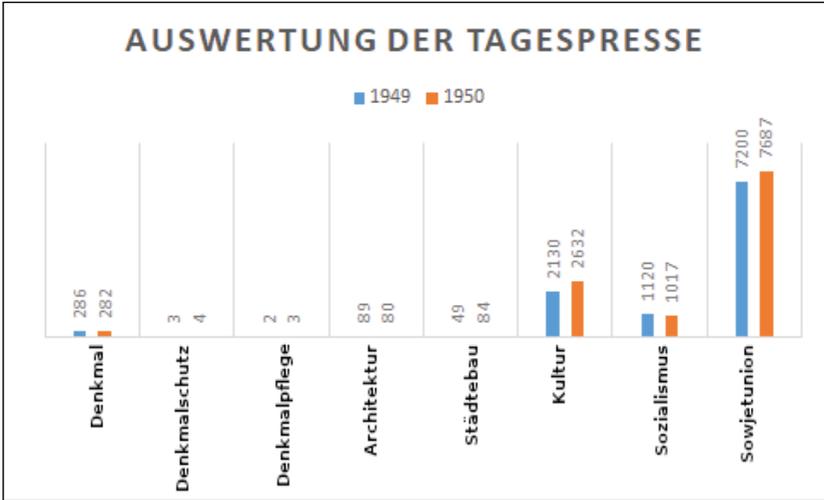


Abb. 2: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950

genauerer Betrachtung wird deutlich, dass der Großteil dieser insgesamt zwölf Zeitungsartikel die Themen Denkmalpflege oder Denkmalschutz nur sehr bedingt bedient und dass lediglich fünf Artikel stärker in diesem Themenfeld zu verorten sind. Darunter sticht nur ein Text besonders stark aus dem Korpus heraus: Er trägt den Titel „Kunst kämpft gegen Krieg“¹¹ und verhandelt einen Beschluss des Wissenschaftlichen Aktivs „zur Unterstützung des Friedenskampfes“¹² (das Aktiv war mit der wissenschaftlichen Erfassung und Dokumentation der Berliner Schlossruine beauftragt worden). Der Artikel beschäftigt sich jedoch nicht mit dem Berliner Schloss, sondern mit der möglichen Sprengung des Loreleyfelsens im Falle eines Angriffs der Sowjetunion. Von dieser Überlegung hatte der in Bad Kreuznach erscheinende Öffentliche Anzeiger am 21. Juni 1950 berichtet, was für

Der Wiederaufbau Dresdens, in: Neue Zeit vom 23.06.1950, S. 2; O.V.: Kunst kämpft gegen Krieg, in: Berliner Zeitung vom 17.11.1950, S. 3. Zum Terminus Denkmalschutz gibt es im Zefys-Bestand folgende Artikel: Otto Frömke: Grenzstadt in der „Drei-Länder-Ecke“, in: Neue Zeit vom 13.08.1949, S. 4; O.V.: Tage und Nächte, die wir nicht vergessen, in: Neues Deutschland vom 18.09.1949, S. 6; H.W. [Verfasser unbekannt]: Die Hauskapelle am Hohen Steinweg, in: Berliner Zeitung vom 16.11.1949, S. 8; O.V.: Noch einmal: Denkmalschutz, in: Neue Zeit vom 31.03.1950, S. 4; O.V.: Leipziger Messe wächst auch räumlich, in: Neue Zeit vom 25.08.1950, S. 4; O.V.: Muß das sein?, in: Neue Zeit vom 06.10.1950, S. 5; O.V.: Wohin am Sonntag?, in: Berliner Zeitung vom 02.09.1950, S. 6.

11 O.V.: Kunst kämpft gegen Krieg, S. 3.

12 Ebd.

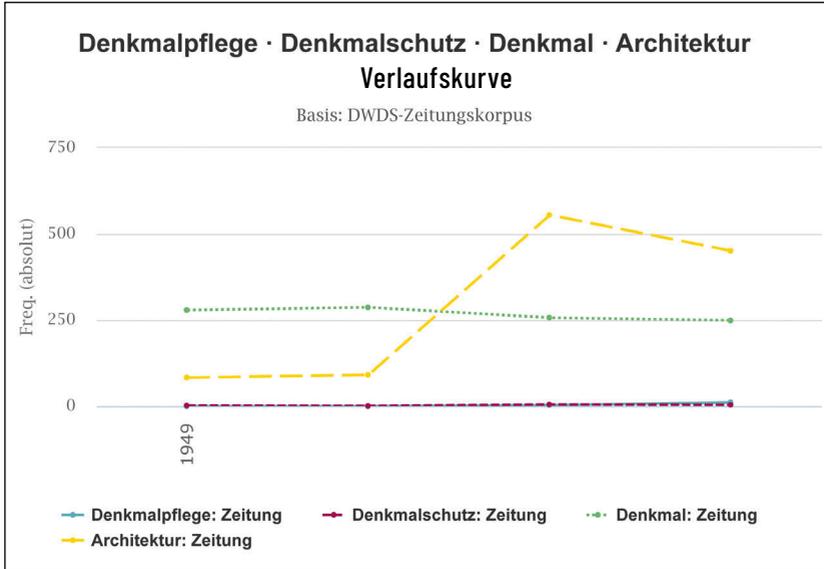


Abb. 3: Auswertung der westdeutschen Tagespresse (DWDS-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950

das Wissenschaftliche Aktiv der Anlass gewesen war, sich – zum Schutz des Denkmalbestandes in Westdeutschland – gegen die Sprengungen zu positionieren:

„Wir werden die Denkmalpfleger vor allem Westdeutschlands bitten, in ihren Bezirken anschaulich bekanntzumachen, welche Kunstwerke durch die Sprengvorbereitungen gefährdet sind und welche wertvollen historischen Objekte in der Nachbarschaft remilitarisierter Industrie usw. für den Fall des Kriegs dem Untergang verfallen würden.“¹³

Diese Aussage überrascht umso mehr angesichts dessen, dass im Zusammenhang mit den späteren Schlosssprengungen ein solch klares Bekenntnis des Wissenschaftlichen Aktivs ausblieb bzw. dass Gerhard Strauss¹⁴ als Leiter des Aktivs das

¹³ Ebd.

¹⁴ Gerhard Strauss [alternative Schreibweise: Gerhard Strauß] (27.10.1908–16.11.1984): Kunsthistoriker, Leiter des Wissenschaftlichen Aktivs. Von August 1950 bis März 1951 Beauftragter für Denkmalpflege des Ministeriums für Aufbau, 1951–1953 Stellvertretender Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie (DBA), 1953–1958 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der DBA, ab 1958 Professor für Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Nachfolger von Richard Hamann.

Vorgehen im Falle des Schlosses für die weitere städtebauliche Entwicklung innerhalb des Sozialismus und sozialistischen (Wieder-)Aufbaus sogar legitimierte.

Anders als bei den Zefys-Digitalisaten ermöglicht der DWDS-Zeitungskorpus auch eine Auswertung der westdeutschen Tagespresse. Dabei muss ebenfalls festgestellt werden, dass Denkmalpflege und Denkmalschutz in den Jahren 1949 und 1950 in der öffentlichen medialen Wahrnehmung nur eine marginale Rolle eingenommen haben: Der Begriff Denkmalpflege findet gar keine Erwähnung, derjenige des Denkmalschutzes wird zumindest zweimal innerhalb der beiden Jahre erwähnt (Abb. 3, vorhergehende Seite).

Aufbau und Ideologie

Die Themen *Aufbau* und *Ideologie* stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit denkmalpflegerischen Bestrebungen in der DDR. Insbesondere die Unterscheidung zwischen *Aufbau* und *Wiederaufbau* war von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege innerhalb der DDR: Mit *Aufbau* war letztlich das Errichten einer neuen Gesellschaft, eines neuen Staates unter neuen Bedingungen gemeint, weshalb der Begriff ideologisch stark aufgeladen wurde. Denkmalschutz und -pflege standen diesen Bestrebungen diametral entgegen, wenn die Denkmale nicht in die Neuausrichtung integrierbar waren oder sie sich nicht umdeuten ließen.

An dieser Stelle sollen nun die diesbezüglichen Grundlagen sowie die Bedeutung und die Tragweite von *Aufbau* und *Ideologie* anhand der Debatten um das Berliner Schloss als konkretem Gegenstand thematisiert werden, damit die Rahmenbedingungen für die weiteren damaligen Entwicklungen der Denkmalpflege eingeordnet werden können. Hierfür sollen insbesondere die staatlichen Institutionen, die am *Aufbau* im Allgemeinen und an den Schlossdiskussionen im Speziellen beteiligt waren, in den Fokus gerückt werden; dies ermöglicht es, divergierende Vorstellungen und Interessen der Beteiligten herauszuarbeiten.

Nach dem III. Parteitag der SED (20.–24. Juli 1950) wurde die Umformung der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion und entsprechend anderer „Volksdemokratien“ intensiviert, wodurch sich zugleich die Spaltung Deutschlands verschärfte. Obwohl sich die DDR-Verfassung von 1949 nur geringfügig von anderen bürgerlich-demokratischen Verfassungen unterschied, war die SED davon überzeugt, „mit ihrer Ideologie im Besitz der Wahrheit zu sein, die Gesetze der Geschichte zu kennen und unter Ausnutzung dieser Gesetzmäßigkeit den Übergang zu einer neuen Gesellschaft zu vollziehen“¹⁵.

Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/gerhard-strauss> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

15 Hermann Weber: *Geschichte der DDR*, München 1985, S. 186 sowie S. 196–197.

Die Auswirkungen dieser „ideologischen Indoktrination“¹⁶ manifestierten sich nicht allein in den strukturellen Rahmenbedingungen, sondern auch im Städtebau und ganz besonders im Wiederaufbau des Stadtzentrums der neuen Hauptstadt. So verwundert es nicht, dass die Rede Walter Ulbrichts¹⁷ vom 22. Juli 1950 auf dem SED-Parteitag Bezug auf den künftigen Städtebau nahm, indem er über die „Großbauten im Fünfjahrplan“¹⁸ sprach. Neben der Fokussierung auf den Wiederaufbau der zerstörten Städte und Industriezentren sprach Ulbricht auch von der Umstrukturierung des Verwaltungsapparates, wodurch vor allem eine größere Effizienz gewährleistet werden sollte. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass nicht mehr die einzelnen Stadtverwaltungen über die Wiederaufbauplanungen entschieden, sondern einzig das Ministerium für Aufbau. Indirekt gab Ulbricht in dieser Rede, wie gesagt, auch den Abriss des Berliner Schlosses bekannt, indem er – im Sinne des parteipolitischen Fortschrittsglaubens – das Stadtzentrum, „de[n] Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine“ zu einem Demonstrationsplatz umformen wollte, „auf dem Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können“.¹⁹

Am 27. August 1950 veröffentlichte die *Berliner Zeitung* das Aufbauprogramm mittels Lageplan, Ansicht eines Modells sowie Erläuterungen zu einzelnen Stadtplanungsabschnitten (siehe auch Abb. 1). Sie verwies dabei auf Kurt Liebknecht, der diesen Plan auf der Regierungssitzung am 23. August²⁰ vorgestellt hatte. Auf diese Weise wurde nun auch die Bevölkerung von den Plänen in Kenntnis gesetzt.

16 Ebd., S. 200.

17 Walter Ulbricht (30.06.1893–01.08.1973): Politiker. 1949–1973 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees (ZK), 1950–1973 Abgeordneter der Volkskammer, 1949–1955 Stellvertreter, 1955–1960 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, von Juli 1950 bis Juli 1953 Generalsekretär und von 26.07.1953–03.05.1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/walter-ernst-paul-ulbricht> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

18 Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, S. 48–50.

19 Vgl. ebd. Siehe hierzu auch: Renate Petras: Das Schloß in Berlin. Von der Revolution 1918 bis zur Vernichtung 1950, Berlin 1992, S. 112–113. Petras schreibt zudem, dass aus „den Berichten Liebknechts, Colleins und Pisterniks [...] hier, wo es um die Vorgänge geht, die zur Vernichtung des Schlosses geführt haben, Sätze zitiert [werden], die die ursächlichen Zusammenhänge erhellen, jedoch keine Rechtfertigung der bald nach dem Parteitag folgenden Maßnahmen brachten, sondern eher das Engagement für Denkmalpflege und Wahrung historischer Baudenkmale in der Sowjetunion belegen“.

20 Vgl. Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 114: „Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, seiner Stellvertreter Walter Ulbricht und Otto Nuschke kam es zur Beschlussfassung über die Vernichtung des Schlosses, der acht Minister, sechs Staatssekretäre, der

Liebknachts Vorstellungen zufolge sollten die kurz vorher beschlossenen *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* auf Berlin angewandt werden, um anhand der Hauptstadt ein Exempel von internationaler Tragweite zu statuieren. Seine Ausführungen verdeutlichen zudem, dass Liebknecht beim Wiederaufbau nicht nur auf das Berliner Schloss verzichten wollte, sondern dass er eine grundlegende Neuordnung und Funktionsdifferenzierung anstrebte, weshalb „diesem Zentrum [...] in städtebau-künstlerischer Beziehung besondere Aufmerksamkeit gewidmet“²¹ werden sollte.

Der Berichterstatter der *Berliner Zeitung* verwies jedoch auch auf den Entwurfscharakter dieser Planungen, sie seien „noch nicht klar und voll ausgereift“²². Dass diese Pläne dennoch Umsetzung finden sollten, verdeutlichte er durch den Hinweis darauf, dass „kein Gebäude mehr im Zentrum Berlins und überhaupt in Berlin geplant und gebaut werden [darf], das nicht in städtebaulicher und architektonischer Beziehung geprüft und bestätigt worden ist [, und dass der] erste Bauabschnitt des Planes [...] die Neugestaltung des Lustgartens [...] bis zum 1. Mai 1951 beendet sein“²³ sollte.

Obwohl die Neugestaltungspläne für das Berliner Stadtzentrum durch die Regierung beschlossen und über die Presse der Bevölkerung bekannt gegeben worden waren, sollte dennoch in der Öffentlichkeit ein Gefühl von Mitbestimmungsrecht erzeugt werden und zugleich bewiesen werden, dass es sich bei der DDR um den wahren demokratischen Staat handelte. So veröffentlicht die *Berliner Zeitung* nur wenige Tage nach dem Erscheinen des Aufbauplans einen Artikel mit dem Titel „Zum Neuaufbau der Hauptstadt. Unsere Leser diskutieren den Aufbauplan der Regierung“²⁴. Exemplarisch für die „Reihe an Zuschriften“²⁵ waren zwei Leserbriefe ausgewählt worden, deren Verfasser sich zu den Plänen äußerten. Interessanterweise verfügten die Einsender über äußerst gute Statikkenntnisse und äußerten sich wider Erwarten nicht grundsätzlich zur Neugestaltung

Oberbürgermeister Friedrich Ebert, zwei Bürgermeister, fünf Stadträte sowie vier Vertreter des Ministeriums für Aufbau zustimmten. [...] Nach ‚eingehender‘ Aussprache wurden ‚einstimmig‘ erste Maßnahmen zur Neugestaltung des Stadtzentrums beschlossen: Das Schloss soll unter Sicherung der darin erhaltenen kulturellen Werte abgebrochen, architektonisch wertvolle Teile des Schlosses als Baudenkmäler an anderer Stelle untergebracht werden. Die Abräumungsarbeiten müssten am 15. Januar 1951 abgeschlossen sein.“

21 O.V.: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin, in: *Berliner Zeitung* vom 27.08.1950, S. 12.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 O.V.: Zum Neuaufbau der Hauptstadt. Unsere Leser diskutieren den Aufbauplan der Regierung, in: *Berliner Zeitung* vom 01.09.1950, S. 6.

25 Ebd.

des Zentrums oder zum Abriss des Schlosses, sondern lediglich zum Operneubau gegenüber der Nationalgalerie bzw. zum Wiederaufbau des Lessingtheaters.

Der Kampf um Zuständigkeiten

Die Auseinandersetzungen um das Berliner Schloss fanden inmitten des politisch-ideologischen Diskurses und der Planung für den Aufbau eines Regierungszentrums statt.

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 lag die Zuständigkeit für die anfallenden und zur Diskussion stehenden Arbeiten an der Schlossruine bei drei verschiedenen Verantwortungsträgern, die wiederum auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen ihren Anspruch geltend machen wollten. Obwohl jede dieser Stellen über einen klar definierten Zuständigkeitsbereich verfügte, stellte sich das Vorgehen in der Praxis, auch durch das Hinzukommen weiterer Akteure aus anderen Institutionen, weniger eindeutig dar.

So lag die oberste Entscheidungsgewalt beim Ministerium für Aufbau (MfA) unter der Leitung von Lothar Bolz²⁶. Auf kommunaler Ebene war die Abteilung „Aufbau“ des Magistrats von Groß-Berlin zuständig, während die technische Durchführung des Abrisses durch die Oberbauleitung des Magistrats erfolgen sollte.²⁷

Neben dem MfA und dem Magistrat beteiligten sich auch das Institut für Städtebau und Hochbau (Kurt Liebknecht²⁸) sowie die Deutsche Akademie der Wissenschaften (Johannes Stroux²⁹) an den Diskussionen um das Schloss.

Das MfA war bis Ende September 1950 Auftraggeber und Wirtschaftsträger des Wissenschaftlichen Aktivs, das unter der Leitung von Gerhard Strauss für die Sicherung der wertvollen Teile und für die Dokumentation des Schlossabrisses

26 Lothar Bolz (03.09.1903–29.12.1986): NDPD-Vorsitzender. 1949–1953 Minister für Aufbau, 1953–1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/lothar-bolz> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

27 Vgl. Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 58.

28 Kurt Liebknecht (26.03.1905–06.01.1994): Architekt. 1951–1961 Präsident der Bauakademie, 1961/62 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur der DBA. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/kurt-liebknecht> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

29 Johannes Stroux (25.08.1886–25.08.1954): Altphilologe. 1946/47 Rektor der Universität Berlin, 1946–1951 Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW), 1951–1954 Vizepräsident der DAW. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/johannes-stroux> [letzter Zugriff: 25.03.2021]. Sowie: <https://www.sammlungen.hu-berlin.de/objekte/-/16710/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

zuständig war. Ab Anfang Oktober 1950 war der Magistrat von Groß-Berlin Wirtschaftsträger des Aktivs, doch das MfA legte weiterhin großen Wert darauf, dass die Arbeiten am Schloßplatz im eigenen Verantwortungsbereich blieben. Mit dem *Aufbaugesetz* vom 6. September 1950 war der (Wieder-)Aufbau Berlins zur nationalen Aufgabe geworden, sodass sich lokale und staatliche Zuständigkeiten vielfältig überlagerten. Berlins „Sonderstatus“³⁰ führte zu weiteren Unklarheiten, sodass auch keine ausreichenden denkmalpflegerischen Bestimmungen existierten.³¹

Trotz unklarer Zuständigkeiten und fehlender gesetzlicher Bestimmungen waren sowohl das MfA, der Magistrat als auch die Deutsche Akademie der Wissenschaften sowie einzelne Akteure (vor allem aus der Wissenschaft) darum bemüht, an den Diskussionen um das Schloss teilzunehmen. Sie alle versuchten, ihren Standpunkt zur Schlossfrage darzulegen, um einen Erhalt oder zumindest eine Kompromisslösung erwirken zu können – auch oder gerade weil der DDR-Ministerrat auf seiner Sitzung vom 23. August 1950 die „Umgestaltung des Lustgartens“ diskutierte. Dabei wurde zwar der Abriss des Schlosses zur Grundvoraussetzung erhoben, zugleich suggerierte man aber, dass es vor allem um die Vergrößerung der Lustgartenanlage und um den Bau einer Tribüne ginge, was die Entscheidung verhandelbar erscheinen ließ.

30 Mit „juristischem Sonderstatus“ ist die Aufteilung Berlins in vier Sektoren gemeint, die auf der Konferenz von Jalta (04.–11.02.1945) beschlossen wurde und die die Berlin-Politik der Nachkriegszeit prägte, wovon insbesondere die Erklärung der Alliierten Kommandantur über Berlin vom 05.05.1955 sowie das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 zeugen. Vgl. hierzu: <https://www.verfassungen.de/be/alliiertekommandantur50-1.htm> [letzter Zugriff: 25.03.2021]. Die Aufteilung Berlins wirkte sich auch auf die Verwaltungsstrukturen der Stadt aus, die immer in direkter Abhängigkeit zur deutsch-deutschen Teilung standen. So sollte Ost-Berlin zunächst kein konstitutiver Bestandteil der DDR sein, so wie West-Berlin kein konstitutiver Bestandteil der BRD war. Erst 1961 erfolgte durch die Gleichstellung Ost-Berlins mit den anderen DDR-Bezirken die Integration in die DDR.

31 Vgl. BArch, DH 2/21188, Denkmalschutz in der DDR und Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen. Eine Untersuchung von Dr.-Ing. Hans Müther (Haushaltsaufgabe 19/1953), S. 30: „[...] [D]ie Vorschriften der Bauordnung vom 9.11.29 §24 über Gestaltung einer Satzung zum Schutz der Straße ‚Unter den Linden‘ vom 2.5.36 und eine Satzung über Gestaltung der Dorfaue vom 18.9.1933“. Siehe hierzu auch: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 112. Sowie Rede von Ulbricht: „Bisher wurde nach den Plänen der einzelnen Stadtverwaltungen gebaut und nicht genügend die großen Erfahrungen der fortschrittlichen Städteplanung berücksichtigt. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte soll jetzt nach den Plänen durchgeführt werden, die vom Ministerium für Aufbau bestätigt sind.“ In: Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, S. 48.

Das Ministerium für Aufbau

Im Oktober 1949 übernahm Lothar Bolz die Leitung des neu gegründeten Ministeriums für Aufbau. Dass diese Position nicht allein inhaltlich zu erfüllen war, sondern auch eine politische Inanspruchnahme beinhaltete, brachte Bolz unter anderem in seinen Reden zum Ausdruck.³²

In seiner Funktion als Minister unternahm Bolz – bekanntermaßen – zusammen mit einigen führenden Architekten der jungen DDR vom 12. bis 25. Mai 1950 eine Sowjetunion-Reise, die entscheidenden Einfluss auf die zukünftigen Positionen haben würde und aus der letztlich die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* hervorgehen sollten.³³

In einem Interview, das in der *National-Zeitung* vom 31. Dezember 1949 erschien³⁴, erläuterte Bolz in seiner Funktion als Minister für Aufbau zunächst ausführlich Aufbau und Arbeitsweise seines neu gegründeten Ministeriums. Das Institut für Städtebau und Hochbau, das dem Ministerium (zunächst) angegliedert war, sollte vor allem die wissenschaftliche Grundlage für den Wiederaufbau liefern. Dass sich Bolz, gefragt nach den Wiederaufbauplanungen für das Jahr 1950, zurückhaltend äußerte und eine eindeutige Aussage hinsichtlich der Berlin-Aufbaumaßnahmen und des Schlossabrisses bzw. zum Umgang mit dem Schloss ablehnte, lässt annehmen, dass viele Handlungsprozesse und Entscheidungsebenen noch nicht so weitreichend etabliert waren, wie Bolz' Ausführungen zu Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Aufbau suggerieren sollten. Deutlich wurde innerhalb des Interviews aber auch seine Maxime, nach der der Aufbau gewährleistet werden sollte: „rasch, gründlich, zweckentsprechend und formschön“³⁵.

Anhand der Entwurfsfassungen und Veränderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Städtebaus wird ersichtlich, dass das von Lothar Bolz im Interview in der *National-Zeitung* vom 31. Dezember 1949 entworfene Bild des gut organisierten

32 Beispielsweise: Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, Rede auf der Deutschen Bautagung in Leipzig am 8. März 1950, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 15–27, S. 16: „Sie haben also im Ministerium für Aufbau ein Fachministerium vor sich. Das heißt aber keineswegs, daß es sich hier um ein unpolitisches Ministerium handelt. Im Gegenteil. Wie jedes Ministerium, so ist auch das Ministerium für Aufbau vor allem ein politisches Ministerium. Politisch ist schon – wenn ich so sagen darf – seine Vorgeschichte. Politisch sind die Tatsachen, die ein solches Ministerium überhaupt notwendig machen.“

33 Vgl. Andreas Schätzke: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945–1955, Braunschweig 1991, S. 40.

34 O.V.: Fragen an den Minister für Aufbau. Interview in der „National-Zeitung“ vom 31.12.1949, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen, S. 5–14.

35 Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 111.

und klar strukturierten Ministeriums, nicht der Realität entsprach.³⁶ Bis in das Jahr 1951 hinein ist eine stetige Um- und Neuorganisation des Ministeriums nachweisbar. So war auch die Zuständigkeit zwischen dem Ministerium für Aufbau und der Deutschen Bauakademie nicht so eindeutig geklärt, wie Bolz es im Interview darzustellen versucht hatte.³⁷

In seiner Rede vom 8. März 1950 auf der Deutschen Bautagung in Leipzig erläuterte Bolz die Unterscheidung zwischen Aufbau und Wiederaufbau und definierte auf diese Weise zugleich die ideologische Funktion, die der Aufbau im Unterschied zum Wiederaufbau in der DDR zu erfüllen hatte:

„Das Wort Wiederaufbau würde doch nichts anderes bedeuten als die Wiederherstellung alles Vernichteten mitsamt den ihm innewohnenden Keimen künftiger Zerstörung, mitsamt dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fundament und Inhalt, die in Vernichtung und in Selbstvernichtung gipfelten.“³⁸

Für Bolz meinte Aufbau das Errichten einer neuen Gesellschaft unter neuen Rahmenbedingungen, und somit weit mehr als einen städtebaulichen Neuanfang. Allerdings bedeutete dies auch eine Abkehr von einem Wiederaufbau in Form einer Rekonstruktion nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten.

Damit verhielt sich die Einstellung zum Aufbau in der DDR grundsätzlich anders als es beispielsweise in Polen der Fall war, da dort der Wiederaufbau als Zeichen des Protests „gegen die Möglichkeit des Auslöschens der Errungenschaften der Kultur und Geschichte“³⁹ verstanden wurde. Für die DDR sollte nach Bolz' Verständnis keine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Tradition erfolgen, sondern vielmehr eine bewusste Auswahl dessen, was die neue Gesellschaft benötigen würde. In diesem Sinne sollte der Aufbau nach Bolz „an unserer besten nationalen Tradition anknüpfen“ und sogar lokale Traditionen erhalten und pflegen, „wo sie gesund sind“.⁴⁰ Bolz verdeutlichte aber auch, dass die überlieferten Linien, die mit dem Berliner Schloss in Verbindung standen, für ihn nicht zu jenen zu pflegenden Traditionen zählten, da „wir [...] keine Städte [brauchen],

36 Vgl. BArch, DH 1/44472, Bl. 158–196, Ministerium für Aufbau, enthält Entwurfsfassungen und Veränderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Städtebaus 1950.

37 Vgl. BArch, DH 1/44474, o. Pag., Ministerium für Aufbau, Struktur- und Stellenpläne, 1949–1951. Hierzu: Teil II. Aufgaben und Struktur des Ministeriums für Aufbau vom 16. Juli 1951

38 Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, Rede auf der Deutschen Bautagung in Leipzig am 8. März 1950, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen, S. 16.

39 Jan Zachwatowicz: Denkmalschutz in Volkspolen, Warschau 1956, S. 20.

40 Vgl. Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, S. 16–17.

deren Mittelpunkt und Gesamtplan von einem Königsschloß und dessen Herrn bestimmt wird⁴¹.

Diese Art des Auswählens war für Bolz letztlich eine logische Konsequenz des „antifaschistischen-demokratischen Umwälzungsprozesses“⁴² und verweist in diesem Sinne auf die Hegel'sche bzw. Lenin'sche Idee einer „Negation der Negation“. Grundlage dieser Idee ist die Vorstellung, dass neue Qualitäten aus alten hervorgehen, wobei die alte Qualität zwar verschwindet („einfache Negation“), sich in der neuen Qualität jedoch wiederfinden lässt („doppelte Negation“).⁴³ Für die im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Orte hatte dies zur Folge, dass es keinen Wiederaufbau der alten Städte geben würde, sondern einen Neubau, da sich die alten Qualitäten (die „besten nationalen Traditionen“⁴⁴) in den neuen Städten („zu neuem Leben“⁴⁵) wiederfinden würden. Zugleich bedeutete es aber auch, dass es keine zwingende Notwendigkeit für den Erhalt alter Substanz oder für die Pflege von Traditionen oder des Erbes im Allgemeinen gab.

Der Magistrat von Berlin

Ebenso war der Magistrat von Berlin (unter anderem die Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“) auf kommunaler bzw. lokalpolitischer Ebene für den Aufbau und Wiederaufbau der zerstörten Stadt zuständig. Wenngleich der Aufbau des Stadtzentrums und damit auch der Umgang mit dem Schloss zur Staatsaufgabe geworden war, so war der Magistrat zumindest mittelbar an den Planungen beteiligt. Die Position des Magistratsdirektors der Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“, Heinrich Starck⁴⁶, ist anhand dessen Rede „Berlin plant und baut“, die er vor Mitgliedern der Kammer für Technik, Architekten und Bauschaffenden am 23. September 1949 gehalten hat, rekonstruierbar.

41 Ebd., S. 21.

42 Sergej Ivanovic Tjulpanow: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) (1967), 15, S. 240–252.

43 Siehe hierzu: Manfred Buhr/Georg Klaus: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin 1970, S. 775–777. Sowie: Karl Marx/Friedrich Engels: Dialektik der Natur, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 348–353. Sowie: Wladimir I. Lenin: Die Dialektik, in: Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 21, Berlin 1974, S. 41–43.

44 Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, S. 16.

45 Ebd.

46 Heinrich Starck (1908–1955): Magistratsdirektor von Berlin, Abteilung Bau- und Wohnungswesen. Vgl. Günter Peters: Nationale, klassizistische und fortschrittliche Bautradition. Zur Geschichte der Berliner Stalinallee 1949–1955, in: Berlinische Monatsschrift (2001), H. 3, S. 52–61, hier S. 52.

Ziel seiner Rede war die Präsentation der Leitlinien „zum Wiederaufbau und zur Neugestaltung der deutschen Hauptstadt“⁴⁷, worin sich der ausgeprägte Wunsch nach weiterer Umformung Berlins ausdrückt, einer Umformung, die nur bedingt einem Wiederaufbau entsprechen würde.

Dabei bezog sich Starck ausdrücklich auf die sowjetischen Städtegründungen in den 1930er Jahren und stilisierte diese zum Ideal der Neugestaltung. Starcks Ausführungen machen aber auch deutlich, dass sich die künftigen Planungen nicht durch Idealismus oder durch den Versuch, architektonische Utopien zu realisieren, auszeichnen sollten, vielmehr hatten sie den Vorgaben der Planwirtschaft zu entsprechen: „So wird der Städtebau im Sozialismus zum Teil der zur Wirklichkeit gewordenen Planwirtschaft und damit wird der Städtebau von einer rein fachlichen Aufgabe in den Brennpunkt des politischen Geschehens gestellt und wird zur Aufgabe aller Einwohner der Stadt.“⁴⁸

Entsprechend dieser Vorstellung ist Städtebau für Starck „nicht Angelegenheit einzelner Fachleute und kann nicht in Wettbewerben gelöst werden, sondern [...] muß auf wissenschaftlicher Grundlage unter verantwortlicher Mitarbeit Tausender und unter Einbeziehung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte das Handeln und Denken bestimm[en] [...]“.⁴⁹ Doch ausgerechnet das Postulat der „wissenschaftlichen Grundlage“⁵⁰ bleibt undefiniert, da Starck weder Auskunft darüber gibt, auf welches wissenschaftliche Fundament diese Planungen begründet werden sollen, noch von wem diese erarbeitet und unter welchen Voraussetzungen diese dann realisiert werden könnten.

Letztlich forderte Starck keinen Wiederaufbau Berlins im denkmalpflegerischen Sinne, sondern eine umfassende Neugestaltung entsprechend „der wirtschaftlichen Entwicklungen“⁵¹. Um die Abkehr vom gewachsenen und somit „alten“ Berlin argumentativ zu begründen, folgt auf die Definition des Leitmotivs „Sowjetunion“ ein historischer Abriss über die Stadtentwicklung Berlins, wobei zugleich die sozialistischen Bestrebungen in Wert gesetzt werden sollen.

Starck befürwortete nicht nur die politische Dimension des Wiederaufbaus, sondern er wollte Berlin zugleich ein neues Profil als „Stadt der Arbeit“ verschaffen, auf die „kitschigen Bauten und Denkmäler [aus] der wilhelminischen Zeit“⁵² verzichten und für das weitere Vorgehen eine umfassende Neugestaltung der

47 BAArch, DC 15/496, fol. 2, Vortrag des Magistratsdirektors des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin, Heinrich Starck, über „Pläne zum Wiederaufbau u. zur Neugestaltung der deutschen Hauptstadt Berlin“, September 1949.

48 Ebd., fol. 5.

49 Ebd., fol. 6.

50 Ebd.

51 Ebd., fol. 7.

52 Ebd., fol. 11.

Stadt anstreben. Deshalb überrascht es kaum, dass Starck bereits am 15. November 1949 von einem möglichen Abriss des Schlosses sprach.⁵³

Der Vergleich zwischen staatlicher (MfA) und kommunaler (Magistrat) Ebene zeigt das Bestreben der Institutionen und Akteure, Aufbau bzw. Wiederaufbau und (politische) Ideologie in einen direkten Zusammenhang zu stellen. Sowohl auf staatlicher als auch auf städtischer Ebene versuchte man, dem Aufbau bzw. Wiederaufbau einen ideologischen Rahmen zu geben, mit dem Ziel, städtebauliche Entscheidungen zu legitimieren und die sozialistische Umformung der Gesellschaft im Städtebau widerzuspiegeln. Obwohl bei Bolz, als Minister auf Regierungsebene, wie auch bei Starck, als Magistratsdirektor der Stadtverwaltung, das Leitbild der Sowjetunion in ihren jeweiligen Aussagen erkennbar war, gab es dennoch im jeweiligen Verständnis der ideologischen Ausrichtung Unterschiede. Zwar galt für Bolz, wie bereits erwähnt, die Maxime „rasch, gründlich, zweckentsprechend [und] formschön“⁵⁴, die den Aufbau prägen sollte, dennoch war er sich bewusst, wie bedeutend die Einbindung des Erbes in den künftigen Städtebau war – wenngleich in selektierter Form. Nicht zuletzt, da Bolz zur Delegation derjenigen gehört hatte, die in die Sowjetunion gereist waren und im Anschluss daran die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* formuliert hatten. Starck sah im Leitbild der Sowjetunion scheinbar vor allem die Planwirtschaft als rahmengebende Struktur des Aufbaus und weniger die *Sechzehn Grundsätze*.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften & Das Institut für Bauwesen

Ebenfalls am Aufbau beteiligt, wenngleich aus der wissenschaftlichen Betrachtung heraus, war das Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW), deren Präsident bis 1951 Johannes Stroux war, gründete 1947 das Institut für Bauwesen (IfB); dieses bestand jedoch nur für einen kurzen Zeitraum und ist in der bisherigen Forschung weitestgehend unbeachtet geblieben. Bereits Ende des Jahres 1950 – und damit noch im Jubiläumsjahr des 250-jährigen Bestehens der Akademie – fiel das IfB Umstrukturierungsmaßnahmen zum Opfer. Doch während der kurzen Zeit seines Bestehens gab es dort zahlreiche architektonische, städtebauliche wie auch denkmalpflegerische Diskussionen. Die Mitglieder und Mitarbeiter des IfB versuchten dabei in vielfältiger Weise, auf die zahlreichen Debatten Einfluss zu nehmen und auf ihre Art das sich im Entstehen befindliche Bauwesen, aber auch die Denkmalpflege

53 Vgl. Thomas Jahn: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“. Richard Hamanns Widerstand gegen den Abriss des Berliner Stadtschlusses und anderer preußischer Baudenkmäler in den Jahren 1950 bis 1960, in: Ruth Heftrig/Bernd Reifenberg: Wissenschaft zwischen Ost und West. Der Kunsthistoriker Richard Hamann als Grenzgänger, Marburg 2009, S. 116–136, hier S. 121–122.

54 Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 111.

in der DDR zu prägen. Insbesondere Johannes Stroux setzte sich als Präsident der DAW vehement für den Erhalt des Berliner Schlosses ein. Aufgrund dieser Bedeutung des Instituts für Bauwesen lohnt dessen genauere Betrachtung.

In der Aufgabenbeschreibung des IfB ist nachzulesen, dass das Institut Modellcharakter haben und „Hirt des Bauwesens“⁵⁵ sein sollte, wie es der Architekt Otto Block⁵⁶ einmal formuliert hat. Als „wissenschaftlich begründete Bastelstube der Gesellschaft“⁵⁷ sollte es tätig werden und dazu beitragen, zwischen Theorie und Praxis zu vermitteln. Geradezu paradigmatisch sollten die vom IfB gegebenen Impulse auf „Baufachleute ausserhalb des Instituts“⁵⁸ einwirken und als Orientierung dienen.

Das Institut setzte sich aus den Abteilungen „Siedlungswesen“, „Wohnungswesen“, „Arbeitsstätten“, „Verkehr“, „Versorgung“, „Baustoffe/Baukonstruktion“, „Landschaft“, „Baudenkmalpflege“, „Gestaltung“, „Normung/Typisierung“ und „Erziehung“ zusammen und repräsentierte bereits durch die Anzahl und Diversität der Abteilungen das weitreichende Themen- und Arbeitsspektrum. Entsprechend hoch war der Bedarf an Mitarbeitern. Nachvollziehbar ist hierzu anhand der Protokolle der Abteilungsleitersitzungen lediglich, dass die Mitarbeiterzahl des Instituts in den wenigen Jahren seiner Existenz stark geschwankt hat und insgesamt die dort beschäftigten Architekten, Ingenieure und Wissenschaftler für die anstehenden Aufgaben und Anforderungen zu wenige waren. Neben Otto Block gehörten auch Hans Scharoun⁵⁹, Richard Paulick⁶⁰, Martin Mächler⁶¹, Reinhold

55 BAArch, DH 2/21682, undatierte Aufgabenbeschreibung des Instituts für Bauwesen. Erstellt von Otto Block, vermutlich Juni 1950 anlässlich der 250-Jahrfeier der Akademie, o. Pag.

56 Otto Block (29.06.1901–16.12.1977): Architekt.

57 BAArch, DH 2/21682, undatierte Aufgabenbeschreibung des Instituts für Bauwesen. Erstellt von Otto Block, vermutlich Juni 1950 anlässlich der 250-Jahrfeier der Akademie, o. Pag.

58 Ebd.

59 Hans Scharoun (20.09.1893–25.11.1972): Architekt. Nach Kriegsende Stadtbaurat und Leiter der Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“ des Magistrats von Groß-Berlin, 1947–1950 Leiter des Instituts für Bauwesen (IfB) an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW), 1947 Berufung zum Professor für Städtebau an der neu gegründeten Technischen Universität Berlin. Vgl. <https://archiv.adk.de/bigobjekt/37007> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

60 Richard Paulick (07.11.1903–04.03.1979): Architekt, Stadtplaner. Ab 1950 Abteilungsleiter am Institut für Bauwesen unter Hans Scharoun, ab 1951 Mitglied der Deutschen Bauakademie (DBA), Direktor des Instituts für Wohnbauten, Leiter des Aufbaustabs Stalinallee in Berlin, Projekt Block C-Nord und C-Süd, 1955–1965 Vizepräsident der DBA, 1959–1963 Chefarchitekt von Hoyerswerda, 1962–1966 Chefarchitekt von Schwedt und 1964–1968 Chefarchitekt von Halle-Neustadt. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/richard-paulick> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

61 Martin Mächler (22.02.1881–13.12.1958): Architekt, Stadtplaner. Vgl. <http://d-nb.info/gnd/118826646> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Lingner⁶², Kurt Liebknecht, Hermann Henselmann⁶³ und Hinnerk Scheper⁶⁴ zu den Beschäftigten des IfB. Auf den regelmäßig stattfindenden Abteilungsleitersitzungen wurden anstehende Aufgaben, Probleme und zukünftige Entwicklungen, die das Bauwesen, die Architektur und die Denkmalpflege innerhalb der DDR⁶⁵ betrafen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen thematisiert.

Diese Abteilungsleitersitzungen des Instituts für Bauwesen zeugen nicht nur von fachlichen Auseinandersetzungen, sondern spiegeln auch eindrücklich die politischen und gesellschaftlichen Hoffnungen und Möglichkeiten wider, die vor sowie kurz nach der Entstehung der zwei deutschen Staaten bestanden haben. Beispielsweise erklärte Martin Mächler im Februar 1949 die „Notwendigkeit der Mitwirkung [von Institutsmitgliedern und weiterer Architekten, Anm. d. Verf.] in der Architektenkommission für die französische Zone“⁶⁶. Für Mächler erforderte die „Stellung Berlins im energiepolitischen Kraftfeld Deutschland und Europas“ eine Mitwirkung aller Architekten, da die bestehenden Probleme aus seiner Sicht sowohl „aus der westlichen wie auch aus der östlichen Schau“ gleichermaßen

-
- 62 Reinhold Lingner (27.06.1902–01.01.1968): Garten- und Landschaftsarchitekt. 1945 Leiter des Hauptamts für Grünpflanzung beim Magistrat von Groß-Berlin, Planung im Arbeitsstab von Hans Scharoun, 1947–1950 Leiter der Abteilung „Landschaft“ des Instituts für Bauwesen der DAW, 1950–1958 Leiter der Abteilung „Grünplanung“ des Instituts für Städtebau und Landesplanung der DBA, 1961 Professor an der Humboldt-Universität (HU) Berlin, 1962 Leiter des Instituts für Gartengestaltung und der Fachrichtung Garten- und Landeskultur an der HU Berlin, 1962–1967 Professor für Gartengestaltung an der HU Berlin. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/reinholdlingner> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- 63 Hermann Henselmann (03.02.1905–19.01.1995): Architekt. 1951 Mitglied der DBA, 1952 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der DBA, 1953–1959 Chefarchitekt des Magistrats von Berlin, 1964–1966 Chefarchitekt im VEB Typenprojektierung, 1966–1970 Chefarchitekt im Institut für Städtebau und Architektur der DBA. Vgl. zum einen <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hermann-henselmann> [letzter Zugriff: 01.07.2021] sowie zum anderen LAB, C. Rep. 110-01, Magistrat von Berlin, Chefarchitekt.
- 64 Hinnerk Scheper (06.09.1897–05.02.1957): Farbgestalter, Fotograf, Denkmalpfleger. 1945–1952 Konservator und Leiter des Amtes für Denkmalpflege in Berlin für Erhalt und Wiederaufbau kriegsbeschädigter Bau- und Kunstdenkmäler, ab 1952 Lehrbeauftragter für Denkmalpflege an der Technischen Universität Berlin, 1953–1957 Landeskonservator von Berlin. Vgl. <https://www.bauhauskooperation.de/wissen/das-bauhaus/koepfe/meister-und-lehrende/hinnerkscheper/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- 65 In den ersten Jahren des Instituts (1947–1949) waren dessen Ideen und Planungen durchaus auch für Westdeutschland gedacht und bezogen insbesondere West-Berlin immer in die Konzepte und Diskussionen mit ein.
- 66 BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung des Instituts für Bauwesen vom 10.02.1949, o. Pag.

betrachtet werden müssten.⁶⁷ Ein Austausch zwischen Ost und West, insbesondere im Hinblick auf die sich gegenüberstehenden Systeme, schien den Beteiligten des Instituts auch im weiteren Verlauf des Jahres für möglich und wurde seitens der Mitglieder als wünschenswert betrachtet. Städtebaulich wollte man sich – vor der Teilung Berlins und Gesamtdeutschlands – an der *Charta von Athen* bzw. den Grundsätzen der CIAM (kurz für *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne*⁶⁸) orientieren, gleichzeitig aber auch den Austausch über russische Entwicklungen im Städtebau fördern. So verwies ebenfalls Mächler in einer Sitzung vom 8. Juni 1949 auf die „historische Entwicklung des CIAM“ und bat Liebknecht zugleich um Kontaktaufnahme zum neu gegründeten „Städtebau-Ministerium in Moskau [...], damit dem IfB Material über den russischen Städtebau zugesandt“ werden könne.⁶⁹

Die Institutsmitglieder sahen sich als Vermittler zwischen Ost und West und hofften auf umfangreiche Handlungsspielräume, was in ihrem Aufgabenverständnis als „Hirten des Bauwesens“ begründet lag. Dass ihre Hoffnungen auf einem fragilen Fundament fußten, war ihnen durchaus bewusst, wie dem Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 13. Oktober 1949 zu entnehmen ist: Nur wenige Tage nach der Gründung der DDR begrüßte Hans Scharoun „die Herren von der Abteilung Technik und Wissenschaft [im sowjetischen Besatzungssektor, Anm. d. Verf.]“ als Gäste der Sitzung und bat „um Aufklärung, ob sich durch die Bildung der neuen Regierung in der Ostzone an dem Verhältnis zwischen IfB und den Kontrollstellen bzw. der DWK [= Deutsche Wirtschaftskommission, Anm. d. Verf.]“ etwas ändern würde.⁷⁰ Obwohl die Gäste dies zunächst verneinten, gaben sie zu Protokoll, dass sie „bis jetzt noch keine genauen Anweisungen der SMA [= Sowjetische Militär-Administration, Anm. d. Verf.]“⁷¹ erhalten hätten.

Auch ohne explizit auf die Veränderungen der staatlichen und strukturellen Rahmenbedingungen einzugehen, ist der politische und wirtschaftliche Druck, der auf dem IfB lastete, in den Sitzungsprotokollen ablesbar. Im Frühjahr des Jah-

67 Vgl. ebd.

68 Die *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne* oder kurz CIAM (zu Deutsch Internationale Kongresse Moderner Architektur) waren in den Jahren von 1928 bis 1959 stattfindende Kongresse für Architekten und Stadtplaner, die als Denkfabrik zu verschiedensten Themen der Architektur und des Städtebaus fungierten. Auf dem IV. Kongress der CIAM im Jahre 1933 wurde die *Charta von Athen* verabschiedet, die die Aufgaben der modernen Siedlungsentwicklung thematisierte. Vgl. zur CIAM: Martin Steinmann (Hrsg.): *CIAM. Dokumente 1928–1939*, Basel/Stuttgart 1979.

69 Vgl. BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 08.06.1949, o. Pag.

70 Vgl. BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 13.10.1949, o. Pag.

71 Ebd.

res 1950 versuchten die Abteilungsleiter⁷² Duntz, Friedrich, Seitz und Weinberger, einen „Beitrag zu einem Programm für das Institut für Bauwesen“⁷³ zu leisten, in welchem sie zunächst die Situation und die Herausforderungen zu schildern versuchten, um daraus ableitend Arbeitsaufgaben und Handlungsweisen zu formulieren. Doch aus den Vorschlägen und Umstrukturierungsmaßnahmen sollte nichts werden. Das Institut wurde noch im selben Jahr geschlossen, vielleicht nicht zuletzt, weil sich einige der federführenden Abteilungsleiter (wie beispielsweise Scharoun und Scheper) gegen einen Verbleib in der DDR und für einen weiteren Werdegang in der Bundesrepublik entschieden hatten.

Zwischenfazit

Die Analyse der Vorstellungen und Ziele des MfA, des Berliner Magistrats sowie der DAW hat die jeweils divergierenden Vorstellungen deutlich zu Tage gefördert: Während die Institutionen MfA und Berliner Magistrat vorrangig erstrebten, politische Leitlinien durchzusetzen, und dabei einen Aufbau propagierten, der sich an ideologischen Vorstellungen orientierte, versuchte die DAW, die Entwicklungen auf eine fundierte wissenschaftliche Grundlage zu setzen. Letztgenannter Versuch scheiterte jedoch, da die Akteure der DAW den politischen Entscheidungen letztlich immer nachliefen, ihre wissenschaftlichen Einschätzungen und Bemühungen nicht den ideologischen Leitlinien entsprachen und sie kein Gehör fanden.

Im damaligen Spannungsfeld zwischen Aufbau und Ideologie hatten alle um den Erhalt des Schlosses bemühten Beteiligten kaum Gestaltungsmöglichkeiten und mussten sich den politisch-ideologischen Entwicklungen unterordnen. Wie groß der Glaube an Mitspracherecht und Gestaltungsspielraum war, zeigt sich unter anderem anhand der Enttäuschung von Hermann Henselmann und Gerhard Strauss nachdem sie im Juni 1950 von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht lediglich darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass die Entscheidung gegen einen (Teil-)Erhalt des Schlosses gefallen sei. Die Entscheidung über den weiteren Umgang mit der Schlossruine lag, anders als Henselmann und Strauss es gehofft hatten, allein bei den SED-Parteivorsitzenden.⁷⁴ Um jedoch die Handlungsspielräume des Einzelnen innerhalb des Systems und der sich entwickelnden Strukturen der DDR nachvollziehen zu können und die Versuche verschiedener Beteiligter, gegen alle Widerstände einen Erhalt des Schlosses zu erwirken, aufzuzeigen,

72 Zu den Abteilungsleitern Duntz, Friedrich, Seitz und Weinberger waren keine weiteren Personenangaben zu ermitteln.

73 BArch, DH 2/21682, Beitrag zu einem Programm für das Institut für Bauwesen vom 31.03.1950, o. Pag.

74 Vgl. Bernd Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlusses. Eine Dokumentation, Berlin 2000, S. 60–61. Sowie: Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 27–28.

sollen im Folgenden die Akteure selbst zum Untersuchungsgegenstand werden. Dies geschieht unter anderem auch, um auf diese Weise die Grenzen und Möglichkeiten denkmalpflegerischer Prozesse anhand des konkreten Falls „Berliner Schloss“ aufzuzeigen.

2.2 Handelnde Akteure

Das breite Spektrum der damaligen Diskussionen um das Berliner Schloss wurde bereits in diversen Publikationen⁷⁵ aufgezeigt. Zahlreiche Personen haben sich an der Debatte beteiligt und ihre Position bekundet. Obwohl offensichtlich ist, dass es sich bei der Sprengung des Schlosses letztlich um einen politischen Akt gehandelt hat, bleibt die Frage nach der Handlungsmacht und den Handlungsspielräumen der in der DDR tätigen Denkmalpfleger bestehen – insbesondere im Hinblick auf diejenigen Akteure und Institutionen, die um Denkmalschutz und -pflege in der DDR bemüht waren und die sich in der Zeit nach dem Schlossabritt noch etablieren würden. Im Folgenden soll nun ein gezielter Blick auf die handelnden Personen gerichtet werden, um der Frage nach möglichen Protagonisten im Bereich der Denkmalpflege für den eigentlichen Untersuchungszeitraum der Arbeit nachzugehen. Doch in welchem Zustand befand sich die Denkmalpflege in der DDR vor der Sprengung des Schlosses?

Zur Beantwortung dieser Frage soll zunächst die Gesamtsituation der Denkmalpflege in der DDR und insbesondere im geteilten Berlin aufgezeigt werden. Auf diese Weise kann das Spannungsfeld, in welchem die Denkmalpfleger tätig waren, ebenso dargestellt werden, wie die Positionen und Handlungsmöglichkeiten weiterer Akteure, die sich um eine Entscheidung für oder gegen den Erhalt des Schlosses bemühten.

Bis zur Auflösung der Länderstruktur im Jahr 1952 existierten in den fünf Ländern der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR die Landesämter für Denkmalpflege, die sich um alle Belange der Denkmalpflege zu kümmern hatten. Drei Landesämter stammten bereits aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und hatten ihre Sitze in Dresden (Sachsen), Halle (Sachsen-Anhalt) und Potsdam (Brandenburg). Unter der Leitung von Paul Viering⁷⁶ war 1946 in Schwerin (Meck-

75 So können beispielsweise genannt werden: Renate Petras: Das Schloß in Berlin; Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss; Bernd Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlosses; oder auch Karl Rodemann (Hrsg.): Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler, Berlin 1951. Sowie: Helmut Räter: Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz. Die Umgestaltung des Berliner Stadtzentrums, Berlin 1952.

76 Paul Viering (29.01.1880–08.02.1966): Architekt, Denkmalpfleger. Provinzialkonservator von Pommern, Landeskonservator sowie Landesamtleiter von Mecklenburg-Vorpommern.

lenburg) ein Landesamt für Denkmalpflege eingerichtet worden. In Erfurt (Thüringen) existierte hingegen erst ab 1949 ein Amt für Denkmalpflege.⁷⁷

Bis zur Teilung Berlins war der ehemalige Bauhaus-Schüler und -Meister Hinnerk Scheper Konservator von Groß-Berlin sowie Leiter der Abteilung „Denkmalpflege“ beim Hauptamt für Stadtplanung.⁷⁸ Seinen Dienstsitz hatte er bis Dezember 1948 im Berliner Schloss. Mit der Teilung der Stadt musste Scheper nicht nur seinen Dienstsitz nach Charlottenburg verlegen, sondern auch alle Entscheidungen, die Erhalt oder Abriss des Schlosses betrafen, ohne jegliche Einflussmöglichkeit tatenlos mitanzusehen.⁷⁹

Bei der Frage nach einem möglichen Erhalt des Schlosses ging es dabei nicht allein um die Rettung historischer Bausubstanz, sondern vielmehr noch um die Frage nach einer möglichen Umwidmung des Schlosses – gelegen im Herzen der Hauptstadt der DDR – zu sozialistischen Zwecken. Die Kontroverse entbrannte vor allem zwischen den beiden Kunsthistorikern und Kontrahenten Gerhard Strauss und Richard Hamann⁸⁰, die gewissermaßen die beiden Pole des Diskussionspektrums markierten.

Eine Sammlung von Quellen, die sich aus verschiedenen Korrespondenzen, Zeitungsartikeln und Memoranden zusammensetzt, wurde 1992 von Renate Petras in der Publikation „Das Schloß in Berlin“ veröffentlicht.⁸¹ Gleichwohl während der vergangenen Jahre zahlreiche weitere Dokumente zur Schlossdebatte erschlossen worden sind, spiegelt das von Renate Petras zusammengestellte Konvolut die letzten Handlungsversuche verschiedener Akteure kurz vor den ersten

Vgl. <http://d-nb.info/gnd/105194712X> [letzter Zugriff: 30.03.2021] sowie: Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die Vertrauensleute der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Nr. 18 (1968).

77 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 14–15.

78 Vgl. Renate Scheper: Vom Bauhaus geprägt. Hinnerk Scheper. Farbgestalter, Fotograf, Denkmalpfleger, Dessau 2007, S. 79. Scheper war nach Kriegsende vorerst für das Hochbauamt Berlin-Zehlendorf tätig und wurde im Juli 1945 von Scharoun mit der Sicherung von Kunstwerken und Baudenkmalen beauftragt. Die Abteilung „Denkmalpflege“ war zunächst dem Hauptamt für Hochbau in der Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“ zugeordnet. Ab Januar 1947 war sie dann dem Hauptamt für Stadtplanung angegliedert.

79 Vgl. ebd.

80 Richard Hamann (29.05.1879–09.01.1961): Kunsthistoriker, Begründer des Bildarchivs Foto Marburg. 1913–1949 Ordinarius der Universität Marburg, 1947–1957 Gastprofessor an der Humboldt-Universität Berlin, Lehrstuhl für Kunstgeschichte, Mitglied der DAW, Gründer einer Arbeitsstelle für Kunstgeschichte an der DAW. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/richard-hamann> [letzter Zugriff: 31.03.2021].

81 Renate Petras: Das Schloß in Berlin. Von der Revolution 1918 bis zur Vernichtung 1950, Berlin/München 1992. Hier insbesondere die Sammlung der Zeitdokumente, S. 133–154.

Schlosssprengungen auf eindrückliche Weise wider. Mithilfe der Graphdatenbank Neo4j kann, ausgehend vom genannten Quellenkorpus, die Schlossdebatte eingehender untersucht und analysiert werden. Dabei soll hinterfragt werden, mit welcher Beharrlichkeit die Diskussion von den Akteuren geführt worden ist und wer mit wem korrespondiert hat, um das Schloss erhalten zu können.

Basierend auf den von Renate Petras⁸² zusammengetragenen Dokumenten für den Zeitraum von August bis September bzw. Oktober 1950 wurde mittels Neo4j eine Netzwerkvisualisierung erstellt (Abb. 4). Anhand dieser wird ersichtlich, dass nach der Pressemitteilung, die der Allgemeinheit die geplante Lustgartenumgestaltung und den damit verbundenen Abriss des Schlosses bekannt gegeben hat, zahlreiche Protestschreiben, Resolutionen und Memoranden verfasst worden sind. Diese versuchten zu erwirken, dass die auf politischer Ebene gefällte Entscheidung revidiert würde und das Schloss erhalten bliebe. Deutlich wird aus den Schriften aber auch: Es kam nur ein einziges Mal dazu, dass sich in dieser Sache eine größere Gemeinschaft von Denkmalpflegern und Konservatoren zusammenschloss und aktiv wurde. Am 10. Oktober 1950, und damit erst einen Monat nach der ersten Sprengung, meldeten sich die Denkmalpfleger und Konservatoren aus der Bundesrepublik und wandten sich aber nicht an die Regierung der DDR, sondern an den renommierten Kunsthistoriker und Lehrstuhlinhaber für Kunstgeschichte an der Berliner Humboldt-Universität Richard Hamann, und sicherten ihm ihre Unterstützung zu. Dieses Vorgehen erscheint symptomatisch für die Diskussion um das Schloss und ebenso für die Entscheidung und Durchsetzung des Abrisses. Der Protest erfolgte häufig viel zu spät und erreichte zudem nicht die entscheidenden Stellen, die einen Abriss hätten verhindern oder die zumindest eine erneute ergebnisoffene Diskussion hätten ermöglichen können. Dass sich das Schreiben der Denkmalpfleger an Richard Hamann richtete, überrascht hingegen wenig. Nicht nur, weil Hamann mit überaus großem Engagement für den Erhalt der historischen Mitte Berlins gekämpft hat, sondern vor allem, weil er zu diesem Zeitpunkt zu Recht als „Brückenbauer“⁸³ zwischen Ost und West bezeichnet werden konnte. Dennoch schienen die westdeutschen Kollegen Hamanns Einfluss überschätzt zu haben.

Einen vergleichbaren Zusammenschluss von Denkmalpflegern in der DDR scheint es nicht gegeben zu haben. Es engagierten sich lediglich einzelne Persönlichkeiten aus den Bereichen Architektur, Kunstgeschichte und Denkmalpflege – mehr oder minder unabhängig voneinander – für den Schlosserhalt.

82 Renate Petras: Das Schloß in Berlin, Quellenverzeichnis in Abgleich mit dem Quellenverzeichnis von Bernd Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlosses.

83 Hamann wird sowohl als „Brückenbauer“ als auch als „Grenzgänger“ charakterisiert. Vgl. Ruth Heftrig/Bernd Reifenberg (Hrsg.): Wissenschaft zwischen Ost und West. Der Kunsthistoriker Richard Hamann als Grenzgänger, Marburg 2009.

Aktivs unter der Leitung von Gerhard Strauss zu kritisieren, wenn nicht sogar radikal abzulehnen. Im Folgenden sollen nun die bereits angedeuteten, unterschiedlichen Positionen zwischen den diametralen Polen Strauss und Hamann nachgezeichnet werden. Insbesondere, um aufzuzeigen, warum die Denkmalpflege(r) in der DDR beim Berliner Schloss scheiterte(n).

Auch hierzu ist Neo4j hilfreich. Eine entsprechende Abfrage nach Kontaktaufnahmen zwischen den Akteuren zeigt einerseits die zahlreichen Bemühungen des Kunsthistorikers Richard Hamann, der verschiedene Personen aus den Bereichen Kunstgeschichte, Denkmalpflege und Politik kontaktierte, um das Schloss möglicherweise erhalten zu können. Andererseits verdeutlicht sie aber auch die isolierte Position, in der sich Gerhard Strauss befand (Abb. 5).

Strauss, Hamann sowie weitere Akteure, die im durch Neo4j gewonnenen Bild sichtbar geworden sind, sollen im Folgenden kurz in ihrem Handeln näher beschrieben werden, um sowohl deren eigene Motivation als auch ihre Position innerhalb der sich etablierenden staatlichen Strukturen und dem Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zu untersuchen.

Gerhard Strauss

Nachdem Gerhard Strauss zunächst vom Ministerium für Volksbildung als Verantwortlicher für die „Sicherung der künstlerisch wertvollen Teile des Schlosses“⁸⁶ bestimmt worden war, übernahm am 11. August 1950 das Ministerium für Aufbau die Zuständigkeit über Strauss' Tätigkeit und ernannte ihn zum „Beauftragten Denkmalpfleger des Ministeriums für Aufbau“.⁸⁷ In dieser Funktion oblag es Strauss, unter Hinzuziehung von Mitarbeitern das Wissenschaftliche Aktiv zu bilden.

Das Aktiv unterteilte sich in eine Architekten- und eine Kunsthistorikergruppe. Zwischen diesen wurden die Aufgabenbereiche zur Kulturgutsicherung aufgeteilt, um möglichst effektiv die Erfassung, Dokumentation und Sicherung vornehmen zu können. Zu den 30 Personen aus den Universitäten Berlin (Humboldt-Universität), Greifswald, Rostock und der Bauhochschule Weimar, die das Aktiv bildeten, gehörten darüber hinaus noch insgesamt 22 Studierende, zwei Sekretärinnen und zwei Fotografen.⁸⁸ Stellvertretender Leiter des Aktivs war Konrad Kaiser, der zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter des Kunsthistorischen Instituts

86 Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 38.

87 Vgl. ebd., S. 38–39.

88 Unter den Studierenden war auch Waltraud Volk, die wenige Jahre später im Stadtbauamt des Magistrats von Groß-Berlin tätig war und dort das Aufgabengebiet der Denkmalpflege betreute (im Zeitraum: 01.06.1958–30.06.1962).

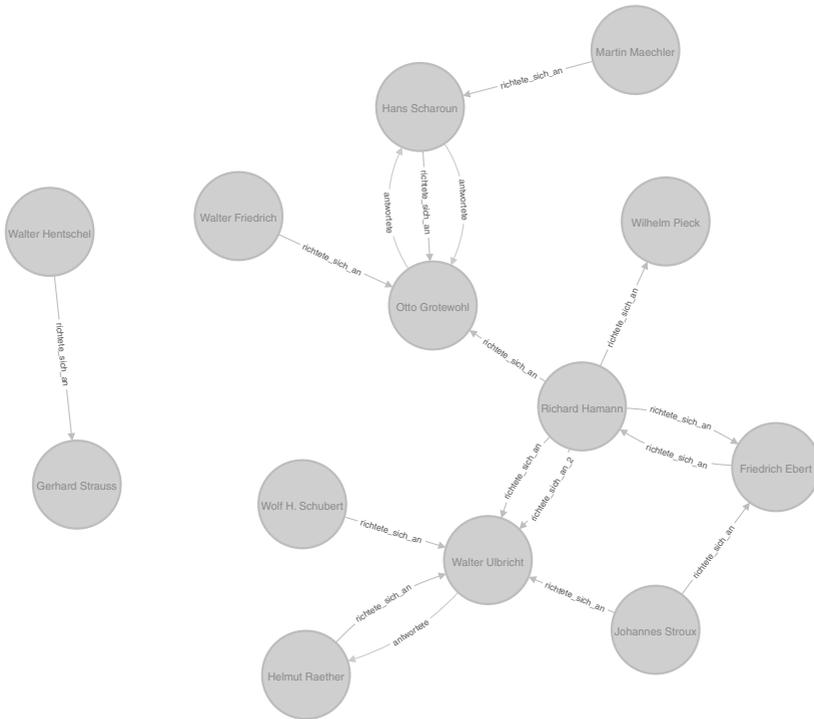


Abb. 5: Ergebnis der Abfrage nach Kontakten zwischen den Akteuren der Schlossdebatte.
 MATCH (p:Person)-[:richtet_sich_an]->(q:Person) RETURN p,q

der Humboldt-Universität war. Hermann Weidhaas⁸⁹ leitete die Architektengruppe und Karl-Heinz Clasen⁹⁰ diejenige der Kunsthistoriker. Bei der Zusammenstellung der Mitarbeiter griff Strauss auf frühere Wegbegleiter zurück. So kannten

89 Hermann Weidhaas (01.09.1903–03.07.1978): Architekt, Kunsthistoriker, Denkmalpfleger. Ab 1949 Hochschulprofessor für Denkmalpflege der Abteilung „Baukunst“, ab 1955 Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Denkmalpflege an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Vgl.: Universitätsarchiv der Bauhaus-Universität Weimar: Personal- und Vorlesungsverzeichnisse ab 1949 der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Künste Weimar (1946–1950) bzw. der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (1950–1960).

90 Karl-Heinz Clasen (09.07.1893–16.04.1979): Kunsthistoriker, Hochschulprofessor an der Universität Greifswald. 1940–1945 Professor für Mittlere und Neuere Kunstgeschichte am Institut für Kunstgeschichte der Universität Rostock, ab 1950 Professor für Kunstwissenschaft an der Universität Greifswald, 1974 Übersiedlung in die Bundesrepublik. Vgl. http://cpr.uni-rostock.de/resolve/id/cpr_person_00003484 [letzter Zugriff: 25.03.2021].

sich Strauss und Weidhaas aus ihrer (verdeckten) antifaschistischen Tätigkeit während der NS-Zeit. Clasen und Strauss waren sich offenbar früher in Königberg begegnet. Dort waren Clasen bis 1940 an der Universität als apl. Professor⁹¹ und Strauss von 1939 bis 1945 als Assistent des Stadtgeschichtlichen Museums tätig gewesen. Auch Weidhaas und Clasen hatten bereits vor ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Wissenschaftlichen Aktiv die Möglichkeit gehabt, sich kennenzulernen: 1949 waren beide für einen kurzen gemeinsamen Zeitraum an der Universität Greifswald tätig. So war Weidhaas von 1945 bis 1949 Professor mit Lehrauftrag für Kunstgeschichte in Greifswald, bevor er dann an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar tätig wurde. Clasen war von 1940 bis 1945 ordentlicher Professor in Rostock. Nach seiner Entlassung erhielt er 1949 einen Lehrauftrag in Greifswald.⁹²

Strauss und sein Wissenschaftliches Aktiv hatten einen Balanceakt zu vollführen, der sich für Strauss zu einem inneren Konflikt entwickelte. Der Balanceakt bestand darin, zwischen politischer Ebene und wissenschaftlichen bzw. denkmalpflegerischen Idealen zu vermitteln. Strauss, der bereits nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft versucht hatte, die Denkmalpflege in der DDR maßgeblich zu gestalten, sah sich nun dem Risiko ausgesetzt, zum Spielball der Regierung bzw. der Regierungsbeschlüsse zu werden.⁹³

Obwohl dem Wissenschaftlichen Aktiv vielfach eine ledigliche Alibifunktion unterstellt wurde, galt das Bestreben des Aktivs der zweckgebundenen Kulturgutbergung, womit die Erfassung und Sicherung aller kulturell und architektonisch wertvollen Teile des Schlosses gemeint war.⁹⁴ Maßgebend für die Tätigkeit von Strauss und seinem Aktiv war hierbei die Möglichkeit eines Wiederaufbaus des Schlosses an anderer Stelle. Dass diese Option seitens verschiedener Akteure durchaus diskutiert bzw. angedacht wurde, kann anhand einer Äußerung Hermann Henselmans nachgewiesen werden. Henselmann forderte die unbedingte Erhaltung des Schlosses und erwog den Schritt eines Wiederaufbaus an anderer Stelle „im Notfall“⁹⁵. Henselmann besaß jedoch für die Schlossfrage keine Zuständigkeit oder Weisungsbefugnis, da er weder für den Magistrat noch für das Ministerium für Aufbau arbeitete, sondern zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter des Instituts für Bauwesen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften war.

91 Die Bezeichnung „apl. Professor“ steht für „außerplanmäßiger Professor“ (eine Art Ehrentitel).

92 Die Angaben hierzu entstammen Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, Renate Petras: Das Schloß in Berlin, Karl Rodemann: Das Berliner Schloss und sein Untergang wie auch aus Quellen des Bundesarchivs, des Archivs der Akademie der Künste sowie des Archivs des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

93 Vgl. Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 216.

94 Vgl. ebd., S. 246.

95 Ebd., S. 245.

Dem Ministerium für Aufbau, das den Auftrag und die Zuständigkeit vom Ministerium für Volksbildung übernommen hatte, genügte hingegen der bloße Anschein einer Durchführung. Strauss befand sich daher von Beginn an in einem Zwiespalt zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Vor dem Hintergrund dieses Konflikts ist auch die Tätigkeit der Aktiv-Mitarbeiter zu bewerten, die ihre anspruchsvolle Aufgabe in Abhängigkeit von Magistrat und MfA auszuüben versuchten.

Die Bergungsvorgänge und damit die Organisation der technischen Arbeiten lagen ebenso wie die Personalbereitstellung außerhalb von Strauss' Einflussbereich. Das Wissenschaftliche Aktiv verfolgte dabei alleine das Interesse der Kulturgutbergung. Der Interessenskonflikt entstand dort, wo die Zuständigkeiten nicht mehr den Interessen entsprachen. Das Wissenschaftliche Aktiv war im Rahmen der Demontage des Schlosses nur anleitend für den Ausbau zuständig, die Umsetzung oblag den Volkseigenen Betrieben (VEB) der Oberbauleitung des Magistrats, die als ausführendes MfA-Organ ihren Auftrag erhielten.⁹⁶

Vor dem Regierungsbeschluss zur Beseitigung des Schlosses hatte Strauss einen Vorschlag zum Umgang mit den verschiedenen Bauteilen des Gebäudes ausgearbeitet. Er unterschied dabei in „1. Teile, die vollständig aufzugeben sind“, „2. Teile, die als Ruinen konserviert werden müssen“ und „3. Teile, die wiederhergestellt und benutzt werden können“.⁹⁷ Strauss' Vorschlag verdeutlicht, dass er zunächst eine exakte Analyse des Bestandes für erforderlich gehalten hätte, bevor über einen möglichen Erhalt oder Abriss hätte entschieden werden können.⁹⁸ Dass der Substanzerhalt und eine bestmögliche Kulturgutsicherung, sowohl des beweglichen als auch des unbeweglichen Kulturgutes, für Strauss eine hohe Priorität hatten, wird anhand einer Begebenheit deutlich, die Tuma in ihrer Dissertation ausführlich schildert:

„Kurz vor der ersten Sprengung [und nach dem Ministerratsbeschluss und damit ebenfalls zu spät, Anm. d. Verf.] am Schloss erfährt Strauß von Ludwig Deiters, dass Grotewohl auf Unterlagen von Scharoun wartet, welche ‚die Möglichkeit zu teilweiser Erhaltung der originalen Substanz am alten Ort‘ enthalten sollen. Daraufhin setzt Strauß die zwei Tage später geplante Schlosssprengung aus. Er begründet seine Intervention gegenüber dem Ministerium für Aufbau damit, dass er den Entscheidungen des Genossen Parteivorsitzenden nicht vorgreifen wolle.“⁹⁹

96 Vgl. ebd., S. 244.

97 Vgl. ebd., S. 216.

98 Dieses planvolle Vorgehen sowie den Anspruch nach einer wirtschaftlich möglichst effizienten Denkmalpflege versuchte Strauss im Jahre 1956 erneut in die Struktur der sich institutionalisierenden Denkmalpflege einzubringen, um eine „planvolle Arbeit der Baudenkmalpflege“ zu garantieren. Siehe hierzu Kapitel 3.3.2 „Klassifizierung von Denkmalen“.

99 Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 217.

Gegenüber anderen Kunsthistorikern, Architekten und Denkmalpflegern verteidigte Strauss die Entscheidung für die vollständige Beseitigung des Schlosses. Sicherlich auch, um seine Beteiligung und die des Aktivs am Schlossprojekt zu rechtfertigen. Im Sommer 1950 ist aus Strauss' Thesen zum Schlossabriss unter der Leitfrage „Was ist das Berliner Schloss?“ sein früherer Vorschlag für einen differenzierten Umgang mit den einzelnen Bauteilen nicht mehr ablesbar.¹⁰⁰ Lediglich die „Sicherung der sie [gemeint sind die Leistungen der Baumeister, Anm. d. Verf.] charakterisierenden gut erhaltenen Details zwecks Wiederverwendung an anderer Stelle“¹⁰¹ ist als Forderung erhalten geblieben, obgleich Strauss mit dieser Forderung nicht dem Baudenkmal selbst, sondern lediglich den früheren Baumeistern Rechnung trug. Ferner sah Strauss, seinen Thesen folgend, im Schloss das „Ergebnis des Repräsentationsbedürfnisses des sich zentralisierenden preußischen Absolutismus“¹⁰², gleichwohl er die „großartige architektonische Leistung“¹⁰³ durchaus anerkannte. Seit 1950 sei das Schloss für ihn dann jedoch nur noch „Symbol des völligen Verfalls jener feudalistischen und imperialistischen Macht [... und eine] ausgehöhlte Ruine“¹⁰⁴. Der Zeitpunkt, 1950, ist hierbei von großer Bedeutung, handelte es sich doch um das Jahr, in dem der Ministerratsbeschluss zum Schlossabriss erfolgte und Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED über die weitere Planung des Stadtzentrums sprach. Strauss' eigene Einschätzung hatte sich demnach mit den veränderten politischen Rahmenbedingungen geändert. Seine denkmalpflegerischen Ansichten bezüglich des Schlosserhalts hatten sich den politischen Beschlüssen gebeugt.

Dass die Tätigkeit des Aktivs am Schloss – auch nach Abschluss der Arbeiten – kaum Beachtung erfuhr, lag unter anderem daran, dass sie von der DDR-Regierung nicht als eigenständiges Projekt behandelt wurde: Die „Sicherung der kulturellen Werte des Schlosses“ war immer als Teil des Großprojektes „Umgestaltung des Lustgartens“ gesehen worden.¹⁰⁵ Obwohl Strauss selbst zwar ursprünglich viel umfangreichere Ausbauplanungen angedacht hatte und diese aufgrund des Zeitmangels und des politischen Drucks nicht hatte umsetzen können, war er doch auch für die negative Wahrnehmung des Aktivs mitverantwortlich. Diese lässt sich nicht allein auf die fehlende Publikation der Arbeitsergebnisse zurückführen, sondern liegt nicht zuletzt in Strauss' Handeln und der Art der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Meinungslagern begründet.

100 Vgl. Thesen von Strauss „Was ist das Berliner Schloss?“, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 136–137.

101 Ebd., S. 137.

102 Ebd., S. 136.

103 Ebd.

104 Ebd.

105 Vgl. Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 258.

Richard Hamann

Der Kunsthistoriker und Begründer des Bildarchivs Foto Marburg, Richard Hamann, war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst sowohl an der Universität Marburg als auch als Gastprofessor an der Humboldt-Universität Berlin tätig. Nach seiner Emeritierung in Marburg 1949 blieb er bis 1957 Professor an der Berliner Universität und wurde zudem (1949) ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Ost) und dort ab 1954 Leiter der Arbeitsstelle für Kunstgeschichte. Während der Debatte um das Berliner Schloss hatte Hamann als renommierter Wissenschaftler gute Kontakte nach Ost und West und sah sich durch seine Positionen an der Humboldt-Universität und der neu gegründeten Akademie der Wissenschaften dazu verpflichtet, sich für den Erhalt des architektonischen Erbes einzusetzen und gegen den Abriss historischer Zeugnisse zu protestieren.

Hamann wurde bereits am 21. August 1950 privat über den drohenden Abriss informiert. Am 30. August konnte er mit dem SED-Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Otto Grotewohl persönlich über die drohende Gefahr sprechen und ihm sein eigenes Memorandum¹⁰⁶ sowie ein weiteres, das Johannes Stroux verfasst hatte, persönlich überreichen. Hamann betonte darin verschiedene Wertekategorien, die den Erhalt des Schlosses sachlich begründeten. Für ihn war hierbei nicht allein der Seltenheitswert des Bauwerks innerhalb seiner historischen und künstlerischen Dimension entscheidend, sondern vielmehr die Bedeutung des Baukörpers im städtischen Gesamtgefüge. Auch die Wiederherstellung an einem anderen Ort war für Hamann keine Option, da das Schloss das Zentrum Berlins beherrsche, die Vergangenheit Berlins verkörpere und „den Begriff Berlin“ ausmache.¹⁰⁷

Nachdem diese sachliche Darlegung seiner Position zur Schlossdebatte folgenlos blieb, wandte sich Hamann am 8. September 1950 schriftlich an den Oberbürgermeister Ost-Berlins, Friedrich Ebert, wie auch an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. In seinem Schreiben an Ebert betonte Hamann die Bedeutung seiner eigenen Person innerhalb des Propagandakriegs zwischen den beiden politischen Systemen, da er „nicht irgend Einer ist, sondern [...] der, auf dessen Stimme man offenbar Gewicht legte, als man ihm den kunsthistorischen Lehrstuhl in Berlin anvertraute“¹⁰⁸. Doch Hamann war sich durchaus der Tatsache bewusst, dass es sich hierbei letztlich um eine politische Entscheidung handelte, die sich

106 Vgl. Memorandum von Richard Hamann vom 30.08.1950 bzw. 09.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 137.

107 Vgl. ebd.

108 Schreiben von Richard Hamann an Friedrich Ebert vom 08.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 145–146, hier S. 145.

gegen fachwissenschaftliche Einwände offenbar verwehrte. Dennoch fügte er dem Schreiben sein Memorandum an Otto Grotewohl sowie die Stellungnahmen von Johannes Stroux, Walter Friedrich und Wolf Schubert bei. Zusätzlich verwies Hamann auf den Umgang mit Denkmälern in der Volksrepublik Polen, wodurch er die Schlossdebatte in einen internationalen und zugleich sozialistischen Kontext zu rücken versuchte. Er plädierte damit für einen Erhalt historischer Denkmälerwerte und gegen eine Umwidmung, wie sie der Aufbau, der eben keinen Wiederaufbau meinte, erforderte.

Hamanns Schreiben¹⁰⁹ an Pieck entsprach hingegen eher einem persönlichen Appell, der sich an Ehre und Bedeutungsgrad der politischen Position Piecks als „Vater des Vaterlandes“ richtete. Gleichwohl betonte Hamann, keineswegs als reaktionär gelten zu wollen, da er „die Aufgaben der neuen Zeit nicht hinter der Pietät gegenüber der Vergangenheit zurückstellen werde“¹¹⁰.

Am 20. September 1950 formulierte Ebert ein Antwortschreiben auf Hamanns Brief vom 8. September. Hierin betonte der Oberbürgermeister zu Beginn die Unveränderbarkeit der „nunmehr endgültig getroffenen Entscheidung“¹¹¹. Dennoch ist Ebert im Folgenden bestrebt, die Entscheidung zu begründen, indem er die diskutierten Optionen erläutert, wobei er jedoch davon ausgeht, dass das Schloss „zu etwa 80% zerstört“¹¹² sei. Gemäß Eberts Schreiben gäbe es letztlich nur drei Optionen zu diskutieren: Erhalt der Ruine, Ausbau der Ruine oder Beseitigung der Ruine nach vorheriger Bergung erhaltenswürdiger Teile. Die Möglichkeit des Teilerhalts, welche Scharoun vorgeschlagen hatte, wurde von Ebert hingegen nicht aufgeführt. Abschließend betonte er, dass Hamann bedenken solle, „daß nicht die fortschrittlichen Kräfte“ das Schloss zerstört hätten, sondern dass der DDR „jetzt nur die undankbare Aufgabe“ zukäme, „die Trümmer zu beseitigen, die andere geschaffen haben“.¹¹³ Scheinbar war sich Ebert der Tatsache durchaus bewusst, dass der Vorwurf der Kulturbarbarei weitreichende Konsequenzen – auch für die politisch-ideologische Propaganda des jungen DDR-Staates – haben könnte. Daher griff er auf eine für die Zeit durchaus typische Erzähltradition zurück, die auf dem Systemgegensatz und den Abgrenzungsversuchen der beiden deutschen Staaten zueinander beruhte.

109 Vgl. Schreiben von Richard Hamann an Wilhelm Pieck vom 08.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 146–147.

110 Ebd., S. 147.

111 Schreiben von Friedrich Ebert an Richard Hamann vom 20.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 149–150, hier S. 149.

112 Ebd.

113 Vgl. ebd., S. 150.

Johannes Stroux

Innerhalb der Schlossdebatte hat sich Johannes Stroux als Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften bereits im Januar 1950 mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister, Friedrich Ebert, gewandt und sich grundsätzlich für den Erhalt vorhandener historischer Substanz eingesetzt.¹¹⁴ Am 29. August 1950 verfasste Stroux ein Memorandum¹¹⁵ an Ulbricht und Grotewohl, welches durch Hamann am folgenden Tag persönlich an Otto Grotewohl übergeben wurde. Darin machte Stroux darauf aufmerksam, dass bereits ein Beschluss des Akademieplenums existiere, der sich „gegen eine weitere Zerstörung des Schlosses ausgesprochen“¹¹⁶ habe. Darüber hinaus sei es die Pflicht der Akademie, „als höchste Instanz aufzutreten, wo eine Gefährdung wertvollsten Kulturgutes droht“¹¹⁷. Bezüglich des Schlosses betonte Stroux, ebenso wie Hamann, die städtebauliche Bedeutung des Residenzbaus, „der die Zusammenfassung der [...] Städte Kölln auf der Spreeinsel und Berlin am östlichen Spreeufer verdeutlicht“¹¹⁸. Allerdings war Stroux auch bewusst, dass sich die Vernichtung des Schlosses auf die Vernichtung preußischer bzw. monarchischer Traditionen bezog. Deshalb erschien es ihm wichtig, dass die Funktion und Nutzung des Gebäudes nicht allein auf die eines Herrschaftssitzes zu beschränken sei, sondern dass es sich darüber hinaus um einen Ort handele, an dem „auch alle Regierungsbehörden an einer Stelle“¹¹⁹ vereint waren. Damit nahm er auf Hamanns Vorschlag zur weiteren Nutzung Bezug. Dass diese Bedeutungsausweitung nicht ausreichen würde, um das Schloss zu erhalten, war auch Stroux bewusst. Ähnlich wie Hamann versuchte auch er, die historische Bedeutung des Gebäudes in der Vielschichtigkeit des Denkmalbegriffs zu begründen und wies deshalb auf die unterschiedlichen Wertekategorien hin, die auf das Schloss zuträfen: Es dürfe in „Anbetracht seiner europäischen künstlerischen, seiner geschichtlichen, seiner städtebaulichen und sozialgeschichtlichen Bedeutung, in Anbetracht dessen, daß das Schloß ein Zeuge der Berliner Baukunst durch fünf Jahrhunderte ist“¹²⁰ keine weitere Zerstörung erfahren. Da insbesondere der sechste Punkt der *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus*, demzufolge das Zentrum der Stadt der politische Mittelpunkt für das Leben der

114 Vgl. Schreiben von Johannes Stroux an Friedrich Ebert vom 06.01.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 134.

115 Vgl. Memorandum von Johannes Stroux an Walter Ulbricht, übergeben von Richard Hamann am 30.08.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 139–140.

116 Ebd., S. 139.

117 Ebd.

118 Ebd., S. 140.

119 Ebd.

120 Ebd.

Bevölkerung sein sollte, als Argument für den Schlossabriss diente, nutzte Stroux in seinem Memorandum die Gelegenheit, dieses scheinbar schlüssige Argument zu entkräften. Er verwies darauf, „daß die in der Sowjetunion kulturell bedeutenden Denkmäler erhalten und sorgfältig gepflegt werden“¹²¹. Doch demgegenüber stand die in den *Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus* erfolgte Definition des Zentrums als bestimmendem Kern einer Stadt; dieser sollte zugleich die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen Stätten umfassen, wodurch die Schlossruine ungeeignet erschien: Im Sinne eines sozialistischen Städtebaus sollte das „Zentrum der Stadt [...] mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut [werden], [...] die architektonische Komposition des Stadtplanes und [...] die architektonische Silhouette der Stadt“¹²² bestimmen. Ein derartiges Bauwerk konnte letztlich kein Relikt aus der Wilhelminischen Zeit sein.

Hans Scharoun

Auch Hans Scharoun als Leiter des Instituts für Bauwesen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften engagierte sich für den Erhalt bzw. den Teilerhalt des Schlosses und versuchte insbesondere Otto Grotewohl von seinen Ideen und Überlegungen zu überzeugen.

Scharoun wandte sich am 31. August 1950 mit Skizzen und einem Modellentwurf an Grotewohl.¹²³ Hierbei versuchte er die Gratwanderung, eine Synthese aus Altem und Neuem zu realisieren, um „traditionell Wichtiges zu erhalten und mit den wichtigsten Forderungen unserer Zeit zu verbinden“¹²⁴. Dabei erstrebte Scharoun vor allem, den neuen Ansprüchen und Forderungen an die Zentrumsplanungen gerecht zu werden und den Schlüterhof als repräsentativen „Empfangsraum“¹²⁵ in Szene zu setzen; dieser würde, so Scharoun, bei den geplanten Großdemonstration seine Wirkung entfalten. Am 5. September 1950 antwortete Grotewohl auf Scharouns Schreiben.¹²⁶ Jedoch sah er durch Scharouns Entwurf keine „Notwendigkeit, den durch die Regierung und den Magistrat gefaßten Be-

121 Ebd.

122 Punkt 6 der „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Juli 1950 beschlossen, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen, Anhang, S. 87–90.

123 Vgl. Schreiben von Hans Scharoun an Otto Grotewohl vom 31.08.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 134–135.

124 Ebd., S. 135.

125 Ebd.

126 Vgl. Schreiben von Otto Grotewohl an Hans Scharoun vom 05.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 135.

schluß auf Abriß der Schloßruine zu revidieren¹²⁷. Auch wenn Grotewohl einen Erhalt des von Schlüter entworfenen Innenhofes für „zweifellos schön“ hielte, sähe er in Scharouns Entwurf keine zufriedenstellende Lösung, da der Schlüterhof „in Ihrem Vorschlag von einem Gebäude umschlossen [wäre], das irgendwo an einer anderen Stelle Berlins gleichfalls stehen könnte“.¹²⁸

Hierauf erwiderte Scharoun am 6. September, dass das Schloss „in der Zeit seiner Entstehung [...] an einer anderen Stelle Berlins gleichfalls seinen Platz hätte finden können“¹²⁹, dass aber die Wahl des Standortes, die Größe des Schlosses ebenso wie seine architektonische Gestaltung diesen Platz selbst geprägt haben und die Bedeutung des historischen Ortes daher unstrittig sei. Daran anschließend versuchte Scharoun, seinen Entwurf abermals zu erläutern und die städtebaulichen Bezüge sowie die „Art der Verschmelzung der ‚neuen Wand‘ mit dem erhaltenswerten Schloßteil“¹³⁰ herauszustellen. Wie nah Hoffnung und Resignation in Scharouns Kampf um einen Teilerhalt des Schlosses beieinanderlagen, wird am Schluss seiner Ausführungen deutlich: „Aber warum kämpfe ich für Schlüter, der uns ja letzten Endes doch alle überwältigt.“¹³¹

Dass sich Scharoun nicht nur für eine teilweise Bewahrung des Schlosses ausgesprochen hat, sondern darüber hinaus sogar relativ konkrete Pläne für eine Umsetzung dieses Teilerhalts angefertigt hatte, wird anhand seines Manuskriptes mit dem Titel „Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses“¹³² vom 4. September 1950 deutlich. Hierin setzte sich Scharoun mit der „Schlütersche[n] Architektur“, den „Technischen Gesichtspunkten“, den „Wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ sowie der „Neue[n] Nutzung der erhaltenswerten historischen Bauteile“ auseinander.¹³³ Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Gesichtspunkte führte Scharoun aus, dass sich die Kosten beim „Ausbau der kulturell-wertvollen Substanz zwecks Rekonstruktion an anderer Stelle“¹³⁴ auf mindestens „21,6 Mill. DM“¹³⁵ belaufen würden. Eine „Erhaltung am Ort“ wäre nach Scharouns Schätzung deutlich günstiger, da „die Restaurierung der wertvollen

127 Ebd.

128 Vgl. ebd.

129 Schreiben von Hans Scharoun an Otto Grotewohl vom 06.09.1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 135–136.

130 Ebd., S. 135.

131 Ebd., S. 136.

132 BArch, DH 2/21212, Bl. 71–77, Bericht von Scharoun mit dem Titel „Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses“.

133 Vgl. ebd.

134 Ebd., Bl. 75.

135 Ebd.

Substanz“ lediglich „3 bis 4 Mill. DM“ kosten würde.¹³⁶ Bei der „wertvollen Substanz“, die Scharoun für erhaltenswert hielt, handelte es sich ausschließlich um Bauteile, die mit Schlüter in Verbindung gebracht werden konnten. Da sich diese „baukünstlerisch besonders wertvollen Gestaltungen [...] in der nächsten Umgebung des ‚Schlüterhofes‘“ befänden, könnten diese „ihrer Bedeutung entsprechend“ in das „auszubauende Raumgefüge“ eingesetzt werden.¹³⁷ Dass Scharoun den Schlüterhof durchaus losgelöst vom Schloss verstand, wird an seiner Schlussbemerkung ersichtlich: „Die Welt spricht vom ‚Schlüterhof‘ und nicht vom ‚Berliner Schlosshof.“¹³⁸ Scharouns Forderungen ebenso wie die von ihm gewünschte Vorgehensweise bezüglich des Berliner Schlosses entsprachen weitestgehend einer schöpferischen Denkmalpflege¹³⁹ sowie dem Ziel, das kulturelle Erbe „in der neuen Aufgabe dienstbar zu machen“¹⁴⁰.

Walter Hentschel

Ebenso wie Richard Hamann, Johannes Stroux und Hans Scharoun setzte sich auch der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Walter Hentschel für einen Erhalt des Berliner Schlosses ein. Im Unterschied zu den genannten anderen Akteuren richtete Hentschel seinen Protest gezielt gegen Gerhard Strauss.

Am 17. Oktober 1950 wandte Hentschel sich per Brief an Hermann Weidhaas, den Leiter der Architektengruppe des Wissenschaftlichen Aktivs, und wollte damit über Weidhaas seine Gegendarlegungen zu den Strauss'schen Thesen veröffentlichen lassen. Das persönlich an Weidhaas gerichtete Schreiben zeugt von einer tiefen Enttäuschung, da Hentschel in Weidhaas eigentlich „eine der Hoffnungen der deutschen Kunstgeschichte“¹⁴¹ gesehen hatte und er dessen Mitarbeit im Wissenschaftlichen Aktiv unter der Leitung von Strauss nicht nachvollziehen

136 Vgl. ebd.

137 Vgl. ebd.

138 Ebd.

139 Der hier verwendete Terminus der schöpferischen Denkmalpflege wurde bewusst gewählt, da die Überlegungen Scharouns stark auf denkmalpflegerische Grundsatzdiskussionen der 1930er Jahre rekurrieren. Dies ist nicht besonders erstaunlich, da die in der direkten Nachkriegszeit tätigen Architekten, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger zum Großteil in diesen Jahren ausgebildet wurden und darüber hinaus direkte Bezüge zu Hans Hörmann und anderen herstellten. Dadurch bestanden auch direkte Verbindungen zu den Diskussionsfeldern der Vorkriegszeit.

140 BArch, DH 2/21212, Bl. 75, Bericht von Scharoun mit dem Titel „Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses“.

141 Schreiben von Walter Hentschel an Hermann Weidhaas zusammen mit der Erwiderung auf die Thesen von Gerhard Strauss, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 141–144.

konnte. So führte Hentschel weiter aus: „Ich persönlich würde mich lieber vor der Sprengung in das Schloß hineinsetzen, als so etwas mitmachen.“¹⁴²

Hentschels Gegenthesen sind zunächst als Antwort auf die Strauss'schen Thesen zu sehen. Eigene Vorstellungen zur weiteren Vorgehensweise bezüglich des Schlosses formulierte Hentschel erst im Anschluss daran. Seiner Auffassung nach käme es bei einer neuen Nutzung des Schlosses auch zu einer neuen Bewertung des Baukörpers, sodass das Gebäude auf diese Weise nicht mehr als Sinnbild des Feudalismus und Imperialismus gewertet werden könne, sondern dann vielmehr für die Überwindung dieser Gesellschafts- bzw. Herrschaftsformen stehe. Auch die Realisierbarkeit des Wiederaufbaus stand für Hentschel außer Frage, da die „moderne Denkmalpflege [...] Methoden entwickelt [hat], eine solche Ruine so wiedererstehen zu lassen, daß sie nicht nur den ‚Kundigen‘, sondern dem ganzen Volke wieder etwas zu sagen hat [...]“¹⁴³. Obwohl Hentschel die „modernen Methoden“ der Denkmalpflege angesichts des Ausmaßes der Zerstörungen und der enormen Material- und Ressourcenknappheit in der direkten Nachkriegszeit deutlich überschätzte, wird anhand dieser Aussage Hentschels Haltung bezüglich einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten deutlich: Da es sich beim Schloss um ein gesamtdeutsches Monument handele, müsse auch eine gesamtdeutsche Entscheidung getroffen werden, „unter Einbeziehung jener drei Viertel des deutschen Volkes [...], die jetzt noch jenseits der Grenzen der DDR leben“¹⁴⁴. Ebenso wie Strauss bezog sich auch Hentschel auf die „Freiheit“ der Gesellschaft innerhalb des Sozialismus. Ganz im Gegensatz zu Strauss jedoch sieht Hentschel in der „Beseitigung des Schlosses [...] ein Zeugnis geistiger Unfreiheit und [...] einen] Mangel an Zuversicht, mit den großen Bauten der Vergangenheit konkurrieren zu können“¹⁴⁵. Hentschel sprach sich in seinen Gegenthesen auch gegen die Strauss'sche Prämisse aus, dass es ausreiche, einzelne künstlerisch wertvolle Elemente zu erhalten und dass ein Verzicht auf den Erhalt des gesamten Baukörpers städtebaulich einen „neuen Zugang“ ermöglichen würde.

Hentschel resümierte, dass ein Wiederaufbau realisierbar und vor allem wirtschaftlich tragbar wäre. Er betonte zudem den Seltenheitswert des Bauwerks, der einen Wiederaufbau zwingend notwendig mache und für den, Hentschel zufolge, ausreichend Fachleute zur Verfügung stünden. In einer Wiederherstellung sähe er vor allem „den entschlossenen Aufbauwillen der DDR“¹⁴⁶ verkörpert. Die DDR-Regierung hatte dafür jedoch ein anderes Projekt auserkoren: die Stalinallee.

142 Ebd., S. 141.

143 Ebd., S. 143.

144 Ebd.

145 Ebd.

146 Ebd., S. 144.

Wolf Schubert

Als Landesdenkmalpfleger von Sachsen-Anhalt wandte sich Wolf Schubert am 28. August 1950 an Walter Ulbricht, da er sich bei „dieser Lage der Dinge [...] von Amts wegen und persönlich verpflichtet“¹⁴⁷ fühlte, seinen Standpunkt als Denkmalpfleger darzulegen. Schubert sah die noch vorhandene, originale historische Substanz gefährdet und wies Ulbricht auf den drohenden Verlust des kulturellen Erbes hin, der mit der „freiwillige[n] Preisgabe des Schlosses“¹⁴⁸ einhergehen würde.

In seiner Argumentation umriss Schubert vielfältige Denkmalwerte und Nutzungsmöglichkeiten des Bauwerks. Dabei ging er auf den „Bau Schlüters“, die „Städtebauliche Bedeutung“, „Das Innere“ des Schlosses ebenso wie auf die „Zweckbestimmung“ des Bauwerks und auf den geplanten „Aufmarschplatz“ ein, bevor er abschließend zu denkmalpflegerischen und künstlerischen Fragen Stellung nahm.¹⁴⁹ Schubert bezog dabei den künstlerischen Wert des Schlosses auf den Architekten Schlüter, mit dessen „kühnem Geiste“¹⁵⁰ das Schloss erfüllt sei. Die städtebauliche Funktion des Gebäudes schien für Schubert von umfassenderer Bedeutung zu sein als der künstlerische Stellenwert, da dem Schlossbau „die funktionelle Aufgabe zu[kam], das alte Berlin-Cölln, d.h. das Berlin des Mittelalters und der Renaissance, mit den neuen planmäßig angelegten westlichen Vorstädten, der Friedrichstadt und der Dorotheenstadt, zu verbinden“¹⁵¹. Demzufolge sah Schubert im Schlossbau einen in seiner funktionellen Bedeutung für Berlin einzigartigen „Angelpunkt“, der „die Unregelmäßigkeit und Willkür der Bebauung ringsum“ überwand.¹⁵² Obwohl auch Schubert bewusst war, dass das Innere des Schlosses „fast völlig vernichtet“ war, machte er Ulbricht auf einzelne, architektonische Elemente im Innenraum aufmerksam, die gerettet werden müssten.¹⁵³ Das Schloss war Schuberts Ansicht nach nicht nur eine architektonisch wertvolle Hülle, die es zu sichern galt. Deshalb sollte keine vollständige Entkernung, sondern der Erhalt bedeutender Innenraumelemente erfolgen. Zu diesen gehörten das „Schlütersche Treppenhaus, [der] Staatsratssaal, [die] Dekorationen des Elisabethsaales, [die] repräsentative Raumgruppe des Weißen Saals [sowie die] Weißen Saal-Treppe“¹⁵⁴.

147 Schreiben von Wolf Schubert an Walter Ulbricht vom 28. August 1950, in: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 138–139, hier S. 138.

148 Ebd., S. 138.

149 Vgl. ebd., S. 138–139.

150 Ebd., S. 138.

151 Ebd., S. 138.

152 Ebd.

153 Vgl. ebd., S. 138–139.

154 Ebd.

Um den städtebaulichen „Angelpunkt“ ebenso wie die künstlerisch wertvollen Teile zu erhalten, schlug Schubert eine mögliche künftige Nutzung als zentrale Stelle für das „politische und geistige Leben“ in der Hauptstadt vor und plädierte für eine Zurückstellung der künstlerischen Bedeutung, die das Schloss „zum Museum“ werden ließ.¹⁵⁵ Hinsichtlich der Forderung nach einem zentralen Aufmarschplatz hielt Schubert das Schlossareal sowohl in der Form als auch Größe für ungeeignet. Im Glauben bzw. in der Hoffnung auf eine noch mögliche gesamtdeutsche Lösung, schlug Schubert das Tempelhofer Feld als „traditionelle[n] große[n] Aufmarschplatz Berlins“ vor oder – alternativ – das Gelände des „verwüsteten Tiergarten[s]“¹⁵⁶.

Auch seine Position als Denkmalpfleger versuchte Schubert zu untermauern, indem er Ulbricht darauf aufmerksam machen wollte, dass eine Translozierung nur mit Wertverlust einhergehen würde und damit das historisch wertvolle Objekt zur Attrappe geriete. Für Schubert war daher ein Erhalt des Schlosses allein als „Wiederherstellung am angestammten Platze“ denkbar. Letztlich forderte er von Ulbricht eine etappenweise zu erfolgende Wiederherstellung durch „schöpferische Kräfte [...] einer verantwortungsbewußt gestaltenden neuen Denkmalpflege“¹⁵⁷.

Gerhard Strauss sah in Schubert einen Widersacher par excellence. In einem Schreiben an die Berliner Landesleitung der SED vom 16. Oktober 1950¹⁵⁸ bezeichnete Strauss die denkmalpflegerischen Ansichten Schuberts als eine „bürgerliche Denkmalpflege“, die eine Gefahr für die Etablierung einer „fortschrittlichen“ Denkmalpflege sei. Außerdem glaubte er, durch das Handeln Schuberts und auch Hamanns eine „Ringbildung“ erkennen zu können, „die danach trachtete, das gesamte Fachgebiet an sich zu ziehen“¹⁵⁹.

Der Konflikt um das Berliner Schloss führte zu tiefen Gräben zwischen Architekten, Kunsthistorikern, Denkmalpflegern und Wissenschaftlern aus Ost und West. Die oftmals konträren Meinungen zum Umgang mit dem Schloss sollten die weitere Entwicklung der Denkmalpflege – insbesondere im Spannungsfeld zwischen Politik, Ideologie und Städtebau – nachhaltig prägen. Bis heute haben sich die divergierenden Sichtweisen auf den Abriss des Berliner Schlosses erhalten, wobei man jedoch eine Untersuchung dessen, wie die Handlungsmöglichkeiten der Denkmalpfleger in der DDR tatsächlich aussahen, vermissen lässt.

155 Vgl. ebd., S. 138.

156 Ebd., S. 139.

157 Ebd.

158 BArch, DH 2/21212, Bl. 96, Schreiben von Strauss an Genossen Urbschat vom 16.10.1950 betreffend: Kunsthistorisches Institut d. Universität Berlin, Ehemals Staatl. Museum Berlin, Abbruch der Schlossruine Berlin.

159 BArch, DH 2/21212, Bl. 85–88, hier Bl. 85, Bericht für die FDJ-Funktionärskonferenz am 26.11.1950, Fachchaft Kunstgeschichte der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.

2.3 Fazit zum Prolog

Bereits die Interaktionen zwischen Hentschel und Strauss wie auch diejenigen zwischen Schubert und Strauss zeigten, dass es bei der Schlossdebatte nicht alleine um eine Positionierung der Denkmalpfleger in der DDR gegenüber einem Regierungsbeschluss ging, sondern darüber hinaus um das Aushandeln denkmalpflegerischer Sichtweisen (bzw. Ideologien) innerhalb des neu entstehenden Gesellschaftssystems; nicht zuletzt, um künftige Entscheidungsprozesse mitgestalten zu können. Allerdings war dabei die Furcht vor Konsequenzen seitens des Staates enorm. So war beispielsweise Kurt Reutti¹⁶⁰ zunächst an den Verhandlungen über das weitere Vorgehen im Fall des Berliner Schlosses beteiligt¹⁶¹, nutzte aber für seine Kritik am Umgang mit dem Schloss das Pseudonym „Karl Rodemann“, unter dem er dann über den Schlossabriss publizierte. Reutti übersiedelte im Dezember 1950 nach West-Berlin, wodurch seine Publikation „Das Berliner Schloss und sein Untergang“ im Auftrag des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (Reutti trat dabei unter dem Namen „Karl Rodemann“ als Herausgeber auf) veröffentlicht werden konnte.¹⁶² Ähnliches galt für den Journalisten Helmut Räther, der ebenfalls erst nach seinem Weggang aus der DDR über den Abriss des Berliner Schlosses beim Verlag für politische Publizistik veröffentlichte.¹⁶³

Während einige um die Konsequenzen fürchteten, hatten andere Zweifel an den Mitgestaltungsmöglichkeiten, wie anhand eines Schreibens von Sigfried Asche¹⁶⁴ an Paul Ortwin Rave¹⁶⁵ vom 18. September 1950 deutlich wird.¹⁶⁶ Asche führte darin aus, dass er „in Dresden mit Dr. Hentschel [...] die Angelegenheit Ber-

160 Kurt Reutti (31.03.1900–19.11.1967): Kunsthistoriker und Denkmalpfleger. 01.01.1950–30.04.1950 Mitarbeiter der Ehemals Staatlichen Museen, beauftragt mit der „Rückführung und Sicherung von gefährdetem Kunstgut“, 16. Mai 1950 Hausverbot zu den Museumsräumen. Reuttis letzte Unternehmungen in der Innenstadt galten dem Berliner Schloss, das er, als die Zerstörung bereits im Gange war, noch in allen Abrissphasen fotografierte. Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, VI. HA, NI Reutti, K., https://archivdatenbank.gsta.spk-berlin.de/midosasearch-gsta/MidosaseARCH/vi_ha_ni_reutti_k/index.htm [letzter Zugriff: 01.07.2021].

161 Vgl. LAB, C Rep. 127, Nr. 306, Bl. 32 und 96.

162 Vgl. Thomas Jahn: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“, S. 129 und S. 130. Die Publikation: Karl Rodemann: Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler, Berlin 1951.

163 Helmut Räther: Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz.

164 Sigfried Asche (26.06.1906–16.02.1985): Kunsthistoriker, Museumsdirektor. 1952–1960 Direktor der Wartburg-Stiftung. Vgl. <http://d-nb.info/gnd/124527043> [letzter Zugriff: 02.04.2021].

165 Paul Ortwin Rave (10.07.1893–16.05.1962): Kunsthistoriker. Bis 1950 Direktor der Berliner Nationalgalerie, 1950–1961 Leiter der Berliner Kunstbibliothek. Vgl. <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118749374.html#ndbcontent> [letzter Zugriff: 02.04.2021].

166 BArch, DH 2/21212, Bl. 83, Schreiben von Sigfried Asche an Paul Ortwin Rave vom 18.09.1950.

liner Schloss besprochen¹⁶⁷ habe. Weiter heißt es: „Es ist eine Frage, ob Herr Prof. Hamann auch die weiteste Mitwirkung aller Kunstwissenschaftler benötigt, um die Angelegenheit von unserer Seite her beleuchtet zu sehen.“¹⁶⁸ Das Schreiben Asches lässt eine gewisse Resignation gegenüber dem politischen System offenbar werden, die sich dem Beschluss zum Schlossabriss beugt und die eventuell als Furcht vor möglichen politischen Konsequenzen zu erklären ist. Dass der Zusammenhalt einer größeren Gruppe von Fachleuten innerhalb der DDR – trotz der ersten Sprengung – eine gewisse Wirkungsmacht hätte entfalten können, erschien Asche scheinbar als aussichtslos.

Trotz möglicher politischer wie auch persönlicher Konsequenzen haben sich verschiedene Personen dennoch aus verschiedenen Wissenschaftszweigen und aus dem Bauwesen in aller Deutlichkeit von dem Abriss distanziert und sich für einen Erhalt des Baudenkmals ausgesprochen.

Die Argumentationsstruktur der Abrissgegner orientierte sich vorrangig an Wertekategorien, die den Seltenheitswert des Bauwerks sowie dessen städtebauliche Bedeutung betonten. Der künstlerische Wert spielte in der Argumentationslinie hingegen nur eine untergeordnete Rolle, wenn man von der Betonung der Bedeutung Schlüters absieht. Dies überrascht kaum, da dem künstlerischen Wert des Berliner Schlosses auch vor dem Zweiten Weltkrieg keine besondere Wirkung zugesprochen worden ist. Richard Hamann hatte in seinem 1933 erschienenen Buch „Geschichte der Kunst“¹⁶⁹ dem Bau ebenfalls keinen besonderen architektonischen Stellenwert attestiert.¹⁷⁰

Die wissenschaftlich fundierte Argumentation derjenigen, die um den Erhalt kämpften, blieb wirkungslos. Letztlich versuchten sie, die politisch-ideologische Tragweite des Regierungsbeschlusses aufzuzeigen, die – davon waren sie überzeugt – der Selbstdarstellung der DDR weitreichenden Schaden zufügen würde.

Das Ergebnis der Schlossdebatte zerstörte Hoffnungen, die so mancher in den jungen Staat mit seiner neuen Gesellschaftsordnung gelegt hatte. Die Kontroverse zeigte darüber hinaus, dass letztlich der Staat entschied, welche Ziele verfolgt und umgesetzt wurden. Doch es waren auch die (noch) fehlenden Strukturen, die die Entwicklung einer sinnvollen und erfolgreichen Strategie zur Rettung des Schlosses unmöglich gemacht haben. Es lässt sich vermuten, dass die Handlungsräume der Befürworter des Schlosserhalts größer gewesen wären, wenn es einen funktionierenden bzw. bereits etablierten institutionellen Rahmen sowie

167 Ebd.

168 Ebd.

169 Richard Hamann: *Geschichte der Kunst von der altchristlichen Zeit bis zur Gegenwart*, Berlin 1933.

170 Vgl. Thomas Jahn: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“, S. 116.

Verordnungen oder Gesetze zum Schutz der Denkmale gegeben hätte. Zudem verhinderten schließlich unterschiedliche Ideologievorstellungen und widersprüchliche Vorstellungen von gebauter Ideologie wie auch von einem damit verbundenen, möglichen sozialistischen Städtebau den Erhalt.

Durch die öffentlichkeitswirksame Debatte, in der es keine Grauzonen zu geben schien, sondern nur ein Entweder-oder, wurde der Kreis der Persönlichkeiten sichtbar, die sich im Streitfall denkmalpflegerischer Belange annahmen. Viele von ihnen kämpften nicht nur während der Schlossdebatte um den Erhalt historischer Substanz, sondern auch in den darauffolgenden Jahren.

Nicht unerwähnt sollte an dieser Stelle bleiben, dass Richard Hamann 1957 von seinem Dienst an der Humboldt-Universität entpflichtet wurde, oder wie Hamann selbst sagte, er „mundtot“ gemacht wurde.¹⁷¹ Hans Scharoun arbeitete nach der Schließung seines Instituts zum Ende des Jahres 1950¹⁷² nicht mehr im Auftrag der DDR und verblieb in West-Berlin. Paul Ortwin Rave verließ 1950 die DDR. Sigfried Asche entschied sich 1960 zur Flucht in die Bundesrepublik.¹⁷³

Johannes Stroux bemühte sich als Präsident (bis 1951) bzw. Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften (bis zu seinem Tod in 1954) um einen (weiteren) Aufbau der Verbindungen zur UdSSR, aber auch um einen stetigen Austausch zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (VRP). So war er der Präsident der 1949 gegründeten Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft, die sich unter anderem mit der Zeitschrift *Blick nach Polen* um Verständigung zwischen Deutschen und Polen bemühte und des Öfteren den Umgang mit dem kulturellen Erbe in beiden Ländern thematisierte.¹⁷⁴

171 Vgl. Thomas Jahn: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“, S. 126–128. Sowie: BStU, MfS AP 2673/92, Bl. 8–16.

172 Schreiben von Scharoun an Kurt Liebknecht vom 20.12.1950: „Inzwischen mußte ich mich der Erkenntnis beugen, daß die Fortführung oder auch die Einbeziehung einer Institution, wie sie das Institut für Bauwesen mit dem Schwerpunkt der Grundlagenforschung darstellte, nicht gewünscht wird. Es hat also eine von meiner Auffassung grundsätzlich unterschiedene Auffassung den Sieg davongetragen. Unserer mehr beispielhaften und entwickelnden Tendenz steht eine mehr anweisende, also administrativ wirksame Tendenz gegenüber. Ich mußte ferner im Verlauf der Vorbereitung erkennen, daß die totale Abstellung auf den neuen Typ der Bauakademie angestrebt wird, wie er andernorts erprobt ist. Ich habe daher größte Bedenken, ob selbst bei Bescheidung auf die Arbeit in einer Meisterwerkstätte meine auf der Person beruhende, meiner geistigen Existenz angemessene Leistung und Mitarbeit erwünscht ist und mit Erfolg verwendet werden kann.“ In: Peter Pfankuch (Hrsg.): Hans Scharoun. Bauten, Entwürfe, Texte (= Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 10), Berlin 1993, S. 183.

173 Beispielsweise: O.V.: Sowjetzone: Wartburg. Zehrsers Asche, in: Der Spiegel (1960), Nr. 44, S. 46–47.

174 Vgl. Heinz Stiller (Hrsg.): Altertumsforscher. Wissenschaftsorganisator. Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux, Berlin 1987, S. 7.

Gerhard Strauss wurde zunächst von 1951 bis 1953 stellvertretender Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der Bauakademie, bevor er von 1953 bis 1958 die Leitung des Instituts übernahm und auf diese Weise noch mehrfach versuchte, auf die Entwicklungen der staatlichen Denkmalpflege einzuwirken. 1958 folgte er dann dem Ruf der Humboldt-Universität und trat damit zugleich die Nachfolge von Richard Hamann an.¹⁷⁵

Hermann Weidhaas, der bereits zum Zeitpunkt des Schlossabrisses an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar tätig war, bekleidete dort ab 1954 den Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Er beteuerte noch 1958, dass er – abgesehen von lediglich einem weiteren Einwand, der jedoch von einer „zur Intelligenz gehörenden Persönlichkeit [...] angemeldet worden war“¹⁷⁶ – der Einzige gewesen sei, der versucht hätte, das Berliner Schloss zu retten und er allein sei deshalb damit beauftragt worden, „eine genaue archäologische Aufnahme des Bauwerkes zu veranstalten“¹⁷⁷. Weidhaas wies jede Verantwortung von sich, da nicht er, sondern Gerhard Strauss für die Leitung der Maßnahmen verantwortlich gewesen war.¹⁷⁸ Zwei Jahre nach dem Abriss des Schlosses ließ sich Weidhaas vom Staatssekretär für Hochschulwesen, Gerhard Harig, bescheinigen, dass er sich „rechtzeitig und an den richtigen Stellen“¹⁷⁹ gegen den Schlossabriss ausgesprochen habe, gleichwohl „die Hauptargumente gegen den Abbruch politischer Natur waren [und] von Bonn und Westberlin gelenkt und in einer illegalen Broschüre¹⁸⁰ verleumderischen Charakters [...] falsch dargestellt“ worden seien; es gäbe aber nicht den „geringsten Grund [, Weidhaas] in dieser Angelegenheit die Qualifikation als Denkmalpfleger abzusprechen“.¹⁸¹

Weitere Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Aktivs wie Konrad Kaiser und Karl-Heinz Clasen blieben zunächst in ihren Ämtern in Berlin bzw. Greifswald, siedelten letztlich aber in den 1960er Jahren in die Bundesrepublik über.¹⁸²

175 Siehe hierzu auch: BStU, MfS AP 2673/92, Bl. 8–16.

176 BStU, MfS 11413/65, Bd. 4, Bl. 61.

177 Ebd.

178 Vgl. ebd.

179 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben von Harig an Weidhaas vom 04.07.1952.

180 Gemeint ist hier die Publikation „Das Berliner Schloss und sein Untergang“ von Kurt Reutti, veröffentlicht unter dem Pseudonym Karl Rodemann.

181 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben von Harig an Weidhaas vom 04.07.1952.

182 Im Falle von Kaiser 1960 führte der Weg an das Museum in Schweinfurt und im Falle von Clasen nach Mettmann, jedoch erst nach seiner Emeritierung 1963. Vgl. Antje Kempe: Konstruierte Kontinuität. Karl Heinz Clasen und die frühen Jahre einer DDR-Kunstgeschichte, in: (Dis)Kontinuitäten. Kunsthistoriographien im östlichen Europa nach 1945, hrsg. Katja Bernhardt und Antje Kempe, *kunsttexte.de/ostblick*, Nr. 4, 2015, S. 7. Allerdings hatte Clasen bereits in den 1950er Jahren versucht, sich ein neues Leben in der Bundesrepublik aufzubauen: Nachdem er

Walter Hentschel konnte seinen beruflichen Werdegang nach dem Ende der Schlossdebatte an der TH Dresden fortführen. Nach seiner Ernennung zum Professor mit Lehrauftrag (1953), folgte 1955 der Ruf zum Professor für Kunstgeschichte und Denkmalpflege.¹⁸³

Der zum Zeitpunkt des Schlossabrisses in Halle an der Saale tätige Landesdenkmalpfleger Wolf Schubert blieb auch nach der Auflösung der Landesdenkmalämter (1952) und nach mehrfacher Umstrukturierung der Denkmalpflege in der DDR – trotz erheblicher Gegenwehr von verschiedenen Seiten¹⁸⁴ – bis September 1959 Leiter der Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege. Danach wurde Schubert im Jahre 1961 Leiter der Arbeiten an den Denkmälern von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert.¹⁸⁵ Von 1964 bis 1967 war er schließlich Generaldirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci – in der Nachfolge von Willy Kurth.¹⁸⁶

Von anderer Seite gab es keine Stellungnahmen, Memoranden oder Schreiben, die für die in der Öffentlichkeit wirkenden Abrissgegner als fachwissenschaftliche Basis hätten dienen können, obwohl man etwas dieser Art von den Landesämtern hätte vermuten können: So hätte etwa seitens des Potsdamer Landesamts für

1951 des Kunsthistorikertages in Berlin verwiesen worden war – aufgrund seines Benehmens hinsichtlich der Debatte um das Berliner Schloss – hatte er sich um eine Professur an der Technischen Universität in Aachen beworben, diese jedoch nicht erhalten. Vgl. BStU, MfS AOP 11413/65, Bd. 1, Bl. 122–123: „Claasen unterhält Verbindung zu Behrens, besonders aber zum Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Vor 1945 war er Mitglied der NSDAP. Jetzt gehört er der SED an. Sein Verhalten in dieser Hinsicht ist ähnlich dem Prof. Dr. Strauss. Seine Mitgliedschaft in der SED kam wohl mehr durch Intrigen und falsche Versprechungen hinsichtlich des Berliner Schlosses zustande. C. ist mit Strauss schon aus Königsberg gut bekannt. Er hat seine faschistische Einstellung auch heute noch. [...] Nachdem C. 1951 gezwungen wurde den Kunsthistorikerkongress in Berlin zu verlassen – Benehmen im Zusammenhang mit dem Abriss des Berliner Schlosses – bewarb er sich kurze Zeit darauf um eine Professur an der Technischen Hochschule in Aachen.“

183 Vgl. Dorit Petschel (Bearb.): Die Professoren der TU Dresden. 1828–2003, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 356–357.

184 Siehe hierzu beispielsweise auch: AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Bl. 28. Vertrauliche Stellungnahme zur Persönlichkeit des Herrn Wolf Schubert in Halle/Saale vom 16.01.1957, geschrieben von Verwaltungsleiter Seegebrecht. Trotz der zahlreichen Versuche, Schubert zu diffamieren, bekam dieser 1952 den Nationalpreis verliehen.

185 Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 25; Henriette von Preuschen: Der Griff nach den Kirchen. Ideologischer und denkmalpflegerischer Umgang mit kriegszerstörten Kirchenbauten in der DDR, Worms 2011, S. 234; BArch, DC 1/5154, Bl. 383–385.

186 Vgl. BLDAM, M 54, Schreiben vom 26.02.1964 betreffend Schuberts Berufung zum Generaldirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci durch den Minister für Kultur.

Denkmalpflege, unter der Leitung von Gottfried Müller, des thüringischen Amts für Denkmalpflege und Naturschutz, unter der Leitung des Architekten und Landeskonservators Max Böcking, des sächsischen Landesamts unter der Leitung von Hans Nadler (der seit dem 1. Februar 1949 die Nachfolge von Walter Bachmann angetreten hatte) oder des Landesamts für Denkmalpflege unter der Leitung von Paul Viering (Landeskonservator von Mecklenburg bis 1949) bzw. Heinz Mansfeld (Nachfolger von Viering) Entsprechendes verfasst werden können. Vermutlich hielt aber das Risiko politischer Konsequenzen die noch bestehenden Landesämter für Denkmalpflege von einer Reaktion bzw. einer Positionierung ab. In Anbetracht der bereits geplanten Umstrukturierung waren sie sich ihrer schwindenden Handlungsmacht bewusst. Dementsprechend versuchten einzelne Personen eher, sich selbst im entstehenden System zu integrieren, als dagegen vorzugehen.

Letztlich hat sich nur Gerhard Strauss durch seine Thesen explizit zum Abriss des Schlosses bekannt, während sich seine Mitstreiter des Wissenschaftlichen Aktivs nicht zum Vorgang äußerten. Auch wenn sich Grotewohl durchaus gesprächsbereit zeigte, änderte seine Aufgeschlossenheit nichts an Ulbrichts Entscheidung. Es lässt sich nur mutmaßen, ob Stellungnahmen seitens der noch bestehenden Landesämter für Denkmalpflege beispielsweise dem Wissenschaftlichen Aktiv mehr Zeit zur Dokumentation hätten verschaffen können oder Denkmalpflege und Denkmalschutz in den kommenden Jahren in der Gesellschaft einen stärkeren Rückhalt für ihre Anliegen gefunden hätten. Handlungsspielräume gab es für die Denkmalpfleger im Rahmen der Schlossdebatte letztlich keine.

3. Denkmalpflege im (Wieder-)Aufbau 1952–1960

Im folgenden Kapitel sollen sowohl die Strukturen als auch die Handlungen und Handlungsspielräume im Bereich der DDR-Denkmalpflege für den Zeitraum von 1952 bis 1960 dargestellt und erörtert werden. Hierbei soll das in der Theorie definierte sozialistische Ideal auf seine reale Wirkungsweise hin untersucht werden. Welche Handlungsspielräume bzw. welche Handlungsgrenzen gab es? Entwickelten sich die Strukturen dem deklarierten Ideal entsprechend? Konnte sich das System in den sich etablierenden Strukturen als funktionsfähig erweisen? Welche Bedeutung kann der Ressortierung der Denkmalpflege im Kulturbereich und nicht im Bereich des Bauwesens beigemessen werden? Konnte sich hieraus eine „Brückenfunktion“ entwickeln, die über mehr Spielräume und Handlungsmöglichkeiten verfügte, als es im Bereich des Bauwesens möglich gewesen wäre?

Vor allem in der ersten Hälfte der 1950er Jahre werden die Suche nach Strukturen ebenso wie die Etablierung von Institutionen und Kontrollmechanismen im Fokus stehen. Im Anschluss sollen dann die Institutionen und Organisationen, die sich mit denkmalpflegerischen Fragestellungen auseinanderzusetzen hatten, in ihrem Handlungsspielraum innerhalb des staatlichen und institutionellen Gefüges dargestellt werden. Welche Institutionen und/oder Organisationen konnten eine gewisse Zuständigkeit für sich deklarieren und diese auch gegenüber Dritten verteidigen und auf diese Weise denkmalpflegerische Diskussionen prägen sowie historische Substanz schützen?

Im dritten Teil des Kapitels werden anhand ausgewählter Akteure Beziehungsgeflechte aufgezeigt. Diese sollen zum einen Personennetzwerke sichtbar machen und zum anderen die Tragweite ihrer Handlungsräume und Möglichkeiten hinterfragen.

3.1 Transitionsprozesse von Kulturpolitik und Denkmalpflege

Innerhalb dieses Kapitels wird die politische und gesellschaftliche Situation, in der denkmalpflegerische Strukturen entstehen sollten, in den Fokus der Betrachtung gerückt. Dabei wird zum einen überprüft, inwieweit die Strukturen, innerhalb derer sich vor allem die institutionelle Denkmalpflege in der DDR entwickeln sollte, bereits gefestigt waren. Zum anderen wird insbesondere für die zweite

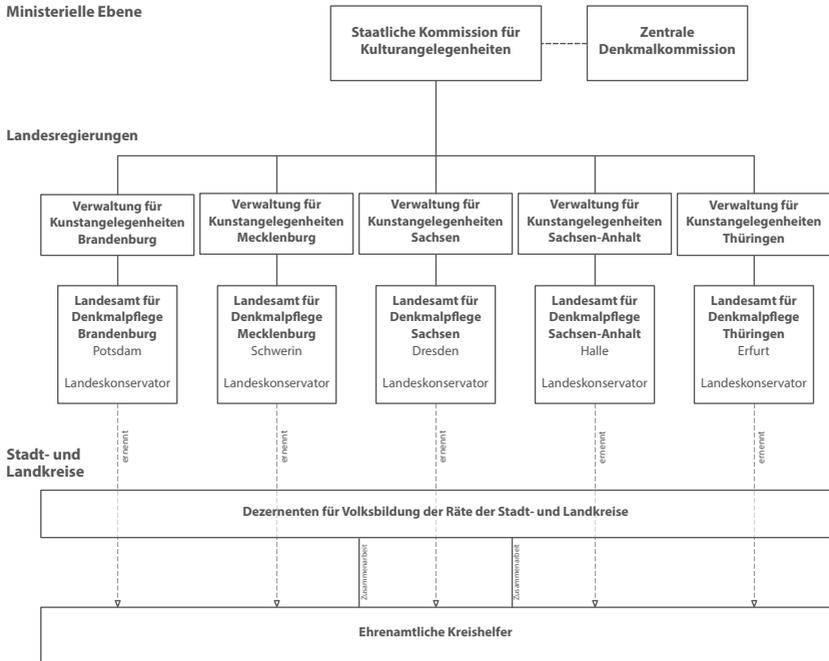


Abb. 6: Organigramm der Strukturen entsprechend der Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz), 1952

Hälfte der 1950er Jahre die Frage nach einer zunehmenden Ideologisierung und Politisierung der Denkmalpflege in ihrer Verbindung zu Städtebau, Architektur und im Umgang mit kulturellem Erbe untersucht.

Im Hinblick auf die staatlichen Strukturen und formalen Rahmenbedingungen hatten Denkmalpflege und Denkmalschutz mit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Verabschiedung der Verfassung bereits eine – wenngleich nur im weiteren Sinne mittelbare – Grundlage erhalten. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 betonte nicht nur die Unteilbarkeit Deutschlands (Art. 1) sowie die Freiheit und Gleichheit aller Bürger (B. Rechte des Bürgers, Art. 6–18), sondern auch – ebenso wie das Grundgesetz der Bundesrepublik – die Freiheit der Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre.¹ Artikel 34 der DDR-Verfassung ging jedoch noch weiter und betonte,

1 Im Grundgesetz der Bundesrepublik vom 23. Mai 1949 heißt es in Artikel 5, Absatz 3: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 1 vom 23. Mai 1949, S. 2.

dass der Staat an der Pflege der Kultur teilnahm und „Schutz [gewähre], insbesondere gegen den Mißbrauch für Zwecke, die den Bestimmungen und dem Geist der Verfassung widersprechen“².

Diese explizite Unterschutzstellung ebenso wie die Verpflichtung zur Pflege durch den Staat machten Kunst und Kultur zur Staatsaufgabe, die – wenn auch nicht explizit genannt – ebenso denkmalpflegerische Fragestellungen umfassen würde. Anders als in der Bundesrepublik waren der Schutz und die Pflege von Kunst damit in der Verfassung verankert und mussten dementsprechend innerhalb des Staatsapparates eine strukturelle Umsetzung finden.

Die Denkmalschutzverordnung von 1952

Bereits am 26. Juni 1952 verabschiedete die DDR-Regierung die *Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz)*³, die innerhalb der gesamten DDR die Rahmenbedingungen für eine möglichst einheitliche Unterschutzstellung von Denkmalen und deren Pflege schaffen sollte (Abb. 6). Sie war „vorbildhaft gemeint und gleichzeitig Aushängeschild im gesamtdeutschen Maßstab“⁴, schrieb Sigrid Brandt 2003 in ihrer Dissertation „Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR“. Zugleich betonte Brandt, dass die Verordnung „eine lange Vorgeschichte [hatte] und [...] als Ergebnis vieler Diskussionen, gemessen auch an den umfassenden Entwurfsideen, letztlich ein halbherziger Kompromiss“⁵ gewesen sei. Dies begründete Brandt zum einen mit dem Umstand, dass es sich lediglich um eine Verordnung handelte und nicht – wie zunächst von einigen Kulturschaffenden diskutiert – um ein Gesetz. Zum anderen verwies Brandt auf die in der Folgezeit fehlenden Durchführungsbestimmungen, die im Verlauf der 1950er Jahre wiederholt gefordert wurden, deren Verabschiedung jedoch immer wieder scheiterte.⁶

-
- 2 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, IV. Erziehung und Bildung, Artikel 34 (2). Vgl. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: documentArchiv.de [Hrsg.], <http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr1949.html> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
 - 3 Eine weitere Verordnung zum Schutz des deutschen Kunstbesitzes und des Besitzes wissenschaftlicher Dokumente und Materialien wurde am 2. April 1953 verabschiedet. Da diese jedoch nur mittelbar die Denkmalpflege betrifft, wird sie hier nicht eingehender behandelt. Vgl. Verordnung zum Schutze des deutschen Kunstbesitzes und des Besitzes an wissenschaftlichen Dokumenten und Materialien. Vom 2. April 1953, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 46 vom 13. April 1953, S. 522–523.
 - 4 Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 21.
 - 5 Ebd.
 - 6 Vgl. ebd., S. 23–25. Brandt macht hierbei unter anderem auf den „Vorschlag für ein Gesetz zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalpflege)“ vom 25. Juni 1952 von Gerhard Strauss aufmerksam.

Katja Wüllner betonte in ihrer Dissertation von 2015 hingegen, dass die Verordnung einen „rechtlich verbindlichen Rahmen für die denkmalpflegerische Arbeit geschaffen [habe], der die bestehenden föderalen Organisationsstrukturen unangetastet ließ“⁷. Weiter schrieb Wüllner: „So hatten die Ämter für Denkmalpflege in ihrem Zuständigkeitsbereich auch weiterhin die Möglichkeit, innerhalb ideologischer, materieller und finanzieller Grenzen eigene Schwerpunkte zu setzen.“⁸

In jedem Fall stellte die in der DDR verabschiedete Verordnung im gesamtdeutschen Raum ein Novum dar und darf in ihrer Bedeutung und Vorbildhaftigkeit insbesondere im Kontext des deutsch-deutschen Konfliktfeldes nicht unterschätzt werden. Die Verabschiedung eines Gesetzes wäre sicher wünschenswert gewesen, war aber innerhalb des Umstrukturierungsprozesses, in dem sich die DDR zu diesem Zeitpunkt befand, letztlich nicht umsetzbar. Zum einen war eine Verordnung schneller realisierbar, da sie durch den zuständigen Minister erlassen werden konnte, während ein Gesetz den Weg über die Volkskammer und die entsprechende Kommission hätte nehmen müssen, wie Sigrid Brandt beschreibt.⁹ Zum anderen ist ein Gesetz immer mit der politischen Struktur der jeweiligen Gemeinschaft verbunden und diese war (für den Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes sowie für deren Einordnung innerhalb der ministeriellen und institutionellen Strukturen) zu diesem Zeitpunkt des DDR-Staates noch in ihrer Konstituierungsphase; somit erschien die Veränderbarkeit einer Verordnung aus Regierungssicht mit Bestimmtheit attraktiver. Dennoch schuf die Verordnung einen rechtlich verbindlichen Rahmen, auf den sich die Denkmalpfleger in der DDR in der Folge immer wieder beriefen, nämlich immer dann, wenn der Denkmalbestand in Not geriet oder die Position der Denkmalpfleger innerhalb des Systems determiniert werden musste. Zwar tastete die Verordnung die bestehende föderale Organisationsstruktur der staatlichen Denkmalpflege nicht an, jedoch stand zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung die Auflösung der Länderstruktur¹⁰ in der DDR bereits kurz bevor. Damit berief sich die Verordnung auf föderale Strukturen, die es bereits wenige Monate später nicht mehr geben würde. Dies war aber nicht zwangsläufig von Nachteil, denn der Schutz und die Pflege von Denkmälern waren somit auf staatlicher Ebene juristisch grundsätzlich verankert und zudem war auch die Verfahrensweise mittels eines konstitutiven Listensystems festgeschrieben (§ 7, Abs. 1). Dass die Auflösung der Strukturen,

7 Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 30.

8 Ebd., S. 30–31.

9 Vgl. Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 23.

10 Vgl. Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Juli 1952, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 99 vom 24. Juli 1952*, S. 613–614. Demnach wurden die Länder mit Wirkung vom 25. Juli 1952 aufgelöst.

Denkmalpflege in den drei Tageszeitungen der DDR nur sehr selten auf¹⁴, während die Begriffe Kultur, Sozialismus, Sowjetunion, Heimat und Nation vergleichsweise oft zu verzeichnen waren (Abb. 7). Insbesondere tagespolitische Ereignisse wie der 17. Juni 1953 oder überstaatliche Veränderungen wie Stalins Tod (1953), die Souveränitätserklärung der DDR (1954) oder der Ungarische Volksaufstand (1956) prägten die tägliche Nachrichtenwelt. In der Fachpresse¹⁵ wurde hingegen nur selten auf tagespolitische Ereignisse hingewiesen. Ausnahmen waren der Tod Stalins sowie die Geburtstage bedeutender Politiker und Architekten.

BZ war hingegen eine regionale Zeitung, die trotz ihrer Nähe zur SED stets ein eigenes Profil behaupten konnte. So trat der Berliner Verlag als Herausgeber auf. Die Berichterstattung war häufig offener und auch kritischer als im ND. Die NZ war die Parteizeitung der CDU in der DDR und erschien erstmals am 22. Juli 1945. Sie repräsentiert im DDR-Zeitungsportal exemplarisch die Presse der Blockparteien in der DDR. Obgleich sie in der gesamten DDR-Presselandschaft eine untergeordnete Rolle spielte, war die Neue Zeit die auflagenstärkste Zeitung der vier Blockparteien. Sie wies einen konfessionell-kirchlichen Bezug auf und sollte diejenigen Bevölkerungsgruppen ansprechen, die durch das ND und die SED-Bezirkszeitungen nicht erreicht wurden.

- 14 Von 1952 bis 1960 war der Begriff der Denkmalpflege 96-mal in der Tagespresse zu finden und damit im Durchschnitt rund zehnmal pro Jahr. Bei dieser Auswertung muss jedoch beachtet werden, dass der Begriff innerhalb eines Beitrags mehrfach genannt werden kann (und jedes Mal mitzählt), sodass die tatsächliche Anzahl der Beiträge, die sich mit einem denkmalpflegerischen Thema beschäftigt haben, als sehr gering bewertet werden muss.
- 15 Die Publikationen der Fachpresse im Bereich Architektur und Denkmalpflege beschränkten sich zu diesem Zeitpunkt vorrangig auf die Fachzeitschrift der Architekten Deutsche Architektur. Über denkmalpflegerische Inhalte sowie Themen zu Architektur und Städtebau wurde außerdem überregional in der Kulturzeitschrift Aufbau (als kulturpolitische Monatsschrift vom Kulturbund der DDR herausgegeben) und in der (ebenfalls monatlich erscheinenden) Zeitschrift Natur und Heimat der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund berichtet. Dabei sahen sich vor allem die Natur- und Heimatfreunde in der Tradition des Heimatschutzes und fühlten sich gewissermaßen für denkmalpflegerische Themen ebenso wie für Fragen zu Erbe und Traditionen zuständig. Hierin wurde regelmäßig über die Entwicklung der Denkmalpflege berichtet (bspw.: Natur und Heimat 1955: Volksnahe Denkmalpflege) sowie über Denkmalpflege in einzelnen Regionen der DDR (bspw.: Natur und Heimat 1953: Gegenwärtige Aufgaben der Denkmalpflege in Dresden, Natur und Heimat 1954: Denkmalpflege in Bautzen) oder auch über die Denkmalpflege in Polen (bspw.: Natur und Heimat 1954: Denkmalpflege in Polen) und der Tschechoslowakei (bspw.: Natur und Heimat 1955: Wiederherstellung historischer Stadtbilder in der Tschechoslowakei) und über einzelne Wiederherstellungsprojekte (bspw.: Natur und Heimat 1953: Von den Arbeiten auf der Wartburg, Natur und Heimat 1954: Wiederherstellung Alter Speicher in Rostock). Eine überregionale Denkmalpflegefachzeitung fehlte hingegen völlig. Es existierten lediglich einzelne, regional erscheinende Publikationen wie Jahrbücher.

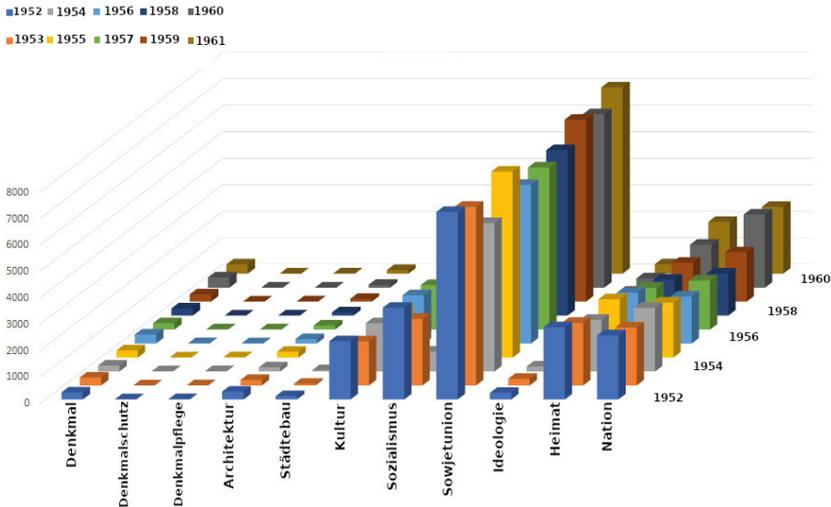


Abb. 7: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1952 bis 1960

Der neue Kurs?

Kurz nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 fand (vom 24. bis 26. Juli 1953) die 15. Tagung des Zentralkomitees der SED unter dem Titel „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“ in Berlin statt. Sowohl Otto Grotewohl als auch Walter Ulbricht analysierten dort in ihren Referaten die gegenwärtige Lage sowie den neuen Kurs der Partei, wobei es beiden innerhalb ihrer jeweiligen Argumentation auf die Generierung eines einheitlichen Feindbildes ankam, um die Ereignisse vom 17. Juni erklären zu können.

Dass gerade diese Ereignisse weitreichende Konsequenzen hatten und es „speziell GeisteswissenschaftlerInnen alter Prägung [schwer hatten ...], sich angesichts der Offensive des Marxismus-Leninismus zu behaupten“¹⁶ machten bereits Magdalena Heider und Kerstin Thöns in ihrer Publikation „SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle“ deutlich. Schon im Frühjahr 1953 – also noch vor der Juni-Krise – war eine „Intelligenz-Befragung“ durch die Bundesleitung des Kulturbundes durchgeführt worden, die die „Unzufriedenheitspotentiale aufdecken [und] deren Ursachen benennen“¹⁷ sollte. Obwohl zahlreiche Denkmalpfleger, Kunsthistoriker und Architekten Mitglieder des Kulturbundes waren, war hiervon in den Fachorganen der Architekten und

16 Magdalena Heider: Einleitung zum Protokoll der Präsidialratssitzung vom 3. Juli 1953, in: Magdalena Heider/Kerstin Thöns (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle, Köln 1990, S. 8–10, hier S. 8.

17 Ebd.

Kulturschaffenden, im Sinne einer öffentlich geführten Diskussion, jedoch nicht die Rede.

Aus einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der im Nachhinein die Ursachen für den 16. und 17. Juni 1953 erforschen sollte, geht hervor, dass die politischen Entscheidungen und Äußerungen der Regierung zum Stand des Sozialismus innerhalb der DDR von der Bevölkerung weder geglaubt noch nachvollzogen werden konnten:

„Die Feststellung des Gen. Walter Ulbricht, daß das sozialistische Bewußtsein der Massen entwickelt und reif sei, wäre nicht begründet. Wir verderben unsere Funktionäre durch übermäßige abstrakte Schulung. Wir sollten sie lehren, mit und in der Sprache der Massen zu sprechen.“¹⁸

Innerhalb der ministeriellen Ebene gab es für die weitere Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege um 1956/57 intensive Bemühungen um eine Zentralisierung der bisherigen Strukturen. Seit der *Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale* von 1952 waren immer neue Pläne für eine Umstrukturierung der bisherigen Denkmalpflege sowie Vorschläge für Durchführungsbestimmungen und dergleichen entstanden, diskutiert und dem zuständigen Ministerium sowie der DDR-Regierung unterbreitet worden – jedoch meist ohne Resonanz. So beschrieb Katja Wüllner in ihrer Dissertation, dass man sich im Ministerium für Kultur nicht auf ein Vorgehen einigen können, weshalb das Präsidium des Ministerrates eingeschaltet worden sei; dieses habe jedoch wenig Interesse gezeigt.¹⁹ Weiter führte Wüllner aus, dass aus Sicht der lokalen und regionalen Verwaltungsinstitutionen den Fachbehörden für Denkmalpflege zu weitreichende Kompetenzen zugestanden worden seien, weshalb das im Herbst 1956 neu gegründete Staatssekretariat für Angelegenheiten der örtlichen Räte eine neue Verordnung gefordert habe.²⁰

Im Rahmen der größeren Umstrukturierung des Staatsapparates, die durch das *Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht*²¹ vom 18. Januar 1957 ausgelöst wurde, kam es letztlich zur Auflösung der Zentrale²² des Instituts für Denkmalpflege in Berlin. Insbesondere im Bereich der Denkmalpflege wollte die DDR-Regierung alte Denkweisen und tradierte Wertevorstellungen durchbrechen, wie bereits Sigrid Brandt im Hinblick auf die Entwürfe von Heinz Mansfeld aus

18 BStU, MfS AP Nr. 93/64, Bericht vom 20.06.1953, Bl. 7–9, hier Bl. 7.

19 Vgl. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 36–37.

20 Vgl. ebd., S. 37.

21 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957: Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. Januar 1957, S. 65–72.

22 Vgl. BArch, DR 1/7907.

dem Jahre 1952 für eine mögliche Strukturveränderung der Denkmalpflege feststellte.²³ Das *Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht* zielte vor allem auf Machtausbau und Stärkung des Staatsapparates nach dem „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ ab. Ideologisch begründet wurde dies mit der „tiefgreifenden revolutionären Umwälzung des gesamten gesellschaftlichen Lebens“ und der „bewussteren und aktiveren Teilnahme der werktätigen Massen“, durch die „der Wille des Volkes durch die [...] gewählten Volksvertretungen und deren Organe verwirklicht“ werden könne.²⁴ Gesetzlich verankert wurden Arbeitsweise und -organisation wie auch Aufgabenbereiche und Rechte der örtlichen Volksvertretungen. Zu diesen Aufgaben gehörten auch der „Städtebau und das ländliche Bauwesen, insbesondere der Wohnungsbau, der Bau von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden, der Bau und die Unterhaltung sozialer und kultureller Einrichtungen, der Bau und die Unterhaltung von öffentlichen Gebäuden, Straßen, Wegen, Brücken und Anlagen“²⁵. Die Denkmalpflege wurde hingegen weder ex- noch implizit erwähnt. So blieben die Zuständigkeiten und Strukturen für die institutionelle Denkmalpflege weiterhin ungeklärt, was bei Betrachtung der weiteren juristischen Veränderungen, die vor allem die Struktur des Staatswesens betrafen, ersichtlich wird.²⁶

Im Juni 1957 wurden Thesen zum Bericht von Walter Ulbricht veröffentlicht²⁷, die ausführten, wie der Staatsapparat vereinfacht und die Arbeitsweise der dortigen Mitarbeiter verändert werden solle; diese würden letztlich am 11. Februar 1958 in das *Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik*²⁸ münden. Die beschlossenen Thesen, die dem ZK der SED als Diskussionsgrundlage dienten, veranschaulichten auch die nun vorgenommene Bedeutungsunterscheidung zwischen Ministerium

23 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 26.

24 Vgl. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Vom 18. Januar 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957, S. 65–72.

25 Ebd.

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. O.V.: Einzelheiten über die vorgeschlagene Vereinfachung des Staatsapparates. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. Januar 1957, in: Berliner Zeitung vom 23.07.1957, S. 5. Sowie: O.V.: Thesen zum Bericht des Genossen Walter Ulbricht über die Vereinfachung des Staatsapparates und die Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates. Beschlossen vom Zentralkomitee der SED als Diskussionsgrundlage, in: Neues Deutschland vom 21.07.1957, S. 3.

28 Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1958, geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 1958 (GBl. S. 865). Vgl. <http://www.verfassungen.de/ddr/vervollkommnungstaatsapparat58.htm> [letzter Zugriff: 01.07.2021].

für Kultur und Ministerium für Bauwesen. Während das Ministerium für Kultur in den Thesen nur am Rande Erwähnung fand und sich auf seine „grundsätzlichen Aufgaben“²⁹ konzentrieren sollte, wurden dem Ministerium für Bauwesen „für die einheitliche Lenkung und Leitung des Bauwesens“³⁰ in der DDR folgende Arbeitsbereiche zugesprochen: Zentrale Planung und Finanzen, Gebiets- und Stadtplanung, Typenprojektierung, Denkmalpflege; Wissenschaft, Technik, Neuerwerbungen, Hoch- und Fachschulen; Erfahrungsaustausch; Arbeit und Kader sowie Baustoffproduktion im Sinne der Anleitung der zentralen und örtlichen Baustoffindustrie und der Industriebau einschließlich der Industrieentwicklungsbüros. In dem im Februar 1958 verabschiedeten Gesetz fanden dann weder das Ministerium für Kultur noch die Denkmalpflege Erwähnung. Lediglich die Umbildung des Ministeriums für Aufbau zum Ministerium für Bauwesen wurde darin gesetzlich verankert, ebenso wie sein Arbeitsauftrag „Die Lösung der Grundsatzfragen im Bauwesen“.³¹

Ein erstes historisches Großereignis beging der junge Arbeiter-und-Bauern-Staat mit seinem zehnjährigen Staatsjubiläum im Herbst 1959. Anders als die Bundesrepublik, die sich mit einer Feierstunde in Bundestag und Bundesrat begnügte, erhob die DDR ihren zehnten Geburtstag zu einem regelrechten Staatsakt.³² Hierfür wurden im Vorfeld sowohl das Museum für Deutsche Geschichte als auch die institutionelle Denkmalpflege damit beauftragt, die positiven Entwicklungen und Ergebnisse des zehnjährigen Bestehens der DDR zusammenzutragen und bis zum Jubiläumsjahr ein Konzept zu entwickeln, das diese Resultate möglichst umfassend und eindrücklich präsentieren würde. So sollte unter dem Titel „10 Jahre DDR“ eine repräsentative Ausstellung im Berliner Zeughaus – als offizielle Jubiläumsausstellung – organisiert werden.³³ Dieter Vorsteher machte in seinem Aufsatz über die Vermittlung des Jubiläums darauf aufmerksam, dass es sich dabei nicht nur um eine große Ausstellung handelte, „sondern vor allem [um] eine regierungsamtliche Schau“³⁴. Auch Jörn Düwel resümierte, dass „[i]nsbesondere anlässlich runder Jahrestage [...] die staatliche Propaganda Bilanz [zog]. Immer waren es ‚stetige Erfolge‘ auf dem Weg zur ‚weiteren Vervollkomm-

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Vgl. ebd. Sowie: Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Vom 18. Januar 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957, S. 65–72.

32 Vgl. Dieter Vorsteher: „Ich bin 10 Jahre“. Die Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 135–146, hier S. 135.

33 Vgl. ebd.

34 Ebd., S. 136.

nung' des Erreichten.³⁵ Welch große Bedeutung die Regierung und andere staatliche Organe diesem Jubiläum zuschrieben, legte auch Monika Gibas dar:

„Die Thesen des Zentralkomitees der SED zum Jubiläum beschworen die DDR-Gründung gar als einen ‚Wendepunkt in der Geschichte Europas‘. Im Verständnis der politischen Elite bedeutete das: Die Existenz der DDR sei ‚unwiderrufliche Realität‘, man sah sich in den welthistorischen Fortschrittsprozess eingereicht, sei nun würdiger Bestandteil des jahrhundertelangen Kampfes des edelsten Teils der Menschheit um eine sozial gerechtere Gesellschaft, ja man wähnte sich gar, in Übereinstimmung mit den grundlegenden historischen Gesetzmäßigkeiten unserer Zeit.“³⁶

Tatsächlich entstand anlässlich des Jubiläums ein Prachtband zur Denkmalpflege in der DDR, das heißt zu denkmalpflegerischen Prestigeobjekten, die bis 1959 erfolgreich hatten durchgeführt werden können. Doch die hohe Resonanz auf diese Publikation, die man zumindest in der Vorbereitungsphase durchaus erwartet hatte, blieb offenbar aus. Erst am 13. September 1961 – und damit einen Monat nach dem Mauerbau – fand die Publikation in der Tagespresse eine ausführliche Erwähnung. Unter dem Titel „Städte und Kirchen in gute Obhut genommen“³⁷ beschrieb Elmar Jansen in der *Neuen Zeit* die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege und rezensierte gleichsam die Publikation, ohne jedoch den Anlass zu dem Werk zu benennen. Statt zum zehnjährigen Bestehen der DDR wurde die Denkmalpflege somit anlässlich des Mauerbaus – ohne dies explizit zu nennen – gezielt instrumentalisiert, wobei die „unschätzbare Arbeit“ gelobt wurde, die die Denkmalpfleger in der DDR zu leisten im Stande seien.

35 Jörn Düwel: „Willst du für Jahrhunderte bauen, dann mußt Du Menschen erziehen“. Architektur und Stadtplanung in Berlin, Hauptstadt der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 103–117, hier S. 103.

36 Monika Gibas: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt.“ Die Metaerzählung zum 7. Oktober, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 247–265, hier S. 255–256.

37 Elmar Jansen: Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neue Zeit vom 13.09.1961, S. 3.

Zusammenfassung

Anhand der Untersuchung der Denkmalschutzverordnung im Zusammenhang mit dem Stellenwert von Denkmalpflege und Denkmalschutz in der (Fach-)Öffentlichkeit der DDR konnte aufgezeigt werden, dass die Denkmalschutzverordnung ein Novum war. Obwohl sie sich auf Strukturen bezog, die beim Inkrafttreten der Verordnung bereits obsolet waren, diente sie als Legitimationsgrundlage für das Handeln der institutionellen Denkmalpfleger. In der (Fach-)Öffentlichkeit spielten denkmalpflegerische Themen hingegen nur eine geringe Rolle, sodass der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz in der DDR für den Zeitraum von 1952 bis 1960 nur eine geringe Bedeutung innerhalb der DDR-Bevölkerung bzw. der sozialistischen Gesellschaft zugesprochen werden konnte. Die Neuausrichtung und Umorganisation des staatlichen Gefüges sowie der stetig wachsende Ökonomisierungsdruck verzögerten die Etablierung von Strukturen für eine institutionelle Denkmalpflege. Gleichzeitig war die institutionelle Denkmalpflege, als Einrichtung des Bewahrens, Pflegens und Schützens von Kultur, Erbe und Traditionen, wiederholt Gegenstand der Kulturpolitik und diente dem Staat als Instrument für kulturpolitische Propaganda. Allerdings konnte für die zweite Hälfte der 1950er Jahre keine stärkere Ideologisierung oder Politisierung festgestellt werden, vielmehr waren vor allem intensivere Zentralisierungs- und Kontrollbestrebungen seitens des Staates gegenüber der institutionellen Denkmalpflege zu konstatieren.

3.2 Denkmalpflege zwischen Zentralisierung und Autonomie

Innerhalb dieses Kapitels soll es in erster Linie um Institutionen und Organisationen im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes gehen. Für die Untersuchung hinsichtlich Arbeitsweise und Bedeutung dieser verschiedenen Einrichtungen werden die sogenannte „Haushaltsaufgabe“³⁸ (die der Architekt Hans Müther als Mitarbeiter des Instituts für Geschichte und Theorie an der Deutschen Bauakademie im Jahr 1953 angefertigt hat) sowie verschiedene Protokolle und Schriftwechsel des Ministeriums für Aufbau bzw. Bauwesens (MfA/MfB) und des Ministeriums für Kultur (MfK) zugrunde gelegt.

Auch Sigrid Brandt, Katja Wüllner, Silke Schumacher-Lange und Brian William Campbell beschäftigten sich in ihren jeweiligen Dissertationen mit der Konstituierung der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege (IfD). Allerdings

38 Der gesamte Titel der Haushaltsaufgabe lautet: Denkmalschutz in der DDR und Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen. Eine Untersuchung von Dr.-Ing. Hans Müther (Haushaltsaufgabe 19/1953), in: BArch, DH 2/21188.

wurde in diesen Arbeiten die Phase des stetigen Wandels nur sehr überblicksartig beleuchtet, um im Anschluss jene Zeit, in der sich die Strukturen bereits etabliert hatten, ausführlicher zu betrachten und sich konkreten Fallbeispielen in spezifischen Regionen zuzuwenden.³⁹ Die Parallelentwicklungen der verschiedenen staatlichen Institutionen und Organisationen im Bereich der Denkmalpflege und des Bauwesens sowie die theoretischen Überlegungen verschiedener Akteure wurden in diesen Arbeiten nicht betrachtet und nicht in die Bewertung bzw. Auswertung mit einbezogen.

Im Folgenden werden, im Rahmen der während der 1950er Jahre immer wiederkehrenden Diskussionen um Stellenwert und Ausrichtung der Denkmalpflege, zunächst Institutionen und Organisationen aus dem Bereich Denkmalpflege und Denkmalschutz eingehend betrachtet (Kapitel 3.2.1). Darauf wird der Frage nachgegangen, ob die institutionelle Denkmalpflege von den damaligen Akteuren als Gesellschaftsaufgabe oder Staatsauftrag definiert wurde und in welchem Maße der Staat oder die Gesellschaft in die vielfältigen denkmalpflegerischen Prozesse eingebunden werden sollte (Kapitel 3.2.2).

Auf diese Weise werden im ersten Schritt die Institutionen und Organisationen untersucht, die sich für Denkmalpflege und Denkmalschutz engagierten oder zumindest eine gewisse Handlungs- oder sogar Entscheidungskompetenz für sich proklamierten. Demgegenüber liegt der Schwerpunkt des sich anschließenden Kapitels stärker im Bereich der gesamtgesellschaftlichen Verortung der Denkmalpflege. Erörtert wird dabei die Frage nach Zuständigkeiten und Deutungshoheiten: Sah sich der Staat den Denkmälern gegenüber verpflichtet oder sollte es der Gesellschaft obliegen, Denkmale zu schützen und zu pflegen?

Für die Betrachtung der verschiedenen Institutionen und Organisationen dient die Haushaltsaufgabe Hans Müthers als Ausgangspunkt. Die damit von Müther vorgelegte Analyse ist die einzige zeitgenössische Quelle, die eine so dezidierte und zugleich – aus der Sicht eines Protagonisten und Zeitzeugen – kritische Auseinandersetzung mit dem Stand der DDR-Denkmalpflege sowie den strukturellen Entwicklungen und der Etablierung verschiedener Institutionen und Organisationen innerhalb dieser Frühphase präsentiert. Für eine kritische Analyse der Ausführungen Müthers sowie für eine weitergehende Betrachtung der Institutionen wie auch der weiteren Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege und der staatlichen Strukturen wurden zusätzliche Quellen hinzugezogen, und

39 So konzentrierte sich Sigrid Brandt (2003) auf den sächsischen Raum, Katja Wüllner (2016) auf die thüringischen Städte Erfurt, Weimar, Eisenach sowie Silke Schumacher-Lange (2012) auf den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden in Berlin von 1945 bis 1989. Brian Campbell versuchte in seiner englischsprachigen Dissertation hingegen, die Geschichte der Denkmalpflege in der gesamten DDR im Zeitraum von 1945 bis 1990 darzustellen, wobei er einen Schwerpunkt auf die 1970er Jahre legte.

zwar aus dem Bestand des Politbüros, des Ministeriums für Kultur sowie der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Für die Untersuchung der gesamtgesellschaftlichen Verortung der Denkmalpflege diente ein Aufsatz des Denkmalpflegers Gottfried Müller, der die Aufgaben der Denkmalpflege thematisierte, als Grundlage. Dieser wurde wiederum in Bezug zu Müthers Ausführungen sowie zu weiteren Artikeln und Texten aus Tagespresse und populärwissenschaftlichen Zeitschriften gesetzt, um auch diesen Beitrag zur Erörterung der gestellten Frage kontextualisieren zu können.

3.2.1 Denkmalpflege und staatliche Strukturen im Wandel

Im Verlauf der 1950er Jahre wurde wiederkehrend über die Bedeutung und Ausrichtung der Denkmalpflege in der DDR und insbesondere über ihren Stellenwert innerhalb der Gesellschaft diskutiert. Die Legitimierung des Denkmalwertes durch die Bevölkerung und die „Popularisierung“ denkmalpflegerischer Debatten und Fragestellungen stand in direktem Zusammenhang zur Idee des Arbeiter- und Bauern-Staates, in dem die Klasse der Arbeiter und Bauern die entscheidenden Leitlinien vorgeben sollte. In diesem Sinne ist es als konsistent zu betrachten, dass die Denkmalpflege – die vorrangig als bürgerlich⁴⁰ geprägt galt – stärker als zuvor mit dem Alltag und dem Leben der Bevölkerung und jedes Einzelnen in Verbindung stehen sollte.

1953 wurde der Architekt Hans Mütter als Mitarbeiter von Gerhard Strauss am Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst an der Deutschen Bauakademie der DDR (DBA) mit der Erstellung einer Haushaltsaufgabe⁴¹ beauftragt, die den aktuellen Stand der DDR-Denkmalpflege untersuchen, kritisch analysieren und zugleich Verbesserungsvorschläge unterbreiten sollte. Darin charakterisierte Mütter die Denkmalpflege in der DDR als Aufgabe des ganzen Volkes, da die Baukunst jetzt dem ganzen Volk gehöre und diene.⁴²

Das Institut für Theorie und Geschichte der Bauakademie (bzw. Hans Mütter als Mitarbeiter des Instituts) sollte als zentrale wissenschaftliche Einrichtung für Architektur und Bauwesen in der DDR ein Gutachten erstellen, auf dessen

40 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 7, 9, 31, 34, 54.

41 Vgl. BArch, DH 2/21188, Deutsche Bauakademie, Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst, Denkmalschutz in der DDR und Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen. Eine Untersuchung von Dr.-Ing. Hans Mütter (Haushaltsaufgabe 19/1953).

42 Mütter schrieb: „Die Kunst und mit ihr die Baukunst gehört und dient jetzt dem ganzen Volke, das sich mehr und mehr ideell und materiell an ihrer Pflege beteiligen wird, wenn die Organisationen der Denkmalpflege und der Volksbildung so gut wie der Kulturbund es verstehen, die Bedeutung des kulturellen Erbes publik zu machen und damit seine Pflege dem ganzen Volke nahe zu bringen.“, in: BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 18–19.

Grundlage über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Einbindung der Denkmalpflege in Staat und Gesellschaft hätte diskutiert werden können. Auch waren ganz elementare Fragen zur strukturellen Einbettung der Denkmalpflege in den Staatsapparat sowie deren Arbeitsweise und die Regelung von Zuständigkeiten – insbesondere im Vergleich mit Polen, der UdSSR und anderen sowjetischen Volksrepubliken – Bestandteil der Untersuchung Müthers. Obwohl die erstellte Haushaltsaufgabe überliefert ist, können keine Rückschlüsse auf den konkreten Auftraggeber sowie auf die Konsequenzen, die aus Müthers Analyse folgten, gezogen werden.

Zu vermuten ist, dass der Auftrag vom Ministerium für Aufbau oder direkt vom Ministerrat an das von Strauss geleitete Institut erteilt worden ist. Im Politbüro waren in der Sitzung vom 29. Januar 1952 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Deutschen Bauakademie erarbeitet worden, die hauptsächlich eine weitere Angleichung an das sowjetische Vorbild vorsahen.⁴³ Im Zuge dessen ist auch eine Diskussion über die weitere Arbeitsweise und Einbindung der staatlichen Denkmalpflege denkbar, auch wenn diese nicht protokollarisch festgehalten wurde. Die Struktur des Ministeriums für Aufbau und die der Bauakademie standen mehrfach zur Diskussion und sollten Veränderungen unterworfen werden.

Müthers Untersuchung zeigt auf, welche Akteure sich 1953 in der DDR mit denkmalpflegerischen Fragestellungen auseinandersetzten, welche Institutionen sich zukünftig diesen Themen widmen sollten und ebenso wie und auf welche Weise eine koordinierte Zusammenarbeit bereits umgesetzt werden konnte. Dabei verglich Mütter wiederholend den Stand der Denkmalpflege in der DDR mit demjenigen in anderen sozialistischen Ländern (insbesondere mit der Volksrepublik Polen), auch bzw. gerade weil die Denkmalpflege in der DDR im Hinblick auf die Entwicklungen in anderen Staaten noch über viele Defizite verfügte. Zudem wurde in der DDR – aufgrund Personalmangels, fehlender struktureller Rahmenbedingungen und unklarer Zuständigkeiten – vor allem über Strukturen und weitaus seltener über Probleme der denkmalpflegerischen Praxis diskutiert (vgl. Kapitel 3.3.2).⁴⁴ Um jedoch auch positive Tendenzen zu betonen und den aktuellen denkmalpflegerischen Zustand nicht nur zu kritisieren bzw. zu problematisieren, verglich Mütter die Denkmalpflege in der DDR mit der Denkmalpflege bzw. mit

43 Vgl. Protokoll des Politbüros des Zentralkomitees vom 29. Januar 1952, Nr. 89 (BArch, DY 30/IV 2/2/189), http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_IV2_2_189/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/argus-bstu/dy30pbpr/index.htm-kid-aeaa557b-64a3-4c5f-b2f2-d3221d48a9b0&sign=DY%2030/IV%202/2/189 [letzter Zugriff: 25.03.2021].

44 Die unklaren Zuständigkeiten wurden zum Teil auch in der Tagespresse thematisiert. So zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Schloss Sanssouci (1952), vgl. O.V.: Gibt es einen Fall Sanssouci?, in: Neues Deutschland vom 12.02.1952, S. 4. Sowie: Horst Knietzsch: Es gibt doch einen Fall Sanssouci!, in: Neues Deutschland vom 28.02.1952, S. 6.

denkmalpflegerischen Entwicklungen in der Vorkriegszeit. Diese Rückschau ermöglichte es ihm, neue Potenziale in der Entwicklung ebenso wie die veränderte Sicht auf Denkmale, Denkmalpflege und Denkmalschutz zu thematisieren und in der Gesamtschau als durchaus positiv zu bewerten.

Zu Beginn seiner Analyse betonte Mütter den veränderten Stellenwert der Denkmalpflege im Arbeiter-und-Bauern-Staat, der die bisherige denkmalpflegerische Arbeit vor neue Herausforderungen stellte; sie sei nun „ein Teil der architektonischen und städtebaulichen Planung“ und „die neue architektonische und städtebauliche Gestaltung gleichzeitig zu einer denkmalpflegerischen Aufgabe“ geworden.⁴⁵ Mit dieser Argumentation verwies Mütter auch auf die „Nationalen Traditionen“ als stilistische Leitlinie innerhalb des Architekturwesens, mit das Einbeziehen (vermeintlicher) historischer und lokaler Traditionen im (Wieder-)Aufbau aufgenommen und weiterentwickelt werden sollte. Der Denkmalpflege kam dabei, dem Architekten Mütter zufolge, eine bedeutende Aufgabe zu; galt es doch nicht zuletzt, beim Auswahlprozess zu entscheiden, auf welche Traditionen man sich beziehen wollte.

Als Teil der architektonischen und städtebaulichen Planung stand im Mittelpunkt der denkmalpflegerischen Tätigkeit nicht mehr „nur“ der Schutz der Substanz. Vielmehr ging es um Teilhabe an konkreten Entscheidungsprozessen der städtebaulichen Planungen und um eine gleichberechtigte und gleichwertige Verbindung von Architektur, Städtebau und Denkmalpflege – so zumindest der Wunsch Mütthers.

Auch die ideologische Bedeutung der Denkmalpflege wurde von Hans Mütter betont, da „die Kunst und mit ihr auch die Baukunst [...] jetzt dem ganzen Volke [gehöre und diene], das sich mehr und mehr ideell und materiell an ihrer Pflege beteiligen wird“⁴⁶. Hierbei verwies er zudem auf die Arbeit des Kulturbundes, der als Vorbild anderer Organisationen dienen sollte, um die Denkmalpflege stärker zu „popularisieren“.⁴⁷ Durch einen vermehrten Austausch erhoffte sich Mütter vor allem einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung für denkmalpflegerische Debatten, die zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit bzw. nur innerhalb eines kleineren Fachkreises geführt worden sind – nicht zuletzt, um Druck auf die politischen Handlungsebenen erzeugen zu können.

Anhand der von ihm vorgelegten Untersuchung wird ersichtlich, dass Hans Mütter denkmalpflegerische Themen sowohl in der Zuständigkeit der Bauakademie als auch in der Verantwortlichkeit der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Stakuko) verankert sah. Die denkmalpflegerische Arbeit der Bau-

45 Vgl. BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 18.

46 Ebd.

47 Vgl. ebd., S. 19.

akademie sollte sich dabei „entsprechend dem Charakter der Institution nicht auf die administrative Tätigkeit beziehen, sondern auf der gutachterlichen, wissenschaftlichen und beratenden Ebene liegen“⁴⁸. Die Bauakademie sollte die Deutungshoheit besitzen, während der Stakuko die „administrative Denkmalpflege“ obliegen sollte.⁴⁹ Zugleich betonte Mütter die herausragende Position der Bauakademie als zentrale wissenschaftliche Einrichtung für Architektur und Bauwesen, die zwar dem Ministerium für Aufbau unterstand, jedoch als beratendes Fachgremium über relativ viele Rechte und Freiräume verfügte. Aufgrund dessen hoffte Mütter offenbar, dass die Mitglieder und Mitarbeiter der DBA schneller und effizienter in politische Diskussionen und Entscheidungen eingreifen und diese somit auch prägen könnten. Der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten sprach er hingegen die fachliche Kompetenz ab und sah sie letztlich vorrangig als Verwaltungsinstitution.

Entsprechend dem *Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952* wurden die Landesämter für Denkmalpflege von der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten zum 31. Dezember 1952 aufgelöst. An ihrer Stelle wurde das Institut für Denkmalpflege (IfD) formal begründet (siehe Abb. 6 auf S. 72). Nach Mütter sollte das Institut der Stakuko unterstehen und nicht als fachwissenschaftliche Institution, sondern als Aufsichtsbehörde dienen.⁵⁰ Unklar blieb in der Haushaltsaufgabe, wen oder welche Einrichtunge(n) das IfD als Aufsichtsbehörde hätte beaufsichtigen sollen und wem gegenüber sie in welchem Maße weisungsbefugt gewesen wäre.

Nachdem Hans Mütter den Zuständigkeitsbereich der Stakuko in erster Linie auf die „administrative Denkmalpflege“ beschränkt und der DBA die Deutungshoheit zugesprochen hatte, bedeutete dies für das Institut für Denkmalpflege keine bzw. kaum Handlungs- und Entscheidungskompetenz. Die Definition des Instituts als „Aufsichtsbehörde“ signalisierte letztlich eine Herabsetzung, die zudem im Widerspruch zur Verordnung zum Schutz und Erhalt der Kulturdenkmale stand.⁵¹

Obwohl Mütter das Institut für Denkmalpflege einerseits als Aufsichtsbehörde definierte, umschrieb er andererseits das Aufgabenspektrum umfangreicher,

48 Ebd., S. 27.

49 Vgl. ebd.

50 Vgl. ebd., S. 29. Sowie: Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515.

51 Vgl. Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515, § 4 und § 5.

als es für eine Aufsichtsbehörde üblich war: Das IfD hätte alle Aufgaben zu erfüllen, „die nach der Verordnung über den Denkmalschutz vom 26. Juni 1952 bisher den Landesämtern für Denkmalpflege“⁵² zugefallen waren. So legte Müther, im Widerspruch zu seinen vorangegangenen Aussagen, anhand von zehn Punkten den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich des neu gegründeten Instituts für Denkmalpflege dar und ging inhaltlich dabei weit über administrative Tätigkeiten bzw. die Tätigkeiten einer „Aufsichtsbehörde“ hinaus: Neben der Inventarisierung von Denkmalen sollten die Aufgaben des IfD auch die Planung denkmalpflegerischer Maßnahmen umfassen, die Erschließung von Denkmalen, die Popularisierung des Denkmalbestandes, beratende Tätigkeiten, die Erstellung von Publikationen, ebenso die Kontrolle denkmalerhaltender Maßnahmen sowie alle Aufgaben, die durch die früheren Landesämter für Denkmalpflege erfüllt worden waren.⁵³ Wie die Strukturen zur Bewältigung all dessen aussehen sollten, ließ Müther offen.

Seine Analyse im Rahmen der Haushaltsaufgabe zeigt einerseits die Fragilität der 1953 existierenden Strukturen und andererseits die zu diesem Zeitpunkt noch – zumindest für ihn – als verwirklicht erscheinenden Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Denkmalpflege.

Großes Potenzial sah Hans Müther in der Schaffung einer zentralen Denkmalkommission, deren Aufgabe darin bestehen sollte, „alle Maßnahmen der Denkmalpflege zu koordinieren“⁵⁴. In dieser Kommission sollten „die vier Akademien, die zuständigen Ministerien und Staatssekretariate, das Museum für Deutsche Geschichte und der Kulturbund“ vertreten sein, die sich bis dato mit denkmalpflegerischen Fragestellungen zu beschäftigen hatten.⁵⁵ Damit wäre ein übergeordnetes, vorrangig wissenschaftlich geprägtes Gremium entstanden, das Kurskorrekturen inhaltlich-ideologischer Art hätte vornehmen und als eine Art Werteinstanz hätte wirksam sein können und das zugleich über den Kulturbund eine Verbreitung der Ideen und Entscheidungen innerhalb der Bevölkerung hätte initiieren können. Gleichzeitig versuchte Müther die Bedeutung der Bauakademie für den Bereich der Denkmalpflege zu betonen, um die Zuständigkeit nicht zu verlieren.⁵⁶

Aus Müthers Untersuchung zum Ist-Stand der Denkmalpflege innerhalb der DDR können folgende Erkenntnisse gewonnen werden: Es herrschte 1953 ein großes Nebeneinander unterschiedlichster Organisationen und Institutionen, die sich alle im weitesten Sinne dem Thema „Denkmalpflege und Denkmalschutz“ widmeten; zugleich gab es jedoch kaum eine Koordination dieser verschiedenen

52 BArch, DH 2/z1188, Haushaltsaufgabe (passim).

53 Vgl. ebd.

54 Ebd.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. ebd.

Stellen. Vor allem aber bedeutete der juristische Sonderstatus Berlins eine große Herausforderung.

Auffällig ist die von Hans Muther vorgenommene begriffliche Trennung von Denkmalpflege und Denkmalschutz. So bewertete er die getroffenen Maßnahmen für den Denkmalschutz durchaus positiv, bezweifelte aber, ob die Denkmalpflege „den neuen Aufgaben voll gerecht“⁵⁷ werden könne. Zudem unterschied er zwischen altem und neuem Denkmal- und Heimatschutz, wobei der „alte“ nur substanzerhaltend tätig gewesen sei, der „neue“ hingegen durch Anpassungen „das Heimatbild bewahrt“.⁵⁸ Hierin sah der IfD-Denkmalpfleger eine positive Entwicklung, die er vor allem dem Sozialismus bzw. der Entstehung einer sozialistischen Gesellschaft zuschrieb und die daher auch in anderen sozialistischen Ländern zu beobachten sei und dort zum Teil bereits habe umgesetzt werden können.

Für problematisch erachtete Muther die Ausbildung des Nachwuchses. Diese drohe sich noch weiter zu verschlechtern, da die ehemalige Staatliche Hochschule für Baukunst und Bildende Künste Weimar umstrukturiert werde (zur Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, erfolgt im Jahre 1954) und im Zuge dessen die Auflösung des dortigen Lehrstuhls für Denkmalpflege geplant sei.⁵⁹ Die Ausbildung von Nachwuchskräften stellte im Bereich der Denkmalpflege ein ernstzunehmendes Problem dar, weil es angesichts der vielen zerstörten und schwer beschädigten Bauwerke in hohem Maße an Fachkräften mangelte. Die Erweiterung des Denkmalbegriffs und die Ausdehnung der Zuständigkeit der Denkmalpflege, die Muther in seiner Untersuchung darlegte, vergrößerte dieses Problem noch um ein Vielfaches. Hinzukam die ideologische Durchdringung denkmalpflegerischer Fragestellungen, die bereits in der Berliner Schlossdebatte (vgl. Kapitel 2) tiefe Gräben zwischen den einzelnen Protagonisten der Denkmalpflege gezogen hatte, deren Überwindung auch in den kommenden Jahren unmöglich erschien und die das Personalproblem zusätzlich verstärkte.

Die Haushaltsaufgabe macht deutlich, dass Hans Muther vor allem seitens des Ministeriums für Kultur sowie des Ministeriums für Aufbau bzw. Bauwesen die Schaffung eindeutiger Strukturen erwartete – nicht zuletzt, um weiterhin im internationalen Vergleich bestehen zu können. So beschäftigte er sich in seiner Untersuchung dezidiert mit den einzelnen Akteuren, ihren Tätigkeits- und Handlungsfeldern, bisherigen Entwicklungen sowie den Defiziten, die bisher die Umsetzung einer volksnahen Denkmalpflege verhindert hatten. Die Haushaltsaufgabe zeigt zudem die sich vollziehenden Wandlungsprozesse von Institutionen und Strukturen auf, die es auch für Muther schwer machten, künftige Entwicklungen

57 BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 36.

58 Vgl. ebd., S. 57.

59 Vgl. ebd., S. 36–55.

ab- und einzuschätzen. Zugleich werden Konflikt- und Interessensfelder sichtbar, die auch die künftigen Entwicklungen prägen sollten.

Das Ministerium für Kultur

Das Ministerium für Kultur (MfK), das sich 1954 aus der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten gebildet hatte und dem das Institut für Denkmalpflege (IfD) fortan unterstand, hatte insbesondere in den ersten Jahren seines Bestehens größere personelle Probleme zu überbrücken. Darüber hinaus gab es inhaltlich-ideologische Schwierigkeiten, derer sich das Ministerium annehmen sollte.⁶⁰

Mit der Gründung des MfK oblagen dem Ministerium auch die weitere Entwicklung und strukturelle Einbindung des IfD. Die größte Herausforderung stellte dabei die Besetzung der sogenannten „Zentrale“ dar, die von Berlin aus die Entwicklungen im Bereich der Denkmalpflege steuern sollte und die politische Entscheidungen umzusetzen hatte. Eine Lösung sollte erst im Mai 1955 – mit der Einsetzung des Werbegrafikers Kurt Lade als Direktor der Zentrale – gefunden werden (vgl. Kapitel 3.3.1). Mehrere Umstrukturierungen in den Jahren 1956 und 1957/58 sollten zudem eine wirksame Arbeitsweise des Ministeriums – auch im Bereich der Denkmalpflege – stark erschweren.

Nicht nur das MfK wurde mehrfach verändert, auch die Denkmalpflege sollte 1958 – wieder – eine Umstrukturierung⁶¹ erfahren. Dabei war unter anderem die Zuordnung der Denkmalpflege zum Kulturministerium erneut ein Thema. Die Erarbeitung einer „klaren Konzeption über die Bedeutung und Aufgabenstellung der Denkmalpflege“⁶² stand ebenfalls weiterhin zur Diskussion und sollte neu geregelt bzw. endgültig definiert werden. Inwiefern hierfür Müthers Haushaltsuntersuchung eine Grundlage gewesen sein könnte, kann jedoch nicht beantwortet werden.

Das Ministerium für Aufbau

Ähnlich ist die Entwicklung des Ministeriums für Aufbau (MfA) zu betrachten. Das MfA konnte zwar keine direkte Zuständigkeit für die Denkmalpflege beanspruchen, war jedoch mit dem (Wieder-)Aufbau der Städte betraut und musste

60 Vgl. BArch, DR 1/7907, Schreiben von Fritz Dähn an Alexander Abusch vom 27.10.1955. Hierin unterstellte Dähn, dass bei der Arbeit der Kunstwissenschaft „falsch und wild gegeneinander gearbeitet“ werde; er sah das Ministerium in der Verantwortung, diese Fehler und Probleme zu korrigieren.

61 Die Umstrukturierung war als Neuregelung angedacht und in 16 Punkte untergliedert. Auch wenn diese weitaus weniger programmatisch waren, als die Sechzehn Grundsätze für den Städtebau, stellten sie dennoch die Festlegung einer Neuordnung dar.

62 BArch, DR 1/7907, Vorschläge zur Neuregelung 1958.

sich durch die ihm unterstellte Bauakademie und durch den Beirat für Bauwesen letztlich mittelbar mit Fragen zur Denkmalpflege auseinandersetzen.

Dem Ministerium für Aufbau oblag es, die Baudenkmale „in die Planung der Dörfer und Städte“ auf Grundlage der *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* sowie des *Gesetzes über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz)* vom 5. September 1950 einzuordnen.⁶³ Hans Mütter hatte sich in seinen Ausführungen vor allem auf die Forderungen nach „Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes des Volkes“ (Punkt 2 der *Sechzehn Grundsätze*) bezogen, ebenso auf eine Stadtplanung unter „Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt“ (Punkt 5 der *Sechzehn Grundsätze*) sowie auf die vorrangige Verwendung der „in den fortschrittlichen Traditionen der Vergangenheit verkörperte[n] Erfahrung[en] des Volkes“ in der Architektur (Punkt 14 der *Sechzehn Grundsätze*). Woraus das kulturelle Erbe des Volkes und seine fortschrittlichen Elemente bzw. Traditionen konkret bestehen sollten, welche kulturelle Wurzeln, an denen man nach Kriegsende in einem sich im Aufbau befindenden Gesellschaftssystem anknüpfen wollte, gemeint waren und in welchem architektonischen Erbe man diese Ideen und Werte verkörpert sah, hatte Mütter (bewusst) offengelassen. Die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur war von Mütter zwar ebenfalls nicht dezidiert erläutert worden, bildete jedoch in den Diskussionen um den (Wieder-)Aufbau verschiedener Städte, an denen sich auch die Denkmalpfleger beteiligten, einen häufig genannten Aspekt und fand beispielsweise bei der Rekonstruktion der Altstadt von Görlitz große Beachtung, wie die Publikation zum zehnjährigen Jubiläum des Bestehens der Denkmalpflege in der DDR eindrucksvoll darlegt (vgl. Kapitel 3.3.2).

Bereits während der Debatte über den Abriss des Berliner Schlosses hatte sich gezeigt, dass auch das MfA von zahlreichen Umstrukturierungen betroffen war und dass diese Veränderungsprozesse die Zeit des Bestehens des Ministeriums bis zu seiner Umwandlung in das Ministerium für Bauwesen (und darüber hinaus) geprägt und zum Teil bestimmt haben. Insbesondere die ideologische Aufladung des Begriffs Aufbau, die auch von Lothar Bolz Betonung erfahren hat, führte innerhalb des Ministeriums immer wieder zu Spannungen – insbesondere im Spannungsfeld zwischen Theorie und Alltagspraxis (vgl. auch Kapitel 2).

Hinsichtlich des Wiederaufbaus zerstörter Baudenkmale war es unter anderem die Hauptabteilung „Sonderbauten“ des MfA, die sich diesen Bauwerken im Sinne einer Sonderbauaufgabe annahm und dabei immer wieder in die Kritik geriet.⁶⁴

63 Vgl. BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 31–34. Sowie: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 32–52.

64 Kritisiert wurde die Hauptabteilung beispielsweise im Zuge des Wiederaufbaus der Berliner Staatsoper Unter den Linden. Siehe hierzu unter anderem: O.V.: Das Hemd näher als der Rock, in: Berliner Zeitung vom 29.10.1952, S. 3. Sowie: BArch, DH 1/44553, Schreiben von der Presse-

Das Institut für Denkmalpflege

Mit Wirkung vom 31. Dezember 1952 waren die ehemals fünf Landesämter für Denkmalpflege aufgelöst worden. Bereits vor dem Inkrafttreten dieser Regelung hatte sich die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten um die Bildung eines Zentralinstituts für Denkmalpflege mit drei Außenstellen bemüht, die laut Plan ihren Dienst zum 1. Januar 1953 aufnehmen sollten.⁶⁵ Diese Bestrebungen fanden jedoch keine fristgerechte Umsetzung.

Am 16. Januar 1953 übersandte Ernst Hoffmann den vierten Entwurf für eine Sekretariatsvorlage zur Bildung eines Instituts für Denkmalpflege an Kurt Liebknecht mit der Bitte um eine Stellungnahme.⁶⁶ Der Entwurf sah vor, dass an Stelle der bisherigen Landesämter in Berlin ein Institut für Denkmalpflege eingerichtet werden solle. Dieses sollte durch drei Außenstellen ergänzt werden: Für das Gebiet Nord sollte die Außenstelle mit Sitz in Berlin die Bezirke Schwerin, Rostock, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt/Oder abdecken, für das Gebiet Südost sollte eine Außenstelle in Dresden geführt werden (mit Zuständigkeit für die Bezirke Dresden, Leipzig, Cottbus und Chemnitz) und die dritte Außenstelle sollte von Halle/Saale aus das Gebiet Südwest mit den Bezirken Halle, Magdeburg, Erfurt, Suhl und Gera betreuen.

Das Institut für Denkmalpflege sollte als fachwissenschaftliche Institution dem Ministerium für Kultur unterstehen, das auch den Leiter der Zentrale einsetzen sollte. Alle Aufgaben der Denkmalpflege sollten von einer Zentralen Denkmalkommission, die bereits in der Denkmalschutzverordnung von 1952 Erwähnung gefunden hatte, koordiniert werden. In dieser Kommission sollten Mitglieder des Ministeriums für Aufbau bzw. Bauwesen, der Bauakademie sowie des Museums für Deutsche Geschichte vertreten sein.

Im Vergleich zur Denkmalschutzverordnung, in der lediglich festgelegt worden war, dass die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten „eine zentrale Denkmalkommission berufen [könne], die in Angelegenheit der Denkmalpflege beratend mitwirkt“⁶⁷, fielen die Ausführungen in der Sekretariatsvorlage deutlich ausführlicher aus. Auch wird in Letzterer nicht von einer beratenden, sondern von einer koordinierenden Funktion gesprochen, der – so lässt sich mit Blick auf

stelle des Ministeriums für Aufbau an Herrn Minister Bolz vom 15.11.1952, betreffend: Wiederaufbau der Staatsoper Unter den Linden, Anlage: Abschrift Situationsbericht vom Wiederaufbau der Staatsoper Unter den Linden vom 27.10.1952.

65 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 99, Schreiben von Helmut Holtzhauer an Ernst Hoffmann vom 11.12.1952 mit Bitte um Beschlussfassung.

66 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 103–106.

67 Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515, hier S. 514, §3 (2).

die darin vertretenen Institutionen vermuten – weitreichendere Kompetenzen zugesprochen werden könnten.

Doch noch im März 1953 war die Situation zur Etablierung des Instituts für Denkmalpflege ungeklärt, wie aus einem Schreiben des Abteilungsleiters für „Kunstsammlungen und Denkmalpflege“ der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Theo Piana, hervorgeht:

„Am 16.2.d.J. erhielt ich vom Gen. Ernst Hoffmann den Auftrag, mich bei der Genossin Irene Heller (ZK., Kulturabteilung) laufend nach dem Stand der Sekretariatsvorlage, betreffend Schaffung des Instituts für Denkmalpflege in der DDR und die Zusammensetzung der Zentralen Denkmalkommission bei der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten zu erkundigen und gegebenenfalls die Angelegenheit zu beschleunigen. [...] Am 9. III.d.J. war niemand im ZK zu erreichen. Am 11.d.M. erklärte Gen. Strutz von der Kulturabteilung des ZK, daß weiterhin mit einem Beschluß noch nicht zu rechnen sei, da es Gen. Mansfeld [gemeint ist der Kunsthistoriker Heinz Mansfeld, Anm. d. Verf.] immer noch ablehne, die Leitung des Instituts zu übernehmen, über einen anderen Personalvorschlag nicht diskutiert worden sei und ferner bezüglich des Gesamtkomplexes noch Unklarheiten bestünden.“⁶⁸

Pianas Schilderungen legen die Schwierigkeiten offen, die sich offensichtlich bei der Konstituierung des Instituts für Denkmalpflege ergaben. Dabei lag es nicht an mangelnder Vorbereitung, sondern vor allem am Zögern des SED-Zentralkomitees.

Erst im April 1953, so lässt sich vermuten⁶⁹, konnten zumindest die Außenstellen des Instituts für Denkmalpflege ihre Arbeit aufnehmen (Abb. 8, folgende Seite). Die Gründung eines Zentralinstituts war allerdings auch im Mai 1953 noch nicht bestätigt, sodass „die im Haushaltsplan des Zentralinstituts für Personalausgaben eingeplanten Mittel [...] nicht angetastet werden“⁷⁰ durften. Die Etablierung der IfD-Zentrale und somit auch ihre Arbeitsfähigkeit blieben weiterhin ausstehend; sie konnten letztlich erst 1955, mit der Besetzung Kurt Lades als Direktor, erfolgen (vgl. Kapitel 3.3.1).

Weder die strukturellen⁷¹ noch die personellen Probleme des Instituts waren allerdings auch nach der Besetzung Kurt Lades nicht gelöst. Dies wird in

68 BArch, DR 1/8026, fol. 1, Schreiben von Theo Piana vom 12.03.1953.

69 Vgl. BArch, DY 30J IV 2/3/378. Sowie: Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 32.

70 BArch, DR 1/8026, fol. 68, Bericht über die Personalsituation der Außenstelle Nord und des Zentralinstituts am 15.05.1953.

71 Hier sind beispielsweise die Bestrebungen Walter Ohles zur Rückführung der Außenstelle Nord II nach Schwerin zu nennen, unter anderem in: BArch, DR 1/8026, fol. 46–48, Denkschrift über die Verlegung der Außenstelle Nord II in das Arbeitsgebiet vom 01.03.1956.

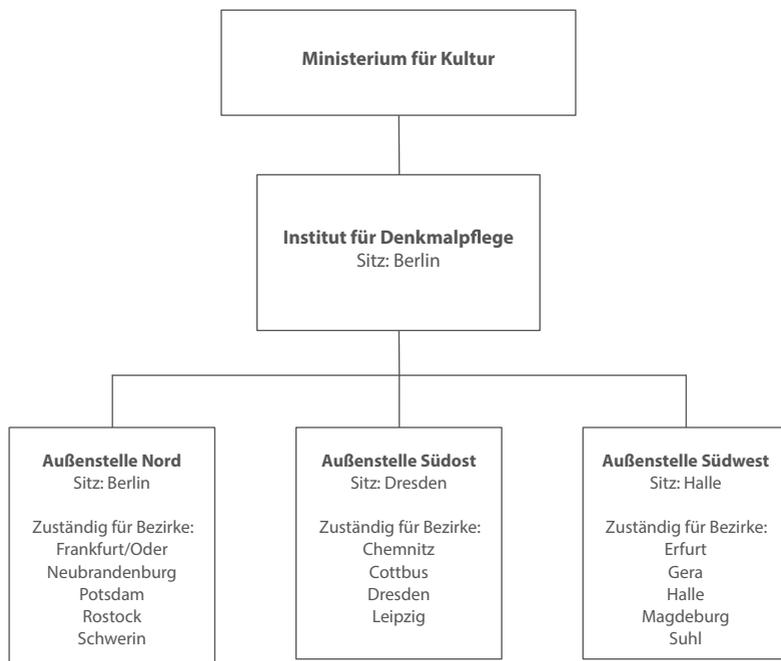


Abb. 8: Organigramm der Struktur des Instituts für Denkmalpflege, 1955

besonderem Maße anhand einer Stellungnahme Walter Ohles vom 8. März 1956 evident.⁷² Ohle verdeutlichte darin die organisatorischen Entwicklungen des IfD sowie die Probleme, die sich aus ungeklärten Strukturen und Zuständigkeiten ergaben, woraus Widerstand der Konservatoren gegenüber Kurt Lade als Direktor der Zentrale resultierte (vgl. Kapitel 3.3.2).⁷³

Hans Müther schloss sich im Mai 1956, in einem vertraulichen Schreiben an das Ministerium für Kultur, der Stellungnahme Ohles aus dem März des Jahres „vollinhaltlich“⁷⁴ an. Aus Müthers Ausführungen wird die generelle Ablehnung eines zentralen Instituts deutlich, da „[e]chte denkmalpflegerische Aufgaben [...] für ein Zentralinstitut für Denkmalpflege nicht vorhanden“⁷⁵ seien. Vielmehr sah der Architekt und Denkmalpfleger Müther die Außenstellen für die Übernahme aller denkmalpflegerischen Aufgaben in der Pflicht, da diese „aus ihrer Sach- und Fachkenntnis heraus allein die Möglichkeit [hätten], alle denkmalpflegerischen

72 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 12–13.

73 Vgl. ebd., fol. 13.

74 Ebd., fol. 49–52.

75 Ebd., fol. 51.

Belange bei den Räten der Kreise, der Bezirke, bei den Projektierungsbetrieben, den Ministerien und dem Beirat im Ministerium für Aufbau, sowie dem Beirat für Bauwesen im Ministerrat zu vertreten“⁷⁶.

Aus den verschiedenen Schriftwechseln zwischen den Denkmalpflegern und dem Ministerium für Kultur wird deutlich, dass die Vorgänge zur Strukturschaffung für die institutionelle Denkmalpflege weit weniger eindeutig verliefen, als es Ohle in seiner Stellungnahme suggeriert hat. So geht beispielsweise aus einem die IfD-Zentrale betreffenden Schreiben vom Juni 1956 an Kurt Lade hervor, dass die vakante Stelle des Direktors bzw. Staatskonservators zu verschiedenen Überlegungen Anlass gegeben habe und dass sogar eine Auflösung der Zentrale erwogen worden sei. Mit der Besetzung Lades im Juni 1955 sei man allerdings von diesem Gedanken wieder zurückgetreten und man habe stattdessen dem Direktor „den Auftrag erteilt, in Verbindung mit dem Ministerium für Kultur, die Denkmalschutzverordnung zu überarbeiten“⁷⁷.

Neben dieser strukturellen Aufgabe und ungeachtet zahlreicher struktureller Widerstände sowie personeller Schwierigkeiten⁷⁸ versuchte Kurt Lade in seiner Zeit als Direktor zudem inhaltlich wirksam zu werden. So engagierte er sich gemeinsam mit Hans Mütter für den Erhalt des Berliner Gebäudes Hoher Steinweg 15⁷⁹ wie auch für eine Zusammenarbeit bzw. für einen intensiven Austausch mit den Heimatschützern und für die Ausbildung von Schülern und Schülerinnen im Heimatkundeunterricht⁸⁰, um für eine höhere Sensibilität gegenüber dem Denkmalbestand der DDR zu sorgen.

Trotz dessen waren die Widerstände sowie die strukturellen und personellen Schwierigkeiten zu groß und sorgten dafür, dass die IfD-Zentrale zum 30. Juni 1957 aufgelöst wurde. Mit der Auflösung wurden die Außenstellen bis zur Denkmalschutzverordnung von 1961 zu eigenständigen Instituten, wobei die kulturpolitischen Aufgaben zur Anleitung der Institute für Denkmalpflege auf das Ministerium für Kultur übergehen sollten.⁸¹

76 Ebd.

77 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 26.06.1956.

78 Diese betrafen beispielsweise auch den Denkmalpfleger und Kunsthistoriker Wolf Schubert aus Halle/Saale, vgl. AdK, Kurt-Lade-Archiv 31.

79 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 13.07.1955.

80 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 32, Lehrplan „Heimatkunde“ für den Zeitraum 1. September bis zum 15. Februar 1957.

81 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 15.

Der Magistrat von Berlin, Hauptreferat „Denkmalpflege“

Das Hauptreferat „Denkmalpflege“ des Magistrats von Berlin soll im Folgenden exemplarisch auf der Ebene der örtlichen staatlichen Organe vorgestellt werden, um auch deren Arbeitsweise in Ergänzung bzw. Abgrenzung zur Arbeit des Instituts für Denkmalpflege als fachwissenschaftliche Einrichtung für Denkmalpflege aufzeigen zu können. Dies erscheint sinnvoll, da die Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse nicht ohne die örtlichen staatlichen Organe dargelegt und untersucht werden kann.⁸²

Bereits am 17. Mai 1945 begann der Magistrat von Groß-Berlin mit dem parteilosen Arthur Werner als Oberbürgermeister seine Tätigkeit. Nach der administrativen Spaltung Berlins wurde am 30. November 1948 Friedrich Ebert als Oberbürgermeister für Ost-Berlin eingesetzt, der bis 1967 in dieser Funktion verblieb. Im Rahmen der Verwaltungsreform vom 23. Juli 1952 wurde innerhalb des Magistrats zum 23. Januar 1953 die Abteilung „Kultur und kulturelle Massenarbeit“ gegründet, die von Herbert Fechner geleitet wurde. Zu ihr gehörte auch das Fachreferat „Denkmalpflege“, das mit dem Regierungsbaumeister und -baurat Bodo Küttler⁸³ besetzt wurde. Dieser war zur Abteilung „Kultur“ berufen worden, um für die Stadt Berlin eine „entsprechende Denkmalpflege zu entwickeln und aufzubauen“⁸⁴. Küttler war zuvor als Denkmalpfleger beim Chefarchitekten des Magistrats sowie als Architekt der Deutschen Bauakademie tätig gewesen.⁸⁵ Im Frühjahr 1955 kritisierte der Ständige Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Waldemar Schmidt, den Zustand, „dass sich in Berlin mindestens 3 Stellen mit Denkmalpflege beschäftigen“⁸⁶. Hierzu zählte Schmidt neben der IfD-Außenstelle Berlin die Abteilung „Denkmalpflege“ beim Chefarchitekten sowie das „Denkmalpflege“-Referat der Magistratsabteilung „Kultur“. Die strukturellen Unklarheiten der institutionellen Denkmalpflege wirkten sich in den Jahren 1955/56 auch

82 Zugleich kann dies nur exemplarisch erfolgen, da nicht alle örtlichen staatlichen DDR-Organen im Rahmen dieser Publikation untersucht werden können.

83 Bodo Küttler: Regierungsbaurat und Regierungsbaumeister. Ab 1953 Leiter des Fachreferats für Denkmalpflege beim Magistrat von Berlin. Vgl. LAB C Rep. 121.

84 LAB, C Rep. 121, Nr. 190, Brief des stellvertretenden Abt.-Leiters Krause an Sekretär des Magistrats Frau Blecha über den Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herrn Schneider betreffend: Bildung eines Amtes für Denkmalpflege beim Magistrat von Gross-Berlin vom 20.02.1956.

85 Vgl. O.V.: Kurzmeldung zu Lichtbildvortrag des Architekten der Deutschen Bauakademie Bodo Küttler, in: Neue Zeit vom 12.05.1953, S. 6. Sowie: O.V.: Kurzmeldung zu Lichtbildvortrag des Denkmalpflegers beim Chef-Architekten von Groß-Berlin, Bodo Küttler, in: Neues Deutschland vom 14.10.1954, S. 6.

86 LAB, C Rep. 121, Nr. 190, Brief des stellvertretenden Abt.-Leiters Krause an Sekretär des Magistrats Frau Blecha über den Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herrn Schneider betreffend: Bildung eines Amtes für Denkmalpflege beim Magistrat von Gross-Berlin vom 20.02.1956.

auf die denkmalpflegerische Arbeit des Magistrats aus: Wie aus der Situationsbeschreibung sowie dem Stellenbesetzungsvorschlag für das „Denkmalpflege“-Referat hervorgeht, konnten weder die Struktur noch die Zuständigkeiten der Denkmalpflege auf MagistratsEbene festgelegt werden.⁸⁷

Im Juni 1957 wurde die Leitung des Hauptreferats „Denkmalpflege“ (zugehörig zur Magistratsabteilung „Kultur“) der Kunsthistorikerin Waltraud Volk⁸⁸ übertragen, die mit Wirkung vom 5. Juni 1957 „für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege in Berlin und aller diesbezüglichen Entscheidungen“⁸⁹ verantwortlich sein sollte. Ein Jahr später veränderte sich die Ressortierung der Denkmalpflege innerhalb des Magistrats, sodass Volk zum 1. Juni 1958 als Hauptreferentin für Denkmalpflege aus der Kulturabteilung in das Stadtbauamt wechselte.⁹⁰

87 Vgl. ebd. So heißt es dort: „Ausgehend von der generellen Abstimmung mit dem Ministerium und entsprechend der Aufgabenstellung des Staatsapparates und seinen nachgeordneten Instituten hält die Abteilung Kultur nach wie vor die Bildung eines Amtes für Denkmalpflege in Berlin für die einzig richtige Lösung. Aus diesem Grunde überreichen wir Ihnen nochmals das Exposé über Aufgaben und Wirkungsbereiche der Denkmalpflege in Gross-Berlin und die den Aufgaben entsprechende Magistratsvorlage. Der im Anhang beigefügte Vergleich mit Dresden wurde nicht von uns gewählt sondern von Herrn Fechner gefordert und entsprechend beigefügt. Die Abteilung Kultur bittet, falls Sie nach Darlegung der Tatsachen nicht mit uns übereinstimmen, um eine Aussprache. Wir bitten um eilige Behandlung der Angelegenheit, da ohne die Klärung dieses Punktes die Bestätigung der Struktur unserer Abteilung nicht erfolgen kann. Des weiteren verlangt die denkmalpflegerische Arbeit, nachdem nunmehr am 31.12.55 das Ministerium auf diesem Gebiet seine Arbeit eingestellt hat, unverzüglich die Lösung des o.a. Problems.“

88 Waltraud Volk (22.10.1924–07.02.1996): Kunsthistorikerin. 1948–1953 Studium der Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin, studentische Mitarbeiterin im Wissenschaftlichen Aktiv, 1952–1957 Mitarbeiterin am Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst der DBA, 1957–1963 Hauptreferentin für Denkmalpflege beim Magistrat von Berlin, 1964–1966 Aspirantur an der HU Berlin, 1966–1986 Mitarbeiterin am Institut für Städtebau und Architektur der DBA. Vgl. LVMB, Nachlass Waltraud Volk, B35, Lebenslauf und eigenhändige biografische Angaben.

89 LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vorl. Nr. 8, Schreiben des Leiters der Abteilung Kultur, Oskar Füller, an das Hauptreferat Denkmalpflege vom 05.06.1957, Beauftragung mit kommissarischer Leitung.

90 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vorl. Nr. 8, Arbeitsvertrag vom 01.10.1958. Erst 1962 wechselte das Aufgabengebiet Denkmalpflege erneut zurück in die Kulturabteilung des Magistrats. Vgl. Magistratsbeschluss vom 22.06.1962, Nr. 159/62, siehe Schreiben an Erhardt Gißke, dem Stadtrat und Direktor des Stadtbauamtes vom 30.07.1962, in: LAB, C Rep. 121 Nr. 190.

Als Hauptreferentin war Waltraud Volk unter anderem für die Aufstellung von Übersichten⁹¹ der vorhandenen Kulturdenkmäler und für die Ausarbeitung von Maßnahmeplänen⁹² im Bereich der Berliner Denkmalpflege zuständig. Einen wiederkehrenden Arbeitsbereich der Hauptreferentin stellten allerdings der Erhalt und die Verwahrung der ausgebauten Bauteile des Berliner Schlosses dar. Bereits als Studentin war Waltraud Volk Mitarbeiterin des Wissenschaftlichen Aktivs gewesen und hatte dort bei Bergung, Erfassung und Lagerung der ausgebauten Architekturteile mitgearbeitet.⁹³ Im Anschluss an ihr Studium war sie als Mitarbeiterin von Gerhard Strauss am Institut für Theorie und Geschichte der Deutschen Bauakademie tätig gewesen; in dieser Funktion hatte sie an einer Besichtigung der ausgebauten Architekturteile beim VEB Tiefbau in Heinersdorf, zusammen mit Mitarbeitern des Chefarchitekten beim Magistrat sowie der IfD-Außenstelle Berlin, teilgenommen.⁹⁴ Der diesbezügliche Bericht gibt Aufschluss darüber, dass die ausgebauten Architekturelemente, die zum Teil im Freien aufbewahrt wurden, unzureichend gesichert und nichtdenkmalgerecht gelagert wurden. Der Mitarbeiter des IfD und ebenfalls ehemalige studentische Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Aktivs, Jochen Hass, merkte an, dass sich „[a]usserhalb aller Zuständigkeitsfragen [...] die dringende Notwendigkeit [ergebe], wenigstens die wertvollsten Stücke vor dem weiteren Verfall zu bewahren“⁹⁵. Allerdings waren Nutzung und Verwendung der Teile nach wie vor ungeklärt, sodass der Vorschlag einer musealen „Wartung und Nutzung“ zunächst ausblieb.⁹⁶

Bereits im Februar 1955 hatte sich Hans Mütterer als Denkmalpfleger der IfD-Außenstelle Berlin bezüglich der „Lagerung der Architekturteile des Schlüterhofes des Stadtschlosses Berlin in Heinersdorf“ an die Hauptabteilung „Bildende Kunst“ des Ministeriums für Kultur gewandt.⁹⁷ Er hatte dabei auf das „Gutachten über die Lagerung der aus dem Abbruch des Berliner Stadtschlosses geretteten, wissenschaftlich und künstlerisch wertvollen Materialien bis zu ihrer Wiederverwendung an einem repräsentativen Neubau“ verwiesen, das er schon im Novem-

91 Vgl. LAB, C Rep. 121, Nr. 190, Schreiben von Johanna Blecha (Stellv. des Oberbürgermeisters) an Oskar Füller betreffend Denkmalpflege vom 03.09.1956.

92 Vgl. LAB, C Rep. 121, Nr. 190, Schreiben von Volk zum Maßnahmeplan in der Fassung vom 28.01.1958 vom 13.02.1958.

93 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Bescheinigung für Zwecke des Studiums vom 13.11.1951, ausgestellt von Gerhard Strauss.

94 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vermerk von J. Hass, Außenstelle Berlin, IfD zur Besichtigung in Heinersdorf vom 20.09.1955.

95 Ebd., S. 1.

96 Vgl. ebd., S. 2.

97 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Abschrift eines Schreibens von Hans Mütterer an die HA Bildende Kunst des MfK vom 10.02.1955.

ber 1953 als Mitarbeiter von Gerhard Strauss an der Bauakademie erstellt hatte.⁹⁸ Mütter kritisierte, dass seine bereits 1953 formulierten Forderungen keine Umsetzung gefunden hätten und „[d]ie Gefahr der restlosen Zerstörung der gelagerten Plastiken und Architekturteile [...] bereits ausserordentlich akut“⁹⁹ sei. Er unterbreitete daher in seinem Schreiben Vorschläge für eine weitere Verfahrensweise, die nun nicht mehr in der Zuständigkeit der Bauakademie liegen solle, sondern beim „Magistrat von Gross-Berlin, Abt. Kunst und kulturelle Massarbeit (Frau Seewald) und dem Chefarchitekten von Gross-Berlin (Herrn Architekt Nerger)“¹⁰⁰.

Im November 1957 beschäftigte sich Waltraud Volk als Hauptreferentin für Denkmalpflege des Magistrats erneut mit den in Heinersdorf gelagerten Überresten des Berliner Schlosses. Anlass hierfür war eine Besichtigung des Lagerortes durch Volk und den Direktor der Skulpturensammlung der Staatlichen Museen, der sich für die Übernahme der wertvollsten Schlüterfiguren ausgesprochen hatte. Im Zuge der Besichtigung war Volk auf verschiedene Beschädigungen der gelagerten Teile aufmerksam geworden, die sich durch eine Umlagerung durch den VEB Tiefbau ergeben hatten. Über diese Vorgänge war aufgrund unklarer Zuständigkeiten bzw. aus Unwissenheit seitens des VEB-Direktors weder die Hauptreferentin für Denkmalpflege noch das IfD in Kenntnis gesetzt worden, sondern lediglich Gerhard Strauss, der allerdings „wegen einer Umlagerung mehrmals vergeblich angesprochen worden [war]“¹⁰¹.

Waltraud Volk bemühte sich um eine Unterbringung bzw. Nutzung der ausgebauten Bauteile und Plastiken, um sie vor weiterem Verfall und vor zusätzlichen Beschädigungen auf dem Lagerplatz in Heinersdorf zu bewahren. Nachdem zunächst die Skulpturensammlung der Staatlichen Museen für die Übernahme eines Teils der Plastiken als geeignet erschien, entschied sich Volk, nach Rücksprache mit der Stadträtin Johanna Blecha, für die Überführung eines umfangreichen Teilbestandes der gelagerten Schlossteile an das Märkische Museum. Sie begründete die Entscheidung damit, dass die Skulpturensammlung nur „Plastiken 1. Qualität“¹⁰² übernehmen würde, das Märkische Museum aber „Berliner Plastik zeigen soll“¹⁰³ und man damit einen größeren Bestand aus Heinersdorf einer musealen Nutzung überführen könne. Die erhaltenen Bauteile und Plastiken sollten allerdings möglichst von nur einer Institution ausgestellt werden, da man auf diese Weise „die Möglichkeit [hätte], die von der westlichen Presse verbreiteten

98 Vgl. ebd., S. 1.

99 Ebd.

100 Ebd., S. 2.

101 LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vermerk für die Abteilungsleitung betreffend ausgebauter Schloßfiguren auf dem Lagerplatz in Heinersdorf von Waltraud Volk vom 11.11.1957.

102 Ebd.

103 Ebd.

Hetzparolen über den radikalen Abriß des Berliner Schlosses zu revidieren und sich zu überzeugen, mit welcher Sorgfalt das wertvolle Kunstgut sichergestellt worden ist¹⁰⁴. Am 15. Dezember 1957 kam es zum Abschluss eines Übernahmevertrages zwischen Volk bzw. dem Hauptreferat „Denkmalpflege“ des Berliner Magistrats und dem Märkischem Museum, das ebenfalls der Abteilung „Kultur“ des Magistrats unterstand.¹⁰⁵ In diesem wurden die einzelnen Bauteile und Plastiken aufgelistet, bei denen es sich vorrangig um Schmuckelemente der Portale II und VI sowie um verschiedene Gipsabgüsse handelte. Die von Volk erwartete Würdigung der „positive[n] politische[n] Leistung“¹⁰⁶ blieb jedoch aus. Zudem waren damit noch nicht alle ausgebauten Bauteile und Plastiken des Berliner Schlosses in musealer Nutzung oder durch Wiederverwendung einer neuen Nutzung zugeführt worden. Im April 1960 wandte sich Volk, die als Hauptreferentin für Denkmalpflege inzwischen zum Stadtbauamt gehörte, an den Stadtbauamtsdirektor Erhard Gißke, da erneut „Gipsabgüsse und wertvolle Steinteile, u.a. auch die vom Eosander-Portal“¹⁰⁷ auf dem Lagerplatz in Heinersdorf schwer beschädigt worden waren. In ihrem Schreiben verdeutlichte die Hauptreferentin neben der Schwere der Beschädigung auch, dass die in Heinersdorf liegenden Teile „zum Wiedereinbau vorgesehen waren“ und Volk nicht länger die Verantwortung für den unsachgemäßen Umgang mit den künstlerisch wertvollen Überresten des Berliner Schlosses übernehmen wolle.¹⁰⁸

Der Umgang mit und die Verwendung von Schmuckelementen und Plastiken des ehemaligen Berliner Stadtschlosses sollte Volk noch bis in die erste Hälfte der 1960er Jahre in ihrer Funktion als Hauptreferentin für Denkmalpflege beschäf-

104 Ebd.

105 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Übernahmevertrag zwischen Volk (HR Denkmalpflege, Abteilung Kultur beim Magistrat) und Cay-Hugo Graf von Brockdorff (Direktor Märkisches Museum) vom 15.12.1957. Laut Übernahmevertrag wurden vom Märkischen Museum folgende ausgebauten Elemente des Berliner Schlosses 1957 übernommen: fünf Figuren vom Schlüterportal (Portal VI), eine Figur (19. Jahrhundert) vom Schlüterportal (Portal VI), sechs barocke Figuren vom Schlüterhof (Portal I und V), eine Portalbekrönung (ca. zwölf Teile) mit Posaunengelgen vom Eosanderhof (Portal II), eine Portaleinfassung mit Kariatyden (ca. zwölf Teile) vom östlichen Lustgartenportal (Portal V), ein Adlerkapitel vom westlichen Portal am Schloßplatz (Portal 2), mehrere Stücke dekorativer Architekturplastik, ein Gipsrelief (zwei Teile) von der Elisabeth-Treppe (Portal I), vier Gipsabgüsse der Giganten von der Schlütertreppe (Portal VI), zwölf Gipsabgüsse der Atlanten aus dem Elisabeth-Saal.

106 LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vermerk für die Abteilungsleitung betreffend ausgebauten Schloßfiguren auf dem Lagerplatz in Heinersdorf von Waltraud Volk vom 11.11.1957.

107 LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Schreiben von Volk an Gißke vom 08.04.1960.

108 Vgl. ebd.

tigen.¹⁰⁹ Die Untersuchung des Magistrats-Hauptreferats „Denkmalpflege“ zeigt, dass die Zuständigkeiten des IfD und der örtlichen staatlichen Organe durchaus eng miteinander verwoben waren und dass sich zum Teil auch personell enge Verbindungen aufzeigen ließen, wie im Fall von Mütter und Volk, die sich seit ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Institut für Theorie und Geschichte der Bauakademie kannten. Ebenso wird deutlich, dass es zwischen dem IfD und dem Hauptreferat „Denkmalpflege“ kaum direkten Austausch gab und dass Volk ihre Entscheidungen lediglich in Absprache mit den ihr übergeordneten Dienststellen traf. Die Zuständigkeit für das Hauptreferat „Denkmalpflege“ wechselte jedoch zwischen Kulturabteilung und Stadtbauamt, wodurch die Schwierigkeiten der denkmalpflegerischen Ressortierung auf Ebene der regionalen Verwaltung sichtbar werden, die für die Denkmalpflege im Allgemeinen und für das IfD im Besonderen wiederholt diskutiert und hinterfragt werden sollte.

Die Deutsche Bauakademie

Nachdem bereits das Ministerium für Kultur, das Ministerium für Aufbau/Bauwesen ebenso wie das Institut für Denkmalpflege (IfD) und das Hauptreferat „Denkmalpflege“ des Berliner Magistrats in ihrer Arbeitsweise und Zuständigkeit erläutert wurden, soll nun der Blick auf die Deutsche Bauakademie (DBA)¹¹⁰ gerichtet werden. Obwohl das Institut für Denkmalpflege als staatliche Institution begründet worden und in direkter Nachfolge zu den ehemaligen Landesämtern für Denkmalpflege entstanden war, proklamierte die Bauakademie – insbesondere das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst – eine gewisse Zuständigkeit im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes für sich. Wegen der unterschiedlichen ministeriellen Zuordnung dieser beiden Einrichtungen, aber auch aufgrund divergierender Sichtweisen bezüglich denkmalpflegerischer Themen und hinsichtlich des Umgangs mit dem bestehenden baulichen Erbe, waren letztlich Auseinandersetzungen zwischen der DBA und dem IfD unvermeidbar.

Aus Hans Müthers 1953 erstellter Untersuchung zum Stand der Denkmalpflege in der DDR wurde ersichtlich, dass sich (trotz des Versuchs Müthers, die Zuständigkeiten zu definieren) die Kompetenzen und Zuständigkeitsbereiche des IfD und der DBA überschneiden, was sich durch weitere Akteure im Bereich der Denkmalpflege noch zusätzlich verstärken musste. Müthers Ausführungen sprachen zudem der Bauakademie die vorrangige oder letztinstanzliche Deutungshoheit

109 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk. 1963 hatte Waltraud Volk eine schriftliche Auseinandersetzung über die Schlüterfiguren im Museum für Deutsche Geschichte mit der stellvertretenden Direktorin Erika Herzfeld. Zum 31.12.1963 beendete Volk ihre Tätigkeit als Hauptreferentin und begann eine Aspirantur an der Humboldt-Universität zu Berlin.

110 Die Deutsche Bauakademie wurde 1951 gegründet, 1973 wurde sie umbenannt zu „Bauakademie der DDR“.

und Entscheidungsbefugnis zu, obwohl dies im Widerspruch zur Denkmalverordnung stand. Mütter betonte die Bedeutung der praktischen Tätigkeit der DBA im Bereich der Denkmalpflege und stellte diese insbesondere im Vergleich mit der aus seiner Sicht vorrangig administrativ wirkenden Denkmalpflege der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten zu Beginn seiner Untersuchung heraus. Es überrascht daher, dass die DBA ab 1954 keine Zuständigkeit mehr für „denkmalpflegerische Arbeiten“¹¹¹ besitzen sollte, obwohl Mütter die Bedeutung der Kompetenzen der Bauakademie im Bereich der Denkmalpflege noch vor denjenigen des Instituts für Denkmalpflege zu sehen schien. Es lässt sich nur vermuten, dass er darauf hoffte, dass seine Analyse an der Zuständigkeitsentscheidung noch etwas ändern könnte.

Die Umstrukturierungen bzw. Anpassungen der DBA, die sowohl die Struktur als auch die inhaltliche Ausrichtung betrafen, liegen in einer stärkeren Angleichung an das sowjetische Vorbild begründet. Insbesondere die inhaltlich-ideologische Arbeit der DBA bzw. die mangelnde ideologische Überzeugung der einzelnen Mitarbeiter stand mehrfach seitens des Staatsapparates in der Kritik. Personalmangel und die fehlende politisch-ideologische Zuverlässigkeit ließen die Arbeit der DBA weit hinter den an sie gerichteten Anforderungen zurückstehen.

Bereits im Gründungsjahr der DBA bemängelte man, dass „viele Architekten der Akademie [...] noch eine bürgerliche Einstellung“¹¹² hätten. Jedoch war Kurt Liebknecht, als Leiter der Akademie, davon überzeugt, dass die Betriebsgruppe der SED in kürzester Zeit „stark genug sein [werde,] um eine grade und bewusste Linie in die Arbeit der Akademie zu bringen“¹¹³.

Ein Jahr später, 1952, stellte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) fest: „Die Deutsche Bauakademie hat eingestandenermaßen ihre Aufgabe bei weitem nicht erfüllt.“¹¹⁴ Als Ursachen hierfür sah man: „die Überheblichkeit der technischen Intelligenz [...], Sturpolitik, Forschungen nach Personen und nicht nach Notwendigkeit, Leugnen, daß die Industriebetriebe zur Architektur gehören, kurz ‚Elfenbeinturm‘“¹¹⁵.

Offensichtlich nutzten die DBA-Mitarbeiter die gegebenen Strukturen dazu, ihre eigenen Überzeugungen und Inhalte zu realisieren, so lange und so gut sie konnten. Das ab Mitte der 1950er Jahre verstärkte Drängen des Staates auf eine Umsetzung der Maxime „Besser, schneller, billiger!“ einerseits und die Etablierung weiterer staatlicher Institutionen, die sich denkmalpflegerischen Themen-

111 BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 36.

112 BStU, MfS 11169/78, Bd. 1, Bl. 26, Bericht von Krahn über Besuch bei Liebknecht zur Bauakademie vom 29.03.1951.

113 Ebd.

114 BStU, MfS 11169/78, Bd. 1, Bl. 35, Bericht zur Deutschen Bauakademie von Kühnert vom 11.08.1952.

115 Ebd.

stellungen zuwenden sollten, andererseits führten dazu, dass die DBA durch die Verstetigungsprozesse der institutionellen Denkmalpflege an Einflussmöglichkeiten im Bereich der praktischen Denkmalpflege verlor; nicht zuletzt – so lässt sich vermuten – durch den Weggang von Gerhard Strauss von der DBA zum kunsthistorischen Institut der Humboldt-Universität.

Aufgaben und Arbeitsweise des Instituts für Theorie und Geschichte an der DBA waren innerhalb der Akademie und bei den staatlichen Stellen nicht eindeutig geklärt und ebenso wenig von anderen staatlichen Institutionen ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung abgegrenzt. Liebknecht war als Leiter der DBA eingesetzt worden, um das sowjetische Modell auf die Deutsche Bauakademie und damit auch auf das Institut für Theorie und Geschichte zu übertragen.¹¹⁶ Doch inwiefern hierfür die Voraussetzungen geschaffen waren und die Möglichkeiten zur Umsetzung der sowjetischen Strukturen bestanden – insbesondere da die DBA über eine eigene und von der Sowjetunion unabhängige Tradition verfügte –, war nicht ausreichend hinterfragt worden. Das Institut erschien von Beginn an eher als ein Fremdkörper und weniger als gut integrierter Bestandteil innerhalb der Akademie. So wurde die DBA 1951 als die „Bauforschungsstätte der DDR“ beschrieben, der „noch das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst [unterstehe], das gleichzeitig ein Archiv“¹¹⁷ darstelle. Der Schwerpunkt galt dem Hoch- und Industriebau, dem Städtebau sowie der Landesplanung, womit die Akademie vorrangig auf Baupraxis und Materialforschung ausgerichtet war. Doch gerade das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst verstand sich als ein Forschungsinstitut, das im Bereich der Stadtplanungsgeschichte Wissenschaft betreiben wollte. Dies verdeutlichten nicht nur international ausgerichtete Tagungen – wie die „Arbeitstagung Siedlungsgeschichte und Urbanistik“¹¹⁸ im Jahr 1956 in Erfurt, die zugleich

116 Vgl. Andreas Schätzke: Die Rückkehr von bildenden Künstlern und Architekten aus dem Exil in die SBZ/DDR, Bonn 1995, S. 119–122.

117 BStU, MfS 11169/78, Bd. 1, Bl. 26, Bericht von Krahn vom 29.03.1951.

118 Die „Arbeitstagung Siedlungsgeschichte und Urbanistik“ ist auch unter der Bezeichnung „Erfurter Konferenz“ bekannt und war Bestandteil einer Konferenzreihe, die ihren Anfang 1955 im tschechoslowakischen Starý Smokovec genommen hat. Sie verfolgte das Ziel, urbanistische bzw. städtebauliche Probleme innerhalb eines internationalen Fachforums zu diskutieren. 1955 nahmen an der Konferenz Vertreter der tschechischen, slowakischen und polnischen Akademien der Wissenschaften teil, die Deutsche Akademie der Wissenschaften und die Deutsche Bauakademie waren jedoch nicht zugegen. Infolge der Tagung erging eine Anfrage an die Deutsche Bauakademie, ob sich auch Vertreter dieser Einrichtung am Gremium beteiligen möchten. Daraufhin wandte sich Strauss mit dem Vorschlag an Liebknecht, die nächste Konferenz dieses Gremiums in der DDR auszurichten. Der Vorschlag stieß auf Zustimmung und so fand 1956 die Erfurter Konferenz mit insgesamt 56 Vertretern aus 29 verschiedenen Institutionen statt. Die Mehrheit der Tagungsteilnehmer (32 an der Zahl) stammte aus der DDR. Allein 18 Teilnehmer waren Mitglieder der Deutschen Bauakademie und weitere drei waren

einen europäischen Vergleich und Austausch ermöglichte –, sondern wurde auch in der Tätigkeit der Institutsmitglieder evident. 1958 wurde von Mitarbeitern des Instituts eine Arbeit zum Erhalt der von Verfall bedrohten und unter Denkmalschutz stehenden Fachwerkbauten der Stadt Quedlinburg beendet. Doch schien fraglich gewesen zu sein, was mit dieser fertiggestellten, wissenschaftlich fundierten Arbeit geschehen sollte. Bereits 1956 war in einer Denkschrift der Deutschen Bauakademie über die Fachwerkbauten in Quedlinburg berichtet und festgestellt worden, dass die „Entwicklungen der Stadt [...] zur Zeit dem Selbstlauf überlassen [sind] und [...] eine durchgreifende Änderung [erfordern]“¹¹⁹. Dem Architekten und Denkmalpfleger Hans-Hartmut Schauer¹²⁰ folgend, betonte die Denkschrift von 1956, „daß sich die Denkmalpflege seit Kriegsende für die Erhaltung der Stadt und ihrer Bauwerke eingesetzt hat, aber sich auf die kulturhistorisch wertvollsten Bauten auf dem Stiftsberg, auf die Wipertikirche, die Stadtmauer und etwa dreißig Fachwerkhäuser beschränken mußte“¹²¹. Schließlich wurden in den 1960er Jahren die *Grundkonzeption für die Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg* (1961) und die *Grundsatzdirektive für die sozialistische Umgestaltung und Neuplanung der Stadt Quedlinburg* (1967) verabschiedet und man bemühte sich intensiv um den Substanzerhalt. Die 1958 fertiggestellte Arbeit zu den Fachwerk-

Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege (zwei aus Dresden, einer aus Berlin). Letztlich kann die Erfurter Konferenz jedoch nicht als der „wichtigste theoretische Beitrag der Bauakademie im Verlauf der fünfziger Jahre“ (vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 45) für die Denkmalpflege in der DDR gewertet werden, da der Anteil an denkmalpflegerischen Frage- und Themenkomplexen als zu gering eingestuft werden muss. Hinsichtlich der Themen Städtebau, Aufbau und Wiederaufbau ist die Erfurter Konferenz hingegen mit großer Sicherheit ein Markstein gewesen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen in der DDR. Der internationale Austausch, den die Konferenz bot, war sicher prägend für weitere Entscheidungsfindungsprozesse. An dieser Stelle soll und kann darauf jedoch nicht weiter eingegangen werden, da die Untersuchung der Erfurter Konferenz für die Frage der denkmalpflegerischen Prozesse in der DDR keine weitere Relevanz hatte. Zur Erfurter Konferenz weiterhin: Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Städtebau und Gegenwart. Materialien der Konferenz Erfurt 1956, Arbeitsgruppe „Geschichte des Städtebaus und Aufbau in historischen Städten“, Berlin 1959.

119 Zitat aus der Denkschrift, zitiert nach Hans-Hartmut Schauer: Quedlinburg. Das städtebauliche Denkmal Quedlinburg und seine Fachwerkbauten. Einführung von Helmut Stelzer, Berlin 1990, S. 168.

120 Hans-Hartmut Schauer (geb. 01.06.1936): Architekt und Denkmalpfleger. 1954–1956 Maurerlehre, 1957–1962 Studium an der HAB Weimar, 1967–1990 Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle in Halle, 1990–2001 Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie des Landes Sachsen-Anhalt. Vgl. <https://deu.archinform.net/arch/32975.htm> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

121 Ebd.

bauten in Quedlinburg scheint jedoch nicht veröffentlicht worden zu sein.¹²² Nachweisbar ist lediglich eine Forschungsarbeit von Hermann Weidhaas zu den Fachwerkbauten in Nordhausen (1955)¹²³. Obwohl Schauer ausführt, dass sich die Denkmalpflege auf wenige Bauten in Quedlinburg beschränken musste, bewertete er die Einschätzungen zum Substanzerhalt in Quedlinburg aus den 1950er Jahren als zu pessimistisch.

Im Gegensatz dazu wird aus den Aussagen der Mitarbeiter des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst in den 1950er Jahren deutlich, dass die Strukturveränderungen die Arbeit und die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Mitarbeiter geprägt und zum Teil stark eingeschränkt haben. Einerseits besaß man am Institut ab 1954 für die DDR-Denkmalpflege keine Zuständigkeit mehr, andererseits war eine inhaltliche Überschneidung, die von den Akteuren des IfD zum Teil als Kompetenzüberschneidung gewertet wurde, nicht zu umgehen, da das Institut die Geschichte der Baukunst erforschen sollte und sich in diesem Sinne permanent mit der Frage des Denkmalwertes auseinandersetzen musste. Diese ungeklärten Fragen über die inhaltliche Ausrichtung, die Arbeitsweise, die eigenen Kompetenzen sowie die mangelnde Abgrenzung zu anderen Institutionen, führte zu einem Zustand, der von Betroffenen als „völlig zersplittert und ohne klare Linie“¹²⁴ beschrieben wurde.

Das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst hat 1958 mit Hans Schmidt¹²⁵ als neuem Institutsleiter zugleich eine veränderte Ausrichtung erfahren. Hatte sich Strauss noch sehr um eine kunsthistorische und denkmalpflegerische Ausrichtung sowie um eine Verbindung zur DDR-Kulturpolitik bemüht (auch, um die Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR mitprägen zu

122 Zumindest lässt sie sich weder in der veröffentlichten Übersicht der Publikationen der Deutschen Bauakademie finden – Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): 10 Jahre Deutsche Bauakademie. Lieferbare Veröffentlichungen, Berlin 1961 – noch wird sie im Jahrbuch der Deutschen Bauakademie erwähnt – Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1961, Berlin 1961.

123 Hermann Weidhaas: Fachwerkbauten in Nordhausen, Berlin 1955.

124 BStU, MfS 6450/61, Bl. 30–33, Bericht über die Arbeitsweise des Instituts vom 15.09.1958.

125 Hans Schmidt (10.12.1893–18.06.1972): Architekt und Architekturtheoretiker. 1913–1917 Architekturstudium in München, 1917/1918 Studium an der ETH Zürich, 1922–1930 Architekt in Basel, 1928 Mitbegründer des CIAM, 1943–1955 Mitglied der verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz, 1948 Wiederaufbau des Rau-Palais, 1954 Teilnahme an der 8. Plenarsitzung der DBA auf Einladung von Kurt Liebknecht, 1955 Berufung an die DBA, 01.01.1956 Chefarchitekt am Institut für Typisierung beim Ministerium für Aufbau, Übersiedlung nach Berlin, 1958–1961 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der DBA, 1962–1969 Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur an der DBA, 1969 Pensionierung und Rückkehr nach Basel. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hans-schmidt> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

können), so entwickelte sich das Institut unter Schmidt zu einem an der Bau-praxis orientierten Theoriezentrum, das zwischen praktischer Bautätigkeit und theoretischem marxistisch-leninistischem Überbau zu vermitteln hatte. Die Institutsaufgaben sah Schmidt, seinen Ausführungen bei der „Theoretischen Beratung des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst“ zufolge, vorrangig in der theoretischen Durchdringung der gegenwärtigen Baupraxis.¹²⁶ Diese sollte vom Institut untersucht, bewertet „und, wo es nötig ist, kritisch beleucht[et werden], um auf diesem Wege zu verallgemeinernden, prinzipiellen theoretischen Erkenntnissen zu kommen [...]“¹²⁷.

Letztlich führten die wiederkehrende Kritik an der Arbeitsweise sowie die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Ministerium für Aufbau und der Deutschen Bauakademie, die eine „teilweise Gegeneinanderarbeit“¹²⁸ zeitigten, 1957 zu einer Reorganisation der DBA. Man versprach sich davon eine wesentliche Verbesserung der gesamten Arbeit der DBA, doch war auch hier zunächst unklar, in welcher Weise die bestehenden Strukturen verändert werden sollten. Von einem ersten Vorschlag, der am 21. Februar 1957 dem Ministerrat vorgelegt werden sollte, wurde zunächst wieder Abstand genommen.¹²⁹

Zeitgleich mit der geplanten Restrukturierung der DBA wurde auch ihr sowjetisches Pendant, die Akademie der Architektur der UdSSR (russ.: „Академии Архитектуры СССР“¹³⁰) reorganisiert. Das dortige Institut für Theorie und Geschichte war 1944 aus dem Kabinett für Theorie und Geschichte der Architektur hervorgegangen, welches bereits 1934 gegründet worden war. In den Jahren von

126 Vgl. Hans Schmidt: Sozialistische Industrialisierung des Bauwesens und sozialistische Baukunst. Theoretische Beratung des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst am 25. und 26. Juni 1959, Berlin 1959.

127 Ebd., S. 5.

128 BStU, MfS 11169/78, Bd. 1, Bl. 45–46, hier Bl. 45, Bericht betreffend Rücksprache beim Präsidenten der DBA Gen. Prof. Liebknecht vom 12.02.1957.

129 Vgl. ebd., Bl. 45: So heißt es in dem Bericht zur Rücksprache mit Liebknecht vom 12.02.1957: „Die Fragen der Reorganisation stehen im Moment an erster Stelle. Von ihr hängt eine wesentliche Verbesserung der gesamten Arbeit der DBA ab. [...] Nach den neuesten Beratungen der Leitung des Min. f. Aufbau, der Leitung der DBA und anderer infragekommender Institutionen ist vorgesehen, die Akademie dem Ministerium für Aufbau zu unterstellen. Die DBA soll jedoch nach wie vor ein eigener Haushaltsträger sein. Die Zusammenarbeit soll dabei nur auf der Ebene des Ministers mit dem Präsidenten und evtl. zwischen HA-Leitern und Institutsdirektoren erfolgen. Das Institut für Typung wird der DBA nicht angegliedert. [...] Man verspricht sich durch die Reorganisation das bisher teilweise Gegeneinanderarbeiten zwischen M.f.A. und DBA zu vermeiden.“

130 Zur Geschichte des russischen Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur: НИИ Теории и Истории Архитектуры и Градостроительства, http://www.niitiag.ru/about/info/istoriya_niitiag [letzter Zugriff: 25.03.2021].

1944 bis 1956 wurde es zum Forschungsinstitut für Geschichte und Theorie der Architektur der Akademie der Baukunst der UdSSR. 1957 wurde die Akademie der Baukunst jedoch aufgelöst und das Institut firmierte in der Folge als Institut für Theorie und Geschichte der Architektur und Bautechnik an der neu gegründeten Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR.

Der zeitliche Zusammenhang zwischen der geplanten Reorganisation der DBA und derjenigen der sowjetischen Akademie der Baukunst lässt sich mit ökonomischen Veränderungen erklären: Diese lagen in der verstärkten Umsetzung planwirtschaftlicher Ziele, einer gesteigerten Industrialisierung und einer inhaltlichen Neuausrichtung begründet, die seit dem Ende der Stalin-Ära und dem Regierungsbeginn Chrustschows, der einen radikalen Bruch mit den vorhergehenden Strukturen vollzog, eingetreten waren. Daher lassen sich die vollzogenen Neustrukturierungen nicht allein durch Personalmangel und als Folge der Kritik seitens staatlicher Stellen in der DDR erklären, sondern sie müssen auch im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Sowjetunion bewertet werden.

Liebkecht betonte 1961 im Jahrbuch der Deutschen Bauakademie¹³¹ den verstärkten Austausch mit der Sowjetunion und den anderen Volksdemokratien innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der sich um das Jahr 1957 besonders intensiv gestaltete. Als Ergebnis kam es unter anderem dazu, dass eine neue, eigenständige Institution innerhalb der DBA mit der Bezeichnung „Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation“ geschaffen wurde, in der die Bibliothek, die verschiedenen Archive und die Übersetzungsabteilungen zusammengefasst wurden. Sie gründete eine „zentrale Informations- und Dokumentationsstelle für das Bauwesen“, die wiederum den Kontakt und den Austausch zu den anderen sozialistischen Ländern fördern sollte.

Die Veränderungsprozesse der Deutschen Bauakademie im Vergleich zu den Entwicklungen der Architektur, des Bauwesens und insbesondere des sowjetischen Pendantes des Instituts für Theorie und Geschichte bedürften einer weiteren Betrachtung, die jedoch im Rahmen dieser Publikation nicht geleistet werden kann; nicht zuletzt, da sie die Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR nur marginal tangiert. Allerdings zeigt der hier hergestellte Bezug zwischen den Institutionen ein Desiderat der bisherigen Forschung auf, das für die Analyse und Bewertung der Institutionengeschichte der DDR von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein dürfte.

131 Vgl. Kurt Liebkecht: Zehn Jahre Deutsche Bauakademie 1951 bis 1961, in: Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1961, Berlin 1961, S. 6–15, hier S. 10.

Der Kulturbund der DDR

Aufgrund des verzögerten Aufbaus einer institutionellen Denkmalpflege im Sinne der Einrichtung einer fachwissenschaftlichen Behörde sowie aufgrund der verschiedenen personellen und strukturellen Schwierigkeiten waren ehrenamtliche Denkmalpfleger dringend notwendig, um die Pflege und den Schutz des Denkmalbestandes in der DDR gewährleisten zu können, wenngleich auch nur in geringem Maße.

Die Gründungs- und Frühgeschichte des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ sowie die Vermittlung der Kulturpolitik von KPD und SED wurden 1993 von Magdalena Heider in „Politik – Kultur – Kulturbund“¹³² eingehend untersucht. Bereits 1990 hatte Heider sich gemeinsam mit Kerstin Thöns den Kulturbund-Protokollen der Präsidialsitzungen vom 3. Juli 1953 sowie vom 9. bzw. 13. September 1957 gewidmet.¹³³

Im Folgenden werden nun die Denkmalpfleger und Heimatschützer innerhalb des Kulturbundes in ihrer Arbeitsweise untersucht sowie ihre Verbindung zur staatlichen Denkmalpflege aufgezeigt. Der Fokus soll hierfür zunächst auf spezifisch denkmalpflegerische Themenfelder gelenkt werden, die innerhalb der Publikationstätigkeit des Kulturbundes im Allgemeinen bzw. der Natur- und Heimatfreunde im Besonderen vermehrt erörtert wurden. Im zweiten Schritt sollen dann die Verbindungen zwischen Kulturbund und staatlicher Denkmalpflege aufgezeigt und thematisiert werden, um den Handlungsmöglichkeiten der Kulturbund-Mitglieder innerhalb dieser Organisation nachgehen zu können.

Der Kulturbund war 1945 unter dem Namen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ gegründet worden, „um die kultur- und bildungspolitischen Ziele der KPD, später der SED zu propagieren und die ‚Kulturschaffenden‘, professionelle KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen sowie Laien, in die DDR-Gesellschaft zu integrieren“¹³⁴. Publikationsorgan des Kulturbundes war von 1945 bis 1958 die monatlich erscheinende Zeitschrift *Aufbau*. Ab 1950 existierte innerhalb des Kulturbundes die Abteilung der Natur- und Heimatfreunde, die sich vorrangig dem Schutz und Erhalt von Natur und „Heimat“ widmete.¹³⁵ Sie verfügte

132 Magdalena Heider: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993.

133 Vgl. Magdalena Heider/Kerstin Thöns (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre: Kulturbund-Protokolle, Köln 1990.

134 Magdalena Heider/Kerstin Thöns (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre, S. 3.

135 Die zentrale Leitung der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund konstituierte sich im Dezember 1950 in Berlin. Allmählich entstanden Fachgebiete. Für jedes Fachgebiet wurde in den folgenden Jahren zur Koordinierung der Facharbeitsgemeinschaften ein Ausschuss gebildet, dessen Vorsitz das verantwortliche Mitglied der Zentralen Kommission oder der entspre-

über ein eigenes Publikationsorgan, das sich gezielt ihren Belangen widmete: Ab 1952 erschien die Zeitschrift *Natur und Heimat*, ab 1955 die Zeitschrift *Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde*.

Auch Mütter sprach sich in seiner Haushaltsaufgabe 1953 für eine intensive Zusammenarbeit zwischen Denkmalpflegern und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes aus, da diese „immer größere Kreise des Volkes mit dem Aufbau und dem kulturellen Erbe, der Restauration, der Rekonstruktion und der Einbindung in die neue Stadtplanung bekannt machen und zur Mitwirkung in den erforderlichen Kommissionen und zum Interesse an der Erhaltung aufrufen“¹³⁶ würden.

Einer der diskursprägendsten Akteure innerhalb des Kulturbundes war der gelernte Tuchweber Karl Kneschke. Kneschke war 1938 aufgrund politischer Verfolgung nach England emigriert und dort als Kultursekretär und Redakteur des „Czechoslovak-British Friendship Club“ tätig gewesen.¹³⁷ 1946 kehrte er nach Deutschland, in die Sowjetische Besatzungszone, zurück und wurde dort bereits am 15. Februar 1946 zum Landessekretär für das Land Sachsen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ernannt.¹³⁸ Kneschke bemühte sich in den 1950er Jahren intensiv um die Gruppe der Natur- und Heimatfreunde innerhalb des Kulturbundes und veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur Kulturpolitik und Denkmalpflege in der DDR. Seine Beiträge analysierten kritisch die kulturpolitischen Entwicklungen und die damit in Zusammenhang stehenden Entwicklungen innerhalb des Kulturbundes. Dabei offenbarte er auch politische Differenzen im Kulturbund, der „sich seine Aktivitäten und Mitglieder nicht immer aussuchen“¹³⁹ könne. In seinem Aufsatz „Mehr Raum den Natur- und Heimatfreunden“ führte Kneschke 1957 aus, dass es „eine biologische Schädlingsbekämpfung und [...] eine politische Schädlingsbekämpfung [gibt]. Die erste wird von den Natur- und Heimatfreunden zum Nutzen unserer Heimat gut betrieben.

chenden Kommissionen auf Ebene der Bezirke führte. Für die größeren Fachgebiete wurden „Zentrale Fachausschüsse“ (ZFA) gebildet, für die kleineren oder für spezielle gab es „Zentrale Arbeitskreise“ (ZAK) sowie Arbeitsgemeinschaften oder -gruppen oder Freundeskreise. Die ZFA setzten sich aus den Vorsitzenden der entsprechenden Fachausschüsse der Bezirkskommissionen (BFA) zusammen. Mit der Gebiets- und Verwaltungsreform 1952 und der damit verbundenen Auflösung der Länder wurden Struktur und Arbeit der Natur- und Heimatfreunde der administrativen Gliederung nach Bezirken angepasst und veränderten sich dann bis 1990 im Prinzip nicht mehr.

136 BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 26.

137 Vgl. BArch, NY 4120/1, Nachlass Kneschke, Mappe NL 120/1, Bl. 1–43, hier Bl. 5.

138 Vgl. ebd., hier Bl. 6.

139 BArch, NY 4120/2, Nachlass Kneschke, S. 1, Korrekturfassung eines Aufsatzes „Mehr Raum den Natur- und Heimatfreunden“ von 1957.

Die zweite erfordert mehr Wachsamkeit. Besonders in den ‚Kulturspiegeln‘ müssen die Redaktionen unserer Demokratie bessere Dienste leisten.“¹⁴⁰ Ebenso deutlich brachte er in diesem Aufsatz zum Ausdruck, dass die Gruppe der Natur- und Heimatfreunde innerhalb des Kulturbundes auf Widerstände stoße, da man ihr vorwerfe, die Entwicklungen des gesamten Kulturbundes zu hemmen. Aus Kneschkes Sicht sei jedoch das genaue Gegenteil der Fall, da den Mitgliedern der Intelligenzclubs das „kämpferische Leben für den Aufbau des Sozialismus und oft der organisatorische Schwung“¹⁴¹ fehlen würden. Als Konsequenz dessen forderte Kneschke eindringlich die Eigenständigkeit der Natur- und Heimatfreunde und appellierte an den Präsidialrat des Kulturbundes, die Natur- und Heimatfreunde zu einer „selbständigen Organisation zu erklären“¹⁴². Dazu sollte es jedoch nicht kommen, sodass die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund verblieben.

Die zahlreichen Aufsätze zur Denkmalpflege im Verlauf der 1950er Jahre im Publikationsorgan *Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde* bezeugen das Engagement der Mitglieder sowie deren Bedeutung insbesondere für die institutionelle Denkmalpflege. Gleichzeitig war die Zeitschrift auch eine Möglichkeit für die hauptamtliche Denkmalpflege, über ihre Arbeit zu berichten, wie es beispielsweise der Denkmalpfleger der Außenstelle Nord I, Friedrich Mielke, im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Arbeiten in Potsdam¹⁴³ oder auch der Direktor der Zentrale, Kurt Lade, zur Denkmalpflege als kulturpolitische Aufgabe¹⁴⁴ taten.

3.2.2 Denkmalpflege als Gesellschaftsaufgabe oder Staatsauftrag

Denkmalpflege als Gesellschaftsaufgabe

Vergleichend zu Müthers in der Haushaltsaufgabe vorgelegten Analyse wird im Folgenden anhand eines Beitrags aus der Heimatschutz-Zeitschrift *Märkische Heimat* der Gedanke einer Denkmalpflege als Gesellschaftsaufgabe charakterisiert. Der Aufsatz, der im Jahr 1956 vom Denkmalpfleger Gottfried Müller mit dem Titel „Die Aufgaben der Denkmalpflege und Wege zu ihrer Erfüllung“¹⁴⁵

140 Ebd., S. 4–5.

141 Ebd., S. 6.

142 Ebd.

143 Vgl. Friedrich Mielke: Denkmalpflege in Potsdam, in: *Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands / Zentrale Kommission Natur- und Heimatfreunde*, Berlin 1955, S. 40–41.

144 Vgl. Kurt Lade: Denkmalpflege als kulturpolitische Aufgabe, in: *Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands / Zentrale Kommission Natur- und Heimatfreunde*, Berlin 1956, S. 151–156.

145 Gottfried Müller: Die Aufgaben der Denkmalpflege und Wege zu ihrer Erfüllung, in: *Märkische Heimat* (1956) H. 4, S. 2–5.

verfasst worden ist, steht hierbei exemplarisch für die Sichtweise einer Vielzahl von Akteuren aus dem Bereich der (institutionellen) Denkmalpflege, die sich in verschiedenen Schriftwechseln abbilden und wiederfinden lässt. Müller war Leiter der Außenstelle Nord (bzw. Nord I) des Instituts für Denkmalpflege und dadurch unter anderem für den Bezirk Potsdam zuständig. In seinem Aufsatz schilderte er, dass sich „[der] Inhalt und die Methode der bisherigen Denkmalpflege geändert“ hätten:

„Zu der bisher geübten Erhaltung und Pflege der Denkmale musste als wesentlich Neues das Nutzbarmachen unseres verbliebenen Kulturgutes kommen, musste es zum Allgemeinbesitz des ganzen Volkes werden, da nur der Einsatz des ganzen Volkes ausreichend erschien, die unermessliche Zahl der beschädigten und zum Teil schwerst angeschlagenen Kunstwerke verständnisvoll in Pflege zu nehmen.“¹⁴⁶

Ebenso wie Mütter in seiner Haushaltsaufgabe betonte auch Müller die gesellschaftliche Bedeutung der Denkmalpflege und vor allem, dass die Denkmalpflege von der Gesellschaft getragen werden sollte.

Nach Auffassung Gottfried Müllers war demnach nicht nur eine Popularisierung der Denkmalpflege bzw. denkmalpflegerischer Debatten entscheidend, sondern die Erkenntnis, dass eine denkmalpflegerische Tätigkeit jedes Einzelnen innerhalb der DDR-Gesellschaft notwendig sei: „[J]eder werktätige Mensch [sollte] schließlich die Fähigkeit zu einer richtigen Einstellung zu den Kulturgütern erwerben und dadurch in die Lage versetzt werden [...], diese Einstellung auch weiterhin zu vermitteln.“¹⁴⁷ Dieser Wunsch und Anspruch Müllers an die Gesellschaft ist nicht allein aus sozialistischem Denken zu erklären, sondern auch (und vielleicht sogar vorrangig) aus der Notwendigkeit heraus, dass eine wirksame Denkmalpflege nur mithilfe größerer Bevölkerungskreise gewährleistet werden konnte. Die Anzahl der denkmalpflegerisch tätigen Fachleute war zu gering, um einerseits den bestehenden Denkmalbestand zu erhalten und andererseits den Umgang mit Denkmälern und deren Einbindung in den Wiederaufbau der Städte und in den Städtebau im Allgemeinen diskutieren zu können. Deshalb muss insbesondere den ehrenamtlichen Vertrauensleuten¹⁴⁸ für Denkmalpflege im denkmalpflegerischen Gesamtgefüge der DDR eine hohe Bedeutung beigemessen werden (vgl. Kapitel 3.3.3).

146 Ebd., S. 3.

147 Ebd.

148 Als Vertrauensleute wurden die ehrenamtlichen Denkmalpfleger bezeichnet, die sich in den Kreisen der Bezirke für Denkmalpflege und Denkmalschutz einsetzten. Sie erhielten für ihre Tätigkeit Ausweise, die von den Instituten für Denkmalpflege ausgestellt wurden. In diesen wurde ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Namen des IfD offiziell bestätigt.

Denkmalpflege als Staatsauftrag

Während es Mütter im Jahr 1953 noch möglich erschienen war, die Entwicklungen der Denkmalpflege in der DDR sowohl mitzuplanen als auch sie als gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe zu konstituieren, so unterlag in den Folgejahren die Etablierung des Instituts für Denkmalpflege – mit der Besetzung der Zentrale (1955) und wiederum ihrer Auflösung nur wenige Jahre später (1957) – internen und vorrangig politischen Umstrukturierungsprozessen. Dies führte letztlich dazu, dass die Beschäftigung mit dem eigentlichen Denkmalobjekt ebenso aus dem Fokus geriet wie der Versuch, denkmalpflegerische Diskussionen und Probleme zu popularisieren und in die Gesellschaft hineinzutragen.

In ihrer Dissertation von 2016 zeichnete Katja Wüllner die Veränderungen und Umstrukturierungsdebatten in den Jahren 1956/57 nach. Die Bestrebungen der Hauptabteilung „Bildende Kunst“ des Ministeriums für Kultur, bestehende Defizite mittels einer Durchführungsbestimmung zu beseitigen, sowie das Interesse der lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden, die weitreichenden Kompetenzen der Institute für Denkmalpflege (bzw. der Zentrale und ihrer Außenstellen) zu beschneiden, bewertete Wüllner vor allem als Zentralisierungsbestrebungen auf Grundlage des *Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht* vom 17. Januar 1957.¹⁴⁹

Der Veränderungswille lässt sich jedoch nicht allein unter der Überschrift „Zentralisierungsbestrebung“ subsumieren, auch weil seitens des DDR-Ministerates keinerlei Anstrengungen unternommen worden sind, die Struktur der Denkmalpflege neu bzw. anders zu organisieren. Der Wunsch nach Veränderung lag ebenso im Interesse der Denkmalpfleger: Sie selbst diskutierten wiederholt die Bedingungen ihrer täglichen Arbeit, entwickelten eigene Verbesserungsvorschläge und scheiterten häufig an den bestehenden Verhältnissen. Die verstärkte Einbindung der Gesellschaft bzw. die intensivere Popularisierung denkmalpflegerischer Themen stellte dabei nach wie vor ein ungelöstes Problem dar. Hinzu kam das Bestreben der sogenannten „Außenstellen“ (insbesondere durch ehemalige Mitarbeiter der früheren Landesämter für Denkmalpflege), nicht länger in Abhängigkeit von einer Berliner Zentrale tätig sein zu müssen. Der Veränderungsprozess sollte schließlich noch bis 1961 andauern und auch in den Jahren danach stand der strukturelle Wandel noch mehrfach zur Diskussion.

Für die SED bzw. die Regierung der DDR war die Denkmalpflege lediglich Mittel zum Zweck. Der Wunsch der Denkmalpfleger, ihr Aufgabengebiet stärker in die Gesellschaft hineinzutragen und die Bevölkerung in denkmalpflegerische Prozesse einzubinden, war für die SED nur für eine spezifische kulturpolitische Durchdringung der Gesellschaft entsprechend politischer Beschlüsse und ideologischer Leitbilder von Interesse.

149 Vgl. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 36–39.

Das Erhalten der Substanz sowie die Mithilfe der Gesellschaft bei der Pflege des architektonischen Erbes gehörten nicht zu den Zielen der politischen Akteure. Dies wird auch anhand einer Rede des Schriftstellers und Kulturfunktionärs Alfred Kurella deutlich, die er beim Staatsakt der DDR-Regierung zur 400-Jahrfeier der Staatlichen Kunstsammlung Dresdens gehalten hat. Kurella betonte darin, dass „[d]er kontinuierliche, ununterbrochene Aufstieg der Menschheit als Ganzes, der sich an den materiellen und geistigen Erzeugnissen der Kultur, an der von Menschen geschaffenen künstlerischen Umwelt und den sie belebenden Ideen ablesen läßt[,] die Pflege und Erhaltung des Überkommenen“¹⁵⁰ verlange. Das Postulat, die Gesellschaft in Fragen der Kultur und des Erbes einzubinden, ergab sich demzufolge aus der sozialistischen Ideologie, was zugleich die Möglichkeit einer moralischen Überhöhung eröffnete und zur eigenen Staatslegitimierung genutzt werden konnte. Kurella fragte rhetorisch, wie „Deutschland davor bewahrt werden [kann], noch einmal einer solchen Barbarei zu verfallen, wie sie die Hitler-Herrschaft gebracht hat“, um selbst darauf zu antworten, dass „die Pflege dieser Traditionen nicht nur einer kleinen Elite ‚Gebildeter‘ anvertraut [werden kann], sondern dem ganzen Volke, vor allem aber seinen Werktätigen [anvertraut werden muss]“.¹⁵¹

Denkmalpflege als Sache des Volkes

Bereits 1952 hatte sich der Redakteur der Zeitschrift *Natur und Heimat*, Reimar Gil-senbach, in einem Beitrag dafür ausgesprochen, dass die Denkmalpflege Sache des Volkes sei.¹⁵² Die Grundlage hierfür sah Gil-senbach vor allem in der Präambel der 1952 verabschiedeten Denkmalschutzverordnung. Der Redakteur plädierte in seinem Artikel für die Stärkung und Institutionalisierung der Volkskunde; Letztere sah er im Sächsischen Landesamt für Volkskunde und Denkmalpflege vor-bildlich umgesetzt. Der Fokus würde hierdurch nicht länger auf dem Kunstwerk liegen, sondern es würden dem Schutz und der Pflege des erweiterten Denkmal-begriffs der DDR Rechnung getragen.¹⁵³

Für den Direktor der IfD-Zentrale, Kurt Lade, waren Denkmalschutz und Denkmalpflege hochpolitische Gesellschaftsaufgaben:

„Es ist deshalb eine unbedingte Gegenwartsaufgabe der Denkmalpflege, das humanistische Erbe unserer nationalen Kultur nicht nur zu pflegen und zu schützen, sondern die fortschrittlichen und freiheitlichen Traditionen unserer

150 Alfred Kurella: In den Händen des Volkes, in: Neues Deutschland vom 31.10.1960, S. 1–2, hier S. 1.

151 Vgl. ebd.

152 Vgl. Reimar Gil-senbach: Denkmalpflege ist Sache des Volkes, in: *Natur und Heimat* (1952), H. 5, S. 3–6.

153 Vgl. ebd., S. 6.

Vergangenheit durch unsere Arbeit mit den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung aufzudecken, die Ereignisse unserer Geschichte, die sich in den Kunstwerken widerspiegeln und die vom nationalen Befreiungskampf und vom Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt zeugen, im Volke zu einer lebendigen Erinnerung zu machen.“¹⁵⁴

In diesem Sinne konnten für Kurt Lade denkmalpflegerische Ziele nur durch die Zusammenarbeit aller Menschen in der DDR verwirklicht werden. Für Lade war der Denkmalpfleger kein Einzelkämpfer, sondern ein aktiver Vertreter der „Interessen des Staates“¹⁵⁵. Hierbei war aus seiner Sicht nicht die Verbindung zur Partei oder Regierung entscheidend, sondern die „ständige und enge Bindung zu unseren werktätigen Menschen“¹⁵⁶.

Diese Auffassung spiegelten auch die von Lade formulierten vier „Hauptgesichtspunkte“ institutionellen denkmalpflegerischen Arbeitens wider. Denn neben der „Erhaltung und Erneuerung der [...] überkommenen Kulturgüter“ (Punkt 1) standen für Lade die Vermittlung von Forschungsergebnissen „an die breitesten Kreise“ (Punkt 2), die Popularisierung der denkmalpflegerischen Arbeit (Punkt 3) sowie die „Verbindung mit allen Werktätigen“ (Punkt 4) im Vordergrund.¹⁵⁷

Ein Blick auf die diversen Beiträge, die sich mit der gesellschaftlichen Rolle von Denkmalpflege und Denkmalschutz auseinandersetzten und die eine enge Beziehung der Denkmalpflege zum Volk postulierten, verdeutlicht, dass die Art der Verbindung, das heißt die inhaltliche Ausrichtung, die personelle Verflechtung und ebenso der Grad der potenziellen Mitbestimmung, mitunter sehr unterschiedlich ausfiel. Für das IfD und für die Natur- und Heimatfreunde innerhalb des Kulturbundes waren die Popularisierung der institutionellen Denkmalpflege sowie die Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise ein substanzieller Bestandteil ihres Denkmalpflege- und Denkmalschutzverständnisses und stellten damit eine Gesellschaftsaufgabe dar. Für den Staat bildeten Denkmalpflege und Denkmalschutz zwar häufige Bestandteile ihrer kulturpolitischen und ideologischen Argumentation, für die tatsächlichen Bedarfe der institutionellen Denkmalpflege wurde jedoch wenig Verständnis gezeigt. Die Zentralisierungs- und Strukturfindungsbestrebungen dienten vorrangig der besseren Kontrollierbarkeit dieses speziellen Bereiches des kulturellen Lebens und der Kulturpolitik, der sich vor allem von den alten Strukturen der Landesämter für Denkmalpflege lossagen sollte. Obwohl man die Bedeutung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes für

154 Kurt Lade: Denkmalpflege als kulturpolitische Aufgabe, S. 152.

155 Ebd.

156 Ebd.

157 Vgl. ebd., S. 155.

den Staat sowie dessen Verantwortung für das kulturelle Erbe durch die Denkmalschutzverordnung festschrieb, wurde der denkmalpflegerische Staatsauftrag faktisch vor allem als Möglichkeit zum Einspruch und Widerspruch verstanden. Das letzte Wort zu allen denkmalpflegerischen Anliegen lag bei der Regierung, wie schon die Diskussionen und die Entscheidung um das Berliner Schloss (vgl. Kapitel 2) gezeigt hatten.

Zusammenfassung

Zahlreiche Defizite sowie eine Vielzahl an Problem- und Konfliktfeldern in der Denkmalpflege der DDR konnten anhand von Hans Müthers Haushaltsaufgabe wie auch durch das Analysieren der Entwicklungen in staatlichen Institutionen und Ministerien aufgezeigt werden. Müther hatte nicht nur den Ist-Stand der Denkmalpflege beschrieben, sondern auch verschiedene Lösungsvorschläge unterbreitet, die – bei Umsetzung – eine stärkere Einbindung der Denkmalpflege in das Bauwesen zur Folge gehabt und eine intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure gefordert hätten. Als wesentlichste Aufgabe hatte Müther die „Koordination aller denkmalpflegerische[n] Belange“¹⁵⁸ begriffen, zur Vermeidung von Bedeutungsverlust bzw. Handlungsunfähigkeit, denn, so hatte er nachdrücklich betont, „die Einheit der Denkmalpflege [muss] unter allen Umständen gewahrt werden“¹⁵⁹. In Müthers Zusammenfassung war ebenfalls dessen Überzeugung deutlich geworden, dass sich sowohl der Denkmalschutz im Allgemeinen als auch das Denkmalpflegeverständnis selbst verändert bzw. – wie Müther es ausgedrückt hatte – erweitert hätten. Mit „erweitert“ war vor allem eine verstärkte Einbindung der Denkmale sowie der Denkmalpflege in das Leben der breiteren Öffentlichkeit gemeint. Ein Anspruch, der auch von anderen Denkmalpflegern formuliert worden ist und der drei Jahre nach Müthers Analyse eines der Hauptthemen der Denkmalpflege in der DDR darstellte.

Die Untersuchung der Denkmalpflege anhand ihrer Institutionen und Organisationen sowie der Frage nach ihrer Zuordnung als Staatsaufgabe oder Gesellschaftsauftrag konnte unterschiedliche Interessen wie auch unklare Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten mit daraus resultierenden ständigen Konflikten und Veränderungsprozessen aufzeigen. Die an Denkmalpflege und Denkmalschutz beteiligten Institutionen waren einem stetigen Wandel unterworfen, der kontinuierliches Arbeiten inhaltlicher Art kaum zugelassen hat.

158 BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe, S. 61.

159 Ebd.

3.3 Akteure im Gefüge der Denkmalpflege

Im Hinblick auf Handlungsmöglichkeiten werden im Folgenden gezielt die Akteure betrachtet. Welche Personen lassen sich für den ersten Untersuchungszeitraum als Protagonisten definieren? Worin bestanden deren Handlungsmöglichkeiten angesichts der vorherrschenden unsteten staatlichen Strukturen? Innerhalb welcher Netzwerke konnten sie ihre Ideale und Vorstellungen verfolgen oder eventuell sogar umsetzen?

Es wird dabei auf Denkmalpfleger wie auch auf weitere in den Bereichen Denkmalpflege und Denkmalschutz Tätige im Gefüge der sich etablierenden institutionellen Denkmalpflege fokussiert. Während zunächst die Suche nach einem geeigneten Direktor für die IfD-Zentrale in Berlin betrachtet werden soll (3.3.1), geht es im Anschluss daran – anhand der sogenannten Konservatorengespräche – um die Konservatoren der institutionellen Denkmalpflege aus der gesamten DDR (3.3.2). Im dritten Abschnitt (3.3.3) blickt die Untersuchung über die institutionelle Denkmalpflege hinaus auf die ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege. Dies erscheint sinnvoll, da die Denkmalpflege in der DDR unter notorischem Personal- und Materialmangel litt und sie ohne die ehrenamtlichen Helfer kaum umsetzbar gewesen wäre.

Zur Thematik der potenziellen IfD-Direktoren werden Quellen aus dem Bundesarchiv, die vor allem die Diskussionen um die Stellenbesetzung seitens des Ministeriums für Kultur beleuchten, sowie die Nachlässe der damaligen Akteure hinzugezogen. Dabei werden diejenigen betrachtet, die mehrfach als mögliche Direktoren diskutiert und mit denen konkrete Gespräche über eine eventuelle Tätigkeit im Bereich der institutionellen Denkmalpflege geführt worden sind. Dabei soll zum einen der Frage nachgegangen werden, wer aus Sicht des MfK für diese Position geeignet erschien, und zum anderen, welche Kenntnisse im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes vorausgesetzt wurden.

Den Ausgangspunkt für die Untersuchung der Konservatorengespräche bilden diverse Sitzungsprotokolle, aufzufinden im Berliner Bundesarchiv sowie im Archiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege in Wünsdorf. Für den gewählten Zeitraum von 1952 bis 1960 sind die Protokolle leider nicht systematisch erhalten, weshalb sie nur noch in geringer Anzahl vorhanden sind. Dennoch geben sie Aufschluss über den Kreis der Denkmalpfleger, der sich in der institutionellen Denkmalpflege zu etablieren versuchte, sowie über die Themen, die diskutiert wurden.

Bezüglich der ehrenamtlichen Denkmalpfleger dienten die sogenannten „Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin“ für die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg als Ausgangsmaterial. Da die Tätigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter kaum in Publikationen Erwähnung fand und diese Akteure in Quellen selten namentlich genannt

wurden, ist es nur in wenigen Fällen möglich, dezidierte Aussagen zu Personen und zu ihrer spezifischen Arbeit im Bereich der Denkmalpflege zu treffen. Allerdings wurden in den Mitteilungen der Arbeitsstelle Schwerin in unregelmäßigen Abständen Listen veröffentlicht, die eine Übersicht zu den damals aktiven ehrenamtlichen Mitarbeitern sowie zu den jeweiligen Regionen, in denen sie tätig waren, boten. Darüber hinausgehende Informationen zu den Personen und zu ihrem Schaffen sind nur schwer zugänglich, da viele ihre Tätigkeit in eigenen, zumeist in privater Hand befindlichen, Nachlässen dokumentierten. Aufgrund dessen werden in diesem Abschnitt exemplarisch für die Vielzahl der Freiwilligen drei ehrenamtliche Denkmalpfleger ausführlicher beschrieben und untersucht. Zu ihnen konnte ausreichend (Quellen-)Material zusammengetragen werden. Außerdem waren sie in unterschiedlichen Regionen der DDR tätig, wodurch es möglich ist, zwischen den Personen und den Regionen zu vergleichen, was dem Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR dient.

3.3.1 Direktor gesucht

Einerseits sollte die institutionelle Denkmalpflege in der DDR eine enge Verbindung zur Gesellschaft aufweisen sowie ihre Ergebnisse und Tätigkeiten popularisieren. Andererseits war insbesondere die erste Hälfte der 1950er Jahre davon geprägt, dass nach (zunächst) zwei Führungspersönlichkeiten gesucht wurde; diese sollten, in der Funktion eines Staatskonservators und eines Direktors für die IfD-Zentrale in Berlin, alle denkmalpflegerischen Belange im Sinne von Staat und Partei koordinieren und zentralistisch lenken. Die Suche und Besetzung dieser Leitungspositionen war eng damit verbunden, dass man sich gegen die Wiedereinrichtung eines Amtes für Denkmalpflege und für eine Verordnung für Denkmalpflege (statt eines Denkmalschutzgesetzes) entschied. Beides minderte die Durchsetzungsfähigkeit der institutionellen Denkmalpflege, zum einen da ein Institut vorrangig der Forschung dienen sollte und keine staatliche Entscheidungskompetenz besaß¹⁶⁰; zum anderen bedeutete das Wählen einer Verordnung, dass – im Unterschied zu einem Gesetz – die Entscheidungsgewalt verstärkt an die Regierung und die staatlichen Organe übertragen wurde. Die Besetzung der vakanten Leitungspositionen sollte die weitere Strukturierung und Umformung der Denkmalpflege innerhalb des sich entwickelnden politischen Systems der DDR und der dortigen Kulturpolitik prägen sowie für Stabilität und Verlässlichkeit sorgen. Zumindest schien das die Hoffnung der Entscheidungsträger gewesen zu sein, die sich auf der Suche nach geeigneten Personen befanden. Von der

160 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 13–17 und S. 26.

Intention, die Stelle eines Staatskonservators zu vergeben, sah man im Verlauf der 1950er Jahre ab und besetzte letztlich nur den Direktorenposten.

Zunächst bedurfte es aber erst einmal der Gründung und Einrichtung des Instituts für Denkmalpflege selbst. Die Zentrale, die von dem gesuchten Direktor geleitet werden sollte, sollte ihren Sitz in Berlin haben und die Arbeit der Außenstellen koordinieren und kontrollieren. Tatsächlich wurde die Zentrale in Berlin auch gegründet und mit Mitarbeitern besetzt – nur der Entscheidungsträger fehlte. Nach der Auflösung der ehemaligen Landesämter für Denkmalpflege im Dezember 1952 blieb die Position des Direktors bis Mai 1955 unbesetzt.

Die Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit gestaltete sich als ein schwieriger und vor allem langwieriger Prozess, was nicht allein darin begründet lag, dass die Position als solche bei den Denkmalpflegern nicht begehrt war und die angefragten Kandidaten eine Anstellung ablehnten, sondern auch daran, dass offenbar lange Zeit Unklarheit über das Anforderungsprofil herrschte. Aus Diskussionen, Vorschlägen und Schriftwechseln wird deutlich, dass man sich nicht im Klaren darüber war, welche inhaltlichen und politischen Positionen und Voraussetzungen der künftige Direktor der IfD-Zentrale mitzubringen habe. Sollte es sich um eine Person handeln, die vorrangig als Fachmann tätig werden würde, oder sollte es jemand sein, der gleichsam den sozialistischen Fortschrittsgedanken mitverkörperte und diesen für die Denkmalpflege nutzbar machte? Hierdurch wurde der Aushandlungsprozess zur Stellenbesetzung, die weder durch eine öffentliche Ausschreibung noch durch ein Bewerbungsverfahren erfolgte, zusätzlich erschwert und führte zwischenzeitlich zu unklaren Interimsbesetzungen und sich überschneidenden Zuständigkeiten.

Erste Versuche

Heinz Mansfeld

Der Landeskonservator von Mecklenburg, Heinz Mansfeld¹⁶¹, wurde im Herbst 1952 damit beauftragt, die Neuorganisation der Denkmalpflege zu konzipieren.¹⁶² Mansfeld war vor 1945 vor allem als Kunsthändler tätig gewesen und hatte nach Kriegsende zunächst als Landwirt gearbeitet. 1946 hatte er sich um eine Anstellung in der Landesverwaltung beworben. Die dazu notwendige „Charakteristik“¹⁶³

161 Heinz Mansfeld (03.06.1899–03.05.1959), vgl. Susanne Fiedler/Thorsten Knuth: Vexierbilder einer Biografie: Dr. Heinz Mansfeld (1899–1959), in: Thorsten Knuth (Hrsg.): Kunstraub. Raubkunst. Fälle der Provenienzforschung in den Schweriner Museen, Schwerin 2014, S. 147–160.

162 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 26–28.

163 In dieser „Charakteristik“ wurde unter anderem betont, Johannes Becher habe ausgesagt, dass Mansfeld ein Mitbegründer des Leipziger Spartakusbundes gewesen sei. Vgl. hierzu: Susanne Fiedler/Thorsten Knuth: Vexierbilder einer Biografie, S. 156–157.

hatte ihm eine Entnazifizierung Erster Klasse bescheinigt, wodurch seinem Wechsel in den Staatsdienst nichts mehr im Wege gestanden war. Im Jahr 1949 war Mansfeld zum Direktor des Mecklenburgischen Landesmuseums und zum Landeskonservator berufen worden.

Sowohl seine „Charakteristik“ und SED-Mitgliedschaft als auch seine bisherige Tätigkeit im Bereich Kunst und kulturelles Erbe in Mecklenburg ließen Heinz Mansfeld offenbar als geeigneten und vertrauenswürdigen Kandidaten für die Ausarbeitung eines neuen Denkmalpflegekonzeptes im Sinne der DDR-Kulturpolitik erscheinen. Mansfelds Pläne sahen eine starke Zentralisierung der Denkmalpflege vor und stießen damit auf Widerstand bei den noch tätigen Landeskonservatoren.¹⁶⁴ Dies wird mit ein Grund dafür gewesen sein, weshalb Mansfeld schließlich die Umsetzung der von ihm konzipierten Neuorganisation der Denkmalpflege ebenso wie die ihm angebotene Leitung der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege ablehnte.¹⁶⁵ Sicherlich spielte aber auch eine Rolle, dass die Tätigkeit im Museum noch eher seinem früheren Kunsthändlerberuf entsprach als die Arbeit als Staatskonservator oder Direktor der IfD-Zentrale. In der Abteilung „Kultur“ des SED-Zentralkomitees war man allerdings davon ausgegangen, dass Mansfeld die Leitung der Zentrale übernehmen würde, sodass dessen Ende des Jahres 1952 gefällte Entscheidung gegen die Übernahme der Direktorenposition für Verzögerungen in der Schaffung und weiteren Entwicklung eines zentralen Instituts für Denkmalpflege sorgte.¹⁶⁶ Nach Auflösung der Landesämter für Denkmalpflege (1952) blieb Mansfeld bis zu seinem Tod im Jahr 1959 Direktor des Staatlichen Museums Schwerin.¹⁶⁷

Leo Stegmann

Während man im März 1953 noch versuchte, Heinz Mansfeld zur Leitung der Zentrale zu überreden, wurde zeitgleich der Architekt und ehemalige thüringische Regierungsbaurat (1945–1947) Leo Stegmann¹⁶⁸ als möglicher Direktor der

164 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 28. Sowie: Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 31–32.

165 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 104.

166 Vgl. ebd.

167 Vgl. ebd. Gleichwohl wird aus der vierten Sekretariatsvorlage für die Umstrukturierung der institutionellen Denkmalpflege, die im Januar 1953 von Ernst Hoffmann an Liebknecht gesendet wurde, deutlich, dass man seitens des Ministeriums lange Zeit keine Zweifel daran hatte, dass Mansfeld die Leitung übernehmen würde. So wurde Mansfeld in der Sekretariatsvorlage zunächst noch genannt, dann allerdings händisch aus dem Text gestrichen.

168 Karl Friedrich Leo Stegmann, geboren 20.12.1903 in Berlin-Wilmersdorf, Studium der Architektur an der TH Hannover und TH München. Bereits während seines Studiums unter anderem tätig für Otto Rudolf Salvisberg (1928/29) und bei verschiedenen Architekturbüros in Weimar. Während der NS-Zeit verschiedene Tätigkeiten als Bauleiter und Regierungsbaumeister in

Zentrale ins Gespräch gebracht. Stegmann war zu diesem Zeitpunkt im Zentralamt für Forschung und Technik tätig und war im Dezember 1951 zum ordentlichen Mitglied der Bauakademie berufen sowie zum Vorsitzenden des Technisch-Wissenschaftlichen Rates bei der Staatlichen Plankommission ernannt worden. Er zeigte sich „nach einer Erläuterung der grundsätzlichen Aufgaben des Instituts und der Aufgaben des Staatskonservators in politisch-ideologischer und organisatorischer Hinsicht [...] prinzipiell bereit“¹⁶⁹, die Position zu bekleiden. Ernst Hoffmann vermittelte zwischen dem ZK und Stegmann, indem er Letzterem die Inhalte und Ansprüche erläuterte, die mit der Position verbunden waren. Gleichzeitig berichtete Rudi Herzog, dass sich Stegmann „über die ideologischen Aufgaben der Denkmalpflege bewußt“ wäre und er „der Partei bei der Lösung dieser Aufgabe seine Kenntnisse selbstverständlich zur Verfügung“ stellen würde.¹⁷⁰

Stegmann erschien den staatlichen Stellen aus mehrfacher Hinsicht als geeigneter Kandidat. Zu seiner politischen Eignung schrieb Stegmann selbst, dass diese durch seine „enge Verwandtschaft mit den Familien Oppenheim und Kugelmann – letzterer enger persönlicher Freund von Karl Marx – gegeben“¹⁷¹ sei. Hinsichtlich seiner Vergangenheit während der NS-Zeit bestanden ebenfalls keine Bedenken, da Stegmann im Dezember 1933 aufgrund seiner jüdischen Vorfahren ein Berufsverbot erhalten hatte und zudem 1942 für zehn Tage von der Gestapo in Untersuchungshaft festgehalten worden war. Seine fachliche Eignung und Kompetenz im Hinblick auf den Aufbau bzw. die Etablierung staatlicher Strukturen hatte er als thüringischer Regierungsbaurat bereits bewiesen.¹⁷² Zudem wollte sich Stegmann selbst am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung bzw. eines neuen politischen Systems

diversen Industrieunternehmen (unter anderem Junkers und Argus Motorenwerke). Nach Kriegsende zunächst als freier Architekt und Dozent der Staatlichen Hochschule für Baukunst in Weimar tätig. Vgl. LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 4.

169 BArch, DR 1/8026, fol. 3, Schreiben von Ernst Hoffmann an Rudi Herzog, ZK der SED vom 05.03.1953.

170 Vgl. ebd., fol. 3v.

171 LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 5–7, maschinengeschriebener Bogen zur eigenen Person, hier Bl. 6.

172 Vgl. LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Nr. 3075, Bl. 67, Schreiben an Oberregierungs- und Baurat Leo Stegmann vom 19. Juli 1946: „Aus Anlaß des Jahrestages der Amtsübernahme durch den Herrn Präsidenten des Landes Thüringen wurden die Landesämter aufgefordert, 10 Personen zu benennen, die maßgeblich am Aufbau der Landesämter mitgearbeitet haben. Den Genannten wird durch den Herrn Präsidenten eine Prämie in Form einer Kurbeihilfe gewährt. Ich habe in meiner Liste auch Sie aufgeführt; Sie wollen daraus ersehen, daß ich Ihre wertvolle Arbeit am Aufbau meines Amtes vollauf gewürdigt habe. Ich freue mich Ihnen die Mitteilung machen zu können, daß der Herr Präsident meine Vorschläge sämtlich anerkannt hat.“

beteiligen und engagieren, was sein Schreiben an das Ministerium des Innern vom 30. Juni 1947 verdeutlicht: Stegmann wandte sich anlässlich der Kündigung seiner Tätigkeit als thüringischer Regierungsbaurat an das Ministerium und führte aus, dass das „Ministerium für Wirtschaft des Bundeslandes Mecklenburg einen Nachfolger für die Leitung [der] Landesbauverwaltung“ suche und ihm die Position angeboten worden sei. Als Grund für den Stellenwechsel gab Stegmann an, dass er „[s]eine Kräfte und [s]eine Erfahrungen in dem angebotenen Posten in noch größerem Umfang für den demokratischen Neuaufbau nutzbringend anwenden“¹⁷³ könne und er deshalb seinen bisherigen Posten aufgeben wolle.

Stegmann galt damit als Architekt mit Erfahrungen in der Verwaltungstätigkeit durchaus als für die Position des Direktors geeignet. Im Unterschied zu Mansfeld gehörte er zu den Verfolgten des NS-Regimes, außerdem zeigte er großes Engagement für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Doch im August 1953 erklärte Stegmann, ohne weitere Gründe zu nennen, dass er „die angebotene Funktion als Leiter des Instituts für Denkmalpflege und als Staatskonservator“ nicht annehmen könne, „sondern seine zukünftige Aufgabe in der Erweiterung seiner gegenwärtigen Tätigkeit“ sähe.¹⁷⁴

Auf der Suche: Interimsdirektoren

Während die Diskussion über einen möglichen Direktor anhielt, wurde die IfD-Zentrale selbst im Verlauf des Jahres 1953 nach und nach mit Mitarbeitern besetzt. Diese erfüllten zum Teil – je nach Erfahrung – zumindest kurzzeitig die Leitungsfunktion mit, um die Zentrale arbeitsfähig zu halten und zugleich bis zu einem gewissen Grad Strukturen zu etablieren, die dann von dem eigentlichen Direktor übernommen werden sollten. Die Art und Weise, wie diese Interimsdirektoren ihre Position verstanden, unterschied sich ebenso wie der Auftrag zur Leitung selbst.

Herbert Stransky

Obschon die Entscheidung über Leo Stegmann noch ausstand bzw. Ernst Hoffmann auf eine Rückmeldung seitens des ZK wartete, wurde Herbert Stransky am 26. Mai 1953 mittels einer vorläufigen Dienstanweisung mit der „Führung der Geschäfte“ in der Zentrale des IfD beauftragt.¹⁷⁵

173 LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 77: Schreiben von Stegmann an das Ministerium des Innern vom 30. Juni 1947 betreffend Kündigung.

174 Vgl. BArch, DR 1/8023, fol. 226, Schreiben von Ernst Hoffmann an Bruno Leuschner vom 7. August 1953.

175 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 66. Brandt schrieb hierzu: „Nach einer vorläufigen Dienstanweisung für das Institut für Denkmalpflege vom 26. Mai 1953 wird schließlich „Koll. Stransky mit der

Der Gartenbauingenieur Herbert Stransky war vom 15. Oktober 1949 bis zum Jahre 1951 Angestellter bei der Abteilung „Staatliche Gärten“ in Pillnitz gewesen, danach war er zunächst nach Dresden gewechselt. Am Institut für Denkmalpflege war er als Gartenbautechniker beschäftigt. Er arbeitete dort anfänglich in der Zentrale und später in der Außenstelle Nord mit Zuständigkeit für historische Park- und Gartenanlagen.¹⁷⁶

Aus der vorläufigen Dienstanweisung geht hervor, wie wechselhaft die Arbeits- und Rahmenbedingungen zu dieser Zeit in der Zentrale des IfD gewesen sind, da die Dienstanweisung vom 26. Mai 1953 die bestehende vorläufige Dienstanweisung vom 8. April 1953 ablösen sollte. Damit waren zwischen den beiden Anweisungen noch nicht einmal zwei Monate vergangen. Dieser Vorgang verdeutlicht, wie kurzfristig Veränderungen umgesetzt wurden und wie wenig planbar der Arbeitsalltag für die Mitarbeiter des Instituts bzw. der Zentrale war. Auch Stransky sollte nur eine Interimslösung sein und „bis zum Eintreffen des Staatskonservators bzw. bis zur Erweiterung des Betriebes der Zentrale“ die „Führung der Geschäfte“ übernehmen.¹⁷⁷ Obwohl Stransky der Anweisung nach also die Geschäfte führen sollte, bezog sich dies nicht auf fachliche oder inhaltliche Entscheidungen, sondern „ausschließlich auf Fragen der Einrichtung der Zentrale, der Kontrolle der Haushaltsmittel, der Kontrolle und Beschleunigung der eingeleiteten Bauarbeiten usw. sowie insbesondere auf die Beachtung der Prinzipien der Sparsamkeit und der Wachsamkeit“¹⁷⁸.

Bei allen fachlichen Angelegenheiten und Personalfragen sollte hingegen der Leiter der Außenstelle Nord, Walter Ohle¹⁷⁹, „bis zur Einsetzung des Staatskonservators – mit Ausnahme der Fragen auf den Gebieten Historische Gärten und Parkanlagen (Koll. Stransky) – [...] direkt mit dem Hauptreferenten für Denkmalpflege [der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Anm. d. Verf.], Koll. Dr. [Kurt, Anm. d. Verf.] Kieser, oder dessen Vertreter, Kollegin Hagemann“¹⁸⁰ die Verantwortung tragen. Wie die Aufgabenverteilung oder konkrete Zuständig-

Führung der Geschäfte des Instituts' (Zentrale) bis auf weiteres beauftragt. Die Struktur des Instituts unterliegt in den nächsten beiden Jahren weiteren Modifizierungen.“ Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 28. Die Einsetzung von Herbert Stransky war jedoch nur eine weitere vorläufige Maßnahme.

176 Vgl. BLDAM, IfD Teilbestand Leitung, ID-Nr. 3, vorl. Nr./Kiste: L 1/3.

177 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 66.

178 Ebd.

179 Walter Ohle (01.09.1904–17.02.1971): Kunsthistoriker und Denkmalpfleger. Ab 1952 Leiter der Arbeitsstelle Nord II bzw. ab 1956 Leiter der Arbeitsstelle Schwerin des Instituts für Denkmalpflege. Vgl. <http://d-nb.info/gnd/138971633> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

180 Ebd.

keit zwischen dem Institut für Denkmalpflege und der Staatlichen Kunstkommission aussehen sollte, wurde jedoch nicht definiert.

Die Berufung von Herbert Stransky als Interimslösung erfolgte letztlich aufgrund der enormen personellen Unterbesetzung der Zentrale. Stranskys fachliche Eignung beschränkte sich – zumindest aus Sicht der übergeordneten Einrichtungen – auf die Gartendenkmalpflege. Walter Ohle oblagen hingegen alle anderen inhaltlichen Themenfelder, auch wenn er diese immer nur in Abstimmung mit dem Hauptreferenten für Denkmalpflege treffen durfte. Im Gegensatz zu Ohle, der seinen Arbeitsplatz zu diesem Zeitpunkt noch in Schwerin hatte, befand sich Herbert Stransky ab Mai 1953 in Berlin, weshalb er für die Überwachung und Umsetzung aller verwaltungstechnischen Entscheidungen als geeignet galt.

So eindeutig wie diese Regelung der kommissarischen Leitung erschien, war sie in Wirklichkeit jedoch nicht. Das Protokoll der im Januar 1955 durchgeführten Betriebsversammlung gibt sowohl Aufschluss über die Häufigkeit der strukturellen Veränderungen, die unter den Mitarbeitern zu ständigen Irritationen hinsichtlich der Zuständigkeiten, vor allem zwischen der Zentrale und den Außenstellen, führte, als auch über die Arbeitsweise und Intentionen der verschiedenen IfD-Mitarbeiter. Warum die kommissarische Leitung der Zentrale nicht eindeutiger geregelt und abgestimmt werden konnte, lässt sich nicht abschließend klären. Zu vermuten ist, dass, wie bereits in Kapitel 3.2.1 zur Gründung und Struktur des Instituts für Denkmalpflege aufgezeigt worden ist, Abstimmungen seitens der Kommission für Kunstangelegenheiten bzw. des Ministeriums für Kultur und der Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees fehlschlugen oder gänzlich unterblieben.

Max Böcking & Gottfried Müller

Der Architekt Max Böcking war 1947 zum Landeskonservator für das neu gegründete Landesamt für Denkmalpflege und Naturschutz in Thüringen berufen worden. Jedoch war er in seinem Amt nicht unumstritten, wie Katja Wüllner in ihrer Dissertation aufzeigte und unter anderem schrieb: „Als Resultat [der Konflikte um Böcking, Anm. d. Verf.] wurde der für Personal zuständigen Abteilung im thüringischen Ministerium des Innern empfohlen, Böcking aus seinem Amt zu entlassen oder ihn zu versetzen.“¹⁸¹ Mit Auflösung der Landesämter und der Länderstruktur wurde Böcking nicht in die für die ehemals thüringischen Bezirke zuständige Außenstelle Halle, sondern in die Zentrale des Instituts für Denkmalpflege nach Berlin versetzt.¹⁸²

Gottfried Müller, ebenfalls Architekt, leitete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege in

181 Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 80.

182 Vgl. ebd., S. 82.

Potsdam und blieb, nach der Auflösung der Länder und Landesämter, bis zu seinem Ruhestand 1956 der Leiter der Außenstelle Nord.¹⁸³ Müllers Nachfolger sollte 1957 Ludwig Deiters¹⁸⁴ werden.¹⁸⁵ Im Januar 1955 wurde Gottfried Müller zunächst „als Leiter für das gesamte Institut eingesetzt und mit der Federführung aller Belange beauftragt.“¹⁸⁶ Darüber setzte er die Mitarbeiter des Instituts auf der Betriebsversammlung vom 3. Januar 1955 in Kenntnis und informierte die Anwesenden über die damit einhergehende veränderte Arbeitsweise.¹⁸⁷

Max Böcking zeigte sich über diesen Vorgang irritiert und beschwerte sich noch während der Versammlung darüber, dass er, obwohl „ihm im Januar 1954 die kommissarische innerbetriebliche Leitung des Instituts übertragen worden sei [...] allerdings keinerlei schriftliche Bestätigung“¹⁸⁸ über die veränderte Leitungsebene erhalten habe.

Aus den Formulierungsänderungen im Protokoll geht unter anderem auch hervor, dass Müller offenbar zunächst als „fachlicher“ Leiter vorgesehen gewesen war und dass sich die Außenstellenleiter „unter der Leitung des Herrn Dr. Müller“ regelmäßig hätten zusammensetzen sollen, „um Beschlüsse für die in Angriff zu nehmenden Aufgaben zu fassen“.¹⁸⁹ Letzten Endes scheint es jedoch so, dass sich Müller gleichrangig mit den anderen Außenstellenleitern absprechen sollte, zugleich sollten jedoch „ohne [das] Wissen des Leiters [keine] persönliche[n] Verhandlungen mit übergeordneten Dienststellen“ geführt werden und sollte „sämt-

183 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 14. Und: Brian William Campbell: Resurrected From the Ruins, Turning to the Past, S. 38. Die Außenstelle Nord umfasste in der Aufteilung der Zuständigkeiten 1953 die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder, Schwerin, Neubrandenburg, Rostock und Berlin. Bereits nach kurzer Zeit wurde jedoch über eine Aufteilung der Zuständigkeiten, ähnlich zu den früheren Strukturen der Landesämter diskutiert, die zu einer kurzzeitigen Aufsplitterung der Außenstelle Nord in Nord I (Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder) und Nord II (Bezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock) führten und sich dann als Außenstelle/Arbeitsstelle Potsdam und Außenstelle/Arbeitsstelle Schwerin etablieren sollten.

184 Ludwig Deiters (23.12.1921–26.04.2018): Architekt. 1957–1960 Denkmalpfleger bzw. Konservator des IfD für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder, 1961–1986 Generalkonservator des IfD.

185 Vgl. Ludwig Deiters: Das Institut für Denkmalpflege in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen, in: Jörg Haspel/Hubert Staroste (Hrsg.): Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke (= Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41), Berlin 2014, S. 16–46, hier S. 18.

186 BArch, DR 1/8023, fol. 187, Protokoll über die am 03.01.1955 um 9.00 Uhr im Institut für Denkmalpflege durchgeführte Betriebsversammlung.

187 Vgl. ebd.

188 Ebd., fol. 190.

189 Vgl. ebd., fol. 187.

licher Schriftverkehr, der vom Institut herausgeschickt wird, von ihm unterzeichnet“ werden.¹⁹⁰

Böcking nutzte bei diesem Anlass die Möglichkeit zur umfassenden Kritik an den bestehenden Strukturen, ohne jedoch dezidiert auf seine Tätigkeiten als kommissarischer Leiter einzugehen.¹⁹¹ Nach eigener Aussage war Böcking seit September 1953 im Institut tätig und dort für das Referat „Nationale Gedenkstätten“ zuständig. Im Zuge seiner Einstellung am Institut für Denkmalpflege sei ihm zugesichert worden, „daß er innerhalb der Zentrale des Instituts eine vollkommen selbstständige Tätigkeit habe und den Außenstellenleitern gleichgestellt sei“¹⁹².

Obwohl die Suche nach einem „Staatskonservator vorläufig nicht eingestellt“¹⁹³ werden sollte, etablierte sich Gottfried Müller schnell als „Primus inter Pares“ zwischen den anderen Außenstellenleitern des Instituts für Denkmalpflege. Müller hatte sich bereits als Leiter der Außenstelle Nord fachlich bewiesen und sich für die kommissarische Leitung der Zentrale qualifiziert. Max Böcking hatte sich, nach eigener Aussage, vor allem durch seine Mitgliedschaft in der NDPD¹⁹⁴ für das Referat „Nationale Gedenkstätten“ als geeignet verstanden, gleichwohl hatte die Übernahme dieser Funktion innerhalb der Zentrale für ihn letztlich aber eine Degradierung bedeutet – war er doch in Thüringen wenige Jahre zuvor noch Landeskonservator gewesen.

Curt Belz

Zeitgleich mit der Bekanntgabe der Leitungsfunktion von Gottfried Müller auf der Betriebsversammlung im Januar 1955 gab Müller den Anwesenden ebenfalls bekannt, dass Curt Belz, als Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur, die Position eines kommissarischen Direktors übernehmen würde. Belz hatte bereits zuvor bereits in der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, in der Hauptabteilung „Bildende Kunst“, tätig gewesen war.¹⁹⁵ Etwa aus jener Zeit stammt

190 Vgl. ebd.

191 Katja Wüllner schrieb in ihrer Dissertation, dass Böcking kommissarischer Leiter gewesen sein sollte, sie aber keine weiteren Hinweise dazu gefunden hätte. Vgl. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 83 (Fußnote).

192 BArch, DR 1/8023, fol. 189.

193 Ebd., fol. 187.

194 Vgl. BArch, DR 1/8023, fol. 189. So betonte Böcking selbst: „[...] [A]ls er seinerzeit das Referat Nationale Gedenkstätten übernahm, war man froh, einen Bearbeiter für dieses Gebiet gefunden zu haben. Seine Einstellung für die Bearbeitung der Nationalen Gedenkstätten wäre auch ganz im Sinne seiner Partei, der NDPD, die er mit großer Hingabe durchführte und auch weiterhin durchführen werde.“

195 Vgl. BLDAM, L 34/2, o.D., S. 3, Entwicklung des zentralen Instituts für Denkmalpflege.

ein undatiertes Manuskript¹⁹⁶ des MfK zu Entwicklung, Bedeutung und Stand der Denkmalpflege in der DDR. Das Schreiben war jedoch nicht von Curt Belz, sondern von seinem Kollegen Kurt Schifner verfasst worden. Schifner hatte die Hauptabteilung „Bildende Kunst“ in der Staatlichen Kunstkommission (bis zur Einsetzung Ernst Hoffmanns im September 1952) kommissarisch geleitet und war auch nach Gründung des Ministeriums für Kultur weiterhin in der Hauptabteilung „Bildende Kunst“ tätig gewesen. Scheinbar hatte man sich durch diese Art der Stellenbesetzung von Müller und Belz eine Art Doppelspitze erhofft, wobei Müller dem kommissarischen Direktor unterstand. Während Müller, so lässt sich vermuten, vorrangig die operativen Belange innerhalb des Instituts für Denkmalpflege koordinieren sollte, oblag Belz die politisch-administrative Tätigkeit.

Schifner forderte in seinem Manuskript die „anwesenden Mitglieder der Zentralen Denkmalkommission“ dazu auf, für die „umgehende Einrichtung des Instituts für Denkmalpflege in der DDR und die Berufung eines Staatskonservators“ zu sorgen, da dies „die unerlässliche Voraussetzung für eine wirklich erfolgreiche und dem Wohle des Volkes, der Einheit Deutschlands und dem Frieden der Welt dienende Denkmalpflege“ sei.¹⁹⁷ Anhand Schifners Manuskript werden auch die Erwartungen deutlich, die an die Besetzung des Direktorenpostens bzw. die des Staatskonservators geknüpft wurden. So sollte durch einen Staatskonservator zum einen eine „Zusammenfassung der Denkmalpflege“ erfolgen und zum anderen die „gegenwärtige Situation der verschiedenartigen Ausrichtung der Arbeit und ein unzureichender Überblick im Republiksmaßstab“ überwunden werden.¹⁹⁸

Dass die „verschiedenartigen Ausrichtungen“ innerhalb der Denkmalpflege nicht allein durch die Berufung eines Staatskonservators zu lösen sein würden, sondern von vielen anderen Parametern und letztlich von jedem einzelnen Denkmalpfleger und der Durchsetzungsfähigkeit des Staatskonservators abhängig sein würden, wird noch zu zeigen sein (siehe Kapitel 3.3.2).

Allerdings führte die Forderung Schifners nach einer zeitnahen Besetzung der Position offenbar zu einem Ergebnis (wenngleich nicht davon auszugehen ist, dass die Besetzung allein auf Schifners Forderung zurückzuführen ist): Nach langwieriger Suche konnte noch im selben Jahr (1955) Kurt Lade als erster Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege gewonnen werden.¹⁹⁹

196 Campbell datiert das Manuskript auf 1956. Dies ist jedoch, aufgrund der dortigen Beschreibungen zu den Strukturen und Problemen der Denkmalpflege, eher unwahrscheinlich.

197 Vgl. BArch, DR 1/8028, Bl. 119–127, hier Bl. 127, Manuskript Kollege Schifner.

198 Vgl. ebd., Bl. 123.

199 Zum exakten Arbeitsbeginn von Kurt Lade widersprechen sich die Quellen. Während in einigen Schriftwechseln vom 15. Mai 1955 die Rede ist, lässt sich in anderen Quellen ein Arbeitsbeginn im Juni 1955 festhalten.

Gefunden: Kurt Lade

Der Werbegrafiker Kurt Lade war 1929 Mitglied der KPD geworden und hatte ab 1933 in der Illegalität für die Partei und die Gewerkschaft gearbeitet. Nachdem er 1935 kurzzeitig verhaftet worden war, floh er 1936 zunächst in die Tschechoslowakei, bevor er im Frühjahr 1939 nach England emigrierte. In London wurde er Mitglied des Freien Deutschen Kulturbundes (FDKB) und war bis 1941 Sekretär der Sektion „Bildende Künstler“. Von 1945 bis 1947 war er Vorsitzender des Heinrich-Heine-Bundes, der Nachfolgeorganisation des FDKB. Im Frühsommer 1948 kehrte Lade zusammen mit seiner Frau nach Deutschland zurück. Dort ließ Lade sich in Ost-Berlin nieder und war von August 1948 bis Juni 1949 für die Deutsche Verwaltung für Volksbildung tätig. Von 1950 bis 1953 war Lade Stellvertretender Direktor der Deutschen Akademie der Künste (AdK), bevor er im Mai des Jahres 1955 Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege wurde.²⁰⁰

Bereits vor seiner Einsetzung als Direktor der IfD-Zentrale hatte Lade sich mit dem Berliner Denkmalbestand beschäftigt. So sind beispielsweise Gutachten und Listen aus den Jahren 1952 bis 1953 – aus Lades Zeit als stellvertretender Direktor der AdK – erhalten, die Zustandsbeschreibungen und Vorschläge für die zukünftige Nutzung von Berliner Baudenkmalern enthalten. Eine dieser Listen stammt vom 30. Oktober 1953 und unterteilt die Berliner Baudenkmale in fünf Kategorien. Dabei unterschied Lade zwischen „Erhalten, resp. wieder aufgebaut, angemessener Gebrauchszweck“ (Kategorie I), „Erhalten, resp. wieder aufgebaute oder minderbeschädigte Gebäude, die einem nicht angemessenen Gebrauch dienen“ (Kategorie II), „Beschädigt oder völlig verwahrlost, jetzt nicht oder ungenügend genutzte Gebäude, die einer Instandsetzung bedürfen und für die eine sinngemäße Nutzung vorzuschlagen ist, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Verwendung“ (Kategorie III), „Stark beschädigte, z. Zt. unbrauchbare Gebäude, deren Wiederaufbau und würdige Nutzung zu erwägen ist“ (Kategorie IV) und „Ruinen, deren Wiederaufbau zu erwägen wäre – (künstlerischer resp. geschichtlicher Rang)“ (Kategorie V). Während zur Kategorie I zum Beispiel das Schloss und der Schlosspark Köpenick oder auch das „Bürgerwohnhaus“ am Märkischen Ufer 8 gehörten, ordnete Lade sowohl die sogenannte „Kommode“²⁰¹ als auch das Graue Kloster²⁰² der Kategorie III zu.²⁰³

200 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 12, Biografische Angaben aus Lebenslauf.

201 Es handelt sich dabei um das Gebäude der ehem. Königlichen Bibliothek am heutigen Bebelplatz, das aktuell die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität beheimatet.

202 Beim Grauen Kloster handelt es sich um ein ehemaliges Franziskanerkloster an der heutigen Klosterstraße. Kloster und Klosterkirche wurden im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt. Die Klosterkirche wurde als Ruine gesichert und wurde wiederholt für kulturelle Zwecke genutzt.

203 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 27, Liste vom 30.10.1953.

Zustand und Nutzung standen demnach für Kurt Lade in direkter Abhängigkeit zueinander, wobei zu eruieren wäre, was er unter einer „angemessenen Nutzung“ verstand. Die Frage des Wiederaufbaus eines zerstörten Denkmals stellte sich für ihn hingegen losgelöst vom Zerstörungsgrad bzw. vom Zustand der noch erhaltenen Substanz. Für Lade war das Ausmaß der Zerstörung für die Kategorisierung entscheidend, wobei die jeweilige Kategorie die Wertigkeit bzw. Dringlichkeit des Wiederaufbaus abbildete. Damit war seine Kategorisierung in erster Linie ein auf Zeitlichkeit angelegtes Schema oder Konstrukt, das als Instrument dienen sollte, um den Wiederaufbau von Denkmalen und den Umgang mit Denkmalen beim Aufbau der Städte besser planen, überwachen und kontrollieren zu können. Eine Kategorisierung im Sinne einer Klassifizierung lehnte Lade hingegen ab, wie noch zu zeigen sein wird (vgl. Kapitel 3.3.2). Da sich Kurt Lade also bereits einige Jahre vor seiner Einsetzung als Direktor der IfD-Zentrale eingehend mit der Berliner Denkmallandschaft und zudem mit kulturpolitischen Fragen auseinandergesetzt hatte, überrascht es etwas weniger, dass sich das Ministerium für Kultur für ihn, einen Werbegrafiker, entschieden hat.²⁰⁴

Lades Tätigkeit als Direktor sollte vor allem von Strukturveränderungen sowie von internen Macht- und Kompetenzstreitigkeiten geprägt sein, nicht zuletzt aufgrund des nach wie vor ungeklärten Sonderstatus' Berlins. Bereits im Jahr 1955 versuchte Lade, eine neue bzw. aktualisierte Fassung der *Verordnung zum Schutz und Erhalt der Denkmale der DDR (Denkmalschutz)* auf den Weg zu bringen.²⁰⁵ Ein Schreiben vom 26. Juni 1956 mit dem Betreff „Institut für Denkmalpflege, Zentrale“ verdeutlicht die Tragweite der Unklarheiten und Ungewissheiten, die eine strukturierte bzw. organisierte Arbeitsweise basierend auf klaren Zuständigkeiten schier unmöglich werden ließ. So war offenbar geplant gewesen, von der Zentrale und der Besetzung des Direktor- bzw. Staatskonservatorpostens bereits wieder Abstand zu nehmen, da weder „die Planstelle des Staatskonservators, noch die des Direktors [...] bis zum Juni 1955 besetzt“²⁰⁶ waren. Erst mit der Einsetzung Kurt Lades im Juni 1955 war der „Plan zur Auflösung der Zentrale fallengelassen [worden], mit der Weisung, die Zentrale nach den ursprünglichen Absichten zu festigen und auszubauen“²⁰⁷. Zugleich wurden auch die Aufgaben definiert, für die Lade nun zuständig sein sollte und wofür er schnellstmöglich Lösungsvorschläge erarbeiten sollte. Priorität hatte dabei offenbar „der Auftrag

204 Erstmals namentlich erwähnt wurde Kurt Lade in einem Schreiben vom 08.09.1954 von Fritz Dähn an Alexander Abusch. Darin schlägt Dähn Paul Wengel, Egon Rentsch oder Kurt Lade als mögliche Kandidaten für die Position des Direktors vor. Vgl. BArch, DR 1/7907, Bl. 518.

205 Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 30, o.D., Entwurf Verordnung zum Schutz und Erhalt der Denkmale der DDR (Denkmalschutz).

206 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 26.06.1956.

207 Ebd.

[...] in Verbindung mit dem Ministerium für Kultur, die Denkmalschutzverordnung zu überarbeiten, ein Statut²⁰⁸ sowie einen Arbeitsplan auszuarbeiten⁴²⁰⁹. In Lades Zuständigkeit als Direktor der Zentrale fiel somit die Schaffung künftiger Strukturen, in denen die Denkmalpflege der DDR wirksam werden sollte. Von der Suche nach einem Staatskonservator hatte man mit der Berufung Lades zum Direktor der Zentrale scheinbar Abstand genommen.

Neben den Aufgaben, die vor allem die Schaffung und Umsetzung struktureller Rahmenbedingungen staatlicher Denkmalpflege betrafen, beschäftigte sich Lade auch mit der künftigen inhaltlichen Ausrichtung der Denkmalpflege – insbesondere hinsichtlich der Ausbildung für Denkmalpfleger. Für eine effektive und an der denkmalpflegerischen Praxis ausgerichtete Ausbildung versuchte Kurt Lade zusammen mit M. Seegebrecht²¹⁰, dem Verwaltungsleiter der IfD-Zentrale, eine Kooperation zu begründen, bei der Otto Englberger (Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar), Emil(?) Schmidt²¹¹ (Dekan der Fakultät Architektur), Hermann Weidhaas (Inhaber des Lehrstuhls für Denkmalpflege an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar) sowie Walter Albrecht (als „in Aussicht genommener Leiter der Außenstelle Weimar – Erfurt“ des IfD) beteiligt sein sollten. Aus einem diesbezüglichen Entwurfsschreiben geht hervor, dass damit der Zweck erfüllt werden sollte, „einen denkmalpflegerischen Arbeitsstil zu entwickeln, dessen Erfolge letztlich jeden nicht Böswilligen von einer Fortschrittlichkeit und Zeitgemäßheit überzeugen“⁴²¹² würden. Dieses Ziel sollte „anlässlich der Errichtung einer Außenstelle des Instituts für Denkmalpflege der DDR für die drei thüringischen Bezirke mit einer besonders engen, planmäßig geregelten Zusammenarbeit zwischen dieser Außenstelle und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar zur Aufgabe gemacht werden“⁴²¹³.

In Form von sechs Punkten stellten die Entwurfsbeteiligten Forderungen an das SED-Zentralkomitee sowie an das Ministerium für Kultur, die aus ihrer Sicht unabdingbar seien, um eine effiziente und sozialistische Denkmalpflege zu etablieren und die Ausbildung von Fachkräften zu sichern. Während in Punkt eins und zwei die absolute Unterstützung der Kooperation und der Zielstellung seitens des ZK sowie des MfK eingefordert wurde (auch, um der „bisher vernachlässigten

208 Lade arbeitete einen Entwurf für ein Statut aus, allerdings wurde dieser nicht verabschiedet. Erst mit der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 kam es zur Verabschiedung des Statuts des Instituts für Denkmalpflege. Der undatierte Entwurf, der vermutlich aus dem Jahr 1955 oder 1956 stammt, befindet sich in: BLDAM, L 43/1.

209 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 26.06.1956.

210 Vorname war nicht zu ermitteln.

211 Es konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden, ob es sich hier um Emil Schmidt gehandelt hat.

212 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Entwurf vom 07.06.1956, S. 2 des Entwurfsschreibens.

213 Ebd.

Denkmalpflege in Thüringen bevorzugt Mittel zur Verfügung“ zu stellen), befassten sich die Punkte drei bis fünf vorrangig mit der Personalie Hermann Weidhaas und definierten zugleich dessen zukünftige Schlüsselposition in den Bereichen Lehre, Ausbildung und Popularisierung der Denkmalpflege. Punkt sechs gab abschließend darüber Auskunft, dass man keine exklusive Kooperation sein wolle, sondern dass man sich durchaus ähnliche Vereinbarungen mit der Deutschen Bauakademie vorstellen könne.

Mit der Einsetzung Kurt Lades als Direktor der IfD-Zentrale schien die Suche nach der für die institutionelle Denkmalpflege geeigneten Struktur zunächst abgeschlossen, da Lade damit beauftragt war, in Zusammenarbeit mit dem MfK die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Darüber hinaus versuchte der neue Direktor, eigene Handlungsspielräume zu nutzen, die Denkmalpflege zu prägen (beispielsweise im Hinblick auf die Nachwuchsförderung) und den Austausch zwischen den verschiedenen Institutionen und Akteuren zu intensivieren. Allerdings stieß er bei der Umsetzung seiner Pläne auf Widerstand oder fand bei den übergeordneten staatlichen Stellen für seine Anliegen kein Gehör.

Es überrascht daher nicht, dass das Direktorenamt nicht lange bestehen blieb. Im Zuge der Auflösung der Zentrale und des Instituts für Denkmalpflege wurde bereits zum 31. Dezember 1957 der Einzelvertrag mit Kurt Lade für die Position des Direktors gekündigt.²¹⁴ Interimsweise übernahm daraufhin erneut das MfK die anliegenden Aufgaben im Bereich der Denkmalpflege. Die IfD-Außenstellen wurden autonome Institutionen mit eigener Verantwortlichkeit. Darüber hinaus wurde in Schwerin das Institut für Denkmalpflege (wieder-)gegründet und sollte für die Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg zuständig sein. In regelmäßig stattfindenden Konservatorenbesprechungen, die durch das MfK einberufen werden sollten, sollten in der Folge denkmalpflegerische Aufgaben besprochen und abgestimmt werden.

Erst mit der Verabschiedung der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 und der damit verbundenen Berufung Ludwig Deiters' zum Generalkonservator wurde erneut eine zentrale Leitungsposition für die Denkmalpflege in der DDR installiert, die überregional tätig werden sollte.²¹⁵

214 Vgl. BArch, DR 1/7898, Bl. 184, Kündigung Lades aufgrund der Auflösung des Instituts für Denkmalpflege. Schreiben von Alexander Abusch an Kurt Lade vom 06.07.1957.

215 Vgl. BLDAM, L 34/2, o.D., S. 3, Entwicklung des zentralen Instituts für Denkmalpflege.

Exkurs: Studienreisen nach Polen

Leo Stegmann, Heinz Mansfeld wie auch Kurt Lade unternahmen Studienreisen nach Polen und besuchten dabei nahezu dieselben Orte, lediglich zu unterschiedlichen Zeitpunkten; verschieden waren auch die Bewertungen der gesammelten Eindrücke. Derartige (Ein-)Blicke nach Polen waren damals offenbar omnipräsent²¹⁶ und scheinen für diejenigen, die für einflussreiche Positionen im Bauwesen, in der Denkmalpflege oder innerhalb des Museumswesens vorgesehen waren, eine Art Fortbildungs- bzw. Ausbildungsreise dargestellt zu haben. Im Folgenden werden daher diese Fahrten mit ihren Stationen sowie die Bewertungen durch die genannten drei Reisenden eingehender untersucht.

Leo Stegmann unternahm seine Studienreise bereits im Sommer 1952. Auf Einladung des polnischen Architektenverbandes in Warschau führte sie ihn von Warschau aus nach Krakau, Nowa Huta, Auschwitz und Zakopane. Sein ausführlicher Bericht darüber erschien in der *Deutschen Architektur*. Stegmann erzählte, ganz den politisch-ideologischen Anforderungen entsprechend, vom „Klassizismus Warschaus“, der „typisch nationale Züge“ trüge und, dass die „Wiederherstellung dieser bedeutungsvollen Werke [...] in den Händen der polnischen Denkmalpflege“ läge.²¹⁷ Dabei betonte der Architekt auch die Bedeutung des Wiederaufbaus Gesamtpolens wie auch Warschaus im Einzelnen, da die „Liebe zur Heimat, der Glaube an eine bessere Zukunft und das nationale Bewußtsein des ganzen polnischen Volkes [...] dem polnischen Volk Kraft zum Beginn des Neuaufbaus und zur Überwindung aller Schwierigkeiten [geben werden]“²¹⁸. Interessant ist vor allem Stegmanns Bedeutungszuweisung für die Städte Krakau und Nowa Huta im Hinblick auf die Verwendung bzw. Notwendigkeit von Traditionen einerseits und den Fortschrittsoptimismus im Sozialismus andererseits. Die Idee, dass sich die „guten Traditionen“ im Neuen wiederfänden, ist in seiner Argumentation deutlich erkennbar. So definierte Stegmann Krakau nicht nur als „ein Denkmal der Schönheit“, sondern führte außerdem aus, dass den Architekten Polens die Bedeutung Krakaus bewusst sei und sie „die Kulturdenkmale dieser ehrwürdigen Stadt als ein Bildungsmittel für das ganze Volk“ bezeichnen würden.²¹⁹ Laut Leo Stegmann war dies „deshalb so überzeugend, weil Krakau im einzelnen wie im ganzen, in seiner Anlage, in seinen Straßen und Plätzen die Geschichte Polens

216 Polen war in Form von Publikationen, Ausstellungen und Filmen omnipräsent wie auch durch die politische Verbundenheit zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR, unter anderem durch Kulturabkommen der beiden Staaten und durch Delegationsreisen, die einen ständigen Austausch gewährleisteten.

217 Vgl. Leo Stegmann: Studienfahrt nach Polen, in: *Deutsche Architektur* (1952), H. 4, S. 184–186, hier S. 184.

218 Ebd.

219 Ebd.

widerspiegel[n]²²⁰ würde. Die Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe und den architektonischen Traditionslinien war für Stegmann der Ausgangspunkt für die Schaffung neuer sozialistischer Städte wie Nowa Huta. Um für den „sozialistischen Inhalt der Stadtanlage die entsprechende nationale Form zu finden“, waren für Stegmann die „Vorarbeiten in Warschau und das gewissenhafte Studium des kulturellen Erbes in Krakau“ die Grundlagen, die den Bau einer neuen sozialistischen Stadt ermöglichten.²²¹

Damit verband Stegmann den (Wieder-)Aufbau Polens im Allgemeinen und des polnischen Bauwesens im Besonderen eng mit den sozialistischen Ideen und zeigte zugleich auf, in welcher Weise das bauliche Erbe nach seiner Auffassung in einer noch entstehenden sozialistischen Gesellschaft genutzt und verstanden werden sollte. Denkmalpflegerische Aspekte, Städtebau und aktuelle architektonische Fragestellungen wurden damit auf das Engste miteinander verbunden.

Etwas mehr als ein Jahr später unternahm Heinz Mansfeld ebenfalls eine Studienreise nach Polen, vom 10. bis 27. September 1953, und erstattete im Anschluss daran den zuständigen Behörden Bericht über seine Eindrücke. Seiner Tätigkeit in der DDR entsprechend beschäftigte sich Mansfeld sowohl mit den Museen als auch mit der Denkmalpflege in Polen, wobei seine Berichterstattung über die polnische Museumslandschaft deutlich umfangreicher ausfiel. Gleichwohl betonte Mansfeld in seinen Ausführungen wiederholt die fachliche und organisatorische Nähe, die diese beiden Bereiche in Polen besäßen. Zum einen nannte Mansfeld konkret die örtliche Nähe, da sich „[d]ie Leitung aller Museen der polnischen Volksrepublik [...] im gleichen Hause wie die Zentralverwaltung für Denkmalpflege“²²² befände. Zum anderen betonte er, wie ähnlich sich die Strukturen verschiedener staatlicher Institutionen seien, wobei er den strukturellen Aufbau der Zentralverwaltung mit demjenigen der Hauptabteilungen in der Zentralverwaltung für Denkmalpflege gleichsetzte.²²³

Im Gegensatz zu Leo Stegmann zählte Heinz Mansfeld in seinem Bericht die einzelnen Stationen seiner Reise lediglich unter Angabe einzelner Eckdaten und grober Einschätzungen auf. Laut dieser Auflistung besuchte Mansfeld die Nationalgalerie und das Historische Museum in Warschau, das Nationalmuseum und

220 Ebd., S. 186.

221 Vgl. ebd.

222 BArch, DR 1/8028, Bl. 74–86, hier Bl. 74, Studienreise nach Polen, Bericht von Heinz Mansfeld über die Reise vom 10.09.1953 bis 27.09.1953.

223 Vgl. ebd. In Mansfelds Bericht heißt es: „Die Zentralverwaltung für Museen hat ungefähr die gleichen Hauptabteilungen wie die Zentralverwaltung für Denkmalpflege, und zwar: Organisation, Planung, Propaganda und Publikationen, Administration, Finanzen, Personal und eine Spezialabteilung für die politischen Museen, darunter Auschwitz als Museum für den Kampf gegen den Faschismus.“

den Wawel in Krakau, das Museum der Stadt Gdańsk, die Nationalgalerie und das Museum für Musikinstrumente in Poznań, das Chopin-Museum in Żelazowa Wola, die Schlösser in Nieborów und Rogalin sowie Auschwitz. In seiner abschließenden Zusammenfassung betonte Mansfeld, dass „[d]ie von mir gegebenen Angaben über die Organisation und praktische Arbeit der Denkmalpflege und der Museen, die Besetzung der Stellenpläne etc. [, die] bei den Gesprächen ermittelt [wurden], [...] naturgemäß aber nicht absolut genau sein [können]“²²⁴. Er empfahl aber nachdrücklich, dass im Rahmen des Kulturaustausches eine „Delegation unserer Fachdenkmalpfleger nach Polen“²²⁵ entsendet werden sollte, wobei dieser „eine größere Zeitspanne eingeräumt werden müsste, damit die wesentlichsten Objekte an Ort und Stelle gründlich studiert werden“²²⁶ könnten.²²⁷

Vergleicht man nun die Studienreisen von Stegmann und Mansfeld miteinander, fällt zunächst die unterschiedliche Quellengattung auf; diese lässt unterschiedliche Rückschlüsse auf die Funktion der Berichterstattung zu, erfordert darüber hinaus aber auch eine divergierende Bewertung der Inhalte. So handelte es sich bei Stegmanns Bericht um einen veröffentlichten Aufsatz in der Fachzeitschrift *Deutsche Architektur*, der entsprechend ideologisch aufgeladen war und (für eine Veröffentlichung) den politischen Leitlinien zu entsprechen hatte. Sowohl die gesellschaftliche Bedeutung des Aufbaus als auch die Besonderheiten des Wiederaufbaus in Polen wurden von Stegmann besonders stark thematisiert und erfuhren eine durchweg positive Bewertung. Mansfelds Ausführungen waren hingegen nicht für eine Veröffentlichung bestimmt, sondern galten als Berichterstattung für die ihm vorgesetzten zuständigen Stellen innerhalb des Staatsapparates. Dieser Bericht ist daher vor allem eine auf das Wesentlichste beschränkte inhaltliche Zusammenfassung der einzelnen Reisetationen, in der Mansfeld seine Eindrücke ungeschönt bzw. nichtidealisiert wiedergab. Im Hinblick auf die Funktion und die Bedeutung dieses Textes ist vor allem Mansfelds Zusammenfassung von Interesse, da er dort zwar einerseits eine Empfehlung an die staatlichen Stellen ausspricht, andererseits sich aber rückversichert, dass seine Aussagen nicht als verbindliche Faktendarstellung des Ist-Zustandes in der Volksrepublik Polen verstanden werden dürften, wodurch er versuchte, die Verantwortlichkeit, die ihm eventuell zugeschrieben werden könnte, zu minimieren.

Kurt Lades Studienreise erfolgte mehr als zwei Jahre später, nämlich vom 27. April bis etwa zum 14. Mai 1956. Sie ist in Form eines Reisetagebuches²²⁸

224 Ebd., Bl. 86.

225 Ebd.

226 Ebd.

227 Offenbar sah sich Mansfeld nicht zu dieser Gruppe dazugehörig, wohl aber in der Position, den inhaltlichen und strukturellen Rahmen mitbestimmen zu können.

228 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 38, Reisetagebuch.

überliefert, worin Lade stichpunktartig seine Eindrücke notierte und zu ausgewählten Objekten Skizzen anfertigte. Neben Warschau besuchte Lade auch Krakau, Poznań, Nowa Huta und Auschwitz. Zu den einzelnen Reisezielen gehörten ebenso wie bei Mansfeld Besichtigungen verschiedener Museen. Neben zahlreichen Zwischenstationen in kleineren Ortschaften, die Lade in seinem Tagebuch erfasste, sind vor allem die Gesprächsnotizen und Bewertungen auffällig, die im Vergleich zu Mansfelds oder Stegmanns Reiseberichten einen dezidierteren Einblick in Lades Gedankenwelt ermöglichen. Beispielsweise besuchte Kurt Lade gleich zu Beginn seiner Reise, am 27. April 1956, den Restaurator Professor Macroni in Warschau. Bei dem Gespräch ging es, laut Lades Notizen, vorrangig um die Organisation der polnischen Denkmalpflege und den Weg der Architektur. Lade vermerkte dazu in Klammern „Übereinstimmung“ und meinte dabei vermutlich die Entwicklung der polnischen Architektur, die – ebenso wie in der DDR – vorrangig auf historische Formelemente zurückgriff.

Auch sind durch Lades Aufzeichnungen Rückschlüsse auf sein denkmalpflegerisches Denken möglich. So notierte er zum Historischen Museum in Warschau nicht nur die Art und Weise der Rekonstruktion der Häuser an der Platzwand des Alten Marktes, die für den Nutzungszweck entkernt und miteinander verbunden worden waren, sondern bewertete dieses Vorgehen als „[e]in gutes Beispiel moderner Nutzung in der äußeren Form rekonstruierter mittelalterlicher Häuser“²²⁹. Für Kurt Lade war, zumindest in Bezug auf Warschau, die Rekonstruktion eines einheitlichen und möglichst historisch-authentischen Stadtbildes bestimmend. Die völlig freie Gestaltung des Innenraums, der schöpferische Umgang im Sinne einer angemessenen Nutzung des Gebäudes bzw. Gebäudekomplexes war für ihn letztlich entscheidend und stellte die Legitimation der Wiederherstellung dar.

Zu einem ehemaligen polnischen Herrnsitz in Radziejowice bei Warschau notierte Lade: „Klassizismus, soll restauriert werden und dann als Erholungsheim für Kunsthistoriker dienen.“²³⁰ Auf diese Weise verdeutlichte Lade, dass Denkmale unabhängig von ihrer Bauaufgabe und ihrer früheren Verwendung erhalten werden konnten, wenn eine mögliche zukünftige Nutzung von Beginn an konzipiert wurde.

Auch den polnischen Generalkonservator Jan Zachwatowicz traf Lade auf seiner Reise durch Polen. Zu dem Treffen hielt er fest: „Frage des Nationalismus – bis 1920 gab es praktisch keine Geschichte der polnischen Kunst. Vorher durch Dreiteilung Polens (Deutschland, Österreich, Russland) keine Arbeiten auf Polen (nationale Kunst) bezogen.“²³¹ Mit diesen wenigen Zeilen problematisierte Lade die Fragen nach Identität, Erbe und Nation. Themenfelder, die auch für die DDR – insbesondere in Abgrenzung zur Bundesrepublik – problematisch, wenn nicht

229 Ebd.

230 Ebd.

231 Ebd.

sogar konfliktreich schienen. Deutlich wird aber auch, dass die Ursachen hierfür völlig verschieden waren und man in der DDR letztlich vor anderen Herausforderungen stand als in der Volksrepublik Polen.

Wie bereits Leo Stegmann besuchte auch Lade Nowa Huta. Hierin sah Letzterer jedoch keine vorbildhafte sozialistische Stadt, die in ihrer Formensprache auf polnische Traditionen rekurrierte, sondern merkte an: „Stadt hat zwei Teile, BA I hat noch menschlichen Maßstab und ist beinah zu vertreten, BA II ist grauhaft.“²³²

Die drei beschriebenen Studienreisen konnten die Bedeutung Polens als Bezugs- und Orientierungsgröße für die DDR aufzeigen. Neben der Vorbildfunktion der Volksrepublik wird auch der Versuch deutlich, aus Polen ähnliche Strukturen für den Bereich der Denkmalpflege in der DDR zu etablieren und zu übernehmen. Stegmann, Mansfeld und Lade sollten in ihren kulturpolitischen und ideologischen Sichtweisen im Sinne des Sozialismus geschult werden und ihre Eindrücke für den Aufbau der DDR nutzbar machen. So sind ihre jeweiligen Reisen letztlich im Sinne einer „Funktionärsausbildung“ zu deuten und beweisen den hohen politischen Stellenwert, der dem Direktor der IfD-Zentrale beigemessen wurde. Die unterschiedlichen Bewertungen der Reiseeindrücke bilden zum einen die Unterschiede zwischen den drei potenziellen Direktoren ab, liegen aber auch in den unterschiedlichen Quellengattungen begründet.

Beim Vergleichen der drei Reiseberichte wird deutlich, dass Mansfeld im Sinne eines objektiven Berichterstatters agiert und er sich selbst eher in der Position eines Ratgebers gesehen hat. Stegmann hatte hingegen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des (Wieder-)Aufbaus im Blick, was sich auch in seiner Biografie mehrfach widerspiegelt und in der Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit für sich selbst evident wird. Lade zeigte sich bei seiner Polenreise durchaus kritischer. Dies liegt zum einen daran, dass es sich bei der überlieferten Quelle um Kurt Lades Reisetagebuch handelt, zum anderen aber auch am zeitlichen Abstand zwischen seiner Reise und denen von Mansfeld und Stegmann. Insbesondere Lades Bewertung Nowa Hutas muss vor dem Hintergrund mehrfacher Kurswechsel innerhalb der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen gesehen werden. Nicht zuletzt zeigt Lades Reisetagebuch die Bedeutung persönlicher Kontakte für die Etablierung von Strukturen und auch die Ausnutzung von Handlungsspielräumen auf.

232 Ebd.

3.3.2 Konservatorengespräche – Teil 1

Strukturen entstehen nicht zuletzt durch Aushandlungsprozesse. Die Gründung eines Instituts für Denkmalpflege war zwar eine politische Entscheidung gewesen, dennoch waren die Strukturen, innerhalb derer das Institut wirksam werden sollte, über den Zeitraum der 1950er Jahre hinweg zahlreichen Veränderungen unterlegen. Dass mit der Besetzung des Direktorenpostens die Diskussionen zwischen den Denkmalpflegern nicht beendet waren, ist im vergangenen Kapitel bereits angedeutet worden und soll nun im Zentrum der Betrachtung stehen.

Anhand der überlieferten Protokolle der Konservatorentagungen können Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit, Probleme und Diskussionen ebenso wie Überlegungen und Strategien der Denkmalpfleger der Institute aufgezeigt werden. Ebenso zeichnen sie ein Bild der leitenden Denkmalpfleger, ihrer Interessen sowie ihrer Blickwinkel auf ihre eigenen Institute, die zunächst (1952) von Landesämtern zu Außenstellen degradiert und letztlich (1957) wieder zu eigenständige Instituten werden sollten. Die Protokolle geben Aufschluss über die jeweils herrschende Beziehung zur Zentrale bzw. zum Berliner Institut wie auch zum Ministerium für Kultur, dem die Denkmalpflege unterstand. Die im Folgenden untersuchten Besprechungen der Konservatoren²³³ bilden einen ersten Teil, während die ebenfalls analysierten Gespräche des späteren Untersuchungszeitraumes als zweiter Teil der Konservatorengespräche verhandelt werden (vgl. Kapitel 5.3.1).

Dabei ist es nicht das Ziel dieses Kapitels, die Diskussionen in ihrer Vollständigkeit abzubilden, sondern es geht darum, Handlungsspielräume und Diskussionsfelder exemplarisch aufzuzeigen; dadurch kann das Austesten, Ausreizen und Ausdifferenzieren der Protagonisten von Chancen und Möglichkeiten für ihre denkmalpflegerischen Ziele herausgearbeitet werden.

Den Ausgangspunkt bilden die zahlreichen Diskussionen um mögliche Strukturveränderungen, die vor der Besetzung des Direktorenpostens beginnen, sich mit der Einsetzung Kurt Lades fortsetzen und mit der Auflösung der Zentrale erneut geführt werden. Im Anschluss daran sollen Überlegungen und Pläne zur inhaltlichen Ausrichtung der Denkmalpflege in der DDR betrachtet werden, die sich im Einzelnen mit dem zehnjährigen Staatsjubiläum, der Idee einer Klassifizierung des Denkmalbestandes sowie der möglichen Einbindung des Heimatschutzes beschäftigen. Dieser schlaglichtartige Überblick soll die Vielfalt der Themenfelder ebenso widerspiegeln wie die Diversität der Kontroversen und Protagonisten selbst.

233 Bei den Konservatoren handelte es sich zumeist um die Leiter bzw. die stellvertretenden Leiter der Arbeitsstellen bzw. Institute für Denkmalpflege.

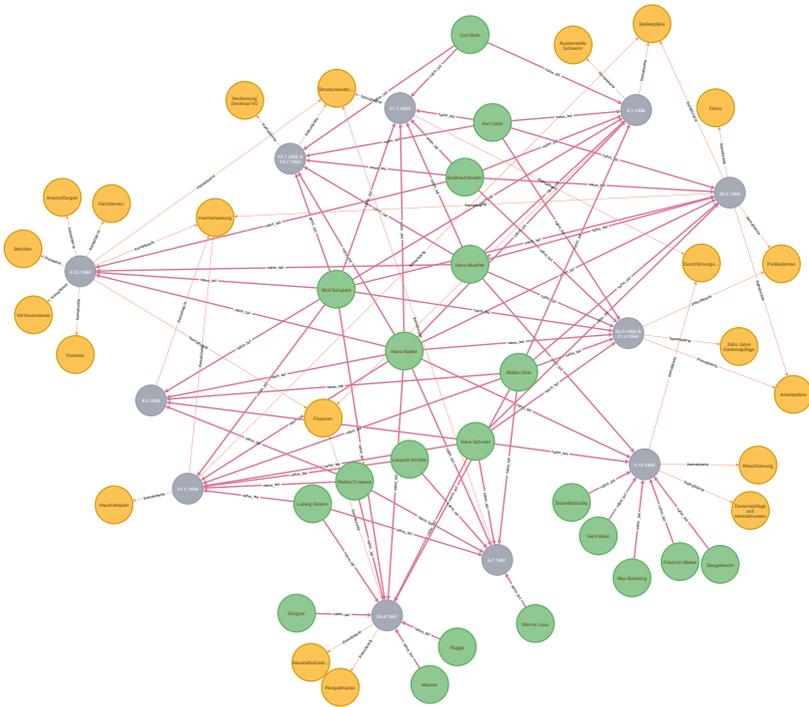


Abb. 9: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j.
 MATCH (t:Thema)←[:thematisierte]-(m:Besprechung)←[:nahm_teil]-
 (p:Person) RETURN t,m,p

Für die Analyse der Konservatorengespräche wurden die vorhandenen Protokolle nicht nur manuell ausgewertet, sondern auch in der Graphdatenbank Neo4j erfasst. Da die Quellen nicht als Digitalisate vorliegen, bestand der erste Schritt in der Auszeichnung bzw. Klassifizierung der jeweiligen analogen Quellen. Erfasst bzw. klassifiziert wurden die Sitzungstermine und die Personen, die an den Besprechungen teilgenommen haben, sowie die Themen, die besprochen und diskutiert wurden. Letztere wurden dann als Knoten in der Datenbank erfasst und davon ausgehend die entsprechenden Beziehungen zueinander angelegt. Neben den offensichtlich aus den Protokollen übernommenen Beziehungen, die sich aus der Teilnahme an der Besprechung oder aus den diskutierten Themen ergeben, besteht auch die Möglichkeit, weitere Verknüpfungen hinzuzufügen, beispielsweise Institutszugehörigkeiten, Beziehungen zwischen den Personen oder Verweise auf konkrete Objekte. Auf diese Weise lassen sich ausgehend von einem Datenmodell in Graphdatenbanken flexible Möglichkeiten zur Informationserfassung finden. Die Auswertung der in Neo4j angelegten Daten, die aus den analogen Protokollen

t	Anzahl
{Thema:Inventarisierung}	4
{Thema:Strukturaenderung}	4
{Thema:Finanzen}	3
{Thema:Stellenpläne}	3
{Thema:Durchführungsbestimmung Denkmal-VO}	2
{Thema:Arbeitspläne}	2
{Thema:Publikationen}	2
{Thema:Fotothek}	1
{Thema:Fachliteratur}	1
{Thema:Vertrauensleute}	1
{Thema:Anschaffungen}	1
{Thema:Beihilfen}	1
{Thema:Neufassung Denkmal-VO}	1
{Thema:Aussenstelle Schwerin}	1
{Thema:Dehio}	1
{Thema:Zehn Jahre Denkmalpflege}	1
{Thema:Denkmalpflege und Heimatmuseen}	1
{Thema:Klassifizierung}	1
{Thema:Haushaltsdirektive}	1
{Thema:Perspektivplan}	1
{Thema:Haushaltsplan}	1

Abb. 10: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j.

```
MATCH (t:Thema)←[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t , count (*)
AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC
```

extrahiert wurden, zeigt zunächst, dass an relativ wenig Terminen eine Vielzahl von Themen verhandelt werden musste (Abb. 9 sowie auf folgender Seite Abb. 10).

Eine Abfrage zur Frequenz der diskutierten Themen zeigt, dass bei den Besprechungen am häufigsten über Inventarisierung (inkl. Klassifizierung) und Strukturänderungen diskutiert wurde, weshalb diese Themen im Weiteren eingehender betrachtet werden sollen. Die Abfrage verdeutlicht zudem, dass eine Vielzahl der Themen lediglich ein einziges Mal verhandelt wurde, wobei hier auch Schnittmengen zwischen den Themen bestehen, die bei der ersten Betrachtung der Analyseergebnisse aufgrund der starken Formalisierung nicht zu erkennen sind. Bei näherer Betrachtung der Protokolle zeigt sich, dass einige der Themen unter einem anderen Tagesordnungspunkt oder sogar unter einem völlig anderen Titel erneut zur Sprache kamen oder dass sie einen anderen Aspekt des übergeordneten Bereichs beinhalteten. Aufgrund dessen sollen die zwei scheinbaren Einzelthemen „Zehn Jahre Denkmalpflege“ sowie „Denkmalpflege und Heimatschutz“ ebenfalls eingehender betrachtet werden. Zum einen wird dadurch in diesem Kapitel die Themenvielfalt der institutionellen Denkmalpflege aufgezeigt und zum anderen werden Chancen und Grenzen der technologischen Unterstützung durch die Graphdatenbank erkennbar. Im Folgenden wird zunächst das am

häufigsten thematisierte Problem betrachtet: die Suche nach einer geeigneten Struktur.

Strukturfragen

Die Diskussionen um eine geeignete Struktur der institutionellen Denkmalpflege erscheinen retrospektiv als nicht enden wollende Kämpfe verschiedener Interessensgruppen mit wechselnden Akteuren. Gerd Meyer stellte in seinem Studienbuch über „Sozialistische Systeme“ heraus, dass „im Blick auf die Herausbildung staatlicher Strukturen [in sozialistischen Systemen] der Druck von innen und von außen nicht zu trennen [ist], [er] kumuliert [...] sich vielmehr, ist Ergebnis ineinandergreifender Widersprüche und treibt neue hervor“²³⁴. Mit Blick auf den – ebenfalls immer wieder in der Kritik stehenden – Verwaltungsapparat der DDR schrieb Meyer, dass die „Expansion der Verwaltung [...] als unproduktiver Ballast“ erscheine, sie zugleich aber notwendig gewesen sei, „um die Kontrolle aufrechtzuerhalten“.²³⁵ Die große Bedeutung von Strukturen in sozialistischen Systemen im Allgemeinen und der Verwaltung im Besonderen zeigt den Anspruch des Staates, das gesamte Leben politisch-ideologisch zu durchdringen, und erklärt darüber hinaus die Intensität, mit der über die sich entwickelnden und sich wandelnden Strukturen diskutiert worden ist.

Die Arbeitsbesprechung der Konservatoren vom 4. Dezember 1954 in Halle/Saale stand im Zeichen der weiteren Umstrukturierung der Denkmalpflege, die nach der Auflösung der ehemaligen Landesämter und vor der Besetzung der Zentrale mit einem Direktor nach wie vor ungeklärt zu sein schien.²³⁶ Zu den teilnehmenden Konservatoren des IfD gehörten Gottfried Müller (Arbeitsstelle Nord mit Sitz in Berlin), Hans Nadler (Dresden), Hans Müther (Zentrale) sowie Wolf Schubert (Halle/Saale). Eingeladen war zudem der Leiter der Hauptabteilung „Bildende Künste“ des MfK, Bruno Voigt, welcher jedoch „aus dienstlichen Gründen verhindert“ war und deshalb der Besprechung fernblieb.

Zunächst berichtete Wolf Schubert über den Stand der Verhandlungen zur geplanten Strukturänderung der Denkmalpflege mit Staatssekretär Fritz Apelt, Hauptabteilungsleiter Fritz Dähn und Abteilungsleiter Bruno Voigt sowie der Stellenplankommission. Obwohl das Ministerium für Kultur den angedachten Veränderungen bereits zugestimmt hatte, stand die Bewilligung seitens der Stellenplankommission noch aus, sodass die Arbeitsfähigkeit der IfD-Zentrale zum 1. Januar 1955 nicht gewährleistet werden konnte.

234 Gerd Meyer: Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse. Ein Studienhandbuch, Opladen 1979, S. 124.

235 Vgl. ebd.

236 Vgl. BLDAM, L 43/2, Arbeitsbesprechung der Konservatoren im Institut für Denkmalpflege – Außenstelle Halle vom 04.12.1954.

Denn im Mittelpunkt der Diskussionen und der Strukturveränderungen stand vor allem der Aufbau des zentralen Instituts. Aus dem Teilnehmerkreis dieser Besprechung lässt sich zum einen die zu diesem Zeitpunkt bestehende Struktur der staatlichen Denkmalpflege ablesen und zum anderen aufzeigen, welche Personen zu den Protagonisten der staatlichen Denkmalpflege gehörten: So waren mit Müller und Mütter zwei Denkmalpfleger aus Berlin (Außenstelle Nord/Zentrale), mit Nadler die Außenstelle Südost (Dresden) und mit Schubert die Außenstelle Südwest (Halle) vertreten.

Nicht nur die Konservatorengruppe, sondern auch das Ministerium für Kultur hatte zur „gegenwärtigen Situation in der Denkmalpflege“ Stellung genommen und festgestellt, dass „[d]ie Arbeit der Denkmalpflege auf dem gesamten Gebiet der Republik [...] noch unter dem Fehlen einer zentralen wissenschaftlichen Leitung“ leide und, dass „[d]iese notwendige Leitung und die der Lösung der neuen Aufgaben besonders förderliche Zusammenfassung der Denkmalpflege von einer Stelle aus, [...] nur in dem geplanten Institut für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen“ könne.²³⁷

Dass die Auflösung der ehemaligen Landesämter die künftige Zusammenarbeit der neu eingerichteten IfD-Zentrale mit den sogenannten Außenstellen belasten würde, ist an den damals noch ausstehenden und heftig diskutierten personellen Entscheidungen ablesbar. So wurde während der genannten Arbeitsbesprechung „[n]ochmals [...] betont, daß alle jetzigen Mitarbeiter der Zentrale ohne Mitwirkung der Denkmalpflege eingestellt“²³⁸ worden waren. Mit dieser Aussage machten die Denkmalpfleger selbst darauf aufmerksam, dass zwischen ihnen, also den „alten“ Konservatoren, und den neuen Mitarbeitern keine Zusammenarbeit, sondern vielmehr ein Bruch bestünde und dass man die derzeitigen Entwicklungen und Strukturveränderungen nicht mittrage und auch nicht länger hinnehmen werde. Sie wurden dabei in ihren Forderungen sehr deutlich und appellierten an das Ministerium, die betreffenden Neueinstellungen durch Kündigungen rückgängig zu machen. Die Denkmalpfleger begründeten das damit, dass „es sich um eine generelle Strukturänderung“ handeln würde, aufgrund derer „zunächst sämtliche jetzigen Mitarbeiter der Zentrale zu entlassen [sind]“²³⁹. Zugleich boten sie eine Art Kompromiss an, denn sie verwiesen auf den neuen Stellenplan, bei dem die Möglichkeit bestünde, „nach Eignung und Bedarf

237 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 119–127, hier fol. 123, Abschrift eines Manuskriptes des Kollegen Schiffner [o.D.], Titel: „Die gegenwärtige Situation in der Denkmalpflege“ [Rede vor Mitgliedern der Zentralen Denkmalkommission].

238 BLDAM, L 43/2, Arbeitsbesprechung der Konservatoren im Institut für Denkmalpflege – Außenstelle Halle vom 04.12.1954, erste Seite des Protokolls ohne Paginierung.

239 Ebd., zweite Seite des Protokolls ohne Paginierung.

einzelne von ihnen neu einzustellen²⁴⁰. Vermutlich wollten die Konservatoren selbst, nach eigenem Ermessen und eigener Auswahl, neues Personal einstellen. Der Bedarf an geeigneten Fachkräften wird vermutlich groß gewesen sein. Die Formulierung der Forderung zeigt aber, dass keine beliebigen Mitarbeiter gewünscht wurden und dass der Mitarbeiterstab nicht mit – aus Sicht der bisherigen Konservatoren – ungeeigneten Kräften „aufgefüllt“ werden sollte. Die Ablehnung gegenüber den neu eingestellten Mitarbeitern der Zentrale, die nicht aus dem Personalbestand der ehemaligen Landesämter für Denkmalpflege stammten, tritt in diesen Aussagen offenkundig zu Tage. Ob diese aus politisch-ideologischen oder doch vorrangig aus fachlichen Gründen erfolgte, lässt sich hingegen nicht schlussfolgern.

Auch die Zuständigkeiten und Handlungskompetenzen innerhalb der Zentrale ebenso wie innerhalb des Ministeriums für Kultur schienen ungeklärt und blockierten sich wechselseitig (vgl. Kapitel 3.3.1):

„Dr. Müller wies darauf hin, daß die mit dem Ministerium für Kultur getroffene Vereinbarung der Unterschriftsleistung für die Zentrale durch Verfügung der Hauptabteilung Bildende Kunst (im Ministerium für Kultur) vom 23. November 1954 wieder hinfällig geworden sei. Die HA Bildende Kunst teilte ihm schriftlich mit, daß er ‚mit der fachlichen Leitung des Instituts für Denkmalpflege bis zur vollzogenen Strukturänderung betraut‘ sei. Der Dienstbetrieb in der Zentrale läuft nach wie vor unter der gemeinsamen Leitung des Referenten Böcking und des Verwaltungsleiters Seegebrecht, die Anweisungen geben und Unterschriften leisten wie bisher. Die Konservatoren müssen unter diesen Umständen die Verantwortung für das Geschäftsgebaren des Zentralen Instituts ablehnen und bitten das Ministerium für Kultur erneut um Durchführung der mit ihm getroffenen Vereinbarung.“²⁴¹

Ein halbes Jahr nach dieser Arbeitsbesprechung hatte sich die Struktur dahingehend verändert, dass die Zentrale mit einem Direktor (Kurt Lade) besetzt war und somit die Leitungsfunktion aus personeller Sicht gewährleistet werden konnte. Darüber hinaus hatte sich jedoch an der Struktur nur wenig verändert.

Am 13. und 14. Juli 1955 fand eine Arbeitsbesprechung statt, an der neben Kurt Lade auch wieder Gottfried Müller, Hans Nadler, Wolf Schubert und Hans Mütter teilnahmen, hinzukam noch Curt Belz²⁴² als Vertreter der MfK-Hauptabteilung „Bildende Kunst“. Aus den diesbezüglichen Tagesordnungspunkten geht hervor,

240 Ebd.

241 Ebd.

242 Curt Belz war während der Zeit des Bestehens der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten Hauptreferent für Gegenwartskunst. Vgl. Hartmut Pätzke: Von „Auftragskunst“ bis „Zentrum für Kunstausstellungen“. Lexikon zur Kunst und Kunstpolitik in der DDR, in: Eugen

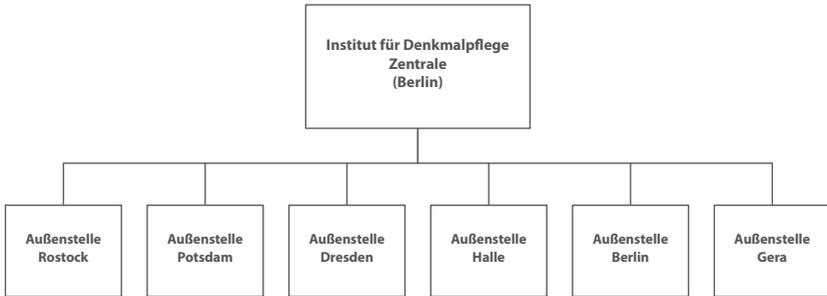


Abb. 11: Strukturplanentwurf von Kurt Lade zur Neuordnung der institutionellen Denkmalpflege, 1955

dass sowohl die Struktur der Zentrale selbst als auch die Gesamtstruktur der staatlichen Denkmalpflege nach wie vor zur Diskussion standen.

Der zweite Tagesordnungspunkt betraf die Gesamtstruktur des Instituts für Denkmalpflege bzw. dessen „Reorganisation“ (Abb. 11).²⁴³ Kurt Lade stellte dazu einen Entwurf vor, der eine Neugliederung und Erweiterung der Außenstellen von drei auf sechs vorsah, wobei zuerst die Gründung einer weiteren Außenstelle für die Bezirke Gera und Suhl umgesetzt werden sollte. Der Plan sah vor, dass die beiden genannten Bezirke bis Ende des Jahres 1955 noch von der Außenstelle Halle/Saale betreut und auf die Arbeit einer eigenständigen Außenstelle vorbereitet werden sollten. Es wurde auch bereits zur Diskussion gestellt, wer die Leitung dieser künftigen Außenstelle Gera/Suhl übernehmen sollte. Lade und Belz schlugen den ehemaligen Referenten für Gegenwartskunst und damaligen MfK-Mitarbeiter, Walter Albrecht, vor. Nach den Vorstellungen Schuberts hingegen sollte ein Konservator aus den eigenen Reihen die noch zu gründende Außenstelle leiten, weshalb er den Kollegen Wolfgang Stier ins Gespräch brachte.

Anhand dieser vorgeschlagenen Kandidaten wird bereits die herrschende unterschiedliche Sicht auf die Denkmalpflege und ihre künftige inhaltliche Ausrichtung deutlich. Lade (der bis 1941 Sekretär der Sektion der bildenden Künstler im Freien Deutschen Kulturbund im englischen Exil gewesen war) und Belz sahen in Albrecht vermutlich vor allem einen potenziellen Mitarbeiter, der die Denkmalpflege auf die Gegenwart ausrichten, die Schaffung und Betreuung nationaler Gedenkstätten umsetzen und darüber hinaus – als Mitarbeiter des MfK – die

Blume/Roland März (Hrsg.): Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie, Berlin 2003, S. 327.

243 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 158–159, Arbeitsbesprechung vom 13.07.1955 und 14.07.1955. Vgl. ebenso: Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 34–36.

politisch-ideologischen Anforderungen erfüllen würde. Schuberts Vorschlag hingegen sollte die inhaltliche und fachliche Arbeit der Konservatoren fördern und wahrscheinlich (angesichts der häufigen Auseinandersetzungen zwischen Schubert und den jeweiligen staatlichen Stellen) die politische Kontrolle und ideologische Durchdringung der denkmalpflegerischen Praxis mindern oder diese zumindest nicht stärken.

Für die Außenstelle Nord machten sich die anwesenden Außenstellenleiter für Walter Ohle stark und unterstützten einen Verbleib bzw. eine Neugründung der Außenstelle Nord in Schwerin statt Rostock, wie im Entwurf vorgesehen.

Dass die Außenstellenleiter vor allem ihre inhaltliche Arbeit in Gefahr sahen und die Handlungs- und Entscheidungshoheit nicht der Zentrale überlassen wollten, wird auch dadurch ersichtlich, dass sie sich gegen eine Zentralisierung der jeweiligen Fachgebiete aussprachen und den Verbleib der Fachgebiete in ihren jeweiligen Außenstellen einforderten. Strittig war vor allem die Handhabung der Bereiche Technische Denkmale sowie Schloss- und Parkanlagen. Demgegenüber bestand jedoch Einigkeit hinsichtlich der Arbeitsfelder Nationale Gedenkstätten, Gedenkstätten der Arbeiterbewegung und Publikationen; diese sollten von der Zentrale wahrgenommen werden.

Ungeachtet der vielen offenen Fragestellungen waren anscheinend alle Beteiligten derselben Meinung, dass die 1952 in Kraft getretene Denkmalschutzverordnung den aktuellen Anforderungen nicht mehr Rechnung trug und diese entsprechend neugefasst werden müsse. Das schlug sich auch als thematisierter Tagesordnungspunkt der Besprechung nieder. Die bestehende Denkmalschutzverordnung sollte für die Neufassung als Grundlage dienen, dabei aber vor allem die strukturellen Änderungen berücksichtigen. Allerdings war bereits eine Woche später, am 21. Juli 1955, von einer Neufassung der Verordnung keine Rede mehr, sondern nur noch von einer Durchführungsbestimmung; diese wurde von Hans Nadler ausgearbeitet, sollte aber weder zur Verabschiedung noch zur Ausführung kommen.²⁴⁴

Sowohl die Themenvielfalt als auch das Tempo, in dem man diskutierte und Entscheidungen traf, zeigen die Schnelllebigkeit und den steten Wandel der Strukturen und Rahmenbedingungen. An eine Form von Routine oder an eine gewisse Planbarkeit war im Arbeitsalltag der Konservatoren kaum zu denken.

Einerseits konkretisierten sich in der Folge die Strukturen, da insbesondere für die Außenstellen die „Planstellenaufgliederung“²⁴⁵ realisiert wurde und damit die Stellenanzahl und Besetzung festgesetzt werden konnten. Andererseits

244 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 160–161, Protokoll vom 21.07.1955.

245 In den Außenstellen Rostock, Potsdam und Berlin sollten jeweils vier Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden, in Dresden und in der Zentrale je sechs, in Halle sieben und in Gera drei Mitarbeiterstellen. Darüber hinaus sollte jede Außenstelle durch eine wissenschaftliche Hilfs- bzw. Nachwuchskraft verstärkt werden.

wurden die Konservatoren weiterhin von Strukturveränderungen, die durch das Ministerium für Kultur erfolgten, überrascht. So teilte Curt Belz den anwesenden Konservatoren in der Arbeitsbesprechung vom 21. Juli 1955 mit, dass die Leitung der Zentrale zukünftig durch ein Kuratorium erfolgen sollte, bestehend aus dem Direktor der Zentrale sowie aus zwei oder drei weiteren Persönlichkeiten aus der Denkmalpflege, die nicht notwendigerweise dem IfD angehören mussten. Dem Sitzungsprotokoll lässt sich entnehmen, dass „nach lebhafter Diskussion [...] von Herrn Schubert der Antrag gestellt [wurde], die Frage der Veränderung der Leitung des Instituts nochmals durch den Direktor des Instituts beim Ministerium vorzutragen, da die Außenstellenleiter durch die Mitteilung des Ministeriums vor eine vollendete Tatsache gestellt seien, ohne vorher gehört worden zu sein“²⁴⁶. Nicht nur die überraschende Veränderung der Leitung wird bei den Konservatoren für Kritik gesorgt haben, sondern auch die – mit der Einrichtung des Kuratoriums zu vermutende – erneute Unterordnung der Außenstellen. Die Beanstandungen seitens der IfD-Denkmalpfleger waren also naheliegend, da dem Kuratorium kein Vertreter ihrerseits angehören musste und somit von ihnen losgelöst und über ihre Interessen und Meinungen hinweg Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden konnten.

Heftige Kritik löste auch der von der Zentrale aufgestellte Arbeitsplan aus dem Jahr 1956 aus, wie aus einer „kritischen Stellungnahme“ Walter Ohles vom 19. Juni 1956 hervorgeht. Die Missbilligung richtete sich jedoch weniger gegen den Arbeitsplan im Allgemeinen, sondern stellte einen Ausgangspunkt dar für eine umfassende Kritik an der Leitung der Zentrale; diese überschritt aus Ohles Sicht ihre Kompetenzen weit (wie bereits in Kapitel 3.2 angedeutet worden ist). So resümierte Ohle in seiner Stellungnahme zum Arbeitsplan:

„Der tiefste Grund für das Mißverhältnis dürfte darin liegen, daß die Leitung der Zentrale ihre Position falsch auffaßt und bemüht ist, das Gremium der Konservatoren aus der Leitung des Instituts auszuschalten und diesen Zustand unter Mißachtung von Entscheidungen des Ministeriums wie des Gremiums der Konservatoren durch eigenmächtige Schaffung vollendeter Tatsachen zu festigen.“²⁴⁷

Das „Mißverhältnis“ von dem Ohle schrieb, lag vor allem darin begründet, dass Lade als Direktor der Zentrale und nicht als Staatskonservator eingesetzt worden war und dass zunächst auch nicht weiter nach Letzterem gesucht wurde; Lade war deshalb die Führung der Zentrale übertragen worden. Damit war allerdings noch nicht geklärt, wie umfassend Lades Aufgaben- und Zuständigkeitspektrum sein

246 BArch, DR 1/8028, fol. 161.

247 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Kritische Stellungnahme zum Arbeitsplan 1956 der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege vom 19.06.1956 von Walter Ohle.

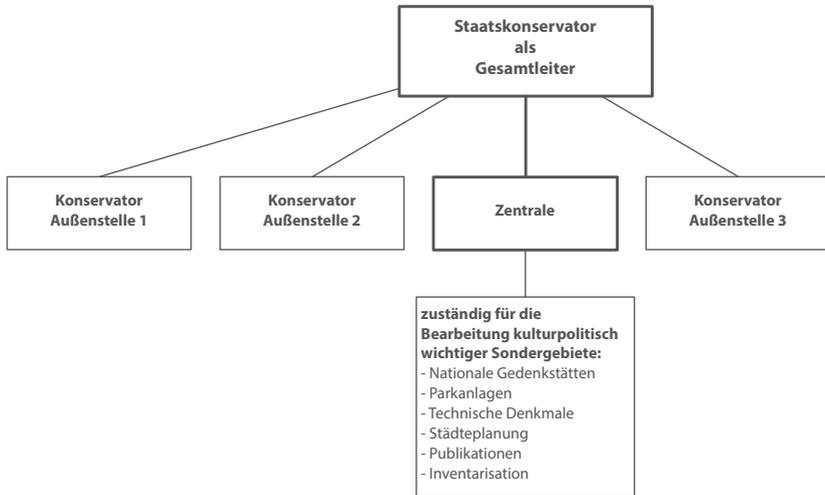


Abb. 12: Zunächst angedachte Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1952), nach Walter Ohle

sollte. Sollte seine Zuständigkeit nur die Zentrale umfassen oder sollte er auch die Außenstellen leiten, das heißt diese koordinieren und kontrollieren und damit auch weisungsbefugt gegenüber den Leitern der Außenstellen sein? Man hatte zwar, so Ohle, zunächst geplant gehabt, einen Staatskonservator einzusetzen, der sowohl gegenüber der Zentrale als auch gegenüber den Außenstellen weisungsbefugt gewesen wäre, aber man habe sich dann für die Einsetzung eines Direktors entschieden, der die Zentrale führe, ohne den Außenstellen gegenüber weitere Befugnisse zu haben (Abb. 12 sowie auf folgender Seite Abb. 13). Ohles Meinung nach, fasse „die Leitung der Zentrale ihre Position falsch“²⁴⁸ auf. Diese Sichtweise lag jedoch nicht allein an dem von Ohle beschriebenen Missverhältnis, sondern war zugleich Ausdruck mangelnder Akzeptanz Lades als Direktor. Insbesondere die Unterstellung, dass die Leitung „bemüht [ist], das Gremium der Konservatoren [...] auszuschalten“²⁴⁹, verdeutlicht dies. Zugleich suggerierte Ohle, dass das „Gremium der Konservatoren“ eine feste Größe oder zumindest eine mit umfassenden Befugnissen ausgestattete denkmalpflegerische Instanz oder Institution sei, deren Arbeit und Entscheidungsbefugnis über derjenigen des Direktors der Zentrale anzusiedeln sei oder ihr zumindest gleichrangig gegenüberstehen würde. Tatsächlich aber hatte sich das Gremium während der Zeit, als nach einem Direktor bzw. Staatskonservator gesucht worden war, etabliert, da die Leitung bis

248 Ebd.

249 Ebd.

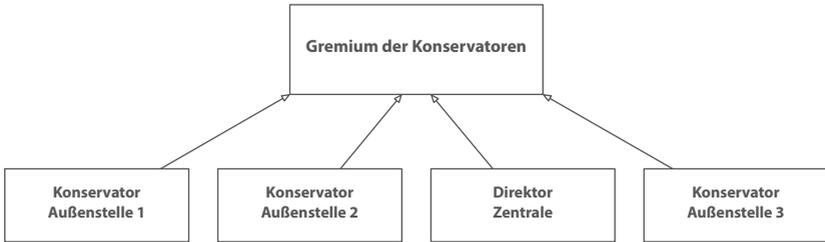


Abb. 13: *Angepasste Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1954), nach Walter Ohle*

dahin immer nur kommissarisch und häufig wechselnd wahrgenommen worden war.²⁵⁰ Die „Mißachtung von Entscheidungen“, die Ohle der Leitung der Zentrale vorwarf, ist aus seiner Sicht durchaus nachvollziehbar, vor allem in Bezug auf den Streit zum Standort der „Außenstelle Nord II“, von dem Ohle direkt betroffen war. Die dem Vorwurf implizierte Forderung nach Konsequenzen für die Leitung der Zentrale war jedoch unrealistisch, da Lade letztlich auch nur die Weisungen ausführte, die ihm aufgetragen worden sind.

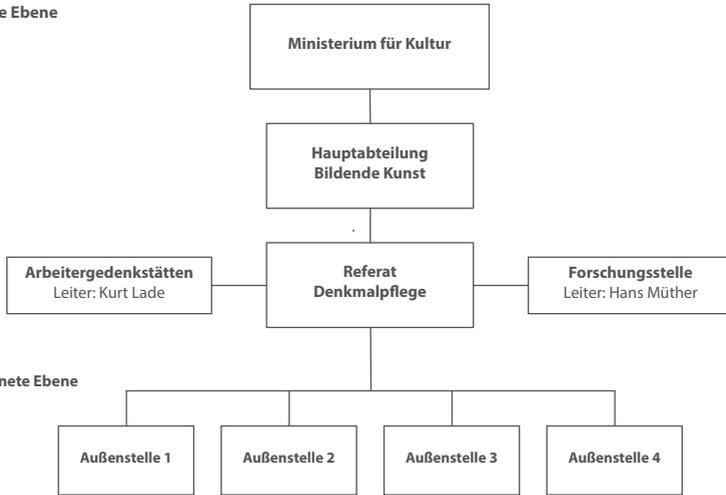
Wie unter anderem bereits Katja Wüllner in ihrer Dissertation ausführte, bemühte man sich während der Schaffung geeigneter Strukturen für die institutionelle Denkmalpflege auch um eine verbesserte Rechtsgrundlage für Denkmalschutz und Denkmalpflege in der DDR.²⁵¹ Laut Wüllner wurde basierend auf dem *Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht* vom 18. Januar 1957 der Vorschlag eingebracht, das Institut für Denkmalpflege aufzulösen und Bezirksbeauftragte für Denkmalpflege in das System der institutionellen Denkmalpflege zu installieren.²⁵² Von wem dieser Vorschlag eingebracht wurde und welcher Bezug kon-

250 Zugleich hatte es auch die in der Denkmalschutzverordnung von 1952 benannte Zentrale Kommission für Denkmalpflege gegeben, die sich aus Vertretern des Instituts für Denkmalpflege, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste, der Bauakademie, der Humboldt-Universität, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Staatlichen Museen zu Berlin, der Technischen Hochschule Dresden, der Wartburg, des Museums für Deutsche Geschichte, des Kulturbundes und dem Chefarchitekten von Berlin zusammensetzte. Obwohl diese Kommission beispielsweise 1954 über die Leitungspositionen der IfD-Außenstellen beriet, war die Arbeitsweise der Kommission selbst nicht sonderlich effizient. So hieß es auf der Kommissionssitzung vom 24. und 25. Februar 1954: „Nach der Bildung des Ministeriums für Kultur und der neuen Aufgabenstellung auf kulturellem Gebiet ergibt sich die Notwendigkeit, die Zentrale Kommission für Denkmalpflege arbeitsfähiger als bisher zu machen.“ BArch, DR 1/7907, Bl. 522.

251 Vgl. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 36.

252 Vgl. ebd., S. 37.

Ministerielle Ebene



Untergeordnete Ebene

Abb. 14: Strukturentwurf für die Zeit nach der Auflösung der Zentrale (1956)

kret zum Gesetz bestand, bleibt in Wüllners Ausführungen leider unklar. Wüllner verweist lediglich auf die in § 6 Abs. 2 des genannten Gesetzes aufzufindende Aussage, dass den örtlichen Vertretungen die Aufgabe der Entwicklung des Schul-, Kultur- und Bildungswesens zukomme. Das Gesetz selbst thematisierte weder die Denkmalpflege noch den Denkmalschutz der DDR.²⁵³

Die anhaltenden Diskussionen über die Struktur der institutionellen Denkmalpflege führten schließlich zum Beschluss der zentralen Demokratisierungskommission, die Zentrale des Instituts für Denkmalpflege zum 30. Juni 1957 aufzulösen.²⁵⁴ Dabei sah die „Konzeption zur Liquidierung der Zentrale“ vom 21. März 1957 die Weiterführung der Abteilungen „Nationale Gedenkstätten“ und „Inventarisierung“ vor, die bis dato zur Zentrale gehört hatten. Während die Abteilung „Nationale Gedenkstätten“ im Ministerium für Kultur der Abteilung „Kulturelle Massenarbeit“ angegliedert werden sollte, war für die „Inventarisierung“ eine Angliederung an die Außenstelle Potsdam vorgesehen, die ihren Sitz in Berlin beibehalten sollte.²⁵⁵ Ein Entwurf der MfK-Hauptabteilung „Bildende Kunst“ hatte im Januar 1957 noch vorgesehen, dass nach der Liquidierung zunächst vier Außenstellen bestehen bleiben sollten und es darüber hinaus ein Referat „Arbeitergedenkstätten“

253 Vgl. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Vom 18. Januar 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957, S. 65–72.

254 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 29. Sowie: BArch, DR 1/7907, Bl. 139, Konzeption zur Liquidierung der Zentrale des IfD vom 21.03.1957.

255 Vgl. BArch, DR 1/7907, Bl. 139, Konzeption zur Liquidierung der Zentrale des IfD vom 21.03.1957.

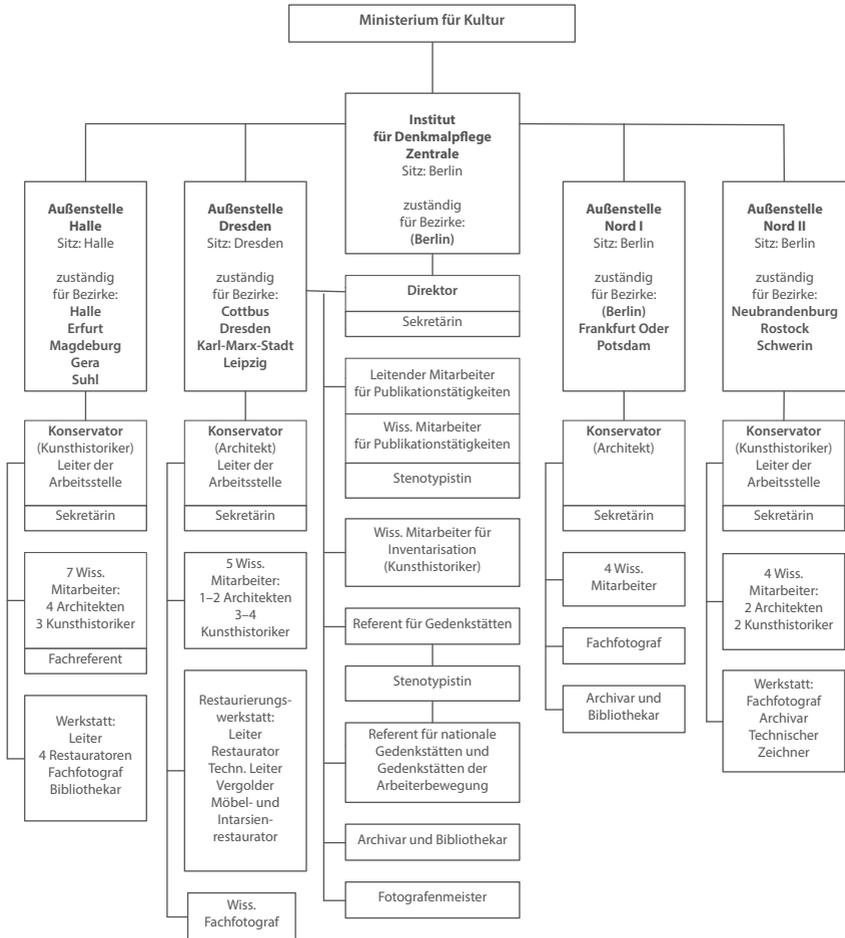


Abb. 15: Organigramm nach der Stellenplanstruktur um circa 1956/57

unter der Leitung von Kurt Lade sowie eine Forschungsstelle unter der Leitung von Hans Müther geben sollte (Abb. 14 sowie auf folgender Seite Abb. 15).²⁵⁶

Die schnelle Abfolge verschiedener Strukturentwürfe für die Zeit nach der Auflösung der IfD-Zentrale zeigt, dass es trotz der gefallen Entscheidung noch keine konkrete Vorstellung darüber gab, in welchen Strukturen sich die Denkmalpflege in der DDR etablieren sollte, und dass man noch immer auf der Suche nach einem geeigneten strukturellen Rahmen war.

256 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 15.

Die Stärkung der örtlichen Organe durch das im Januar 1957 verabschiedete Gesetz führte letztlich zu vermehrten Diskursen über eine mögliche Struktur, innerhalb derer sich die Denkmalpflege etablieren sollte. Hierzu gehörte auch die Diskussion um Bezirksbeauftragte für Denkmalpflege.²⁵⁷ Während Wüllner in ihrer Dissertation zu dem Schluss kommt, dass die Bezirksbeauftragten die institutionelle Denkmalpflege ersetzen sollten, erscheint es tatsächlich vielmehr so, dass die Einsetzung von Bezirksbeauftragten zunächst zwar mit der Übernahme der Denkmalpflege seitens örtlicher Räte verbunden werden sollte, dass aber die Einsetzung der Bezirksbeauftragten bei den Konservatoren nicht grundsätzlich auf Ablehnung stieß. Auf der Besprechung vom 6. Juli 1957 wurde zum einen eine „neue Denkmalschutzverordnung“²⁵⁸ diskutiert, die eine Neuordnung der Denkmalpflege im Sinne einer Stärkung der örtlichen Organe vorsah, und zum anderen wurden die Einbindung und Bedeutung von Bezirksbeauftragten in das bestehende Verhältnis der institutionellen Denkmalpflege abgewogen. Eine neue Denkmalschutzverordnung hatte es 1957 jedoch nicht gegeben; erst 1961 sollte eine neue Denkmalschutzverordnung verabschiedet werden, die dann die lange diskutierten Strukturen festschrieb.

Hinsichtlich der Bezirksbeauftragten diskutierten die Konservatoren Hans Nadler, Walter Ohle und Ludwig Deiters darüber, dass die Bezirksbeauftragten nicht aus den verbliebenen Instituten gestellt werden könnten, da aktuell bereits Personalmangel herrschte und für die vier Institute insgesamt 24 Mitarbeiter zur Verfügung stünden. Als eine Art Gegenvorschlag hielten die Konservatoren in ihrem Sitzungsprotokoll fest, dass „erreicht werden [soll], daß der Bezirksbeauftragte nach wie vor in fachlichen Fragen von zentraler Bedeutung dem Institut untergeordnet bleibt und der Bezirk nur die örtliche Denkmalpflege und den örtlichen Denkmalschutz zu bearbeiten hat“²⁵⁹. Weiter wurde ausgeführt, dass „diese Regelung in der Perspektive nicht nur für die Bezirke zu belassen [ist], sondern auch auf die größeren Städte auszudehnen [ist], damit die Denkmalpflege mehr und mehr weiteren Boden gewinn[t] und somit ihre berechtigten Forderungen besser durchsetzen [kann]“²⁶⁰. Somit wird abschließend deutlich, dass das Konzept, Bezirksbeauftragte einzusetzen, bei den Konservatoren durchaus auf Zustimmung stieß, wenngleich in anderer Form als es sich die örtlichen Organe vorgestellt hatten.

257 Vgl. Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 38.

258 BArch, DR 1/8028, Bl. 92r/v, hier Bl. 92v.

259 BArch, DR 1/8028, Bl. 92r.

260 Ebd.

Klassifizierung von Denkmalen

Am 31. Oktober 1956 richtete sich der Kunsthistoriker und damalige Direktor des Instituts für Geschichte und Theorie der Baukunst der Bauakademie, Gerhard Strauss, mit einem Schreiben betreffend der „Sicherung wertvoller historischer Substanz“ an den Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der DDR.²⁶¹

Dem Betreff entsprechend setzte sich Strauss in seinem Schreiben zunächst mit dem Problem der Sicherung diverser Objekte auseinander, deren Existenz unmittelbar bedroht sei, und betonte dabei, dass er diese Informationen von unterschiedlichen Fachleuten auf der Erfurter Konferenz „Siedlungsgeschichte und Urbanistik“ bekommen habe. Obwohl Gerhard Strauss für den Bereich Denkmalpflege keine direkte Zuständigkeit geltend machen konnte, unternahm er den Versuch, über den Beirat für Bauwesen seinen Kompetenzbereich auszuweiten. Er hätte es als Nichterfüllung seiner Pflichten als Beiratsmitglied angesehen, wenn er seinen „Standpunkt nicht auch in diesem Rahmen vertreten“²⁶² hätte. Allerdings war es nicht sein Ziel, den Beirat auf einzelne gefährdete Objekte aufmerksam zu machen, sondern diesem vielmehr weitreichende Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, „um endlich eine planvolle Arbeit der Baudenkmalpflege zu garantieren“²⁶³. Die Garantie hierfür sah Strauss durch eine Klassifizierung der Denkmäler in fünf Kategorien gewährleistet, wobei in Kategorie I Denkmäler verzeichnet werden sollten, die als „besonders wertvoll“ galten und „deshalb vordringlich zu sichern [sind] zwecks späterer Rekonstruktion oder Regeneration“. Kategorie V sollte hingegen Objekte umfassen, „deren Erhaltung nicht vordringlich, jedoch notwendig ist“, da sie über „normale historische Substanz“ verfügten und nach Strauss' Vorstellungen „im gegenwärtigen Zustand belassen werden“ könnten.²⁶⁴

261 Die Klassifizierung von Denkmalen in der DDR wurde bereits in einem Aufsatz von 2017 in einem anderen thematischen Kontext verhandelt: Darin wurde die Debatte als „Klassifizierungsstreit“ bezüglich Klassifizierungen und Kategorisierungen im europäischen Ausland betrachtet und die Diskussionen und Positionen in der DDR wurden in einen überregionalen Kontext eingebettet. Vgl. Franziska Klemstein: Der „Klassifizierungsstreit“ von 1956. Zuständigkeiten, Kompetenzen und die Suche nach Struktur, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): Beton-Salon. Neue Positionen zur Architektur der späten Moderne, Berlin 2017, S. 113–126.

262 BArch, DH 1/39056, o. Pag., Stellungnahme von Gerhard Strauss an den Beirat für Bauwesen vom 31.10.1956, zweite Seite der Stellungnahme.

263 Ebd.

264 Vgl. ebd. Die fünf Kategorien setzten sich zusammen aus: „I. Besonders wertvoll (als Geschichtsdenkmal, als Heimatdenkmal, als künstlerischer oder wissenschaftlicher Wert), deshalb vordringlich zu sichern zwecks späterer Rekonstruktion oder Regeneration; II. Wertvoll (nach Kriterien von I.), deshalb ebenfalls zu sichern, sobald die unter I. genannten Objekte gesichert worden sind. Spätere endgültige Wiederherstellung usw. wie bei I.; III. Besonders wertvoll und wertvoll aber stark zerstört, deshalb Sicherung zum dauernden Verbleib als Ruine;

Auch die Rahmenbedingungen, um die Kategorisierung und Klassifizierung der Denkmäler umsetzen zu können, hatte Strauss bereits durchdacht. So sollte das Institut für Denkmalpflege für die „wissenschaftlich begründete Klassifikation“ entsprechend der von Strauss definierten Kategorien zuständig sein, die Entscheidung über die Klassifikationsvorschläge sollte hingegen einem noch zu gründenden Gremium obliegen; dieses sollte sich aus „Vertretern des Ministeriums für Kultur (Denkmalpflege), des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat, der Deutschen Bauakademie und der Deutschen Akademie der Wissenschaften unter Heranziehung einiger Spezialisten der Hochschulen“²⁶⁵ zusammensetzen. Obwohl das entscheidende Gremium erst noch hätte gebildet werden müssen – im Falle, dass der Klassifizierungsvorschlag angenommen werden sollte –, war Strauss überraschenderweise der Ansicht, dass die Erstellung der Klassifikation in den Aufbaustädten und an „anderen Orten intensiver Bautätigkeit“²⁶⁶ bereits im Dezember 1957 abgeschlossen sein sollte.

Das Strauss'sche Klassifizierungskonzept und dessen Unterteilung in fünf Kategorien lässt zu einem Rückschlüsse auf den von Gerhard Strauss vertretenen Denkmalpflegebegriff zu und zum anderen werden dabei auch grundsätzliche Differenzen zwischen der Bauakademie und dem Institut für Denkmalpflege evident.

Nach Strauss sollten nur Objekte der Kategorie I und II zu einem späteren Zeitpunkt rekonstruiert werden, falls sie nicht zu stark zerstört waren (Kategorie III) und daher als Ruine erhalten werden sollten. Bereits die Bezeichnung der Kategorie IV mit „normale historische Substanz“ lässt völlig offen, welche Objekte hierunter hätten verzeichnet werden können; weder eine Definition noch eine Beschreibung sind bei Strauss' Stellungnahme zu finden. Bei weitem aufschlussreicher als diese deutungsoffene Kategorisierung ist jedoch die von Strauss vorgeschlagene Vorgehensweise zur Umsetzung der Klassifizierung.

So schlug Strauss vor, die Klassifizierung lediglich in den Aufbaustädten und Orten mit intensiver Bautätigkeit anzuwenden. Obwohl er das Ministerium für Kultur und auch den Bereich der Denkmalpflege innerhalb des Ministeriums angab, unterließ er es doch, direkt das Institut für Denkmalpflege zu nennen. Auffällig ist auch, dass Strauss selbst mittelbar durch zwei der von ihm genannten Institutionen an Entscheidungen beteiligt gewesen wäre, da er Mitglied des Beirates für Bauwesen und zugleich Direktor des Instituts für Geschichte und

IV. Normale historische Substanz, deren Erhaltung nicht vordringlich, jedoch notwendig ist. Entsprechende Objekte können einstweilen im gegenwärtigen Zustand belassen werden [sowie] V. Substanz ohne besonderen Wert, die nach wissenschaftlicher Erfassung zum Abbruch freigegeben werden kann, sofern nicht ein Ausbau dieser Substanz auf ökonomisch vorteilhafte Weise neuen Nutzraum gewinnen lässt.“

265 Ebd., dritte Seite der Stellungnahme.

266 Ebd.

Theorie der Baukunst der Bauakademie war. Auch auf welche Weise die Auswahl der Hochschulspezialisten hätte erfolgen sollen, blieb offen, sodass auch hier eine Einflussnahme einzelner Personen möglich gewesen wäre.

Am 23. November 1956 reagierte Kurt Lade als Direktor der IfD-Zentrale auf die Stellungnahme von Strauss, die Lade in Form einer Abschrift zugesandt worden war, indem er sich ebenfalls an den Vorsitzenden des Beirates wandte.²⁶⁷ Obwohl Lade in diesem kurzgehaltenen Schreiben ohnehin seine Einstellung zu Strauss' Klassifizierungsvorschlägen zum Ausdruck brachte, bat er zudem den Vorsitzenden Collein darum, die „Diskussion im Beirat über die Frage der Klassifizierung von Kunst- und Baudenkmalen [...] zurückzustellen, [um] eine ausführliche Stellungnahme“²⁶⁸ anfertigen zu können. Lade bereitete zusammen mit den Konservatoren der Außenstellen eine ausführliche Stellungnahme vor, die aufgrund der dazu erfolgten gemeinsamen Diskussion erst am 12. Dezember 1956 vorgelegt wurde; fast sechs Wochen, nachdem die Diskussion beim Beirat für Bauwesen entfacht worden war.

Obwohl die Forderung nach dem Erhalt historischer Substanz beim Institut für Denkmalpflege grundsätzlich positiv gewertet wurde, wird schnell deutlich, dass die beiden Kontrahenten Strauss und Lade kaum unterschiedlichere Auffassungen von der Umsetzung denkmalpflegerischer Belange hätten haben können. Aus Lades Sicht nannte Strauss nur einen einzigen Aspekt der Denkmalpflege: die Erhaltung historischer Substanz. Das Tätigkeitsfeld der Denkmalpflege in der DDR war jedoch nach Auffassung Kurt Lades weitaus umfassender, was er in der Denkmalschutzverordnung von 1952 begründet sah. Darüber hinaus argumentierte Lade, dass die Erhaltung eines Denkmals letztlich „im öffentlichen Interesse“ läge und dies „endgültig durch das Institut für Denkmalpflege festgestellt“²⁶⁹ werden müsse.

Die von Strauss vorgeschlagene Klassifizierung hielt Lade für die falsche Verfahrensweise, da „sie dem relativen Wert der Objekte nicht gerecht“ werde, was er mit einem Blick auf die französische Denkmalpflege untermauerte, die seiner Ansicht nach die Unzulänglichkeit einer Klassifizierung beweise.²⁷⁰ Lade war zudem bewusst, dass es bei Strauss' Stellungnahme nicht nur um die Artikulation eines Vorschlags ging, sondern auch um die Ausweitung von Strauss' Kompetenzen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Denkmalbestandes in der DDR; er bewertete die

267 Vgl. BArch, DH 1/39056, o. Pag., Schreiben von Lade an den Vorsitzenden des Beirats für Bauwesen vom 23.11.1956.

268 Ebd.

269 BArch, DH 1/39056, o. Pag., Schreiben von Lade an den Vorsitzenden des Beirats für Bauwesen vom 12.12.1956, zweite Seite des Schreibens.

270 Vgl. ebd.

Vorgehensweise von Strauss als eine klare Überschreitung seiner Kompetenzen.²⁷¹ Es überrascht daher kaum, dass Lade zufolge der Klassifizierungsvorschlag „in der praktischen Arbeit weder für den Städtebau noch für die Denkmalpflege Anwendung“²⁷² würde finden können. Zudem würde, so Lade, eine Klassifizierung zu einer Schematisierung der Objekte führen, die der Individualität eines jeden Denkmals und seiner lokalen Besonderheiten widersprechen würde.²⁷³

Die Frage nach der Notwendigkeit einer Klassifizierung bzw. Kategorisierung der Denkmale war allerdings auch in der DDR nicht neu. Bereits 1953 hatte sich das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst der Bauakademie innerhalb einer Haushaltsaufgabe (vgl. Kapitel 3.2) unter anderem mit der Notwendigkeit einer Denkmalklassifizierung zur „Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen“²⁷⁴ beschäftigt. Hans Müther, der Verfasser der Haushaltsaufgabe, hatte hierbei zunächst die Entwicklung der Denkmalpflege bis 1945 beschrieben, daran anschließend die Denkmalpflege in der DDR bis 1953 analysiert und dann Vorschläge zur Verbesserung unterbreitet. Zu diesen Vorschlägen zählte unter anderem die Klassifizierung des Denkmalbestandes in fünf Kategorien. Obwohl man zunächst meinen könnte, der Vorschlag von Strauss rekurierte auf die Haushaltsaufgabe Müthers von 1953, lassen sich doch grundlegende inhaltliche Unterschiede aufzeigen. Beispielsweise unterschied Müther nicht zwischen „wertvollen“ und „normalen“ Objekten, sondern erstellte seine Kategorien anhand des Erhaltungszustandes des jeweiligen Denkmals. Für Objekte, die als nicht wiederherstellbar einzustufen seien, schlug Müther zwei Verfahrensweisen vor, die es abzuwägen gelte: entweder der Erhalt als Ruine oder die Rekonstruktion nach vorhandenen Unterlagen. Offenbar empfand Müther selbst seine eigene Klassifizierung als schwierig, da er im Anschluss an seine Kategorienauflistung anmahnte, dass diese Vorgehensweise für jeden Fall separat diskutiert und die gesellschaftliche Stellung des jeweiligen Objektes individuell hinterfragt werden müsse. Müther vertrat hierbei nicht nur eine relativ moderne Sicht auf denkmalpflegerische Fragestellungen, sondern auch einen durchaus demokratischen Ansatz, indem er schrieb und zugleich zusammenfasste: „Dem ganzen Volke steht hierbei die letzte Entscheidung zu.“²⁷⁵

Auch Kurt Lade hatte vor seinem Amtsantritt als Direktor versucht, eine Kategorisierung vorzunehmen, deren Ziel war jedoch vorrangig die möglichst rasche Nutzbarmachung der Objekte gewesen.

271 Vgl. ebd., zweite und dritte Seite des Schreibens.

272 Ebd., fünfte Seite des Schreibens.

273 Vgl. ebd.

274 BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe.

275 Ebd., S. 47–48.

Die verschiedenen diskutierten Klassifizierungs- oder Kategorisierungsvorschläge bringen weniger eine denkmalpflegerische Bewertung zum Ausdruck als vielmehr die ökonomischen Bedingungen, unter denen Denkmalpflege und Denkmalschutz ermöglicht werden sollten. So wurde nicht über die Bedeutung eines Denkmals diskutiert, sondern über dessen Erhaltungszustand sowie über Nutzungsmöglichkeiten, die die Bewertung stark beeinflussten.

Zehn Jahre Denkmalpflege

Bereits im Frühjahr 1956 wurde auf der Arbeitsbesprechung der Konservatoren (am 20. und 21. März 1956) das Vorgehen für das zehnjährige Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR im Jahr 1959 diskutiert.²⁷⁶ Obwohl die Umstrukturierungen sowie die Etablierung der staatlichen Denkmalpflege weder beendet noch vollständig umgesetzt waren, zeigt die Planung des Jubiläums im Frühjahr 1956, dass man sich relativ sicher gewesen zu sein schien, dass nun, mit der Besetzung der IfD-Direktorenstelle, der Schaffung der Außenstelle Nord II sowie der geplanten Einrichtung einer weiteren Außenstelle für die Bezirke Gera und Suhl, eine gewisse Festigkeit der Strukturen erreicht wäre. An der Arbeitsbesprechung – und somit auch an der Planung des Jubiläums – nahmen Kurt Lade (Direktor der Zentrale), Hans Nadler (Außenstelle Dresden), Gottfried Müller (Außenstelle Nord I), Hans Mütter (Zentrale) und Walter Ohle (Außenstelle Nord II) sowie Hans Schoder für die Hauptabteilung „Bildende Kunst“ des Ministeriums für Kultur teil. Das für die Denkmalpflege der DDR geplante zehnjährige Jubiläum stand in direktem Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag des DDR-Bestehens und bezog sich damit explizit auf das Jahr 1949 und nicht auf die gemeinsamen Anfänge von Ost und West nach dem Kriegsende.

Obwohl der Austausch über die Planung des Jubiläums darin nicht im Einzelnen wiedergegeben wurde, lässt sich dem Protokoll entnehmen, dass über das Thema „eingehend diskutiert“ worden ist.²⁷⁷ Zur Diskussion stand zunächst die Konzipierung einer groß angelegten Ausstellung, die über die Maßnahmen und Erfolge der Denkmalpflege im gesamten Gebiet der DDR berichten sollte. Von dieser Idee nahmen die Konservatoren jedoch wieder Abstand, da Mütter „aus finanz- und kulturpolitischen Erwägungen heraus den Vorschlag [unterbreitete], von der Ausstellung abzusehen und eine Publikation ‚10 Jahre Denkmalpflege‘ herauszubringen als Jahrbücher der einzelnen Außenstellen“²⁷⁸. Offenbar war Hans Mütter der Ansicht, dass die finanziellen Mittel im Bereich der Denkmalpflege

276 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 141–143, Protokoll vom 20. und 21.03.1956.

277 Interessant im Hinblick auf den Bedeutungsgrad der Diskussion ist auch, dass das Thema als erster Tagesordnungspunkt besprochen wurde und es nur zwei weitere Punkte während der Besprechung gab, nämlich: „Fragen der Publikation“ und den „Arbeitsplan. 1956“.

278 BArch, DR 1/8028, fol. 141.

für ein solches Vorhaben nicht ausreichen würden und es vermutlich auch schwierig werden könnte, die DDR-Denkmalpflege als absolute kulturpolitische Erfolgsgeschichte darzustellen. Ganz verzichten wollte man darauf jedoch – trotz Müthers Einwand – nicht, sodass kleinere regionale Ausstellungen realisiert werden sollten, die zu einem späteren Zeitpunkt in einer Gesamtschau gezeigt werden könnten.

Neben der dargestellten Kompromissfindung ist im Hinblick auf das Zusammenspiel von Zentrale und Außenstellen interessant, dass sowohl Müthers Vorschlag als auch die Idee, einzelne regionale Ausstellungen umzusetzen, die Dezentralität der Denkmalpflege in der DDR widerspiegeln würden, da jeweils die einzelnen Regionen in ihrem Tätigkeitsfeld die Möglichkeit bekämen, sich und ihre Arbeitsweise abzubilden und lediglich unter dem Publikationstitel „10 Jahre Denkmalpflege“ bzw. im Rahmen der späteren Gesamtschau wieder zusammengefasst werden würden.

Vermutlich sah man sich in gewisser Weise zu einer Veröffentlichung bzw. zu einem Öffentlichmachen der denkmalpflegerischen Tätigkeiten in der DDR gezwungen. Denn zuvor waren bereits ein von Paul Ortwin Rave vorgelegter Bericht, „Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin“²⁷⁹ (1952), sowie ein Zeitungsartikel von Hinnerk Scheper im *Tagesspiegel* mit dem Titel „Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin“²⁸⁰ (1955) erschienen, die aus der Sicht West-Berlins die denkmalpflegerischen Entwicklungen seit 1945 zu erfassen versuchten und den jeweiligen Stand – auch in Abgrenzung zur Denkmalpflege in der DDR – darlegen wollten. Raves Bericht zeichnete in erster Linie die Entwicklungen der Denkmalpflege seit 1945 nach, betonte die gemeinsamen Anfänge und beschrieb „Hemmungen und Hilfen“, geschuldet vor allem der großen Kriegsnot, angesichts derer denkmalpflegerische Zielsetzungen und Fragestellungen zunächst belanglos erschienen waren. Rave bezog sich bei seiner Situationsbeschreibung auf das „erste Berlin-Buch nach dem Krieg“²⁸¹, das Berlin anhand von Abbildungen zeigt, die von Otto Hagemann vor den Kriegszerstörungen aufgenommen worden waren und die für die Veröffentlichung von Rave selbst mit Beschreibungen ergänzt worden sind. Daran anschließend berichtete Letzterer von den Hemmnissen aufgrund der Teilung der Stadt in vier Sektoren und von der besonderen Bedeutung der Denkmalpflege in allen

279 Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege (1952), Jg. 10, S. 120–124.

280 Hinnerk Scheper: Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 15 (1957), S. 56–60 [Zuerst erschienen im Tagesspiegel, 1955. Nochmals abgedruckt 1957 anlässlich des Todes von Hinnerk Scheper.].

281 Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 120. Sowie: Otto Hagemann/Paul Ortwin Rave: Berlin. Vor der Zerstörung aufgenommen von Otto Hagemann, beschrieben von Paul Ortwin Rave, Berlin 1948. Eine zweite Auflage folgte 1949, eine dritte Auflage 1952.

Sektoren: „Und gerade bei den Denkmälern war man erfüllt von dem Willen zur Umerziehung des deutschen Volkes, hier in der alten preußischen Landeshauptstadt besonders genau.“²⁸² Deutlich wird bei Rave auch, dass kirchliche Bauwerke bei ihm von vornherein über einen Sonderstatus verfügten, da „unveränderter Besitzstand und Zweck die Aufgabe des Denkmalpflegers erleichtern“²⁸³. In der Spaltung Deutschlands im Allgemeinen und Berlins im Besonderen sah Rave eine außergewöhnlich schwerwiegende Entwicklung, die für die Denkmalpflege weitreichende Konsequenzen mit sich bringe: „Ost-Berlin, das mit dem Bezirk Mitte [...] den Löwenanteil an denkmalpflegerisch wichtigen Objekten besaß, war mehr und mehr sich selbst überlassen [...]. Auch wechselten die Zuständigkeiten.“²⁸⁴ Vor allem die Frage nach Zuständigkeiten und Kompetenzen erschien aus West-Berliner Sicht auf die DDR-Denkmalpflege schwer erschließbar zu sein, weshalb Rave letztlich resümierte: „Es muss einer späteren Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben, die Fragen der Verantwortung im Bereich der Denkmalpflege Ost-Berlins zu klären, die vom Politischen nicht zu trennen sind.“²⁸⁵ Obwohl Rave die umfangreichen denkmalpflegerischen Tätigkeiten des Senats darzustellen versuchte, ließ er nicht unerwähnt, dass „für die Anliegen in Ost-Berlin Mittel neuerdings ausgiebig zur Verfügung zu stehen scheinen“, obgleich er diese Feststellung wiederum zu schmälern versuchte, da, „die Denkmalpflege beim Ost-Magistrat durch keinen Fachmann ausgeübt wird, [...] sich der West-Berliner Senat [hingegen] eines eigenen, wenn auch überbeschäftigten Amtes“ erfreuen könne, welches von Hinnerk Scheper geleitet wurde.²⁸⁶

Auch Schepers Berichterstattung zu „Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin“ beginnt mit einer Beschreibung der Ausgangssituation im Jahr 1945. Scheper spricht von einer damaligen „Entscheidung für das Morgen“²⁸⁷, die den Erhalt verschiedenster Denkmalobjekte in größter Not ermöglicht habe, nachdem er von Hans Scharoun, dem damaligen Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen, als Konservator von Berlin eingesetzt worden war. Am Beispiel der Nikolaikirchen von Spandau und Mitte erläuterte Scheper die „verschiedene Einstellung der Alliierten“²⁸⁸, von der auch denkmalpflegerische Fragestellungen nachdrücklich beeinflusst worden seien. Den Umgang mit dem baulichen Erbe der Nazi-Zeit thematisierte Scheper in seinem Bericht ebenso. Darin unterschied er „Kultur-Taten von Kultur-Untaten“ und schlussfolgerte, dass man sich so gesehen „ohne Bedauern

282 Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 121.

283 Ebd., S. 122.

284 Ebd., S. 123.

285 Ebd.

286 Vgl. ebd.

287 Hinnerk Scheper: Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 56.

288 Ebd., S. 57.

von der schwer beschädigten Siegesallee“ trennen könne.²⁸⁹ Gleichwohl war es ihm als Konservator wichtig, „die Jahresringe des Wachstums unserer Stadt nicht zu verletzen und ihre einzelnen Entwicklungsphasen in sichtbaren Zeugnissen zu erhalten“²⁹⁰. Bevor Scheper im Anschluss an seine Ausführungen die wiederhergestellten bzw. in Wiederherstellung befindlichen Objekte auflistete, beschrieb er ausführlich die Aufgabe, Funktionsweise und strukturelle Anbindung des Amtes für Denkmalpflege – sicherlich auch in Abgrenzung zur Denkmalpflege der DDR, die sich noch immer auf der Suche nach einer funktionsfähigen Struktur befand. Hierbei betonte er die Vorzüge einer Anbindung des Amtes für Denkmalpflege an das Amt für Bau- und Wohnungswesen. Die Auflistung der denkmalpflegerischen Objekte unterteilte Scheper in fünf Kategorien, wobei sich die ersten beiden den Kirchen widmeten (mit Unterscheidung in Stadt- und Dorfkirchen); die dritte Kategorie beinhaltete die Schlösser, Kategorie vier Parkbauten sowie andere Architekturen und die fünfte Kategorie umfasste Denkmäler im engeren Sinne (Skulpturen im Stadtraum).

Sowohl Rave als auch Scheper nahmen das Ende des Zweiten Weltkriegs zum Ausgangspunkt ihrer Ausführungen und bezogen sich bereits in ihrem jeweiligen Titel auf das Jahr 1945 und die Anfänge der Denkmalpflege nach Beendigung der Kampfhandlungen. Unabhängig von Jubiläen sind die beiden Darstellungen Situationsberichte, die Ergebnisse präsentieren, wenngleich auch immer mit Blick auf die Entwicklungen in der DDR.

Pünktlich zum Staatsjubiläum im Jahr 1959 erschien schließlich die geplante Publikation zum zehnjährigen Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR. Gänzlich anders als im Falle der beschriebenen Berichte von Rave und Scheper handelte es sich dabei um eine Art Prachtband, versehen mit einem Grußwort des Stellvertreters des Ministers für Kultur, Hans Pischner, sowie mit einem vergleichsweise ausführlichen Vorwort von Leopold Achilles, dem ehemaligen Hauptreferenten der Abteilung „Kunstsammlungen und Denkmalpflege“ der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Kultur und Erziehung“ der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle.

Betonte Hans Pischner vor allem die Verbindung von Staat und Denkmalpflege, versuchte Leopold Achilles in erster Linie die Entwicklung seit 1945 abzubilden sowie die kommenden Aufgaben und die Funktion der Denkmalpflege in seiner ideologisch-erzieherischen Wirkung für die breite Bevölkerung zu erläutern.²⁹¹

289 Vgl. ebd., S. 58.

290 Ebd.

291 Bei Achilles heißt es: „Unser Buch soll ferner die Aufgabe der Denkmalpflege gerade in unserem Staate verdeutlichen. In der Arbeit der letzten Jahre, mit der zunehmenden Festigung unseres Staates ist klar geworden, daß der Bereich der Denkmalpflege ein umfassenderer

Daran anschließend ging Achilles auf die Denkmalschutzverordnung und deren besondere Bedeutung für die technischen Denkmale sowie für die Denkmale der Arbeiterbewegung ein, wodurch er die Denkmalpflege der DDR von der Bundesrepublik abgrenzte und zugleich betonte, dass der Denkmalbegriff in der DDR dem sozialistischen Verständnis nach vielschichtiger geworden sei. Zudem verwies er am Beispiel von Görlitz auf die Bedeutung der Altstadtsanierung zur Minderung der Wohnungsnot bei gleichzeitigem Erhalt historischer Kulturwerte und präsentierte damit ein Arbeitsfeld der Denkmalpflege, das als solches – im gesamten europäischen Raum – erst in den 1970er Jahren in den Fokus rücken würde.

Nach Achilles Vorwort beginnt der Hauptteil der Publikation, der in großformatigen Abbildungen Denkmale der gesamten Republik präsentiert, denen sich die Denkmalpflege gewidmet hat. Auch hier wird der Görlitzer Altstadtsanierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt, indem der erste Teil ausschließlich Bildern und Plänen der Altstadt von Görlitz gewidmet ist und dabei versucht, auch das methodische Vorgehen der Sanierung abzubilden. Anhand der gezeigten Pläne wird vor allem ersichtlich, dass der Baubestand zwischen 1800 und 1900 für die Denkmalpfleger nicht von besonderem Interesse gewesen war und man vorrangig versucht hatte, Bebauungen der Innenhöfe rückgängig zu machen, um für bessere Wohnverhältnisse zu sorgen.

Nachfolgend thematisieren die nächsten beiden Kapitel die „Große Kunstwerke“ sowie die „Gedenkstätten“ in der gesamten DDR. Hierbei sollte, dem Vorwort nach, eine Gegenüberstellung von Denkmalen bei Kriegsende und ihres jeweiligen Zustandes nach der Wiederherstellung gezeigt werden. An diesem Konzept wurde jedoch nicht stringent festgehalten, weshalb zahlreiche Denkmale lediglich in ihrem wiederhergestellten Zustand erfasst wurden.

Der letzte Abschnitt des Buches besteht aus einem Verzeichnis der Bildtafeln, bei dem nicht nur die Abbildungen genannt werden, sondern zusätzlich die Objekte durch eine Kurzbeschreibung in ihrem jeweiligen Zustand erfasst werden. Ebenfalls Erwähnung finden Restaurierungsarbeiten sowie weitere, noch ausstehende, Arbeiten an den einzelnen Objekten. Es ist auffallend, dass, wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln der Publikation, auch hier weder Konservatoren noch Institute benannt werden, obwohl es deren denkmalpflegerische Arbeit, deren bisherige Leistungen wie auch deren Vorhaben waren, die beschrieben werden. Gleichwohl kann dies nicht als Geringschätzung der institutionellen Denkmalpfleger bewertet werden, da üblicherweise auch Architekten bei Bauprojekten und Wettbewerben selten benannt wurden, sondern als Kollektiv Erwähnung fanden.

Im Gegensatz zu den Berichten von Rave und Scheper war der Jubiläumsband zur Denkmalpflege in der DDR eine Werkschau, die weniger eine objektive Si-

geworden ist.“ Vgl. Ministerium für Kultur/Leopold Achilles (Hrsg.): Zehn Jahre Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1959, S. 8.

tuationsbeschreibung sein sollte, als vielmehr die Präsentation bisheriger Erfolge, die insbesondere durch die Darstellung von Vorher-Nachher-Zuständen und durch die großformatigen Abbildungen untermauert wurden. Die ausbleibende Nennung der Denkmalpfleger zeigt ebenso wie der Verzicht darauf, die Struktur der staatlichen Denkmalpflege sowie des Netzwerkes der weiteren Akteure, die sich dem Denkmalbestand in der DDR annahmen, zu beschreiben, dass die Publikation für eine gezielte Außenwerbung gedacht war und nicht der Wertschätzung der Denkmalpflege gewidmet war. Ein weiteres Motiv für den Verzicht – doch lässt sich dieses nur vermuten – könnte der andauernde Strukturwechsel gewesen sein, der auch mit personellen Veränderungen einherging.

Dass jedoch die politisch-ideologischen Ziele der DDR-Regierung mithilfe einer solchen Publikation durchaus beworben werden konnten und damit die Denkmalpflege im ideologische Sinne nutzbar gemacht werden konnte, wurde 1961 ersichtlich. In der Tageszeitung *Neue Zeit* erschien am 13. September 1961 – exakt einen Monat nach dem Bau der Mauer – unter dem Titel „Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik“ ein Artikel, der sich dem Prachtband zum zehnjährigen Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR widmete und die „unschätzbare Arbeit [der Denkmalpfleger] für den Kulturbestand unseres Volkes“²⁹² betonte.

Denkmalpflege und Heimatschutz

Die Verbindung zwischen Heimatschutz und Denkmalpflege baute auf eine lange Tradition auf, die bereits seit den Anfängen der Heimatschutzbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb diese Verbindung bestehen und wurde mit den sogenannten Natur- und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes in neuer Form fortgeführt. Die Frage nach der Art und nach dem Grad der Einbindung des Heimatschutzes in die Denkmalpflege bzw. die Positionierung der Denkmalpflege zum Heimatschutz beschäftigte die Konservatoren besonders auf ihrer Besprechung vom 4. Dezember 1956²⁹³.

Anlass hierfür war die Publikation von Heinz Arno Knorr²⁹⁴ über die „Inventarisierung und Sammlung in den Heimatmuseen“. Diese beschränkte sich nicht allein auf den musealen Raum, sondern thematisierte auch die Heimatforschung

292 Elmar Jansen: Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Neue Zeit* vom 13.09.1961, S. 3.

293 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 128–134, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 04.12.1956.

294 Heinz Arno Knorr (1909–1996): Prähistoriker. 1951–1954 Leiter der Landesfachkommission der Natur- und Heimatfreunde, 1954 Direktor der Zentralen Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur, 1957 Lehrbeauftragter an der Universität Halle/Saale für Urgeschichte, Museumskunde und Kulturgeschichte, 1958–1961 Chefredakteur der Zeitschrift *Neue*

und damit Grenzbereiche der Denkmalpflege. Das betreffende Kapitel, das zunächst „Heimatkundlicher Kreiskatalog“ heißen sollte, lag den Konservatoren vor und sollte nun gemeinschaftlich beraten werden. Der Beratung war jedoch bereits eine Vorarbeit seitens der Zentrale vorausgegangen, da auf der Konservatorenbesprechung „die Vorschläge, die in einer früheren Beratung der Mitarbeiter der Zentrale auf Grund der Stellungnahmen der Kollegen Boecking und Dr. Mütter ausgearbeitet worden waren“, nun zur Diskussion gestellt wurden.²⁹⁵

Knorr hatte den Denkmalpflegern sein Manuskript mit der Bitte um eine Stellungnahme zugesandt. Diese sahen sich nun mit der Situation konfrontiert, möglichst schnell auf ein Dokument reagieren zu müssen, das in Kürze veröffentlicht werden sollte. Die Publikation sollte auch eine methodische Anleitung beinhalten, was einen Eingriff in die Arbeit der Denkmalpfleger bedeutet hätte. Knorr ging es in seinem Werk vorrangig um die Inventarisierung der heimatkundlichen Bestände und um die Formulierung von Standards, die eine effizientere sowie eine qualitativ höherwertige Sammlung und Sichtbarmachung der Bestände zum Ziel hatten. Die Befürchtung, dass Knorrs heimatkundlicher Kreiskatalog die denkmalpflegerische Inventarisierungsarbeit obsolet erscheinen lassen könnte oder der Arbeit der Denkmalpfleger eventuell sogar schaden könnte, erzwang, aus der Sicht der Konservatoren, ein schnelles Handeln.

Auch wenn Hans Mütter die Zusammenarbeit mit den Heimatmuseen begrüßte, lässt sich am Agieren der Denkmalpfleger – ablesbar aus dem Besprechungsprotokoll – erkennen, dass diese wohl fürchteten, die Kontrolle über ihr Themenfeld und damit letztlich auch ihre fachliche Expertise und Existenzgrundlage zu verlieren. So bestand zwischen den Denkmalpflegern Übereinstimmung darin, möglichst schnell Kontakt zu Knorr aufzunehmen, da man sich darüber unklar war, ob dessen Arbeit bereits kurz vor der Drucklegung stand. Mütter und Nadler sollten sich deshalb zu einer Besprechung mit Knorr in Verbindung setzen und möglichst die Interessen der Konservatoren und damit auch der staatlichen Denkmalpflege wahren.

Dem veröffentlichten Werk Knorrs ist bereits aus der Einführung zu entnehmen, wie nah sich Heimatschutz und Denkmalpflege insbesondere im Hinblick auf ihre kulturpolitische und ideologische Bedeutung und auf ihre Nutzbarmachung im Zeichen des Sozialismus standen. So schrieb Knorr in seiner Einführung zur Bedeutung des Heimatschutzes, dass „[d]er Aufbau unserer neuen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik [...] nicht nur durch die poli-

Museumskunde. Vgl. https://research.uni-leipzig.de/agintern/CPL/PDF/Knorr_Heinz.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

295 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 131–132, Konservatorenbesprechung vom 04.12.1956.

tischen und ökonomischen, sondern auch durch die kulturellen Verhältnisse bestimmt²⁹⁶ werde. Weiter heißt es:

„Die Formung der sozialistischen Kultur stellt die Heimatmuseen vor die neuen Aufgaben, mit Hilfe ihrer spezifischen und hervorragend geeigneten Mittel zur Bildung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen beizutragen und dazu selbst eine sichtbare Form des neuen Bewußtseins zu werden.“²⁹⁷

Ebenso wie für die Denkmalpflege stellte für den Heimatschutz die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung bzw. eines neuen politischen Systems die Chance einer umfangreichen Bedeutungsaufwertung dar. Dabei hatte die Heimat(-schutz-)forschung einerseits den Nachteil, dass sie in engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stand und bereits während jener Zeit, stärker noch als die Denkmalpflege, politisch instrumentalisiert worden war. Andererseits bestand der Vorteil, dass sie durch die Begriffe Heimat, Nation und Tradition stärker als die um die tatsächliche bauliche Substanz bemühten Denkmalpfleger umfangreich für die auch von Knorr beschriebene Bewusstseinsbildung zur Verfügung stand.

Anlass und Ausgangspunkt für Knorrs Publikation waren in erster Linie die *Anordnung über die Arbeit in den Heimatmuseen* vom 30. Juni 1955, die darauf folgende *Anordnung über die Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staatlichen Verwaltungen und staatlichen Einrichtungen – Inventurrichtlinien* vom 27. September 1957 sowie die *Anordnung zur Inventarisierung der musealen Objekte* vom 30. Oktober 1957.

Insbesondere die letztgenannte Anordnung vom 30. Oktober 1957 gibt Aufschluss über die bereits etablierte regionale Struktur²⁹⁸, auf die die Arbeit der

296 Heinz Arno Knorr: *Inventarisierung und Sammlung in den Heimatmuseen*, Halle 1957, S. 7.

297 Ebd.

298 Vgl. hierzu § 16 der Anordnung vom 30.10.1957. Auch im Hinblick auf die Heimatforschung nennt Knorr das institutionelle Netzwerk, dessen Unterstützung für die Schaffung einer heimatkundlichen Kreiskartei unabdingbar war. Für die Erforschung der „heimatkundlichen Werte“ nannte Knorr neben den Instituten für Denkmalpflege die Forschungsstellen an den Staatlichen Museen für Ur- und Frühgeschichte, die Institute für Landesforschung und Naturschutz, das Institut für Volkskunstforschung, die Bezirks- und Kreiskommissionen der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, die Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes sowie die Institute für die Erforschung der Geschichte der Technik. Vgl. Heinz Arno Knorr: *Inventarisierung und Sammlung in den Heimatmuseen*, S. 86–88. Sowie: *Anordnung über die Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staatlichen Verwaltung und staatlicher Einrichtungen – Inventarisierung der musealen Objekte*. Vom 30. Oktober 1957, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 70* vom 18. November 1975, S. 572–574.

Heimatforscher zurückgreifen konnte. In jedem Bezirk der DDR gab es mindestens eine staatliche Kontaktstelle, die vorrangig dafür zuständig war, Nachweise musealer Objekte auszustellen, die aber zugleich inhaltlich mit den, zum Großteil ehrenamtlichen, Heimatforschern in Verbindung stand. Von dieser Art eines institutionellen Netzwerkes konnten die Konservatoren der staatlichen Denkmalpflege hingegen nur träumen.

Müther und Nadler waren in ihrer Einflussnahme auf die Publikation scheinbar erfolgreich: Der Titel des Kapitels „Heimatkundlicher Kreiskatalog“ wurde in „Aufgaben der Heimatforschung und ihre Organisation“ abgeändert und es wurde darüber hinaus sowohl auf bereits erschienene Publikationen von Müther und Nadler verwiesen als auch wurden diese als Grundlage der Arbeit der Heimatforscher ausgezeichnet; damit wurden die Standards der Denkmalpflege aufgegriffen. Zugleich betonte Knorr, dass „die denkmalpflegerische Arbeit kaum einen Niederschlag in der Sammlung des Museums“ fände, man „aber die Heimatkunde als Ganzheit erfassen“ und sich daher auch dieser Arbeit annähern bzw. sich damit auseinandersetzen müsse.²⁹⁹ Die sich „dabei ergebenden Überschneidungen“ beschrieb Knorr als „fördernd und nicht hemmend“.³⁰⁰

Aufgabe und Funktion der heimatkundlichen Kreiskarteien sollte die Schaffung einer Art von Bestandskatalog sein, der alle „nachweisbaren und noch gegenwärtigen heimatkundlichen Werte als bewegliche und unbewegliche Kulturdenkmale bzw. Kulturgüter“³⁰¹ erfassen sollte. Dabei unterschied Knorr zwischen Kulturwerten und Kulturdenkmälern und erläuterte, dass Kulturdenkmale nur nach eingehender Prüfung durch die Institute für Denkmalpflege zu solchen werden bzw. als solche deklariert werden könnten, da es sich sonst lediglich um Objekte handeln würde, denen man Kulturwerte attestieren könne. Die Museen würden hingegen „Kulturwerte im weitesten Sinne des Wortes“ sammeln und daher, folgt man Knorrs Argumentation, gar nicht den Zuständigkeitsbereich der Denkmalpfleger beanspruchen oder überschreiten.³⁰²

Dennoch widmete sich Heinz Arno Knorr eingehend den „Kulturdenkmälern im Sinne der Denkmalschutzverordnung“ und den Denkmalarten; dabei verwies er auf die Denkmalschutzverordnung, auf Hans Müthers „Merkblatt für die Erfassung der Kulturdenkmale“ von 1955 sowie auf Hans Nadlers Aufsatz „Museum und Denkmalpflege“³⁰³. Sowohl durch den Verweis auf Müthers Erfassungsmerk-

299 Vgl. Heinz Arno Knorr: Inventarisierung und Sammlung in den Heimatmuseen, S. 92.

300 Vgl. ebd., S. 93.

301 Ebd., S. 85.

302 Vgl. ebd., S. 93.

303 Hans Nadler: Museum und Denkmalpflege, in: Gertrud Rudloff-Hille (Hrsg.): Hilfsbuch der Museumsarbeit, Dresden 1953, S. 161–169.

blatt als auch durch die Nennung von Nadlers Aufsatz verdeutlichte Knorr die Nähe von Heimatschutz und Denkmalpflege, die letztlich doch miteinander in Verbindung stünden und nicht losgelöst betrachtet werden könnten. Es gäbe weit- aus mehr als bloße „Überschneidungen“, wie Knorr zu betonen versuchte. Bereits Nadler hatte in seinem Aufsatz die Nähe von Denkmalpflege und Heimatmuseen erläutert, den Nutzen dieser fachlichen Wechselbeziehung für die Denkmalpflege betont und am Beispiel von Schirgiswalde aufgezeigt (vgl. hierzu Kapitel 3.3.3, Vertrauensmann Carl Swoboda), dass diese erste Früchte trüge. Allerdings hatte Nadler sich dezidiert auf die Heimatmuseen bezogen. Er sah diese vorrangig als eine Art institutionellen Mechanismus zur besseren Popularisierung der Arbeit der staatlichen Denkmalpflege sowie als Ort der Quellen- und Materialsammlung für die Geschichte einer Gemeinde, einer Stadt oder geografischen Gegend. Sie waren aus seiner Sicht eine vor allem helfende Unterstützung für die staatliche Denkmalpflege. Knorr hingegen sah die Heimatforschung weitaus komplexer und vielfältiger, weshalb die Tätigkeit der Denkmalpfleger für ihn nur einen relativ kleinen Teil seiner Arbeit auszumachen schien. In der Heimatforschung sah er vor allem das Potenzial für eine umfangreiche Einflussnahme auf die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, woraus eine massive Aufwertung der Heimatbewegung folgen würde. Die Denkmalpflege hingegen war für Knorr – im Gegensatz zu den Ausführungen Nadlers – nur ein Ausschnitt oder Teilbereich dessen, was Heimatschutz, Heimatpflege oder Heimatforschung ausmachen sollte.

3.3.3 Planlose Denkmalpflege?

Insbesondere für die DDR-Denkmalpflege der 1950er Jahre wird häufig eine gewisse Planlosigkeit³⁰⁴ oder eine Überforderung der wenigen Mitarbeiter konstatiert³⁰⁵, was beides die Durchsetzungsfähigkeit denkmalpflegerischer Tätigkeiten – auch retrospektiv betrachtet – als schier unmöglich erscheinen lässt.³⁰⁶ Dass trotz der zahlreichen politisch-ideologischen Diskussionen und des stetigen Wandels staatlicher Strukturen die institutionelle Denkmalpflege in der DDR wirksam werden konnte – auch in für sie schwierigen Zeiten – soll im Folgenden dargelegt werden. Eine Ursache für eine erfolgreiche Denkmalpflege kann in den verschiedenen Netzwerken gefunden werden, auf die sich die institutionelle

304 Planlos erschien die Denkmalpflege in den 1950er Jahren häufig auch den Zeitgenossen, wie aus der Tagespresse ersichtlich wird, beispielsweise anhand der Artikel im Neuen Deutschland: „Pfleget und achtet unsere Kulturdenkmale“ vom 09.01.1952, S. 1 oder „Gibt es einen Fall Sanssouci“ (O.V.) vom 12.02.1952, S. 4.

305 Vgl. Hans Berger: Tendenzen in der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 49 (1991), S. 2–8, hier S. 3.

306 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 274–276.

Denkmalpflege immer wieder berufen konnte; sie sorgten, durch ihr (weitestgehend) von politischen Entscheidungen unabhängiges Bestehen, für Stabilität und ermöglichten auf diese Weise die Umsetzung denkmalpflegerischer Ziele. Bei diesen Netzwerken handelte es sich vor allem um die ehrenamtlichen Denkmalpfleger, die den einzelnen Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege als „Vertrauensmänner für Denkmalpflege“³⁰⁷ zugeordnet waren und sich aktiv vor Ort in den Kreisen der Bezirke für den Denkmalbestand einsetzten. Doch obwohl diese Vertrauensleute für eine aktive Denkmalpflege und für einen wirksamen Denkmalschutz in der DDR unerlässlich waren, werden sie in den Quellen und zeitgenössischen Publikationen nur selten namentlich erwähnt. Wer in welcher Region tätig war und welche Objekte und Projekte von den Vertrauensleuten betreut oder begleitet wurden, bleibt häufig unklar. Eine Ausnahme bildet dabei das Netzwerk der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Arbeitsstelle Schwerin. Nach ihrer (Neu-)Gründung im Jahr 1957 publizierte die Arbeitsstelle in nahezu regelmäßigen Abständen sogenannte Mitteilungen an ihre Vertrauensleute.

Das genannte Netzwerk an Vertrauensleuten wird zunächst anhand der Arbeitsstelle Schwerin aufgezeigt, bevor der Blick geweitet und auf die ehrenamtlichen Denkmalpfleger der Arbeitsstellen Nord (Potsdam und Frankfurt/Oder) sowie Dresden gerichtet wird; diese beiden Arbeitsstellen werden detaillierter dargestellt und bezüglich ihrer Arbeitsweise und ihres Handlungsspielraum – auch hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der jeweiligen Arbeitsstelle des IfD – untersucht. Durch die Mitteilungen des Schweriner Instituts sind die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ihre Tätigkeiten, ihr Engagement ebenso wie ihre Verbindung zum Institut für Denkmalpflege relativ kontinuierlich dokumentiert und können als Grundlage zur Bewertung deren Stellenwertes für die Denkmalpflege in der DDR dienen. Für die anderen Bezirke ist ein derartiges Publikationsorgan – nach bisheriger Recherche – nicht nachweisbar, sodass die ehrenamtlichen Denkmalpfleger oft namenlos bleiben (müssen). Ergänzt werden diese Berichte aus den offiziellen Mitteilungen durch weitere Quellen aus Archiven und Nachlässen, die sich zum Teil noch in privatem Besitz befinden.

307 Die Bezeichnung ehrenamtliche Denkmalpflege war lange Zeit unklar, auch diesbezügliche Rechte bzw. Berechtigungen wurden erst mit der Verordnung von 1961 geregelt. Neben der Bezeichnung Vertrauensmann gab es für die ehrenamtlichen Mitarbeiter auch die Anrede als Vertrauensleute. Im Folgenden wird vorrangig der Begriff Vertrauensleute verwendet, da es auch Denkmalpflegerinnen gegeben hat. Diese waren jedoch eher eine seltene „Erscheinung“, wie auch die Ausführungen zu Käthe Rieck zeigen werden, die dezidiert als „Vertrauensmann“ bezeichnet wurde. Vgl. Walter Ohle: Käthe Rieck zum 40jährigen Dienstjubiläum, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 1–2.

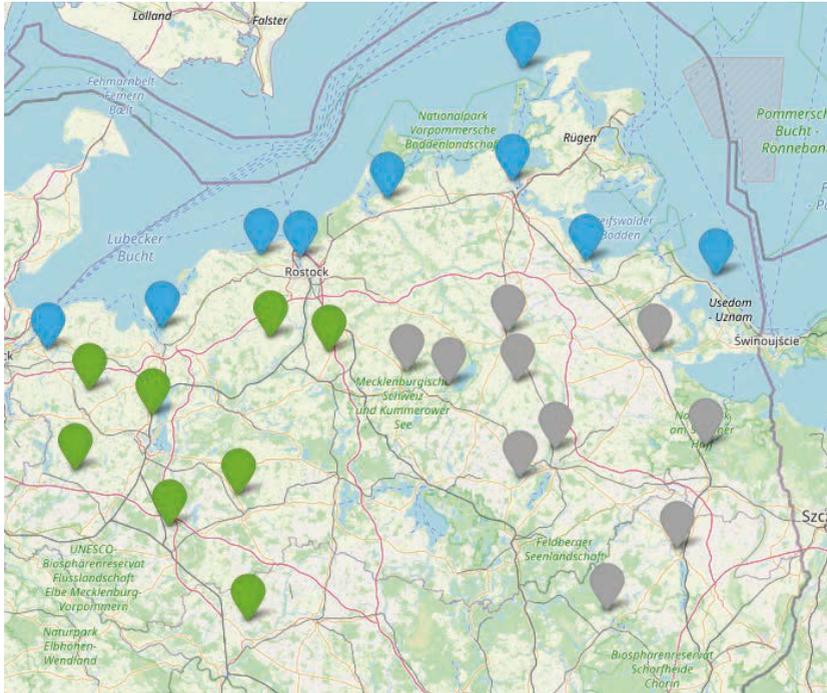


Abb. 16: Verteilung der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle (grün: Bezirk Schwerin, blau: Bezirk Rostock, grau: Bezirk Neubrandenburg)

Die Arbeitsstelle Schwerin des Instituts für Denkmalpflege war für die drei Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, die insgesamt aus 36 Kreisen bestanden, zuständig. Aus einer Auflistung der Vertrauensleute für Denkmalpflege, die der Arbeitsstelle Schwerin zugeordnet waren, geht für das Jahr 1960 hervor, dass 27 Vertrauensleute aktiv tätig waren. Sowohl Anzahl als auch geografische Verteilung dieser Freiwilligen zeigen, dass es sich um ein gut ausgebautes Netzwerk handelte (Abb. 16 sowie auf folgender Seite Abb. 17).

1957 veröffentlichte die Arbeitsstelle Schwerin erstmals deren Mitteilungen an die Vertrauensleute in den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, ausgelöst durch die vorangegangene Rückführung der Arbeitsstelle von Berlin nach Schwerin. Das Schweriner Institut versuchte auf diese Weise, seine ehrenamtlichen Mitarbeiter miteinander in Kontakt zu bringen, regelmäßig über denkmalpflegerische Maßnahmen und Treffen zu berichten und vor allem denkmalpflegerische Standards zu vermitteln, die sowohl die Denkmalerfassung als auch die praktische Baudenkmalpflege betrafen. Insbesondere aus dem einleitenden

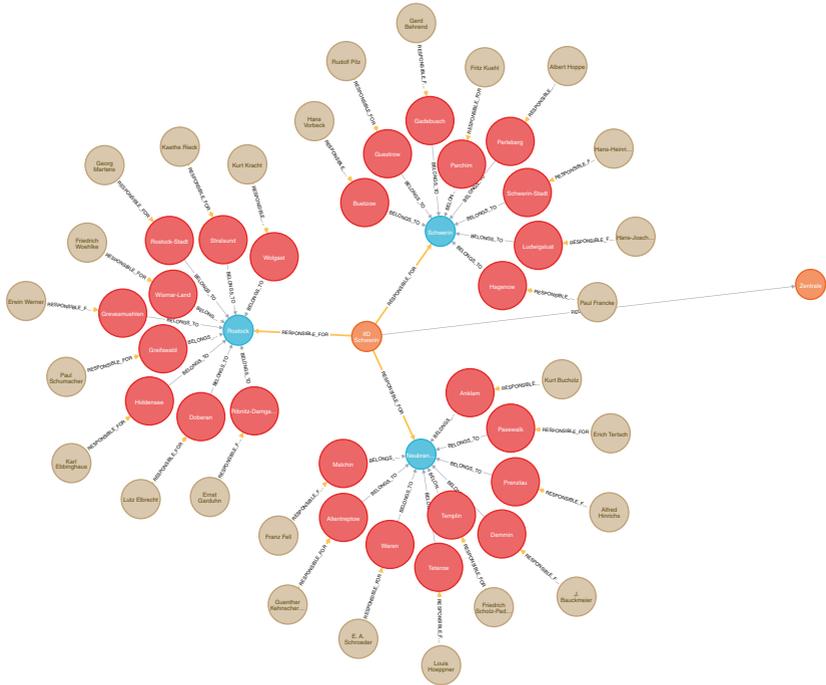


Abb. 17: Gefüge der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock, Schwerin (hellbraun: Ehrenamtliche Vertrauensleute, rot: Kreis/Zuständigkeitsbereich, blau: Bezirk, orange: IfD, Arbeitsstelle Schwerin und Zentrale)

Kommentar zur ersten Veröffentlichung wird ersichtlich, dass sich die Arbeitsstelle Schwerin auf ein Netzwerk verlassen konnte, das sich dem Denkmalbestand in den nördlichen Bezirken in beeindruckender Weise annahm.³⁰⁸ Den Anspruch, den die staatlichen Denkmalpfleger mit den regelmäßig erscheinenden Mitteilungen verbanden, definierten sie ebenfalls in dieser ersten Veröffentlichung, indem sie zum Ausdruck brachten, dass „die Verbindung zwischen unserer

308 So heißt es dort: „Ferner geben wir hier eine Übersicht über alle zur Zeit laufenden Arbeiten der Denkmalpflege, aus der hervorgeht, daß es uns auch in der recht kurzen Zeit seit der Verlegung der Außenstelle nach Schwerin gelungen ist, bereits eine ansehnliche Anzahl von denkmalpflegerischen Arbeiten in Gang zu bringen.“ Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, S. 1.



Abb. 18: Burg Schlitz, 1987

Außenstelle und ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern noch enger⁴³⁰⁹ werden sollte. Dem Ziel, die Mitteilungen in möglichst regelmäßigen vierteljährlichen Abständen zu veröffentlichen, konnte die Arbeitsstelle im Verlauf der Jahre jedoch nicht konsequent nachkommen. Dennoch waren die Mitteilungen als Medium des Austausches von nicht zu unterschätzender Bedeutung und zeugen von der organisierten, ehrenamtlichen Denkmalpflege innerhalb der DDR.

Insbesondere während der Interimszeit, als die Schweriner Arbeitsstelle – statt in den Nordbezirken – in Berlin beheimatet war, hatte das Netzwerk aus Vertrauensleuten vor Ort eine enorme Bedeutung. Dies kann am Beispiel der sogenannten Burg Schlitz in der Mecklenburgischen Schweiz aufgezeigt werden. Nicht zuletzt durch den Vertrauensmann Heinrich Timm aus Teterow wurde die Burg, bei der es sich eigentlich um ein Herrenhaus handelte, bereits in den 1950er Jahren zur Erfolgsgeschichte der Denkmalpflege und zu einem Prestigeobjekt (Abb. 18).

Der Arbeitsstellenleiter Walter Ohle hatte die Burg 1949 bei einer Ortsbesichtigung in desaströsem Zustand vorgefunden. Ohle hatte daher zunächst wenig Hoffnung, dass für dieses Objekt ein geeigneter Rechtsträger gefunden werden könne, der das Gebäude in denkmalgerechter Weise instand setzen würde. Trotz aller Skepsis konnte aber 1950 „eine Stelle“ gefunden werden, „die gewillt war, das

309 Ebd.

Gebäude zu übernehmen“.³¹⁰ Der angenommene Glücksfall entpuppte sich jedoch schnell als Albtraum, da das neu angedachte Nutzungskonzept dem Denkmal widersprach und zahlreiche Umbauten erforderlich werden sollten, die der noch vorhandenen Substanz zusätzlich geschadet hätten. Ohle führte aus, dass „[n]ach einer überstürzten Planung [...] der gesamte Mitteltrakt total verändert werden“ sollte und man, noch bevor die Denkmalpflege davon in Kenntnis gesetzt worden war, „[...] mit dem Umbau bereits begonnen und als erstes die Freitreppe des Mittelbaus schon abgebrochen und abtransportiert“ habe.³¹¹ Anhand undatierter Pläne³¹², erstellt durch das „EBM Schwerin“³¹³, können die Umbaumaßnahmen und deren Umfang ansatzweise nachvollzogen werden. So war für die Burg zunächst eine Nutzung als Schule angedacht, die neben einer Neufassung der Freitreppe des Mittelbaus auch je eine weitere Freitreppe zu den Nebenflügeln vorsah. Das erste Obergeschoss sollte dann einen großen Speisesaal im Mittelbau beherbergen sowie zwei große Eingangshallen in den Nebenflügeln, die durch einen Flur mit dem Speisesaal in Verbindung stehen sollten. Im restlichen Gebäude waren neben Arbeitsräumen für Schulleiter und Lehrer auch Klubräume sowie eine Bücherei vorgesehen. Anhand der Pläne ist ersichtlich, dass die Eingriffe in die Bausubstanz sowohl im Gebäudeinneren als auch im äußeren Erscheinungsbild massiv gewesen wären. Nachdem von dieser Nutzung, nicht nur wegen des Einspruchs der Denkmalpflege, sondern auch wegen mangelnder Finanzierung, abgesehen wurde, musste eine neue Verwendungsmöglichkeit gefunden werden, um den Bau als Denkmal zu sichern und zu erhalten. Nach Ohles Ausführungen war es vor allem dem Vertrauensmann Heinrich Timm aus Teterow zu verdanken, dass diese Suche erfolgreich verlief:

„Damals war es der unermüdlichen Überzeugungsarbeit unseres kürzlich verstorbenen Vertrauensmannes in Teterow, Heinrich Timm, zu verdanken, daß der Rat des Kreises den Beschluß faßte, das Gebäude als Landespflegeheim einzurichten und damit Haus und Park dem Allgemeinwohl nutzbar zu machen.“³¹⁴

310 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 4–6.

311 Vgl. ebd.

312 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Pflegeheim, Pläne [1950er] 14(3).

313 1950 wurde das Volkseigene Entwurfs- und Bauleitungsbüro Mecklenburg (= EBM) mit Sitz in Schwerin und einer Zweigstelle in Rostock gegründet und war Vorläufer der späteren Entwurfsbüros für Hochbau bzw. des VEB Hochbauprojektierung. Vgl. Frank Betker: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005, S. 161.

314 Walter Ohle: Die Restaurierung des klassizistischen Schlosses Burg Schlitz, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 4–6.

Verschiedene Vertreter des Kreises und des Bezirks trafen sich im Juni 1953, um sich über das Bauprogramm und die Bauausnutzung des künftigen Pflegeheims zu verständigen. Besprochen wurden dabei vorrangig der Innenausbau und die Nutzung der Räumlichkeiten entsprechend den Anforderungen und Bedürfnissen, die an ein Pflegeheim gerichtet wurden.³¹⁵ Über ein halbes Jahr später, im Februar 1954, besichtigte Ohle erneut das ehemalige Herrenhaus zusammen mit einem Vertreter des Rats des Bezirks, um die aus denkmalpflegerischer Sicht notwendigen Instandsetzungen zu besprechen.³¹⁶ Durch die bereits erfolgten Umbauten für die angedachte Schulnutzung mussten vorrangig ein Rückbau der Innenraumgestaltung erfolgen sowie bereits entnommene Türen wieder eingebaut und Tapeten, Deckenmalereien und der Säulengang wiederhergestellt bzw. gesichert werden. Im Hinblick auf die Instandsetzungsmaßnahmen beauftragte der Leiter der Arbeitsstelle Schwerin den Vertrauensmann Heinrich Timm mit der Sicherstellung eines vermeintlichen Schinkel-Ofens und eines Ofenaufsatzes. Auf der Grundlage der Besichtigung des Baudenkmals konnte bereits im März 1954 die Bauerlaubnis für den beauftragten Umbau erteilt werden.³¹⁷ Die Bauabnahme erfolgte nur ein Jahr später, im Mai 1955, obgleich die „Herrichtung des historischen Rittersaals in den ursprünglichen Zustand“³¹⁸ noch nicht abgeschlossen war.

Timm beaufsichtigte die Arbeiten und meldete Veränderungen am Denkmal an die Arbeitsstelle Schwerin. Er hatte nicht nur das neue Nutzungskonzept vorgeschlagen, sondern hielt auch Kontakt zu den verschiedenen verantwortlichen Behörden und wurde für die Umsetzung kleinerer dortiger Arbeiten vom IfD-Schwerin beauftragt. Aus einem Schreiben Timms wird aber auch deutlich, dass er seiner eigenen Arbeit mehr Spielraum bzw. Weisungsbefugnis zusprach, als ihm eigentlich zukam. Timm bezeichnete sich darin als „Baumeister, Denkmalpfleger

315 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Protokoll zur Beratung vom 10.06.1953 über das Bauprogramm und die Bauausnutzung des künftigen Pflegeheims Burg Schlitz. Anwesende: der Bezirksarzt Beier, Bezirkshygieniker Edel mit zwei Vertretern des Kreisentwurfsbüros Malchin sowie der Kreisverwaltung Teterow, der Sozialfürsorge des Rats des Bezirks, einem Vertreter des Kreispflegeheims Golz sowie Vertretern des Kreisentwurfsbüros Bez. Zentrale Neubrandenburg mit der Abteilung „Arbeit und Berufsausbildung“, Planträger des Rats des Kreises.

316 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Bericht über die Besichtigung am 11.02.1954 von Walter Ohle und Kollegen Mach, Rat des Bezirks Neubrandenburg, abgestempelt vom VEB Entwurfsbüro Malchin.

317 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Bauerlaubnis vom 11.03.1954. Rückseite des Schreibens: „Besondere Bedingungen: [...] Auf Grund des Protokolls vom 12.02.54, in welchem Herr Dr. Ohle vom Institut für Denkmalpflege die Umbauarbeiten des ehem. Schlosses ‚Burg Schlitz‘ festgelegt hat, wird von uns die Bauerlaubnis gegeben.“

318 Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Gebrauchsabnahmeschein vom 12.05.1955.

f. Kreis Teterow“, woraus nicht ersichtlich wird, dass er lediglich ehrenamtlich für die Arbeitsstelle Schwerin tätig war und keine Entscheidungsbefugnis besaß. An den Rat des Kreises gewandt gab Timm dennoch seine „Zustimmung dazu, daß unter der Freitreppe des Mittelbaues des Schlosses ein Kohlenlager gebaut“³¹⁹ werden könne. Obgleich er hier seine Befugnisse überschritt, war das Handeln des ehrenamtlichen Denkmalpflegers bezüglich der Burg Schlitz für das Institut in Schwerin eine enorme Unterstützung und führte dazu, dass der einst desaströse Zustand des Bauwerks in wenigen Jahren überwunden werden konnte.

Entscheidend für die gute Betreuung vor Ort waren nicht nur der regelmäßige Kontakt bzw. Austausch zwischen Vertrauensleuten und institutionellen Denkmalpflegern, sondern auch der fachliche Austausch, der durch regelmäßige Berichterstattungen, Tagungen und gemeinsame Exkursionen erfolgte. Bereits die erste Tagung für Vertrauensleute der Arbeitsstelle Schwerin in Putbus fand 1957 „nur wenige Tage nach der Verlegung der Außenstelle an ihren alten Dienstsitz Schwerin“³²⁰ statt und brachte damit zugleich den Stellenwert des Austausches zwischen den institutionellen Denkmalpflegern und den ehrenamtlichen Vertrauensleuten zum Ausdruck. Neben der fachlich-historischen Auseinandersetzung mit dem Tagungsort Putbus stand vor allem die „listenmäßige Erfassung der unter Denkmalschutz stehenden Substanz“³²¹ im Fokus der Tagung. Walter Ohle betonte vor allem die Schwierigkeiten bei der Inventarisierung, die sich vorrangig aus der „großen Zahl der Objekte“³²² und der geringen Mitarbeiterzahl ergeben würden, und verglich seine Arbeitsstelle mit dem Dresdener Institut:

„Die Außenstelle Dresden unseres Instituts hat schon seit vielen Jahren die Listenaufstellung mit Hilfe umfangreicher Fragebogen durchgeführt. Sie kann sich dabei auf eine Zahl von fast 200 Mitarbeitern im Lande stützen. Trotzdem glaube ich, daß das dabei eingekommene Material wegen der Kompliziertheit der Fragebögen sehr unterschiedlich sein muß und daher eine systematische Überprüfung doch erforderlich bleibt.“³²³

319 Kreisarchiv Landkreis Rostock, Akten titel: Burg Schlitz, Schreiben des Vertrauensmanns f. Denkmalpflege vom 14.04.1956 an den Rat des Kreises, Abt. Arbeitslenkung, betreffend Burg Schlitz.

320 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, S. 1.

321 Ebd., S. 7.

322 Ebd.

323 Ebd., S. 7–8.

Ohles Vergleich mit der Dresdener Arbeitsstelle zeigt, dass sich die Arbeitsstellen untereinander – auch durch die regelmäßigen Konservatorensitzungen – von den Entwicklungen und Arbeiten in den jeweiligen Bezirken in Kenntnis setzten, sie sich aber auch miteinander verglichen; nicht zuletzt, um den Stellenwert der eigenen Arbeit zu bemessen und zu legitimieren. Die Tätigkeit der jeweils anderen Arbeitsstelle wurde dabei durchaus kritisch betrachtet, wie man Ohles Äußerungen entnehmen kann. Zugleich war die Arbeit der Dresdener Kollegen auch ein Anreiz, die listenmäßige Erfassung des Denkmalbestandes in den Nordbezirken weiter voranzutreiben. Wenngleich „die karteimäßige Erfassung in wesentlich vereinfachter Form“³²⁴ erfolgen sollte.

Diesen jährlich stattfindenden Lehrgängen kam eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur, weil sie den Austausch zwischen den Vertrauensleuten untereinander sowie zwischen diesen und der Schweriner Arbeitsstelle förderten, sondern auch, um einen gewissen Qualitätsstandard in der Arbeitsweise der Ehrenamtlichen gewährleisten zu können. Während sich die genannte Tagung für die Vertrauensleute der Arbeitsstelle Schwerin von 1957 in Putbus vorrangig mit der listenmäßigen Erfassung der Denkmale beschäftigt hatte, setzte sich der Lehrgang drei Jahre später in Güstrow auf theoretischer und politisch-ideologischer Ebene mit den „gegenwärtigen Aufgaben der Denkmalpflege“ sowie auf praktischer Ebene mit der „Beihilfeordnung und Vorplanung denkmalpflegerischer Maßnahmen“ auseinander.³²⁵ Im Folgejahr, 1961, fand der Lehrgang in Stralsund und Greifswald statt und hatte die Bewahrung ländlicher und historischer Parkanlagen sowie die „umfassende Erhaltung wertvoller historischer Altstädte als zu schützende Einheit“³²⁶ zum Thema. Ergänzend berichteten die Mitarbeiter der Arbeitsstelle über die Denkmalpflege in der Tschechoslowakei, die sie kurz zuvor vor Ort hatten kennenlernen können.

Neben den jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen der Tagungen erfolgten auch verschiedene gemeinsame Ortsbesichtigungen zur denkmalpflegerischen Weiterbildung der Ehrenamtlichen. Durch regelmäßige Tagungsevaluierungen hatten auch die Vertrauensleute ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der für sie verpflichtenden Tagungen. Dabei standen vorrangig die Tagungsdauer, die Anzahl der Vorträge und die Themenfelder im Fokus der Befragung.³²⁷ Dieses Vorgehen war jedoch kein Spezifikum der Schweriner

324 Ebd., S. 8.

325 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 7, S. 6.

326 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 11, S. 1.

327 Vgl. O.V.: Fragen im Vorfeld des Lehrgangs 1961, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 11–12.

Arbeitsstelle, sondern wurde ähnlich auch von der Arbeitsstelle Nord, die für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder zuständig war, gehandhabt. Die Arbeitsstelle Nord hatte ihren ersten Lehrgang, ebenfalls 1957, in Diensdorf und führte die Evaluierung vergleichsweise intensiv durch, indem auch die Vortragenden zum Gegenstand der Befragung wurden. Die ehrenamtlichen Denkmalpfleger wurden nach der Verständlichkeit des Vortrags, der Bedeutung des Themas für ihre Arbeit und auch nach der Reproduzierbarkeit des Vortragsthemas selbst befragt. Dabei konnten die knapp 40 Teilnehmer der Tagung auch eigene Themenwünsche und weitere Bemerkungen zum Lehrgang und zu den Vortragenden äußern. Besonders positiv wurde von den Anwesenden der Vortrag von Friedrich Mielke zum „Wiederaufbau der Wilhelm-Staab-Straße“ bewertet, der als besonders „wichtig für die praktische Arbeit“³²⁸ angesehen wurde.

Friedrich Mielke verdeutlichte in seinem Vortrag das Ausmaß und die Auswirkungen der Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, da von den „793 [...] vor dem Kriege registrierten historisch und künstlerisch wertvollen Gebäuden der [Potsdamer] Innenstadt [...] heute nur noch 378“³²⁹ existierten. Darauf basierend erläuterte Mielke die Komplexität des notwendigen Wiederaufbaus, bei dem divergierende Sichtweisen zu Aufbau und Wiederaufbau ein planmäßiges Vorgehen erschwerten. Er plädierte dafür, dass „[d]er so häufig genannte Begriff des kulturellen Erbes [...] sich bei Neubauten nicht auf [eine] äußerliche Übernahme historischer Dekorationselemente in kopierter oder abgewandelter Form beziehen [darf, da jede] Zeit [...] ihr eigenes Gesicht [hat und] ihre eigenen Konstruktionsmethoden und Kompositionsgesetze“³³⁰. Am Beispiel der Wilhelm-Staab-Straße erläuterte Mielke den Vertrauensleuten das Vorgehen für „eine Wiederherstellung der historischen Situation“, wobei er vor allem die Orientierung an erhaltenen Grundrissstrukturen, bei denen man „nicht mit Typengrundrissen operieren“ könne, sowie die Sicherung von plastischen Teilen betonte.³³¹ Für die teilnehmenden Vertrauensleute verdeutlichte Mielke auf diese Weise nicht nur die Komplexität und die Bedeutung denkmalpflegerischer Fragestellungen innerhalb des Wiederaufbauprozesses, sondern erläuterte auch die praktische Umsetzung, ohne die Schwierigkeiten unberücksichtigt zu lassen.

Anhand von drei exemplarisch ausgewählten Personen sollen anschließend die Arbeitsweise und das Engagement der Vertrauensleute, ihre Motivation und ihr jeweiliger Kenntnisstand wie auch ihr fachlicher Hintergrund nachgezeichnet werden. Dies erscheint im Hinblick auf eine Bewertung ihrer Bedeutung ebenso

328 BLDAM, L 47/3, Auswertung des 1. Lehrgangs in Diensdorf, 26.–27.01.1957.

329 BLDAM, L 47/3, Vortrag Friedrich Mielke mit dem Titel „Der Wiederaufbau Potsdams und die Wilhelm-Staab-Straße“, o. Pag.

330 Ebd.

331 Vgl. ebd.

wichtig zu sein, wie auch bezüglich der Einordnung ihrer Arbeit innerhalb der DDR-Denkmalpflege im Allgemeinen. Die Auswahl der ehrenamtlichen Denkmalpfleger erfolgte aufgrund ihrer regionalen Verteilung und der Quellenlage zu ihrer jeweiligen Tätigkeit.

Im Bezirk Neubrandenburg: Erich Brückner und das Schloss Mirow

Als „Senior“⁴³³² unter den ehrenamtlichen Denkmalpflegern bezeichnete der Arbeitsstellenleiter Walter Ohle den Vertrauensmann Erich Brückner. Brückner, geboren 1881 in Neubrandenburg, studierte von 1902 bis 1908 an den Technischen Hochschulen in München und Charlottenburg. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums arbeitete er zunächst beim Provinzialkonservator von Sachsen, Robert Hiecke. Dort war Brückner mit der Durchführung denkmalpflegerischer Aufgaben, wie der Bauleitung bei der Restaurierung der Burg Normannstein in Treffurt an der Werra, betraut. 1912 wechselte Brückner als Regierungsbaumeister nach Mecklenburg. In der staatlichen Bauverwaltung verblieb er bis zu seiner Pensionierung mit 67 Jahren. In der Folgezeit engagierte er sich als ehrenamtlicher Denkmalpfleger und war als solcher insbesondere in Neubrandenburg tätig.

Brückners Erfahrungen und Kenntnisse waren für die sich etablierende institutionelle Denkmalpflege unverzichtbar. Obwohl sich der „Senior“ aus seinen beruflichen Tätigkeiten eigentlich hatte zurückziehen wollen³³³, stand er für verschiedene ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung, bei denen er sich insbesondere für den Wiederaufbau Neubrandenburgs einsetzte.

Schloss Mirow

Bereits in den Jahren zuvor, von 1948 bis 1952, hat Erich Brückner sich als ehrenamtlicher Mitarbeiter des Landesamtes für Denkmalpflege unter der Leitung von Heinz Mansfeld engagiert. In der Veröffentlichung „Denkmalpflege in Mecklenburg. Jahrbuch 1951/52“ berichtete Brückner von der Wiederherstellung des Schlosses Mirow und seiner neuen Nutzung als Landesaltersheim (siehe Abb. 19 und Abb. 20 auf den folgenden Seiten).³³⁴ Anhand dieses Textes werden vor allem die Unterschiede in der Vorgehensweise bei der Wiederinstandsetzung zwischen Schloss Mirow und Burg Schlitz deutlich. Obwohl beide Gebäude eine neue Nutzung als Altersheime erfahren sollten, zeigt sich im direkten Vergleich, wie

332 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 1–2.

333 Vgl. BLDAM, ST 1/5, Fachkommission für Denkmalpflege 1954–1955, Antwortschreiben von Erich Brückner an Gottfried Müller vom 11.03.1954.

334 Vgl. Erich Brückner: Schloß Mirow wird Landesaltersheim, in: Heinz Mansfeld (Hrsg.): Denkmalpflege in Mecklenburg. Jahrbuch 1951/52, Dresden 1951, S. 144–156.



Abb. 19: Schloss Mirow. Unteres Schloss auf einer Postkarte des 19. Jahrhunderts

unterschiedlich sich denkmalpflegerische Projekte zu einem nahezu zeitgleichen Moment innerhalb einer Region entwickeln konnten.

Das von 1749 bis 1752 erbaute Schloss auf der Halbinsel des Mirower Sees, das von 1753 bis 1760 von Adolf Friedrich IV. ausgebaut wurde, war nach der Fertigstellung des Innenausbaus im Jahr 1761 nahezu ungenutzt geblieben. Nachdem das Gebäude am Ende des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig für militärische Zwecke genutzt worden war und in der direkten Nachkriegszeit als Kornspeicher gedient hatte, entschied die Landesregierung von Mecklenburg im Jahr 1949, das ehemalige Schloss als ein „Landesaltersheim“ neu zu nutzen.³³⁵ Als Bauherr fungierte das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, welches, bis zur Einrichtung des Volkseigenen Entwurfs- und Baubüros Mecklenburg (EBM) im Jahr 1950, dem Bezirkskonservator für Baudenkmale die Bauleitung übertrug.³³⁶

Während im Falle der Burg Schlitz zunächst die künftige Nutzung unklar gewesen war und durch Walter Ohle und Heinrich Timm erst noch ein Rechtsträger für die Instandsetzung und weitere Verwendung hatte gefunden werden müssen, war für das Schloss Mirow bereits 1949 der Umgang beschlossen worden. Auch durch die kurzzeitige Bauleitung seitens des Bezirkskonservators konnten denkmalpflegerische Zielstellungen von Beginn an geplant, kommuniziert und

335 Vgl. ebd., S. 145.

336 Vgl. ebd., S. 149.



Abb. 20: Schloss Mirow, 2011

umgesetzt werden. Bei der Burg Schlitz hingegen lag von Beginn an die Bauleitung beim EBM, welches die angedachte Nutzung als Schulgebäude bereits im Detail plante. Erst die Meldung Heinrich Timms an die Arbeitsstelle Schwerin offenbarte die beabsichtigten schwerwiegenden Veränderungen an der erhaltenen Substanz, die das Eingreifen Ohles erforderten und eine andere Nutzung, als Altersheim, als geeignetere Option ins Gespräch brachte. Allerdings darf nicht unbeachtet bleiben, dass der Erhaltungsgrad des Schlosses auf der Halbinsel am Mirower See wesentlich besser war als derjenige der Burg Schlitz, deren Zustand Ohle 1949 noch als desaströs beschrieben hatte.

Zusätzlich war im Fall des ehemaligen Schlosses, aufgrund umfangreicher Planungen, eine gezielte Beteiligung geeigneter Bau- und Handwerksfirmen aus der gesamten Republik möglich, wodurch eine Instandsetzung im Sinne des Denkmals realisiert werden konnte. Insgesamt wurde die Wiederherstellung von zwölf Zimmern des Schlosses durch das Landesdenkmalamt Mecklenburg finanziert und durchgeführt, wobei acht der zwölf Räume als historische bzw. museale Räume genutzt und nur die übrigen vier Zimmer mit Betten ausgestattet wurden, um für das Landesaltersheim genutzt zu werden. Wie die Neo4j-Visualisierung (siehe Abb. 21 auf der folgenden Seite) zeigt, stammten die 13 Handwerks- und Baubetriebe, die am Schloss Mirow arbeiteten, aus mindestens sechs verschiedenen Orten und mindestens drei verschiedenen DDR-Bezirken (Neubrandenburg, Rostock und Erfurt), wodurch zum einen die Notwendigkeit und zum anderen

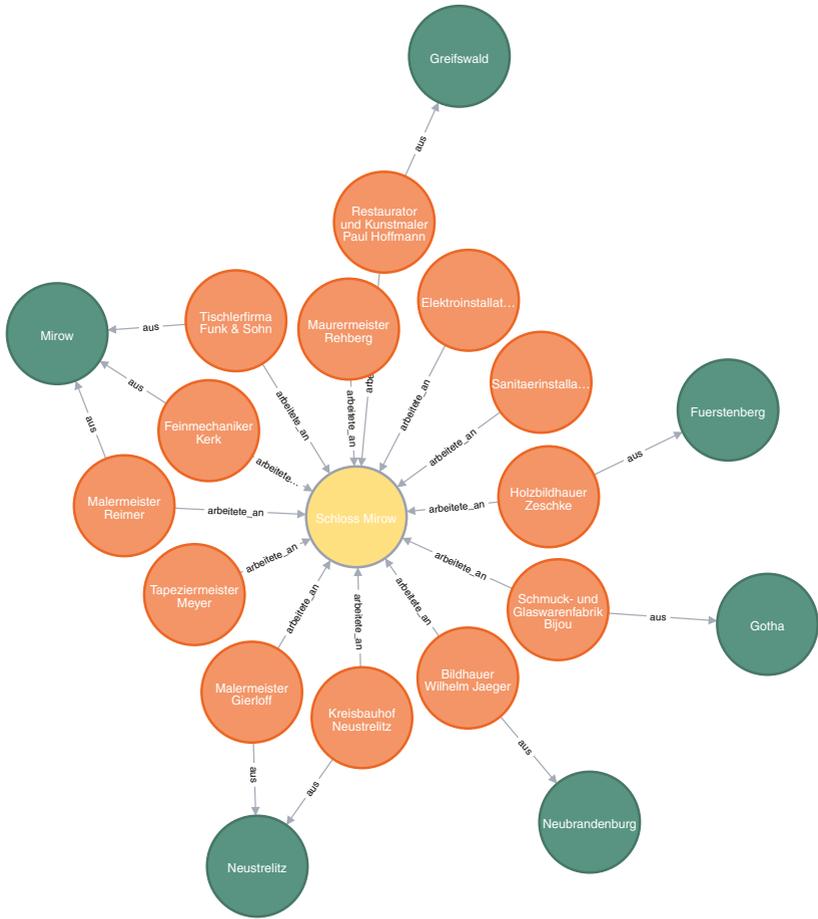


Abb. 21: Akteursgefüge denkmalpflegerischer Maßnahmen am Schloss Mirow.
 MATCH (d:Denkmal)<-[:arbeitet_an]-(u:Unternehmen)-[:aus]->(o:Ort)
 RETURN d,u,o;

die Möglichkeit der überregionalen Zusammenarbeit im Sinne von Denkmalpflege und Denkmalschutz deutlich wird. Zudem zeigt das Beispiel eindrücklich das Vorhandensein eines DDR-weiten Netzwerkes auf, in dem spezifische Fachkenntnisse kommuniziert und abgerufen werden konnten.

Die frühzeitige Entscheidung der Landesregierung Mecklenburg – noch vor der Auflösung der Länderstrukturen und des Landesamtes für Denkmalpflege – für die Umnutzung von Schloss Mirow als Altersheim sowie die zeitweilige Bauleitung durch den Bezirkskonservator sorgten dafür, dass eine denkmalgerechte

Wiederherstellung durchgeführt werden konnte. Auf diese Weise mussten keine weiteren Abstimmungen mit den örtlichen Organen getroffen werden, die letztlich nur für eine Konsensfindung zwischen denkmalgerechtem Umgang und einer Anpassung des Objektes im Rahmen einer neuen Nutzungsmöglichkeit changierten und nicht zwangsläufig eine Anpassung im Sinne eines denkmalgerechten Umgangs meinten.

Im Falle der Burg Schlitz war ihre erfolgreiche denkmalgerechte Wiederherstellung letztlich vor allem der Arbeit von Heinrich Timm als ehrenamtlichem Denkmalpfleger zu verdanken, der alle Vorgänge der Schweriner Arbeitsstelle meldete; dadurch konnte diese häufig gerade noch rechtzeitig auf die Veränderungen reagieren.

Neubrandenburg

Intensive Bemühungen unternahm Erich Brückner als Vertrauensmann für Denkmalpflege im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt Neubrandenburg. Brückner diskutierte 1954 im Beirat für Denkmalpflege mit Architekten und Denkmalpflegern unter anderem über den Wiederaufbau Neubrandenburgs, versuchte auch in der (Fach-)Öffentlichkeit, denkmalpflegerische Belange beim Wiederaufbau der Stadt zu vermitteln und diese im Hinblick auf den zukünftigen Städtebau stark zu machen. In einem Zeitschriftenbeitrag in der *Deutschen Architektur* von 1955 schrieb Brückner unter anderem, dass „Neues in schöpferischer Freiheit als Ausdruck unserer heutigen gesellschaftlichen Situation und Wohnbedürfnisse [entstehen], aber mit Einordnung in das Erhaltene“³³⁷ gestaltet werden müsse. Besonders kritisch beurteilte Brückner in seinem Aufsatz die Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, da diese nun „kein traditionsgebundener Straßenzug mehr“³³⁸ sei, was Brückner vorrangig auf das Verhältnis von der Straßenbreite zur Bebauung zurückführte.

Auch der Architekt Hanns Hopp problematisierte in der *Deutschen Architektur* den Wiederaufbau der Friedländer Straße, deutlich wird dabei aber dessen kritisches Verhältnis zur Denkmalpflege, da Hopp betonte, dass „[e]ine Wiederherstellung des ehemaligen Zustandes [...], wie es sich der Denkmalpfleger vorstellen mag, nicht in Frage [kommt], denn sie würde mit den Anforderungen heutigen Lebens und Verkehrs nicht in Einklang zu bringen sein“³³⁹. Diese Aussage verdeutlicht Hopps geringes Verständnis für denkmalpflegerische Ideen und Zielstellungen. Ein Wiederaufbau des ehemaligen Zustandes war dabei auch aus

337 Erich Brückner: Zur Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, in: *Deutsche Architektur* (1955), H. 7, S. 302–306, hier S. 303.

338 Ebd., S. 303–306.

339 Hanns Hopp: Der Wiederaufbau von Neubrandenburg, in: *Deutsche Architektur* (1955), H. 7, S. 293–298, hier S. 296.

denkmalpflegerischer Sicht keine Option. Es ging Brückner und anderen Denkmalpflegern vielmehr um die Bereitschaft zu einer größtmöglichen Sicherung der noch vorhandenen Substanz und um die Rücksichtnahme auf historische Substanz im Stadtraum. So forderte Brückner in seinem Beitrag in der *Deutschen Architektur* nicht den Wiederaufbau des ursprünglichen Zustandes, sondern den Erhalt identitätsstiftender bzw. charakteristischer Merkmale Neubrandenburgs, die insbesondere durch den „mittelalterlichen Stadtplan, mit ihren heimatkundlichen Backsteinbauten und Wehranlagen der Tore, Türme [und] Mauern“ zum Ausdruck kämen. Er plädierte für eine schöpferische Neugestaltung, die Tradition mit neuer fortschrittlicher Entwicklung in Einklang bringen würde, und forderte „Entschlossenheit“ beim Wiederaufbau, um das „wertvolle Baukulturerbe bei der Gestaltung [...] kritisch zu verarbeiten und weiterzuentwickeln“.³⁴⁰

Der Erhalt charakteristischer Wahrzeichen Neubrandenburgs spielte für den Wiederaufbau jedoch eine untergeordnete Rolle. Denn obwohl Brückner schon in seinem Beitrag in der *Deutschen Architektur* die Tore, Türme und Mauern Neubrandenburgs als charakteristische und unbedingt erhaltenswerte Denkmale definierte, konnte dies nicht davor schützen, dass 1956 ein Teil der Stadtmauer einstürzte.³⁴¹

Welche Gedanken Brückner als Leitmotive und Zielstellungen für den Wiederaufbau Neubrandenburgs dienten und welche Bedeutung er dabei der Denkmalpflege zukommen ließ, kann anhand seines Aufsatzes zum „Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert als Grundlage für den Neuaufbau nach 1945“ aufgezeigt werden. Dieser wurde 1971 anlässlich des 90. Geburtstages Brückners in einer gekürzten Fassung in den Mitteilungen der Arbeitsstelle veröffentlicht.³⁴² Brückner beschrieb darin, dass Neubrandenburg, wie viele mittelalterliche Städte, im Verlauf der Geschichte mehrfach zerstört worden ist. Hinsichtlich des Wiederaufbaus im 18. Jahrhundert führte er aus, dass damals an der Straßenführung nichts verändert worden ist, das heißt dass das mittelalterliche Schema aus fünf West-Ost-Straßen und zwei Nord-Süd-Straßen und aus den ebenso schmalen einspurigen Gängen in Nord-Süd-Richtung erhalten geblieben ist. Bezüglich der

340 Vgl. Erich Brückner: Zur Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, S. 306.

341 Vgl. Neubrandenburg, Lkr. Mecklenburgische Seenplatte, eingestürzte Stadtmauer, 1956, LAKD M-V/LD, Ortsakte, Erich Brückner, zitiert nach <https://www.kulturwerte-mv.de/Landesdenkmalpflege/Denkmal-des-Monats/Bisherige-Beitr%3%A4ge/2017-03-Wiekh%3%A4user-Neubrandenburg-und-moderner-St%3%A4dtebau-der-DDR/> [letzter Zugriff: 02.07.2021]. Hier zu finden in der Bilderreihe, Abb. 8.

342 Vgl. Erich Brückner: Der Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert als Grundlage für den Neuaufbau nach 1945, in: Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1971), Nr. 20, S. 141–145.

Bebauung konzentrierte sich Brückner auf die erfolgte Aufstockung der Wohnhäuser im Barock sowie auf den Wechsel zwischen trauf- und giebelständigen Häusern im Straßenverlauf. Innerhalb der Stadtgestaltung bzw. Gestaltung von Stadträumen im 18. Jahrhundert bezog sich der Denkmalpfleger vorrangig auf die Neugestaltung des Marktplatzes wie auch des Rathauses.

In seinem Aufsatz zum Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert versuchte Brückner vermeintliche Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten im Verlauf der Geschichte aufzuzeigen und betonte in seiner Analyse insbesondere Aspekte, die auch beim Wiederaufbau der Stadt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs diskutiert wurden. Brückners Abhandlung erscheint als ein Versuch, die „Richtigkeit“ seiner (denkmalpflegerischen) Ansichten zum Wiederaufbau Neubrandenburgs argumentativ darzulegen und diese mit einer vermeintlichen Geschichtskontinuität zu untermauern. Zusätzlich versuchte Brückner, die Richtigkeit dieser Folgerungen mit seiner eigenen Expertise zu begründen, indem er darauf verwies, dass er „in seiner Eigenschaft als ehrenamtlicher Vertrauensmann für Denkmalpflege in die ‚Ständige Kommission der Stadtverordnetenversammlung‘ berufen“ worden sei, um „über die Pläne zum Wiederaufbau mit zu entscheiden“.³⁴³ Ob er wirklich hat „mitentscheiden“ können, ist fraglich. Allerdings wird seine Expertise notwendig gewesen sein.

Obwohl Brückner in seinem Artikel auf die Beibehaltung des Straßennetzes sowie auf die Abwechslung zwischen den Gebäuden, die sich trauf- oder giebelständig zeigen, verwies und die Vorzüge dieser Art des Wiederaufbaus im 18. Jahrhundert deutlich zum Ausdruck brachte, endet dieser Beitrag – im Vergleich zu seinem Aufsatz in der *Deutschen Architektur* von 1955 – durchweg lobend für den Wiederaufbau der Stadt, da der „Besucher der neuen, sozialistischen Stadt Neubrandenburg [...] mit Recht von einem unverwechselbaren Stadtbild sprechen [kann], das im Einklang und als Weiterentwicklung des kulturhistorischen Erbes entstanden [ist]“³⁴⁴. Allerdings kann mit großer Sicherheit ausgeschlossen werden, dass Brückner den Wiederaufbau Neubrandenburgs tatsächlich durchweg als derart gelungen bewertete. Der Unterschied scheint für ihn darin gelegen zu haben, dass seine Forderung von 1955 nach einer kritischen Verarbeitung und Weiterentwicklung des Baukulturerbes zu Lösungen geführt haben mag, die aus der mittelalterlichen Stadt Neubrandenburg eine, aus seiner Sicht, sozialistische Stadt haben entstehen lassen.

343 Vgl. ebd., S. 144.

344 Ebd., S. 145.

Im Bezirk Stralsund: Käthe Rieck und die Altstadt

Aus der Auflistung der Vertrauensleute für Denkmalpflege der Arbeitsstelle Schwerin geht hervor, dass die Gruppe der ehrenamtlichen Denkmalpfleger vorrangig männlich geprägt war – wie auch innerhalb der staatlichen bzw. institutionellen Denkmalpflege nicht anders. Eine Ausnahme bildete Käthe Rieck. Rieck war nicht nur eine ehrenamtliche Denkmalpflegerin, sondern darüber hinaus Museumsdirektorin des Kulturhistorischen Museums in Stralsund. Sie gehörte zu den wenigen Frauen, die sich für die Denkmalpflege in der DDR (ehrenamtlich) engagierten und in diesem männlich geprägten Feld über Renommee verfügte.

Käthe Rieck wurde 1902 in Rostock geboren und begann 1921 ihre Tätigkeit im Stralsunder Museum als Assistentin von Fritz Adler, dem Direktor des Museums. Sie bearbeitete den umfangreichen Museumsfundus, veranlasste Restaurierungen, inventarisierte den Bestand und organisierte verschiedene Ausstellungen. Von 1950 bis 1962 leitete sie, in der Nachfolge Adlers, das Kulturhistorische Museum und engagierte sich für die Verbreitung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse. Ebenso gehörte sie zu den Initiatoren und Herausgebern des „Greifswald-Stralsunder Jahrbuchs“, in dem sie auch über denkmalpflegerische Themen publizierte.³⁴⁵ Bereits in den 1950er Jahren zählte Rieck zu den sogenannten ehrenamtlichen „Vertrauensmännern“ für Denkmalpflege, die sich für das Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Schwerin, in verschiedenen Kreisen um den Denkmalbestand sorgten. Riecks Zuständigkeit galt dabei dem Kreis Stralsund. Als Rieck 1961 ihr 40-jähriges Dienstjubiläum im Stralsunder Museum beging, gratulierte ihr auch Walter Ohle als Leiter der Arbeitsstelle Schwerin im Rahmen eines Beitrags in den Mitteilungen und rückte dabei Riecks Tätigkeit als Denkmalpflegerin in den Fokus.³⁴⁶

Dieser Beitrag Ohles soll im Folgenden als Ausgangspunkt zur Betrachtung von Riecks Schaffen dienen und zugleich die Arbeit Riecks als Denkmalpflegerin charakterisieren. Ohles Text verdeutlicht auch, dass Riecks Tätigkeit als „Vertrauensmann“ durchaus eine Ausnahme darstellte. So führte der Arbeitsstellenleiter aus, dass die „Zusammenarbeit zwischen dem Stralsundischen Museum und den Organen der Denkmalpflege“ schon sehr lange bestehe und über eine Tradition verfüge, die bis zur Tätigkeit des Provinzialkonservators Lemcke zurückreiche. Besondere Betonung erfuhr in Ohles Bericht Fritz Adlers Wirken, dessen Tätigkeit und inhaltliche Ausrichtung der Grundstein für Riecks Tätigkeit gewesen sei.³⁴⁷ Ohle wollte Riecks Erfolge und Projekte damit allerdings nicht schmälern. Insbe-

345 Vgl. Hansestadt Stralsund (Hrsg.): Frauen in der Stralsunder Stadtgeschichte, Stralsund 1998, S. 147.

346 Vgl. Walter Ohle: Käthe Rieck zum 40jährigen Dienstjubiläum, S. 1.

347 Vgl. ebd., S. 2. So schrieb Ohle: „Käthe Rieck, als Adlers langjährige Mitarbeiterin aufs gründlichste mit der Materie der Bildenden Kunst und den Problemen der Denkmalpflege vertraut

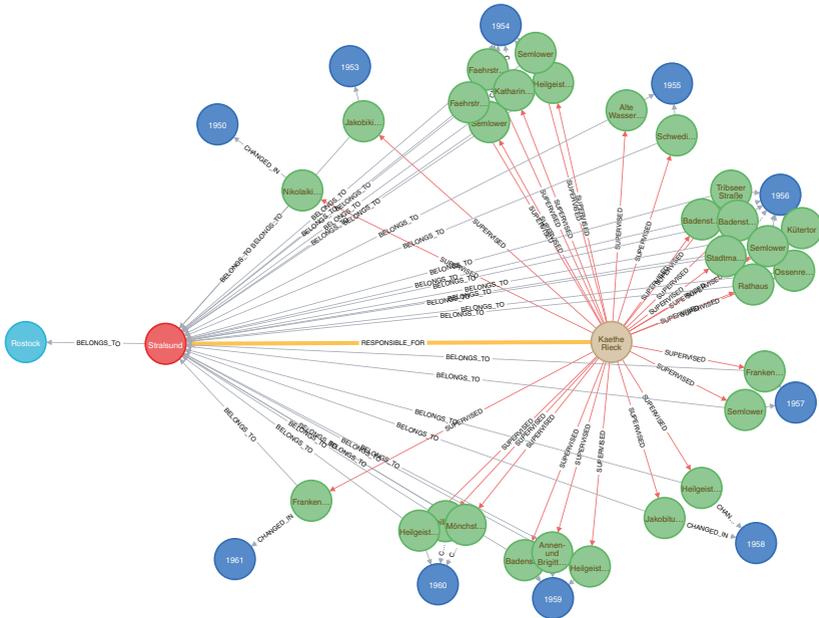


Abb. 22: *Betreute denkmalpflegerische Maßnahmen von Käthe Rieck, auf der Grundlage der Auflistung von Walter Ohle aus dem Jahr 1960.*
 MATCH (n:Vertrauensleute)-[:responsible_for]->(k:Kreise)-[:belongs_to]->(o:Objekt)-[:changed_in]->(j:Jahr) WHERE n.Vertrauensleute='Kaethe Rieck'
 RETURN n, k, o, j;

sondere, da „die Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege mit ihrem Stralsunder Vertrauensmann [Käthe Rieck] manche gemeinsamen Erlebnisse und viele durchstandene (und zuweilen auch glücklich bestandene!) denkmalpflegerische Kämpfe“³⁴⁸ durchlebt hätten. Um diesen Kämpfen Ausdruck zu verleihen, folgt in den Mitteilungen eine „Zusammenstellung aller wichtigeren denkmalpflegerischen Vorhaben in Stralsund, an deren Durchführung Rieck maßgeblich beteiligt war“. Diese Auflistung unterschied die Projekte in „[u]mfangreiche, sich über mehrere Jahre hinziehende Arbeiten und Aufgaben, die noch nicht abgeschlossen sind“ und in „einzelne Arbeiten“. ³⁴⁹ Die Zusammenstellung zeigt eindrücklich, wie sehr sich Rieck für den heterogenen Denkmalbestand in Stralsund eingesetzt

geworden, hat nach der Übernahme seiner Geschäfte das glücklich Begonnene mit Mut und Energie weitergeführt.“

348 Ebd.

349 Vgl. ebd.

hat. So war sie nicht nur bei den Beratungen zu den Bebauungsplänen der Stralsunder Innenstadt engagiert, sondern auch beim Wiederaufbau von stark zerstörten Kirchen, Bürgerhäusern und beweglichem Kunstgut; zudem setzte sie sich für die Umnutzung verschiedener Denkmale ein, wodurch nicht zuletzt der Erhalt des jeweiligen Denkmals sichergestellt werden konnte (Abb. 22). Deutlich wird auch, dass die intensivste denkmalpflegerische Aktivität bis 1960 (dem Ende des ersten Untersuchungszeitraumes) im Jahr 1956 zu verzeichnen war – ein Verweis auf jenes Jahr, in dem die IfD-Zentrale in Berlin aktiv existierte, bevor sie 1957 wieder aufgelöst wurde. Obwohl die Arbeitsstelle Schwerin zu diesem Zeitpunkt von Berlin aus tätig werden musste, hatte das eine Jahr des Bestehens der Zentrale offenbar für ein gewisses Maß an Stabilität und Planbarkeit gesorgt, so dass eine Vielzahl von denkmalpflegerischen Projekten möglich geworden war.

Käthe Rieck suchte zudem immer wieder den Austausch mit der Öffentlichkeit. In zahlreichen Artikeln und Aufsätzen erläuterte sie den Denkmalwert verschiedener Objekte, gab Aufschluss über die in Umsetzung befindlichen Arbeiten und kommentierte, zuweilen auch kritisch, die bisherigen Vorgehensweisen staatlicher Institutionen sowie verschiedene bauliche Maßnahmen am Stralsunder Denkmalbestand.

1958 veröffentlichte die Deutsche Bauakademie eine Publikation mit dem Titel „Die Altstadt von Stralsund. Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege“, in der Käthe Rieck die Denkmalpflege in Stralsund charakterisierte und die nächsten Aufgaben und Herausforderungen umriss.³⁵⁰ Chronologisch vorgehend schilderte Rieck in ihrem Beitrag zunächst die Situation der Denkmalpflege nach dem Kriegsende, die, obwohl bereits 1946 die Landesämter für Denkmalpflege eingerichtet worden waren, „nur mit Unterstützung der Räte der Städte und Gemeindeverwaltungen wirksam“³⁵¹ werden konnte. Dass die Umsetzung denkmalpflegerischer Ziele häufig schwierig, wenn nicht sogar zum Scheitern verurteilt war, sah Rieck zum einen in der fehlenden Kommunikation positiver Beispiele aus Polen oder aus der Tschechoslowakei und zum anderen in der mangelnden Zusammenarbeit der „verantwortlichen Mitarbeiter der Abteilung Aufbau, der Stadtplanung, der Denkmalpflege und der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung“ begründet, die bis „1955 mehr oder weniger isoliert voneinander“ gearbeitet hätten.³⁵² Warum Rieck die zeitliche Zäsur auf das Jahr 1955 setzte, geht aus ihrem Text nicht weiter hervor. Denkbar wäre, dass die Mu-

350 Vgl. Käthe Rieck: Die Denkmalpflege in Stralsund und ihre nächsten Aufgaben, in: Kurt Leucht/ Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Die Altstadt von Stralsund. Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege (= Schriften des Forschungsinstituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung), Berlin 1958, S. 85–92.

351 Ebd., S. 85.

352 Vgl. ebd., S. 87.

seumsleiterin den Beginn einer positiven Entwicklung der Denkmalpflege im Zusammenhang mit der Gründung der IfD-Zentrale, die 1955 erfolgte, sah.

In ihrem Aufsatz äußerte sich Rieck nicht nur gegenüber vergangenen Entwicklungen kritisch, sondern auch im Hinblick auf die gegenwärtige Situation und auf die notwendigen nächsten Schritte im Bereich der Denkmalpflege. So führte sie unter anderem aus, dass man nicht verwundert darüber sein dürfe, dass die am 1. November 1956 vom Rat der Stadt bestätigte Ortssatzung zur Erhaltung der baukünstlerischen Eigenart Stralsunds wiederholte Male missachtet werde, wenn sie so gut wie nirgendwo bekanntgemacht würde. In ihrem Ausblick zu den nächsten Aufgaben der Denkmalpflege formulierte Rieck die Forderung, dass nun in Stralsund „endlich“ alle Verantwortlichen und Beteiligten zusammenarbeiten müssten, um „gute Beispiele in der Sanierung von Wohnungen in baukünstlerisch wertvollen Häusern“ schaffen zu können.³⁵³

Die Altstadt – „Hinter gotischen Fassaden“

Im folgenden Abschnitt werden verschiedene denkmalpflegerische Maßnahmen, die Käthe Rieck beaufsichtigte und über die sie selbst publizierte, näher betrachtet. Ausgehend von der bestehenden Quellenlage³⁵⁴ und von den Einblicken, die Rieck in ihren Veröffentlichungen gewährte, wurden Beispiele gewählt, die jenseits des eigentlichen Betrachtungszeitraumes liegen. Trotz dessen geben sie Aufschluss über die Art und Weise der Arbeit Riecks und über ihr denkmalpflegerisches Verständnis.

Käthe Rieck publizierte in verschiedenen Tageszeitungen und Fachzeitschriften über denkmalpflegerische Projekte in Stralsund, über deren Ergebnisse und über die nächsten Aufgaben der Denkmalpflege. Im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre rückte dabei mehr und mehr der Erhalt der historischen Substanz im Zusammenhang bzw. Wechselspiel mit der sozialistischen Umgestaltung der Stadtzentren in den Fokus. Im *Neuen Deutschland* wurde Stralsund bereits 1962 mit den Worten charakterisiert: „Wo einst reiche Patrizier praßten, bauen die Werktätigen heute an einem neuen Leben.“³⁵⁵ Neues Identifikationsmerkmal sollte der Hafen sein, der auf der Grundlage des Sozialismus aus der „Beamtenstadt“ eine „moderne Industriestadt“ erwachsen lassen sollte. Dabei wurde die Geschichte der Stadt zwar nicht negiert, jedoch auf das Altstadtzentrum rings um das „berühmte Rathaus, das zu den prächtigsten Profanbauten der niederländischen Backsteingotik zählt“ begrenzt.³⁵⁶

353 Vgl. ebd., S. 90.

354 Leider konnte aufgrund mehrjähriger Baumaßnahmen im Stadtarchiv Stralsund keine Akteneinsicht erfolgen, sodass Unterlagen, die den Untersuchungszeitraum abgebildet hätten, nicht gesichtet und dementsprechend nicht ausgewertet werden konnten.

355 O.V.: Stralsund Stadt an der Ostsee. Wo einst reiche Patrizier praßten, bauen die Werktätigen heute an einem neuen Leben, in: *Neues Deutschland* vom 14.07.1962, S. 9.

356 Vgl. ebd.

In einer Stadt wie Stralsund, die „schon lange weit über die mittelalterlichen Stadtmauern hinausgewachsen“³⁵⁷ war, wie es das *Neue Deutschland* 1978 formulierte, stellte der Erhalt der historischen Substanz bei gleichzeitiger Forderung nach Anpassungen an „moderne“ Gegebenheiten eine große Herausforderung dar – auch für die ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege. Für kulturelle Zwecke eigneten sich vor allem die ehemaligen Stadtbefestigungen und Toranlagen.³⁵⁸ Bereits 1956 hatte sich Käthe Rieck um Sanierungs- und umfangreiche Instandsetzungsarbeiten am Kütertor und an der Stadtmauer bemüht. Doch für den weiteren Erhalt musste den Baudenkmalen eine sinnvolle Nutzung zugewiesen werden. Im Jahr 1963 wurden das Kütertor sowie ein Teil der ausgebauten Stadtmauer zur Jugendherberge umgebaut und in das ehemalige Johanneskloster zog 1964 das Stadtarchiv ein, sodass ein weiterer Erhalt dieser geschichtsträchtigen Bausubstanz über die DDR-Zeit hinweg gesichert blieb.

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen in der Stadt bei gleichzeitigem Substanzerhalt standen Architekten, Denkmalpfleger und Stadtplaner vor großen Herausforderungen. Unter der Überschrift „Hinter gotischen Fassaden in Stralsund“³⁵⁹ kommentierte das *Neue Deutschland* 1978 das Baugeschehen in der Hansestadt, dessen „Altstadtkern [...] zu den zwei Dutzend historischen Stadtzentren [gehört], die in die zentrale Denkmalliste der DDR aufgenommen wurden“³⁶⁰. Der Erhalt und die Pflege der Altstadt einerseits und die Schaffung von modernem Wohnraum andererseits stellten dabei keinen Widerspruch dar. Im Gegenteil, die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für ein Programm zur Pflege und Erhaltung der Altstadt gehörte zu den „ersten Schritte[n] einer umfassenden Rekonstruktion“³⁶¹. Gemeint war damit vorrangig der Erhalt der Fassaden, bei gleichzeitiger (völliger) Umgestaltung des Innenraumes. So beschrieb der Stralsunder Oberbürgermeister, Horst Lehmann, dass „[h]inter gotischen und barocken Fassaden [...] allein in der Knieper- und Fährstraße moderne Wohnungen für über 100 Familien“³⁶² entstanden seien. Die Schwierigkeit bei der Umsetzung dieser „umfassenden Rekonstruktion“ lag vor allem in der notwendigen Verbindung industrieller (Wohnungs-)Bauweisen mit traditionellem Hand-

357 Christa Lie: Sehenswertes in alten Stadttoren. Mittelalterliche Wehranlagen werden als Museen, Galerien, Klubs und Jugendherbergen genutzt, in: *Neues Deutschland* vom 31.10.1978, S. 2.

358 Vgl. ebd. Sowie: Gudrun Hartmann: Klubhaus, Atelier und Museum in altem Gemäuer. Historische Gebäude in Ostseestädten sinnvoll genutzt, in: *Neues Deutschland* vom 11.08.1981, S. 4.

359 Frank Starke: Hinter gotischen Fassaden in Stralsund. Rekonstruktion der Altstadt wurde begonnen. Historisch wertvolle Bauten vielfältig genutzt, in: *Neues Deutschland* vom 27.02.1978, S. 3.

360 Ebd.

361 Ebd.

362 Ebd.

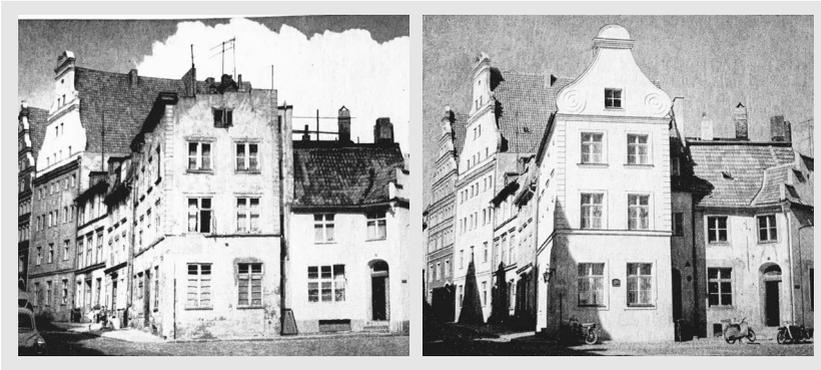


Abb. 23: Fahrstraße 26 in Stralsund vor und nach der Rekonstruktion, o.J.

werk. Konkret bedeutete dies für die Umsetzung des Bauprojektes in Stralsund, dass sich die Baubetriebe (VEB Stadtbauhof und VEB Hochbau) – stehend für Fortschritt mit möglichst rationeller Realisierung – und demgegenüber das Stralsunder Handwerk bzw. die Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) – stehend für möglichst umfangreiche Werterhaltungsmaßnahmen – über das Vorgehen zu einigen hatten. Da aber grundsätzlich für diese Art von Bauausführung, einem Hybrid aus Instandsetzung und Neubau, die Praxis fehlte, suchte man Kontakt zum polnischen Baubetrieb für Denkmalpflege Szczecin, der „bereits langjährige Erfahrung beim Erhalt historischer Bauten“³⁶³ hatte.

In einem Beitrag für die *Denkmalpflege in der DDR*³⁶⁴ beschrieb Käthe Rieck, als Vertrauensfrau für Denkmalpflege, das Bauprojekt für die Fahrstraße 26 in Stralsund und benannte auch den Weg vom Zustandekommen des Projektes bis zur Fertigstellung der Instandsetzungs- und Umbauarbeiten (Abb. 23). So führte Rieck aus, dass die Fahrstraße „schon immer einer der wichtigsten Verbindungswege zwischen der Stralsunder Innenstadt und dem Hafen“ gewesen war, dessen Aussehen im 19. Jahrhundert anhand von Fotografien und Lithografien überliefert war und vermittelt werden konnte.³⁶⁵ Während der Gründerzeit hatte sich das Straßen- und Stadtbild Stralsunds jedoch enorm verändert, unter anderem auch durch den teilweisen Abbruch der ehemaligen Stadttore. Rieck stellte weiter dar, dass es „[i]n jenen Jahren [...] noch manche, meist unerfreuliche Veränderungen an den historischen Bauten“ gegeben und so „auch das Haus Fahrstraße 26 [...]“

363 Ebd.

364 Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, in: *Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik* (1975), Nr. 1, S. 38–44.

365 Vgl. ebd., S. 41.

seinen historischen Giebel“ eingebüßt hat.³⁶⁶ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach Beseitigung der Kriegsschäden zu Beginn der 1950er Jahre war es die Denkmalpflege, die vorgeschlagen hat, „das besagte Haus Nr. 26 wieder mit einem Giebel zu versehen“³⁶⁷. Sicherlich auch, da Rieck selbst bereits 1954 Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden der Fährstraße 22/23 und 24 sowie im Jahr 1957 an der Fährstraße 11 betreut hat. Grundlage für die Giebelwiederherstellung in der Fährstraße 26 sollte eine Lithografie von 1842 sein, die als „Anregung und Vorlage“ verstanden wurde. Doch das Haus war in Privatbesitz und die 1958 beginnenden Verhandlungen mit dem Besitzer blieben zunächst erfolglos.³⁶⁸ Neue Möglichkeiten entstanden, so Rieck, durch die *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale* von 1961, in deren Folge auch die „Altstadt Stralsund als ‚Denkmal der Stadtbaukunst‘ in internationaler Bedeutung“ bestätigt wurde.³⁶⁹ Es ist durchaus denkbar, dass mit der neuen Verordnung von 1961 der institutionellen Denkmalpflege wirksamere Mittel zur Verfügung standen als zuvor, da sie in erster Linie eine Anpassung der Verordnung von 1952 an die realen Bedingungen und Strukturen war. Offenbar war der Druck auf den Hausbesitzer derart erhöht worden, dass er sich zunächst zur Instandsetzung bereit erklärt, dann aber das Haus verkauft hat, womit es in den Besitz des VEB Gebäudewirtschaft überging. Es konnte dann ein Vertrag mit einem polnischen Baubetrieb geschlossen werden, der „nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch das gesamte Baumaterial zur Verfügung“³⁷⁰ stellte.

Damit begann jedoch noch nicht die Baumaßnahme am Haus Nummer 26, sondern es erfolgten zunächst „[eine] Untersuchung der Bausubstanz und [die] notwendigen archivalischen Studien durch entsprechende Experten des Betriebs“³⁷¹. Diese förderten „eine Fotografie aus der Zeit von 1860–70 zutage“, die wiederum eine andere Giebelform wiedergab als die Lithografie, die zunächst als Vorlage hatte dienen sollen; auf der Grundlage dieser Fotografie erfolgte dann die Planung der Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen.³⁷² Rieck fasste ihren Bericht zu den erfolgten Arbeiten mit den Worten zusammen: „Der Wert dieser Rekonstruktion liegt weniger in der Gewinnung von Wohnraum als in ihrer städtebaulichen Bedeutung für die Fährstraße mit ihren zahlreichen historischen

366 Vgl. ebd., S. 38.

367 Ebd., S. 39.

368 Vgl. ebd., S. 39.

369 Vgl. Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert vom 2. Januar 1962, II. Denkmale der Stadtbaukunst.

370 Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, S. 43.

371 Ebd., S. 41.

372 Vgl. ebd., S. 41.

Bauten verschiedener Stilepochen.³⁷³ Letztlich sei sie „eine wesentliche Bereicherung des Straßenbildes [...] und] ein anregendes Beispiel für einen qualitätsvollen, modernen Innenausbau mit individueller Note“³⁷⁴.

Riecks Aussage verdeutlicht, dass die Tradierung eines spezifischen (Geschichts-)Bildes bei der Instandsetzung der Fährstraße im Vordergrund stand. Der Erhalt der Fassaden war mit dem Auftrag verbunden, Stadtgeschichte in ihrer Vielfalt erlebbar zu machen. Der denkmalpflegerische Anspruch, insbesondere in der Vorbereitung und bei der Begleitung der Maßnahmen, war dementsprechend außerordentlich hoch. Nicht nur, weil man sich für den Erhalt von möglichst viel historischer Substanz einsetzte, sondern auch, weil man sich die polnischen staatlichen Werkstattbetriebe (PKZ) hinzuholte. Rieck als ehrenamtlicher Denkmalpflegerin oblag es hingegen, (mehr oder weniger offiziell) die Vermittlung und Wissensverbreitung über den historischen Bestand, über den Erhalt und über die Sanierung umzusetzen, um auf diese Weise letztlich auch eine höhere Akzeptanz für die Denkmalpflege im Allgemeinen zu fördern.

Spätestens mit dem VIII. Parteitag der SED (1971) verstärkte sich das Bestreben, die Generierung neuen Wohnraumes mit der Rekonstruktion oder sozialistischen Umgestaltung von Altstädten zu verbinden, wodurch die Themenfelder und Arbeitsweisen der Denkmalpflege stark geprägt wurden. Pünktlich zur 750-Jahrfeier Stralsunds berichtete die *Neue Zeit* unter dem Titel „Giebel, Gotik und behagliche Räume. Moderne Wohnungen entstehen im alten Stralsund“³⁷⁵ vom Anspruch der DDR, Altes mit Neuem zu verbinden und die drei Bereiche Denkmalpflege, Bauwesen und Städtebau in Einklang zu bringen:

„Seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden in der Stadt am Sund 400 Wohnungen um- und ausgebaut, davon 220 in der Altstadt durch Rekonstruktion von 14 Wohngebäuden. [...] Am meisten beeindruckt neben der Gewinnung moderner Wohnungen und gesellschaftlicher Räume immer wieder der liebevolle Umgang mit den historischen, zur Straße gewandten Giebeln, in hochweisender Gotik oder im Renaissancestil mit seiner Betonung der Horizontalen, seiner Ausdruckskraft in den Geschossen. [...] Es werden überall die Grundelemente der Stilarten wieder herausgearbeitet, hier das für Stralsund typische erhöhte Erdgeschoss, das wieder bewohnt werden wird, dort eine Front mit freigelegten Klosterformaten, diesen übergroßen Ziegeln aus dem Mittelalter, die nun Ursprüngliches wieder wahr und gegenwärtig machen.“³⁷⁶

373 Ebd., S. 44.

374 Ebd.

375 Bertold Kirtzeck: Giebel, Gotik und behagliche Räume. Moderne Wohnungen entstehen im alten Stralsund. 750-Jahrfeier und ICOMOS-Kongress in Sicht, in: *Neue Zeit* vom 16.02.1981, S. 3.

376 Ebd.



Abb. 24: Schirgiswalde, Herrenhaus des Domstifts, Tapetenzimmer (mittleres Zimmer), südliche Seite, Foto von 1936

Auch die Frage nach adäquaten Lösungen für das (Neu-)Bauen im Bestand wurde nun zum Thema der Denkmalpflege in der DDR. Im genannten Artikel der *Neuen Zeit* wird beispielsweise der Neubau des Hauses am Alten Markt 12 gelobt. Dabei wird festgestellt, dass es sich hierbei um keinen „reine[n] Neubau“ handele, gleichwohl würde man aber „[m]it Leistungen dieser Art“ sowohl der Forderung nach „modernem Wohnen wie der Denkmalpflege gerecht werden“.³⁷⁷

Käthe Rieck war eine äußerst aktive ehrenamtliche Denkmalpflegerin, die aus ihrer offiziellen Position als Stralsunder Museumsdirektorin heraus über verschiedene öffentlichkeitswirksame Mittel verfügte und diese zu nutzen wusste. Ihre denkmalpflegerische Arbeit bestand vorrangig aus der Verbreitung des Wissens über den Stralsunder Denkmalbestand und über die jeweiligen Arbeiten daran, die sie durchaus kritisch erörterte. Für den Substanzerhalt mussten zum Teil große Kompromisse eingegangen werden, die – um eine Nutzung des Denkmals zu ermöglichen – zum Teil in eine reine Fassadendenkmalpflege münden mussten. Rieck selbst war sich dessen durchaus bewusst, sprach sich wiederholt für einen stärkeren Substanzerhalt aus und brachte kritisch zum Ausdruck, dass es häufig mehr um die Bewahrung des Stadtbildes ging und weniger um den Er-

377 Vgl. ebd.

halt eines Einzeldenkmals als historischem Dokument. Dies lässt sich schließlich nur im Zusammenhang mit der Positionierung der institutionellen Denkmalpflege und mit dem allgemeinen Stand von Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der sozialistischen Umgestaltung betrachten und bewerten (vgl. hierzu Kapitel 5.3.2).

Innerhalb des Netzwerkes der ehrenamtlichen Denkmalpfleger war Käthe Rieck äußerst aktiv. Sie verstand es, einer breiten Masse denkmalpflegerische und denkmalschützerische Entscheidungen verständlich zu vermitteln und auf diese Weise für eine größere Akzeptanz zu sorgen. Auch konnte sie ihre offizielle Position als Direktorin des Stralsunder Kulturhistorischen Museums nutzen, um auf denkmalpflegerische Projekte hinzuweisen, sie zu dokumentieren und kritisch zu hinterfragen.

Die Stadt Schirgiswalde: Carl Swoboda – Tapetenzimmer & Laubenhaus

Der gelernte Kaufmann Carl Swoboda wurde 1896 in Schirgiswalde (Oberlausitz) geboren und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des 1922 gegründeten Vereins für Heimatforschung, dem späteren Geschichtsverein in Schirgiswalde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Geschichtsverein innerhalb des Kulturbundes weitergeführt. 1947 erfolgte die Wiedereröffnung des Schirgiswalder Heimatmuseums in der Hentschelgasse und Carl Swoboda wurde offiziell zum Beauftragten für Denkmalpflege und Naturschutz in Schirgiswalde ernannt. Bereits im September 1945 war Swoboda von Walter Bachmann im Namen des sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege damit beauftragt worden, „Aufnahmen von Bau- und Kunstdenkmälern zu machen“. In der Folgezeit setzte sich Swoboda für diverse Bergungsarbeiten³⁷⁸ an verschiedenen Schlössern bzw. auf Land- und Gutssitzen in der Region ein. Die Tätigkeiten von Swoboda zeichnen sich ebenso wie das Schaffen Käthe Riecks durch ein hohes Engagement vor Ort aus. An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich Swoboda auch um die Erforschung seiner Heimat und derer Kunstwerten bemühte und die Ergebnisse ebenfalls verbreitete.

Tapetenzimmer im Herrenhaus des Domstifts St. Peter

Exemplarisch sollen hier die Tapetenzimmer im Herrenhaus des ehemaligen Rittergutes in Schirgiswalde, das dem Domstift St. Peter in Bautzen gehörte, erwähnt werden (Abb. 24). Erstmals als Denkmal von künstlerischem Wert gesehen wurden die betreffenden Zimmer 1908 von Cornelius Gurlitt, der allerdings noch die „Wandmalereien“ als wertvoll und erhaltenswert benannte und sie den „Malern Melotta“ zuschrieb. Erst durch die von Swoboda angetriebenen

³⁷⁸ Zu nennen sind hier unter anderem das Schloss Sohland und das Schloss Cunewalde. Siehe hierzu auch: Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda.

Nachforschungen wurde der tatsächliche künstlerische und historische Wert der Tapeten erkannt. Diese waren vermutlich um 1830 im Zuge des Umbaus des ehemaligen Rittergutes zum Wohnhaus bzw. zur Sommerresidenz der Dekane angebracht worden. Die Nachforschungen ergaben, dass die Tapete des nördlichen Zimmers auf Entwürfe des französischen Künstlers Xavier Mader zurückgeht und von der Pariser Werkstatt Dufour et Leroy hergestellt worden ist; die Tapeten des mittleren Zimmers rekurren auf Darstellungen von Moritz Rugendas und wurden von der elsässischen Firma J. Zuber in Rixheim umgesetzt. Allein das südliche Zimmer, dessen Tapeten den Raum zu einer gotischen Kapelle mit perspektivischem Dachabschluss werden lassen, konnte keinem Künstler und keiner spezifischen Werkstatt zugeordnet werden. Für Swoboda war nun nachgewiesen, dass „[d]ie Schirgiswalder Bildttapeten [...] zeitgebundene Äußerungen des politischen und kulturellen Lebens“ seien und „nicht nur wegen ihres Alters, sondern vor allem als Zeugnisse künstlerischen Schaffens, handwerklichen Könnens und als gesellschaftsgeschichtliche Zeugnisse“ erhalten werden müssten.³⁷⁹

Im Folgenden soll es vorrangig um das Engagement Carl Swobodas innerhalb der praktischen Baudenkmalpflege, insbesondere im Zusammenhang mit der institutionellen Denkmalpflege, gehen. Die Ergebnisse von Swobodas Arbeit schlugen sich auch im „Dehio“³⁸⁰ nieder. Während in der Ausgabe von 1940 lediglich die Katholische Kirche in Schirgiswalde Erwähnung fand, wurden im „Dehio“ von 1965 sowohl das „Domstiftliche Herrenhaus“ mit seinen Tapeten als auch der Wohnhausbau von Schirgiswalde mit der „reizvolle[n] Gruppe von Laubenhäusern“ aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und den „zahlreiche[n] Umgebendehäuser[n]“ der Stadt genannt.³⁸¹

Laubenhäuser am Marktplatz

Über einen Zeitraum von acht Jahren bemühte sich Swoboda in Absprache mit dem Kreisdenkmalpfleger Theodor Schütze und mit der IfD-Arbeitsstelle Dresden darum, dass die Laubenhäuser am Markt (Abb. 25) weiterhin ortsbildprägend und platzbestimmend blieben, wie auch um einen Rückbau der Stützen des Laubengangs. Zu Beginn der 1950er Jahre war die Verkehrsführung durch Schirgis-

379 Vgl. Privataarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Aufsatz von Carl Swoboda: Kostbare alte Bildtapeten in Schirgiswalde, erschienen in: Kalender Sächsische Gebirgsheimat, o.D., o. Pag.

380 Gemeint ist hier das sogenannte Dehio-Handbuch, eine Buchreihe, die vom Kunsthistoriker Georg Dehio initiiert worden ist und die die bedeutendsten Kunstdenkmäler im deutschsprachigen Raum verzeichnet.

381 Vgl. Arbeitsstelle für Kunstgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Bearb.): Dehio. Sachsen. Die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, München/Berlin 1965, S. 368–369.



Abb. 25: Laubenhäuser Schirgiswalde, o.J.

walde am Markt, entlang der Laubenhäuser, verändert worden, sehr zum Missfallen der Denkmalpfleger. Am 27. Juni 1957 wandte sich deshalb Fritz Löffler an den Bürgermeister der Stadt und teilte ihm mit, dass die „Absperrung an den Laubenhäusern“, die zur Verkehrssicherung angebracht war, beim Institut für Denkmalpflege nicht auf Zustimmung stoßen würde, „da hierdurch eine Verschandelung des Ortsbildes entstanden [ist], die der Verordnung vom 26.6.1952 widerspricht“.³⁸² Wenige Wochen später wandte sich auch der Kreisdenkmalpfleger Schütze, bezugnehmend auf eine Nachricht der IfD-Arbeitsstelle Dresden, an den Rat der Stadt. Auch Schütze brachte zum Ausdruck, dass „die Angelegenheit“³⁸³ wohl nicht für erledigt angesehen werden könne, da der „Vereinbarung zwischen dem IfD und dem Herrn Bürgermeister als Vertreter der Stadt“ nicht nachgekommen und die Vereinbarung damit „geradezu sabotier[t]“ werde. Schütze forderte, die „Verkehrssicherung nun baldigst auf das erträgliche Maß“ zurückzuführen, um „das Bemühen der Stadt, ein schönes Ortsbild zu bewahren, auch hier deutlich erkennbar [werden zu lassen]“.³⁸⁴

382 Vgl. Privataarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Löffler an den Bürgermeister bzw. den Rat der Stadt Schirgiswalde, zur Kenntnisnahme an Carl Swoboda und den Rat des Kreises Bautzen vom 27.06.1957 betreffend Absperrung an den Laubenhäusern.

383 Privataarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben des Kreisdenkmalpflegers Theodor Schütze an den Rat der Stadt Schirgiswalde vom 03.07.1957 betreffend Absperrung an den Laubenhäusern.

384 Vgl. ebd.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Rückbau der Stützen des Laubengangs erfolgen, tatsächlich umgesetzt wurde er jedoch erst 1963. Dieser Rückbau war für die Denkmalpfleger ein großer Erfolg, zu dem Hans Nadler Carl Swoboda herzlich gratulierte: „Was lange währt, wird gut! Aber nur, wenn ein so energischer und findiger Mitarbeiter, wie Sie es sind, sich der Sache annimmt.“³⁸⁵ Vom Erfolg des Rückbaus berichtete auch der Kreisdenkmalpfleger Schütze dem Rat der Stadt und verband damit erneut die Forderung nach einer Veränderung der Verkehrssicherung, die nach wie vor ausstand:

„Der Energie des Herrn Swoboda ist es zu verdanken, daß er endlich realisiert wurde. [...] Im nächsten Frühjahr sollen die neuen Säulen noch Farbe bekommen, voraussichtlich auf Kosten der Denkmalpflege. [...] Den Rat der Stadt Schirgiswalde bitten wir aber, für eine Veränderung der Verkehrssicherung entlang der Laubenhäuser Sorge zu tragen, die in der jetzigen plumpen Form von Anbeginn an von der Denkmalpflege angefochten worden ist.“³⁸⁶

Dieser Erfolg sollte jedoch noch ein längeres Nachspiel haben, da für die Umbaumaßnahmen die finanzielle Grundlage fehlte. Ein Großteil der Kosten für den Austausch der Stützen sollte von den beiden Hausbesitzern übernommen werden. Jedoch waren scheinbar weder der Termin der Maßnahme noch die Kosten zuvor mit diesen erörtert worden. Die Rechnung, die sie nun begleichen sollten, veranlasste sie, sich an den Rat der Stadt zu wenden und Einspruch einzulegen. Dies führte zu einer Aussprache aller Beteiligten, bei der von den Eigentümern im Besonderen die Arbeitsweise der Denkmalpflege kritisiert wurde.³⁸⁷ Da sowohl der Kreisdenkmalpfleger Schütze als auch der Ortsdenkmalpfleger Swoboda es versäumt hatten, „schriftlich den Termin der Arbeit anzuzeigen“, wollten die Eigentümer „keinen Pfennig für [die] Arbeit zahle[n]“³⁸⁸. Diese Kritik wies der Kreisdenkmalpfleger Schütze zurück und sprach lediglich von einem „Formfehler seitens der Denkmalpflege“³⁸⁹, welcher durch die finanzielle Unterstützung durch

385 Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Hans Nadler an Carl Swoboda vom 01.11.1964.

386 Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Schütze an den Rat der Stadt Schirgiswalde vom 12.11.1964.

387 Vgl. Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Beratung über die Laubenhäuser am 18. März 1965, im Rathaus Schirgiswalde. Teilnehmer: Kreisdenkmalpfleger Schütze, Ortsdenkmalpfleger Swoboda, Herr Hanschmidt, Frau Rösler, Verkehrssicherheitsaktiv Koll. Ludwig, ABV Koll. Richter, Bürgermeister Knizak.

388 Vgl. ebd.

389 Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Theodor Schütze an Rat der Stadt Schirgiswalde, zur Kenntnis an Carl Swoboda vom 02.04.1965.

staatliche Mittel für die „Verbesserung am Grundstück“ bereits ausgeglichen wäre. Der eigentliche denkmalpflegerische Erfolg hatte auf diese Weise einen fa- den Beigeschmack, nicht zuletzt, weil insbesondere die Vertrauensleute vor Ort bzw. ihre Vorgehensweise in der Kritik standen.

Dass sich die Vertrauensleute dabei häufig in rechtlichen Grauzonen beweg- ten, verdeutlicht auch ein Schreiben von Schütze an Swoboda, in dem Schütze von einer Unterredung mit Bürgermeister Stolle berichtete. Stolle hatte offenbar „von der Denkmalpflege noch keine genaueren Vorstellungen“ und wollte von Schütze erläutert bekommen, welche Funktion ein örtlicher Denkmalpfleger habe.³⁹⁰ Ju- ristische Grundlage und Alltagspraxis schienen dabei stark voneinander abzuwei- chen, weshalb sich Schütze dazu gezwungen sah, Swoboda von der Unterredung zu berichten und diesen ebenfalls noch einmal gesondert auf die rechtliche Posi- tion seines Amtes hinzuweisen:

„Sie ist nach der Verordnung natürlich nur beratender Art. Ein örtlicher Vertrau- ensmann der Denkmalpflege ist rechtlich nicht befugt anzuordnen oder zu ver- bieten, sondern muß das den örtlichen Organen überlassen. Wir müssen also bei allem, was wir tun, die Form wahren und müssen diplomatisch verfahren! [...] Wenn Schwierigkeiten auftreten, dann lieber den Kreis mit einschalten statt aller persönlicher Verärgerungen!“³⁹¹

Die ehrenamtliche Tätigkeit Erich Brückners zeichnete sich im Vergleich zur Arbeit Käthe Riecks vorrangig durch Brückners umfangreiche Kenntnisse im Bereich der Denkmalpflege aus der Zeit von vor dem Zweiten Weltkrieg aus, die für die personell schwach aufgestellte institutionelle Denkmalpflege in der DDR unverzichtbar waren. Dies bedeutet aber nicht, dass Brückner weniger aktiv war. Wie aufgezeigt werden konnte, war er trotz seines bereits hohen Alters in verschiedenen Gremien, Beiräten und Fachkommissionen engagiert. Gleichwohl wird diese Tätigkeit vorrangig beratend gewesen sein und sich weniger auf Ent- scheidungsbefugnisse zurückführen lassen, wie Brückner es selbst im Hinblick auf seine Tätigkeit in der Ständigen Kommission der Stadtverordnetenversamm- lung Neubrandenburgs beschrieben hat.

Unter gänzlich anderen Umständen war Carl Swoboda zum ehrenamtlichen Vertrauensmann für Denkmalpflege geworden. Bereits vor dem Zweiten Welt- krieg war er ehrenamtlich als Heimatschützer bzw. Heimatforscher aktiv. Nach Kriegsende konnte er diese Arbeit innerhalb des Kulturbundes und als offizieller Beauftragter für Denkmalschutz ehrenamtlich fortführen. Im Vergleich zu

390 Vgl. ebd.

391 Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Theodor Schütze an Carl Swoboda vom 28.02.1973.

Brückner und Rieck zeichnete sich Swoboda vor allem durch seine aktive und engagierte Arbeit in Schirgiswalde aus, die jedoch regional verhaftet blieb, selten in Publikationen mündete und überregional kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Sowohl Swoboda als auch Rieck, Brückner und Timm zeichneten sich in ihrem jeweiligen Handeln als Vermittler zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den staatlichen Organen aus. Ob ihr Engagement von Erfolg begleitet war, hing nicht zuletzt von den staatlichen Strukturen ab und davon, ob die Denkmalpfleger und ehrenamtlichen Mitarbeiter dazu bereit waren, die Möglichkeiten innerhalb der Rahmenbedingungen auszutesten. Während einige Vertrauensleute vorrangig zwischen den zuständigen Behörden vermittelten, versuchten andere, wie beispielsweise Käthe Rieck, die zum Teil ideologisch aufgeladene Denkmaltheorie mit der praktischen Baudenkmalpflege in Einklang zu bringen. Insbesondere in Zeiten des politischen Umbruchs war der Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter von unschätzbarem Wert für die Denkmalpflege. Nicht zuletzt, weil ihre Arbeit verhinderte, dass die Denkmalpflege in der DDR in eine Plan- und/oder Konzeptlosigkeit mündete.

Die institutionelle Denkmalpflege griff dabei auf Kenntnisse und Fähigkeiten von Personen zurück, die zum Teil bereits vor dem Krieg in verantwortungsvollen Positionen in den Bereichen Architektur, Bauwesen oder Denkmalpflege gewesen waren. Ungeachtet ihres teilweise hohen Alters wirkten Akteure wie Brückner, Timm, Swoboda und Rieck am Wiederaufbau und Neuanfang in der DDR engagiert mit und stellten dem jungen Staat ihre Expertise zur Verfügung.

Das Netzwerk der ehrenamtlichen Vertrauensleute war durchaus vielschichtig. Es bestand aus pensionierten Lehrern, ehemaligen Beamten, Buchhändlern, Handwerkern und weiteren Berufsgruppen. In der Mehrheit waren es Männer, die sich als ehrenamtliche Denkmalpfleger engagierten. Käthe Rieck scheint exemplarisch für die wenigen weiblichen Ausnahmen zu stehen. Die unterschiedlichen denkmalpflegerischen Kenntnisse der Vertrauensleute sollten durch regelmäßige verpflichtende Lehrgänge ebenso wie durch die Berichterstattungen in den Mitteilungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus dienten die Lehrgänge und Mitteilungen zur Vernetzung der Vertrauensleute untereinander. Wie notwendig dieses Netzwerk war, konnte unter anderem anhand der Arbeiten Heinrich Timms und Carl Swobodas aufgezeigt werden. Insbesondere bei größeren Flächenländern bzw. Bezirken waren die Vertrauensleute als Erweiterung der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege unabdingbar und machten denkmalpflegerische Praxis in ihrer Vielfalt vor Ort überhaupt erst möglich.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Personen im Gefüge der Denkmalpflege zeigte, dass die wiederholten Umstrukturierungen die Handlungsmöglichkeiten der Akteure stark begrenzten. Auf verschiedenen Wegen versuchten verschiedene Akteure zu verschiedenen Zeitpunkten, ihre Handlungsspielräume zu nutzen und die Suche nach Strukturen in ihrem Sinne zu gestalten. Ob dies gelang, lag dabei jedoch nicht in den Händen des Einzelnen, sondern in denen des Staates. Die Analyse der Konservatorengespräche hat ergeben, dass eine relativ große Zahl von Akteuren als Protagonisten im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes bezeichnet werden muss. Diese Protagonisten zeichnen sich insbesondere durch ihre unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche in verschiedenen Regionen aus. So können für die Nordbezirke Heinz Mansfeld und Walter Ohle benannt werden, die sich in ihrem Handeln nicht nur auf die Bezirke ihrer Region beschränkten, sondern sich auch auf die Entwicklung denkmalpflegerischer Strukturen im Allgemeinen bezogen. Hans Mütter, Gottfried Müller, Kurt Lade, Friedrich Mielke und Ludwig Deiters sind als Protagonisten der Berliner Zentrale und Außenstelle (Nord I) für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder als Protagonisten zu bewerten, die ebenfalls über ihre bezirkliche Zuständigkeit hinaus die institutionelle Denkmalpflege zu gestalten versuchten. Ebenso muss Gerhard Strauss als Leiter des Instituts für Theorie und Geschichte an der Bauakademie zu den überregional wirkenden Protagonisten für die Bereiche Denkmalpflege und Denkmalschutz gezählt werden. Hermann Weidhaas (Weimar), Wolf Schubert (Halle/Saale) und Hans Nadler (Dresden) sind als Protagonisten der südlichen DDR-Bezirke zu nennen, die zum einen die Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege nachhaltig prägten und zum anderen, insbesondere im Fall von Weidhaas, in den frühen 1950er Jahren die Fachkompetenz von zukünftigen Denkmalpflegern im Rahmen der Architekturausbildung formten.

Der Blick auf die Arbeit der ehrenamtlichen Vertrauensleute hat ein denkmalpflegerisches Netzwerk offenbart, das sich aus institutionellen Denkmalpflegern und ehrenamtlichen Vertrauensleuten zusammengesetzt und sich bereits früh etabliert hat. Das Engagement der Vertrauensleute und der Rückhalt, den diese seitens des Instituts für Denkmalpflege genossen, lässt ein effektiv arbeitendes Gefüge der Denkmalpflege in der DDR erkennen, dem durch regelmäßige Weiterbildungen der Vertrauensleute ein gewisses Maß an Professionalität und Professionalisierung garantiert war.

4. Zwischenfazit zum ersten Untersuchungszeitraum 1952–1960

Die Analyse des ersten Untersuchungszeitraumes von 1952 bis 1960 hat gezeigt, dass sich die Etablierung bzw. Verfestigung der staatlichen und institutionellen Strukturen als wesentlich problematischer, das heißt schwerfälliger und diffuser, dargestellt hat, als es seitens der SED gewünscht und gefordert war. Die Ressortierung der institutionellen Denkmalpflege hat sich hierbei als besonders komplex erwiesen, da die Denkmalpflege einerseits kulturpolitische und ideologische Funktionen erfüllen sollte, andererseits aber auch eng mit dem Bauwesen der DDR verbunden war.

Die Verabschiedung der Denkmalschutzverordnung von 1952 war für die weitere Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege sowie für den Stellenwert der denkmalpflegerischen Arbeit von enormer Bedeutung. Die Verordnung bildete den juristischen Rahmen, innerhalb dessen Institutionen und Akteure agieren konnten. Problematisch war dabei jedoch, dass die Verordnung noch auf die DDR-Länderstruktur und auf die damit verbundenen Institutionen bzw. Ämter rekurrierte, die bereits kurz nach der Verabschiedung der Verordnung nicht mehr existierten. Über den Untersuchungszeitraum hinweg wurden deshalb wiederholt Versuche zur Verabschiedung einer Durchführungsbestimmung oder einer aktualisierten Denkmalschutzverordnung unternommen. Dies sollte jedoch erst 1961 gelingen.

In den sich stetig wandelnden Strukturen war das Aushandeln von Zuständigkeiten und Kompetenzen eine Herausforderung für alle Akteure. Dies zeigt sich auch darin, dass inhaltliche Debatten über die denkmalpflegerische Praxis innerhalb der Gruppe der Konservatoren des Instituts für Denkmalpflege kaum abbildbar sind. Die Ursache hierfür kann im inexistenten Diskussionsraum für inhaltliche Debatten begründet liegen, da die Kontroversen um Strukturen, finanzielle Mittel, Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungshoheiten zu viel Raum eingenommen haben. Ebenso ist es aber auch möglich, dass, angesichts des enormen Ausmaßes an Zerstörungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die Erfassung des Denkmalbestandes und die Konzentration auf Wiederaufbauanstrebungen als vorrangige Aufgaben unstrittig erschienen.

Zugleich erforderte dieses hohe Ausmaß an Zerstörungen auch eine Klassifizierung oder Kategorisierung des vorhandenen Denkmalbestandes nach Dringlichkeit der als notwendig erachteten Maßnahmen. In der vorliegenden Untersuchung konnte aufgezeigt werden, dass ökonomische Zwänge die institutionelle Denkmalpflege der DDR stark geprägt haben, da es in den Diskussionen um eine Klassifizierung oder Kategorisierung des Bestandes weniger um die Bedeutung des Denkmals, sondern vielmehr um den Erhaltungszustand – also um die notwendigen Kosten – und die zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten ging. Die Analyse der Diskussionen und Themenfelder hat offengelegt, dass die Denkmalpflege in der DDR nicht ökonomisch ausgerichtet war. Vielmehr konnte aufgezeigt werden, dass für die bestmögliche Sicherung des Denkmalbestandes und für die Finanzierung notwendiger denkmalpflegerischer Maßnahmen gezielt ökonomisch argumentiert worden ist und die Akteure die vorhandenen ökonomischen Strukturen der DDR zu nutzen versucht haben. Die Diskussion um eine Kategorisierung bzw. Klassifizierung der Denkmale wurde jedoch von der Deutschen Bauakademie bzw. von Gerhard Strauss an das Institut für Denkmalpflege herangetragen und stellte zugleich eine Diskussion um Entscheidungskompetenzen und Befugnisse im Hinblick auf den Denkmalbestand der DDR dar. Darüber hinaus war sie aber auch eine Diskussion zwischen den Bereichen Kultur und Bauwesen, die die Schlüsselstellung der institutionellen Denkmalpflege in einer Zeit der sich noch etablierenden Strukturen charakterisierte. Gleichwohl meint dies nicht, dass der institutionellen Denkmalpflege eine „Brückenfunktion“ zugesprochen werden kann, sondern es werden dadurch vielmehr die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure aus den Bereichen Kultur und Bauwesen sowie die sich überschneidenden Kompetenzen und Zuständigkeiten zum Ausdruck gebracht.

Trotz der Zentralisierungs- und Kontrollbestrebungen seitens der DDR-Regierung etablierten sich innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes diverse Akteure in verschiedenen Regionen. Durch die Auflösung der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege 1957 und der damit verbundenen erneuten Strukturveränderung der institutionellen Denkmalpflege der DDR im Allgemeinen verstärkte sich diese Entwicklung sogar noch und wurde erst durch die neue Denkmalschutzverordnung von 1961 und die Einsetzung eines Generalkonservators wieder abgeschwächt.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die denkmalpflegerische Praxis der Institute für Denkmalpflege war das Netzwerk aus ehrenamtlichen Vertrauensleuten, das nicht nur die Denkmalerfassung unterstützte, sondern auch Sanierungs-, Instandsetzungs- und Wiederherstellungsprojekte vor Ort beaufsichtigte. Dieses Netzwerk existierte über den gesamten Zeitraum des DDR-Bestehens hinweg. Besonders in der Frühphase der DDR sorgten die ehrenamtlichen Denkmalpfleger für Stabilität und Planbarkeit bei der Umsetzung verschiedener denkmalpflegerischer Maßnahmen innerhalb der institutionellen Denkmalpflege.

5. Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung 1961–1975

Im folgenden Kapitel sollen sowohl die Struktur als auch die Handlungsspielräume im Bereich der Denkmalpflege für den Zeitraum von 1961 bis 1975 beschrieben und analysiert werden. Zum einen wird dabei erneut nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse gefragt und zum anderen eine eventuelle Brückenfunktion der Denkmalpflege zwischen Bauwesen und Kulturpolitik beleuchtet. Der Fokus liegt in diesem zweiten Untersuchungszeitraum auf der Positionierung der Denkmalpflege innerhalb eines vermeintlich etablierten gesellschaftlichen Systems. Welche Rolle spielte die Denkmalpflege in der Tagespresse als Abbildsystem allgemeiner gesellschaftlicher Interessensfelder? Gab es eine (kulturpolitische) Verbindung zwischen Denkmalpflege und sozialistischem Aufbau?¹ Welchen Stellenwert hatte die Denkmalpflege im Hinblick auf die „wachsenden gesellschaftlichen Erfordernisse“², wie sie auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 formuliert wurden, innerhalb des sozialistischen Staates und des sozialistischen Staatenverbunds? Welche Möglichkeiten hatten einzelne Akteure bzw.

-
- 1 Vgl. Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns. Referat auf der Mitarbeiterkonferenz der Christlich-Demokratischen Union am 22./23. Februar 1963 in Dresden, hrsg. von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich Demokratischen Union, Burgscheidungen 1963, S. 3. Sowie: BAArch, DY 30/IV 1/VI/1, Bd. 1, 15. Januar 1963, Rede von Walter Ulbricht über das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED.
 - 2 Der VIII. Parteitag der SED (15.–19.06.1971) betonte die „wachsenden gesellschaftlichen Erfordernisse“, die für die weiteren Planungen und Entwicklungen beachtet werden sollten. So hieß es beispielsweise, dass das „wissenschaftliche Niveau der Planung entsprechend der wachsenden gesellschaftlichen Erfordernisse weiter [angehoben] und die Planungsmethoden vervollkommne[t]“ werden müssten. Dabei ging es um das Finden einer Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die durch den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker charakterisiert war und zu einer veränderten Ausrichtung der Politik der DDR führte. Vgl. Heinz Heitzer/Cünther Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR, Berlin 1985, S. 259. Sowie: O.V.: Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan, in: Neue Zeit vom 19.06.1971, S. 7.

Protagonisten zur Gestaltung ihrer eigenen Ideen im Rahmen der etablierten staatlichen Strukturen?

Nachfolgend werden erneut zunächst die staatlichen Strukturen sowie die politischen Bedingungen, innerhalb derer sich die denkmalpflegerische Praxis entwickeln sollte, untersucht (Makroebene), bevor im Anschluss daran die Struktur der institutionellen Denkmalpflege selbst in den Fokus gerückt wird (Mesoebene). Dabei werden unter anderem Umstrukturierungsversuche und Neuausrichtungen im Bereich der Denkmalpflege untersucht und anhand dessen zum einen das Institut für Denkmalpflege als staatliche Einrichtung differenziert analysiert und zum anderen das Institut in seiner Wechselwirkung mit anderen Institutionen und Organisationen, wie beispielsweise dem Bund der Architekten der DDR (BdA), beschrieben und bewertet.

Ob der Denkmalpflege in der DDR eine Brückenfunktion zwischen Bauwesen und Kultursektor zugesprochen werden kann, soll anhand der sogenannten „sozialistischen Umgestaltung“ näher beleuchtet werden. Hierbei werden die Rahmenbedingungen der sozialistischen Umgestaltung und ihre Verbindung zu denkmalpflegerischen Inhalten thematisiert sowie das Vorgehen einzelner Akteure im Bereich der Denkmalpflege in Bezug zur sozialistischen Umgestaltung analysiert und ausgewertet. Dieses Vorgehen ermöglicht es, das Themenfeld Denkmalpflege/Denkmalerschutz in seiner Verbindung zur sozialistischen Umgestaltung auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, sodass letztlich ein sehr ausdifferenziertes Bild des theoriegeleiteten Ideals der sozialistischen Umgestaltung in seiner tatsächlichen Tragweite für die denkmalpflegerische Praxis entsteht.

Abschließend wird der Blick dann wieder auf die Akteure und Protagonisten selbst gelenkt (Mikroebene). Ausgangspunkt bilden hier erneut die Konservatorengespräche, die zum einen die Akteure im Bereich der institutionellen Denkmalpflege und zum anderen die verhandelten Themen aufzeigen, bevor dann exemplarisch ausgewählte Protagonisten der DDR-Denkmalpflege für diesen zweiten Untersuchungszeitraum ausführlicher betrachtet werden. Ziel dieser exemplarischen Betrachtung ist es, aufzuzeigen, wie unterschiedlich die Handlungsspielräume waren und wie verschieden „die“ Denkmalpflege in der DDR aufgefasst und darüber argumentiert wurde.

5.1 Revisionen und Variationen: Denkmalpflege zwischen Kulturpolitik und Ökonomisierung

Mit dem Bau der Mauer im Sommer 1961 sollte nicht zuletzt die weitere Abwanderung hochqualifizierter Mitarbeiter verhindert werden. Obwohl der Mauerbau mit viel Kritik verbunden war, sorgte er dennoch für eine Konsolidierung der SED-Regierung und der DDR.³ Die Politik und insbesondere die Kulturpolitik blieben vor allem in den ersten Jahren nach dem Mauerbau dem Gegensatz von Ost und West verhaftet, nicht zuletzt durch prominente „Republikflüchtlinge“ im Bereich der Denkmalpflege, wie der Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Potsdam, Friedrich Mielke und der Kunsthistoriker, Denkmalpfleger und Wartburg-Direktor Sigfried Asche.

Innerhalb dieses Kapitels sind nun die staatlichen und politischen Bedingungen, innerhalb derer sich die denkmalpflegerische Praxis entwickeln sollte, Gegenstand der Untersuchung. Einerseits werden erneut die juristischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen im Sinne der Denkmalschutzverordnung von 1961 und des Denkmalschutzgesetzes von 1975 in den Blick genommen. Andererseits erfolgt eine Kontextualisierung der Denkmalpflege innerhalb der DDR-Gesellschaft. Hinsichtlich der juristischen Rahmenbedingungen wird zum einen nach strukturellen Veränderungen durch die Verabschiedung des Denkmalschutzgesetzes zu fragen sein. Zum anderen wird die Wechselwirkung zwischen einem, zunächst gesamteuropäisch gedachten, Denkmalschutzjahr (ebenfalls 1975) und der nationalen Denkmalpolitik in der DDR betrachtet, die im Hinblick auf die Denkmalpflege und ihre Akteure bewertet werden muss.

Wie intensiv wurden Denkmalpflege und Denkmalschutz während des zweiten Untersuchungszeitraumes in der Fachwelt, aber auch in der Tagespresse (im Sinne einer allgemeineren Öffentlichkeit) verhandelt? Welche Aspekte des Themenfeldes Denkmalpflege/Denkmalschutz erfuhren besondere Betonung? Lässt sich insbesondere im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum eine Verschiebung der Themenfelder ausmachen?

Von Bedeutung ist hierbei erneut die Kulturpolitik der DDR. Dabei wird der Blick auf die SED-Parteitage gelenkt und darüber hinaus auf politische Entscheidungen sowie auf deren Auswirkungen bezüglich der denkmaltheoretischen Diskussionen und der denkmalpflegerischen Praxis.

3 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 33.

Die Denkmalschutzverordnung von 1961

Am 28. September 1961 verabschiedete die DDR-Regierung die *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale*⁴, die ebenso wie die Verordnung von 1952 für die gesamte DDR gelten und die Rahmenbedingungen für eine möglichst einheitliche Unterschutzstellung und Pflege der Denkmale schaffen bzw. festschreiben sollte. Wie bereits Wüllner und Brandt in ihren Arbeiten ausführten, „knüpfte sie an die Verordnung aus dem Jahr 1952 an, trug aber den veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung“⁵. Wüllner erläuterte weiter, dass bereits in der Präambel „die Bedeutung der Denkmalpflege für die sozialistische Gesellschaft“⁶ eine Betonung erfahren habe. Zwar ist es richtig, dass die sozialistische Gesellschaft in der Präambel von 1961 zweimal explizit genannt wird, gleichwohl ist dieser der Verordnung vorangestellte Text in seiner Aussagekraft weniger ideologisch aufgeladen und er verzichtet weitestgehend auf pathetische Formeln. Anstelle von Begriffen wie „Schönheit“ und „Wahrhaftigkeit“, wie sie in der Präambel der Verordnung von 1952 zu lesen sind, nimmt die Präambel von 1961 Bezug auf die bis zum Erlass der *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale* erreichten Erfolge⁷ der Denkmalpflege und betont, im Hinblick auf die Bedeutung und Zielsetzung der Verordnung, dass diese „[z]ur weiteren Entwicklung der Pflege und des Schutzes der Denkmale“ dienen solle.

Gemeinsam ist den beiden Verordnungen der Terminus vom „kulturellen Erbe“. Allerdings heißt es 1952 noch – verbunden mit der Hoffnung auf ein baldiges wiedervereinigtes Deutschland – das kulturelle Erbe „des deutschen Volkes“, während 1961 das kulturelle Erbe „der Nation“ verhandelt wird. Auch wenn die Begriffe „Volk“ und „Nation“ häufig synonym verwendet werden, bezieht sich der Terminus des „deutschen Volkes“ stärker auf eine Gruppe von Menschen, die durch ihre gemeinsame Kultur und Geschichte geeint sind. Der Begriff der „Na-

4 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

5 Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 40. Bei Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 35 mit ähnlichem Wortlaut.

6 Katja Wüllner: *Hinter der Fassade*, S. 40.

7 So heißt es in der Präambel: „Angesichts der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Denkmale in der kapitalistischen Vergangenheit und der schweren Kriegszerstörungen hat die Denkmalpflege seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutende Sicherungs- und Wiederaufbauarbeiten an international bekannten und auch an vielen Hunderten von kleinen Denkmalen durchgeführt. Eine große Anzahl von Bauwerken wurde einer sinnvollen gesellschaftlichen Nutzung als Dorfzentren, Schulen, Erholungs- und Altersheimen, Kulturhäusern oder Museen zugeführt.“ *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale*. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, hier Präambel.

tion“ suggeriert hingegen, insbesondere im Jahr des Mauerbaus, eine stärkere Verbindung zu einem Staat oder politischen Staatswesen und erscheint in seiner Verwendung innerhalb der Verordnung weniger inkludierend.

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Verordnungen lässt sich in Bezug auf die Verantwortlichkeiten für Denkmalpflege und Denkmalschutz feststellen. Während die Denkmalpflege in der Verordnung von 1952 noch dezidierte Aufgabe der Regierung gewesen war, ist sie 1961 zur Aufgabe des Arbeiter- und Bauern-Staates geworden und verwies damit auf die gemeinsame Verantwortung von Regierung *und* Gesellschaft.

Des Weiteren betonte Wüllner in ihrer Dissertation, dass „die Klassifizierung von Denkmalen mit der Zusammenstellung einer Liste der bedeutendsten Denkmale der DDR [in der Verordnung] präjudiziert“ worden sei. Allerdings, und dies blieb bisher unbeachtet, ist in der Verordnung an keiner Stelle explizit von einer Klassifizierung oder Liste die Rede. Beide Begriffe sind weder in der Verordnung noch in der ersten Durchführungsbestimmung und auch ebenso wenig im Statut des Instituts für Denkmalpflege nachweisbar. Richtig ist, dass in der Verordnung von 1961 in Paragraph 7, auf den sich Wüllner bezieht, von „Denkmale[n] von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert“⁸ gesprochen wird und in Paragraph 8 der Terminus des „örtliche[n] Denkmals“⁹ genutzt wird, wodurch die Aufstellung von Listen in gewisser Weise präjudiziert wird. Als Voraussetzung einer Einteilung des Denkmalbestandes wurde daher eine Kategorisierung und Klassifizierung des Denkmalbestandes unabdingbar, gleichwohl die Kriterien hierfür noch gesetzt werden mussten. Jedoch muss hier deutlich unterschieden werden zwischen den Klassifizierungs- und Kategorisierungsvorschlägen, die in den 1950er Jahren bereits debattiert worden waren und die sich vor allem am Erhaltungszustand und an den Nutzungsmöglichkeiten orientiert hatten, und der nun innerhalb der Verordnung vorgelegten Differenzierung verschiedener Denkmale. So handelt es sich in der Verordnung vorrangig um eine Unterscheidung zwischen Entscheidungshierarchien und Handlungs- und Zuständigkeitsebenen sowie Finanzierungsmöglichkeiten. Damit wurde vor allem bezweckt, die Organisation und Arbeitsweise der staatlichen Strukturen zu ordnen und Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden, eine dezidierte Denkmalklassifizierung, die eine Zugehörigkeit bestimmter Denkmalgruppen definiert, lag damit aber nicht vor, denn die Vorgehensweise und die Grundlagen für eine solche Einteilung waren noch nicht geklärt.

8 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 476.

9 Ebd.

In diesem Sinne sind auch die Ausführungen des Justizars des Ministeriums für Kultur, Georg Münzer, in der Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“¹⁰, die in Kapitel 5.2.1 noch dezidiert betrachtet werden wird, zu verstehen. Münzer benannte und erläuterte darin die Anfertigung von Listen entsprechend ihrer regionalen bzw. überregionalen Bedeutung als Aufgabe der örtlichen Behörden bzw. des Ministeriums für Kultur. Er führt mit Verweis auf Paragraph 7 der Verordnung aus, dass das Ministerium für Kultur „die unmittelbare Verantwortung für die Pflege und den Schutz der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert“ trage und in dieser Funktion eine Liste zusammenzufassen habe, „die von dem zuständigen Stellvertreter des Vorsitzenden Ministerrates zu bestätigen“ sei.¹¹ Zugleich betonte Münzer, dass die veröffentlichte Liste ständigen Veränderungen unterliege, indem sie jederzeit ergänzt oder verändert werden könne. Lediglich zwei Kriterien müssten hierfür erfüllt werden: Das betreffende Objekt müsse von „besondere[r] nationale[r] Bedeutung als auch [...] von internationalem Kunstwert“¹² sein. Erhaltungszustand, mögliche Kosten oder Nutzungsmöglichkeiten waren zunächst keine Variablen, die eine Entscheidung über den Denkmalstatus beeinflussen sollten. Ergänzt wurden Münzers Ausführungen im Anhang der Publikation nicht nur durch den Text der Verordnung und durch die Veröffentlichung des IfD-Statuts, sondern auch durch eine erste Liste mit Denkmalen von besonderer nationaler Bedeutung und von internationalem Kunstwert. Diese Liste wurde am 2. Januar 1962 vom Ministerium für Kultur bestätigt. Sie umfasste allerdings lediglich 31 Positionen und weist, insbesondere im Vergleich zu der 1979 verabschiedeten Zentralen Denkmalliste, vorläufigen Charakter auf. Bezirks- oder Kreislisten blieben weiterhin zunächst unerwähnt.

Im Unterschied zur Denkmalschutzverordnung von 1952, die festlegte hatte, dass „[d]urch die Eintragung [...] die Denkmale unter Schutz gestellt“¹³ würden, entschied man sich in der Verordnung von 1961 für das deklaratorische System. Dadurch wurde festgeschrieben, dass „[a]lle Denkmale im Sinne der Verordnung (§2) [...] als kultureller Besitz der Nation unter staatlichem Schutz“¹⁴ stünden. Die späteren Listen der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung sowie der

10 Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Dresden 1962. Die Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ war anlässlich der Verabschiedung der neuen Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale vom 28. September 1961 veröffentlicht worden.

11 Vgl. Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, o. Pag.

12 Ebd.

13 Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515.

14 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

Bezirke und Kreise enthielten jedoch nicht den gesamten Bestand jener Denkmale in der DDR, deren Denkmalfähigkeit erkannt und deren Denkmalwürdigkeit nachgewiesen waren, sondern umfassten letztlich nur einen Teil des bereits bekannten (und unbekanntenen) Gesamtbestandes von Denkmalen. Dieser wurde für das Erstellen der Listen entsprechend diskutiert, da die dortige Eintragung über Finanzierungs- und Instandsetzungs- bzw. Instandhaltungsmöglichkeiten entschied, wodurch sich Handlungsspielräume eröffneten oder verwehrt blieben. Die Listen sollten deshalb zum Gegenstand zahlreicher Aushandlungsprozesse werden (vgl. Kapitel 5.3.2).

Festzuhalten bleibt aber, dass das Wort Liste in der Denkmalverordnung von 1961 nicht zu finden ist. Es ist lediglich die Rede von einer Erfassung des Denkmalbestandes in Form von Arbeitskarteien – ohne weitere inhaltliche Angaben oder ohne Vorgabe einer Hierarchisierung. Letztlich ist die Anfertigung von Listen eine logische Konsequenz. Sie ergab sich aus der Struktur und aus den geringen finanziellen Mitteln, die allein schon aus organisatorischen Gründen und aufgrund der Aufgabenteilung zwischen örtlichen und staatlichen Organen eine Kategorisierung zwingend werden ließen; im Ergebnis kam diese einer Klassifizierung des Denkmalbestandes gleich. Dennoch war die Klassifizierung kein ausdrücklicher Bestandteil der Denkmalschutzverordnung von 1961. In ihrer Unbestimmtheit eröffnete sie Handlungsspielräume, die bei einer expliziten Klassifizierungsvorgabe nicht möglich gewesen wären. Dies sollte sich erst mit dem Denkmalpflegegesetz 1975 ändern.¹⁵

Bei der Denkmalschutzverordnung von 1961 handelte es sich um eine verspätete Legitimierung bereits etablierter Strukturen. Im Vergleich dazu war die Verordnung von 1952 geradezu innovativ, wenngleich in Teilen – insbesondere im Hinblick auf den Bedeutungsgrad – idealistisch bis utopisch. Die Problematik der Verordnung von 1952 bestand darin, dass sie für die alten staatlichen Strukturen von vor der DDR-Gründung zu spät und für die Strukturen, die sich erst noch entwickeln sollten, zu früh kam. Bereits beim Inkrafttreten der Verordnung waren ihre Inhalte obsolet geworden. Die Strukturen, auf die die Verordnung rekurrierte, gab es nicht mehr und die Strukturen des neuen Staates hatten sich noch nicht etabliert und befanden sich zudem im stetigen Wandel, sodass die Verordnung nie ihre Tragweite hat entfalten können.

1961 waren die staatlichen Strukturen mittlerweile funktionsfähig und etabliert, sodass hinsichtlich der Rahmenbedingungen kaum noch Veränderungspotenzial bestand. Dadurch konnte diese neue Verordnung von Beginn an von

15 Im Denkmalpflegegesetz von 1975 wurde die listenmäßige Erfassung in § 5 definiert. Vgl. Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz. Vom 19. Juni 1975, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 26 vom 27. Juni 1975, S. 458–460.

größerer Kontinuität profitieren. Dennoch sollten die Strukturen und Rahmenbedingungen für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz in der DDR, wie zum Beispiel die Frage nach den Verantwortlichkeiten der zuständigen Organe für die Pflege und den Schutz der Denkmale, bis zur Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes im Jahr 1975 noch weiteren Veränderungen und vor allem zahlreichen Diskussionen unterliegen.

Das Denkmalpflegegesetz von 1975

Das *Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz*, wie das Denkmalpflegegesetz von 1975 offiziell hieß, war, wie auch die Denkmalschutzverordnung von 1961, das Ergebnis jahrelanger Bemühungen. So erläuterte Ludwig Deiters im Gespräch, dass es Ende der 1960er Jahre Bestrebungen seitens des Politbüros gegeben habe, die Denkmalpflege neu zu ordnen bzw. sie dem Bauwesen zu unterstellen.¹⁶ Aufgrund dieser Bestrebungen habe der Minister für Kultur, Klaus Gysi, in Absprache mit Ludwig Deiters eine interministerielle Kommission gegründet, deren Arbeit unter anderem ins Denkmalpflegegesetz gemündet habe.¹⁷

Aus weiteren Quellen geht hervor, dass sich Gysi am 24. November 1966 mit einem Schreiben an den Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, gewandt hat. Darin führte Gysi aus, dass „Neuregelungen und Veränderungen [im Bereich der Denkmalpflege] dringend notwendig geworden“¹⁸ seien. Da, so Gysi weiter, „mit der sozialistischen Rekonstruktion der Städte und der Bedeutung, die der erhaltenen historischen Substanz stadtbaukünstlerisch und ökonomisch zugemessen wird, [...] für die Denkmalpflege umfangreiche und zum Teil auch neue Aufgaben entstanden“¹⁹ seien. Abschließend bat Gysi um die Gründung einer Arbeitsgruppe, die aus Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums für Finanzen, der Abteilung „Städtebau und Architektur“ des Ministeriums für Bauwesen, des Sektors „Werterhaltung“ des Ministeriums für Bauwesen sowie des Ministeriums für Kultur bestehen und von Ludwig Deiters geleitet werden sollte.²⁰

Die tatsächlich daraus entstandene Arbeitsgruppe tagte am 17. Februar 1967 in Berlin zum ersten Mal und setzte sich unter der Leitung von Deiters aus Vertretern verschiedener Ministerien und Institutionen zusammen. Das Protokoll der ersten Besprechung zeigt ein diffuses Bild unterschiedlichster Inhalte, die sich „komplizierten Einzelfragen zur Vorbereitung und Durchführung der Denkmalpflege im

16 Vgl. Gespräch mit Ludwig Deiters vom 02.03.2016, Gesprächsprotokoll siehe Anhang.

17 Vgl. ebd.

18 BLDAM, L 4/1, Schreiben von Gysi an Junker vom 24.11.1966, S. 1.

19 Ebd.

20 Vgl. ebd., S. 3.

Rahmen der Weiterentwicklung des Neuen Ökonomischen Systems²¹ widmeten. Die aus den Einzelfragen gebildeten Themenkomplexe behandelten ideologische und kulturpolitische Inhalte (Punkt 1), die Inventarisierung von Denkmalen und die Zustandsfeststellung (Punkt 2), die Planung und Finanzierung (Punkt 3), die Bauvorbereitung und Durchführung (Punkt 4), die sozialistische Umgestaltung (Punkt 5), die rechtlichen Rahmenbedingungen (Punkt 6) sowie die Instandsetzung von Einzeldenkmalen und historischen Altbaugebieten (Punkt 7).²² Aus dem Protokoll wird deutlich, dass es den Beteiligten zunächst nicht darum ging, ein Denkmalpflegegesetz zu schaffen, sondern dass vielmehr ein enormer Veränderungsdruck auf den Akteuren der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes lastete. Die undatierte „Begründung zum Entwurf des Gesetzes zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz“ von Ludwig Deiters lässt diesen Veränderungsdruck, der sich vor allem aus den Anforderungen und Entwicklungen des Bauwesens ergab, erkennen:

„Im Zuge des Wohnungsbauprogramms gewinnen die Aufgaben zur Rekonstruktion ausgedehnter historischer Baugebiete komplexen Charakter. Im großen Zusammenhang von Maßnahmen zur Instandsetzung und Modernisierung der wertvollen oder des Ersatzes der wertlosen Bausubstanz sind die Geschichts-, Bau- und Kunstdenkmale besonders zu beachten.“²³

Deutlich wird hier vor allem auch der Wandel in der Baupolitik der DDR, bedingt durch den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, der die Ausrichtung des Denkmalpflegegesetzes maßgeblich beeinflusst hat. In der Begründung von Deiters war nicht mehr der Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung ablesbar, sondern die Korrelation zum Wohnungsbauprogramm unter den neuen Prämissen der Einheit aus Neubau, Modernisierung und Werterhalt, die sich fast diametral zur sozialistischen Umgestaltung verhielten.

Auch im Redetyposkript des stellvertretenden Kulturministers Werner Rackwitz zur Beratung des Kulturausschusses der Volkskammer am 29. Mai 1975 wird dieser Aspekt erkennbar. Rackwitz betonte zudem, dass das Denkmalpflegegesetz „dazu beitragen [soll], die Voraussetzungen für eine schnellere Entwicklung der Denkmalpflege zu verbessern“²⁴. Sinn und Zweck des Gesetzes bestünden

21 BLDAM, L 4/1, Kurzprotokoll zur ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Denkmalpflege am 17.02.1967 in Berlin.

22 Vgl. ebd.

23 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Begründung zum Entwurf des Gesetzes zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz, o.D.

24 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Ansprache zum Denkmalpflegegesetz von Gen. Thiele für Dr. Rackwitz zur Beratung des Kulturausschusses der Volkskammer am 29.05.1975.

für ihn, so führte Rackwitz aus, in der Festlegung dessen, was ein Denkmal sei, welche Verantwortlichkeit der Staat tragen solle und welche Verantwortung der Rechtsträger oder Eigentümer übernehmen solle. Dies überrascht wiederum, da diese drei Kernpunkte bereits durch die Denkmalschutzverordnung von 1961 geklärt schienen, wenngleich auch nicht gesetzlich verankert, sondern nur in Form einer Verordnung festgeschrieben. Vergleicht man jedoch das verabschiedete Denkmalpflegegesetz von 1975 mit einer Entwurfsfassung von 1971/72, zeigt sich dessen während des Erarbeitungsprozesses stark veränderte Ausrichtung.

Aus dem Entwurf geht hervor, dass der Gesetzestitel zunächst „Gesetz zur Erhaltung und gesellschaftlichen Erschließung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik“²⁵ hatte lauten sollen und dass bereits in der Präambel sehr explizit auf die Umgestaltung der Städte und Dörfer „[e]ntsprechend den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft“²⁶ verwiesen worden ist. In diesem Sinne erscheint es konsequent, dass im Entwurf die „sozialistische Denkmalpflege“²⁷ verhandelt worden ist. So sollte auch die „Erhaltung und Erschließung der Denkmale [...] im Zusammenhang mit der sozialistischen Entwicklung“²⁸ durchgeführt werden. Im 1975 verabschiedeten Gesetz lässt sich diese Formulierung nicht finden. Festgehalten wird lediglich, dass „die Pflege des kulturellen Erbes Anliegen der sozialistischen Gesellschaft“²⁹ sei.

Die staatlichen Strukturen, in denen Denkmalpflege und Denkmalschutz weiterhin gewährleistet werden sollten, sind sich im Entwurf und im schließlich verabschiedeten Gesetz durchaus ähnlich. Allerdings war dem Ministerium für Kultur im Entwurf eine deutlich umfassendere Handlungskompetenz und vor allem inhaltliche Einbindung in die Belange der institutionellen Denkmalpflege zugesprochen worden, als es im Gesetz 1975 dann umgesetzt wurde. Der Entwurf war ideologisch stark aufgeladen gewesen, wohingegen das verabschiedete Gesetz verwaltungsrechtlich ausdifferenzierter war und eindeutiger Struktur- und Handlungsvorgaben definierte. Spätestens 1973, vermutlich aber bereits mit dem Wechsel an der SED-Spitze von Walter Ulbricht zu Erich Honecker im Jahr 1971, war von der sozialistischen Denkmalpflege wieder Abstand genommen worden

25 Vgl. BLDAM, L 9/7, Entwurf „Gesetz zur Erhaltung und gesellschaftlichen Erschließung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz“, o.D.

26 Ebd.

27 Ebd. Sowohl in der Präambel als auch im weiteren Verlauf der Entwurfsfassung heißt es wiederholt „sozialistische Denkmalpflege“.

28 Ebd., § 3, Absatz 1.

29 Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz. Vom 19. Juni 1975, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 26 vom 27. Juni 1975, S. 458–460.

und auch die sozialistische Umgestaltung hat keinen prägenden Bestandteil des Gesetzesentwurfs mehr gebildet.³⁰

Das letztlich in Kraft getretene Denkmalpflegegesetz von 1975 übergab, ähnlich wie die Verordnung von 1961, dem Ministerrat „die zentrale staatliche Leitung und Planung der Denkmalpflege“³¹. Der Ministerrat bestätigte zugleich die zentrale Denkmalliste, die zuvor vom Ministerium für Kultur ausgearbeitet worden war. Das MfK war für die Verwirklichung der vom Ministerrat gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der Denkmalpflege verantwortlich und sollte „im Rahmen seiner Verantwortung die Grundfragen und die Methodik der Denkmalpflege“³² regeln. In Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreisräten konnte das MfK Denkmale unter Schutz stellen und ebenso die Unterschutzstellung widerrufen. Dem Institut für Denkmalpflege, das dem MfK weiterhin unterstellt war, oblag nach wie vor die zentrale wissenschaftliche Anleitung „bei der Erfassung, dem Schutz, der Pflege und der Erschließung der Denkmale“³³. Die Räte der Bezirke sollten die Bezirksdenkmallisten und die Räte der Kreise die Kreislisten führen. Bei der Aufnahme neuer Denkmalobjekte sollten die Räte der Bezirke die Zustimmung des Kulturministers einholen, während für die Erweiterung oder Veränderung der Kreislisten die Zustimmung der Räte der Bezirke notwendig war.³⁴ Im Unterschied zur Denkmalschutzverordnung von 1961 war die listenmäßige Erfassung des Denkmalbestandes nun explizit gesetzlich verankert.

Allgemein kann das neue Gesetz als Fortführung und Präzisierung der Denkmalschutzverordnung von 1961 betrachtet werden, wodurch Denkmalpflege und Denkmalschutz eine größere Bedeutung beigemessen werden sollte, beispielsweise, um im Hinblick auf die sozialistische Umgestaltung aus den 1960er Jahren und auf das Wohnungsbauprogramm ab dem VIII. Parteitag der SED von 1971 größere Handlungsspielräume geltend machen zu können.

30 Vgl. BLDAM, L 9/18, Gesetz zur Erhaltung und Erschließung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz, Entwurf von 1973.

31 Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz. Vom 19. Juni 1975, II. Aufgaben und Verantwortung der Staatsorgane, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 26 vom 27. Juni 1975, § 6. – In der Verordnung von 1961 hatte es geheißen: „Das zentrale Organ des Ministerrates für die Pflege und den Schutz der Denkmale ist das Ministerium für Kultur.“ § 6 der Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

32 Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalpflegegesetz. Vom 19. Juni 1975, II. Aufgaben und Verantwortung der Staatsorgane, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 26 vom 27. Juni 1975, § 7.

33 Ebd., § 7 (4).

34 Vgl. ebd., § 8 und § 9.

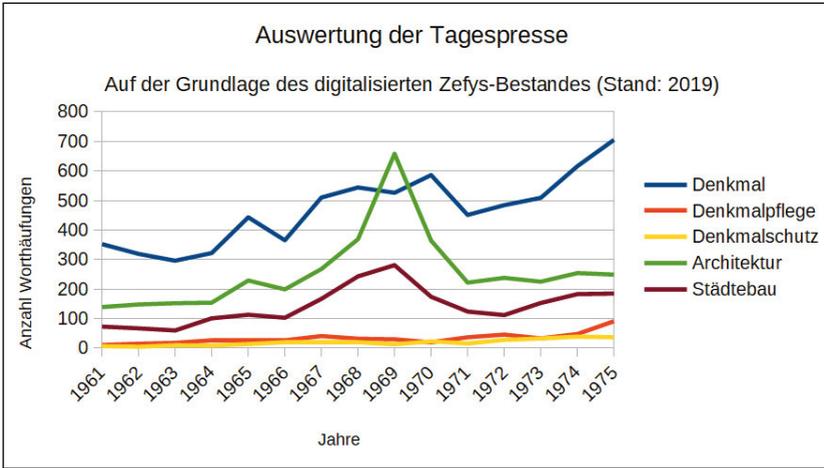


Abb. 26: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1961 bis 1975

Denkmalpflege in der (Fach-)Öffentlichkeit

Im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum (vgl. Kapitel 3.1) ist hinsichtlich der Themenfelder Denkmalpflege und Denkmalschutz ein genereller Anstieg in der Häufigkeit der Begriffsnennung in der Tagespresse zu verzeichnen, wobei sich diese Steigerung vorrangig auf die 1970er Jahre bezieht. Besonders rapide zeigt sich der Anstieg der absoluten Häufigkeit für den Begriff Denkmalpflege im Jahr 1975, mit 91 Nennungen im Vergleich zu den Vorjahren und insbesondere im Vergleich mit dem Jahr 1961, in dem der Begriff lediglich elfmal in der Tagespresse erschienen war (Abb. 26). Ähnlich verhält es sich mit der Worthäufigkeit von Denkmalpflege und Denkmalschutz in der gesamtdeutschen Analyse, sodass die Repräsentanz von denkmalpflegerischen Themen in der breiten Öffentlichkeit in Ost wie West als gleichermaßen gering eingestuft werden muss (Abb. 27).

Während sich 1961 in der DDR-Tagespresse drei „Denkmalpflege“-Nennungen auf Veranstaltungshinweise zurückführen lassen, verhandeln die restlichen Artikel vorrangig Themen wie die Gesamtinstandsetzung des Naumburger Domes oder den 75. Geburtstag des Dresdener Kunsthistorikers Eberhard Hempel. Lediglich drei der elf Artikel verbinden das Thema Denkmalpflege mit dezidiert politischen Inhalten oder Geschehnissen. Es handelt sich dabei um zwei Artikel aus der *Neuen Zeit* („Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik“³⁵

35 Elmar Jansen: Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Neue Zeit* vom 13.09.1961, S. 3.

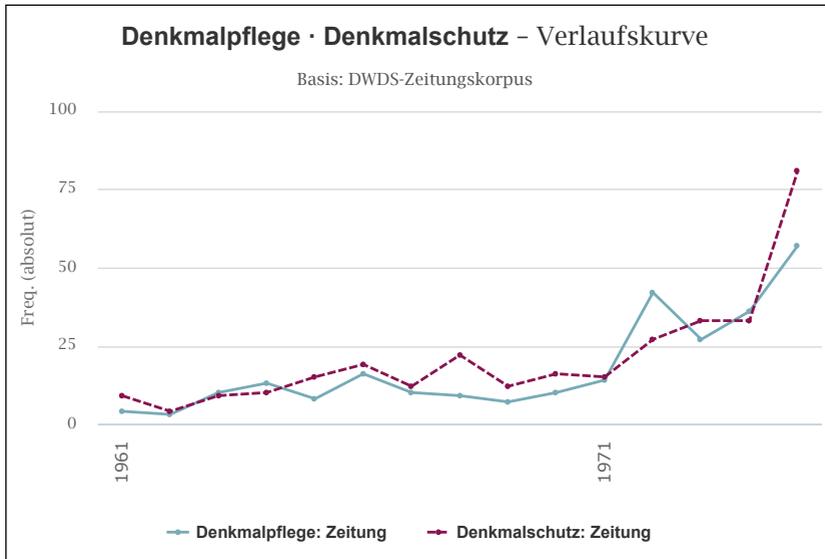


Abb. 27: Auswertung Zeitungskorpus (DWDS-Digitalisate) für die Jahre 1961 bis 1975

vom 13. September 1961 und „Auch sonst geschah noch vieles ...“. Kennzeichnende Widersprüche in einem Artikel Dr. Asches³⁶ vom 23. September 1961) sowie um einen Artikel aus dem *Neuen Deutschland* („Auschwitz ein mittelalterlicher Marktflecken? Westdeutsche Kunstgeschichtsforschung im Dienste imperialistischer Ostpolitik“³⁷ vom 9. November 1961).

Im Zeitungsartikel über die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege setzte sich der Kunsthistoriker und Essayist Elmar Jansen mit der Jubiläumsschrift „Zehn Jahre Denkmalpflege“ auseinander, die allerdings bereits 1959 anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des DDR-Staates veröffentlicht worden war. Im Jubiläumsjahr hatte die Publikation keine Reaktion der Tagespresse hervorgebracht. Nun aber, im Jahr 1961 und einen Monat nach dem Mauerbaubeginn, sollten die Leistungen der DDR-Denkmalpflege Betonung finden und vor allem sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass „Städte und Kirchen in gute[r] Obhut“³⁸ seien – sicherlich auch, um der Narration der Abbrüche und Schlosssprengungen

36 O.V.: „Auch sonst geschah noch vieles ...“. Kennzeichnende Widersprüche in einem Artikel Dr. Asches, in: *Neue Zeit* vom 23.09.1961, S. 3.

37 Ingrid Schulze: *Auschwitz ein mittelalterlicher Marktflecken? Westdeutsche Kunstgeschichtsforschung im Dienste imperialistischer Ostpolitik*, in: *Neues Deutschland* vom 09.11.1961, S. 4.

38 Elmar Jansen: *Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Neue Zeit* vom 13.09.1961, S. 3.

entgegenzuwirken. Der Autor selbst erwähnte den Anlass seines Beitrags jedoch nicht und schloss seine Ausführungen lediglich mit der Feststellung, dass auf die Denkmalpfleger in der DDR „auch weitere große Arbeiten warten“³⁹ würden.

Der zehn Tage später in der *Neuen Zeit* erschienene Artikel⁴⁰ zu Sigfried Asche behandelte hingegen die Republikflucht Asches sowie dessen Artikel in der westdeutschen Tageszeitung *Die Welt*, in dem sich Asche an Grotewohl wandte und die Umstände erläuterte, die ihn zum Verlassen der Republik getrieben haben. In der *Neuen Zeit* wurde dieser Artikel ins Verhältnis gesetzt zu einer Publikation Asches über Burgen und Schlösser⁴¹, die zu einem Zeitpunkt fertiggestellt und publiziert worden sei, als Asche die DDR bereits verlassen habe. Im Gegensatz zu seinem in der Bundesrepublik veröffentlichten Text hatte Asche in seiner Publikation den Erhalt und die denkmalpflegerischen Arbeiten an der Wartburg noch lobend erwähnt und keinerlei Missstände angeprangert; dies wurde nun in der ostdeutschen Tageszeitung als „[k]ennzeichnende Widersprüche“⁴² bezeichnet. Dass es tatsächlich Widersprüche in der „Causa Asche“ gab, die jedoch weitaus weniger mit den real existierenden Gegensätzen von Ost und West im Zusammenhang standen, führt ein Artikel des *Spiegel* mit dem Titel „Zehrer Asche“⁴³ aus. Der Beitrag zeigt in eindrücklicher Weise auf, dass es dem *Welt*-Chefredakteur, Hans Zehrer, weniger um die Person Sigfried Asches und noch viel weniger um den tatsächlichen Ist-Stand der DDR-Denkmalpflege gegangen sei, als vielmehr um die Bestätigung ideologischer Vorurteile und „um einen wirkungsvollen Protest gegen die ‚rote Spitzhacke‘, die in Mitteldeutschland kostbare Güter der Nation“⁴⁴ zerstöre, wie *Der Spiegel* Hans Zehrer zitierte. Ebenso deutlich wurde herausgearbeitet, dass insbesondere für die Wartburg, für die Asche in der DDR die Zuständigkeit besessen hatte, nicht die Rede davon sein könne, dass hier die Denkmalpflege oder die Kulturpolitik der DDR versagt habe. Mittels einer Aufzählung exemplarisch ausgewählter Restaurierungsarbeiten wird argumentiert, dass die „Möglichkeiten, über die Dr. Asche in der Zone verfügte [...] – was man auch im Westen nicht zu verschweigen brauchte –[,] ganz ungewöhnlich“⁴⁵ gewesen seien.

39 Ebd.

40 O.V.: „Auch sonst geschah noch vieles ...“. Kennzeichnende Widersprüche in einem Artikel Dr. Asches, in: *Neue Zeit* vom 23.09.1961, S. 3.

41 Sigfried Asche: Die Wiederherstellung der Wartburg, in: *Burgen und Schlösser. Zeitschrift für Burgenforschung und Denkmalpflege* (1960), Nr. 2, S. 9–10.

42 O.V.: „Auch sonst geschah noch vieles ...“. Kennzeichnende Widersprüche in einem Artikel Dr. Asches, in: *Neue Zeit* vom 23.09.1961, S. 3.

43 O.V.: Sowjetzone: Wartburg. Zehrer Asche, in: *Der Spiegel* (1960), Nr. 44, S. 46–47.

44 Ebd., S. 46.

45 Ebd., S. 47.

Wie eng Denkmalpflege, Geschichtsaufarbeitung und Politik – insbesondere im Hinblick auf strategische Abgrenzungsversuche zur Bundesrepublik – miteinander in Verbindung gesetzt wurden, verdeutlicht auch der Artikel von Ingrid Schulze im *Neuen Deutschland*. Dieser Text verfolgte zwei Erzählstränge, die sich einerseits mit dem Umgang der Bundesrepublik mit den Heimatvertriebenen⁴⁶ auseinandersetzten und andererseits die unkritische Aufarbeitung und Reflexion bezüglich der in der Zeit des Nationalsozialismus tätigen Kunsthistoriker und Denkmalpfleger (wie beispielsweise Günther Grundmann) thematisierten. Zwar formulierte die Verfasserin den Vorwurf einer „Revanchepolitik“ seitens der BRD, doch arbeitete sie zugleich heraus, wie Kunst und Denkmalpflege politisch und ideologisch instrumentalisiert würden. Allerdings war Ingrid Schulze nicht nur eine renommierte Kunstwissenschaftlerin der DDR, sondern auch inoffizielle Mitarbeiterin der DDR-Staatssicherheit.⁴⁷

Der oben angesprochene Anstieg der Worthäufigkeit von Denkmalpflege und Denkmalschutz in der Tagespresse des Jahres 1975 in Ost und West lässt sich auf eine große Themenvielfalt zurückführen, die das Interesse der Öffentlichkeit an denkmalpflegerischen Themen abbildete bzw. diesem Rechnung trug. Während in der Tagespresse der BRD wiederholt auf das Europäische Denkmalschutzjahr rekuriert wurde, verwies die Tagespresse der DDR auf das dort soeben verabschiedete Denkmalpflegegesetz. Beide Themen waren jedoch innerhalb der betrachteten Zeitungskorpora nicht diskursprägend. Für den Begriff des Denkmalschutzes lassen sich hingegen mehrere „Häufigkeitsschübe“ feststellen. So stieg die Häufigkeit des Begriffs in den Jahren 1956 und 1957 erstmalig an (auf jeweils 15 Nennungen). Eine zweite Steigerung ist für die Jahre 1966 bis 1968 festzustellen (mit 19, 20 und 21 Nennungen) und eine dritte in den Jahren 1973 bis 1975 (mit 22, 39 und 37 Nennungen). Allerdings war die Anzahl von Denkmalpflege und Denkmalschutz im Vergleich zu den Häufigkeiten der Begriffe Kultur, Sozialismus, Sowjetunion und Heimat (wie auch bereits für den ersten Untersuchungszeitraum aufgezeigt) marginal, da die Tagespresse deutlich auf andere thematische Schwerpunkte setzte. Auch wenn die gesellschaftliche Bedeutung der Denkmalpflege in der DDR immer wieder herausgestellt wurde, lässt sie sich innerhalb der Tagespresse bestenfalls als randständiges Thema charakterisieren.

46 Vgl. Definition von Heimatvertriebenen nach Legaldefinition § 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19. Mai 1953, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 22 vom 22. Mai 1953, S. 201–221.

47 Renommierte Kunstwissenschaftler wie Ingrid Schulze alias „IM Born“, führende Kunsthistorikerin an der Hallenser Martin-Luther-Universität, arbeiteten mit Dossiers eifrig zu, vgl. https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/boheme/katalog_zentren/halle/ [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Die Monatszeitschrift *Natur und Heimat* der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund wurde 1962 mit der Zeitschrift *URANIA Wissen und Leben* vereinigt und verzichtete fortan weitestgehend auf Beiträge aus dem Bereich der Denkmalpflege. Bereits 1961 beschränkten sich die Texte, in denen das kulturelle Erbe oder die historische Substanz verhandelt wurden, fast ausschließlich auf die Beitragsserie „Alte Bauten im neuen Dorf“, sodass die 1962 erschienenen Artikel zum Brandenburger Tor als „Tor des Friedens“⁴⁸ und die Ausführungen von Ludwig Deiters zur neuen Denkmalschutzverordnung⁴⁹ als Besonderheiten oder Ausnahmen angesehen werden müssen. Sie lassen die politisch-ideologische Tragweite erkennen, die ihnen angesichts der deutsch-deutschen Teilung zukam – auch wenn diese keine explizite Erwähnung fand.

In seiner „Betrachtung“ zur Denkmalschutzverordnung in der *Natur und Heimat* betonte Deiters, dass die neue Verordnung notwendig geworden sei, da die Denkmalschutzverordnung von 1952 durch die „fortschreitende Demokratisierung weitgehend überholt“ gewesen sei; man habe deshalb nun eine „Voraussetzung dafür [geschaffen], daß die Denkmalpflege mit der sozialistischen Entwicklung Schritt [halten könne]“.⁵⁰ Neben seinen weiteren Ausführungen zu Denkmalwerten sowie zu den Inhalten und Aufgaben der Denkmalpflege in der DDR, nahm Deiters auch auf die Erfassung des Denkmalbestandes Bezug. Hierbei erläuterte er zwar, dass die zu schützenden Denkmale in Karteien bzw. Listen geführt werden sollten, betonte aber zugleich, dass „[d]ie Bedingung für den Schutz“ nicht die Erfassung sein könne, „da ja die Denkmaleigenschaft als Rechtsgrundlage schon vor dem Akt der Registrierung vorhanden“ sei.⁵¹ Ebenso verdeutlichte er, dass Denkmalpflege und Denkmalschutz von den örtlichen staatlichen Organen zu leisten seien und dabei „im wesentlichen durch die Abteilung Kultur und [dem] Bauamt zu lösen“⁵² wären, während das Institut für Denkmalpflege die Behörden fachwissenschaftlich anleite.

Als fachwissenschaftliche Einrichtung hatte das Institut für Denkmalpflege einerseits eine beratende Funktion für die örtlichen Behörden inne, andererseits sollte es wissenschaftliche Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Denkmalpflege in der DDR leisten. In diesem Sinne gehörte auch die Popularisierung der fachwissenschaftlichen Ergebnisse des Instituts zu dessen Aufgaben. Es sollte allerdings bis 1975 dauern, bis das erste Heft der *Denkmalpflege in der DDR* veröffentlicht wurde. Damit erschien erstmalig ein eigenständiges überregionales

48 Erik Hühns: Brandenburger Tor. Tor des Friedens, in: *Natur und Heimat* (1962), H. 1, S. 6–12.

49 Ludwig Deiters: Zur neuen Verordnung über den Schutz und die Pflege der Denkmale. Eine Betrachtung von Ludwig Deiters, in: *Natur und Heimat* (1962), Nr. 3, S. 136–138.

50 Vgl. ebd., S. 136.

51 Vgl. ebd., S. 137.

52 Ebd., S. 138.

Publikationsorgan des Instituts und des Kulturbundes, das sich allein der Denkmalpflege widmete. Das Heft sollte zweimal jährlich erscheinen und „dazu beitragen, Arbeiten, Probleme und Ziele der Denkmalpflege vorzustellen“⁵³. Die erste Ausgabe widmete sich der Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft⁵⁴, der Verbindung von Denkmalpflege und Kulturbund⁵⁵ sowie den Themen der Werterhaltung⁵⁶, Rekonstruktion⁵⁷, Restaurierung⁵⁸ und der Aufbewahrung von Kunstwerken⁵⁹. Ein Informationsteil ergänzte die Texte um Benachrichtigungen. Insbesondere der Beitrag von Deiters zur Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft zeichnete sich durch Grundlagenvermittlung aus und verdeutlichte den Anspruch, interessierte Laien für die Denkmalpflege zu gewinnen, um die „breite Aneignung der progressiven Traditionen unserer Geschichte“⁶⁰ zu ermöglichen. Wiederholt bezog sich Deiters dabei auf Reden, Berichte und Beschlüsse führender SED-Politiker bzw. des Politbüros und legitimierte dadurch einerseits seine Argumentation innerhalb der politischen Leitlinien und verdeutlichte andererseits auf diese Weise den engen Zusammenhang von Politik und Denkmalpflege.

In der Zeitschrift *Deutsche Architektur* lässt sich hingegen eine Hinwendung zum Thema Rekonstruktion im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung erkennen. Auf das Wechselspiel zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung wird noch in Kapitel 5.3.1 ausführlicher eingegangen, weshalb an dieser Stelle von einer dezidierten Betrachtung Abstand genommen wird.

-
- 53 Redaktion: Zum Beginn, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 1.
- 54 Ludwig Deiters: Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 5–29.
- 55 Heinz Gerling: Denkmalpflege und Kulturbund, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 29–30.
- 56 Werner Lonitz: Probleme der Werterhaltung bei komplexen Umgestaltungsmaßnahmen in innerstädtischen Altbauwohngeländen, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 31–38.
- 57 Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, S. 38–44.
- 58 Ursula Czczot: Die Restaurierung der Albrechtsburg in Meißen, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 44–51.
- 59 Ingo Sander: Die Behandlung und Aufbewahrung von Kunstwerken, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 51–60.
- 60 Redaktion: Zum Beginn, S. 1.

Denkmalpflege zwischen Ökonomisierung, Kulturpolitik und Internationalismus

Mit dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 wurden seitens der SED-Spitze der umfassende Aufbau des Sozialismus propagiert und zugleich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Tätigkeit zu verbessern.⁶¹ Aus Sicht der DDR-Regierung galt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als nahezu erreicht und „die Machtfrage unwiderruflich zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus entschieden“⁶². Diese Sichtweise konnte allerdings nicht über große wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die sich auf alle Lebensbereiche niederschlugen. Der Versuch Ulbrichts aus dem Jahr 1963, Reformideen des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Jewsei Grigorjewitsch Liberman in die Planwirtschaft der DDR zu integrieren und mithilfe des sogenannten „Neuen Ökonomischen Systems“ (kurz: NÖS)⁶³ für eine gewisse Flexibilität innerhalb der DDR-Wirtschaft zu sorgen, schlug aufgrund ungelöster konzeptioneller bzw. theoretischer Probleme fehl.⁶⁴ An den zahlreichen Missständen konnte auch die neue Verfassung der DDR, die 1968 verabschiedet und bei einer Volkswahl mit 94,5 Prozent angenommen wurde, nichts ändern, auch wenn in Artikel 9, Absatz 2 festgeschrieben wurde, dass „[d]ie Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik [...] der Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen“⁶⁵ dienen solle. Erst Ulbrichts Nachfolger, Erich Honecker, konnte nach seiner Ernennung zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED 1971 für einen fühlbaren Wohlstandsschub sorgen, der allerdings nur durch eine exzessive Verschuldung im Ausland erkaufte werden konnte.⁶⁶

Auf nationaler Ebene hat die DDR im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre das Programm „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ intensiviert, mit dem alle Bürger dazu aufgerufen werden sollten, sich an der Erhaltung und Pflege ihrer lokalen Umwelt – und damit auch am Erhalt von Denkmalen und dem historischen Erbe – zu beteiligen. Das Programm stellte den Versuch dar,

61 VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21. Januar 1963, vgl. Heinz Heitzer/Günther Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR, S. 189.

62 Ebd., S. 188.

63 Auch unter der Bezeichnung „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“, kurz NÖSPL, bekannt.

64 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 338. Sowie: Helmut Koziol: Hatte das Neue Ökonomische System eine Chance?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 10 (1996), H. 1–2, S. 129–153.

65 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, <http://www.verfassung.de/ddr/verf68-i.htm> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

66 Vgl. hierzu: Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 341.

größere Bevölkerungskreise für die Pflege des Denkmalbestandes zu aktivieren und auf diese Weise den Anspruch eines gesamtgesellschaftlichen Interesses an Denkmalpflege und Denkmalschutz zu verwirklichen. Zugleich verdeutlicht das Programm durch seine inhaltlichen Verschiebungen im Laufe des Untersuchungszeitraumes die Auswirkungen veränderter politischer und ökonomischer Ausrichtungen. Das Programm war ursprünglich 1955 als denkmal- und stadt-bildpflegerische Aktion unter dem Titel „Das schöne Dorf“ von den Natur- und Heimatfreunden begründet worden. Bereits 1958 veränderte sich dessen Ausrichtung mit der Übernahme der Initiative durch die Nationale Front infolge des V. Parteitages der SED.⁶⁷ Während die Natur- und Heimatfreunde Mitte der 1950er Jahre die tatsächliche Verschönerung und Pflege ihrer Umgebung zum Ziel gehabt hatten, wurde die Kampagne in den folgenden Jahren zu einer politisch-ideologisch aufgeladenen Propagandaaktion, deren Sinn und Zweck in der Entschärfung der wirtschaftlichen und politischen Probleme des DDR-Staates bestand.⁶⁸ Mit dem VIII. Parteitag der SED (1971) wurden die Verschönerung und Reparatur bestehenden Wohnraums, der Bau zusätzlichen Wohnraums und insbesondere der Bau privaten Wohnraums, die Grünflächenpflege, die Entsorgung von Industriemüll und das Sammeln von Wertstoffen als Schwerpunkte definiert, die sich nun auch auf die Städte und Gemeinden bezogen.⁶⁹ Trotzdem erfolgten im Rahmen der „Mach mit!“-Aktionen immer wieder auch denkmalpflegerische Maßnahmen, wie beispielsweise 1969 die Instandsetzung eines verfallenen Landhauses in Neubrandenburg durch den Biologielehrer Horst Meyer⁷⁰ oder die Rekonstruktion von Altstadtstraßen in Wismar (1974)⁷¹. Des Weiteren führten lokale Jubiläen, wie die 1000-Jahr-Feier der Stadt Weimar, die Bach-Feste oder die 450-Jahrfeiern anlässlich des Bauernkriegs zu zahlreichen denkmalpflegerischen Anstrengungen.

Außenpolitisch gelang es der DDR, sich im Verlauf der 1970er Jahre zu stabilisieren. Den Anfang machten der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD im Dezember 1971 sowie die Aufnahme der DDR in die UNESCO im November desselben Jahres. Im September 1973 folgten die gemeinsame Aufnahme

67 Vgl. Jan Palmowski: Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag (= Reihe des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, hrsg. von Jens Gieseke, Thomas Lindenberger, Martin Sabrow, Bd. 4), Berlin 2016, S. 169.

68 Vgl. ebd., S. 198.

69 Vgl. ebd., S. 170 und S. 174.

70 Vgl. ebd., S. 184–185.

71 Vgl. Stadtarchiv Wismar, 2.2.1. Ratssitzungen 119, Ratsprotokolle 1974, Objektliste zum Wettbewerbsprogramm 1974 „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!“ für das Jahr 1974.

von DDR und BRD in die UNO sowie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch zahlreiche weitere Staaten.⁷²

Dabei war die bereits vor 1971 bestehende Verbindung der DDR zur UNESCO, über den internationalen Rat für Denkmalpflege (ICOMOS), von enormer politischer Bedeutung. Die UNESCO hatte sich als „Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur“ gemeinsam mit dem *Congrès des Architectes et des Techniciens des Monuments Historiques* in Paris (1957) und Venedig (1964) um die Gründung von ICOMOS bemüht. Bereits 1962 hatte die UNESCO eine internationale Kampagne zur Erhaltung historischer Monumente (unter dem Motto *Recommendation Concerning the Safeguarding of the Beauty and Character of Landscapes and Sites*) initiiert und ebenso die Entwürfe für das Statut des späteren Denkmalrates aufgestellt.⁷³ Im Juni 1965 hatte dann die ICOMOS-Gründungsveranstaltung in Krakau und Warschau stattfinden können. Während die Bundesrepublik bereits im Vorfeld dieser ein Nationalkomitee gegründet hat und von Beginn an ein vollwertiges ICOMOS-Mitglied sein konnte, mussten die Denkmalpfleger der DDR noch bis 1969 auf die Möglichkeit der Gründung eines eigenen Nationalkomitees und auf die Mitgliedschaft in ICOMOS warten. In den Jahren nach der Aufnahme folgten verschiedene Tagungen, Schulungsangebote und Beratungen, die den internationalen Erfahrungsaustausch stärkten und ein gemeinsames Handeln im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zum Ziel hatten.

Zusammenfassung

Anhand der Untersuchung der Denkmalschutzverordnung von 1961 sowie des Entstehungsprozesses des Denkmalpflegegesetzes von 1975 konnten die Strukturen, das heißt die rechtlichen Rahmenbedingungen, beleuchtet werden, in denen die Akteure im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes im Verlauf des zweiten Untersuchungszeitraumes agieren sollten. Zudem zeigte die Analyse, dass die Entwicklungen im Bauwesen und die Bestrebungen für eine sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer innerhalb des politischen Rahmens des umfassenden sozialistischen Aufbaus entscheidenden Einfluss auf die institutionelle Denkmalpflege gehabt haben. Besonders deutlich konnte dies anhand des Entwurfs zum Denkmalpflegegesetz von 1971/72 nachvollziehbar gemacht werden.

72 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 341 und Heinz Heitzer/Günther Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR, S. 266.

73 Vgl. Sigrid Brandt (Hrsg.): Im Schatten des Kalten Krieges. Dokumente und Materialien zur Geschichte von ICOMOS Deutschland, Berlin 2017, S. 7. Die UNESCO entschied allerdings im Mai 1965, dass ICOMOS ohne Bindung an die UNESCO auftreten und wirken sollte.

In der Öffentlichkeit waren denkmalpflegerische Themen im Verlauf der 1970er Jahre mittels der Tagespresse deutlich präsenter als zuvor, wodurch ein veränderter Umgang mit denkmalpflegerischen Themen und ein verbessertes Verständnis hinsichtlich des Denkmalbestandes erkennbar werden. Dies scheint, mit Blick auf die Auswertung der Zeitungskorpora, keine DDR-spezifische Entwicklung, sondern vielmehr ein gesamteuropäisches Phänomen gewesen zu sein.

Der mit dem VI. Parteitag der SED proklamierte umfassende Aufbau des Sozialismus sowie die Umsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems“ prägten zu Beginn der 1960er Jahre den politischen Rahmen. Der Regierungswechsel von Ulbricht zu Honecker veränderte die Ausrichtung des Bauwesens und in der Folge auch die Bedingungen für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz in der DDR, was sich auch im Denkmalpflegegesetz widerspiegelt. Für die institutionelle Denkmalpflege waren die außenpolitischen Entwicklungen, die nicht zuletzt auf den entsprechenden Schritten Honeckers beruhten, entscheidend. Die Aufnahme der DDR in den ICOMOS (1969), in die UNESCO (1971) sowie in die UNO (1973) bedeuteten nicht nur eine internationale Anerkennung als souveräner Staat, sondern insbesondere für die Denkmalpfleger der DDR Teilhabe und Austausch auf Augenhöhe.

5.2 Zwischen Umformung und Neuausrichtung

In diesem Kapitel soll es analog zum ersten Untersuchungszeitraum um Institutionen und Organisationen gehen, die im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR aktiv waren. Für die Analyse des Ist-Standes der Denkmalpflege zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Denkmalschutzverordnung von 1961 dient als Ausgangspunkt die Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“⁷⁴, die vom Kulturbund in Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege 1962 veröffentlicht worden ist (5.2.1). Sie zeigt sowohl die Leitlinien und Schwierigkeiten als auch die Perspektiven und Hoffnungen der damaligen Akteure auf. Zur Bewertung der Aussagen innerhalb der Publikation wird vergleichend ein Aufsatz des Architekten Werner Vollrath herangezogen, der 1961 in der *Deutschen Architektur* erschienen ist.⁷⁵ Im Unterschied zur Publikation des Kulturbundes und des IfD konzentrierte sich Vollrath auf die Probleme der Denkmalpflege und erlaubt auf diese Weise einen anderen Zugang zur Situation der Denkmalpflege anfangs des zweiten Untersuchungszeitraumes. Im ersten Schritt werden der Status quo zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Denkmalschutzverordnung untersucht und die Sicht der Akteure erarbeitet sowie kritisch

74 Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit.

75 Werner Vollrath: Einige Probleme der Denkmalspflege, in: *Deutsche Architektur* (1961), H. 6/7, S. 397–398.

hinterfragt. Darauf aufbauend wird der Fokus in dem sich anschließenden Kapitel auf die Institutionen und Organisationen gerichtet, die sich für Denkmalpflege und Denkmalschutz engagierten (5.2.2). Für diese Analyse dienen die Protokolle der Konservatorenberatungen als Grundlage. Diese Dokumente offenbaren vor allem die Verbindung und die Art der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Organisationen. Ergänzend werden Aktenbestände des Ministeriums für Kultur sowie des Kulturbundes ausgewertet, um die institutionelle Denkmalpflege innerhalb des Kultursektors betrachten und verorten zu können.

5.2.1 Analyse und Selbstreferenz: „Denkmalpflege in unserer Zeit“

Obwohl der Titel der Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“⁷⁶ von 1962 eine Einordnung oder Analyse der gegenwärtigen Denkmalpflege in der DDR vermuten lässt, handelt es sich vielmehr um eine ausführliche Erläuterung zur erneuerten Denkmalschutzverordnung, die 1961 verabschiedet worden war. Gleichwohl lassen Aufbau und Inhalt dieser Broschüre durchaus Rückschlüsse auf die Ausrichtung der Denkmalpflege, auf ihr Aufgabenspektrum sowie auf die beteiligten Institutionen und Organisationen zu, weshalb „Denkmalpflege in unserer Zeit“ im Folgenden als Primärquelle analysiert und ausgewertet werden soll. Im Anschluss daran soll ein 1961 erschienener Artikel des Architekten Werner Vollrath, der in der Fachzeitschrift *Deutsche Architektur* mit dem Titel „Einige Probleme der Denkmalspflege“⁷⁷ veröffentlicht worden ist, vergleichend herangezogen werden, um den Stand der Denkmalpflege in der DDR zu diesem Zeitpunkt und die Aussagen aus der Quelle „Denkmalpflege in unserer Zeit“ bewerten zu können. Der Artikel Vollraths eignet sich für einen Vergleich besonders, da er auf ähnliche Inhalte und Begriffe rekurriert wie die Denkmalpfleger in ihrer Publikation, jedoch aus einem Blickwinkel, der stark vom Bauwesen geprägt war. Welche Sicht hatten die Akteure auf den Stand der Denkmalpflege? Welche Probleme und welche Leitlinien wurden offiziell von den jeweiligen Verfassern identifiziert? Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Publikationen aus jener Zeit soll zudem als Ausgangspunkt für die nachfolgenden Kapitel dienen, in denen einige der hier aufkommenden Fragen eine dezidiertere Betrachtung finden.

Analyse und Selbstreferenz

Die Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ wurde vom Deutschen Kulturbund „mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege“ herausgegeben. Der Kulturbund als Massenorganisation hat sich schon früh mit dem Thema des Erhaltens von Kulturgut auseinandergesetzt. Insbesondere die Natur- und Heimat-

76 Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit.

77 Werner Vollrath: Einige Probleme der Denkmalspflege.

freunde haben sich innerhalb des Kulturbundes mehrfach für den Erhalt denkmalwerter Substanz engagiert und dazu denkmalpflegerische Fragestellungen diskutiert. Auch waren viele hauptberufliche Denkmalpfleger im Kulturbund Mitglied, wodurch ein großes Netzwerk aus ausgebildeten Fachleuten und ehrenamtlichen Laien, die sich für die Denkmale in der DDR engagierten, entstanden ist (vgl. hierzu Kapitel 3.3.3). Zahlreiche Publikationen des Kulturbundes⁷⁸, ebenso wie Zeitschriftenartikel, sorgten für eine Wissensverbreitung über den Denkmalbestand, zu dessen Geschichte und Erhaltung.

Die ergänzende Information zum Herausgeber „mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege“ verdeutlicht die Verbindung von institutioneller Denkmalpflege und ehrenamtlichem Engagement. Sie verweist zum einen darauf, dass die Publikation durchaus einen fachwissenschaftlichen Anspruch verfolgte und zum anderen zeigt sie die Position des Kulturbundes bzw. seine Aufgabe und Funktion im Bereich der Denkmalpflege als Instrument der Popularisierung denkmalpflegerischer Ergebnisse, die klar zum Ausdruck gebracht werden sollten. Denn obwohl die denkmalpflegerische Arbeit des Kulturbundes nicht in der Denkmalschutzverordnung von 1952 formuliert gewesen war, hatte sich die Zusammenarbeit zwischen dem Kulturbund bzw. den Natur- und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes und dem Institut für Denkmalpflege im Verlauf der 1950er Jahre verfestigt und auch als notwendig erwiesen, um denkmalpflegerische Zielsetzungen umsetzen zu können.

Der Titel „Denkmalpflege in unserer Zeit“ verweist auf die Gegenwart und suggeriert den Versuch, den Ist-Stand der Denkmalpflege abzubilden. Im Vorwort nennt Max Burghardt, der Präsident des Kulturbundes, die Verabschiedung der Verordnung zum Schutz und Erhalt der Denkmale von 1961 als Anlass für die Entstehung der Broschüre, da „[d]iese Verordnung [...] aus der Erkenntnis der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR geboren [worden ist] und [...] dem Wesen sozialistischer Demokratie auch auf dem speziellen Gebiet der Denkmalpflege voll Rechnung [trägt]“⁷⁹, was in den nachfolgenden Beiträgen erläutert werden sollte. Mit „tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen“

78 Zu den Publikationen des Kulturbundes zählten unter anderem: Natur und Heimat. Eine Monatsschrift mit Bildern, hrsg. vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Erscheinungszeitraum von Januar 1952 bis November 1962; Kampf um eine deutsche Architektur. Ausstellung, hrsg. vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin 1952; 725 Jahre Stadt Güstrow 1228–1953, hrsg. vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Güstrow 1953; Aufruf zum Wettbewerb „Das schöne Dorf“, hrsg. vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Dresden 1955.

79 Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Vorwort von Max Burghardt, o. Pag.

war vor allem der von der SED formulierte, nahezu abgeschlossene Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gemeint.

Obwohl der Kulturbund als Herausgeber der Publikation fungierte, ist letztlich nur das von Max Burghardt verfasste Vorwort ein dezidierter inhaltlicher Beitrag des Kulturbundes. Die weiteren Texte stammten von Ludwig Deiters und Hans Nadler (beide Institut für Denkmalpflege) sowie von Georg Münzer (Justiziar des MfK). Während sich Deiters, in seiner Funktion als Generalkonservator für Denkmalpflege in der DDR, „Zum kulturpolitischen Interesse der Gesellschaft an den Denkmälern“ äußerte, widmete sich Hans Nadler, als Leiter der Arbeitsstelle Dresden, den „Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde“ in Verbindung zum IfD. Georg Münzer oblag es hingegen, „Erläuterungen zur Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale“ auszuführen. Als Anlagen waren der Broschüre hinzugefügt: die Verordnung und die erste Durchführungsbestimmung, die Anordnung über das Statut des Instituts für Denkmalpflege, die Weisung über die Zusammenarbeit des Instituts, die Liste zu den Denkmälern von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert, die Richtlinien zur Erfassung der Denkmale sowie Muster-Fragebögen. Damit stellt sich die Frage nach der Zielgruppe und der Zielstellung der Publikation. Was erhofften sich der Kulturbund ebenso wie das IfD von der umfangreichen Erläuterung der Denkmalschutzverordnung in einer eigenständigen Publikation?

Max Burghardt und die Entwicklung der Denkmalpflege

Im Vorwort betonte der Präsident des Kulturbundes, Max Burghardt, die Bedeutung der Denkmalschutzverordnung von 1961 sowie der verantwortlichen Träger des Denkmalschutzes. Denkmalpflege und Denkmalschutz müssten durch die „örtlichen Volksvertretungen und staatlichen Organe“⁸⁰ gewährleistet werden und könnten nur durch „die Unterstützung und Mitarbeit breiter Kreise der Bevölkerung“⁸¹ wirksam werden. Dementsprechend sollte sich die Publikation auch an die breite Bevölkerung richten, die sowohl über die für Denkmalpflege zuständigen Institutionen und Organisationen als auch über die Arbeitsfelder aufgeklärt werden sollte. Bereits in Burghardts Vorwort wird zum einen deutlich, dass die verschiedenen Gruppen, die für den Denkmalbestand verantwortlich zeichnen konnten (örtliche Volksvertretungen, staatliche Organe und die Bevölkerung), im Zweifel verschiedene Interessen verfolgten, die unter Umständen auch von gegensätzlicher Art sein konnten. Zum anderen wird klar, dass die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen und der staatlichen Organe nicht genügte, um eine wirksame Denkmalpflege bzw. einen wirksamen Denkmalschutz betreiben zu können. Die Mitarbeit „breiter Kreise der Bevölkerung“ war also notwendig. Dass insbesonde-

80 Ebd.

81 Ebd.

re diese Interessensgruppe schwer zu erreichen war bzw. man zumindest Schwierigkeiten hatte, ihre Aufmerksamkeit für Denkmalpflege zu gewinnen, lässt der Aufruf Burghardts an die Mitglieder des Kulturbundes und die interessierte Bevölkerung zur Mitarbeit sehr vermuten.

Für Burghardt waren „Denkmale [...] [ein] wesentliches Zeugnis dieses Erbes und durch ihre Anschaulichkeit geradezu prädestiniert, Verständnis und Achtung für die Werke der Kultur zu schaffen“, sie waren „Mittler zwischen Vergangenheit und Gegenwartigem“ und „feste[r] Bestandteil unserer schönen sozialistischen Heimat“.⁸² Die Aufgabe der Denkmale – und dadurch mittelbar auch die der Denkmalpflege – war aus Burghardts Sicht, kulturpolitische Bildung im sozialistischen Sinne zu betreiben. Als haptisch erfahrbare und jeden Menschen umgebende Zeugen, sozusagen als gebaute Geschichte, konnten Denkmale sowohl kulturelle Werte und ein Verständnis für die Vergangenheit vermitteln als auch dazu dienen, sich mit einem bestimmten Ort verbunden zu fühlen und beheimatet zu sein. Die mit einem Denkmal möglicherweise ebenfalls verbundenen künstlerischen, städtebaulichen und wissenschaftlichen Werte fanden bei Max Burghardt hingegen keine direkte Beachtung. Demnach verstand der Kulturbundpräsident unter Denkmalpflege und Denkmalschutz vor allem einen kulturpolitischen Bildungsauftrag. Zugleich sah er die Aufgabe des Kulturbundes einerseits darin bestehen, den Menschen über die Fachgruppen des Kulturbundes die Möglichkeit zur Mitwirkung an Denkmalpflege und Denkmalschutz zu offerieren und andererseits die Grundvoraussetzungen hierfür durch Vermittlungsarbeit zu schaffen.

Der Generalkonservator und die Entwicklung der Denkmalpflege

Der Beitrag des Generalkonservators, Ludwig Deiters, in der Broschüre „Denkmalpflege in unserer Zeit“ beschäftigte sich hingegen mit dem kulturpolitischen Interesse der Gesellschaft an Denkmälern, das Deiters, trotz der fehlenden Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise, als gegeben ansah. Hierfür unterteilte er seine Ausführungen in drei verschiedene Themenfelder, die sich mit der Art und Bedeutung der Denkmale, dem „Wert der Denkmale für das historische Bewusstsein und das kulturelle Leben der Bevölkerung“⁸³ sowie der Denkmalpflege im Allgemeinen auseinandersetzten. Bereits zu Beginn seiner Ausführungen stellte Deiters fest, dass unter dem Denkmalbegriff „Denkmale der kulturellen Entwicklung unseres Volkes“⁸⁴ zu verstehen seien. Ohne die kulturelle Entwicklung oder den Begriff des Volkes näher zu definieren, wird dennoch deutlich, dass Deiters für einen, im Vergleich zur Vorkriegszeit, erweiterten Denkmalbegriff plädierte,

82 Vgl. ebd.

83 Ludwig Deiters: Zum kulturpolitischen Interesse der Gesellschaft an den Denkmälern, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, o. Pag.

84 Ebd.

der von historischen Gedenkstätten über Baudenkmale, Gartenkunst, bildende Kunst und Kunsthandwerk bis hin zu technischen Denkmälern reichen sollte.

Der Wert des Denkmalbestandes lag für Deiters im historischen Wert begründet. Dabei war für ihn das historische Dokument jedoch weniger als Quelle oder Zeugnis einer spezifischen Zeit von Bedeutung als vielmehr zur Erzeugung eines Geschichtsbildes im Sinne des dialektischen Materialismus.⁸⁵ Gleichwohl hatte für Deiters, in Anlehnung oder Erweiterung zu Burghardts Ausführungen, der Denkmalbestand „gesellschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen“⁸⁶. Konkret meinte der Generalkonservator damit die Weiter- oder Wiederverwendung historischer Wohnbauten, die allerdings „sachkundig instand gesetzt, befreit von Verschandlungen und Überbauungen der letzten kapitalistischen Jahrzehnte“⁸⁷ für ihre Weiternutzung angepasst werden könnten. Denkmale, insbesondere unter Denkmalschutz stehende Wohnbauten, könnten dementsprechend an die gesellschaftlichen Bedürfnisse relativ frei angepasst werden. Als „historisches Dokument“ sei das Denkmal nur noch bedingt verwendbar, es solle nicht als Quelle mit originaler bzw. zeithistorischer Bausubstanz verstanden und genutzt werden, sondern als „wesentlicher Bestandteil der Heimatvorstellung“⁸⁸.

Gleichzeitig war sich Deiters der Funktion des Denkmals als touristische Attraktion bewusst: „Delegationsreisende wie Touristen werden immer bestrebt sein, im besuchten Land die Denkmale kennen zu lernen. Sie werden versuchen, aus deren Ähnlichkeiten und Unterschieden zu den eigenen Denkmälern die Gleichartigkeiten und Eigenheiten des Lebens und der Kunst des anderen Volkes zu ersehen.“⁸⁹ Auch wenn Deiters Denkmale hier nicht als touristische Attraktion beschreibt, sondern deren kulturgesellschaftliche Funktion im Austausch mit anderen Nationen und Kulturen betont, wird dennoch deutlich, dass seiner Auffassung nach die Denkmalpflege mit Blick auf die außenpolitische Wirkung der DDR eine bedeutende Rolle zu spielen hatte. Nicht zuletzt war der Tourismus ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, der zugleich zur Finanzierung von Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen beitrug. Auch deshalb wird Deiters diese Facette derart ausdrücklich betont haben.

Im Hinblick auf die neue Denkmalschutzverordnung erfuhren in Deiters Ausführungen die Zeitlichkeit der Denkmalpflege sowie der Seltenheitswert eines jeden Denkmals eine besondere Betonung. Deiters verwies deshalb auf die Prozesshaftigkeit denkmalpflegerischer Aushandlungsprozesse, die nur in der Gegenwart verhandelt werden könnten und immer wieder kritisch hinterfragt

85 Vgl. ebd.

86 Ebd.

87 Ebd.

88 Ebd.

89 Ebd.

sowie gesellschaftlich legitimiert sein müssten. Dass es dabei nicht immer eindeutige Antworten geben könne, war nicht nur ihm, sondern auch den entsprechenden staatlichen Institutionen bewusst, weshalb für Streitfälle „die Abteilung Kultur des zuständigen staatlichen Organs, meist vertreten durch den ‚Vertrauensmann für Denkmalpflege‘ und das Institut für Denkmalpflege zur Verfügung [stehen sollen]“⁹⁰. Die finale Entscheidung sollte nicht zuletzt auf Grundlage der Denkmalerfassung gefällt werden. Auch hierbei versuchte Deiters die Unvollständigkeit der Erfassung zu thematisieren, die durch „bisher Unentdecktes oder Neues“⁹¹ einen Abschluss der Erfassungsarbeit – trotz aller Planmäßigkeit – verunmögliche.

Des Weiteren definierte Deiters zwei Anliegen, die die Denkmalpflege stets habe: „[1] das Denkmal in seiner originalen Substanz zu erhalten, und [2] es in seiner Eigenart voll zur Wirkung zu bringen“⁹². Mit dem ersten Anliegen verband Deiters die Begriffe Sicherung und Konservierung, mit dem zweiten Wiederherstellung, bei der es seiner Meinung nach „im allgemeinen um die künstlerische Wirkung [,] in seltenen Fällen auch um die Anschaulichkeit historischer Situationen“⁹³ gehe. Da das zweite Anliegen dem ersten zunächst konträr gegenüberzu stehen scheint, erläuterte Deiters in seinen folgenden Ausführungen die Begriffe Konservierung, Rekonstruktion und Sanierung. Interessant ist dabei, dass nach Ludwig Deiters Konservierung nicht den Erhalt eines Denkmals entsprechend seines gegenwärtigen Zustandes meinte (um auch dessen dokumentarischen Wert im Laufe der Zeit zu erhalten), vielmehr bedeutete der Erhalt des dokumentarischen Wertes des Denkmals für ihn die Entfernung „spätere[r] Zutaten“ sowie den weitestgehenden Verzicht auf Ergänzungen (die im Zweifel zurückhaltend ausgeführt und als spätere Zutat kenntlich gemacht werden sollten).⁹⁴ Rekonstruktionen hingegen „laufen dem eigentlichen Sinn der Denkmalpflege zuwider“, erklärte Deiters. Ausnahmen seien „in ganz seltenen Fällen“ jedoch möglich, wenn „städtebaulicher Zusammenhänge wegen oder aus besonderen nationalen Gründen“ die Rekonstruktion eines Denkmals notwendig sei.⁹⁵ Vorrangig problematisierte Deiters jedoch den Begriff der Sanierung, der häufig Verwendung finde, aber meist unpassend sei. Wenn es darum ginge, „Verunstaltungen bei einer größeren Anzahl von Baudenkmalen nach einheitlicher Planung zu beseitigen [...], neuere Bauten in ihrer Maßstäblichkeit anzupassen, oder Lücken zu

90 Ebd.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 Ebd.

94 Vgl. ebd.

95 Vgl. ebd.

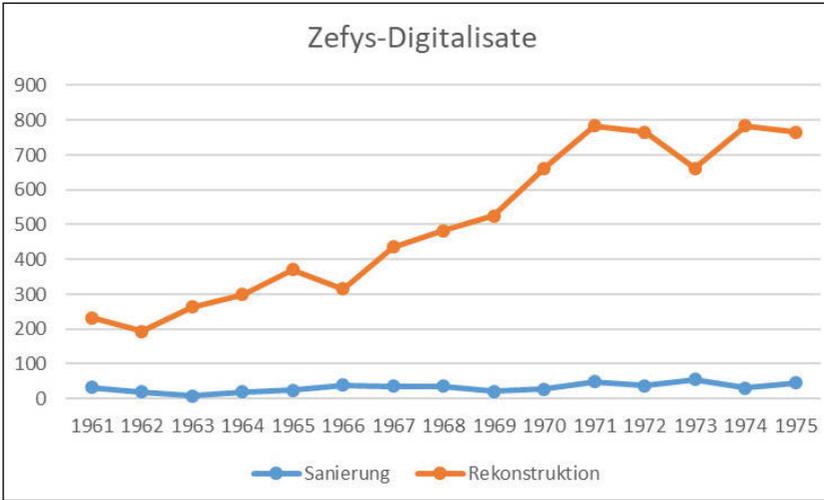


Abb. 28: Begriffshäufigkeit von Sanierung und Rekonstruktion (Zefys-Digitalisate)

schließen⁹⁶, sollte nach Deiters nicht von Sanierung gesprochen werden, sondern von Rekonstruktion.

Deiters' Terminologie zu erläutern, macht auch deshalb Sinn, weil die Begriffe Rekonstruktion, Sanierung und Umgestaltung in der Fach- und Tagespresse intensive Verwendung fanden. Die uneinheitliche und unpräzise Anwendung und Ausdeutung dieser Termini stand dabei nicht immer im Einklang mit denkmalpflegerischen Definitionsweisen und Meinungsbildern. Beispielsweise lässt sich ab Mitte der 1960er Jahre eine Häufung des Begriffs Rekonstruktion feststellen (Abb. 28 und 29) und in der *Deutschen Architektur* etablierte sich die neue Rubrik „Rekonstruktion und Modernisierung“ (sie sollte von 1968 bis 1971 existieren).

Ein weiteres Thema, das Deiters trotz seiner anfänglichen Ausführungen problematisierte, war die Mitwirkung der Bevölkerung: „Wenn bisher immer wieder das gesellschaftliche Interesse an den Denkmalen und der gesellschaftliche Charakter ihrer Pflege festgestellt werden konnte, ist es wohl selbstverständlich, daß sich in einer entwickelten Demokratie die Bevölkerung selbst der Durchführung der Denkmalpflege annimmt.“⁹⁷ Dass die bisherige gesellschaftliche Teilhabe bei der Pflege des Denkmalbestandes, trotz Massenorganisationen wie dem Kulturbund, nicht als gesamtgesellschaftlich bezeichnet werden konnte, verdeutlichte Deiters Exkurs zur Mitwirkung der Bevölkerung bei der Denkmalpflege in Geor-

96 Ebd.

97 Ebd.

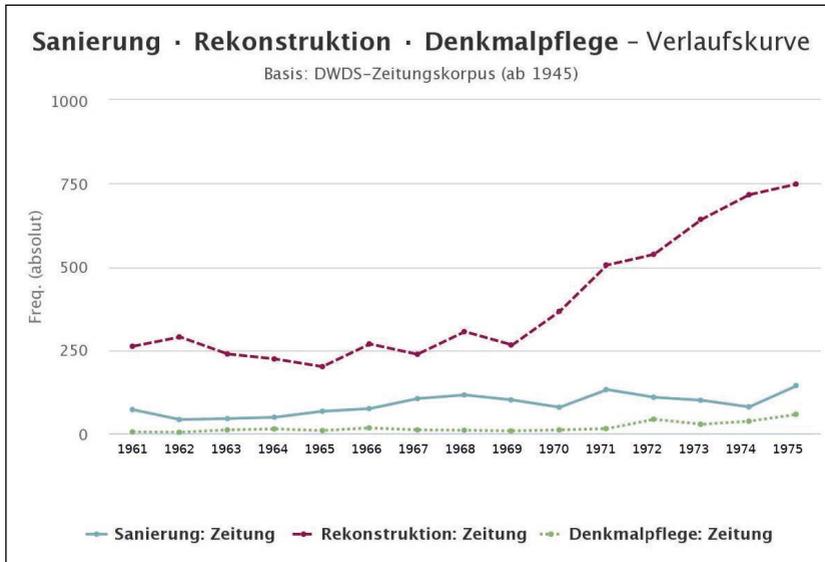


Abb. 29: Begriffshäufigkeit von Sanierung, Rekonstruktion und Denkmalpflege (DWDS-Digitalisate)

gien: Dort sei „etwa jeder sechste Bürger Mitglied der Gesellschaft zur Pflege der Kulturdenkmale“, wodurch die Belange der Denkmalpflege einen ganz anderen gesellschaftlichen Stellenwert hätten, als man ihn für die DDR konstatieren könne.

Die Georgische Sozialistische Sowjetrepublik war bereits am 25. Februar 1921 mit dem Einmarsch der Roten Armee in die Demokratische Republik Georgien entstanden. Ab 1936 war Georgien eine Unionsrepublik der Sowjetunion, weshalb die dortigen Entwicklungen für die DDR eine Vorbildfunktion hatten. Im Jahr 1951 veröffentlichte das *Neue Deutschland* zum 30. Jahrestag des Bestehens der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik einen Artikel, worin die angeblich positiven Entwicklungen in dem Land nicht nur in Superlativen, sondern auch – hinsichtlich der Entwicklungen in der DDR – als zukunfts- bzw. richtungweisend beschrieben wurden: „Die Einrichtung der Sowjetmacht brachte dem georgischen Volk den stürmischen Aufschwung seiner nationalen Kultur, sie machte die Menschen aus Sklaven des Zarismus zu freien Bürgern des Sowjetlandes, die mit Begeisterung für den Frieden, für die Errichtung des Kommunismus schaffen.“⁹⁸

98 G.W. [Verfasser unbekannt]: Ein Volk entfaltet seine nationalen Kräfte. Zum 30. Jahrestag der Gründung der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in: Neues Deutschland vom 25.02.1951, S. 4.

Auch wenn Deiters seine Charakterisierung der gesellschaftlichen Bedeutung der Denkmalpflege im Sozialismus nicht in dieser Art ausführte, so wird doch eine ähnliche politisch-ideologische Argumentationslinie deutlich. Inwiefern dieses Thema auch die Konservatorengespräche prägte, soll in Kapitel 5.3.2 weiter untersucht werden. Letztlich folgte Deiters, den politischen Leitlinien entsprechend, der offiziellen Argumentationslinie, die im Rahmen der regelmäßigen Konservatorengespräche nur in wenigen Fällen abbildbar ist. Die Betonung ökonomischer Faktoren durch das Aufzeigen von Nutzungsmöglichkeiten oder von touristischen Aspekten entsprach der häufig genutzten Argumentation der institutionellen Denkmalpflege, um Instandhaltungs-, Instandsetzungs- oder Rekonstruktionsmaßnahmen durchführen zu können. Die Bedeutung oder der Wert eines Denkmals spielte dabei nur eine geringe Rolle und wurde erst durch die Einführung der Denkmallisten in gewisser Weise abgebildet. Die Problematisierung des Sanierungsbegriffes erscheint aus denkmalpflegerischer Perspektive konsequent und verweist auf die Maßnahmen, die seitens des Bauwesens an die Denkmalpflege herangetragen wurden. Unklar bleibt jedoch der Rekonstruktionsbegriff; Deiters schien mit diesem nicht allein alle praktischen Maßnahmen zu meinen, um einen ehemals vorhandenen Zustand eines Denkmals wiederherzustellen, sondern er rekurrierte eher auf eine verbessernde oder verschönernde Stadtbildpflege.

Hans Nadler und die Entwicklung der Denkmalpflege

Hans Nadler, Leiter der IfD-Arbeitsstelle Dresden, erörterte in seinem Beitrag die Bedeutung der Natur- und Heimatfreunde für den Bereich Denkmalpflege sowie deren Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich, insbesondere innerhalb des sächsischen Raumes.

Die Zusammenarbeit von Kulturbund und Institut für Denkmalpflege hatte durch die neue Denkmalschutzverordnung von 1961 eine rechtliche Verbindlichkeit erhalten, die zuvor in dieser Form nicht bestanden hatte. So schrieb die Verordnung in § 8 (7) einerseits fest, dass „[d]ie örtlichen staatlichen Organe [...] berechtigt [sind], über die Pflege und den Schutz von Denkmalen Vereinbarungen mit den gesellschaftlichen Organisationen ihres Bereiches, insbesondere dem Deutschen Kulturbund, abzuschließen“⁹⁹. Und auch das Statut des IfD, das zeitgleich mit der neuen Verordnung verabschiedet worden ist, formulierte in § 1 (3), dass „[d]as Institut [...] bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit den entsprechenden Instituten der Akademien, Universitäten und Hochschulen und den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere dem Deutschen Kulturbund, zusammen-

99 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

zuarbeiten [hat]¹⁰⁰. In Nadlers Ausführungen wird allerdings weniger der neue rechtliche Rahmen mit seinen potenziellen Auswirkungen oder Konsequenzen thematisiert, sondern vielmehr die Kontinuität der Zusammenarbeit zwischen Kulturbund und IfD, die bereits auf eine lange Tradition zurückblicken könne. So sei die Arbeit der Natur- und Heimatfreunde bereits seit den frühen 1950er Jahren nachweisbar und eng mit der Verordnung zum Schutz der nationalen Kulturdenkmale von 1952 und der Kulturverordnung von 1950 verbunden. Auch hätten die Heimatschützer bereits auf ihrer Tagung im Juli 1954 in Weimar¹⁰¹ grundlegende „Fragen der Mitarbeit bei dem Erkennen und Bewahren der Denkmale“¹⁰² erörtert. In der Folgezeit sei dann die Zusammenarbeit zwischen den Heimatpflegern und dem Institut für Denkmalpflege intensiviert worden (vgl. hierzu auch Kapitel 3.2.1). Insbesondere das Dresdener Institut habe „seit 1950 planmäßig diese Arbeit der freiwilligen Helfer gefördert und in mehr als 10 Jahren hervorragende Ergebnisse feststellen können“, so Nadler. Die Voraussetzung dafür sei „eine klare Aufgabenstellung“, welche Nadler im Anschluss anhand von zehn Punkten skizzierte.¹⁰³ Zu diesen gehörten: die Anleitung der ehrenamtlichen Denkmalpfleger (Punkt 1), die Bildung und Arbeit von Arbeitsgemeinschaften (Punkt 2 und 3), Fristsetzungen (Punkt 4), die Förderung des Erfahrungsaustausches (Punkt 5) sowie die Erfassung des Denkmalbestandes und die Bearbeitung der Erfassungskarteikarten (Punkt 6–10). Dass dieses Zehnpunktesystem kein theoretisches Konstrukt, sondern ein praxiserprobtes Arbeitssystem war, verdeutlichte Nadler durch die explizite Nennung von ehrenamtlichen Denkmalpflegern, die seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit der institutionellen Denkmalpflege erfolgreich den Denkmalbestand der DDR pflegten und schützten. Unzufrieden war Nadler hingegen mit der Publikationstätigkeit der Natur- und Heimatfreunde, wodurch die Kommunikation der Ergebnisse letztlich ebenso ausbliebe wie die Popularisierung im Allgemeinen.

Dennoch sah Nadler in den Natur- und Heimatfreunden einen wichtigen Partner, um eine wirksame Denkmalpflege in der DDR ermöglichen zu können, und erachtete die Zusammenarbeit als zwingend notwendig, um die allgemeine Bevölkerung zu erreichen: „Sie [die Natur- und Heimatfreunde, Anm. d. Verf.]

100 Statut des Instituts für Denkmalpflege. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 478.

101 Vgl. BArch, DY 27/7264, fol. 254–255, Geschäftsordnung der Natur- und Heimatfreunde. Auf der genannten Tagung in Weimar wurden jedoch keine grundlegenden Fragen zum Beitrag der Natur- und Heimatfreunde im Bereich der Denkmalpflege erörtert, sondern man verabschiedete die Geschäftsordnung der Natur- und Heimatfreunde.

102 Vgl. Hans Nadler: Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, o. Pag.

103 Vgl. ebd.

werden in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege, dem BdA und den örtlichen Organen dazu beitragen, daß die Allgemeinheit zu bewußtem Erkennen, Sehen und Bewahren der Werte der Heimat angeleitet wird.¹⁰⁴ Darüber hinaus beschrieb Hans Nadler die Aktivitäten der Natur- und Heimatfreunde gänzlich unabhängig vom Kulturbund und bildete auf diese Weise indirekt die Separationsbestrebungen der Vereinigung vom Kulturbund ab – ebenso wie Burgardt es mit seiner expliziten Nichterwähnung der Natur- und Heimatfreunde im Vorwort getan hatte. Die Kritik der geringen Popularisierung kann auch als Kritik am Kulturbund gewertet werden, da dieser die Publikationsorgane der Natur- und Heimatfreunde aus finanziellen Gründen eingestellt (vgl. Kapitel 5.2.2) und damit die öffentlichkeitswirksame Verbreitung denkmalpflegerischer Aktivitäten und Inhalte stark eingeschränkt hat. Da die institutionelle Denkmalpflege über zu wenig Personal und vor allem über zu geringe finanzielle Mittel verfügte, war die Zusammenarbeit des IfD mit ehrenamtlichen Mitarbeitern für die Denkmalpflege in der DDR unabdingbar, wie Nadler in seinem Beitrag verdeutlichte. Dies fand auch in Georg Münzers Erläuterungen zur Denkmalschutzverordnung Wiederhall.

Georg Münzer und die Entwicklung der Denkmalpflege

Dem Justiziar des Ministeriums für Kultur, Georg Münzer, kam innerhalb der Publikation die Aufgabe zu, die „gesetzlichen Bestimmungen“¹⁰⁵ zu erläutern, womit sein Beitrag als Kommentar zu den rechtlichen Regelungen zu lesen ist. Münzers Ausführungen erläuterten den Ist-Stand der Denkmalpflege aus juristischer Sicht und gaben die Auslegungsmöglichkeiten der Verordnung wieder. In dieser Ausdeutung sind Münzers Aussagen ebenfalls als eine Art Selbstreferenz zu verstehen, welche die juristischen Überlegungen des Ministeriums für Kultur widerspiegeln.

Hervorhebung fand bei Münzer vor allem die Einheit der gesetzlichen Regelungen, die sich aus der Verordnung selbst, der ersten Durchführungsbestimmung sowie dem Statut des Instituts für Denkmalpflege ergebe. Die Notwendigkeit zur Verabschiedung einer neuen Verordnung begründete Münzer damit, dass die Verordnung von 1952 „nicht mehr den fortgeschrittenen gesellschaftlichen Verhältnissen und der mit ihnen verbundenen staatlichen Entwicklung“¹⁰⁶ entsprochen habe. Somit hätten sich nicht nur die staatlichen Rahmenbedingungen verändert, sondern auch die Gesellschaft selbst, für die deshalb neue Strukturen erforderlich geworden seien. Im Folgenden erläuterte Münzer Bedeutung und Zielsetzung jedes Paragraphen der Verordnung, wobei er die Vielfalt des

104 Ebd.

105 Georg Münzer: Erläuterungen zur Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, o. Pag.

106 Ebd.

Denkmalbestandes in der DDR ebenso wie die Rolle der Gesellschaft bei der aktiven Denkmalpflege betonte. Dementsprechend sei die Erhaltung von Denkmalen nicht nur wegen derer künstlerischen, geschichtlichen oder wissenschaftlichen Bedeutung im Interesse von Staat und Gesellschaft (§ 2 (1)), sondern es sei vor allem „das gesellschaftliche Interesse entscheidend, nicht individuelle Wünsche oder Auffassungen“¹⁰⁷, wodurch Münzer die Denkmalfähigkeit und Denkmalwürdigkeit definierte.

Die bestehende Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Denkmalpflege schätzte Münzer durchaus kritisch ein und legitimierte mit dem geringen Personalbestand auch die Notwendigkeit der ehrenamtlichen Denkmalpfleger: „Die Abteilung Kultur des Rates des Kreises oder einer Stadt ist schon nach ihrem Personalbestand gar nicht in der Lage, sich regelmäßig über den Zustand der Denkmale zu orientieren und immer sofort zu erkennen, wo Schutzmaßnahmen notwendig sind.“¹⁰⁸ In der Erfassung und Überwachung sah er in erster Linie das Tätigkeitsfeld der Vertrauensleute, die ebenso die „Popularisierung der Denkmale“¹⁰⁹ vorantreiben sollten. Damit kam den Vertrauensleuten eine wichtige Funktion innerhalb der institutionellen Denkmalpflege zu, die bei ehrenamtlichen Akteuren letztlich nur schwer kalkulierbar und einforderbar war. Im weiteren Verlauf seines Beitrags erläuterte Georg Münzer die Zuständigkeiten der einzelnen Akteure im Bereich der Denkmalpflege, entsprechend der Ordnungsparagrafen, sowie Aufgabe und Funktion des IfD, im Sinne des Statuts.

Wie gezeigt werden konnte, hatten sowohl die unklaren Zuständigkeiten als auch die Tätigkeitsfelder im Verlauf der 1950er Jahre in der Denkmalpflege zu zahlreichen Auseinandersetzungen und Hemmnissen geführt. Mit der Denkmalschutzverordnung, den ausführlichen Erläuterungen, der ersten Durchführungsbestimmung sowie dem IfD-Statut hatte man sich geordnete Verhältnisse und ein Ende der Strukturdebatten erhofft. Wie noch in Kapitel 5.3.2 zu zeigen sein wird, sollten diese Diskussionen jedoch trotz der Aktualisierung und Anpassung der Verordnung an die bestehenden staatlichen Strukturen nicht abreißen.

Die Probleme der Denkmalpflege

Kurz vor der Verabschiedung der neuen Denkmalschutzverordnung im Oktober 1961 erschien in der *Deutschen Architektur* ein Beitrag des Architekten Werner Vollrath, der den Titel „Einige Probleme der Denkmalspflege“¹¹⁰ trug. Trotz der inhaltlich andersartigen Ausrichtung lassen sich darin einige thematische

107 Ebd.

108 Ebd.

109 Ebd.

110 Werner Vollrath: Einige Probleme der Denkmalspflege, S. 397–398.

Parallelen zur Broschüre „Denkmalpflege in unserer Zeit“ finden, weshalb Vollraths kritische Betrachtung hier vergleichend herangezogen werden soll.

Werner Vollrath setzte sich – wie Ludwig Deiters – ebenfalls mit den Begriffen der Rekonstruktion und Sanierung auseinander. Im Gegensatz zu Deiters warb Vollrath für die Möglichkeiten, die sich durch die „sozialistische Rekonstruktion“ ergeben würden, da sie bessere Chancen bieten würde „für die allmähliche Wiederherstellung des harmonischen Ensembles, natürlich nicht auf dem Weg der getreuen Replizierung, sondern einfach durch nachbarliche Rücksichtnahme, durch maßstäbliche Angleichung bei zeitgemäßer Formensprache sowie durch Beseitigung grober Verunstaltungen, Fassadenbereinigung und dergleichen“¹¹¹.

Dabei war sich Vollrath durchaus der Streitbarkeit der Rekonstruktionsthematik bewusst. So führte er aus, dass „[d]er Verneinung der rekonstruierenden Denkmalpflege [...] eine Gruppe bejahend und fördernd gegenüber“¹¹² stünde. Für Vollrath waren „Rekonstruktionen unbedingt zu bejahen“, da sie es ermöglichen würden, „[d]er Stadt [...] ihr individuelles Gepräge voll [zu] erhalten“.¹¹³ Einen Widerspruch zwischen dem Erhalt des Erbes einerseits und der Rekonstruktion von Bauwerken andererseits, sah Vollrath nicht. Im Gegenteil, für ihn war die Rekonstruktion eine Maßnahme für „die sorgfältige Wahrung des baukulturellen Erbes im Rahmen der Altstadt“¹¹⁴. Ihm ging es nicht um den Zeugniswert eines Denkmals, sondern um die Überzeugungskraft einer vollständigen Rekonstruktion, die für sich stünde und nicht theoretisiert oder diskutiert werden müsse. Hierbei legte er vor allem Wert auf die Außenwirkung der Gebäude, der Innenraum müsse der äußeren Rekonstruktion durchaus nicht entsprechen. Von Bedeutung wäre nur, dass eine „modernistische Gestaltung, die in absehbarer Zeit ‚unmodern‘ [wird], vermieden werden [soll], schon aus ökonomischen Gründen“¹¹⁵. Der Architekt Vollrath war sich auch bewusst, dass diese „sozialistische Rekonstruktion“ die vorhandenen finanziellen Mittel deutlich übersteigen würde und wusste, dass „die Frage nach der ökonomischen Realität“ gestellt werden würde.¹¹⁶ Doch statt diese zu beantworten, richtete er den Blick auf den polnischen Wiederaufbau, den er – ungeachtet aller strukturellen Unterschiede zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen – als vorbildhaft charakterisierte. Wenn die Denkmalpflege in der DDR zu ähnlichen Ergebnissen kommen würde, so lässt sich aus

111 Ebd., S. 398.

112 Ebd.

113 Vgl. ebd.

114 Ebd.

115 Ebd.

116 Vgl. ebd.

Vollraths Ausführungen schlussfolgern, würde „das Geld nicht die ausschlaggebende Rolle“¹¹⁷ spielen.

Für Werner Vollrath waren auf dieser Grundlage eine Erweiterung des Denkmalbegriffs einerseits und eine Neuorganisation der bestehenden Denkmalpflege andererseits unabdingbar. Gleichwohl betonte er – wie Hans Nadler ebenfalls in „Denkmalpflege in unserer Zeit“ – die Notwendigkeit der Arbeit der Vertrauensleute, die als Bindeglied zwischen dem Institut bzw. den Arbeitsstellen für Denkmalpflege und den Denkmalen in Stadt und Land tätig seien. Für eine „erweiterte Denkmalpflege“ müsste aus seiner Sicht jedoch der „Bauapparat“ stärker in die Prozesse der Denkmalpflege eingebunden werden. Hierfür seien, so Vollrath, günstige Bedingungen gegeben, da die Massenorganisationen in der DDR bereits breite Bevölkerungskreise aktiv einbinden würden und es die Ministerien für Kultur und für Bauwesen gäbe, die „geeignete Maßnahmen, Verordnungen und Empfehlungen [ausgeben], die alles Vorgenannte einleiten können und müssen“¹¹⁸. Damit sah Vollrath die Rahmenbedingungen für eine Neuorganisation der Denkmalpflege, die stärker an das Bauwesen gebunden wäre, durchaus positiv und bewertete auch die Arbeit der Massenorganisationen im Hinblick auf deren ideologische Tätigkeit und deren Verbreitung denkmalpflegerischer Inhalte weniger kritisch, als Nadler es ausgeführt hatte.

Verschiedene Blickwinkel

Die Publikation des Kulturbundes „Denkmalpflege in unserer Zeit“ richtete sich an die interessierte Öffentlichkeit und zielte vorrangig darauf ab, die Tätigkeitsfelder der Denkmalpflege sowie den Stellenwert der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes innerhalb der Gesellschaft und des Staates zu vermitteln. Ebenso wurde damit das Ziel verfolgt, Problemfelder und Entscheidungsprozesse innerhalb der Denkmalpflege offenzulegen, wie vorrangig aus Ludwig Deiters Beitrag hervorgeht. Vollraths Artikel war hingegen eine aus der Perspektive des Bauwesens betrachtete kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Denkmalpflege; diese besaß noch immer kein eigenes Publikationsorgan, wie Vollrath abschließend bemerkte. Er plädierte in seiner Argumentation vor allem für eine „erweiterte Denkmalpflege“ und eine Neuorganisation, die es zum Ziel hätte, die Denkmalpflege stärker in den Bereich des Bauwesens zu integrieren.

Bei den in der Publikation genannten Institutionen und Organisationen, die sich mit denkmalpflegerischen Problemstellungen auseinandersetzten, handelte es sich um Akteure, die sich in den 1950er Jahren etablieren und sich im weiteren Verlauf der Zeit verstetigen konnten. Das Institut für Denkmalpflege hat durch die neue Verordnung, die erste Durchführungsbestimmung und das Statut eine

117 Ebd.

118 Ebd., S. 399.

rechtliche Basis bekommen. Damit konnten Arbeits- und Zuständigkeitsfelder festgelegt werden und auch die Position des Generalkonservators¹¹⁹, die mit Ludwig Deiters besetzt worden war, konnte verstetigt werden. So schrieb die Verordnung von 1961 Strukturen und Rahmenbedingungen fest, die sich in den Vorjahren etabliert hatten.

Das MfK fungierte als höchste Entscheidungsebene, die Strukturen und juristische Bedingungen schuf, im Rahmen derer sich die Denkmalpflege(r) bewegen konnte(n). Dementsprechend oblag es auch dem Juristen des Ministeriums, Georg Münzer, die Verordnung in ihrer rechtlichen Ausführung zu erläutern. Das Institut für Denkmalpflege arbeitete als fachwissenschaftliche Institution. Der Kulturbund und insbesondere die Natur- und Heimatfreunde hatten vorrangig die Popularisierung der Ergebnisse sowie die Unterstützung der Erfassungsarbeit des Denkmalbestandes zur Aufgabe.

Aus dem Inhalt der Broschüre wird evident, dass in dieser Zeit die Mitarbeit der Bevölkerung eines der dringendsten und drängendsten Themen der Denkmalpflege war. Während Münzer als Jurist die Denkmalpflege vorrangig als gesellschaftlichen Auftrag definierte und aus der Verordnungsformulierung die Notwendigkeit der Bevölkerungsmitarbeit argumentierte, zeigen die Beiträge von Burghardt und Nadler auf, dass die Akquirierung von ehrenamtlichen Helfern unabdingbar für die Wirksamkeit denkmalpflegerischer Zielstellungen war.

Deutlich wird in den Beiträgen auch die Mittlerrolle, die das Institut für Denkmalpflege zwischen politisch-ideologischem Auftrag des Staates und Denkmalvermittlung für eine breite Öffentlichkeit einzunehmen hatte. So erläuterte Deiters einerseits Denkmale als notwendig für „die Erzeugung eines Geschichtsbildes im Sinne des dialektischen Materialismus“ und verfolgte damit die politisch-ideologischen Leitlinien. Andererseits betonte er aber auch die Bedeutung des Denkmalbestandes „als touristische Attraktion“, wobei er sich hier weniger marktwirtschaftlichen Interessen beugte, sondern „die außenpolitische Wirkung der DDR“ mithilfe der Denkmale zu betonen versuchte.¹²⁰ Im Gegensatz dazu spielten für Vollrath das Institut für Denkmalpflege und dessen Außenstellen bzw. Arbeitsstellen nur eine marginale Rolle. Er sah vorrangig die Massenorgani-

119 Der Generalkonservator wurde vom Minister für Kultur ernannt und konnte von diesem auch abberufen werden. Der Generalkonservator stellte mit Zustimmung des MfK die Leiter der Arbeitsstellen ein, die die Bezeichnung Konservator trugen. Das Institut für Denkmalpflege, das sich aus der Gesamtheit aller Arbeitsstellen zusammensetzte, wurde vom Generalkonservator geleitet. Siehe hierzu: Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale vom 28. September 1961. Sowie: Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale vom 28. September 1961.

120 Vgl. Ludwig Deiters: Zum kulturpolitischen Interesse der Gesellschaft an den Denkmalen, o. Pag.

sationen, die eine „ideologische Vorarbeit“ zu leisten hätten, als Vermittler. Auch die bestehende Denkmalschutzverordnung war für seine Ausführungen und kritische Stellungnahme nicht von Bedeutung.

5.2.2 Planbarkeit, Anpassung und Entwicklung

Während im vorhergehenden Kapitel die Inhalte und Rahmenbedingungen der institutionellen Denkmalpflege mittels zweier Publikationen im Zentrum standen, werden nun die Institutionen und Organisationen innerhalb ihres institutionellen Gefüges und in ihrem Wirken anhand von Besprechungsprotokollen, Schriftwechseln und Stellungnahmen betrachtet.

Die Beziehung von Ministerium für Kultur und Institut für Denkmalpflege

Nach Inkrafttreten der neuen Denkmalschutzverordnung (1961) sollte sich die institutionelle Denkmalpflege in der DDR durch die Angleichung an die gegebenen Rahmenbedingungen und bereits etablierten Strukturen verstetigen. Die neue Verordnung erforderte einige Anpassungen seitens der institutionellen Denkmalpflege, zu denen unter anderem die Aufstellung einer Arbeitsordnung gehörte, die sich aus der Umsetzung eines neuen Stellenplans ergab.¹²¹ Die Veränderungen bedeuteten für das Institut für Denkmalpflege zunächst vor allem neue Mitarbeiter und generell mehr Personal als bisher, wodurch auch eine andere Aufgabenzuteilung und ein veränderter Zuschnitt der jeweiligen Tätigkeitsbereiche der Denkmalpfleger möglich wurden. Hinzukam 1963 die Gründung einer weiteren Arbeitsstelle in Erfurt, die ab 1963 von Hans Schoder geleitet wurde (Abb. 30, folgende Seite).

Auf Anordnung des Ministeriums für Kultur sollte das Institut für Denkmalpflege eine ökonomische Perspektivplanung für die Denkmalpflege in den Etappen 1964 bis 1970 und 1971 bis 1980 aufstellen.¹²² Diese sollte sich gliedern in: „Denkmale der Stadtbaukunst und Denkmale in den Zentren der Aufbaustädte“, „Einzeldenkmale“ und in eine „Pauschalsumme für die übrigen Denkmale“. Dabei wurde hinsichtlich der erstgenannten Kategorie („Denkmale der Stadtbaukunst und Denkmale in den Zentren der Aufbaustädte“) zusätzlich unterschieden in „a) Aufbaustädte, b) Denkmalstädte [und] c) Denkmalensembles in Städten“ und hinsichtlich der zweitgenannten „Einzeldenkmale“ in „a) Einzeldenkmale in ständiger Nutzung [und] b) Einzeldenkmale ohne volkswirtschaftliche Nutzung“.¹²³

Die Perspektivplanung sollte eine bessere Planbarkeit der denkmalpflegerischen Praxis ermöglichen, mitangestrebt waren dabei auch Kontrolle und vor allem Kontrollierbarkeit. Die Unterscheidung in „Aufbaustädte“, „Denkmalstädte“

121 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll zur Sitzung vom 20.09.1962 in Berlin, S. 2.

122 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll zur Sitzung vom 05.12.1962 in Berlin.

123 Vgl. ebd., S. 2–3.

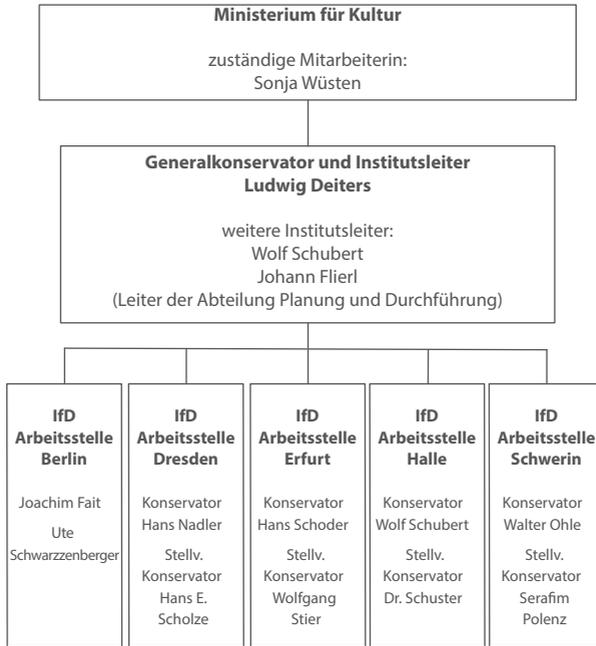


Abb. 30: Organigramm der institutionellen Denkmalpflege aus dem Konservatorenprotokoll von 1963

und „Denkmalensembles in Städten“ der Kategorie „Denkmale der Stadtbaukunst und Denkmale in den Zentren der Aufbaustädte“ suggeriert ein spezifisches Verständnis von vermeintlich unterscheidbaren Stadtypologien. Tatsächlich war lediglich die Kategorie der „Aufbaustädte“ gesetzlich definiert; sie verwies damit auf eine konkrete Anzahl von Städten.¹²⁴ Die Kategorisierung lässt eine unterschiedliche denkmalpflegerische, aber auch ideologische Schwerpunktsetzung erkennen, die jedoch – mit Ausnahme der Aufbaustädte – keine weitere Definition oder Erläuterung zu dieser Kategorisierung enthielt, sondern, die ökonomischen Ziele offenlegte.

Die mittel- und langfristige Kostenplanung für die Instandhaltung und Instandsetzung von Denkmalen führte immer wieder zu Problemen zwischen dem IfD und der ministerialen Ebene. Sie war Anlass wiederkehrender Haushaltsrevisionen, deren Auswertung Diskussionschwerpunkt einiger Konservatorenbesprechungen innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes war. Das Er-

124 Vgl. Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz). Vom 6. September 1950, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 104 vom 14. September 1950, S. 965–967.

gebnis der Haushaltsrevision zur „Erfüllung des Haushaltsplanes 1965“¹²⁵ wurde vom Mitarbeiter der Abteilung „Ökonomie“ des MfK, Pusch, persönlich auf der Konservatorenbesprechung vom 8. Juni 1966 vorgetragen. Pusch führte aus, seine Abteilung habe festgestellt, „daß in einigen Fällen Abweichungen von der Verordnung über den Schutz und die Pflege der Denkmale sowie von der 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung vorliegen“¹²⁶ würden, wozu Deiters im Anschluss Stellung nahm und die „auftretenden Mängel“¹²⁷ benannte. Die Mängel bestanden vorrangig in der „weitgehend getrennt[en] [...] Beihilfeplanung der örtlichen Bezirke, Kreise und Stadtkreise“ und des Instituts für Denkmalpflege sowie in der „Vorenthaltung der erforderlichen Baukapazität für denkmalpflegerische Baumaßnahmen von seiten der örtlichen Organe“.¹²⁸ Im Ergebnis sollte das IfD „eine schriftliche Analyse der kritischen Punkte“¹²⁹ erstellen und für eine bessere Planung, auch zwischen den Arbeitsstellen, sorgen.

Dass die Arbeit an Denkmälern und die Sicherung des Denkmalbestandes in der DDR jedoch nur in geringem Umfang planbar gewesen ist, zeigen die zahlreichen Anträge auf „Umsetzungen“¹³⁰, wie sie beispielsweise im Protokoll zur Sitzung vom 26. Oktober 1966 zu finden sind. Zum Erfüllungsstand für das Jahr 1966 heißt es dort: „Die Arbeiten laufen im Allgemeinen gut. Infolge Kapazitätsabzug sind einige Umsetzungen erforderlich.“¹³¹ Aus der Anlage zum Protokoll geht dabei hervor, dass statt an ursprünglich 15 Objekten, die für denkmalpflegerische Maßnahmen vorgesehen gewesen waren, durch Umsetzung der Gelder denkmalpflegerische Arbeiten an 25 Objekten vorgenommen werden konnten.¹³² Einige Arbeitsstellen bzw. Bezirke integrierten sich offenbar relativ gut in die planwirtschaftlichen Zwänge oder sie konnten dies aufgrund ihres Denkmalbestandes und dessen Zustand leisten und ausstehende Arbeiten entsprechend vorplanen. Andere, wie beispielsweise die Arbeitsstelle Schwerin, konnten dies weniger gut und erscheinen durch ihre hohe Zahl an Umsetzungen beinahe als oppositionell zum geforderten planwirtschaftlichen Vorgehen.

125 BLDAM, L 6/3, Protokoll zur Sitzung vom 08.06.1966.

126 Ebd., S. 1.

127 Ebd.

128 Vgl. ebd., S. 2.

129 Ebd.

130 Mit dem Begriff der Umsetzung wurde innerhalb der Konservatorenbesprechungen die Umsetzung bzw. anderweitige Verwendung von finanziellen Mitteln beschrieben. Häufig wurden dabei bereitstehende Gelder für andere Objekte verwendet, als zunächst geplant gewesen war.

131 BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 26.10.1966, S. 1.

132 Vgl. ebd., Anlage. Besonders auffällig ist dabei die Arbeitsstelle Schwerin. Dort wurden die vorhandenen finanziellen Mittel von drei Objekten auf neun andere Denkmale umgesetzt.

1967 musste sich das IfD erneut einer Finanzrevision stellen. Doch anders als im Jahr zuvor war diese auf Veranlassung des Politbüromitglieds und Sekretärs des Zentralkomitees der SED für Wirtschaftsfragen, Günter Mittag¹³³, eingesetzt worden und sorgte offenbar für Unruhe bei den Denkmalpflegern. So bat Ludwig Deiters die anwesenden Konservatoren, ihm „umgehend vom Verlauf der Revision und deren Schwerpunkten zu berichten“¹³⁴. Als Begründung sagte Deiters, dass „[d]as Hauptaugenmerk [...] darauf zu richten [sei], bei den Revisionen den Irrtum auszuräumen, daß die Denkmalpflege unrealisierbare Forderungen stelle“¹³⁵. Deutlich wird hieran vor allem die Sichtweise des Generalkonservators auf die ministeriale Ebene, die seiner Auffassung nach nur eine unzureichende Kenntnis über die denkmalpflegerische Praxis und die dabei anfallenden Notwendigkeiten hatte. In diesem Sinne hatte das Institut für Denkmalpflege bereits eine „Stellungnahme zu [den] Problemen der Denkmalpflege“ ausgearbeitet, die dem Staatssekretär und Erstem Stellvertretenden Minister für Kultur, Horst Brasch¹³⁶, „als Material zur Verfügung gestellt“ werden sollte.¹³⁷

Aus dem Schriftwechsel zwischen Horst Brasch und Kurt Hager (Sekretär des ZK der SED für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur sowie Leiter der Ideologischen Kommission des Politbüros) im Juni und Juli 1967 geht hervor, wieso es zur erneuten Revision der Denkmalpflege gekommen war: Es hatte verschiedene Beschwerden aus Dresden gegeben, die an Hager gerichtet worden waren, und hinzukamen noch die „Erfahrungen des Genossen Dr. Günter Mittag in Erfurt“¹³⁸. Auch wenn nicht zweifelsfrei festzustellen ist, auf welche Beschwerden¹³⁹ hier konkret Bezug genommen wird, hatten diese ein unmittelbares Handeln der führenden Regierungsebene zur Folge. So wurde Brasch von Hager am 12. Juni 1967

133 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 27.06.1967, S. 3.

134 Ebd.

135 Ebd.

136 Horst Brasch (23.12.1922–18.08.1989): SED-Parteifunktionär. 1963–1989 Mitglied des ZK der SED, 1965–1969 Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Kultur. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/horst-brasch> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

137 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 27.06.1967, S. 3.

138 BArch, DR 1/23971, Schreiben von Brasch an Hager vom 10.07.1967.

139 Aus dem Konservatorenbesprechungsprotokoll vom 26.10.1966 gehen bereits Beschwerden zur Arbeitsstelle Dresden hervor. So heißt es dort, dass die Arbeitsstelle „Gegenstand öffentlicher Kritik geworden ist“. Allerdings hatte Deiters im Rahmen des Protokolls noch angegeben, dass es „zweifellosgelingen [wird], die Vorwürfe, die unberechtigt sind, zu entkräften“. Angesichts des Schriftwechsels zwischen Brasch und Hager im Sommer 1967 scheint dies jedoch nicht nach Deiters Vorstellungen gelungen zu sein. Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 26.10.1966, S. 3–4.

mit der Überprüfung der Denkmalpflege beauftragt, woraufhin dieser mit der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) Verbindung aufnahm und die Revisionskommission des Finanzministeriums ihre Untersuchung begann.¹⁴⁰ Die Kontaktaufnahme Braschs zur ABI verdeutlicht, dass man im Bereich der Denkmalpflege vermutete, dass die Partei- und Regierungsbeschlüsse keine rigorose Umsetzung erfuhren und insbesondere das ökonomische System der DDR in diesem Bereich keine oder nur geringe Anwendung fand.

Im Spätsommer 1967 sollten „die Arbeitsweise des Instituts für Denkmalpflege und seiner Außenstellen sowie die zugrunde liegenden Konzeptionen“ überprüft und ausgewertet werden.¹⁴¹ Der von der MfK-Mitarbeiterin, Sonja Wüsten, angefertigte Bericht zu den Problemen der Denkmalpflege wurde von Brasch mit dem Hinweis „einige sachliche Auskünfte“¹⁴² an Hager weitergeleitet, blieb für die Revision jedoch weitestgehend unbeachtet.

Die Unvereinbarkeit der denkmalpflegerischen Arbeitsweise des IfD mit der Konzeption und den Zielen der Planwirtschaft, die sich unter anderem im Angesicht der Haushaltsrevisionen zeigt, führte im Spiegel des VII. Parteitages der SED (17.–22. April 1967) zur Frage der „weiteren Entwicklung“¹⁴³ der Denkmalpflege. Der Parteitag war mit tiefgreifenden Veränderungen für die gesamte Gesellschaft verbunden¹⁴⁴, da er die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus für abgeschlossen erklärte und damit die Aufgabe „der sozialistischen Rationalisierung [...] in den Mittelpunkt des sozialistischen Wettbewerbs“¹⁴⁵ rückte. Für die Denkmalpflege bedeutete dies in der Konsequenz eine weitere Technisierung und Typisierung innerhalb des Bauwesens mit konkreten Folgen für die Baudenkmalpflege und eine weitere Ökonomisierung im Sinne einer massiv verstärkten Umsetzung planwirtschaftlicher Ideale, die nur wenig Spielraum für finanzielle Mittel zur Umsetzung denkmalpflegerischer Projekte zuließ.

Ludwig Deiters forderte als Generalkonservator des IfD vor allem „eine intensivere Kontaktaufnahme mit den staatlichen Organen“¹⁴⁶ und erhoffte sich dadurch eine bessere Abstimmung, die letztlich auch zu einer besseren Planbarkeit innerhalb der Denkmalpflege führen sollte. Damit suggerierte Deiters den

140 Vgl. BArch, DR 1/23971, Schreiben von Brasch an Hager vom 20.06.1967.

141 Vgl. BArch, DR 1/23971, Schreiben von Brasch an Hager vom 10.07.1967.

142 Ebd.

143 BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 25.01.1967 sowie die Protokolle vom 27.06.1967 und 06.12.1967.

144 Dass der Parteitag auch von den Zeitgenossen als besondere Zäsur empfunden wurde, ist unter anderem dem Sitzungsprotokoll der Konservatorenbesprechung vom 25.05.1967 zu entnehmen, das sich dezidiert mit dem VII. Parteitag auseinandersetzte. Vgl. hierzu: BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 25.05.1967, S. 1–2.

145 BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 27.06.1967.

146 BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 25.01.1967, S. 1.

Konservatoren eine Win-win-Situation für beide Seiten: Für die staatlichen Organe brächte die engere Zusammenarbeit eine bessere Planbarkeit und damit auch eine gewisse Kontrollierbarkeit. Für die Denkmalpfleger sollte der Planungsverlauf hingegen eine Verbindlichkeit in Bezug auf ihre Arbeit erzeugen, die allen staatlichen Organen bekannt wäre und auf diese Weise nicht kurzfristig anderen Planungen zum Opfer fallen konnte. Zu den Grundsatzfragen zählte für Deiters auch die Werterhaltung, die aus seiner Sicht „stärker als bisher in das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“¹⁴⁷ eingeordnet werden müsse. Um dies zu erreichen, schlug Deiters die Aufstellung von Wertgrößen vor. Dies bedeutete zugleich eine Klassifizierung des Denkmalbestandes, auch wenn die Wertgrößen für die zu treffenden Erhaltungsmaßnahmen Deiters zufolge nur „mittelbar von Bedeutung“¹⁴⁸ sein sollten. Anders als bei der nach 1961 umgesetzten Kategorisierung des DDR-Denkmalbestandes in die Ebenen „National“, „Bezirk“ und „Kreis“ war der Vorschlag, eine spezifische Wertgröße festzustellen, nicht daran gebunden, Verantwortung an eine bestimmte Verwaltungsebene zuzuweisen, sondern sollte vorrangig den Vorstellungen der wirtschaftsleitenden Verwaltungsorgane Rechnung tragen, wie es auch Peter Goralczyk 2005 in seinem Vortrag „Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege?“¹⁴⁹ für die Kategorisierung des Denkmalbestandes nach 1975 konstatierte.

Obwohl sich die Forderungen der SED-Führung auf dem VII. Parteitag vor allem an das Bauwesen richteten, hatten diese auch mittelbare Folgen für die Entwicklungslinien der Denkmalpflege. So konstatierte Deiters, dass „[a]ufgrund der sich immer mehr ändernden Entwicklungen, insbesondere in technischer und ökonomischer Hinsicht, im Bauwesen [...] auch eine Veränderung der Arbeitsmethodik der Denkmalpflege entwickelt werden [muss], die den zukünftigen, sich jetzt schon abzeichnenden Bedingungen entspricht“¹⁵⁰. Dabei sollte innerhalb des IfD vor allem die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Baudenkmalpflege verstärkt werden, wozu Deiters die kritische Lektüre des Länderberichts der DDR-Sektion in der *Union Internationale des Architectes* (UIA)¹⁵¹ empfahl.

147 Ebd., S. 1–2.

148 Ebd., S. 1.

149 Peter Goralczyk: Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege? Erfahrungen aus der DDR.

150 BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 27.06.1967, S. 4.

151 Die UIA ist, ebenso wie ICOMOS, eine Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1948 in Lausanne gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, die Architekten der Welt auf demokratischer Basis zu vereinen und die beruflichen Beziehungen zwischen Architekten aus allen Ländern, Institutionen und Denkschulen unabhängig von nationalen und politischen Grenzen zu stärken. Der Fachverband der Architekten der DDR (BdA) wurde ebenso wie der Fachverband der Architekten der Bundesrepublik (BDA) 1955 Mitglied der UIA. Der BdA war jedoch nicht nur der Fachverband der Architekten, sondern auch derjenige der Landschaftsarchitekten, Inge-

Dass diese Maßnahme nicht ausreichen würde, zeigte sich ein halbes Jahr später bei der Auswertung der im Juni 1967 durchgeführten Haushaltsrevision. Auf der Konservatorenbesprechung vom 19. Dezember 1967 wurden zunächst die Mängel anhand von drei Punkten benannt. Diese befassten sich mit der weiterhin bestehenden Traditionslinie des IfD zu den früheren Landesämtern für Denkmalpflege, wodurch die notwendige Integration der institutionellen Denkmalpflege in das ökonomische System nicht gegeben sei.¹⁵² Einen weiteren Mangel sahen die Denkmalpfleger des Instituts im Nichtvorhandensein von spezialisierten Projektierungs- und Bauleitungskapazitäten sowie Bauausführungsbetrieben¹⁵³ sowie drittens in der „Vermischung [von] staatlichen und technisch organisatorischen Aufgaben“, wodurch das Institut „nicht die erforderliche Effektivität“ erreicht hätte.¹⁵⁴

Diese Mängel sollten durch sechs konkrete Aufgaben überwunden werden: Neben einer klaren Aufgabentrennung und -verteilung (Punkt 1) zählten dazu die Bildung eines Generalinspektorats für Denkmalpflege (Punkt 2) und spezialisierte zentralgeleitete Ausführungsbetriebe (Punkt 4). Darüber hinaus sollte die „fachwissenschaftliche Arbeit mit höherer Effektivität“ (Punkt 3) erfolgen und es sollte „eine Lehr- und Forschungswerkstatt zur Restaurierung von beweglichem Kunstgut“ (Punkt 5) geschaffen werden. Nur hinsichtlich der Zuständigkeiten und der Arbeitsweise auf Bezirksebene blieb der Lösungskatalog relativ unkonkret und forderte lediglich die Ausarbeitung von „Vorschläge[n] zur Sicherung der staatlichen Arbeit auf bezirklicher Ebene“ (Punkt 6). Das Ergebnis der Verbesserungsvorschläge sollte letztlich die Weiterentwicklung der Denkmalpflege innerhalb des Sozialismus sein. Dies bedeutete vor allem, dass die Arbeitsweise der institutionellen Denkmalpflege rationeller gestaltet werden sollte.

Aus verschiedenen Redemanuskripten Braschs wird ersichtlich, dass die Denkmalpflege innerhalb des Kultursektors für ihn selbst keinen besonderen Schwerpunkt darstellte. Kultur – und damit auch die Denkmalpflege – war für Brasch ein Teil der Ideologie und diente vorrangig der Erziehung und Herausbildung

nire, Form- und Farbgestalter und von Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der Territorialplanung, des Städtebaus und der Architektur tätig waren. In diesem Sinne suchten auch die Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege nach Anknüpfungsmöglichkeiten, die sich beispielsweise durch die Zentrale Fachgruppe (ZFG) Rekonstruktion ergaben, die 1971 durch Ludwig Deiters gegründet und von ihm geleitet wurde. Innerhalb der UIA gab es bereits vor der Gründung der ZFG Rekonstruktion im BdA verschiedene Schnittmengen zwischen den Bereichen Architektur, Städtebau und Denkmalpflege, die einen Austausch über die sozialistische Staatengemeinschaft hinweg ermöglichte. Vgl. BArch, DY 15/487. Sowie: BLDAM, L 18/8.

152 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll vom 19.12.1967, S. 1, Punkt a) des Protokolls.

153 Vgl. ebd., S. 1, Punkt b) des Protokolls.

154 Vgl. ebd., S. 2, Punkt c) des Protokolls.

eines sozialistischen Menschen und einer sozialistischen Gesellschaft.¹⁵⁵ Fragen der Kultur waren dementsprechend für ihn Mittel zum Zweck und sollten dem System von Planung und Lenkung entsprechen.¹⁵⁶ Jede Form der Autonomie war für Brasch „Betrug am Sozialismus“ und „wäre Verrat an der Kultur, denn das [hätte] unweigerlichen Substanzverlust ihrer humanistischen Werte zur Folge“.¹⁵⁷

Braschs Vorgehen zeigte vor allem die Bestrebungen des MfK, die Strukturen für die Arbeitsweise des IfD enger zu fassen. Damit erhoffte sich das Ministerium eine stärkere Kontrolle und durch die veränderten Strukturen eine verbesserte dauerhafte Kontrollierbarkeit des Handelns des IfD bzw. der Konservatoren und Denkmalpfleger der institutionellen Denkmalpflege.

Letztlich blieb die Mehrheit der Vorschläge jedoch unverwirklicht und sie sollten erst mit den Planungen für das Denkmalpflegegesetz von 1975 erneut aufgegriffen werden, so wurde beispielsweise die Gründung spezialisierter Ausführungsbetriebe erst mit der Durchführungsbestimmung von 1976 zum Denkmalpflegegesetz realisiert.¹⁵⁸ Die „Neuentwicklung der Denkmalpflege“ hingegen sollte durch einen „zusätzlichen Ministerratsbeschluss über bestimmte Aufgaben der Denkmalpflege“ forciert werden.¹⁵⁹ Übrig blieb lediglich eine Verschlechterung – im Hinblick auf die finanziellen Mittel des Instituts, da es im Rahmen der Neuentwicklungsbestrebungen des MfK keine Beihilfen mehr geben würde – durch die völlige Unterordnung unter das planwirtschaftliche System und unter die ökonomischen Forderungen der Regierung.¹⁶⁰

Diese Unterordnung oder Einordnung in die ökonomischen Rahmenbedingungen erfolgte nur schleppend. Auch zwei Jahre später, 1970, war die Ausrichtung der Denkmalpflege innerhalb der ökonomischen Leitlinien Thema der Konservatorensitzungen und spiegelte die Interaktion zwischen Kulturministerium und IfD wider. So stand im März 1970 ein weiterer Staatsratsbeschluss kurz bevor, den Deiters im Rahmen der Konservatorenbesprechungen diskutieren wollte. Dazu forderte Deiters die Konservatoren auf, den vorliegenden Entwurf ebenso wie die Rede von Minister Klaus Gysi zur Kulturkonferenz zu lesen und

155 Vgl. BArch, DR 1/24093, Manuskript zur Lektion: Aufgaben und Probleme bei der Verwirklichung der sozialistischen Kulturpolitik zur geistigen Formung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft und zur Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur, S. 2.

156 Vgl. BArch, DR 1/24093, Kultur – unerläßlicher [?, schwer lesbar] Bestandteil der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 6.

157 Vgl. ebd., S. 7.

158 Vgl. Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz. Vom 24. September 1976, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 41 vom 15. November 1976, S. 489.

159 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 26.11.1968, S. 2.

160 Vgl. ebd., S. 3.

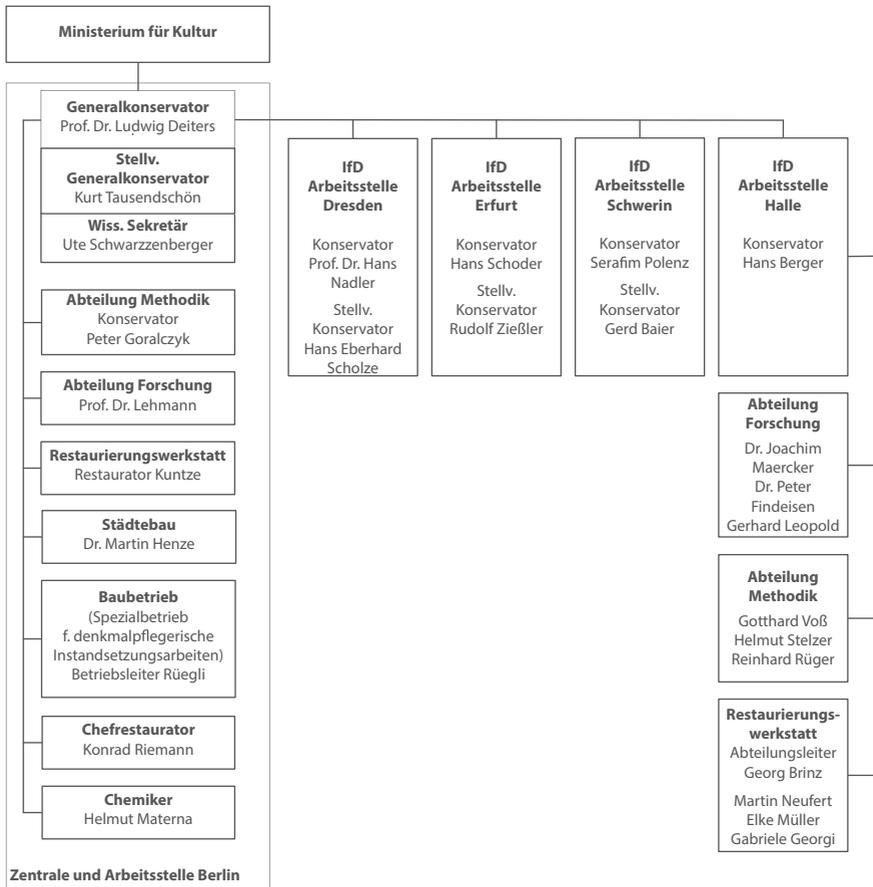


Abb. 31: Organigramm der institutionellen Denkmalpflege nach Stelzer, 1974/75

im Hinblick auf weitere Veränderungen und nächste Schritte der institutionellen Denkmalpflege auszuwerten.¹⁶¹ Ziel des Beschlusses war es, „die Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden weiter in das ökonomische System des Sozialismus“ einzubeziehen und „effektivere Grundlagen für eine wissenschaftliche Planung und Leitung der Territorien durch die örtlichen Vertretungen“ zu schaffen.¹⁶² Offenbar war das ökonomische System des Sozialismus bisher nur sehr bedingt in allen Lebensbereichen zum Tragen gekommen. Vor allem sollten die Ziele des

¹⁶¹ Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 17.03.1970, S. 1.

¹⁶² Vgl. Communiqué der 19. Sitzung des Staatsrates der DDR, unter anderem: O.V.: Communiqué der 19. Sitzung des Staatsrates der DDR, in: Berliner Zeitung vom 12.12.1969, S. 1.

Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1970 erfüllt werden – ein utopischer Plan, wie sich bereits Ende des Jahres zeigen sollte.

Die wiederkehrende Forderung nach einer stärkeren Rationalisierung, auch und insbesondere im Tätigkeitsfeld der Denkmalpflege, war ebenso eine Komponente des nächsten Fünfjahrplans 1971 bis 1975¹⁶³ und blieb Bestandteil des Arbeitsalltags der Denkmalpfleger bis zum Ende der DDR. Die ständigen Verbesserungs- und Anpassungsbestrebungen – wie auch die 1971 neu beschlossene Geschäftsordnung¹⁶⁴ des Instituts, die zur Gründung eines Büros des Generalkonservators führte – sowie die vielfältigen Tätigkeiten der Denkmalpfleger auf internationaler Ebene ließen weitere Veränderungen bezüglich der staatlichen und juristischen Rahmenbedingungen für einen wirksamen Denkmalschutz und eine wirksame Denkmalpflege notwendig erscheinen (Abb. 31, vorhergehende Seite). Bereits 1971 lagen erste Entwurfsfassungen für eine neue Denkmalschutzverordnung vor, bei denen sich die Denkmalpfleger und die ministeriale Ebene schnell „inhaltlich einverstanden“¹⁶⁵ zeigten und aus denen bis 1975 das Denkmalschutzgesetz der DDR entstehen sollten.

Der Kulturbund und die weitere Entwicklung der Denkmalpflege

Wie bereits bei der Denkmalschutzverordnung von 1961 wurden die Mitglieder des Kulturbundes auch an der weiteren Entwicklung der Denkmalpflege im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre beteiligt.¹⁶⁶ Aus dem Schriftwechsel zwischen dem IfD, dem Kulturbund und dem MfK geht hervor, dass dem Kulturbund bei der weiteren Entwicklung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes vorrangig die Rolle einer kritischen Instanz zugesprochen wurde, die dem IfD Meinungsbilder zum Entwurf vorlegen sollte. So wandte sich Ludwig Deiters am 20. Mai 1971 an den Bundesgeschäftsführer des Kulturbundes, Horst Bänninger, mit der Bitte um eine Stellungnahme zu einem Entwurf einer weiteren Denkmalschutzverordnung. Bänninger richtete sich daraufhin wiederum an weitere Kulturbund-Mitglieder sowie an Hans Nadler und bat diese um ein Meinungsbild: In seinem diesbezüglichen Schreiben führte Bänninger aus, dass er die Meinung des Zentralen Fachausschusses im Kulturbund zum Entwurf der Denkmalschutzverordnung darlegen solle und er sich dazu auch an weitere Mitglieder zur Erstellung eines Meinungsbildes gewandt habe. Er brauche „[s]elbstverständlich [...] in erster Linie Ihre Mei-

163 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 20.05.1971, S. 2.

164 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 11.03.1971, S. 1. Die Vorsitzende des Büros war Ute Schwarzenberger. Zu ihren Aufgaben gehörten der Schriftverkehr des Generalkonservators und die Arbeitsplanung. Dem Büro zugeordnet waren die Abteilungen „Information“, „Fotoatelier“, „Archive“ und „Bibliothek“.

165 BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 15.04.1971, S. 4.

166 Vgl. BArch, DY 27/8931.

nung [Anm. d. Verf.: die Meinung Hans Nadlers] zur neuen Vorlage¹⁶⁷ und wolle deshalb nicht nur eine allgemeine Mitgliederbefragung durchführen.

Obwohl Nadler Leiter des Instituts für Denkmalpflege in Dresden war, war er für den Kulturbund ein Verbündeter, der diesem nicht nur durch seine Mitgliedschaft nahestand, sondern auch durch seine Expertise und seine dauerhaften Bestrebungen, die Natur- und Heimatfreunde in denkmalpflegerische Bestrebungen miteinzubeziehen. Dass Nadler durchaus selbst aktiv an einer Neuregelung des Denkmalschutzes mitwirkte, sich jedoch gegen den Weg einer neuen Verordnung und für die Schaffung eines Gesetzes aussprach, verdeutlicht der Entwurf eines Schreibens Nadlers an den Minister Klaus Gysi vom 20. April 1971. Ein ebensolcher, fast zeitgleicher, Vorschlag existierte ebenfalls seitens des Kulturbundes, der an den Minister appellierte statt einer neuen Verordnung doch besser ein Denkmalpflegegesetz zu verabschieden.¹⁶⁸ Ein halbes Jahr später wurden die Forderungen erhört und es wurde der Beschluss gefasst, ein Denkmalpflegegesetz zu schaffen.¹⁶⁹ Nach einem langen Prozess konnte dieses schließlich 1975 in Kraft treten.

Die Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes von 1975 bedeutete für die Denkmalpfleger einen großen Erfolg, auf den sie im Grunde bereits seit der Gründung der DDR hingearbeitet hatten; gleichzeitig ging damit eine Wertschätzung und Anerkennung ihrer Leistungen einher. Nach dem Inkrafttreten des Denkmalpflegegesetzes wurde die Zusammenarbeit zwischen der institutionellen Denkmalpflege und dem Kulturbund, die in Paragraph 2 des Gesetzes angeführt wurde, in einer Vereinbarung (vom 5. September 1975) konkretisiert und zwischen den Vertretern festgeschrieben. Bereits in der Denkmalschutzverordnung und im IfD-Statut von 1961 war die Zusammenarbeit zwischen Kulturbund und IfD fixiert worden, wie auch Hans Nadler in der Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ (vgl. Kapitel 5.2.1) erläutert hatte. Allerdings hatte Nadler darin die Publikationstätigkeit der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes zur Denkmalvermittlung als ungenügend kritisiert, gleichwohl er betonte, dass es „eine Reihe Städte [gibt], die dem Fremden wie dem Einheimischen die bedeutenden Werte ihrer Heimat vorbildlich [in Form von Wanderwegmarkierungen] zeigen“¹⁷⁰.

Tatsächlich zeigte sich an der Publikationstätigkeit der Natur- und Heimatfreunde und insbesondere anhand ihrer Monatszeitschrift *Natur und Heimat* ab 1961, dass denkmalpflegerische Themen im Vergleich zu den 1950er Jahren nur noch sehr bedingt eine Rolle spielten (vgl. Kapitel 5.1). Nach der Vereinigung der *Natur und Heimat* mit der *URANIA Wissen und Leben* erschien 1963 nur noch

167 BArch, DY 27/8931, Schreiben von Bänninger an Nadler vom 03.06.1971.

168 Vgl. BArch, DY 27/8931, Entwurf vom 15.04.1971.

169 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 09.12.1971, S. 3.

170 Hans Nadler: Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde, o. Pag.

ein einziger (und damit letzter) denkmalpflegerischer Beitrag; er trug den Titel „Kunst in Vergangenheit und Gegenwart. Aus alten Mauern geborgen ... Schutz und Pflege der Denkmale in der DDR“¹⁷¹. Der Autor des Beitrags, Wilhelm Reglin, konstatierte darin für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz in der DDR eine systematische Arbeitsweise, deren Ursprünge auf Karl Friedrich Schinkel zurückgingen. Seit Schinkel habe sich die Denkmalpflege stetig weiterentwickelt und sei insbesondere in der DDR „von der Sorge [der] Regierung um die Erhaltung der Kunstschatze der Vergangenheit und von dem Können und Fleiß begabter Restauratoren und Denkmalpfleger“¹⁷² geprägt. Reglin bediente sich hier einem Narrativ der linear-progressiven Geschichtsschreibung, das auf Fortschritt und Weiterentwicklung ausgerichtet war und die Denkmalpflege und den Denkmalschutz der DDR als Erfolgsgeschichte par excellence charakterisierte. Vor allem der von Reglin behauptete „umfangreiche Mitarbeiterstab“¹⁷³ muss den Denkmalpflegern der institutionellen Denkmalpflege in der DDR als Ironie erschienen sein, auch wenn die neue Verordnung für den Erhalt und die Pflege der Denkmale der DDR von 1961 neue Mitarbeiterstellen ermöglicht hatte. Dennoch war die institutionelle Denkmalpflege der DDR weiterhin auf die Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Denkmalpfleger und Helfer angewiesen, die nicht nur innerhalb des Kulturbundes, sondern auch in der gesamten Bevölkerung gesucht wurden. So zeigen beispielsweise die Berichterstattungen in den „Mitteilungen an die Vertrauensleute“ des Schweriner Instituts für Denkmalpflege, wie notwendig und auch wie umfangreich die Arbeit der Vertrauensleute für die staatliche Denkmalpflege der DDR war. Auch der im Dezember 1971 in den Mitteilungen veröffentlichte Nachruf auf den Leiter des Schweriner Instituts für Denkmalpflege, Walter Ohle, offenbart in der Beschreibung von Ohles Einsatz am Güstrower

171 Wilhelm Reglin: Kunst in Vergangenheit und Gegenwart. Aus alten Mauern geborgen ... Schutz und Pflege der Denkmale in der DDR, in: URANIA Wissen und Leben (1963), H. 1, S. 34–36.

172 Der genaue Wortlaut ist: „Systematischer Denkmalschutz wird in Deutschland seit etwa 80 Jahren ausgeübt. Für die Wiederherstellung künstlerisch und historisch wertvoller Baudenkmale und Ruinen, soweit sie restaurierbar sind, wurden von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stets erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.“ Und weiter: „Frankfurt an der Oder hat nun verloren geglaubte Kunstschatze zurückgewonnen. Die Kleist- und Katte-Stadt besitzt neben dem schönen, gotischen restaurierten Rathaus damit neue Anziehungspunkte für Touristen. Sie künden zugleich von der Sorge unserer Regierung um die Erhaltung der Kunstschatze der Vergangenheit und von dem Können und Fleiß begabter Restauratoren und Denkmalpfleger.“ Ebd.

173 So heißt es bei Reglin: „Die Arbeitsstellen des Staatlichen Instituts für Denkmalpflege in Berlin, Dresden, Halle und Schwerin mit ihren vielfältigen Einrichtungen und ihrem umfangreichen Mitarbeiterstab von Kunsthistorikern, Konservatoren und Restauratoren dienen der systematischen Sicherung, Wiederherstellung und Erhaltung wichtiger Denkmale aller Art.“ Ebd.

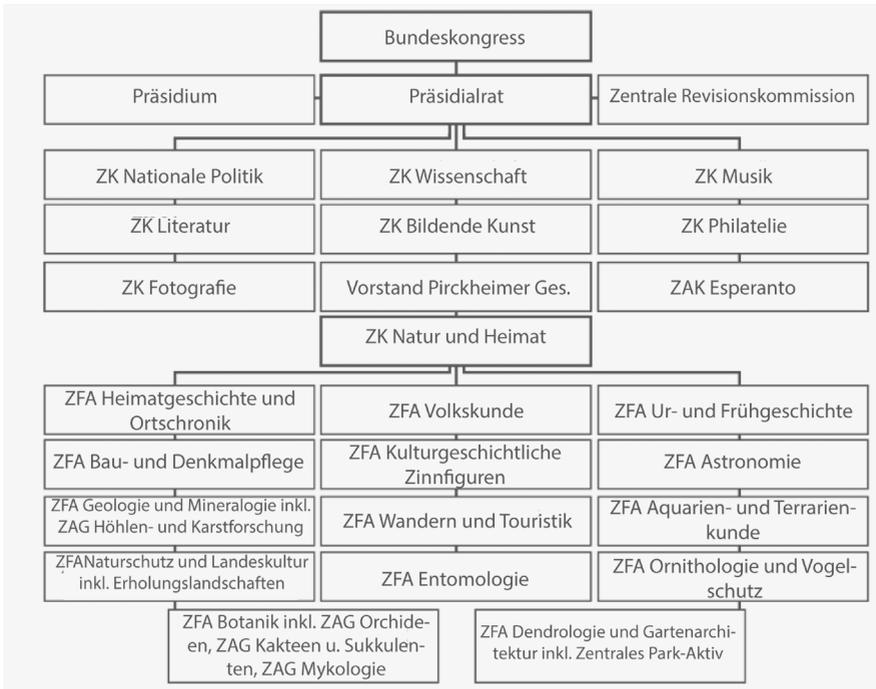


Abb. 32: Organigramm Kulturbund, 1965

Schloss die personellen Schwierigkeiten der Denkmalpflege. Gleichzeitig kommt darin aber auch zum Ausdruck, mit wie viel Leidenschaft und mit welcher Einsatzbereitschaft die Denkmalpfleger versuchten, „ihre“ Objekte zu retten, zu erhalten und zu pflegen.

Die Natur- und Heimatfreunde galten innerhalb des Kulturbundes als reaktionäre Kräfte, wie schon Karl Kneschke in den 1950er Jahren bemerkt hatte (vgl. Kapitel 3.2.1).¹⁷⁴ Der Kulturbund verstand sich generell nicht als Interessenvertretung der vielen Gruppierungen, die 1949 in die Organisation eingegliedert worden sind (Abb. 32). Auch 1962 sah er sich weiterhin vorrangig als kulturpolitische Organisation, die zwar für ihre Legitimation auf die Integration der Gruppen angewiesen war, die diesen aber trotzdem „misstrauisch bis ablehnend“¹⁷⁵ gegenüberstand. Dieses Missverhältnis führte wiederholt zu Eigenständigkeitsbestrebungen seitens

174 Vgl. BArch, NY 4120/2, Karl Kneschke: Mehr Raum für die Natur- und Heimatfreunde, 1957, S. 4–6 des Aufsatzes.

175 Andreas Zimmer: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990, Wiesbaden 2019, S. 286.

der ungewollten Gruppen, wie es Kneschke für die Natur- und Heimatfreunde bereits in den 1950er Jahren angestrebt hatte.¹⁷⁶ 1962 versuchte der Kulturbund (vergeblich) die Natur- und Heimatfreunde zusammen mit den Philatelisten auszugliedern, um Kosten zu reduzieren. Sparmaßnahmen des Bundes trafen die Natur- und Heimatfreunde am härtesten, da sie „mit dem Wegfall der Zeitschriften ‚Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde‘, ‚Sächsische Heimat‘ und ‚Märkische Heimat‘ sowie der Abwicklung der Redaktion ‚Natur und Heimat‘¹⁷⁷ verbunden waren.

In den folgenden Jahren wurde die Gruppe der Natur- und Heimatfreunde immer heterogener, sodass sie sich für den Kulturbund nur noch schwer kontrollieren ließ: Unter dem Dach der Zentralen Kommission Natur und Heimat waren neben dem Zentralen Fachausschuss Bau- und Denkmalpflege noch weitere 13 Ausschüsse zusammengeschlossen.¹⁷⁸ Die von der institutionellen Denkmalpflege erhoffte Stärke des Kulturbundes im Bereich von Denkmalpflege und Denkmalschutz konnte damit nicht in dem Maße gewährleistet werden, wie es nötig gewesen wäre, um eine Verbindung zu breiten Bevölkerungskreisen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Der Kulturbund sah sich weiterhin als politische Organisation, während die Natur- und Heimatfreunde – ebenso wie weitere Gruppen – nicht in ihr Selbstbild integrierbar schienen. Die SED machte deshalb deutlich, dass sich der Kulturbund als Dachorganisation begreifen und „für einen wesentlichen Teil der organisierten Freizeitgestaltung“¹⁷⁹ verantwortlich zeichnen solle. Erst der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker brachte letztlich umfangreichere strukturelle Veränderungen innerhalb des Kulturbundes. Diese führten Ende der 1970er Jahre dazu, dass Verbände und Gesellschaften gegründet wurden, wie beispielsweise 1977 die Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund.¹⁸⁰

Entwicklungen ins Internationale: ICOMOS & UNESCO

Wie bereits in Kapitel 5.1 „Revisionen und Variationen: Denkmalpflege zwischen Kulturpolitik und Ökonomisierung“ erläutert, war die Gründung von ICOMOS für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz in der DDR ebenso wie für den internationalen Austausch der Denkmalpfleger von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Bereits bei der Gründung 1965 in Warschau waren Hans Nadler und Ludwig Deiters als Gäste anwesend gewesen. Beide erkannten die Bedeutung dieser internationalen Vereinigung, die sich weltweit dem Schutz und der Pflege von Denkmälern und Denkmalbereichen sowie der Bewahrung des historischen

176 Vgl. BArch, NY 4120/2, Karl Kneschke: Mehr Raum für die Natur- und Heimatfreunde, 1957.

177 Andreas Zimmer: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR, S. 288.

178 Vgl. ebd., S. 290–291.

179 Ebd., S. 386.

180 Vgl. BArch, DY 27/439.

Kulturerbes verschrieben hat, und waren sich bewusst, welche Möglichkeiten sich aus der Anerkennung der Denkmalpflege in der DDR durch diese Organisation ergaben.¹⁸¹

Im Verlauf der 1970er Jahre nahmen die Tätigkeiten des Instituts für Denkmalpflege im Rahmen von ICOMOS stetig zu. Dazu musste die Zusammenarbeit zwischen dem IfD und dem Ministerium für Kultur – insbesondere mit der Abteilung „Museen und Denkmalpflege“ sowie der Abteilung „UNESCO und andere nichtstaatliche Organisationen“¹⁸² der Hauptabteilung „Internationale Beziehungen“ – intensiviert werden. Die Abteilung „Museen und Denkmalpflege“ wurde von Gerhard Thiele geleitet, für die „UNESCO und andere nichtstaatliche Organisationen“ der Hauptabteilung „Internationale Beziehungen“ zeichnete Irene Gysi verantwortlich. Während die Abteilung „UNESCO“ den internationalen Austausch, die Inhalte dieser Tagungen oder auch diesbezügliche Schriftwechsel gestaltete und betreute, besaß die Abteilung „Museen und Denkmalpflege“ vor allem für Themenfelder und Aufgaben, die direkt die Denkmalpflege der DDR betrafen, die Zuständigkeit. Ludwig Deiters wandte sich daher am 11. Februar 1974 schriftlich an Gerhard Thiele, um ihn um die Teilnahme Peter Goralczyks an einer Tagung in Paris zu bitten, deren Inhalt in direktem Bezug zu den Vorbereitungen einer eigenen ICOMOS-Tagung innerhalb des Ostseeraums stand.¹⁸³

Die Schriftwechsel mit Irene Gysi beschäftigten sich hingegen vorrangig mit Stellungnahmen zu internationalen Konventionen, die von Deiters bzw. dem IfD ausgearbeitet werden sollten, oder waren Informationsweitergaben zu Schriftwechseln oder Gesprächen zwischen hochrangigen Mitarbeitern der UNESCO und der Generalsekretärin der UNESCO-Kommission der DDR, Hildegard Kiermeier. So übersandte Gysi beispielsweise einen Auszug aus einem Gespräch zwischen Kiermeier und Gérard Bolla, dem Direktor des Departements „Kulturelles Erbe“ im UNESCO-Sekretariat, an Deiters, in dem es um die „Möglichkeiten der Mitarbeit der DDR im Rahmen der UNESCO“¹⁸⁴ ging. Insgesamt sollte sich demzufolge die Mitarbeit der DDR auf vier Kernbereiche erstrecken. Neben der Durchführung von UNESCO-Veranstaltungen in der DDR (Punkt 1) und der

181 Vgl. Aurélie Elisa Cfeller: Preserving Cultural Heritage across the Iron Curtain: The International Council on Monuments and Sites from Venice to Moscow. 1964–1978, in: Ursula Schädler-Saub/ Angela Weyer (Hrsg.): Geteilt Vereint. Denkmalpflege in Mitteleuropa zur Zeit des Eisernen Vorhangs und heute. Internationale Tagung Hildesheim 25.–28. September 2013, Hildesheim 2013, S. 115–121, hier S. 115.

182 Dem Archivmaterial nach firmierte die Abteilung zum Teil auch unter dem Namen „UNESCO und andere internationale Organisationen“. Zumindest lässt sich diese Bezeichnung zum Teil anhand der Briefköpfe von Irene Gysi nachweisen.

183 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben von Deiters an Thiele vom 11.02.1974.

184 BLDAM, L 24/6, Anlage aus dem Schreiben von Gysi an Deiters vom 24.06.1974.

Mitarbeit an der Zeitschrift *Museen* (Punkt 3) sollte die DDR die „Einbeziehung von DDR-Experten für sogenannte Missionen in Entwicklungsländern“ (Punkt 2) und die „Beteiligung der DDR im Rahmen des Partizipationsprogramms“ der UNESCO (Punkt 4) ermöglichen.¹⁸⁵ Zum Partizipationsprogramm zählten neben der Durchführung von internationalen Tagungen und Ähnlichem in der DDR auch die Entsendung von DDR-Stipendiaten zur Ausbildung am sogenannten „Zentrum“ in Rom. Beim „Zentrum“ handelte es sich um die 1959 gegründete zwischenstaatliche Forschungs- und Ausbildungseinrichtung „zur Untersuchung von Erhalt und Restaurierung des kulturellen Erbes“ in Rom (*International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property*), welche bis 1978 unter der Kurzbezeichnung *Rome-Center* auftrat und seit 1978 unter dem Akronym ICCROM firmiert.¹⁸⁶

Dass die Möglichkeit, an Ausbildungsseminaren von ICCROM teilzunehmen, für die Denkmalpfleger der DDR von überaus großer Bedeutung war, wird anhand eines Schreibens von Ute Schwarzenberger an Gerhard Thiele vom 17. Januar 1974 nachvollziehbar.¹⁸⁷ Schwarzenberger erklärte darin zunächst die Aufgaben von ICCROM und betonte anschließend, dass der Austausch mit dieser internationalen Institution „nicht nur Vorteile im ideellen Bereich“ biete, sondern auch „sehr praktische und nutzbringende Aufgaben“ befördere.¹⁸⁸ Sie betonte, dass die Ausbildung in Rom insbesondere für die Restauratoren gewinnbringend sei und, dass das IfD „größten Wert darauf [legt], diese Möglichkeit zu nutzen“¹⁸⁹. Aus Schwarzenbergers Ausführungen geht hervor, wie wichtig diese Chance zum internationalen Austausch und zur Weiterbildung nach internationalem Maßstab für das Institut für Denkmalpflege war, um weiterhin als gleichrangiger Partner bzw. gleichwertiges Mitglied von ICOMOS wahrgenommen zu werden.

Der weitere Schriftwechsel, der die konkrete Entsendung von Mitarbeitern nach Rom betraf, wurde über die MfK-Abteilung „UNESCO“ koordiniert, wie deren Korrespondenz mit dem IfD aus dem Sommer 1974 belegt. Darin wurde aufgezählt, welche Möglichkeiten zur Mitarbeit der DDR innerhalb der UNESCO bestünden, und auch die Delegation von DDR-Denkmalpflegern nach Rom im Jahr 1974 wurde genannt. Ebenso brachte darin der Direktor des Rom-Zentrums mehrfach seine Bereitschaft zur Aufnahme des Instituts für Denkmalpflege in das ICCROM zum Ausdruck. Denn obwohl das Institut für Denkmalpflege ab Ja-

185 Vgl. ebd.

186 In den folgenden Ausführungen werde ich die heute gängige Bezeichnung ICCROM verwenden.

187 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben von Schwarzenberger an Thiele vom 17.01.1974.

188 Vgl. ebd.

189 Ebd.

nuar 1974 ein offiziell assoziiertes Mitglied von ICCROM war¹⁹⁰, mussten Vereinbarungen zwischen den Außenministerien der Länder sowie mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen beachten werden, wodurch sich zunächst die Teilnahme – und somit auch die Teilhabe – der DDR-Denkmalpfleger in diesem internationalen Rahmen verzögerte. Bereits 1973 hatte das IfD versucht, drei Mitarbeiter nach Rom zu entsenden, wie aus einem Schriftwechsel zwischen Ludwig Deiters und Irene Gysi hervorgeht. Im Juni 1974 bat Deiters dann erneut bei Gysi um die Möglichkeit der Delegation von mehreren Mitarbeitern für das Jahr 1975.¹⁹¹ Irene Gysi wiederum reichte das Gesuch an Hildegard Kiermeier weiter, die die Abteilung „UNESCO und andere internationale Organisationen“ beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten leitete. Aus Gysis Schreiben an Kiermeier geht hervor, dass es die zuständigen staatlichen Stellen 1973 offenbar versäumt hätten, die Anmeldefristen der Lehrgänge in Rom einzuhalten, weshalb Gysi nun darum bat, „die Anmeldefrist [...] in diesem Jahr vorschriftsmäßig einzuhalten“¹⁹². Bereits einen Monat später wandte sich Gysi mit einer Einladung zur Teilnahme an einem *Architectural Conservation Course* des Rom-Zentrums für das Jahr 1975 an Deiters.¹⁹³ Allerdings konnte das Rom-Zentrum die dafür anfallenden Teilnahmekosten nicht tragen, sodass die Finanzierung der Weiterbildungsreise zur Disposition stand, wie Schwarzenberger am 25. Juli 1974 in ihrem Antwortschreiben an Gysi betonte.¹⁹⁴ Anfang August meldete dann die Abteilung „UNESCO“, dass die Kosten für den Studienkurs in Rom auch nicht von der UNESCO übernommen werden könnten, sodass die Teilnahme – für die Helmut Stelzer angedacht war – weiterhin als nicht realisierbar erschien. Auch wenn aus dem Schriftwechsel vom Sommer 1974 nicht nachvollziehbar ist, wie es zur Klärung der Finanzierung kam, gehörte Stelzer schließlich doch – als einziger DDR-Denkmalpfleger – zu den 68 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des *Architectural Conservation Course* im Jahr 1975.¹⁹⁵

Ebenso konnte 1975 der Restaurator Roland Möller am Studienkurs *Conservation of Mural Paintings* teilnehmen, der aus insgesamt 16 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestand.¹⁹⁶ Auch hierzu war die Finanzierung im Sommer 1974 noch unklar gewesen. Denkbar wäre, dass die im Sommer 1974

190 Vgl. ICCROM: Newsletter (1975), No. 3, S. 1, <https://www.iccrom.org/publication/newsletter-3> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

191 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben von Deiters an Gysi vom 05.06.1974.

192 BLDAM, L 24/6, Schreiben von Gysi an Kiermeier vom 14.06.1974.

193 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben von Gysi an Deiters vom 12.07.1974.

194 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben von Schwarzenberger an Gysi vom 25.07.1974.

195 Vgl. ICCROM: Newsletter (1977), No. 4, S. 7, <https://www.iccrom.org/publication/newsletter-4> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

196 Vgl. ebd., S. 8.

diskutierten Kursteilnahmen von Stelzer und Möller für das kommende Jahr mit der Aufnahme der DDR im April 1974 als assoziiertes Mitglied von ICCROM durch Stipendien ermöglicht werden konnten. Allerdings zählten weder 1976 noch 1977 weitere Denkmalpfleger oder Restauratoren zu den Teilnehmern der jährlich stattfindenden Rom-Kurse.

Das ICOMOS-Nationalkomitee der DDR, das sich „größtenteils aus leitenden Mitarbeitern des Instituts für Denkmalpflege“¹⁹⁷ zusammensetzte, hatte sich bereits Jahre zuvor gegründet, und die DDR war ab 1970 offizielles Mitglied im ICOMOS. Infolgedessen besprachen die Konservatoren während ihrer regelmäßigen Beratungen vor allem Veranstaltungen, die sie selbst unter Beteiligung von ICOMOS organisierten oder zu denen sie im internationalen Kontext eingeladen waren.

Die vom 24. bis 28. April 1971 in Dresden durchgeführte Tagung zum Thema „Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Inanspruchnahme und der Restaurierung der Denkmale“ wurde vom IfD unter Beteiligung von ICOMOS veranstaltet.¹⁹⁸ Es nahmen daran insgesamt 18 ausländische Gäste teil, wovon neun dem kapitalistischen Ausland entstammten und die weiteren neun aus sozialistischen Ländern kamen. Dies war die erste Tagung des Nationalkomitees der DDR als Mitglied von ICOMOS. Im März 1971 hatten die Konservatoren das Programm dafür festgelegt. So sprachen neben Ludwig Deiters: Hans Nadler (über die sozialistische Rekonstruktion des Görlitzer Stadtkerns), Heinrich Magirius und Elisabeth Hütter (über die Konservierung und Restaurierung von Freiberg und Wechselburg), Gerhard Glaser (über die Nutzung historischer Bauten am Beispiel des Dresdener Albertinums) sowie Jochen Helbig (über die Erhaltung von Denkmalen der Volksarchitektur auf dem Lande).¹⁹⁹ Damit arbeiteten bis auf Deiters alle Vortragenden am Dresdener Institut für Denkmalpflege. Auch wenn dies aufgrund des Tagungsortes naheliegend erscheint, zeigt es zudem die fachwissenschaftliche Bedeutung des Dresdener Instituts, dessen Arbeitsweise und Themenspektrum den internationalen Gästen präsentiert werden sollte. Mit Naders Ausführungen zur sozialistischen Rekonstruktion des Görlitzer Stadtkerns

197 BLDAM, L 29/1: Bericht über die Aktivitäten des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR im Zeitraum von 1970 bis 1974. Es ließ sich nach bisheriger Quellenlage nicht exakt recherchieren, ab welchem Zeitpunkt Deiters Präsident und ab wann Stelzer Generalsekretär des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR waren. Nachweislich hat von Beginn an Deiters den Großteil der Korrespondenz geführt, sodass ein Vorsitz bzw. eine Präsidentschaft von Deiters bereits vor 1977 vermutet werden kann. Da Stelzer schon 1974 am Studienkurs in Rom teilnehmen konnte, lässt sich auch hier eine entsprechende Position innerhalb des Nationalkomitees der DDR von Anfang an vermuten.

198 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung am 15.04.1971 in Halle, S. 1–2.

199 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung am 11.03.1971, S. 2–3.

sollten zugleich die sozialistische Umgestaltung sowie der Stellenwert der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes innerhalb dieses Themas aufgezeigt werden. Die restlichen Vortragsinhalte dagegen diskutierten weniger die Einbettung der Denkmalpflege in die Entwicklung von Politik und Bauwesen.

Dem Präsidenten und Generalsekretär von *ICOMOS International* war es aufgrund „anderweitige[r] terminliche[r] Verpflichtungen“²⁰⁰ nicht möglich, ebenfalls an der Tagung teilzunehmen. Deshalb luden die Konservatoren den ICOMOS-Präsidenten Piero Gazzola und seine Mitarbeiterin Inna Calegari, sowie Raymond Lemaire und Gertrude Tripp zu einem Treffen wenige Wochen später in die DDR ein. Obwohl der Terminvorschlag bereits unterbreitet war, bedurfte es „hierüber noch eine Absprache mit dem Ministerium für Kultur“. Dies stimmte letztlich zu, sodass der Besuch umgesetzt werden konnte. Die Einladung Gazzolas, Caligaris, Lemaire und Tripps in die DDR war für die dortigen Denkmalpfleger von großer Bedeutung, da ein solcher Besuch die Anerkennung der DDR-Denkmalpflege auf internationaler Ebene bedeutete. Die dazu erforderliche Rücksprache mit dem MfK zeigt die politische Tragweite eines solchen Besuches wie auch generell der ICOMOS-Mitgliedschaft, die auf höchster Ebene verhandelt werden sollte. Teil des ICOMOS zu sein, brachte nicht nur ein vergrößertes Netzwerk und mehr Austauschmöglichkeiten für die Denkmalpfleger der DDR, sondern sorgte zugleich für einen innenpolitischen Bedeutungszuwachs. Dieser sollte jedoch fortwährend durch das MfK kontrolliert werden.

Das Thema der „neuen gesellschaftlichen Nutzung“ griffen die DDR-Denkmalpfleger noch einmal auf und organisierten eine im Mai 1974 in den Städten Frankfurt/Oder und Magdeburg stattfindende ICOMOS-Tagung unter dem Titel „Zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale“; diese wurde in der Reihe „Materialien und Berichte“ publiziert. Das Tagungsmaterial stellte Deiters bereits im November 1973 auf einer Exekutivtagung in Paris vor. Zuvor war die inhaltliche Ausrichtung noch einmal in einer Konservatorensitzung besprochen worden. Dabei war festgelegt worden, dass bezüglich der Tagung „eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern stattfinden [soll]“, um „[e]in gemeinsames Auftreten bei internationalen Fragen“ zu sichern, da „[e]ine Verallgemeinerung der Erfahrungen der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Denkmalpflege [...] nicht nur zum eigenen Nutzen [ist], sondern auch als Erfahrungswert wichtig [ist] für die nichtsozialistischen Länder“.²⁰¹

Im internationalen ICOMOS-Newsletter von Juni 1974 wurde berichtet, dass an der genannten Tagung insgesamt 70 Teilnehmer aus Ost- und Westeuropa teilgenommen hätten und im Mittelpunkt des Symposiums das Finden einer „nützlichen Rolle“ für die Denkmale gestanden habe, „um ihr Überleben

200 Ebd., S. 2.

201 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung vom 16.10.1973, S. 2–3.

zu sichern²⁰². Aus diesem Bericht wird ebenso deutlich, dass die Tagungsveranstalter keine Mühen gescheut hatten, die Gäste über das Voranschreiten ihrer denkmalpflegerischen Arbeiten aufzuklären. So hatte das Institut für Denkmalpflege ein 67-seitiges Dokument vorbereitet, das sowohl das Thema der Tagung als auch eine Anzahl praktischer städtebaulicher Beispiele illustrierte. Dem ICOMOS-Newsletter folgend empfahl das Symposium einen gesetzlichen Umgebungsschutz für historische Gebäude, der auch im Planungsprozess berücksichtigt werden müsse, sowie das Finden von Nutzungsmöglichkeiten, die weder den ästhetischen noch den historischen Wert beeinträchtigten. In der DDR war der Umgebungsschutz bereits in der Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale von 1961 festgeschrieben worden und definierte darin in Paragraph 3 den „Schutz ortsfester Denkmale [, der sich] auch auf ihre Umgebung [erstrecke], soweit sie für die Eigenart und die Wirkung des Denkmals von Bedeutung ist“²⁰³. Eine erneute Festschreibung hatte der Umgebungsschutz im Denkmalpflegegesetz von 1975 erfahren. In ihrer expliziten Erwähnung im Rahmen der ICOMOS-Tagung zeigt die Thematik des Umgebungsschutzes die Tragweite dieser Maßnahme im Hinblick auf den hohen, die Denkmale gefährdenden Veränderungsdruck seitens des Bauwesens.

Obwohl sich die DDR offiziell nicht am europäischen Denkmalschutzjahr 1975 beteiligte, nahmen die Konservatoren des IfD durch ihre Arbeit im ICOMOS-Nationalkomitee mittelbar doch daran teil. In Zusammenarbeit mit der belgischen Stadt Brügge organisierten sie im Rahmen des europäischen Denkmalschutzjahres ein Kolloquium zum Thema „Die Erneuerung der historischen Städte“ und ergänzten dieses durch die Ausstellung „Denkmalschutz Heute“, die den „Wiederaufbau und die Restaurierung der historischen Stadtzentren in Berlin, Weimar [und] Magdeburg“²⁰⁴ präsentierte.²⁰⁵

Die ICOMOS-Mitgliedschaft der DDR bedeutete jedoch nicht, dass die DDR automatisch auch den internationalen Denkmalpflegekonventionen beigetreten war. Dies erfolgte losgelöst von der Mitgliedschaft und war ein Aushandlungsprozess zwischen den Denkmalpflegern, die sich in ICOMOS engagierten, und der

202 ICOMOS: Newsletter (Juni 1974), No. 3, <http://www.international.icomos.org/newsicomos/news3eng.pdf> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

203 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, hier S. 475, § 3.

204 BLDAM, L 29/1, Bericht über die Aktivitäten des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR im Zeitraum von 1970 bis 1974. Sowie: O.V.: Kolloquium über Erhaltung historischer Bauten, in: Neues Deutschland vom 17.05.1975, S. 15.

205 Siehe hierzu auch: BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 15.04.1971 und 23.01.1973. Zudem: BLDAM, L 24/6, Ausführung zur Mitgliedschaft der DDR seit 1969 sowie Konventionen.

ministeriellen Ebene der DDR. Gleichwohl nutzte ICOMOS die Gelegenheit, um Druck auf die Mitgliedsstaaten für einen Beitritt auszuüben. So sollte die DDR im August 1974 einen Bericht abgeben über ihre Tätigkeiten hinsichtlich der internationalen Welterbekonvention zum Schutze des natürlichen und kulturellen Erbes (die Konvention war auf der UNESCO-Generalkonferenz 1972 verabschiedet worden), ganz ungeachtet dessen, dass die DDR diese bis dahin gar nicht unterzeichnet hatte.²⁰⁶

Die Zugehörigkeit zum internationalen Rat für Denkmalpflege ICOMOS verschaffte den Denkmalpflegern in der DDR internationale Austauschmöglichkeiten sowie den Anschluss an internationale Standards, die für eine Anerkennung ihrer denkmalpflegerischen Tätigkeiten von Bedeutung war. Gleichzeitig war die Mitgliedschaft ein Politikum, da die Organisation – wenngleich sie regierungsunabhängig war – nichtsozialistische und sozialistische Staaten miteinander verband. Das Engagement der DDR, insbesondere ihrer Denkmalpfleger, im Rahmen der UNESCO offenbarte die Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Akteure aus der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz nach internationaler Anerkennung und internationalem Austausch bei gleichzeitiger ideologischer Abgrenzung auf ministerieller bzw. politischer Ebene.

Zusammenfassung

Die Analyse des Status quo zu Beginn des Kapitels verdeutlichte sowohl die (politischen) Leitlinien als auch die Perspektive der beteiligten Personen auf die institutionelle Denkmalpflege zum Zeitpunkt der Denkmalschutzverordnung von 1961 auf. Wenngleich es sich dabei um die offizielle Sicht einiger weniger ausgewählter Akteure handelte, offenbarte sie dennoch auch Probleme, Schwierigkeiten und Konfliktfelder. Werner Vollraths Beitrag zu den Problemen der Denkmalpflege zeigte darüber hinaus bestehende Bestrebungen, die institutionelle Denkmalpflege mit einem erweiterten Denkmalbegriff inhaltlich aufzuweichen und stärker in das Bauwesen zu integrieren. Um nicht an Relevanz zu verlieren, war damals die Mitarbeit bzw. Einbindung breiter Bevölkerungskreise für die institutionelle Denkmalpflege von enormer Bedeutung. Mit dem Verweis auf den dialektischen Materialismus einerseits und auf das Denkmal als touristische Attraktion andererseits offenbarte Ludwig Deiters in seinem Beitrag in der Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ die Mittlerrolle, die vor allem das Institut

206 Vgl. BLDAM, L 24/6, Schreiben vom MfK, Abt. UNESCO und andere Internationale Organisationen, stellv. Abteilungsleiter Greiser an Deiters vom 07.08.1974. Greiser schreibt hierzu: „Wie Sie wissen, sind alle Länder verpflichtet, diesen Bericht zu liefern, auch solche, die der Konvention noch nicht beigetreten sind.“

für Denkmalpflege zwischen politisch-ideologischem Auftrag und gesellschaftlichem Vermittlungsangebot einnehmen sollte.

Im Anschluss daran zeigte die Untersuchung der Verbindung von Ministerium für Kultur und Institut für Denkmalpflege, dass sich die institutionelle Denkmalpflege, vor allem unter der Ägide des Staatssekretärs und Ersten Stellvertretenden Ministers für Kultur, Horst Brasch, von 1965 bis 1969 verstärkt unter planwirtschaftliche Vorgaben und Industrialisierungsbestrebungen unterordnen sollte. Für Brasch waren Denkmalpflege und Denkmalschutz Instrumente der Ideologievermittlung und das IfD eine fachwissenschaftliche Einrichtung, die die Regierungsbeschlüsse nur mangelhaft umsetzte, weshalb er eine Neuorganisation anstrebte. Mit der von Klaus Gysi eingesetzten Arbeitsgruppe unter der Leitung von Deiters wurde die institutionelle Denkmalpflege zwar nicht neu organisiert, aber den Bestrebungen Braschs dennoch in gewissem Maße Rechnung getragen.

Der Kulturbund hatte mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 in seiner Bedeutung für die institutionelle Denkmalpflege in der DDR eine Aufwertung erfahren. Er sollte als kritische Instanz fungieren und denkmalpflegerische Prozesse begleiten. Die Neuausrichtung der Natur- und Heimatfreunde innerhalb des Kulturbundes, von der Denkmalpflege weg, hin zum Naturschutz, führte jedoch zu einer Schwächung des kritischen Partners, was vorrangig durch geringere Veröffentlichungen denkmalpflegerischer Themen- und Diskussionsfelder zum Ausdruck kam. Gleichzeitig entwickelten sich innerhalb des Kulturbundes Bestrebungen zur Bildung von Fachausschüssen und Verbänden, um die verschiedenen Interessen innerhalb der Natur- und Heimatfreunde und auch innerhalb des Kulturbundes stärker ausdifferenzieren und dadurch Kräfte und Initiativen besser bündeln zu können – auch im Bereich der Denkmalpflege. Trotz der internen Veränderungen innerhalb des Kulturbundes konnte anhand der Analyse der Zusammenarbeit von Kulturbund und IfD aufgezeigt werden, dass die Mitglieder des Kulturbundes ein unerlässlicher Partner der institutionellen Denkmalpflege sowie ein prägender Bestandteil der weiteren Entwicklung der Denkmalpflege innerhalb des sozialistischen Systems waren.

Auf internationaler Ebene intensivierten sich der Austausch und die Arbeit mit ICOMOS und den ICOMOS-Mitgliedsstaaten. Ebenso wichtig wurde die Teilnahme an ICCROM-Aktivitäten, die nicht nur eine internationale Austauschplattform darstellten, sondern auch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten waren. Dieser Austausch war allerdings nur über die Abteilung „Internationale Beziehungen“ des Ministeriums für Kultur möglich, die auch die Mitarbeit der DDR im Rahmen der UNESCO unterstützte. Die Untersuchung zeigte, dass die ICOMOS-Mitgliedschaft der DDR-Denkmalpfleger ein Politikum war und eng mit dem MfK verbunden blieb. Innenpolitisch ermöglichte es die ICOMOS-Mitgliedschaft den Denkmalpflegern der DDR, Konferenzen zu spezifischen

Themenfeldern auszurichten, bei denen sie einerseits die eigenen Leistungen und Erfolge aufzeigen und andererseits Besonderheiten, wie die Herausforderungen, die die sozialistische Umgestaltung mit sich brachte, thematisieren konnten.

5.3 Akteure zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung

Im Folgenden stehen erneut die Handlungsmöglichkeiten der Akteure im Fokus. Dafür wird zunächst die Positionierung der institutionellen Denkmalpflege innerhalb des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung analysiert (5.3.1). Unter anderem sollen hierzu das Agieren der Denkmalpfleger sowie ihre Argumentation bezüglich einer geplanten, alles umfassenden Umgestaltung der Städte und Dörfer nachvollzogen werden. Das Ziel der Analyse ist es, einerseits den Terminus der sozialistischen Umgestaltung aus denkmalpflegerischer Perspektive zu hinterfragen und andererseits divergierende Sichtweisen bzw. Argumentationslinien in Bezug auf Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der institutionellen Denkmalpflege herauszuarbeiten. In Anlehnung an das Kapitel 3.3.2 „Konservatorengespräche – Teil 1“ werden die regelmäßigen Beratungen der Konservatoren auch für den zweiten Betrachtungszeitraum zum Untersuchungsgegenstand und im Hinblick auf die Themenvielfalt und Ausrichtung durchleuchtet (5.3.2). Im dritten Abschnitt (5.3.3) wird der Fokus auf zwei Akteure innerhalb des Bereiches der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes gelenkt, die auf staatlicher und demgegenüber auf lokaler Ebene agierten: Der Vergleich von Generalkonservator Ludwig Deiters und Magistratsdenkmalpfleger Fritz Rothstein soll es ermöglichen, die potenziellen Handlungsspielräume zu hinterfragen. Die Gegenüberstellung von Deiters und Rothstein bietet sich deshalb an, weil beide Führungspositionen innehatten und beide in der ZFG Rekonstruktion des BdA agierten. Obwohl Rothsteins Zuständigkeitsbereich als Magistratsdenkmalpfleger (im Unterschied zu Deiters) auf Berlin beschränkt war, agierte er überregional, sodass auch hier eine Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich des Handelns beider Akteure besteht.

Als Ausgangspunkt für die nähere Betrachtung der sozialistischen Umgestaltung dient die „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“, die vom 23. bis 29. Juni 1963 in Weimar stattgefunden hat. Zeitgenössische Publikationen sowie Dissertationen zum Themenkomplex der sozialistischen Umgestaltung und weitere Archivalien des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege in Wünsdorf (BLDAM) wie auch des Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner ergänzen die Analyse. Für die Untersuchung der Konservatorengespräche werden erneut die Sitzungsprotokolle der regelmäßigen Beratungstreffen der Konservatoren herangezogen, die vor allem im BLDAM erhalten sind. Im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum stehen für die Auswertung der Jahre von 1961 bis 1975 über 70 mehrseitige

Protokolle zur Verfügung. Es bot sich deshalb hierfür eine Erschließung und Analyse der Inhalte unter Verwendung der Graphdatenbank Neo4j besonders an.

Die Betrachtung von Ludwig Deiters und Fritz Rothstein erfolgt auf Grundlage ihrer jeweiligen Nachlässe, ihrer Publikationen sowie weiterer Quellenkonvoluten aus verschiedenen Archiven und Zeitzeugengesprächen. Durch diese Heterogenität des Quellenmaterials soll ein möglichst differenzierter Blick auf das Handeln der beiden Akteure ermöglicht werden. Der Vergleich zwischen Deiters und Rothstein dient dem Erkenntnisgewinn bezüglich der Positionen der Akteure und der Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR.

5.3.1 Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung

Innerhalb dieses Kapitels wird der in den 1960er und 1970er Jahren häufig verwendete Terminus der sozialistischen Umgestaltung eingehend hinterfragt. Dabei soll jedoch nicht die sozialistische Umgestaltung im Allgemeinen untersucht werden, sondern es soll die Rolle und Positionierung der institutionellen Denkmalpflege dazu – die auch Gesprächsgegenstand der Konservatorengespräche waren²⁰⁷ – im Hinblick auf den häufig in diesem Zusammenhang genannten Begriff der Rekonstruktion analysiert und erörtert werden. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ zum Thema der sozialistischen Umgestaltung der Städte, die vom 23. bis 29. Juni 1963 in Weimar stattgefunden hat und deren Beiträge in der *Deutschen Architektur* publiziert worden sind. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit Sitz in Moskau war als Gegenmodell zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet worden. Er diente vorrangig dazu, die Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu koordinieren.

Die Expertentagung von 1963 in Weimar eignet sich für die Betrachtung der Positionierung der Denkmalpflege besonders gut, da die Tagungsbeiträge in der *Deutschen Architektur* in Gestalt eines Themenheftes erschienen sind. Darüber hinaus sind zusätzliche Primärquellen erhalten, die Einblicke in die Vorbereitung der

207 Der Begriff der sozialistischen Umgestaltung ist als Tagesordnungspunkt in den Protokollen der Konservatorengespräche zwar nicht zu finden, dennoch prägte das Thema unter anderem die institutionelle Denkmalpflege maßgeblich in ihrer weiteren Entwicklung und auch im Hinblick auf ihre Schwerpunktsetzung der fachwissenschaftlichen Analyse und Anleitung im Bereich von Denkmalpflege und Denkmalschutz. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der Grad an Ökonomisierung im Bauwesen sowie der Anspruch der absoluten Planbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse innerhalb der DDR. So wurde die Umgestaltung immer wieder Thema bei der Diskussion von Generalbebauungsplänen oder bezüglich konkreter Denkmalobjekte.

Tagung und in die im Vorfeld erfolgten Überlegungen bezüglich der Publikation gewähren – auch, wenn kein stenografisches Protokoll der Tagung gefunden werden konnte.

Die Auseinandersetzung mit den publizierten Beiträgen der Tagungsredner ermöglicht es, Einsicht in die jeweiligen Blickwinkel und Themenschwerpunkte der jeweiligen Institutionen und Akteure auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung zu gewinnen. Welchen Anspruch verfolgte Ludwig Deiters als Generalkonservator für Denkmalpflege der DDR innerhalb der Tagung? Welchen Stellenwert nahm die Denkmalpflege generell während der Veranstaltung ein? Abschließend sollen die Tagungsinhalte in den größeren Kontext der sozialistischen Umgestaltung gestellt und mit weiterem Quellenmaterial zu Vorträgen und Beiträgen von Ludwig Deiters aus den 1960er und 1970er Jahre rückgebunden werden; insbesondere, um die Position der Denkmalpflege aus der Sicht des Generalkonservators ins Verhältnis zur sozialistischen Umgestaltung zu setzen.

Die sozialistische Umgestaltung verfolgte das Ziel, der sozialistischen Gesellschaft einen städtebaulichen Rahmen zu geben. Zugleich sollte sie die Rationalisierungsbestrebungen im Bauwesen vorantreiben und für bessere Lebensbedingungen sorgen. Die in diesem Zusammenhang häufige Verwendung des Begriffs Rekonstruktion meinte dabei – ganz im Sinne des Fortschrittsgedankens – Funktionstrennung, Modernisierung und Neubau. Aus denkmalpflegerischer Sicht versuchte man, den Fortschrittsgedanken aufzunehmen und unter Einbeziehung denkmalpflegerischer Inhalte auszudeuten. Hierbei ist es zwingend notwendig, zwischen dem denkmalpflegerischen Rekonstruktionsbegriff und einem eher politisch konnotierten Rekonstruktionsverständnis, das sich auch in den Diskussionen um die sozialistische Umgestaltung niederschlug, zu unterscheiden, wengleich eine solche Differenzierung weder von den damaligen Akteuren aktiv erfolgte noch in der bisherigen Forschungsliteratur für die 1960er Jahre bis zum Jahr 1975 eingehender betrachtet wurde. So wurde von den Denkmalpflegern Rekonstruktion – wie auch heute noch – beschrieben und definiert als „Rekonstruktion verlorengegangener Teile nach entsprechenden noch vorhandenen Teilen am Objekt oder nach erhalten gebliebenen Unterlagen“²⁰⁸, wohingegen

208 Zum Begriff der Rekonstruktion siehe: Ludwig Deiters: Zur Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 5–41, hier S. 31. Im „Bildwörterbuch der Architektur“ heißt es zum Begriff Rekonstruktion: „Versuch der Wiederherstellung des ursprünglichen Aussehens eines abgebrochenen oder durch Umbau stark veränderten Bauwerks. Die Rekonstruktion kann durch eine Rekonstruktionszeichnung bzw. Wiederaufbau erfolgen. Doch ist eine zu weitgehende Rekonstruktion dann nicht zu empfehlen, wenn sie nicht ganz gesichert ist oder nur noch unbedeutende originale Reste erhalten sind.“ In: Hans Koepf: Bildwörterbuch der Architektur, Stuttgart 1968, S. 313.

die Rekonstruktion im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung Modernisierung, Instandsetzung und/oder eine zeitgemäße Wiederherstellung meinte.

Obwohl diese Unterscheidung der Begrifflichkeiten zwar allgemein bekannt war und ist, wurde bisher außer Acht gelassen, dass auch Denkmalpfleger die Diskussion um die sozialistische Umgestaltung mitgestalteten und ebenfalls den Begriff der Rekonstruktion nutzten, ihn dabei aber gerade nicht im denkmalpflegerischen Sinne auslegten. Vielmehr versuchten sie durch die Nichtunterscheidung, den Erhalt der Grundrissgestaltung einzufordern, für ein ausgewogenes Verhältnis von Altem und Neuem sowie für Ergänzungen, im Sinne von Lückenschließungen, und Bereinigungen von späteren Zeitschichten zu plädieren und für den Erhalt und die Einbindung von Einzeldenkmalen in die (neuen) Stadtstrukturen einzutreten.

Expertentagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Im August 1963 erschien, herausgegeben von der Zeitschrift *Deutsche Architektur*, das Themenheft zur „sozialistische[n] Umgestaltung“²⁰⁹, in dem die Inhalte der Expertentagung veröffentlicht wurden. Das Heft bestand aus fünf Beiträgen des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, aus fünf Artikeln (regional) verschiedener „örtlicher Organe“, darüber hinaus aus vier weiteren Abhandlungen von Forschung und Lehre seitens der Universität Dresden und der Hochschule Weimar sowie aus einem Text der institutionellen Denkmalpflege, verfasst vom Generalkonservator Ludwig Deiters. Die Beiträge der örtlichen Organe werden an dieser Stelle nicht weiter betrachtet, da hier das Konzept der sozialistischen Umgestaltung hinterfragt werden soll und weniger das praktische Vorgehen und die Umsetzung des Konzepts in der Alltagspraxis.

Lothar Kwasnitza, der zu diesem Zeitpunkt als Architekt am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie beschäftigt war, berichtete im Themenheft zunächst über Inhalte und Zielstellung der Veranstaltung. So formulierte er die „Umgestaltung der Altbaugebiete“ als Kernthema der Tagung, die zum Ziel gehabt habe, „die vielseitigen Wechselbeziehungen und Verflechtungen der einzelnen Elemente bei der Umgestaltung und Rekonstruktion von Wohngebäuden und Städten darzulegen, Prinzipien zu formulieren und Vorschläge zu unterbreiten, die für die Länder des RGW allgemeine Gültigkeit erlangen können“²¹⁰. Auf der Tagung „lagen die Ergebnisse der Umgestaltung“ aus allen RGW-Ländern vor, sodass die „Erkenntnisse, Beispielplanungen und Empfehlungen“ hätten dis-

209 Deutsche Architektur (1963), H. 8.

210 Lothar Kwasnitza: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte. Bericht über die Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 456.

kutiert werden können.²¹¹ Dass jedoch die sozialistische Umgestaltung in jedem der Länder einen anderen Verlauf genommen hat und dabei unterschiedliche Schwerpunktsetzungen verfolgt wurden, zeigt sich bereits an Kwasnitzas Einschränkung im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Einzelstaaten: „Die Fragen der Umgestaltung der Städte sind eng verbunden mit der wirtschaftlichen Situation und dem Entwicklungstempo der Volkswirtschaft des jeweiligen Landes.“²¹² Man habe sich allerdings auf eine Umsetzung der Umgestaltung innerhalb von zwei Etappen geeinigt. So sollte die erste Etappe den „Wohnungsneubau auf unerschlossenem Gelände“²¹³ zum Ziel haben, während die zweite Etappe „umfangreiche Maßnahmen zur Umgestaltung der Altbaugebiete bei allmählicher Neuordnung der Stadtstruktur auf der Grundlage der neuzeitlichen Forderungen des sozialistischen Städtebaus“²¹⁴ umfassen sollte. Die Tagung widmete sich demnach vor allem Fragen und Problemen der zweiten Etappe der Umgestaltung, die letztlich weitreichendere Konsequenzen sowohl für den Städtebau als auch für die Gesellschaft mit sich bringen sollte. Der Stellenwert oder die Bedeutung der Denkmalpflege fand bei Kwasnitzas aber keine Beachtung.

Peter Doehler, ebenfalls Architekt sowie Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, führte im Anschluss an Kwasnitzas thematische Einführung Ziele, Aufgaben und Wege der sozialistischen Umgestaltung in den alten Wohngebieten der DDR-Städte aus.²¹⁵ Hierbei sprach Doehler vor allem die politische und ideologische Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung an, basierend auf den Ausführungen und Forderungen Walter Ulbrichts beim VI. Parteitag der SED (Januar 1963). Doehler zufolge gründe sich die ideologische Notwendigkeit zur Umgestaltung vor allem darauf, dass sie „ein Teil der revolutionären Umwälzung [ist], die auf dem Wege zum Kommunismus realisiert werden [muss]“²¹⁶. Städtebaulich habe die „Periode des Kapitalismus“ zu einer starken Umformung geführt, die sich „in meist planloser, chaotischer Form“ ausgedrückt habe und die nun überwunden werden müsse.²¹⁷ Im Anschluss an

211 Bei den hier erwähnten „Ergebnissen“ handelt es sich um die redigierten Berichte der Arbeitsgruppe „Sozialistische Umgestaltung der bestehenden Städte unter Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete“ der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW, die innerhalb dieses Kapitels noch thematisiert werden sollen. Die Ergebnisse bzw. Berichte der RGW-Länder haben jedoch in das Themenheft der Deutschen Architektur keinen Eingang gefunden.

212 Lothar Kwasnitzka: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte, S. 456.

213 Ebd.

214 Ebd.

215 Vgl. Peter Doehler: Die sozialistische Umgestaltung der alten Wohngebiete der Städte in der DDR – Ziel, Aufgabe und Wege, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 457–458.

216 Ebd., S. 457.

217 Vgl. ebd.

seine Ausführungen zur politisch-ideologischen Bedeutungsebene der sozialistischen Umgestaltung definierte Doehler den Terminus Umgestaltung, der „von der Werterhaltung bis zum Abriß und Neubau“ reichen würde und in Erhaltung, Rekonstruktion, städtebauliche Sanierung und völlige Umgestaltung unterschieden werden müsse.²¹⁸ Anhand dieses Spektrums wird bereits deutlich, dass die sozialistische Umgestaltung letztlich alles umfassen konnte und weitreichende städtebauliche Veränderungen zum Ziel hatte.

Die zuvor von Kwasnitza angeführten zwei Etappen, innerhalb derer die Umgestaltung erfolgen sollte, konkretisierte Doehler im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen und die konkreten Maßnahmen. Die erste Etappe sollte bis „etwa 1970“ abgeschlossen sein und der „Beseitigung des Wohnungsdefizites“ dienen.²¹⁹ Zudem sollten „umfangreiche Werterhaltungsmaßnahmen“ durchgeführt werden und nur „verhältnismäßig geringe Abrisse schlechtester Wohngebäude und ihr Ersatz durch Neubauten“ erfolgen.²²⁰ Die zweite Etappe sollte bis 1980 dauern, „die Bereitstellung einer gut ausgestatteten Wohnung, umfangreiche[n] Abriß der schlechtesten Bausubstanz, umfangreiche Umgestaltungsmaßnahmen in alten Wohnungen“ umfassen und die Analyse und Klassifizierung der Altbauwohngebiete bei einer Konzentration auf die Gebiete, die vor 1918 entstanden waren, beinhalten.²²¹ Hierzu waren zum einen umfangreiche finanzielle Mittel und zum anderen umfangreiche Planungen zur Realisierung der Sanierungsarbeiten notwendig. Helfen sollte dabei eine Klassifizierung des Bestandes, wobei die Konzentration auf Altbaugebiete vor 1918 in Doehlers Ausführungen bereits suggeriert, dass man hier die „schlechteste Bausubstanz“²²² vermutete, die man durch „umfangreichen Abriß“²²³ aus dem Stadtbild verdrängen wollte. Die Erhaltungsmaßnahmen in den Altbaugebieten, die noch für die erste Etappe vorgesehen waren, verfolgten letztlich nur das Ziel, notwendigen Wohnraum so lange wie möglich zu erhalten, da man mit den Neubaumaßnahmen nicht schnell genug vorankam und die Lösung des Wohnungsproblems höchste Priorität hatte.

Bereits 1961 hatte sich Doehler in seiner Dissertation²²⁴ intensiv mit der Thematik der sozialistischen Umgestaltung auseinandergesetzt. Sein Augenmerk

218 Vgl. ebd., S. 458.

219 Vgl. ebd.

220 Vgl. ebd.

221 Vgl. ebd.

222 Ebd.

223 Ebd.

224 Peter Doehler: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980. Dissertationsschrift (Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung), Berlin 1961.

hatte er dabei auf die (angedachte) Umgestaltung von Altbaugebieten in Städten mit über 10.000 Einwohnern im Zeitraum von 1965 bis 1980 gerichtet und sich somit ebenfalls vorrangig mit der „zweiten Etappe“ des sozialistischen Umgestaltungsprozesses auseinandergesetzt. Neben einer eingehenden Auseinandersetzung mit der vor 1918 errichteten Bausubstanz dieser Städte verglich Doehler in seiner Dissertation den Umgang mit Altbauwohngebieten in kapitalistischen und sozialistischen Ländern miteinander, um letztlich Schlussfolgerungen für die städtebauliche Planungspraxis zu formulieren. Insbesondere der Vergleich mit der Bundesrepublik verdeutlicht dabei den systempolitischen Anspruch der sozialistischen Umgestaltung, der bei Doehler weniger die Verbesserung von Lebensbedingungen und Wohnverhältnissen zum Ziel hatte, als vielmehr eine klare architektonische und städtebauliche Abgrenzung zur BRD bzw. zum kapitalistischen Ausland, um damit der „Periode des Sieges des Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen“²²⁵.

Im Vergleich zu seiner Dissertationsschrift ist Doehlers Beitrag in der *Deutschen Architektur* weitaus weniger ideologisch aufgeladen. Auch formulierte er den vorgesehenen Planungszeitraum vager, indem er vermutete, dass die erste Etappe bis „etwa 1970“ abgeschlossen sein könnte, während er in seiner Doktorarbeit noch davon ausgegangen war, dass die erste Phase in einigen Städten bereits vor 1965 abgeschlossen sein könnte. Deutlich wird aus Doehlers Ausführungen, dass für ihn die sozialistische Umgestaltung nur in Form von umfangreichen Neubaumaßnahmen realisierbar und von planwirtschaftlichen Interessen geleitet war. Denkmalpflegerische Inhalte und Zielsetzungen spielten für ihn dabei keine Rolle.

Johannes Bonitz, ebenfalls Architekt vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie, berichtete über einen Experimentalentwurf zur Umgestaltung eines Altbauwohngebietes in Leipzig.²²⁶ Bonitz' Ausführungen verdeutlichten die Prämisse der Wirtschaftlichkeit, die für das Bauwesen in der DDR höchste Priorität hatte. Neben umfangreichen Abbrucharbeiten fanden bei Bonitz vor allem die Steigerung der Geschosshöhen sowie die Umverteilung von Industriebetrieben aus der Innenstadt heraus (außerhalb der Wohnsiedlungen) Betonung. Die Wirtschaftlichkeit seines Experimentalentwurfs sah Bonitz durch die dadurch erreichte höhere Wohndichte und durch eine verbesserte Ausnutzung des Baulandes gegeben.²²⁷ Denkmalpflegerische Gesichtspunkte oder der Erhalt von historischer Bausubstanz finden bei ihm, wie auch schon bei Kwasnitza und Doehler, keine Erwähnung. Im Zentrum des Experiments stand das Finden eines

225 Ebd., S. 269.

226 Vgl. Johannes Bonitz: Experimentalentwurf zur Umgestaltung eines Altbauwohngebietes in Leipzig, in: *Deutsche Architektur* (1963), H. 8, S. 466–467.

227 Vgl. ebd., S. 466.

realisierbaren Lösungsweges für die „zweite Etappe“ der sozialistischen Umgestaltung.

Der Beitrag²²⁸ von Wolfgang Weigel, der wie Bonitz, Doehler und Kwasnitza am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie tätig war, stellte die Bedeutung der Stadtzentren für die sozialistische Umgestaltung heraus. Im Gegensatz zu seinen Institutskollegen bezog sich Weigel nicht direkt auf die Zweiphasigkeit der sozialistischen Umgestaltung. Vielmehr lag sein Fokus auf dem Beginn der sozialistischen Umgestaltung, die aus seiner Sicht in direktem Zusammenhang zu den Wiederaufbaubestrebungen „der kriegszerstörten Zentren der Städte“²²⁹ stand und damit eine logische Fortführung der bisherigen Entwicklungen war. Auch bei den *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* sah Weigel bereits einen Sinnzusammenhang mit den Umgestaltungsbestrebungen, da die Grundsätze „die Aufgabe, einwandfrei funktionierende und gestaltete gesellschaftliche Mittelpunkte des sozialistischen Lebens zu schaffen“²³⁰ in das Zentrum rückten. Dennoch waren die Diskussionen um die (weitere) sozialistische Umgestaltung Weigel zufolge dringend notwendig, da die „erzielten Ergebnisse“ eine „kritische Auswertung [benötigen], um die Umgestaltung mit hoher Qualität fortführen und für weitere Städte vorbereiten zu können“²³¹. Dabei spielte bei Weigel – wie auch schon bei Bonitz – der Erhalt von Stadtstruktur(en) oder historischer Bausubstanz keine Rolle. Ganz im Gegenteil plädierte Weigel für eine klare Funktionsgliederung mit aufgelockerter Bebauung und gestalteten Grünflächen in den Stadtzentren. Im Wiederaufbau der Stadtzentren sah Weigel demnach keinen Wiederaufbau, sondern den Aufbau sozialistischer Städte. Die Umgestaltung bestand für ihn vorrangig in der Neugestaltung und in der Anpassung bzw. Abstimmung des Stadtzentrums auf das Gefüge der Stadt als Ganzes. Hierbei konnte für ihn auch auf die Erhaltung des Stadtgrundrisses verzichtet werden.

In einem weiteren Beitrag von Lothar Kwasnitza, „Zur Umgestaltung der Städte in einigen sozialistischen Ländern“²³² betonte Kwasnitza zunächst, dass das Ziel der sozialistischen Umgestaltung die „grundlegende Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen“ sei, bevor er dann die verschiedenen Entwicklungen, die er bereits in seinem ersten Beitrag angedeutet hatte, anhand der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) erläuterte. Gerade weil Kwasnitza die Länder nicht vergleichend,

228 Wolfgang Weigel: Anmerkungen zur Umgestaltung der Stadtzentren, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 478–480.

229 Ebd., S. 478.

230 Ebd.

231 Ebd.

232 Lothar Kwasnitza: Zur Umgestaltung der Städte in einigen sozialistischen Ländern, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 481–484.

sondern eher voneinander unabhängig beschrieb, werden Unterschiede deutlich. Während die Sowjetunion die sozialistische Umgestaltung bereits direkt nach der Oktoberrevolution 1917 umgesetzt und dabei 60 Stadtneugründungen realisiert hat, stand in der Volksrepublik Polen nach 1944 der Wiederaufbau stark zerstörter Städte im Sinne historischer (weitestgehend getreuer) Rekonstruktionen im Vordergrund. Die Ausführungen zur ČSSR bilden dann im Vergleich zu den Erläuterungen hinsichtlich der Umgestaltung der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen einen starken Kontrast, da Kwasnitza hier keine politischen oder ideologischen Bezüge herzustellen versuchte, sondern lediglich auf den Bauzustand der Wohngebäude verwies, die der Grund dafür seien, dass dort „die Umgestaltung in den nächsten Jahren einen steigenden Anteil der Bautätigkeit ausmachen“²³³ werde.

Dass die drei Länder jedoch völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen hatten und gänzlich andere Entwicklungen durchlaufen haben, auch im Vergleich zur DDR, ist nicht Bestandteil von Kwasnitzas Bericht: Für Russland hatte die Oktoberrevolution weitreichende Folgen, sie führte letztlich das Land aus dem Status einer Agrarnation und – im Vergleich zu Europa – stark verspätet in die Industrialisierung. Zeugnis dessen sind auch die zahlreichen, von Kwasnitza erwähnten, Stadtneugründungen. Für Polen waren hingegen die vielen maßstablosen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs Ausgangspunkt der Umgestaltung. Kwasnitza verwendete hier den Begriff der Umgestaltung synonym für die Wiederherstellung, wie sie in den Altstädten von Gdańsk und Warschau durchgeführt worden sind. Allerdings standen diese weniger im Zeichen einer gesellschaftlichen Umformung hin zum Sozialismus, sondern waren vielmehr Ausdruck des Widerstands und des Stolzes des polnischen Volkes, das ein Zeichen gegen den Vernichtungswillen der Nationalsozialisten und des Faschismus setzen wollte.

Der Beitrag²³⁴ des Architekten Bernhard Klemm von der TU Dresden entstammte dessen Dissertation zur Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, die er 1962 an der TU Dresden abgeschlossen hatte. Klemm war 1956 vom Chef-Konservator der Arbeitsstelle Dresden, Hans Nadler, mit der städtebaulich-denkmalpflegerischen Untersuchung der Stadt Görlitz betraut worden.²³⁵ Für den Beitrag im Rahmen des Themenheftes zur sozialistischen Umgestaltung beschränkte sich Klemm auf einige wenige Aspekte seiner Arbeit, die zum einen den „Sonderfall“ Görlitz und zum anderen die Bedeutung der historischen

233 Ebd., S. 482.

234 Bernhard Klemm: Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 461–463.

235 Vgl. Jürgen Schieferdecker: Bernhard Klemm war der Protagonist der Altstadtsanierung, in: Dresdener Neueste Nachrichten vom 15.07.2016, <https://www.dnn.de/Nachrichten/Kultur/Regional/Bernhard-Klemm-war-der-Protagonist-der-Altstadtsanierung> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Bausubstanz, insbesondere innerhalb des Altstadtbereiches, verdeutlichen sollten. Klemms Verständnis von Umgestaltung war jedoch ein anderes, als jenes der Beitragsverfasser der Deutschen Bauakademie, die, im Gegensatz zu Klemm, das Sozialistische der Umgestaltung betonten.

Aus seinem Text geht hervor, dass Klemm durchaus eine Umgestaltung im Sinne einer Aufwertung des Altstadtbereiches befürwortete, um das Stadtbild auch für den Tourismus zu erschließen. Gleichwohl betonte er, dass der Grund für eine Umgestaltung der Altstadt nicht im mittelalterlichen Stadtgefüge zu finden sei, sondern im „unseren heutigen Anforderungen an ein Wohngebiet nicht mehr entsprechende[n] Zustand der Bebauung“²³⁶. Dass diese „heutigen Anforderungen“ in den 1950er Jahren für Görlitz durchaus andere Konsequenzen hätten haben können, wird insofern deutlich, als dass Klemm die Bedeutung der Stadt im internationalen Kontext betonte, die für ein moderates Vorgehen bei der Umgestaltung und für den relativ großflächigen Substanzerhalt entscheidend gewesen sei: „Die Stadt Görlitz ist durch ihre Lage an der Staatsgrenze zum Ort Internationaler Begegnung und Verständigung geworden. Der Reichtum an Baudenkmalern macht die Altstadt zum Anziehungspunkt für viele Besucher aus dem In- und Ausland.“²³⁷ Auch auf das Thema der Wirtschaftlichkeit kommt Klemm zu sprechen und kritisiert, dass die Problematik „nicht in der Finanzierung“ liege, sondern „im zu knappen Anteil der Werterhaltungsarbeiten an der Gesamtleistung der Görlitzer Baubetriebe“.²³⁸ Dementsprechend wandte sich Klemm explizit gegen die im sozialistischen Umgestaltungsprozess vorgesehenen Abbrüche alter Bausubstanz: Nicht nur, weil „Mittel zur Umgestaltung der Altstädte bereitstehen“, sondern vor allem, da die „ausgeführten Umbauten [...] bewiesen [haben], daß auch in historischen Häusern Wohnungen eingerichtet werden können, die unsere heutigen Ansprüche erfüllen [können]“.²³⁹ Damit stand Klemms Beitrag den Ausführungen Doehlers diametral gegenüber. Klemm betonte die denkmalpflegerische Zielstellung bei der Sanierung von Görlitz, die er explizit nicht als sozialistische Rekonstruktion verstanden wissen wollte: „Die Erneuerung der Görlitzer Altstadt gilt wegen der besonderen Bedeutung, die denkmalpflegerische Gesichtspunkte dabei einnehmen, im Vergleich zur sozialistischen Rekonstruktion anderer Städte in der Deutschen Demokratischen Republik als Sonderfall.“²⁴⁰

236 Bernhard Klemm: Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, S. 461.

237 Ebd.

238 Vgl. ebd., S. 462.

239 Vgl. ebd.

240 Ebd.

Georg Funk, Architekt und Stadtplaner, der an der TU Dresden die Professur für Baurecht und Bauordnung innehatte, erläuterte in seinem Artikel²⁴¹ die Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung innerhalb der universitären Architektenausbildung. Er blieb dabei, insbesondere im Vergleich zu den anderen Beiträgen aus dem universitären Bereich, sehr auf die Lehre bezogen und beschäftigte sich weitaus weniger mit der konkreten sozialistischen Umgestaltung.

Dass sowohl die Ausbildung der Architekten als auch die Lehre und die Lehrinhalte eine durchaus explizitere Verbindung zur sozialistischen Umgestaltung hatten, zeigte der deutlich kritischere Beitrag²⁴² von Hermann Räder. Räder, der als Professor für Städtebau und Entwerfen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar tätig war, berichtete zwar ebenfalls vom Bedeutungszuwachs der sozialistischen Umgestaltung in Forschung und Lehre, jedoch betonte er, dass an der Weimarer Hochschule „schon seit Jahren an der Grundlagenforschung und an der Methodik zur sozialistischen Umgestaltung der Städte gearbeitet“²⁴³ würde. Viel expliziter findet sich bei Räder auch die Verbindung von sozialistischer Umgestaltung und Denkmalpflege im universitären Kontext. So verwies er einerseits auf ein „erste[s] internationale[s] Kolloquium zu Fragen der Rekonstruktion“, das im September 1960 in Weimar stattgefunden hatte, und andererseits auf den „Lehrplan der Baugeschichte und Denkmalpflege“, in welchem „das Verhältnis des historischen Bestandes und des Denkmals zur Neu- und Umgestaltung vorrangig behandelt“ werde.²⁴⁴ Im Gegensatz zu Funk, der für die Entscheidungsfindung der Staatsorgane die Ergebnisse von Seminararbeiten für ausreichend hielt, war dies für Räder ein ungenügender Zustand: „Es wäre auch durchaus wünschenswert, daß die Hochschule in ihrem Bemühen, Lehre und Forschung zum Thema sozialistische Umgestaltung eng mit der Praxis zu verbinden, noch mehr Kontakt und Unterstützung von seiten der Städte erhalte.“²⁴⁵ Wie Funk macht auch Räder deutlich, dass die staatlich verordnete Umgestaltung nur unter Einbindung der Universitäten und unter Zuhilfenahme der aktuellen Forschungen realisiert werden könne.

Demgegenüber erörterte Martin Henze in seinem Beitrag²⁴⁶ zur „Lückenbebauung bei der Altstadtsanierung“ die in der Praxis bestehende Verbindung

241 Georg Funk: Vorbereitung der Studenten für die Aufgaben der Umgestaltung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 470–471.

242 Hermann Räder: Die Mitarbeit der Hochschule bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 472–473.

243 Ebd., S. 472.

244 Vgl. ebd.

245 Ebd.

246 Martin Henze: Lückenbebauung bei der Altstadtsanierung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 474–475.

zwischen Hochschule/Universität und staatlicher Denkmalpflege. So hatte das Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Dresden, Henze mit der Erforschung und der Durchführung von Untersuchungen zu Altstadtsanierungen beauftragt und er verhandelte dazu in seinem Dissertationsprojekt (am Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen der TU Dresden) die Möglichkeit der Lückenbebauung am Beispiel der Altstadt von Freiberg. In seinem Artikel im Rahmen des Themenheftes der *Deutschen Architektur* beschrieb Henze die Komplexität seiner Untersuchung, die den historischen Charakter der Altstadt erhalten solle, sich aber vor der Notwendigkeit von Abrüchen, aufgrund der schlechten Substanz, nicht verschließen könne und bei allem auch die Wirtschaftlichkeit der Durchführung wahren solle. Die Lösung sah Henze in „zweckmäßige[n] Grundrisse[n] und anpassungsfähige[n] Bauweisen mit einem hohen Mechanisierungsgrad“²⁴⁷. Allein die Forderung nach dem Erhalt des historischen Charakters verdeutlicht bereits, dass es hier weniger um denkmalpflegerische Zielstellungen im Sinne des Substanzerhalts ging, sondern vielmehr um eine Stadtbildpflege, die eine möglichst „harmonische“ Stadt in Verbindung von Neubau und Altbestand entstehen lassen sollte. Dennoch sollte die Altstadt in ihrer Struktur möglichst weitgehend erhalten bleiben, indem Neubauten lediglich als Lückenfüller das eigentliche Ensemble abrundete. Damit zeigte Henze einen Lösungsweg auf, der sich deutlich von Weigels Idee der Gestaltung der Stadtzentren nach Funktionen abgrenzte. Vielmehr bewies Henze mit seiner Dissertation die Möglichkeit von städtebaulichen Kompromisslösungen, die der Forderung nach verbesserten Wohn- und Lebensverhältnissen – wie sie Kwasnitza formuliert hatte – nachkamen; bei gleichzeitigem Erhalt historischer bzw. individueller und gewachsener Stadtanlagen, die den Charakter der jeweiligen Stadt prägten. Damit versuchte Henze ein ausgewogenes Verhältnis von Altem und Neuem zu schaffen und zugleich die vorhandenen (bzw. historischen) städtebaulichen Strukturen zu erhalten.

Auch Ludwig Deiters versuchte im Rahmen der Diskussion um die sozialistische Umgestaltung der Städte in seinem Beitrag²⁴⁸ seine Position als Generalkonservator für Denkmalpflege in der DDR bezüglich Denkmalpflege und Denkmalschutz herauszuarbeiten. Wie bereits zuvor Bernhard Klemm verdeutlicht hatte, bemerkte auch Deiters, dass die Umgestaltung bzw. „planmäßige sozialistische Rekonstruktion“, wie er es nannte, auf die Anpassung der Umwelt entsprechend der „neuen Bedürfnisse der heutigen und künftigen Gesellschaft“ zurückzuführen sei.²⁴⁹ Die Aufgabe der Denkmalpflege bestand für Deiters darin, „den historischen Räumen solche Funktionen [zuzuweisen], die sie noch heute zu erfüllen

247 Ebd., S. 474.

248 Ludwig Deiters: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, in: *Deutsche Architektur* (1963), H. 8, S. 464–465.

249 Vgl. ebd., S. 464.

vermögen²⁵⁰. Für die historische Bausubstanz im Allgemeinen führte Deiters vor allem den dokumentarischen und künstlerischen Wert als relevant innerhalb der sozialistischen Umgestaltung an. In seinem Beitrag unterschied er dabei zwischen Einzeldenkmalen und städtebaulichen Anlagen: Für das Einzeldenkmal konstatierte er, dass man „das Echte und Ursprüngliche der Gestalt des Materials am Denkmal [...] konservieren [muss, um] ihm ein Maximum an Aussagekraft und künstlerischer Wirkung zu erhalten oder wiederzugeben“²⁵¹. Insbesondere im Sinne des „Wiedergebens“ sah Deiters hierfür „das Beseitigen von Entstellungen, gegebenenfalls auch das sehr zurückhaltende Ergänzen“²⁵² als mögliche Maßnahmen. Auch „Kopien“ von verlorengegangenen Bauteilen oder Baukörpern waren seiner Auffassung nach möglich, „wenn es sich um ein größtenteils im Original vorhandenes baukünstlerisches Ensemble von besonderer nationaler Bedeutung handelt, oder wenn eine sehr wertvolle Innenausstattung erhalten“²⁵³ sei. Auch wenn Deiters grundsätzlich den gleichen Umgang auch für die städtebaulichen Denkmale forderte, betonte er die Seltenheit von „städtebauliche[n] Denkmale[n], wie Stadtsilhouette, Stadtgrundriss, Straßen- und Platzräume, in denen Baudenkmale überwiegen“²⁵⁴. Für den Erhalt der Einzeldenkmale sah er „die Kontrastwirkung“ – im Falle eines Einzeldenkmals innerhalb einer neu gebauten Umgebung – durchaus als einen möglichen Lösungsweg an, bei dem keine „übertriebene[n] Konzessionen an den historischen Maßstab gemacht werden“ müssten.²⁵⁵ Deiters sprach sich generell in seinem Beitrag für weitreichende Zugeständnisse innerhalb der sozialistischen Umgestaltung aus und trat weit weniger für den Erhalt von historischer Substanz ein, als man es von dem Generalkonservator für Denkmalpflege der DDR erwarten würde.

Das Themenheft der *Deutschen Architektur* zur sozialistischen Umgestaltung gab nicht nur Auskunft über die politischen Leitlinien und theoretischen Rahmenbedingungen, die für die Realisierung der sozialistischen Umgestaltung formuliert und festgelegt wurden, sondern spiegelte zugleich die verschiedenen Facetten und Standpunkte wider, die von unterschiedlichen Akteuren und Institutionen innerhalb der DDR vertreten wurden. So zeigen die Beiträge der Vertreter der Deutschen Bauakademie, dass denkmalpflegerische Aspekte für sie bei der sozialistischen Umgestaltung keine Rolle spielten. Eine Ausnahme bildete lediglich die Klassifizierung der Altbauwohngebiete. Doch auch hier waren es vorrangig politisch-ideologische und ökonomische Zielstellungen, die das

250 Ebd.

251 Ebd.

252 Ebd., S. 465.

253 Ebd.

254 Ebd.

255 Vgl. ebd.

Vorgehen bestimmten, gleichwohl insbesondere Weigel bemüht war, Kontinuitäten aufzuzeigen, die die sozialistische Umgestaltung in eine direkte Verbindung zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und zu den *Sechzehn Grundsätzen* stellten. Kwasnitza versuchte hingegen, die länderspezifischen Unterschiede und Bedingungen aufzuzeigen, die eine ideologisch einheitliche Vorgehensweise ebenso wenig möglich werden ließen wie eine gemeinsame architektonisch-städtebauliche Lösung zur sozialistischen Umgestaltung über die Ländergrenzen hinweg. Im Gegensatz dazu führten die Vertreter der Hochschulen aus, dass zur Realisierung einer sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer Interdisziplinarität zwingend notwendig sei. Sie betonten diesbezüglich nicht nur die Verbindung zur Denkmalpflege, sondern auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege und mit den jeweiligen örtlichen Organen. Besonders kritisch äußerten sich Klemm und Räder, die einerseits den Erhalt von historischer Substanz und lediglich eine moderate Umgestaltung forderten und andererseits die bisherige Zusammenarbeit mit den staatlichen Akteuren und Organen kritisierten.

Deutlich treten hier die Unterschiede zwischen den Angehörigen des Bausektors, die möglichst effizient und ökonomisch agieren sollten, und den Hochschulvertretern zu Tage, deren Arbeitsweise von Idealen geprägt war, die aber dennoch bemüht waren, möglichst viel Einfluss auf die tatsächliche Baupraxis zu gewinnen.

Abstimmung innerhalb des RGW

Anders als es das Themenheft der *Deutschen Architektur* zur sozialistischen Umgestaltung suggeriert, war die Expertentagung in Weimar in einen deutlich größeren transnationalen Zusammenhang und Austausch innerhalb der Akteure der sozialistischen Staatengemeinschaft eingebunden. Als „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ war die Konferenz ein Teilergebnis der Sektion „Gebietsplanung und Städtebau“ der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW und damit keine DDR-interne Angelegenheit.

Unter dem Dach des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als oberstem ständigem Organ existierten verschiedene Ständige Kommissionen zu diversen Sachgebieten. Hierzu zählte auch die Ständige Kommission Bauwesen, die sich unter anderem mit der sozialistischen Umgestaltung in den sozialistischen Ländern beschäftigte. Dabei war die sozialistische Umgestaltung nicht nur aufgrund wirtschaftlicher Aspekte für die RGW-Staaten von Interesse, sondern auch im Hinblick auf die ideologische Ausrichtung des Umgestaltungsprozesses. Auch Doehler hatte im Vorwort seiner Dissertation die Verpflichtung der DDR zur weiteren Erforschung der Thematik aufgrund ihrer internationalen Tragweite betont und auf weitere Forschungsarbeiten verwiesen, die insbesondere vom Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie vorangetrieben und betreut wurden.

Innerhalb der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW existierte die Arbeitsgruppe „Sozialistische Umgestaltung der bestehenden Städte unter Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete“, die sich aus Bonitz, Deiters, Kwasnitza, Lorenz, Räder, Schwarzbusch²⁵⁶ und Weigel zusammensetzte. Die Gruppe bereitete neben der Expertentagung in Weimar auch eine die Veranstaltung begleitende Ausstellung sowie das Themenheft der *Deutschen Architektur* vor. Im Zuge der Tagungsvorbereitung redigierte sie im Februar 1963 einen Gesamtbericht²⁵⁷ zur sozialistischen Umgestaltung der Städte im Vergleich mit Bulgarien, Polen, Ungarn und der ČSSR. Hierfür lagen der Arbeitsgruppe einzelne Berichte aus den Ländern vor, die sich unterschiedlichen Aspekten der sozialistischen Umgestaltung widmeten. Im Folgenden sollen der deutsche Bericht („Einbeziehung der Baudenkmale und der Denkmale der Stadtbaukunst in die Umgestaltung der Städte“²⁵⁸) sowie der polnische Beitrag („Problem der Rekonstruktion und Modernisierung der polnischen Städte“²⁵⁹) im Hinblick auf die Bedeutung der Denkmale, der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes einerseits und dem Begriff der Rekonstruktion andererseits im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung analysiert und erläutert werden.

Der deutsche Bericht zur „Einbeziehung der Baudenkmale und der Denkmale der Stadtbaukunst in die Umgestaltung der Städte“ sollte zunächst unter dem Titel „Die besonderen Probleme der Umgestaltung bzw. Erhaltung historisch wertvoller Stadtensembles“ im Gesamtbericht veröffentlicht werden.²⁶⁰ Die beiden Titel lassen auf eine veränderte thematische Ausrichtung schließen. Während die Arbeitsgruppe zunächst den Erhalt ganzer historischer Stadtensembles hat betrachten wollen, sollte der Fokus der zweiten Fassung auf Einzeldenkmale innerhalb einer umgestalteten Stadt gerichtet werden. Auf den ersten Blick wirkt diese Veränderung der Überschrift durchaus fundamental. Tatsächlich aber spiegeln die beiden Titel die zwei Kategorien wider, zwischen denen aus Sicht der Arbeitsgruppe die historische Substanz der Städte unterschieden werden sollte. So gab es, dem Bericht folgend, „a) Städte, in denen im historischen Kern der relativ geschlossene Bestand an kulturhistorischen wertvollen Bauten (Baudenkmalen) das

256 Zu Schwarzbusch konnten keine weiteren Personendaten ermittelt werden.

257 Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Die Umgestaltung der einzelnen Elemente der Stadt. Auszug aus dem Gesamtbericht der Mitgliedsländer des RGW über „Die sozialistische Rekonstruktion der bestehenden Städte unter besonderer Berücksichtigung der Umgestaltung ihrer alten Wohngebiete“. Arbeitsmaterial für die 9. Plenartagung 1963, Berlin 1963.

258 BLDAM, L 3/7, Länderberichte für RGW-Konferenz zur Rekonstruktion der Städte der ČSSR, Ungarn, Polen, Bulgarien, Länderbericht der DDR.

259 BLDAM, L 3/7, Länderberichte für RGW-Konferenz zur Rekonstruktion der Städte der ČSSR, Ungarn, Polen, Bulgarien, Länderbericht der Volksrepublik Polen.

260 Vgl. BLDAM, L 3/7, Länderbericht und korrigiertes Typoskript der DDR, o. Pag.

Bild der Straßen und Plätze bestimmt“ und zudem „b) Städte, in denen sich nur charakteristische Eigenheiten des historischen räumlichen Aufbaus, der Stadtgrundriß, Wesentliches in der Stadtsilhouette, Bezüge zu natürlichen Gegebenheiten, begrenzte Straßen und Platzräume oder kleinere Ensembles denkmalwerter Bauten und einzelne Denkmale erhalten haben oder erhalten lassen“.²⁶¹ Während es sich bei Städten der Kategorie a nur um Kleinstädte handeln konnte, die sich „im Kapitalismus nicht wesentlich weiterentwickelt haben“, waren Städte der Kategorie b durch „die kapitalistische Citybildung“ stark verändert worden.²⁶²

Der Kategorisierung folgend sollten auch die weiteren Planungen im Umgang mit den Städten im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung auf zwei verschiedenen Wegen weiterverfolgt werden: Die „Denkmalstädte“ der Kategorie a sollten in ihrer „Gesamtheit der historischen Bauten an Straßen und Plätzen“ erhalten und restauriert werden. Während in den Städten der Kategorie b „[d]ie historischen Ensembles und Einzeldenkmale [...] klar in die neue Ordnung der Gesamtbebauung“ integriert werden und „sich neue Bauten in der Umgebung wertvoller Baudenkmale maßstäblich unterordnen“ sollten.²⁶³ Der entscheidende Unterschied zwischen den Städten der beiden Kategorien bestand nicht allein im Erhaltungszustand ganzer historischer Ensembles oder Stadtanlagen, sondern vielmehr darin, dass die sogenannten „Denkmalstädte“ als „Reservationen“ dienen sollten.²⁶⁴ Die Verwendung des Begriffs Reservation lässt darauf schließen, dass diese Städte als Schutzzonen gelten sollten, um einen bestimmten städtebaulichen Zustand zu erhalten und zu konservieren. Ein Zustand, der so in der restlichen Republik nur selten – da nicht dem technologischen Fortschritt und den Entwicklungen des Sozialismus bzw. Kommunismus entsprechend – vorzufinden sei. Während der erstgewählte Titel deutlich fundamentaler nach dem möglichen Erhalt und der (notwendigen) Umgestaltung von Denkmalen innerhalb der sozialistischen Umgestaltung der Städte gefragt hat, dies jedoch in seinen Ausführungen nicht beinhaltete und nicht erfüllte, bezog sich die zweite Titelfassung auf die Art und Weise der Einbeziehung und auf die Nutzungsmöglichkeiten der Denkmale; diese bildeten dann tatsächlich auch den Schwerpunkt der weiteren Ausführungen. Die Problematisierung der Städteumgestaltung aus denkmalpflegerischer Sicht blieb damit weitestgehend außen vor. Eingefordert wurde lediglich der intensivere Austausch mit den anderen RGW-Staaten im Umgang mit ihren jeweiligen Denkmalbeständen.

261 Vgl. BLDAM, L 3/7, Länderbericht der DDR, o. Pag.

262 Vgl. ebd.

263 Vgl. ebd.

264 Vgl. ebd.

Der polnische Beitrag behandelte anhand von 16 Punkten das „Problem der Rekonstruktion und Modernisierung der polnischen Städte“²⁶⁵ und widmete sich damit, oberflächlich betrachtet, zunächst weniger den Aspekten von Denkmalpflege und Denkmalschutz. Anders als der deutsche Beitrag verzichteten die Vertreter der polnischen Arbeitsgruppe auf eine grundlegende Kategorisierung der Städte. Stattdessen versuchten sie, die Vielfalt der Vorgehensweisen im Umgang mit Städten, die wiederaufgebaut, umgestaltet und/oder erweitert werden sollten, darzulegen. Ausgehend von der Feststellung, dass jede Stadt „ein lebender Organismus“ sei (Punkt 1) und sich daher unablässig weiterentwickle und verändere, müsse das Ziel, „die Befriedigung der stetig wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse“ sein.²⁶⁶ Sowohl der artikulierte Fortschrittsoptimismus als auch die Forderung nach einer Anpassung der Lebenswelt an die Bedürfnisse der Menschen entsprachen den Grundforderungen der sozialistischen Umgestaltung, wie sie auch in der DDR verlangt und im Themenheft der *Deutschen Architektur* zusammengestellt publiziert waren.

Anders als beim deutschen Beitrag innerhalb des RGW-Berichts waren die kapitalistischen Entwicklungen der Vergangenheit sowie der bestehende Systemgegensatz zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem westeuropäischen Ausland bei der polnischen Delegation nicht von Bedeutung. Viel wesentlicher als die Überwindung der „kapitalistischen Citybildung“ war das Thema des Wiederaufbaus nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs (Punkt 2). Wiederaufbau, Umgestaltung, Rekonstruktion und Stadterweiterung standen für die polnischen Fachleute in direktem Bezug zueinander. Dementsprechend waren für sie auch verschiedene Lösungsansätze und -wege denkbar, die von einer vollständigen Rekonstruktion bis zur Versetzung der Stadt an einen anderen Ort reichten und sehr differenziert betrachtet werden sollten. Dabei war die „Rekonstruktion“ (Punkt 3) nur eine Möglichkeit zur Anpassung an die Erfordernisse einer sozialistischen Stadt. Denn auch Stadterweiterungen (Punkt 4) und eine planmäßige Organisierung der Städte (Punkt 5) waren denkbar. Die Schwerpunkte der Ausführungen lagen jedoch auf dem Thema Rekonstruktion und auf der Art des Umgangs mit historischer Bausubstanz, mit örtlichen Traditionen und mit gesellschaftlichen Bedingungen, die die Bauweise, Gestaltung und Stadtplanung beeinflussten (Punkt 6–16).²⁶⁷ So führte der Bericht aus, dass eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Rekonstruktion bestünde, bei der die Wirtschaftlichkeit nachrangig sei (Punkt 6). Insbesondere in diesem Punkt war die polnische Sicht diametral entgegengesetzt zu den deutschen Leitlinien zur sozialistischen Umgestaltung, besaßen doch in der DDR Wirtschaftlichkeit,

265 BLDAM, L 3/7, Länderbericht der Volksrepublik Polen.

266 Vgl. ebd., o. Pag.

267 Vgl. ebd., o. Pag.

Effizienz und Baukostensenkung durch Typisierung höchste Priorität. Diesbezüglich führte die polnische Delegation aus, dass „[e]ine ‚häßliche‘ Stadt [...] die mit Hilfe wirtschaftlicher Kennziffern schwer bewiesen werden kann, [...] aber unzweifelhaft im Bewußtsein der Bewohner dieser Stadt negativ aufgenommen wird“²⁶⁸, nicht das Ziel einer Umgestaltung sein könne. Für sie war die „Schönheit“ einer Stadt eine „gesellschaftliche Notwendigkeit“, die kein zahlenmäßiges Äquivalent hatte.²⁶⁹ Es überrascht daher nicht, dass der Bericht sein Hauptaugenmerk (in insgesamt sechs von 16 Punkten) auf den verschiedenartigen Umgang mit historischer Bausubstanz und auf den Wiederaufbau zerstörter Städte richtete.

Insbesondere durch die kritische Auswertung bereits umgesetzter städtebaulicher Modelle, etwa am Beispiel von Krakau und Nowa Huta, verdeutlichte die polnische Delegation die Notwendigkeit von Einzelfallentscheidungen und einer differenzierten Vorgehensweise. Denn wenn die Stadterweiterung „ausschließlich die territoriale Ausdehnung und den Neubau auf neuem Gelände“²⁷⁰ meine, würden die Gegensätze zwischen den Altstädten und den neuen Arealen nur vergrößert, wie es bereits bei Nowa Huta der Fall sei (Punkt 7). Um dies zu verhindern und bessere Lösungswege zu finden, solle zwischen Maximal- und Minimalrekonstruktion unterschieden werden (Punkt 8), wobei diese Entscheidung von den Gesamtentwicklungsplänen und der „Nutzung der bestehenden Objekte“ abhängig wäre (Punkt 9).²⁷¹ Zusätzlich unterschied die polnische Delegation zwischen „komplexer (vollständiger) Rekonstruktion“ (Punkt 10) und „Teilrekonstruktionen“ (Punkt 11), die nicht zwangsläufig mit der Maximal- oder Minimalrekonstruktion in Bezug stünden.²⁷² Mit den in Punkt 8 dargelegten Rekonstruktionskonzepten wurden vor allem Modernisierungskonzepte formuliert. Die komplexe Rekonstruktion und die Teilrekonstruktion hingegen meinten den tatsächlichen Wiederaufbau zerstörter Baukörper, die unter Umständen auch mit Modernisierungen einhergehen konnten. Während unter Maximal- und Minimalrekonstruktion der Bezug zur sozialistischen Umgestaltung durch Instandsetzung, Modernisierung und Neubau subsumiert wurde, waren die komplexe Rekonstruktion und die Teilrekonstruktion Konzepte, denen der denkmalpflegerische Rekonstruktionsbegriff zugrunde lag.

Die Ausführungen zur komplexen Rekonstruktion verdeutlichen, dass die Delegation diese Vorgehensweise als polnischen Weg verstand, der sich auf den Wiederaufbauwillen des eigenen Volkes bezog: „Der komplexe Wiederaufbau der historischen Stadtteile, die Rekonstruktion ihrer früheren Schönheit waren unmittelbar nach dem Kriege eine notwendige politische Tat, die davon zeugt, daß

268 Ebd., o. Pag.

269 Vgl. ebd., o. Pag.

270 Ebd., o. Pag.

271 Vgl. ebd., o. Pag.

272 Vgl. ebd., o. Pag.

die von den Okkupanten zerstörten Denkmäler der nationalen Kultur dem Volk aufs neue zurückgegeben werden.⁴²⁷³

Im Vergleich zu den Ausführungen bezüglich der Teilrekonstruktion einer Stadt, bei der vor allem „traditionelle Entwicklungstendenzen“⁴²⁷⁴ erhalten bleiben sollten, wird deutlich, dass die komplexe Rekonstruktion nicht als weiterhin durchführbare Vorgehensweise, sondern als abgeschlossene Aufbauperiode der direkten Nachkriegszeit verstanden werden sollte, die mit einer expliziten ideologischen Konnotation verbunden war. Die Teilrekonstruktion blieb als denkmalpflegerische Verfahrensweise aber weiterhin anwendbar.

Die erfolgreiche Realisierung dieser Maßnahmen war aus polnischer Sicht durch eine – unverzichtbare – detaillierte Planung gewährleistet, bei der „nur ein Projektant daran gearbeitet [hat][...] und ein Hauptkoordinator für die Ausführung des ganzen Programms verantwortlich war“ (Punkt 12). Entsprechende Bedeutung maß man der jeweiligen Planung der Rekonstruktionsetappen und den damit verbundenen Investitionen und Zeitplänen zu (Punkt 13 und 14). So müsse der Rekonstruktionsplan so ausgearbeitet werden, dass für die Bevölkerung „das tägliche Leben nicht gestört, sondern erleichtert wird“ (Punkt 15). Abschließend versuchte der Bericht die zuvor ausgeführten 15 Punkte am Beispiel von Lodz zu veranschaulichen, da es „sowohl die Probleme einer sehr schwierigen, schrittweisen und langwierigen Rekonstruktion des Stadtzentrums in sich birgt, als auch die Probleme der weniger schwierigen Rekonstruktionen der Wohngebiete am Stadtrand [illustriert]“⁴²⁷⁵ (Punkt 16).

Der Terminus komplexe Rekonstruktion meinte in den 1960er Jahren in allen sozialistischen Ländern eine grundlegende städtebauliche Veränderung, auch wenn der Rekonstruktionsbegriff selbst durchaus unterschiedlich ausgedeutet wurde. Denkmalpflege und Denkmalschutz waren dabei häufig lediglich in kulturideologischer Hinsicht von Bedeutung.

Die beiden untersuchten Beiträge aus dem Gesamtbericht verdeutlichen ebenso wie die Artikel aus dem Themenheft der *Deutschen Architektur*, dass sehr unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema der sozialistischen Umgestaltung existierten, insbesondere im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen. In den verschiedenen sozialistischen Ländern waren zudem die Ausgangsvoraussetzungen für die Umgestaltung sehr unterschiedlich. Eine einheitliche gemeinsame Linie wird daher nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erkennbar, der sich unter Modernisierung und Anpassung der Wohnverhältnisse an bestehenden Lebensbedingungen subsumieren lässt. Dabei waren denkmalpflegerische

273 Ebd., o. Pag.

274 Ebd., o. Pag.

275 Ebd., o. Pag.

Leitlinien von untergeordneter Bedeutung. Allerdings verdeutlichte der polnische Beitrag in besonderem Maße die gesellschaftliche Tragweite der Umgestaltung, die zumindest in der Volksrepublik Polen den städtebaulichen Maßnahmen zukam, weshalb Denkmale und historische Bausubstanz integriert, geschützt und/oder rekonstruiert werden sollten.

Aus dem Beitrag von Ludwig Deiters in der *Deutschen Architektur* wird hingegen deutlich, dass für die Denkmale in der DDR Nutzungskonzepte entwickelt und Funktionen gefunden werden sollten, die von der historischen Substanz erfüllt werden konnten. Denkmale besaßen bei dieser Betrachtungsweise nicht per se eine gesellschaftliche Bedeutung, sondern hatten sich dem Fortschritt an- bzw. einzupassen oder mussten einen bestimmten Zweck innerhalb der sich weiterentwickelnden Gesellschaft finden und erfüllen. Dies überrascht, da es eine schwache Position der Denkmalpflege gegenüber dem Bauwesen erkennen lässt, die sich in Deiters sonstigen Ausführungen nicht finden lässt.

Ludwig Deiters auf der Suche nach einer Strategie

Ludwig Deiters versuchte als Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege der DDR die sozialistische Umgestaltung mitzugestalten und Einzeldenkmale ebenso wie historische Stadtstrukturen zu schützen. Da jedoch die Diskussionen in der DDR und auch innerhalb des RGW vorrangig im Bereich des Bauwesens geführt wurden, war die Ausgangslage für eine sozialistische Umgestaltung bei gleichzeitiger Wahrung denkmalpflegerischer Belange schwierig. Die Interessen des Bauwesens und dabei insbesondere die angestrebte komplexe Rekonstruktion, waren nur schwer mit den Zielen der Denkmalpflege vereinbar.

1966 sprach sich Deiters deutlich stärker für die „Berücksichtigung der kulturhistorischen Werte“²⁷⁶ aus als noch in seinem Beitrag im Themenheft der *Deutschen Architektur* drei Jahre zuvor: „Die Pflege der Denkmale, ihre Einbeziehung in das kulturelle Leben der Gesellschaft und in die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer und damit ihre Erhaltung für die Zukunft ist [...] eine nationale Pflicht.“²⁷⁷ Während er 1963 die Notwendigkeit des Erhalts aufgrund des dokumentarischen und künstlerischen Wertes erläuterte, appellierte Deiters 1966 regelrecht an das Pflichtgefühl jedes Einzelnen, indem er die Denkmale der DDR als „Bestandteil der Weltkultur und Besichtigungsziel einer wachsenden Anzahl von Touristen aus vielen Ländern“²⁷⁸ beschrieb. Offensichtlich war sich Deiters

276 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Berücksichtigung der kulturhistorischen Werte bei der Erhaltung der Altsubstanz und bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer, 13.10.1966. Im Vergleich dazu: Ludwig Deiters: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, S. 464-465, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8.

277 Ebd.

278 Ebd.

darüber im Klaren, dass eine rein intrinsische Motivation nicht zu einer verstärkten Rücksichtnahme auf den Denkmalbestand führen würde, dass aber die Furcht vor dem Verlust des Ansehens der DDR und der Wunsch nach internationaler Anerkennung durchaus als Argument nützen könnten. Zudem führte Deiters aus, dass man nur Denkmale schützen könne, die man bereits als Denkmale erfasst und in einem solchen Sinne erkannt habe. Der Stand der Erfassungsarbeit in der DDR sei jedoch, aufgrund von fehlenden Mitarbeitern und zu wenigen ehrenamtlichen Denkmalpflegern, nach wie vor unzureichend, sodass die Gefahr bestünde, eine Vielzahl potenzieller Denkmale nicht in die Umgestaltungsmaßnahmen und städtebaulichen Planungen einbeziehen zu können.

In seiner Dissertation, die Deiters 1966 an der TU Dresden abschloss, untersuchte er die „Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten“²⁷⁹ am Beispiel von Jüterbog, Bernau, Angermünde und Gransee. Ziel der Arbeit war es, festzustellen, „welche baugeschichtlichen Besonderheiten deren Stadtkerne noch heute zeigen, wie der Stadtaufbau und die Bauten zu bewerten sind und wie die historischen Werte bei der Rekonstruktion der Städte berücksichtigt werden können“²⁸⁰. Den Begriff der Rekonstruktion definierte Deiters dabei jedoch nicht. Der Abschnitt zur „Rekonstruktion“ (Kapitel 3 der Dissertation) setzte sich nicht mit denkmalpflegerischen Aspekten auseinander, sondern fragte nach der „Rolle der Städte“²⁸¹ im Hinblick auf ihre dienstleistenden Funktionen. Allerdings setzte sich Deiters im Verlauf des dritten Kapitels mit der „Brauchbarkeit der historischen Stadtform“ und der „Gestaltung der Bauten und Freiflächen im Verhältnis zur historischen Substanz“ auseinander.²⁸² In seinen Schlussfolgerungen sprach sich Deiters für den Denkmalwert der Stadtkerne der von ihm untersuchten Orte aus, da sie „dokumentarischen und künstlerischen Wert“²⁸³ besäßen. Da aber „die Masse der heutigen Bausubstanz nicht erhaltbar“ sei, plädierte er für den Erhalt des Stadtgrundrisses sowie für die Integration der „einzelnen wertvollen Baudenkmale“ in die neue Bebauung; diese würde dennoch eine Funktionstrennung im Sinne der sozialistischen Umgestaltung ermöglichen.²⁸⁴ Der Denkmalpflege sprach er dabei die Aufgabe zu, „die spezielle Bedeutung der einzelnen historischen Städte als Denkmale festzustellen und zu bewerten“²⁸⁵. Seiner Ansicht

279 Ludwig Deiters: Untersuchungen zur Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten. Dissertationsschrift (TU Dresden, eingereicht am 19.01.1966, Promotionsdatum: 04.02.1967), Dresden 1967.

280 Ebd., Vorwort ohne Seitenangabe.

281 Ebd., S. 41–44.

282 Vgl. ebd., S. 66–74.

283 Ebd., S. 113.

284 Vgl. ebd.

285 Ebd.

nach sollte die Bewertung durch die Aufstellung von zwei Kategorien erfolgen. Die erste Kategorie sollte Denkmale des Städtebaus umfassen, die zugleich mit dem dichten Bestand an Baudenkmalen erhalten werden sollten, wohingegen in der zweiten Kategorie Denkmale des Städtebaus zu erfassen wären, die als eine Art Richtwert für den Grundrisserhalt und für den Erhalt des historischen Maßstabs bei der Neubebauung dienen sollten.²⁸⁶

Das Ergebnis dieser Dissertation stellt somit bereits den Versuch einer Kompromissfindung zwischen sozialistischer Umgestaltung und denkmalpflegerischen Intentionen dar. Diese versuchte Ludwig Deiters auch in den folgenden Jahren und innerhalb der Diskussionen um die sozialistische Umgestaltung zahlreicher DDR-Städte immer wieder einzufordern. Unterstützung wünschte sich Deiters mehrfach vor allem von der Deutschen Bauakademie (DBA), die in der Erarbeitung von Grundlagen für den Umgebungsschutz städtebaulicher Denkmale ebenso wirksam werden könne.²⁸⁷ In der Verbindung zur Bauakademie erhoffte sich Deiters einen inhaltlichen Austausch zwischen den Institutionen IfD und DBA hinsichtlich der Forschungsarbeit zur sozialistischen Umgestaltung, der tatsächlichen Baupraxis in der DDR und darüber hinaus einer Brücke zum Bauwesen; unterstand das IfD doch dem Ministerium für Kultur und die Bauakademie dem Ministerium für Bauwesen. Deiters versuchte, sich und die Denkmalpflege stärker im Bereich des Bauwesens zu positionieren und mit verschiedenen Akteuren und Institutionen in Kontakt zu treten.

1971 bildete sich im Rahmen des Bundes Deutscher Architekten der DDR (BdA) eine Zentrale Fachgruppe (ZFG) Rekonstruktion, die aus der ZFG Denkmalpflege hervorging. Hierdurch konnten die bis dato stattfindenden Diskussionen verstetigt werden und zugleich wurde, durch den Bezug zum BdA, eine verstärkte Einbindung in den Diskurs um die sozialistische Umgestaltung innerhalb des Bauwesens ermöglicht. Die ZFG Denkmalpflege war erst kurz zuvor auf dem V. Bundeskongress des BdA auf Vorschlag des BdA-Präsidenten gegründet worden. Ludwig Deiters beschrieb in seinem Diskussionsbeitrag²⁸⁸ für den VI. Bundeskongress (ebenfalls 1971), dass sich in der Folge eine Gruppe „aus Kollegen, die Erfahrung in der Arbeit an historischen Stadtkernen und Baudenkmalen haben, zusammengefunden“²⁸⁹ habe. Gleich zu Beginn führte Deiters aus, dass sich die Bildung einer ZFG Denkmalpflege überholt habe, da „[i]m Zusammenhang mit der sozialistischen Umweltgestaltung [...] im zurückliegenden Zeitraum neue Aufgaben zur Erhaltung und Aneignung historischer Werte an den Konzentra-

286 Vgl. ebd., S. 117.

287 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Altbauten und sozialistische Umgestaltung. Diskussionsbeitrag für den VI. Bundeskongress des BdA/März 1971, S. 7.

288 Ebd., S. 1.

289 Ebd.

tionspunkten des gesellschaftlichen Lebens gestellt²⁹⁰ hätten. Dass weder er noch die Mitglieder der ZFG Denkmalpflege mit dieser Sichtweise alleinstünden, verdeutlichte Deiters, indem er auf Aussagen des BdA-Präsidenten sowie Walter Ulbrichts Bezug nahm und diese entsprechend ausdeutete.²⁹¹ Die Gründung der ZFG Rekonstruktion entsprach damit den politisch geforderten Entwicklungen, bedeutete zugleich aber eine Schwächung der Denkmalpfleger innerhalb des BdA. Die Abwicklung bzw. Überführung der ZFG Denkmalpflege in die ZFG Rekonstruktion führte in letzter Konsequenz zu einer geringeren Sichtbarkeit der Denkmalpfleger, da diese nun über keine offizielle Interessenvertretung innerhalb des BdA mehr verfügten. Im weiteren Verlauf seines Beitrags legte Deiters anhand von drei Thesen dar, inwiefern Denkmale in die Umgestaltungsprozesse eingebunden werden sollten und die Erhaltung und Nutzung von Altbauten aus ideologischen und ökonomischen Aspekten zu erfolgen habe. Im Sinne dieser Argumentationslinie schloss Deiters seinen Beitrag mit der „Anregung“²⁹² zur Gründung einer ZFG Rekonstruktion ab, deren Tätigkeitsfeld er beschrieb und was er zugleich mit konkreten Maßnahmen den Mitgliedern auf dem Bundeskongress zur Diskussion stellte. Darüber hinaus nutzte er die Gelegenheit zu mahnenden Worten an die Architektenschaft:

„Alle die Kollegen, deren ganze Tätigkeit auf den Neubau gerichtet ist, sollten doch nicht vergessen, daß spätestens mit der Schlüsselübergabe der Prozeß der Werterhaltung, der Reparatur und der Anpassung an die sich verändernde Nutzung ihrer Bauten beginnt. Sie sollten daran bei der Projektierung denken, ihr Ohr und ihr Herz für Fragen der Gebäudeerhaltung und schließlich auch der Denkmalpflege offenhalten. Auch sie wollen, daß ihre Bauten mit Respekt behandelt werden.“²⁹³

290 Ebd.

291 So hatte der BdA-Präsident, laut den Ausführungen von Deiters, am Jahresanfang 1968 von der „Nutzung der spezifischen Eigenheiten und Traditionen“ für die Gestaltung unverwechselbarer städtebaulicher Ensembles gesprochen. Walter Ulbricht hatte in seinem Referat beim 9. Tagung des ZK vom 22. bis 25. Oktober 1968 die DDR „die Heimstatt der besten humanistischen Traditionen des deutschen Volkes“ genannt und es für notwendig erklärt, „[...] daß wir mit der Entwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur die großen Traditionen des humanistischen Erbes sorgsam bewahren und für die heutigen Menschen richtig interpretieren und erschließen“. Vgl. Walter Ulbricht: Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Referat auf der 9. Tagung des ZK der SED vom 22. bis 25. Oktober 1968, Berlin 1968.

292 Deiters verwendete selbst die Formulierung „Anregung“. Letztlich war es jedoch eher eine vehemente Forderung, die Deiters aus den gegebenen Umständen innerhalb des Bauwesens und der politischen Leitlinien ableiten konnte.

293 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Altbauten und sozialistische Umgestaltung. Diskussionsbeitrag für den VI. Bundeskongress des BdA/März 1971, S. 7.

Das Zitat drückt nicht zuletzt aus, welche Tragweite Deiters der Arbeit der ZFG Rekonstruktion zusprach, denn diese sollte aus einer rein theoretisch reflektierenden Arbeit in die alltägliche Baupraxis hineinreichen. Die Zeitlichkeit, die Deiters an dieser Stelle thematisierte, zeigt aber auch, dass es bei der ZFG Rekonstruktion nicht allein um Denkmale oder um den Denkmalbestand der DDR ging, sondern um den Erhalt von Bausubstanz im Allgemeinen, das Bewahren von Stadtstrukturen sowie um Individualität und Eigenarten von Städten und Dörfern.

Zwei Jahre später (1973) beschrieb Deiters auf dem 6. Seminar der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst“²⁹⁴ des BdA die „Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung der Altbaugebiete“²⁹⁵. Auch hier begann Deiters seine Ausführungen mit der moralischen Verpflichtung für den Erhalt von Denkmalen, die er von Schinkel kommend ableitete:

„Für uns sind die Worte zu den denkmalpflegerischen Zielen jener Zeit aus dem Munde des Architekten Karl Friedrich Schinkel interessant, der im Jahre 1815 den Verlust verschiedener Denkmale beklagte und in diesem Zusammenhang sagte, ‚wenn jetzt nicht ganz allgemeine und durchgreifende Maßnahmen angewendet werden, so werden wir in kurzer Zeit unheimlich nackt und kahl wie eine neue Kolonie in einem früher nicht bewohnten Lande dastehen.‘“²⁹⁶

Durch den Verweis auf Schinkel zeigte Deiters die kulturellen Wurzeln der Denkmalpflege ebenso wie die historischen Traditionslinien auf, die seitens der DDR-Kulturpolitik gern genutzt wurden, um die DDR als Kulturnation zu definieren und die Entwicklungsschritte der Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus bzw. Kommunismus nachzuzeichnen und edukativ darzulegen. Der Bezug zu Schinkel sollte belegen, dass die Inhalte und Zielsetzungen der institutionellen Denkmalpflege nicht ignoriert werden dürften, wenn sich die Staatsführung weiterhin als Kulturnation verstanden wissen wollte. Zugleich verwies er auch darauf, dass die Veränderungsbestrebungen im Bereich des Bauwesens stärker mit den Traditionen, auf die man sich wiederholt berief, in Einklang gebracht werden müssten.

294 Die Zentrale Arbeitsgruppe (ZAG) „Architektur und bildende Kunst“ war eine Arbeitsgruppe, die die beiden Fachverbände Bund der Architekten der DDR (BdA) und Verband Bildender Künstler der DDR (VBK) miteinander verband. Geleitet wurde die Arbeitsgruppe jeweils von einem Vertreter des BdA und einem Vertreter des VBK. – Deiters sah für die sozialistische Umgestaltung in der bildenden Kunst wie auch im Erhalt von Denkmalen geeignete Mittel gegen Monotonie und Schematismus bei der Neubebauung.

295 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung der Altbaugebiete, Referat gehalten während des 6. Seminars der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst“ des BdA am 15. und 16.11.1973 in Erfurt.

296 Ebd., S. 1.

Im weiteren Verlauf leitete Deiters die Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung aus politischen Leitlinien ab, die vorrangig auf das 9. Tagung des ZK von 1968 rekurrierten. So verwies der Generalkonservator hinsichtlich der Funktion von Denkmälern zum Erwerb von „Geschichtskennntnisse[n] und [...]von] Geschichtsbewußtsein“²⁹⁷ und bezüglich der Bedeutung von Denkmälern für den Tourismus auf Kurt Hager sowie beim Wert von Denkmälern für die kulturelle Bildung und „für die weitere Entwicklung der Nationalkultur“²⁹⁸ auf Alfred Kurella. Erkennbar wird dabei vor allem die Anpassung an politische und ökonomische Rahmenbedingungen, die zu einer Schwächung denkmalpflegerischer Zielsetzungen führte.

Den Erhalt von Denkmälern betrachtete Deiters für das Bild einer Stadt und für ihre Gestaltung „als ein Mittel gegen Monotonie und Schematismus bei der Neubebauung“²⁹⁹ und verwies an dieser Stelle auf einen Bericht des Politbüros zum 4. Plenum 1968. Um den Erhalt gewährleisten zu können, sah Deiters das Analysieren und Klassifizieren der Denkmale sowie „die richtige Wahl der gesellschaftlichen Nutzung“³⁰⁰ als grundlegende Voraussetzungen. Abermals wird hier deutlich, dass für Deiters die Klassifizierungsarbeit, bei der es vorrangig um eine Inventarisierung des Bestandes ging, die elementarste Aufgabe der Denkmalpflege der DDR war. Nur auf dieser Grundlage konnte seiner Auffassung nach über eine gesellschaftliche Nutzung nachgedacht werden.

Des Weiteren bestünde die Aufgabe der Denkmalpflege darin, so Deiters, „im Zuge der komplexen Instandsetzung richtig zu restaurieren“³⁰¹. Unter der „richtigen“ Restaurierung verstand der Generalkonservator das zum Vorscheinbringen der „historische[n] Aussage und [der] künstlerische[n] Wirkung“³⁰². Deiters kritisierte unter Zuhilfenahme (kultur-)politischer Leitlinien die verstärkte Ökonomisierung und Technisierung im Bauwesen. Gleichzeitig wollte er die Möglichkeiten kommunizieren, die durch die Denkmalpflege innerhalb dieses Umgestaltungsprozesses genutzt werden könnten.

Durch die Verbindung von politischen Entscheidungen und vorgegebenen Leitlinien mit denkmalpflegerischen Zielsetzungen versuchte Deiters in seiner Funktion als Generalkonservator die Tragweite von Denkmalschutz und Denkmalpflege zu betonen und zudem die Denkmalpflege in ihren Bemühungen durch die Kopplung an das Politische in ihrer Durchsetzungskraft zu stärken.

297 Ebd., S. 2–3.

298 Ebd., S. 3.

299 Ebd., S. 4.

300 Ebd.

301 Ebd.

302 Ebd.

Weit weniger ideologisch aufgeladen verhielt sich demgegenüber Deiters' Bericht³⁰³ von 1975 zur Arbeitsweise der ZFG Rekonstruktion bei der Umgestaltung von Altbaugebieten. Lediglich zu Beginn seiner Ausführungen nahm Deiters darin auf die Gründung der ZFG Rekonstruktion im Jahr 1971 Bezug und erläuterte die damalige Aufgabe der Arbeitsgruppe, die im Zeichen des VIII. Parteitagess der SED stand. In diesem Sinne sei die Arbeit der Fachgruppe „darauf gerichtet [gewesen], die politische Aufgabenstellung der Rekonstruktion der Bausubstanz zu erläutern [und] auf die Ziele und Probleme aufmerksam zu machen“³⁰⁴. Dabei hätten sich „zwei Arbeitsweisen“ etabliert, die sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden würden: einerseits „die Behandlung von Fachfragen mit Beiträgen aus den verschiedensten Teilen der Republik im größeren Kreis“ und andererseits „der Meinungsaustausch über Rekonstruktionsprobleme in ausgewählten Städten in Verbindung mit Vorstandssitzungen“³⁰⁵. Damit war es der Fachgruppe um inhaltlichen überregionalen Austausch sowie um die Diskussion spezifischer Problemfälle vor Ort gegangen. Offenbar hatte sich aber das Interesse an der Arbeit der Gruppe oder zumindest das Verständnis für ihre Forderungen in Grenzen gehalten, denn Deiters resümierte, dass die Gruppe „weiterhin bereit [ist], einen fruchtbaren Meinungsstreit durch Konsultationen, Seminare, Diskussionen am Ort und Publikationen zu unterstützen“. Zugleich forderte Deiters zur „besseren Information und zur Weiterentwicklung“ die Konzeption und Umsetzung einer „Wanderausstellung zum Thema Rekonstruktion von Altbauwohnungen“.³⁰⁶ „Neue Aufgaben erfordern auch von uns eine intensivere Arbeit“³⁰⁷, schrieb Deiters und verdeutlichte damit, dass die bisherigen Aktivitäten nicht zum gewünschten Ziel geführt hätten und man neue Wege finden und gehen müsse. Vor allem wird aus dem Gedanken der Wanderausstellung ersichtlich, dass die Verbindung zur Öffentlichkeit eher schwierig war und die Denkmalpfleger nur schwerlich die jeweiligen Zielsetzungen vermitteln konnten. Die Arbeit der ZFG Rekonstruktion war vorrangig durch die Leitlinien des Bauwesens geprägt und sollte entsprechend der ökonomischen Planungsziele gewährleistet werden. Für kulturpolitische Abstimmungen fehlten sowohl die Zeit als auch das Geld. Auch dies veranschaulicht der Beitrag von Deiters, wenn er auf die Zahlen des Fünfjahrplanes verweist.

Deiters' Aussagen zum Stellenwert sowie zu Funktion und Bedeutung der Denkmalpflege innerhalb der sozialistischen Umgestaltung legen den Drahtseilakt zwischen dem Kultursektor und dem Bauwesen in der DDR offen. Obwohl die

303 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Beitrag der ZFG Rekonstruktion zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete vom 08.06.1975.

304 Ebd., S. 1.

305 Ebd.

306 Vgl. ebd., S. 5.

307 Ebd.

Denkmalpflege im Hinblick auf ihre Aufgaben und Tätigkeitsfelder enge Kontakte zum Bauwesen pflegte, war ihr Einfluss gering. Auf unterschiedlichen Wegen und mit verschiedenen Argumentationslinien versuchte Deiters die Beziehung zum Bauwesen zu stärken, um früher in die Diskussion und in die Planungsprozesse einbezogen zu werden.

Obwohl die sozialistische Umgestaltung (und insbesondere die komplexe Rekonstruktion) keine denkmalpflegerischen Ziele verfolgte, versuchten die Denkmalpfleger ebenso wie auch die Architekten an den Hochschulen einen Weg zu finden, die ideologischen und wirtschaftlich getriebenen Umgestaltungspläne mit denkmalpflegerischen Leitlinien und Interessen zu vereinen. Auf der Ebene des RGW hatte der wirtschaftliche Austausch zwischen den Ländern höchste Priorität. Darunter fiel auch ein Dialog über das Bauwesen und die Baupraxis in den jeweiligen sozialistischen Staaten. Der Austausch mit Fachleuten anderer Nationen bedeutete zugleich das Eruiere von Möglichkeiten und Handlungsspielräumen für das Vorgehen im eigenen Land. Nicht zuletzt durch den Vergleich mit der Volksrepublik Polen wird sich Deiters als Generalkonservator für die stärkere Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes entschieden haben. Die gepflegten Kontakte zur Deutschen Bauakademie und die Versuche der Institutionalisierung der Diskussionen durch Fachgruppen im BdA (vgl. Kapitel 5.3.2) oder auch innerhalb von ICOMOS (vgl. Kapitel 5.2.2) können als Versuch verstanden werden, denkmalpflegerische Ziele in Diskussionen und Prozesse einzubinden. Dementsprechend variierte auch Deiters seine Argumentationslinie nach jeweiligen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und/oder politischen bzw. außenpolitischen Aspekten, um für den Schutz der Denkmale einzutreten.

Aus den Beiträgen im Themenheft der *Deutschen Architektur* von 1963 anlässlich der „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ zum Thema der sozialistischen Umgestaltung ließen sich relativ deutlich gegensätzliche Sichtweisen zwischen den Vertretern der Bauakademie einerseits und den Vertretern der Hochschulen bzw. Universitäten und der Denkmalpflege andererseits feststellen. Dies liegt nicht zuletzt an der Abkehr von der Beachtung und Einbeziehung des vorhandenen Bestandes, wie sie auf der „Ersten Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie“³⁰⁸ im Oktober 1960 formuliert worden war, und an der Festlegung, dass nach 1965 die Umgestaltung „durch einen flächigen komplexen Abriss alter Gebäude, vor allem alten Wohngebäudebestandes

308 Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan. Erste Theoretische Konferenz (= XXV. Plenartagung der Deutschen Bauakademie), Berlin 1960.

und seines Ersatzes durch neue Gebäude[,]“³⁰⁹ umgesetzt werden sollte. Die auf der genannten Konferenz von 1960 formulierten Grundsätze wurden 1965 für die Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erneut aktualisiert. Wesentlicher Aspekt wurde darin der Begriff der Rekonstruktion.

Peter Doehler und die Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung

Insbesondere der Architekt Peter Doehler sprach sich deutlich gegen eine Instandhaltung des Altbaubestandes aus. In seiner, oben bereits erwähnten, Dissertation zu den „Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980“³¹⁰ setzte er sich 1961 intensiv mit der Gegenüberstellung des Kostenaufwandes und des Nutzeffektes von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden auseinander. Dort kritisierte er unter anderem die Auffassung von Stanislaw Sommer, des stellvertretenden Direktors des Staatsinstituts für Rekonstruktion der historischen Städte und Baudenkmäler in Prag, der aus Kostengründungen und im Hinblick auf die historisch wertvolle Substanz für den Erhalt und die Sanierung des Altbaubestandes plädierte. Doehler widersprach, da er zum einen die als niedrig benannten Kostenaufwände für falsch hielt. Zum anderen war er der Überzeugung, dass „[d]er Bauzustand, die Bauweise, die Grundrißgestaltung [...] [, der] sanitäre Ausstattungsgrad der mehr als etwa 80 bis 90 Jahre alten Gebäude [und] vor allem die mit einem Umbau dieser Wohngebäude zu[r] Erreichung einer Neubauqualität verbundenen Kosten, sowie die städtebauliche Situierung und Gestaltung“ den Abriss „im Zeitraum der Generalperspektive bis 1980“ notwendig machen würden.³¹¹ Doehler positionierte sich damit dezidiert gegen die Erhaltung von Altbauwohngebieten. Allerdings tat er dies im Hinblick auf den Kostenaufwand und den Nutzeffekt. Seine Betrachtung berücksichtigte nicht den denkmalgeschützten Bestand an Altbaugebieten oder den denkmalpflegerischen Umgang mit bestehenden Gebäuden, sondern bezog sich stets auf die staatlichen Rahmenbedingungen und planwirtschaftlichen Vorgaben. Diese hinterfragte Doehler in seiner Dissertation nicht, sondern vielmehr versuchte er, Kostenaufwände und Nutzeffekte zu analysieren. Dementsprechend sollten seine Ausführungen, aus heutiger Perspektive, für die denkmalpflegerischen Ziele und Möglichkeiten der 1960er und 1970er Jahre nicht überbewertet werden, gleichwohl Doehler als Direktor des Instituts für Städtebau und

309 Hans-Hartmut Schauer: Historische Altstadt und „sozialistische Umgestaltung“. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990, Halle/Saale 2007, S. 14.

310 Doehler, Peter: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980.

311 Vgl. ebd., S. 95.

Architektur der Bauakademie seine Vorstellungen hat weitertragen können und er auch um deren Umsetzung bemüht war.³¹²

Den theoretischen Überlegungen Doehlers stand eine Wohnungszählung aus den Jahren 1968 bis 1971 entgegen, die offenbarte, dass eine Weiternutzung des Altbauwohnbestandes aus volkswirtschaftlicher Sicht unumgänglich sei.³¹³ Dieses Eingeständnis hatte zur Folge, dass sich Spielräume für denkmalpflegerische Zielsetzungen ergaben, die auch aus Vorträgen von Deiters hervorgingen und sich beispielsweise in der beschriebenen Gründung der ZFG Rekonstruktion im Jahr 1971 niederschlugen.

Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung im Fall Quedlinburg

Die sozialistische Umgestaltung bzw. Rekonstruktion war jedoch nicht nur Bestandteil theoretischer Tagungen, sondern prägte auch die Planungen der Denkmalpfleger sowie die praktische denkmalpflegerische Arbeit. Im Rahmen der Planungen und Aufgabenstellungen für das Jahr 1968 diskutierten die Konservatoren darüber, dass die „denkmalpflegerische Arbeit [...] mit Hilfe von Spezialbetrieben rationeller gestaltet werden“ müsse und dass als Voraussetzung hierfür Denkmalpflege und Denkmalschutz „in die sozialistische Planung einbezogen werden und Berücksichtigung in den Generalbebauungsplänen finden“ müssen.³¹⁴ Auch wenn an dieser Stelle weder die sozialistische Umgestaltung noch die sozialistische Rekonstruktion explizit genannt werden, so wird dennoch durch den Verweis auf die Generalbebauungspläne die Verbindung zu geplanten sozialistischen Umgestaltungen deutlich. Die Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege wollten zur „Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege“³¹⁵ stärker als bisher in die Planungsprozesse des Bauwesens und Städtebaus einbezogen werden, um rechtzeitig für den Erhalt von Denkmalen und Altbausubstanz eintreten zu können.

312 Sowohl bei Sandra Keltsch: Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und 1990. Dargestellt an der Entwicklung von Denkmalstädten in Sachsen-Anhalt, Leipzig 2012, S. 19–21 als auch bei Florian Urban: The Invention of the Historic City. Building the Past in East Berlin 1970–1990, Berlin 2006, S. 77–79 wird Doehlers Dissertation ein massiver Stellenwert für die sozialistische Umgestaltung zugesprochen. Insbesondere im Hinblick auf die Denkmalpflege wird gern auf Doehler verwiesen, um zu verdeutlichen, dass Denkmalpflege und Denkmalschutz bei der sozialistischen Umgestaltung keine Rolle gespielt hätten.

313 Sandra Keltsch: Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und 1990, S. 25–26; Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976–1990, Berlin 1973; Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979.

314 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 19.12.1967, S. 1.

315 Ebd.

Wie dies konkret aussehen konnte, besprachen die Konservatoren am 10. September 1968 am Beispiel der Rekonstruktion des historischen Stadtzentrums von Quedlinburg. Vorgesehen war hierfür eine umfassende Einbeziehung des IfD. Im Vorfeld sollten Vorbereitungsarbeiten erfolgen, Pläne zur städtebaulichen Konzeption und zur Stadtkomposition erstellt, die Herstellung von Rekonstruktions- und Neubautypen einschließlich einer Kostenschätzung analysiert sowie die Entwicklung von Typen zur Baulückenschließung vorangetrieben werden. Für die konkrete Planung dieses komplexen Vorhabens sollte vorab eine „Aussprache zwischen dem Generalkonservator, dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, dem Bürgermeister und dem Direktor des Büros für Städtebau und Architektur sowie deren unmittelbare[n] Mitarbeiter[n]“³¹⁶ stattfinden.

Die Stadt Quedlinburg beschäftigte die Denkmalpfleger bereits seit den 1950er Jahren. Ein Entwurf zu „Richtlinien für die städtebauliche Einordnung von Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern in das Stadt- und Dorfbild“³¹⁷ sah 1956 vor, dass die Grundlagen zur Erfassung und Einordnung der Bau-, Kultur- und Naturdenkmale gemeinsam vereinbart würden, und zwar zwischen folgenden Beteiligten: den Abteilungen „Aufbau“ der Räte der Städte und Kreise in Verbindung mit den Räten der Bezirke, den Hauptarchitekten bei den Räten oder den Chefarchitekten bei den Aufbaustädten sowie dem IfD in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Entwurfsbüros der Stadt- und Dorfplanung. Die hohe Zahl der Akteure spiegelt wider, dass früh erkannt worden ist, um welche Komplexität es sich bei der Einbeziehung des Denkmalbestandes in weitere städtebauliche Maßnahmen handelte, und verdeutlicht das Bestreben, städtebauliche und denkmalpflegerische Zielsetzungen zu vereinen. Im Entwurf wurde des Weiteren vorgesehen, dass für Quedlinburg, für den Stadtkern von Erfurt sowie für Bautzen, Görlitz, Freiberg und Meißen „Schutzbereiche im Sinne der Denkmalschutzverordnung [...] durch die Räte der Bezirke und Kreise im Einvernehmen mit dem Institut für Denkmalpflege“³¹⁸ festgelegt werden sollten.

Doch erst 1967 konnten die Planungen für Quedlinburg durch eine Grundsatzdirektive des Rates des Kreises „über die sozialistische Umgestaltung und Neuplanung der Stadt Quedlinburg“³¹⁹ fortgeführt werden. Die Aufstellung zweier Varianten „für die Rekonstruktion der historischen Stadtkerne von Quedlinburg“ führte zunächst jedoch wieder zu keiner Einigung. Dennoch bewerteten die Kon-

316 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968, S. 5.

317 BArch, DH 1/39056, Entwurfsfassung vom 29.02.1956.

318 Ebd.

319 Helmut Stelzer: Probleme zur städtebaulichen Rekonstruktion der Altstadt von Quedlinburg unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung als Denkmal mittelalterlicher Stadtbaukunst. Ein Beitrag zur Erneuerung von Fachwerkstätten mit geschlossen erhaltenen Stadtkernen. Dissertationsschrift (Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar), Weimar 1978, S. 47.

servatoren des IfD die Grundsatzdirektive an sich noch 1968 als eine Art Erfolgsrezept, das als Konzept auch auf Stralsund angewandt werden sollte: „Nach dem Muster Quedlinburg soll auch eine Arbeitsgruppe für Stralsund gebildet werden, die aus Mitarbeitern des Instituts für Denkmalpflege und des Rates der Stadt besteht und entsprechend Entwicklungspläne erarbeitet.“³²⁰ Allerdings sollte erst 1974 die Verabschiedung eines Generalbebauungsplans für Quedlinburg erfolgen, der auch die Zustimmung des IfD erfuhr.

Der langwierige Prozess gefährdete den Denkmalbestand Quedlinburgs. So war 1972 der Vorschlag seitens der Abteilungsleiterin für Kultur beim Bezirk Halle/Saale an Minister Klaus Gysi herangetragen worden, „Quedlinburg aus der Republikliste herauszunehmen, da bisher keine Möglichkeit einer umfassenden Restaurierung abzusehen“³²¹ war. Über diese Vorgänge informierte Hans Berger die Konservatoren auf ihrer Sitzung vom 20. April 1972 und verdeutlichte die Dringlichkeit des Handelns seitens der institutionellen Denkmalpflege. Parallel zu diesen Entwicklungen kamen die Mitglieder des BdA 1973 zum Entschluss, dass

„[f]ür die Rekonstruktion [...] qualifizierte Entscheidungen vorbereitet werden [müssen]. Die Betriebe sind bisher im wesentlichen nur auf Neubauten orientiert und müssen jetzt mit den Forderungen der Stadtrekonstruktion vertraut gemacht werden. Die Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege in der Gruppe Baurekonstruktion müssen insbesondere auf das Aufzeigen der Gesamtproblematik hin orientieren.“³²²

Einen ähnlichen Fall hatten die Konservatoren bereits im November 1968 diskutiert. Damals liefen einerseits viele Vorbereitungen für den 20. Jahrestag der DDR und anlässlich dessen sollten sich auch die Denkmalpfleger an einer Ausstellung des MfK beteiligen, andererseits bestand gerade wegen des bevorstehenden Jahrestages die Gefahr, dass „bauliche Vorhaben durchgeführt werden sollen“, die im Falle der Stadt Wismar möglicherweise mit umfangreichen Abbrüchen einhergehen würden. So stellten die Konservatoren gemeinsam fest, dass es „dringend notwendig [ist], möglichst umgehend mit dem Rat der Stadt zu verhandeln, damit Möglichkeiten für Neubauten gefunden werden, ohne den Denkmalbestand zu gefährden“³²³.

Die Denkmalpfleger des IfD arbeiteten permanent im Spannungsfeld von fortschreitender Industrialisierung, stetigem Ökonomisierungsdruck und ihrem Bestreben, historische Altbausubstanz, über Jahrhunderte gewachsene Stadtgrundrisse und tradierte Stadtsilhouetten in größtmöglichem Maße zu erhalten.

320 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968, S. 5.

321 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 20.04.1972, S. 1.

322 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 14.02.1973, S. 2.

323 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 06./07.11.1968, S. 1–2.

Ihrem Selbstverständnis nach wollten sie nicht nur Denkmalpflege und Denkmalschutz für die herausragendsten Einzeldenkmale gewährleisten, sondern, entsprechend der Denkmalschutzverordnung von 1961, auch die „Umgebung, soweit sie für die Eigenart und die Wirkung des Denkmals von Bedeutung ist“³²⁴, miteinbeziehen.

Die ausgewerteten Protokolle der Konservatorenberatungen zeigen, dass Quedlinburg keinen Einzelfall bildete, vielmehr wird eine gewisse Symptomatik für die institutionelle Denkmalpflege der DDR innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes und insbesondere im Hinblick auf die sozialistische Umgestaltung offengelegt.

5.3.2 Konservatorengespräche – Teil 2

In Anlehnung an die Konservatorengespräche des ersten Untersuchungszeitraumes (siehe Kapitel 3.3.2) werden nun die regelmäßigen Besprechungen der Konservatoren auch für den zweiten Untersuchungszeitraum (1961–1975) dezidiert analysiert. Dadurch werden erneut die Aushandlungsprozesse in den Vordergrund gerückt, denn durch Aushandlungen entstehen nicht nur Strukturen, sondern sie zeigen auch, was immer wieder hinterfragt und in Frage gestellt werden muss. Mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 und der Einsetzung eines Generalkonservators für Denkmalpflege hatten sich die Strukturen, in denen sich die denkmalpflegerische Praxis entwickeln und abspielen sollte, etabliert. Dennoch kann bei näherer Betrachtung nicht festgestellt werden, dass damit die Diskussionen um Leitlinien und um die weitere Entwicklung der Denkmalpflege im sozialistischen System abgeschlossen gewesen wären.

Anhand der überlieferten Protokolle der Konservatorenberatungen können auch für den Zeitraum von 1961 bis 1973³²⁵ die Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit aufgezeigt und die Probleme, Inhalte und Strategien der Denkmalpflege der Institute für Denkmalpflege in Berlin, Dresden, Halle/Saale, Schwerin und Erfurt (ab 1963) dargelegt werden. Im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum kann für die 1960er und beginnenden 1970er Jahre auf ein deutlich umfangreicheres Quellenkonvolut zurückgegriffen werden, das sich aus über 70 mehrseitigen Protokollen, handschriftlichen Notizen und Mitschriften zusammensetzt. Trotzdem ist es auch in diesem Kapitel nicht das Ziel, die Diskussionen in ihrer Vollständigkeit

324 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, hier S. 475, § 3.

325 Die Protokolle der Konservatorenbesprechungen konnten lediglich bis 1973 erschlossen werden. Für die Jahre nach 1973 konnten keine Protokolle gefunden werden, die eindeutig den Konservatorenbesprechungen zuzuordnen waren. Das Quellenkonvolut des BLDAM bildete die Besprechungstermine nur bis 1973 ab, weshalb die Auswertung in diesem Jahr endet.

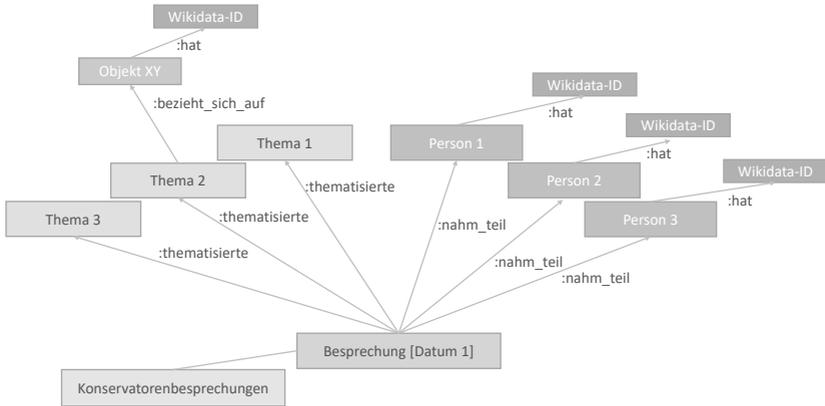


Abb. 33: Datenmodell Konservatorenbesprechungen

abzubilden, sondern es wird vielmehr angestrebt, Themensetzungen exemplarisch nachzuvollziehen, zu analysieren und auszuwerten. Aufgrund der Vielzahl der Quellen ist es zudem möglich, verstärkt die Personen selbst in den Fokus zu rücken und Protagonisten für den Bereich der Denkmalpflege zu verifizieren.

Ausgehend von den Diskussionen und Gesprächen über Leitlinien der denkmalpflegerischen Arbeit im Spannungsfeld zwischen denkmalpflegerischen Idealen und politischer Praxis soll zunächst die Zusammenarbeit der IfD-Mitarbeiter mit Akteuren des Kulturbundes eine eingehende Betrachtung finden, da diese unter anderem in die Vorbereitungen für den 20. Jahrestag der DDR mündete. Im Unterschied zum Kapitel zuvor wird der Blick an dieser Stelle somit auf die Akteure selbst und weniger auf die Institutionen bzw. Organisationen gelenkt. Der Blick auf dieses Jubiläum zeigt die kulturpolitische Funktion auf, die durch die staatliche Denkmalpflege erfüllt werden sollte, und lässt darüber hinaus einen Vergleich zum zehnten Jahrestag aus dem ersten Untersuchungszeitraum zu, sodass Entwicklungen und Veränderungen der denkmalpflegerischen Praxis als auch veränderte Strukturen und Rahmenbedingungen erfasst und erläutert werden können.

Im Anschluss daran werden die Kooperation und der Austausch der Konservatoren der Institute für Denkmalpflege mit dem Bund der Architekten der DDR (BdA) eingehender betrachtet, um auch hier die Vielfalt der Inhalte und Themen denkmalpflegerischer Praxis in der DDR analysieren und bewerten zu können.

Themenvielfalt und Schwerpunktsetzung

Die Auswertung der in Neo4j angelegten Daten (Abb. 33), die aus den analogen Protokollen extrahiert wurden, zeigt zunächst, dass die Themenvielfalt im Vergleich zur Häufigkeit der Besprechungstermine enorm war (Abb. 34 und 35). Auch

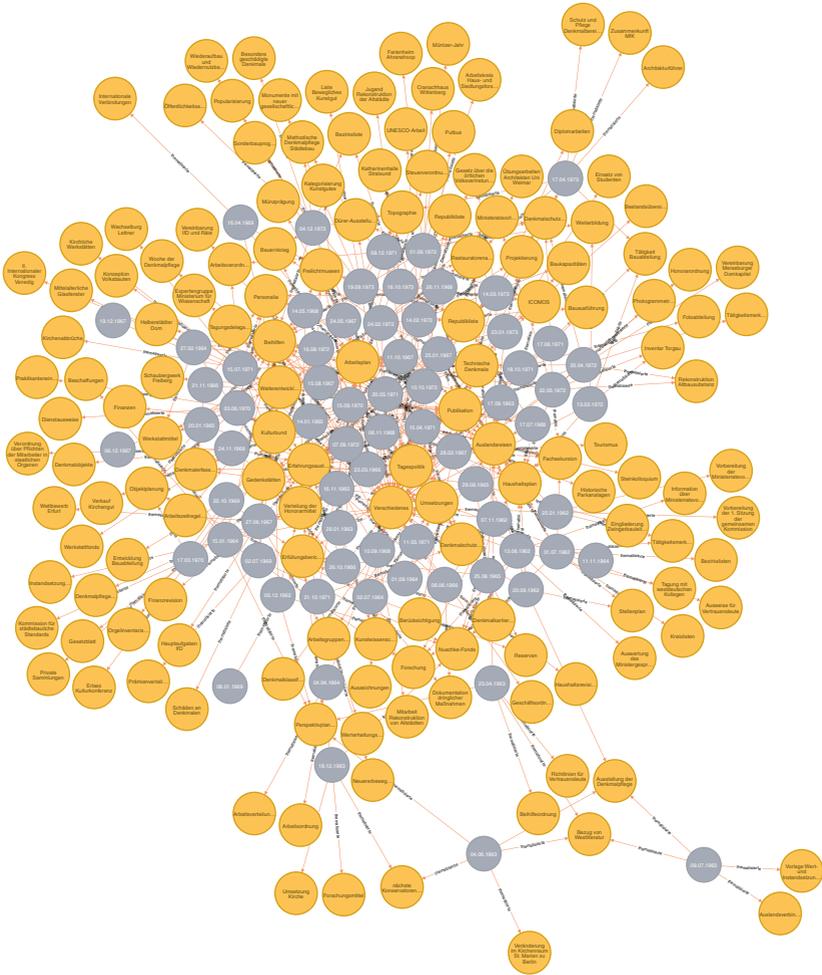


Abb. 34: Visualisierung des Gefüges aus Besprechungsterminen und Themenfeldern der Konservatorengespräche.

MATCH (t:Thema)←:[thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t,m

wenn eine relativ große Anzahl an Themen offiziell nur einmal Gegenstand der Beratung war, zeigt sich bei der näheren Betrachtung der Protokolle, dass einige der Themen unter einem anderen Tagesordnungspunkt oder sogar bei einem völlig anderen Gesprächsgegenstand erneut zur Sprache kamen, oder es konnte auch vorkommen, dass sie einen anderen Aspekt des übergeordneten Inhalts beleuchteten. Dies trifft beispielsweise auf das Thema der „sozialistischen Umgestaltung“ zu. Während die Umgestaltung selbst kein einziges Mal als Tagesordnungs-

t	Anzahl
{Thema: Verschiedenes}	38
{Thema: Arbeitsplan}	22
{Thema: Beihilfen}	20
{Thema: Auslandsreisen}	18
{Thema: Publikation}	18
{Thema: Erfahrungsaustausch}	18
{Thema: Tagespolitik}	14
{Thema: Verteilung der Honorarmittel}	11
{Thema: Haushaltsplan}	10
{Thema: Erfüllungsberichte}	10
{Thema: Umsetzungen}	10
{Thema: Weiterentwicklung Denkmalpflege}	10
{Thema: Nuschke-Fonds}	7
{Thema: Denkmalschutzgesetz}	7
{Thema: Personalia}	6
{Thema: Republikliste}	6
{Thema: Technische Denkmale}	6
{Thema: Fachexkursion}	5
{Thema: Perspektivplanung}	5
{Thema: Freilichtmuseen}	5
{Thema: Kulturbund}	5
{Thema: ICOMOS}	5
{Thema: Topographie}	5
{Thema: Forschung}	4
{Thema: Restauratorenausbildung}	4
{Thema: Werkstattmittel}	4
{Thema: Objektplanung}	4
{Thema: Denkmalerfassung}	4
{Thema: Gedenkstätten}	4
{Thema: Republikliste}	4
{Thema: Ausstellung der Denkmalpflege}	3
{Thema: Bezug von Westliteratur}	3
{Thema: Denkmalkartierung}	3
{Thema: Bauernkrieg}	3
{Thema: Denkmalschutzverordnung}	3
{Thema: Tätigkeit Bauabteilung}	3
{Thema: Tätigkeitsmerkmale}	2
{Thema: Stellenplan}	2
{Thema: Kunstwissenschaftliche Bildstelle HU Berlin}	2
{Thema: nächste Konservatorentagung}	2
{Thema: Reserven}	2
{Thema: Dokumentation dringlicher Maßnahmen}	2

Abb. 35: Quantitative Auswertung der verhandelten Themen
(Ausschnitt aus den insgesamt 149 Themen).

MATCH (t:Thema)←[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t,
count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

punkt benannt wurde, ist sie innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes jedoch auf zehn verschiedenen Konservatorensitzungen Gesprächsgegenstand. Die Ursache hierfür liegt einerseits im oft synonym verwendeten Terminus der sozialistischen Rekonstruktion und andererseits daran, dass als Tagesordnungspunkt statt dieser Begrifflichkeiten häufiger die konkrete Maßnahme (wie im Fall von Quedlinburg, vgl. vorheriges Kapitel) behandelt wurde. So finden sich Aussagen zur sozialistischen Umgestaltung unter den Tagesordnungspunkten Denkmalklassifikation³²⁶, Wohnungsbau³²⁷ oder Altbausubstanz³²⁸. Aufgründ

326 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968.

327 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 16.10.1973.

328 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 22.03.1972 und 20.04.1972.

dessen erfolgte die Themenauswahl für dieses Kapitel nicht allein anhand der am häufigsten verhandelten Themen, sondern es wird der Versuch eines Querschnitts unternommen, der auch weniger häufig diskutierte Inhalte abbildet, sofern es die weitere Quellenlage zulässt. Da die sozialistische Umgestaltung bereits eingehend betrachtet wurde, soll sie hier nicht erneut Gegenstand der Betrachtung sein.

Leitlinien, Inhalte und Ausrichtungen

Leitlinien und Grundlagen der Denkmalpflege und der denkmalpflegerischen Praxis wurden vielfach auf den Konservatorenbesprechungen thematisiert und diskutiert (Abb. 36). Das Themenspektrum umfasste dabei Kartierungsfragen, Aspekte der listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes ebenso wie Berichterstattungen von Tagungen und zu allgemeinen politischen Geschehnissen bis hin zu Richtlinien.

Zwischen 1962 und 1973 bildeten Konzipieren, Erstellen und Führen von Denkmallisten³²⁹ immer wieder den Gegenstand der Betrachtung. Die Häufigkeit dieses Gesprächs- und Diskussionsthemas zeigt, dass die Listen eine hohe Priorität besaßen und dass die Details zu ihrer Anfertigung ebenso wie ihre Inhalte weit aus weniger klar waren, als es die Ausführungen zur Denkmalschutzverordnung und zur ersten Durchführungsbestimmung von 1961 oder auch die Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ suggerierten.

Während auf der Konservatorenbesprechung vom 25. Januar 1962 noch über die Erfassung der Denkmale mittels Karteikarten³³⁰ diskutiert wurde, übergab die MfK-Mitarbeiterin Sonja Wüsten den Konservatoren ein halbes Jahr später auf der Sitzung vom 31. Juli 1962 die bisher bestätigten Bezirkslisten zum Abgleich mit den Originalfassungen der Konservatoren. Dabei wurde auch die Notwendigkeit von Kreislisten diskutiert, die damals nicht vorgesehen waren und die von den Konservatoren als „nicht für zweckmäßig“³³¹ erachtet wurden. Der Grund dafür lag vorrangig in den bereits „gemachten Erfahrungen“, die offenbar die Befürchtung schürten, dass die bis zu diesem Zeitpunkt noch „nicht erfassten Denkmale von den verantwortlichen staatlichen Organen nicht mehr als Denkmal betrachtet und nicht bearbeitet“ würden.³³²

Die Konservatoren sahen sich mit dem Dilemma konfrontiert, die Erfassung des Denkmalbestandes möglichst rasch auch auf lokaler Kreisebene voranzutreiben, da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass trotz ihres Einspruches

329 In den Protokollen wird dabei zwischen Kreis-, Bezirks- und Republikliste unterschieden. Auch der Begriff der Denkmalklassifikation findet sich in der Besprechung vom 10.09.1968, meint dabei aber die listenmäßige Erfassung des Bestandes.

330 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 25.01.1962, S. 2.

331 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 31.07.1962, S. 2.

332 Vgl. ebd.

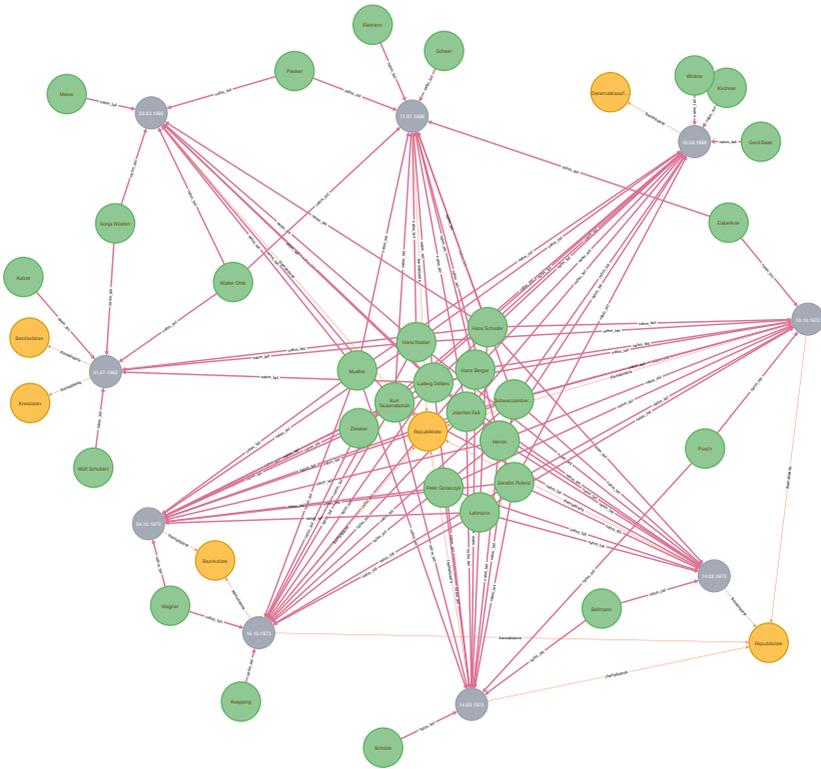


Abb. 36: Ergebnis der Abfrage nach Personen und nach Besprechungsterminen, bei denen Themen der „Klassifikation“ oder „Liste“ diskutiert wurden. MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung)←[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema CONTAINS 'klassifikation' OR n.Thema CONTAINS 'liste' RETURN n,b,p;

Kreislisten aufgestellt werden sollten. Im Streben nach mehr Effizienz hatte die Denkmalschutzverordnung die Zuständigkeiten so geordnet, dass „Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert“ zur ministerialen Ebene gehörten und der restliche Denkmalbestand auf die Räte der Bezirke, Kreise und Stadtkreise sowie Stadtbezirke und Gemeinden verteilt wurde.³³³ Doch bereits nach weniger als einem Jahr nach der Verabschiedung der Denkmalschutzverordnung war deutlich geworden, dass die Aufteilung der

333 Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, Organe der Pflege und des Schutzes der Denkmale: § 6, § 7 und § 8 der Verordnung.

Denkmale in verschiedene Zuständigkeitsebenen einer Klassifikation gleichkam, da der Bestand dazu listenmäßig erfasst werden musste. Zugleich wuchs bei den Konservatoren die Sorge, bei dem ausdifferenzierten Listensystem könne in Vergessenheit geraten, dass es sich bei dieser Erfassung des DDR-Denkmalbestandes um ein deklaratorisches Prinzip handelte, sodass sie der Erstellung von Kreislisten aufgrund einer potenziellen Degradierung der Denkmale, die noch nicht erfasst waren, ablehnend gegenüberstanden.

Auch deshalb sollte die Denkmalerfassung intensiviert werden, sowohl in Form von Kreiskarteien als auch als Kurzinventare. Aus den Besprechungen von November 1965 und Januar 1966 geht hervor, dass das Dresdener Institut am schnellsten vorankam und bereits zum Jahresende 1965 die Erfassung der Stadt Dresden abschließen konnte. Das Berliner Institut konnte die Kurzerfassung für Wittstock abschließen, während für die anderen Institute nur festgehalten wurde, dass „ähnliche Beispiele auch“ bei ihnen „bearbeitet“ würden.³³⁴

Zur hohen Priorisierung der Erfassung kam hinzu, dass der Denkmalbestand der DDR eine enorme Heterogenität aufwies, da er sich durch die Erweiterung des Denkmalbegriffs auch auf Dorf- und Gehöftanlagen und Verkehrswege, Postmeilensäulen, Werke des Musikinstrumentenbaus, technische Anlagen, Maschinen und Gerätschaften erstreckte. Dies ließ die Unterstützung durch ehrenamtliche Denkmalpfleger zwingend erforderlich werden, sodass die Erfassung zum Gegenstand von Lehrgängen und Tagungen werden sollte, um weitere Mitarbeiter bzw. Honorarkräfte entsprechend auszubilden.³³⁵

Anhand einer Tagung von 1963 in Karl-Marx-Stadt, veranstaltet vom Zentralen Fachausschuss Bau- und Denkmalpflege des Kulturbundes zum Thema Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde, kann exemplarisch verdeutlicht werden, dass die Schwierigkeit weniger im Aufzeigen oder in der Verteilung von Aufgaben lag, sondern vielmehr im grundsätzlichen Verständnis darüber, was ein Denkmal sei. Aus dem Bericht zur Tagung von Wüsten und Deiters geht hervor, dass sowohl der „Diskussionsbeitrag des Genossen Rüssel aus Magdeburg“ als auch der Vortrag von Gerhard Strauss ein gänzlich anderes Denkmalverständnis offenbarten, als es Wüsten und Deiters als Leitlinien auf der Tagung zu vermitteln versuchten.³³⁶ Während der Diskussionsbeitrag Rüssels sämtlichen Schlössern, Burgen, Rathäusern und Kirchen, als Zeugnisse der „ehemals herrschenden Klasse“³³⁷ den Denkmalwert absprechen wollte, plädierte Strauss in seinem Vortrag für eine

334 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 16.11.1965, S. 3.

335 Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

336 Vgl. BArch, DR 1/8037, Protokoll zur Tagung in Karl-Marx-Stadt vom 19.09.1963.

337 Ebd.

Aufgabenerweiterung und vor allem für eine Ausweitung des Denkmalbegriffs. Die Ausweitung des Denkmalbegriffs, „ohne auf die Gefahren aufmerksam zu machen“³³⁸, werteten Wüsten und Deiters als äußerst riskant. Das Risiko lag für Deiters vermutlich vorrangig in der mangelnden Präzision des Denkmalpflegebegriffs, der durch eine Erweiterung noch mehr aufzuweichen drohte.

So führte Deiters 1967 in einem Beitrag zu den Problemen der Denkmalpflege, in dem er auch Lösungsvorschläge unterbreitete, aus, dass zu den „wichtigsten Ursachen“ der zahlreichen Probleme der Denkmalpflege seit den Anfangsjahren der DDR die herrschenden „Unklarheiten über die Anwendung des Denkmalbegriffs“ gehörten.³³⁹ Gleichwohl hatten bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren unterschiedliche Vertreter aus der Denkmalpflege, dem Heimatschutz und dem Bauwesen für einen erweiterten Denkmalbegriff plädiert bzw. diesen als Grundlage für Denkmalpflege und Denkmalschutz konstatiert. Die Erweiterung des Denkmalbegriffs wurde wiederholt von verschiedenen Akteuren genutzt, um die Progressivität der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR zu betonen und sich damit zugleich von der Vergangenheit und der BRD abzugrenzen. Auch Deiters erläuterte 1968 in einem Interview mit der *Deutschen Architektur*, dass für die „Betrachtung des kulturellen Erbes [...] die klassischen Monumente nicht mehr aus[reichen und] die besten Beispiele der Volksbaukunst in [die] Wertschätzung“³⁴⁰ einbezogen würden. Deiters erklärte, dass sich die „entscheidende Erweiterung des Denkmalbegriffs in unserer Zeit [...] jedoch aus der Erkenntnis der geschichtlichen und künstlerischen Aussagekraft der städtebaulichen Zusammenhänge“³⁴¹ ergäbe. Demnach kann die Kritik Ludwig Deiters' an den Ausführungen von Gerhard Strauss zum erweiterten Denkmalbegriff nicht als grundsätzliche Kritik an der Begriffserweiterung, sondern lediglich an der mangelnden Präzision des Denkmalbegriffs im Allgemeinen verstanden werden.

Hans Nadlers Beitrag bei der Tagung in Karl-Marx-Stadt, dessen Titel im Bericht von Wüsten und Deiters keine Erwähnung findet, war ihnen hingegen „in dem Sinne nicht richtungsweisend“ genug. Dennoch werteten Wüsten und Deiters die Fachtagung insgesamt als Erfolg, da es ihnen gelungen sei, „zumindest

338 Ebd.

339 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 2, 2. Fassung.

340 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Interviewanfrage der Deutschen Architektur vom 04.09.1968 an Ludwig Deiters sowie Antworten von Deiters bezugnehmend auf das Interview für die Zeitschrift *Deutsche Architektur* am 23.09.1968, Frage 1 des Interviews, S. 1 der ausformulierten Antworten.

341 Ebd.

einen Teil der Anwesenden von der Richtigkeit unserer Konzeptionen bezüglich der Aufgaben der Denkmalpflege zu überzeugen³⁴².

Die Berichterstattung zur Tagung führt vor Augen, dass die Bewertung des potenziellen Denkmalbestandes zu Schwierigkeiten führte, da die Vorstellungen darüber, was ein Denkmal sei und wie weit der Denkmalbegriff gefasst werden könne, stark divergierten. Darüber hinaus befürchteten die Denkmalpfleger auch eine Überbewertung der listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes. Bereits 1960, und damit noch vor dem Inkrafttreten der Denkmalschutzverordnung von 1961, erläuterte Gerd Baier, der Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege Schwerin, im Rahmen eines Vortrags, dass Denkmallisten „zuweilen vom Verhandlungspartner als einzig binden[d]“³⁴³ anerkannt wurden. Baier schilderte auch, dass von den Räten der Kreise wiederholt der Wunsch an das IfD hergetragen worden sei, die Denkmallisten „zu überprüfen, ob nicht eine große Anzahl der dort aufgeführten Baudenkmale gestrichen und damit nach ihrer Meinung vom Schutz der Verordnung [von 1952, Anm. d. Verf.] freigesprochen werden könnte“³⁴⁴. In seinem Vortrag, der 1961 in gekürzter Form in den Mitteilungen an die Vertrauensleute erschien, schilderte Baier die unterschiedlichen Probleme, die mit einer listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes einhergingen, gleichwohl „sich für uns alle, die wir im Verkehr mit Einzelpersonen, Institutionen und Verwaltungsbehörden die Belange der Denkmalpflege zu vertreten haben, das Vorhandensein derartiger Listen“³⁴⁵ mehrfach als nützlich erwiesen habe. Da es vor allem bei den Mitarbeitern der örtlichen Verwaltungsorgane an Verständnis für Denkmalpflege und Denkmalschutz mangelte, bargen die Listen ein gewisses Risiko für die Denkmalpfleger und den Denkmalbestand. Um der suggerierten Absolutheit der Denkmallisten entgegenzuwirken, verdeutlichte Baier das deklaratorische System und betonte, dass ein Denkmal ein Denkmal bleibe, „mit oder ohne Listeneintrag[,] so lange, wie es die Forderungen der Verordnung erfüllt, also ein charakteristisches Zeugnis der kulturellen Entwicklung unseres Volkes ist und seine Erhaltung wegen der ihm innewohnenden künstlerischen, wissenschaftlichen oder geschichtlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt“³⁴⁶.

Dass die listenmäßige Erfassung entsprechend der Kategorisierung nach Denkmalen von besonderer nationaler Bedeutung oder nach Kreis und Bezirk letztlich doch weitreichende Konsequenzen für das Objekt mit sich bringen konn-

342 BArch, DR 1/8037, Protokoll zur Tagung in Karl-Marx-Stadt vom 19.09.1963.

343 Gerd Baier: Zur Führung von Denkmallisten, in: Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 5–8.

344 Ebd., S. 6.

345 Ebd., S. 5.

346 Ebd., S. 9.

te, zeigt eine Denkmalpflegertagung³⁴⁷ von 1970 in Frankfurt/Oder, deren Beiträge 1971 in der IfD-Reihe „Materialien und Berichte“³⁴⁸ erschienen sind.

Anhand von Beispielen verdeutlichten Hans Schoder, Walter Ohle, Hans Nadler und Hans Berger bei dieser Tagung den denkmalpflegerischen Umgang mit diversen Bauaufgaben an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Regionen der Republik. Während Hans Schoder am Beispiel der Klosterruine Paulinzella mit Nachdruck betonte, dass die denkmalpflegerischen Maßnahmen aufgrund der Einstufung „in die höchste Kategorie“³⁴⁹ möglich geworden seien, da „alle diese international bedeutsamen Denkmale besonders gefördert“³⁵⁰ würden, zeigte Hans Nadler exemplarisch am Schloss Rammenau die Bemühungen des Kreises Bischofswerda auf, der sein Denkmal der Kreisliste zu erhalten und zu nutzen versuchte. Im Gegensatz zu den Objekten aus der Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und von internationalem Kunstwert standen für das Schloss in Rammenau nur sehr begrenzte Mittel zur Verfügung. Ein glücklicher Umstand fand sich durch das Fichte-Jubiläum 1962 (dem 200. Geburtstag des Rammenauers Johann Gottlieb Fichte), das zu einer musealen Nutzung einiger Räume des Schlosses führte und dadurch die Restaurierung ausgewählter Innenräume ermöglichte.³⁵¹ Zudem betonte Nadler, dass auch der Rat des Bezirks einige Mittel bereitstellte und das IfD einige „spezielle restauratorische Arbeiten“³⁵² finanzieren konnte. Die Hauptbelastung lag jedoch beim Kreis Bischofswerda, dem es gelang, durch die museale Nutzung zumindest Instandsetzungen in geringem Umfang zu ermöglichen und die Nutzung aufrechtzuerhalten.

Vergleicht man die beiden Beispiele der Klosterruine Paulinzella und des Schlosses in Rammenau, so zeigt sich, von welcher Tragweite die Denkmaleintragung in eine der Listen war. Durch diese vorgenommene Wertung bzw. Kategorisierung wurden denkmalpflegerische Maßnahmen ermöglicht (wie bei der Klosterruine) oder reglementiert (wie beim Schloss). Zugleich zeigt der Fall Rammenau, dass es nicht zuletzt am Engagement der örtlichen Organe lag, ob ein Denkmal die notwendigen Instandsetzungs- oder Instandhaltungsmaßnahmen

347 BLDAM, L 24/3, Referate in Frankfurt/Oder, 1970.

348 Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971.

349 Hans Schoder: Sicherung und Restaurierung der Klosterruine Paulinzella, in: Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 41–52, hier S. 41.

350 Ebd., S. 42.

351 Vgl. Hans Nadler: Zur Restaurierung und neuen Nutzung des Schlosses Rammenau, in: Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 62–69, hier S. 66.

352 Ebd., S. 68.

erhielt, wenn das Denkmal nicht in die höchste Kategorie eingestuft worden war. Ebenso zeigen Nadlers Ausführungen, dass es selbst dann noch von möglichen Nutzungskonzepten, Jubiläen und Ähnlichem abhing, ob genügend finanzielle Mittel zusammengetragen und bereitgestellt werden konnten, um das jeweiligen Denkmal längerfristig zu erhalten.

Neben denkmalpflegerischen Leitlinien und Handlungsanweisungen behandelten die Konservatoren auf ihren Besprechungen häufig auch tagespolitische Ereignisse und politische Entscheidungen. Die Auswertungen von Direktiven oder Parteitagungen bezeugen das Spannungsfeld denkmalpflegerischer Tätigkeiten und Handlungsmöglichkeiten zwischen denkmalpflegerischen Zielen und Idealen einerseits und politischen und ökonomischen Zwängen andererseits. Sie lassen Rückschlüsse auf die angestrebte politische Ausrichtung der institutionellen Denkmalpflege zu.

Der direkte Bezug zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den politischen Entscheidungen in der DDR spiegelte sich beispielsweise in den Monaten um den VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wider. So forderte die Betriebsparteiorganisation (BPO) des Ministeriums für Kultur die BPO des Instituts für Denkmalpflege im Vorfeld des Parteitages dazu auf, eine Bilanz zum gegenwärtigen Stand der Denkmalpflege und ihren Problemen zusammenzustellen.³⁵³ Auch wenn nicht nachvollzogen werden kann, welches Material in welcher Form für die geforderte Bilanz zusammengetragen wurde, kann anhand der ebenfalls protokollierten Auswertungen der Direktive des SED-Zentralkomitees zum Fünfjahrplan sowie anhand des VIII. Parteitages der politische Rahmen nachvollzogen werden, in dem die institutionelle Denkmalpflege unter Erich Honecker agieren sollte.

Während Ute Schwarzenberger auf die Effektivitäts- und Rationalisierungsbestrebungen im Rahmen des Fünfjahrplans verwies, die auch vom IfD gewährleistet und unterstützt werden sollten, erläuterte Deiters als Ergebnis des VIII. Parteitages die weiterhin notwendige Abgrenzung der DDR zur BRD:

„Die deutsche Nation in der Form vor 1945 existiert nicht mehr. Es gibt eine sozialistische deutsche Nation, die DDR[,] und einen vom ehemaligen gesamtdeutschen Staat abgespaltenen imperialistischen deutschen Staat, die BRD. Die Pflege des humanistischen und revolutionären Erbes der ehemaligen gemeinsamen Vergangenheit darf nicht zum Vorwand dienen, die imperialistischen Ziele der BRD gegenüber der DDR durchzusetzen.“³⁵⁴

353 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 15.04.1971, S. 4.

354 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung vom 17.06.1971, Auswertung des VIII. Parteitages von Ludvig Deiters, S. 1.

Die Betonung der Effizienz und Rationalisierung verwies indirekt auf den VIII. Parteitag der SED, dessen Ziele unter anderem Rationalisierungen im Wohnungsbau und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik gewesen waren. Die massive Abgrenzung zur Bundesrepublik lässt sich nur mit Blick auf Honeckers außenpolitische Bestrebungen verstehen, die auf eine völkerrechtliche Beziehung zur Bundesrepublik und auf eine Normalisierung des Verhältnisses zu West-Berlin ausgerichtet waren und zugleich die sozialistische Staatengemeinschaft zu stärken versuchten.³⁵⁵

Die Denkmalpfleger sollten jedoch nicht nur die politischen Beschlüsse auswerten und sich zu den parteipolitischen Entscheidungen bekennen, sondern auch eigenständig theoretische Konferenzen durchführen, um die aktuellen politischen Probleme in einen Zusammenhang zur Denkmalpflege zu stellen. Vor diesem Hintergrund planten die Konservatoren im Februar 1973 eine Konferenz.³⁵⁶ Diese sollte im Mai 1973 in Lohme auf Rügen stattfinden. Ute Schwarzenberger, Ludwig Deiters, Kurt Tausendschön, Hans Schoder und Peter Goralczyk sollten Referate zu verschiedenen Themenkomplexen vorbereiten, während Hans Nadler, Serafim Polenz, Hans Berger und Hans Scholze Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen anleiten sollten. Während Schwarzenberger zur DDR-Kulturpolitik referieren sollte, arbeitete Deiters an einem Vortrag zu den Grundlagen der Denkmalpflege in der DDR. Tausendschön setzte sich hingegen mit den finanziellen und materiellen Aufwendungen und Schoder mit dem Zusammenwirken der Partner der Denkmalpflege in Zusammenhang mit der Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen auseinander. Goralczyk kam die Aufgabe zu, ein Referat zur Entwicklung der Arbeitsweise des IfD im Rahmen der theoretischen Konferenz zu formulieren. Um zu gewährleisten, dass die Tagung auf Rügen auch dem parteipolitischen Sinne entsprechen würde, sollte zwei Wochen zuvor als ergänzende Vorbereitung eine Partei-Aktivtagung in Berlin durchgeführt werden.

Wertet man die Protokolle der Konservatorenberatungen in Bezug auf denkmalpflegerische und politische Leitlinien aus, offenbaren sich eine intensive politische Durchdringung der denkmalpflegerischen Arbeit und darüber hinaus teilweise divergierende Sichtweisen und Schwierigkeiten hinsichtlich denkmaltheoretischer Überlegungen bei der listenmäßigen Erfassung des DDR-Denkmalbestandes. Mithilfe von Vorträgen und Publikationen versuchten die Denkmalpfleger, interessierte Laien für ihre Arbeit zu gewinnen und diesen zugleich die erforderlichen Grundlagen zu vermitteln, um Denkmale gemäß ihrer Bedeutung einordnen zu können. Dass die Konsequenzen einer Denkmalszuweisung zu

355 Vgl. 5-Punkte-Programm der SED in Übereinstimmung mit dem Friedensprogramm der KPdSU, VIII. Parteitag der SED. Siehe unter anderem: Heinz Heitzer/Günther Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR, S. 260.

356 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung vom 14.02.1973, S. 1–2.

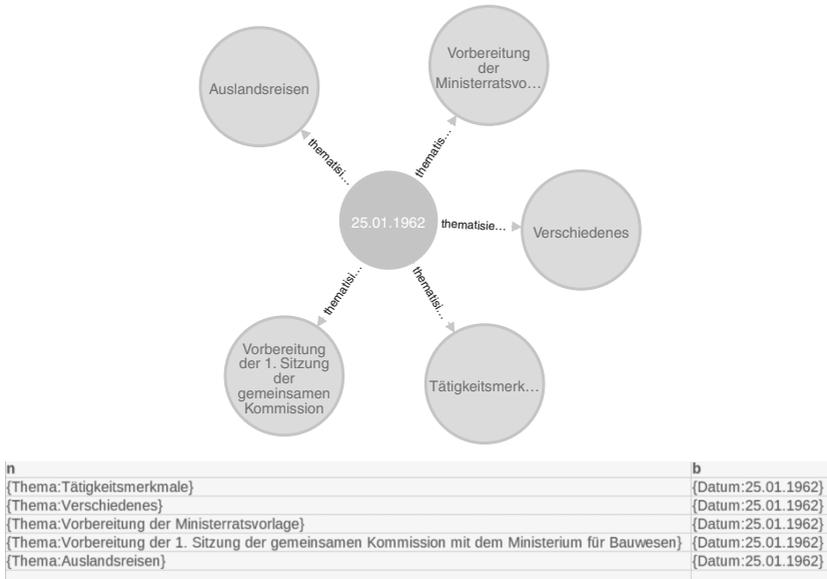


Abb. 38: Abfrage nach Themen, die am 25. Januar 1962 verhandelt wurden.

`MATCH (n:Thema)—[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE b.Datum = '25.01.1962' RETURN n,b;`

sprechungsterminen, bei denen der Kulturbund Gesprächsgegenstand war, und nach den daran beteiligten bzw. anwesenden Personen.

Die Protokolle der Konservatorengespräche dienen als Ausgangspunkt, da sie erste Themenfelder benennen, bei denen eine Zusammenarbeit zwischen dem IfD und dem Kulturbund bestand. Des Weiteren geben die im Bundesarchiv, innerhalb der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)“, aufzufindenden Akten des Kulturbundes Aufschluss über die Kooperation zwischen dem Kulturbund und anderen staatlichen Institutionen, da in ihnen zahlreiche Schriftwechsel und Planungsprozesse festgehalten wurden und überliefert sind. Im Vordergrund dieser Zusammenarbeit standen die Verbreitung von Wissen über Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR sowie der Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedern des Kulturbundes und anderen Organisationen, aber auch mit dem sozialistischen Ausland.

1962 beschlossen die Konservatoren des Instituts für Denkmalpflege auf ihrer Sitzung vom 25. Januar (Abb. 38) unter dem Tagesordnungspunkt „Auslandsreisen“, dass „[m]it der Sektion Natur- und Heimatfreunde im Deutschen Kulturbund [...] in nächster Zeit zu verhandeln [ist], mit dem Ziel, eine Sonderfahrt in das

sozialistische Ausland nur mit Denkmalpflegern zu organisieren³⁵⁷. Am 25. Mai 1962 wandte sich Hans Schoder vom IfD an den Bundessekretär und Abteilungsleiter der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes, Horst Bänninger, und unterrichtete ihn³⁵⁸ über die Kontakte des Instituts zu den Kollegen in der ČSSR und über die Bemühungen zur Realisierung einer Reise inklusive Gegenbesuches, also einer Austauschreise. Auch über die weiteren Rahmenbedingungen hinsichtlich der Personenzahl und der Kosten berichtete Schoder dem Bundessekretär und offerierte, dass „auch interessierte Mitglieder des Kulturbundes“ in die ČSSR mitreisen könnten. Während alle fachlichen Fragen und Inhalte der Austauschreise dem IfD obliegen sollten, war angedacht, dass der Kulturbund das IfD bei der Organisation und Durchführung unterstützen und auch den Gegenbesuch der tschechoslowakischen Delegation gewährleisten und vorbereiten solle.

Als der Zeitpunkt des Austausches näher rückte, wurde bekannt, dass die Gäste aus der ČSSR – abweichend vom ursprünglichen Reiseplan – noch einen Ausflug in die nördlichen Bezirke unternehmen wollten, wodurch eine Abänderung des Reiseprogramms und der zur Verfügung stehenden Unterkünfte erfolgen musste. Dabei wandte sich das Bundessekretariat des Kulturbundes an die Regionalgruppe in Rostock und beauftragte den dortigen Bundesfreund, Werner Kleinfeld, mit der weiteren Organisation der Reise. Dieses Vorgehen stieß bei Kleinfeld auf Widerstand. Er hatte diesbezüglich wenig Verständnis für die Bundesleitung, da er zum einen der Meinung war, dass die Realisierung der Reise und die organisatorischen Vorbereitungen nicht in seiner Zuständigkeit lägen; aus seiner Sicht wäre es „richtiger gewesen [...], wenn Bundesfreund Müller diese Sache in die Hand genommen hätte, denn letzten Endes ist es seine Arbeit und er bekommt bezahlt dafür“³⁵⁹. Zum anderen sah sich Kleinfeld außer Stande, die Aufgabe zu voller Zufriedenheit zu realisieren, da die Bitte sehr kurzfristig an ihn übermittelt worden war. Das Antwortschreiben vom 1. August 1963 von Bänninger an Kleinfeld unterstrich die Dringlichkeit der Bitte aber nochmals. Deutlich wird dabei auch, dass offenbar nur eine kleine Anzahl von Personen zur Verfügung stand, um die Delegationsreise realisieren zu können. Am 14. August – weniger als einen Monat vor dem Austausch – übermittelten der erste Bundessekretär und der Abteilungsleiter des Kulturbundes dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten alle Angaben und Informationen zur Studienreise mit der Bitte um Genehmigung.³⁶⁰ Am 17. August wurde die Reise vom Ministerium für Kultur mit den Worten genehmigt, dass sie „vom Kulturbund getragen wird“. In der Befür-

357 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 25.01.1962, S. 1.

358 BArch, DY 27/11508, Schreiben von Schoder an Bänninger vom 25.05.1962.

359 BArch, DY 27/11508, Schreiben von Kleinfeld an Bänninger vom 28.07.1963.

360 Vgl. BArch, DY 27/11508, Schreiben von Karlheinz Schulmeister und Horst Bänninger an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 14.08.1963.

wortung des Ministeriums heißt es weiter, man freue sich, „[...]“, dass den Mitarbeitern des Instituts diese Reise durch den Kulturbund ermöglicht wird.“³⁶¹

Die Involvierung des Kulturbundes hatte zur Folge, dass die Austauschreise nicht als offizielle Fahrt einer staatlichen Institution durchgeführt werden musste, sondern als freundschaftlicher Austausch zwischen zwei sozialistischen Staaten mittels einer nichtstaatlichen gesellschaftlichen Institution durchgeführt werden konnte. Dass die IfD-Mitarbeiter von vornherein die Einbindung des Kulturbundes forciert hatten und sich mit der Bitte um die Organisation der Reise an den Kulturbund gewandt hatten, offenbart den Mehrwert, den der Kulturbund für das Institut hatte. Auf diese Weise standen die Inhalte stärker im Vordergrund als die politisch-ideologischen Fragen. Für den Kulturbund war die Einbindung mit der Hoffnung verbunden, im Folgejahr auch ehrenamtliche Denkmalpfleger an einem weiteren Austausch beteiligen zu können, zugleich diente er der eigenen Legitimierung als zwischen den Institutionen vermittelnde Instanz.

Damit allein gaben sich die Mitglieder des Kulturbundes allerdings nicht zufrieden. Sie verstanden sich durchaus auch als kritische Instanz, die sich selbstbewusst gegenüber der institutionellen Denkmalpflege zu positionieren verstand. Zu diesen kritischen Akteuren innerhalb des Kulturbundes und der ehrenamtlichen Denkmalpfleger gehörte unter anderen Otfried Wagenbreth³⁶², seines Zeichens Geologe, Montanhistoriker und Dozent der Hochschule für Architektur und Bauwesen. Wagenbreth übersandte im November 1970 einen von ihm verfassten Aufsatz mit dem Titel „Glanz und Elend unserer augenblicklichen Denkmalpflege“ an Horst Bänninger und merkte dazu an: „Ich hatte nicht viel Zeit, so daß ich ‚frei von der Leber weg‘ schreiben mußte – deshalb ist auch einige Galle im Text.“³⁶³ Wagenbreth hatte den Aufsatz bezugnehmend auf Horst von Tümplings Zeitungsartikel „Umwelt – Heimat – Natur“ verfasst, welcher am 27. September 1970 in der Wochenzeitung *Sonntag* erschienen war. Die Ausführungen Wagenbreths sind dabei nicht als Replik auf von Tümplings Text zu verstehen, sondern vielmehr als kritische Erweiterung und Konkretisierung. So definierte Wagenbreth darin die Denkmalpflege als „eine progressive, d.h. in die Zukunft weisende Tätigkeit“ und sah die Ursache für die defizitäre Zusammenarbeit zwischen dem IfD und den zuständigen örtlichen Verwaltungsorganen darin, dass das Ministerium für Kultur und das IfD „es bisher allerdings nicht verstanden [haben], diese gesellschaftliche Aufgabenstellung der Denkmalpflege

361 Vgl. BArch, DY 27/11508, Befürwortungsschreiben vom Ministerium für Kultur vom 17.08.1963.

362 Otfried Wagenbreth (07.04.1927–25.05.2017): Geologe, Montanhistoriker. Ab 1962 Dozentur für Geologie und technische Gesteinskunde an der HAB Weimar. Vgl. <https://tu-freiberg.de/presse/nachruf-auf-verdienten-wissenschaftler-der-tu-bergakademie-freiberg-prof-dr-otfried-wagenbret> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

363 BArch, DY 27/8931, Schreiben von Wagenbreth an Bänninger vom 04.11.1970.

wirkungsvoll klarzustellen und damit die Denkmalpflege selbst in das sich entwickelnde gesellschaftliche System des Sozialismus einzufügen [...]“³⁶⁴. Auch die von der institutionellen Denkmalpflege selbst häufig als problematisch definierte fehlende gesellschaftliche Rückbindung sah Wagenbreth als hausgemachtes Problem. Für ihn führten die Konzentration auf „überregional wichtig[e] Einzelobjekte“ sowie der „gesellschaftlich schädlich[e] Ressortgeist“ im IfD zum „Fehlen der notwendigen Massenwirksamkeit“.³⁶⁵ Auch wenn Wagenbreth hier die Verantwortung für diese Umstände allein beim IfD und beim MfK sah, wird deutlich, dass die fehlende Mitwirkung breiterer Bevölkerungskreise als grundsätzliches Problem erkannt worden ist.

Bereits im Frühjahr 1970 hatten die Konservatoren auf ihrer Besprechung vom 17. März 1970 über die „Aktivierung der Zusammenarbeit des Zentralfachausschusses des Kulturbundes und der Denkmalpflege“³⁶⁶ beraten. Neben Bänninger und Wagenbreth waren auch „Frau Adam, Herr Rüssel und Herr Douffet“ an der Konzipierung einer weiteren Kooperation seitens des Kulturbundes beteiligt. Aus dem Protokoll der Konservatorenbesprechung geht hervor, dass man sich auf zwei Punkte verständigt hat: Zum einen sollten sowohl Vertreter des Kulturbundes, des IfD und der Staatsorgane gemeinsam an „konkrete[n] Vorschläge[n] der Zusammenarbeit“ arbeiten und zum anderen sollten die Bezirke stärkere Beachtung finden, „in denen bisher keine intensive gesellschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet geleistet“ worden sei. Bis zum Herbst des Jahres 1970 hatte sich aber an der Situation offenbar nicht viel geändert, sodass Wagenbreth seinen Unmut darüber in seinem Aufsatz freien Lauf ließ. Dennoch gibt es auch Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen institutioneller Denkmalpflege und Kulturbund, wie anhand der gemeinsamen Anstrengungen dieser bei der Vorbereitung des 20. Jahrestags der DDR aufgezeigt werden kann.

Zwanzig Jahre Denkmalpflege

Während die Konservatoren zum 20. Jahrestag der DDR (1969) eine Publikation planten, organisierten die Mitglieder des Kulturbundes eine Ausstellung. Im Institut für Denkmalpflege begannen die Planungen dafür schon im Januar 1966, denn zusammen mit dem Jahrestag sollte auch das 20. Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR gefeiert und präsentiert werden. Dazu sollte ein „Bildband“³⁶⁷ erscheinen, für dessen Konzeption und fristgerechte Fertigstellung Hans Müller verantwortlich zeichnen sollte. Auf der Konservatorensitzung vom 14. Januar 1966

364 Ebd.

365 Vgl. BArch, DY 27/8931, Artikel von Wagenbreth: Glanz und Elend unserer augenblicklichen Denkmalpflege, o. Pag.

366 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 17.03.1970, S. 3.

367 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 14.01.1966, S. 1.

berichtete Müller bereits von seinen Besprechungen mit dem Seemann-Verlag und erläuterte die weiteren Schritte bezüglich Papierqualität und geplanter Auflagenstärke. Nur zwei Monate später, bei der Besprechung vom 23. März³⁶⁸ konnte die Konzeption für die Publikation bestätigt werden. Auch hatten Deiters und Müller weitere Gespräche mit dem Verlag führen können, sodass nun die eigentliche Arbeit am Bildband beginnen sollte. Die Redaktionsarbeit dazu sollten Joachim Fait, Fritz Löffler und Hans Müller gemeinsam koordinieren.

In den Arbeitsstellen Schwerin, Berlin und Erfurt waren im Sommer 1966 bereits Objektlisten vorhanden, die als Grundlage der Veröffentlichung dienen sollten. Dass die Publikation kein reines Leuchtturmprojekt der DDR-Denkmalpflege werden sollte, sondern vielmehr den Stand, die Inhalte ebenso wie die Arbeitsweise der institutionellen Denkmalpflege widerspiegeln sollte, wird unter anderem daran ersichtlich, dass nicht Ludwig Deiters als Generalkonservator in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur die Publikation plante und umsetzte, sondern dass die Konservatoren der Arbeitsstellen bzw. der Institute miteinbezogen wurden und für die Erstellung des Manuskripts verantwortlich waren.³⁶⁹

Ebenfalls im Sommer 1966 konnten die Konservatoren bereits die geplante Gliederung der Jubiläumspublikation diskutieren.³⁷⁰ Vorgesehen war ein kurzes Vorwort des Ministeriums für Kultur, an das sich eine kurze Einführung von Generalkonservator Deiters zur Denkmalpflege in der DDR und zum Verhältnis von Städtebau und Denkmalpflege zueinander anschließen sollte. Im Anschluss waren Texte der Konservatoren zu Baudenkmalpflege, technischen Denkmälern, Gedenkstätten und Gartendenkmälern geplant, bevor dann ein umfangreicher Bildteil mit circa 200 Abbildungen die Publikation abrunden sollte. In kürzester Zeit war demnach aus dem „Bildband“, als die die Publikation noch im Januar bezeichnet worden ist, ein umfangreicher Katalog zur Denkmalpflege der DDR geworden.

Doch im Oktober 1967 kam es plötzlich zu einem Verlagswechsel.³⁷¹ Scheinbar sah sich der Seemann-Verlag nicht (mehr) in der Lage, die Publikation zu realisieren. Mit dem Henschelverlag war jedoch schnell Ersatz gefunden, sodass das termingerechte Erscheinen des Buches gesichert werden konnte. Hierfür waren allerdings umfangreiche Um- und Neuplanungen notwendig, die von der ursprünglichen Konzeption stark abwichen, wie ein Blick auf die gedruckte Publikation zeigt, die mit ihrem Titel „Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre

368 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 23.03.1966, S. 2.

369 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 23.03.1966, S. 2.

370 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 08.06.1966, Anlage geplante Gliederung der Publikation.

371 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 11.10.1967, S. 2–3.

p	Anzahl
{Name:Hans Schoder}	3
{Name:Serafim Polenz}	3
{Name:Hans Nadler}	3
{Name:Wolf Schubert}	3
{Name:Ludwig Deiters}	3
{Name:Schuster}	2
{Name:Stier}	2
{Name:Walter Ohle}	2
{Name:Scholze}	2
{Name:Schwarzenberger}	2
{Name:Joachim Fait}	2
{Name:Flierl}	2
{Name:Sonja Wüsten}	2
{Name:Hans Berger}	1
{Name:Piesker}	1

Abb. 40: Ergebnis der Abfrage nach Personen und Häufigkeiten der Teilnahme an Gesprächen, bei denen das Thema Ausstellung verhandelt worden ist. MATCH (n:Thema)—[:thematisierte]-(:b:Besprechung)—[:nahm_teil]-(:p:Person) WHERE n.Thema = "Ausstellung der Denkmalpflege" RETURN p , count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

Aus den Aktennotizen und Festlegungen der Planungstreffen zur Ausstellung – an denen Mitglieder des Kulturbundes ebenso teilnahmen wie Mitarbeiter des IfD – geht hervor, dass zunächst angedacht war, eine Ausstellung weiterzuarbeiten, die das IfD bereits für die Deutsch-Britische Gesellschaft vorbereitete. Seitens des IfD sollte die Ausstellung die Themenkomplexe „1. Sozialistische Rekonstruktion der Altstädte und Denkmale (Baupflege), 2. Neue Nutzung der Baudenkmale [und] 3. Historische Denkmale“³⁷⁴ umfassen. Dieser Vorschlag stieß auch bei den Vertretern des Kulturbundes auf Zustimmung, sollte jedoch noch um die „ideologische Seite“ erweitert werden. Man einigte sich darauf, dass die Ausstellung von der DDR-Verfassung und von den gesetzlichen Grundlagen für die Denkmalpflege ausgehen solle, um dann sowohl die Struktur und Gliederung der Denkmalpflege als auch die Zusammenarbeit von Kulturbund und institutioneller Denkmalpflege präsentieren zu können (Abb. 41, folgende Seite).³⁷⁵

Die Bedeutung des Jubiläums zum 20. Jahrestag wurde in den weiteren Planungen thematisiert und sollte zum einen durch eine Rückschau auf die vergangenen zwei Dekaden, in denen sich die Denkmalpflege vor allem der „Beseitigung der Kriegsschäden“ gewidmet hatte, erfolgen. Zum anderen sollte die Ausstellung

374 BArch, DY 27/11514, Bl. 135.

375 Vgl. ebd.

Staatliche Organe der Denkmalpflege

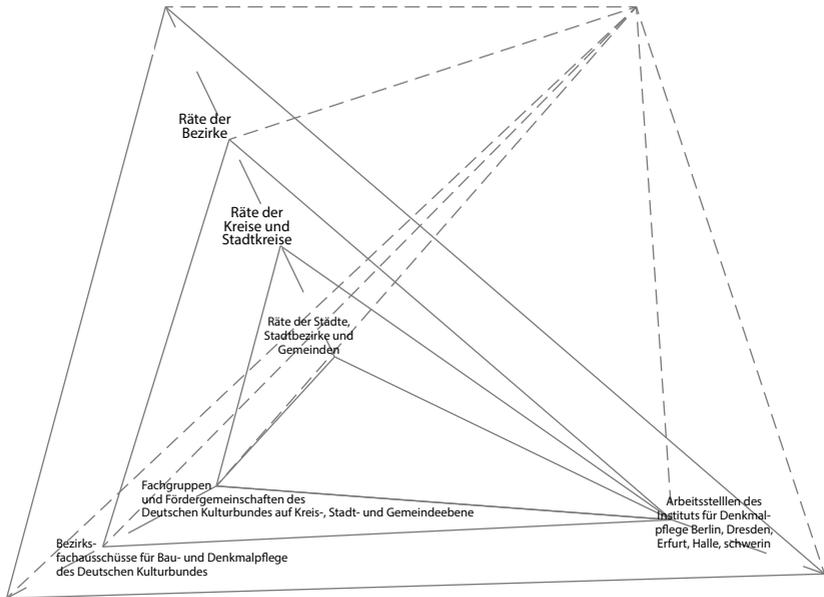
(Verantwortlich für die Pflege, den Schutz und die Erhaltung der Denkmale im Arbeitsbereich)

Ministerium für Kultur

Zentrales Organ des Ministerrates der DDR für die Pflege und den Schutz der Denkmale

Ministerium für Bauwesen

(Bezirks-, Kreis- und Stadtbauämter)
(Zusammenarbeit bei Bau- und Architekturfragen)

Gesellschaftliche Organe der Denkmalpflege

Deutscher Kulturbund
Zentrale Kommission Natur und Heimat des Präsidialrates
Zentraler Fachausschuß für Bau- und Denkmalpflege
(Gesellschaftlicher beratender Partner des Ministeriums für Kultur bei Fragen der Bau- und Denkmalpflege)

Wissenschaftliche Organe der Denkmalpflege

Institut für Denkmalpflege der Deutschen Demokratischen Republik
(Beratung, Durchführung von Arbeiten, Forschung, Inventarisierung auf dem Gebiet der Denkmalpflege)

Weitere wissenschaftliche Organe

Deutsche Bauakademie
Büros für Städtebau
Büros für Territorialplanung
Bauhochschulen
(Beratung in wissenschaftlichen, Gestaltungs-, Bau- und Architekturfragen)

Abb. 41: Struktur der Denkmalpflege in der DDR, Überlegungen einer Visualisierung für das 20-jährige Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR

auch dazu dienen, die „zukünftig zentrale Aufgabe“ der Denkmalpflege vorzustellen: die „Mitarbeit an der sozialistischen Rekonstruktion der Städte“.³⁷⁶

Ebenso wie sich der Inhalt der geplanten Exposition noch wandelte und sich mehr und mehr am 20. Jahrestag und den gegenwärtigen Aufgaben und Problemen ausrichtete, veränderte sich auch der Titel im Verlauf der Konzipierungsphase. Offenbar hatte man zunächst geplant, die Ausstellung unter der Überschrift

376 Vgl. ebd., Bl. 138.

„Denkmalpflege in unserer Zeit“ umsetzen zu können. Damit wäre nicht nur ein direkter Bezug zur Publikation von 1961, die anlässlich der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 erschienen war (siehe hierzu Kapitel 4.2.1), hergestellt worden, sondern man hätte zugleich die Möglichkeit geschaffen, aus der Einzelpublikation eine Buchreihe zu etablieren, wie es seitens des Kulturbundes und des IfD wiederholt diskutiert bzw. angedacht wurde.³⁷⁷ Letztlich fiel die Entscheidung jedoch zu Ungunsten der Idee einer Publikationsreihe aus und rückte den Fokus vom Ist-Zustand der Denkmalpflege weg und hin zum großen Staatsjubiläum.

Sukzessive vergrößerte sich die Ausstellung im Planungsprozess von zunächst 20 Ausstellungstafeln, die das IfD für die Deutsch-Britische Gesellschaft vorgesehen hatte, auf insgesamt 36 Tafeln. Auch die Themenkomplexe erweiterten sich und sollten nun Gedenkstätten, technische Denkmale, Denkmale in neuer Nutzung, Erholungsgebiete, Altstädte, die gesellschaftliche Arbeit des Kulturbundes und der Denkmalpflege sowie Bauten von internationaler Bedeutung umfassen. Durch die Ausweitung der Themenkomplexe sollten die Vielfältigkeit des Aufgabenspektrums der Denkmalpflege ebenso wie ihre Verankerung in der Gesellschaft und im Alltag jedes Einzelnen in Text und Bild vor Augen geführt werden. Zu den Hauptaufgaben der sozialistischen Denkmalpflege, wie sie in der Ausstellung vorgestellt wurde, sollte die sozialistische Rekonstruktion (vgl. Kapitel 5.3.2) gehören. Als Positivbeispiele wurden hierfür neben Görlitz noch Quedlinburg, Bautzen, Stralsund, Erfurt, Rostock, Weimar, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Freiberg angeführt. Es handelte sich dabei nicht nur um Rekonstruktionen von Altstadtensembles, sondern vor allem um den Erhalt von „Altstadtbildern und Bauensembles“, da darunter „viele Schätze der Weltkultur“ seien.³⁷⁸ Dass es bei dieser Art von Rekonstruktion häufig weniger um den Substanzerhalt oder um den historisch-dokumentarischen Wert eines Denkmals ging, sondern vielmehr um den Schutz eines „Altstadtbildes“ und damit um eine bestimmte Wirkung, die im Stadtraum erzeugt werden sollte, führte die Exposition selbst dem Betrachter anhand der gezeigten Aufgabe „Wohnraumgewinnung“ vor Augen.

Innerhalb der Ausstellung sollten vor allem die Bilder wirken. Die Texte dazu sollten „möglichst kurz“ gehalten werden und eine eher erläuternde Funktion erfüllen. Als inhaltlicher Ausgangspunkt blieben über den gesamten Planungszeitraum hinweg die DDR-Verfassung, die Denkmalschutzverordnung sowie Ausführungen zur Bedeutung der Denkmale innerhalb der sozialistischen Gesellschaft bestehen.³⁷⁹ Der Staat bzw. die Regierung sollte auf diese Weise als Bewahrer der

377 Dass die Pläne zur Umsetzung einer Publikationsreihe unter dem Titel „Denkmalpflege in unserer Zeit“ durchaus konkret waren, kann ebenfalls den Akten des Kulturbundes BArch, DY 27/11514 entnommen werden.

378 Vgl. BArch, DY 27/11514, Bl. 30.

379 Vgl. ebd., Bl. 109.

Denkmale und der Denkmalpflege inszeniert werden und eine starke Verbindung zwischen denkmalpflegerischen Belangen und der Gesellschaft sollte suggeriert werden. Zudem sollte kein Zweifel daran bestehen, dass eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Denkmalpflege in der „Massenbewegung [liegt], an der jeder persönlich beteiligt [ist]“³⁸⁰.

Während die Exposition ihre inhaltlichen Schwerpunkte auf die Einbindung der Denkmalpflege in die Gesellschaft wie auch auf die Rekonstruktion von (Alt-) Städten legte und damit das Bild einer „sozialistischen“ Denkmalpflege bzw. einer Denkmalpflege innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft erzeugte, präsentierte sich die IfD-Publikation anlässlich des Jubiläums zeitgemäß und im internationalen Vergleich auf Augenhöhe. Sie gab Auskunft über Tätigkeitsfelder und Inhalte der Denkmalpflege in der DDR, ohne den Eindruck zu hinterlassen, dass die institutionelle Denkmalpflege politisch-ideologisch getrieben sei, sondern bediente sich eher klassischer denkmalpflegerischer Inhalte. Im Vergleich dazu erschien die Ausstellung mit ihren Ulbricht-Zitaten und Auszügen aus Verfassung und Denkmalschutzverordnung ideologisch stark aufgeladen. Die in ihr gezeigten Objekte fanden sich zum Großteil auch in der Publikation des Instituts für Denkmalpflege wieder. Durch die veränderte Schwerpunktsetzung und in Verbindung mit den Zitaten und Leittexten auf den Ausstellungstafeln entstand ein politisch-didaktisches Moment, das weniger das Denkmal als vielmehr die weitere Entwicklung einer Denkmalpflege innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zum Thema machte.

Zugespitzt könnte man formulieren: Die Ausstellung war ausgehend von den staatlichen Strukturen, politischen Leitbildern und ideologischen Zielen konzipiert worden. Die Publikation diente dem Institut für Denkmalpflege und seinen Arbeitsstellen als Grundlage sowie Ausgangspunkt und stellte das Denkmal und die Ergebnisse der institutionellen Denkmalpflege in den Vordergrund. Ausstellung und Publikation zeigten zusammen letztlich einerseits die Dichotomie der Denkmalpflege zwischen politisch-ideologischem und fachwissenschaftlichem Anspruch und andererseits das breite Spektrum der Denkmalpflege in der DDR auf. Der Vergleich lässt keine Unterscheidung in Anspruch und Realität zu, sondern zeigt die Vielschichtigkeit der Realitäten auf, in denen sich Denkmalpflege entwickelt hat und entwickeln konnte.

Partner im Bauwesen: BdA

Der Bund der Architekten der DDR (BdA) war als Tagesordnungspunkt nur selten in den Protokollen der Konservatorengespräche dokumentiert (Abb. 42). Dennoch gehörte auch diese Vereinigung zu den Organisationen, die mittelbar Gesprächs- oder Diskussionsgegenstand der Besprechungen waren, da sie als Berufsorgani-

380 Ebd., Bl. 138 RS.

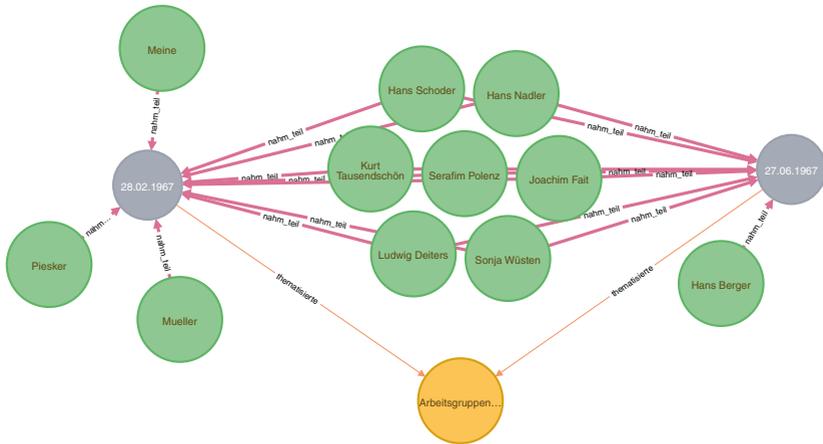


Abb. 42: Ergebnis der Abfrage nach dem Tagesordnungspunkt „Arbeitsgruppe im BdA“. MATCH (n:Thema)—[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE n.Thema='Arbeitsgruppen im BdA' RETURN n,b;

sation der Architekten unter anderem für die Förderung des sozialistischen Städtebaus eintrat und sich damit indirekt auch mit der historischen Bausubstanz vieler Städte und Dörfer auseinanderzusetzen hatte.

Auf der Konservatorenversammlung vom 28. Februar 1967 informierte Ludwig Deiters die anwesenden Konservatoren über die Bildung einer Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ im BdA. Diese begründete sich auf die vielfältigen Tätigkeitsbereiche des BdA, die bereits im Statut (GBI Teil II Nr. 11 vom 3. Februar 1967) verankert seien.³⁸¹ Deiters führte den Konservatoren gegenüber aus, dass sich die Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ aus verschiedenen Berufsgruppen und Tätigkeitsbereichen zusammensetzen sollte und für sie „neben Mitarbeitern des Instituts auch in den staatlichen Organen tätige Architekten, Stadtplaner, Bezirks- und Stadtarchitekten [...] sowie ehrenamtlich für die Denkmalpflege tätige Vertrauensleute“³⁸² gewonnen werden sollten, um eine möglichst wirksame Denkmalpflege entstehen zu lassen. Am 13. Juni 1967 kam es dann in Berlin offiziell zur Gründung der Arbeitsgruppe, die durch den Bundesvorsitzenden Walter Mickin eröffnet wurde.

Aus dem Entwurf des Einladungsschreibens zur Gründungsversammlung der Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ im BdA geht hervor, dass die Gründung bereits auf dem V. Bundeskongress des BdA in Halle am 18. Juni 1967 beschlossen worden war und die Hauptaufgabe dieser in der „Unterstützung der staatlichen

381 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 28.02.1967, S. 4.

382 Ebd.

Organe bei der Lösung verschiedener Probleme³⁸³ liegen sollte. Auf der Gründungsversammlung wurden die wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgruppe umrissen und ihre Ziele definiert. Insgesamt listeten die Gruppenangehörigen neun Aufgabenbereiche auf, die von der Aufforderung ihrer eigenen Mitglieder zur Beteiligung am „Prozess zur Klärung grundsätzlicher Fragen der Denkmalpflege“, „der Bewertung und Erfassung der historisch-wertvollen Bausubstanz“, „der Zustandskontrolle und Veranlassung denkmalpflegerischer Maßnahmen als ehrenamtliche Arbeit in Aktivs und Kommissionen“ über die „Ausschöpfung der Möglichkeiten wirkungsvoller Publikationen“ bis hin zur „Einflußnahme auf die Ausbildung der Architekten“ sowie die „Einflußnahme auf Wettbewerbe in denen denkmalpflegerische Probleme berührt werden“ und der „Mitarbeit an gesetzlichen Regelungen“ reichten.³⁸⁴

Der von Deiters aufgestellte Aufgabenkatalog verdeutlicht den Drang der institutionellen Denkmalpflege, auf gegenwärtig stattfindende Umgestaltungsmaßnahmen und Bauprojekte Einfluss nehmen zu können und ihren Wirkungsbereich aus dem rein theoretisch-ideologischen Kulturbereich in das real praktizierende Bauwesen hinein ausdehnen zu können. Darüber hinaus lassen insbesondere die Aufforderungen an die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Mitarbeit und zum ehrenamtlichen Engagement erkennen, dass für die denkmalpflegerischen Aufgaben in der DDR nach wie vor zu wenig (Fach-)Personal verfügbar war.

Im Anschluss an Deiters Referat bei der Gründungsveranstaltung wurde der Vorstand gewählt. Dieser setzte sich neben Ludwig Deiters als Vorsitzendem zusammen aus: Erika Lorenz³⁸⁵, Bernhard Klemm, Werner Lonitz³⁸⁶, Schlopsnies³⁸⁷, Kurt Tausendschön und Hugo Namslauer³⁸⁸.

Bereits eine Woche nach Gründung der Arbeitsgruppe kamen die Mitglieder am 20. Juni 1967 erneut zusammen. Zu Beginn hielt Deiters ein Grundsatzreferat zur Situation der Denkmalpflege und anschließend wurden elementare Pro-

383 BArch, DY 15/862, fol. 2, Einladungsschreiben zur Gründungsversammlung vom 18.06.1967.

384 Vgl. ebd., fol. 4, Niederschrift über die Gründungsveranstaltung vom 13.06.1967.

385 Erika Lorenz (26.11.1922–11.03.1976): Architektin. Vgl. <http://www.digiporta.net/index.php?id=104605469> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

386 Werner Lonitz (09.08.1913–16.01.1976): Architekt. Vgl. <http://www.digiporta.net/index.php?id=886944283> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

387 Zu Herrn Schlopsnies konnten keine weitere Daten ermittelt werden.

388 Hugo Namslauer (24.05.1922–08.01.1999): Gartenbauingenieur und Denkmalpfleger. 1950 Gartentechniker beim Magistrat von Berlin, 1954–1958 Mitarbeit an der Gedenkstätte Buchenwald, 1954–1959 Mitarbeit an der Gedenkstätte Ravensbrück, 1961–1987 Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege, Leiter der Abteilung Historische Garten- und Parkanlagen. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hugo-namslauer> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

bleme der Denkmalpflege diskutiert. Dabei ging es um die Sichtweise der Architekten auf denkmalpflegerische Themenfelder, auch bezüglich der Ausbildung des Nachwuchses, sowie um die unzureichende Präsenz der Denkmalpflege in der öffentlichen Wahrnehmung.³⁸⁹ Deiters problematisierte vor allem die hohe Anzahl denkmalpflegerischer Objekte, die aufgrund ihrer Menge weder in der notwendigen Weise erfasst noch denkmalpflegerisch geschützt oder gesichert werden könnten. Er plädierte daher dafür, dass die Baudenkmalerschfassung auch vom BdA übernommen werden sollte. Hierbei stieß Deiters jedoch auf Gegenwehr. Dr. Schlopsnies verstand die Baudenkmalerschfassung nicht als Aufgabe der Arbeitsgruppe oder des BdA, da diese oder dieser „nicht das nachholen [soll], was staatliche Stellen versäumt haben“³⁹⁰.

Einigkeit hingegen bestand bei den Mitgliedern darüber, dass die Wahrnehmung der Denkmalpflege sowohl in der Fachwelt als auch in der breiteren Öffentlichkeit unzureichend sei und dringender Verbesserung bedürfe. Bernhard Klemm führte vergleichend die „Naturkundler“ an, die es deutlich besser verstünden, ihre Themen in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Deiters meinte hingegen, dass man vor allem die Planträger umstimmen müsse und diese nur dann überzeugen könne, wenn ihr jeweiliges Denkmalobjekt gewinnbringend (beispielsweise im Rahmen des Fremdenverkehrs oder als Gaststätte oder Hotel) genutzt werden könne. Die Gruppenmitglieder Schuster und Görl waren dagegen der Auffassung, dass vor allem die Architekten von der Denkmalpflege und vom Erhalt historischer Substanz überzeugt werden müssten und bereits bei den Studierenden für eine größere Akzeptanz geworben werden müsse. Hierauf erwiderte Klemm, dass dies an der TU Dresden bereits der Fall sei, man „aber in Weimar in dieser Richtung noch eine mangelhafte Erziehung“ hätte. Am Ende der Niederschrift bündelt ein erneuter Aufgabenkatalog die Ergebnisse der Sitzung. Dabei wurde der erste, neun Punkte umfassende, Katalog letztlich um zwei weitere Punkte ergänzt: Zum einen gehörte nun auch die wissenschaftliche Arbeit an denkmalpflegerischen Grundsatzfragen zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe (Punkt 10) und zum anderen sollte das Fachgebiet „Denkmalpflege“ in internationalen Fachverbänden vertreten sein (Punkt 11).³⁹¹

Auf den Konservatorensitzungen berichtete Deiters in regelmäßigen Abständen von den Tätigkeiten und Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“. So berichtete er bei der Sitzung vom 27. Juni 1967, dass „die Arbeitsgruppe bisher dreimal zusammengetreten ist“ und sich an der Arbeitsgruppe „auch die Plankommission, das Ministerium für Finanzen und das Ministerium für Bauwesen“

389 Vgl. ebd., fol. 8, Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe Denkmalpflege vom 20.06.1967.

390 Ebd., fol. 7.

391 Ebd.

beteiligen würden.³⁹² Weiter legte Deiters dar, dass es hinsichtlich der „Finanzierungspraxis der Denkmalpflege [...] eine heftige Debatte um die Finanzierung des sogenannten denkmalpflegerischen Mehraufwands“³⁹³ gegeben habe. Da hierzu jedoch offenbar innerhalb der Arbeitsgruppe keine Lösung gefunden worden ist, schlug Nadler nun während der Konservatorensitzung vor, „zu untersuchen, welche anderen Finanzierungsquellen [...] erschlossen werden können“³⁹⁴.

Aus den Arbeitsplänen der Arbeitsgruppe zu den Jahren 1968 und 1969 geht diese Problematik jedoch nicht hervor und sie scheint daher kein Hauptthema gewesen zu sein. Für das Jahr 1968 bestanden die Schwerpunkte aus der Formulierung von „Hinweise[n] zur städtebaulichen Einbeziehung und zur kulturellen und ökonomischen Nutzung der historischen Bausubstanz bei der Rekonstruktion der Städte und Dörfer in der DDR“ sowie aus der Beschäftigung mit Nutzungsmöglichkeiten „historischer Bauten für Zwecke der Erholung und des Tourismus“.³⁹⁵ Das Thema Erholung und Tourismus wurde auch 1969 fortgeführt. Darüber hinaus wurde 1969 die „Erschließung von Baudenkmalen bei der Gestaltung der Umwelt der sozialistischen Gesellschaft“ zum Arbeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe.³⁹⁶

In einem Rechenschaftsbericht von 1970 zur Tätigkeit der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) „Denkmalpflege“ erklärte der Konservator Peter Goralczyk als Vorstandsmitglied der ZAG Denkmalpflege und als Verfasser des Berichts, dass die volle Arbeitsfähigkeit erst ab 1969 habe gewährleistet werden können, obwohl die Gründung bereits 1967 erfolgt war. Insbesondere die Tagung der Arbeitsgruppe in Stralsund 1969 wurde von Goralczyk in seinem Bericht herausgestellt und erscheint daher retrospektiv als Initialzündung der eigentlichen Tätigkeit.³⁹⁷

5.3.3 Zwei unter Vielen. Ludwig Deiters und Fritz Rothstein

Im folgenden Kapitel sollen Ludwig Deiters und Fritz Rothstein eingehender betrachtet werden. Das Ziel ist es, deren Position(en) in den Bereichen Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes zu begutachten, zu vergleichen und kritisch zu hinterfragen. Während Deiters als Generalkonservator auf nationaler Ebene agierte, war Rothstein als Hauptreferent für Denkmalpflege beim Berliner Magistrat auf lokaler bzw. städtischer Ebene aktiv und war dennoch überregional vernetzt; nicht zuletzt, weil er – ebenso

392 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 27.06.1967, S. 2.

393 Ebd., S. 2–3.

394 Ebd., S. 3.

395 Vgl. BArch, DY 15/862, fol. 10, Arbeitsplan 1968.

396 Vgl. ebd.

397 Vgl. ebd., fol. 46–47, Rechenschaftsbericht 1970.

wie Deiters – Mitglied der Fachgruppe „Rekonstruktion“ des BdA war. Sowohl Deiters als auch Rothstein sollen hierbei als exemplarisch ausgewählte Protagonisten der DDR-Denkmalpflege untersucht und als solche verstanden werden. Wie in den Kapiteln zu den Konservatorengesprächen (Teil I und II) aufgezeigt werden konnte, gab es nicht *den einen* Protagonisten, sondern eher eine Vielzahl von Akteuren, die sich regelmäßig austauschten, die über unterschiedliche Netzwerke verfügten und die ihre Handlungsspielräume unterschiedlich zu nutzen verstanden.

Ludwig Deiters – Der Generalkonservator

Ludwig Deiters³⁹⁸ schloss 1950 sein Architekturstudium an der TU Berlin mit Diplom ab und begann im Anschluss daran, beim Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, im Bereich der Grundlagenforschung zum Schulbau, zu arbeiten. Im Verlauf der 1950er Jahre beteiligte Deiters sich am Wettbewerb für das Mahnmal Buchenwald und am Bau der Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats „Stalinstadt“/Eisenhüttenstadt, ab 1954 arbeitete er an der Gedenkstätte Buchenwald mit sowie an Entwürfen für die beiden Nationalen Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen. 1957 wurde er durch das MfK zum Konservator für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder berufen. Deiters trat damit die Nachfolge von Gottfried Müller an, der altersbedingt in den Ruhestand ging.³⁹⁹ Obwohl Deiters im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes bis zu diesem Zeitpunkt kaum auf eigene Erfahrungen zurückgreifen konnte, wurde er sogleich vom MfK für die weitere Ausarbeitung einer neuen Denkmalschutzverordnung mithinzugezogen. Nur vier Jahre nach seinem Beginn in der institutionellen Denkmalpflege wurde Deiters im Zuge der Umstrukturierung bzw. Neuordnung der Denkmalpflege 1961 zum Generalkonservator der DDR ernannt. Erst 1967 promovierte Deiters an der TU Dresden zum Thema „Untersuchung zur Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten“ (vgl. hierzu Kapitel 5.3.2).

Wie bereits dargestellt, war Deiters als Generalkonservator die zentrale Figur der regelmäßigen Konservatorengespräche (vgl. Kapitel 5.3.1), da alle Entscheidungen über anstehende Aufgaben oder Veränderungen, über die Bereitstellung finanzieller Mittel ebenso wie die Klärung von Konflikten von ihm getroffen bzw. durchgeführt wurden.

Doch wie hat Ludwig Deiters als Generalkonservator die Denkmalpflege in der DDR bewertet? Welche Position(en) vertrat er? Und wie agierte er? Anhand von zwei Interviews, die Deiters während seiner Zeit als Generalkonservator gegeben hat, soll der Versuch unternommen werden, seinen Blickwinkel und seine

398 Weitere biographische Angaben zu Ludwig Deiters siehe auch in Kapitel 3.3.1 „Direktor gesucht“ in Fußnote 184.

399 Vgl. Ludwig Deiters: Das Institut für Denkmalpflege, S. 18.

Positionen innerhalb des Gefüges der institutionellen Denkmalpflege nachzuzeichnen. Die zwei ausgewählten Interviews eignen sich hierfür im Besonderen, da eines der beiden letztlich nicht veröffentlicht wurde und das andere sowohl in einer veröffentlichten Version als auch in der Manuskriptfassung vorliegt, bei der die Antworten von Deiters selbst schriftlich festgehalten wurden und ungekürzt erhalten sind. In seiner Ausführlichkeit stellt dieses zweite Interview eine Ausnahme im Nachlass von Ludwig Deiters dar und spiegelt das Denken und Handeln des Generalkonservators in besonders eindrücklicher Weise wider. Diese Quelle ist deshalb in besonderem Maße für die Analyse des Protagonisten Ludwig Deiters geeignet und wird im Folgenden – dem erstgenannten (unveröffentlichten) Interview vorgezogen – genauer betrachtet.

Das Interview wurde 1968 im Rahmen eines Sonderheftes der *Deutschen Architektur*⁴⁰⁰ zum Thema „Neues Leben in alten Räumen“ mit Ludwig Deiters geführt. Entlang von fünf Fragen formulierte Deiters den aktuellen Stand der Denkmalpflege in der DDR sowie zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen. Er nannte Inhalte, Ziele sowie wesentliche Aufgaben und Probleme (Frage 1), definierte die Denkmalpflege als aktiven Prozess (Frage 2), erläuterte die Beziehung von institutioneller Denkmalpflege und örtlichen Organen zueinander (Frage 3) sowie das Verhältnis des BdA zu denkmalpflegerischen Zielsetzungen (Frage 4) und führte die künftigen Schwerpunktbereiche der Denkmalpfleger aus (Frage 5).

Hinsichtlich ihrer Inhalte und Ziele definierte Deiters die Denkmalpflege als Gegenstand der historischen und politischen Bildung und somit als zentralen Bestandteil der Gesellschaft und Kulturpolitik. In Abgrenzung zur Denkmalpflege und zum Denkmalschutz in der Vorkriegszeit führte dies, Deiters folgend, zur Erweiterung des Denkmalbegriffes, der nicht mehr das Einzeldenkmal fokussierte, sondern „das Monument [als] Glied einer Kette zum Verständnis der Entwicklungszusammenhänge“⁴⁰¹ sehe. Als größte Herausforderung für die Denkmalpflege benannte Deiters den Prozess der sozialistischen Umgestaltung. Hierbei stehe für ihn vor allem die Frage nach dem Umgang mit historischen Stadtkernen im Zentrum der denkmalpflegerischen Debatte zur sozialistischen Umgestaltung. Die Stadtkerne sollten ihre Zentrumsfunktion weiter innehaben, um nicht abzusterben.⁴⁰² Allerdings mache das rasante Fortschreiten des sozialistischen

400 Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen. Probleme heutiger Denkmalpflege, in: Deutsche Architektur (1968), H. 12, S. 714–715.

401 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Schriftliche Beantwortung der Interviewfragen der Deutschen Architektur, für Deutsche Architektur 1968, Sonderheft „Leben in alten Räumen“. Sowie: Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 714.

402 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Schriftliche Beantwortung der Interviewfragen der Deutschen Architektur, Frage 1. Sowie: Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 714.

„Umgestaltungsprozesses“ bzw. die rasche Industrialisierung des Bauwesens eine Klassifizierung des Altbaubestandes in „[d]enkmalwerte Substanz“, „[e]rhaltenswerte Substanz“ und „kulturhistorisch bedeutungslose Substanz“ notwendig.⁴⁰³ Unklar bleibt in Deiters Ausführungen jedoch, nach welchen Kriterien diese Klassifizierung erfolgte oder erfolgen sollte.

Nahm man diese Art der Klassifizierung vor und stuft ein Bauwerk als „bedeutungslos“ ein, kam es zu dessen Abriss. Dadurch entstanden Lücken im Stadtgefüge bzw. Stadtbild und es wurde die Folgefrage aufgeworfen, wie man mit den neu entstandenen Lücken umzugehen habe. Deiters plädierte für die „Einfügung neuer Wohnbauten“⁴⁰⁴, jedoch definiert durch die Nutzung, nicht durch die Architektur und Formsprache. Bezüglich der Ausführung kam Deiters zu dem Schluss, dass „[d]ie alte Forderung nach angepaßter Architektur und traditioneller Bauweise [...] bei Neubauten in derartiger Situation heute jedoch nicht mehr generell aufrecht erhalten werden“⁴⁰⁵ könne. Mit einem Verweis auf Martin Henzes Untersuchung zu Freiberg, die 1963 in der *Deutschen Architektur* (im Rahmen des Themenheftes zur sozialistischen Umgestaltung, vgl. Kapitel 5.3.1) vorgestellt worden war, gab Deiters lediglich zu bedenken, dass „allzugroße Kontraste [...] vermieden werden“⁴⁰⁶ müssten.

Aus Deiters' Ausführungen wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR abspielen sollten. Einerseits sollte die institutionelle Denkmalpflege dem erweiterten Denkmalbegriff gerecht werden und andererseits hatte sie sich mehr und mehr der fortschreitenden Ökonomisierung und Industrialisierung des Bauwesens ein- bzw. unterzuordnen. Die von Deiters angeführte Klassifizierung stellt dabei letztlich das Ergebnis einer Denkmalpflege innerhalb dieses Spannungsfeldes dar und zeigt Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR als ein von der Notwendigkeit und vom Pragmatismus getriebenes Handlungsfeld.

Im Rahmen des Interviews problematisierte Deiters auch die Vorgehensweise bei der Restaurierung von Einzelbauten. Die Frage nach der „Erhaltung der Alterswirkung oder Wiederherstellung der künstlerischen Wirkung“ bezeichnete Deiters im Interview als „Streitfrage“, bei der er sich zu einer eindeutigen Positionierung hinreißen ließ: „Ich werde immer dafür eintreten, daß die Geschlossenheit der Wirkung mit Hilfe der Rekonstruktion historischer Formen wiederhergestellt wird, wo immer die Anhaltspunkte dafür ausreichen. Wo das nicht der Fall ist, soll der Architekt die notwendigen Ergänzungen in den Formen unserer Zeit [...]“

403 Vgl. ebd.

404 Ebd.

405 Ebd.

406 Ebd.

einfügen.⁴⁰⁷ Demnach bevorzugte Deiters eine Rekonstruktion von Einzelbauten mit dem übergeordneten Ziel einer künstlerischen Wirkung. Die Konservierung als denkmalpflegerische Maßnahme hatte für ihn im Vergleich zum Erhalt einer Stadtbildwirkung geringere Bedeutung. Gleichwohl betonte er, dass eine Rekonstruktion nur auf wissenschaftlich fundierter Grundlage erfolgen dürfe und sich – falls dies nicht möglich sei – nur „Formen unserer Zeit“ anbieten würden.⁴⁰⁸

Auch bei der Beantwortung der zweiten Frage verdeutlichte Deiters, dass die Wiederherstellung eines spezifischen Stadtbildes Restaurierungsmaßnahmen und Rekonstruktionen ermögliche, die er unter anderem als „experimentelle Baustellen“⁴⁰⁹ titulierte. Während es durchaus museale Denkmale gebe, wie beispielsweise die Potsdamer Schlösser, den Naumburger Dom oder die Klosterruine Chorin, so existierten aber auch Baudenkmale, bei denen die Notwendigkeit zur Umnutzung bestünde. Deiters präzisierte zudem, dass die Unterscheidung zwischen Außen- und Innenraum durchaus unterschiedlich gehandhabt werde, es hier also gewisse Spielräume geben konnte, und seitens der Denkmalpflege offenbar von Einzelfall zu Einzelfall unterschieden wurde. So verwies Deiters auf der einen Seite auf die Wohnbauten in Görlitz, bei denen historische Hallen und Treppenaufgänge hätten wiederhergestellt werden können, und auf der anderen Seite auf Wohnbauten in Quedlinburg und Stralsund, bei denen „stärkere Veränderungen“ vorgenommen worden seien und es eine „große Anzahl der experimentellen Baustellen zur Rekonstruktion historischer Bürgerhäuser“ gebe.⁴¹⁰

Ebenso geht aus Deiters Antworten hervor, dass dieser sehr unterschiedliche Umgang mit dem Denkmalbestand weniger aus denkmalpflegerischen Leitlinien oder Grundhaltungen heraus nachvollzogen werden konnte, sondern vielmehr in wirtschaftlichen Notwendigkeiten gefunden werden musste: Nur eine intensive Nutzung des Denkmals könne auch eine ständige Instandsetzung garantieren, so Deiters.⁴¹¹

Im Wiederaufbau bzw. in der Rekonstruktion sah Deiters die Hauptaufgabe der Denkmalpflege für die kommenden Jahre (vgl. Frage 5). Auch hier waren es die Stadtzentren, die für den Generalkonservator „Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit“ sein sollten.⁴¹² Dies überrascht kaum, da auch das DDR-

407 Antwort auf Interviewfrage Nr. 1, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

408 Vgl. ebd.

409 Antwort auf Interviewfrage Nr. 2, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

410 Vgl. ebd.

411 Vgl. ebd.

412 Vgl. Antwort auf Interviewfrage Nr. 5, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

Bauwesen sein Augenmerk auf die Stadtzentren gelegt hatte und den Wiederaufbau in den folgenden Jahren abschließen sowie die sozialistische Umgestaltung vorantreiben wollte. Deiters hatte erkannt, welche Dringlichkeit dies für die DDR-Denkmale bedeutete und versuchte aus seiner Position heraus, die Altstadtbereiche vor der rationalisierten und industrialisierten Umgestaltung der Städte zu schützen. Eine Chance für die Denkmale und insbesondere für die Stadtzentren sah Deiters im aufkommenden Tourismus. So sollten die „historische[n] Stadtkerne von Quedlinburg, Stralsund und Görlitz zu Zentren des Tourismus entwickelt werden“⁴¹³. Wenn dies gelänge, so lässt sich diese Aussage deuten, hätte man eine weitere Facette der Wirtschaftlichkeit von Denkmalpflege und Denkmalschutz zu bieten, die zugleich gewinnbringend für die Außenwirkung und Außendarstellung der DDR genutzt werden könne – auch oder insbesondere im Hinblick auf eine stärkere Positionierung denkmalpflegerischer Inhalte innerhalb des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung.

Am Ende seines beruflichen Wirkens als Generalkonservator der DDR betonte Ludwig Deiters ebenfalls das Thema des Wiederaufbaus bzw. der Rekonstruktion als denkmalpflegerische Kernaufgabe, wie ein unveröffentlichtes Interview verriet, das ursprünglich zu Deiters' 65. Geburtstag und anlässlich seiner Amtsübergabe an Peter Goralczyk unter dem Titel „Kontinuität in der Denkmalpflege“⁴¹⁴ hätte erscheinen sollen. Gefragt wurde Deiters nach seinem persönlichen Rückblick auf die Entwicklungen der Denkmalpflege in der DDR, die er von 1957 an für drei Jahrzehnte maßgeblich geprägt hat. In seiner Antwort verwies Deiters auf seine ersten Berufserfahrungen von 1954 an innerhalb des „Architektenkollektivs Buchenwald“, die er bereits als den Beginn seiner denkmalpflegerischen Arbeit verstand.⁴¹⁵

Obwohl die damit angesprochenen Entwurfsarbeiten für die Gedenkstätte Buchenwald nach dem Verständnis der heutigen Denkmalpflege nicht als denkmalpflegerische Arbeit gewertet werden würden, lässt sich die Herleitung, die Deiters in diesem Interview vollzieht, nicht gänzlich von der Hand weisen. Schließlich wurde die Gedenkstätte Buchenwald zur Nationalen Gedenkstätte und damit zu einem bedeutenden Denkmal der DDR.

413 Ebd.

414 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Neues Deutschland: Kontinuität und Denkmalpflege, unveröffentlichter Artikel aus dem Nachlass. Laut Randnotizen auf dem Typoskript scheint der Artikel im Dezember 1986 bzw. Januar 1987 zur Diskussion gestanden zu haben. So finden sich konkret die Angaben „30.12.86“ und „19.1.87“ sowie „16.3.87“ als handschriftliche Ergänzungen auf dem Skript. Warum das Interview letztlich nicht oder zumindest nicht in dieser Form erschien, ist unklar.

415 Vgl. ebd.

Mit dem Beginn seiner Konservatorentätigkeit hat Deiters 1957 die Zuständigkeit für Arbeiten am Kulturhaus Marchwitza sowie für verschiedene barocke Bürgerhäuser und die Nikolaikirche in Potsdam übernommen.⁴¹⁶ Die Gemeinsamkeit zwischen diesen Projekten liegt in der Wiederaufbauleistung, die hier unter denkmalpflegerischen Maßgaben vollzogen wurde. Gleichwohl sind es Rekonstruktionen, die den Wiederaufbau dieser Objekte nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs meinen. Auch damit verwies Deiters hier nicht auf „klassische“ denkmalpflegerische Projekte, sondern auf Objekte, die neu entstanden sind und neu entstehen sollten. Es ist zwar aufgrund des Ausmaßes der Kriegszerstörungen nachvollziehbar, dass die Konservierung und Restaurierung bestehender Objekte weniger Beachtung fanden als der Wiederaufbau von Verlorenem, es überrascht aber dennoch, dass Deiters, gefragt nach den Entwicklungen der Denkmalpflege in der DDR, nur solche Projekte nannte. Auffällig ist auch, dass er bei seiner Antwort weder auf den aktuellen Stand der institutionellen Denkmalpflege einging noch Aussagen zur inhaltlichen Ausrichtung oder Positionierung der Denkmalpflege in der DDR traf.

Als Generalkonservator war Ludwig Deiters in einer Position, die ihn als Strategen, Vermittler und Netzwerker forderte. Er hatte die Aufgabe, die institutionelle Denkmalpflege in die staatlichen Strukturen zu integrieren und sie wiederkehrend den aktuellen Anforderungen anzupassen, und musste dabei die denkmalpflegerischen Ziele und Absichten gegenüber den Interessen aus Politik, Bauwesen und Planwirtschaft verteidigen. Sich Problemen zu widmen und dafür Lösungsvorschläge zu unterbreiten, gehörte zu den Kernaufgaben seiner Tätigkeit, wie unter anderem ein Manuskript mit dem Titel „Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der DDR“⁴¹⁷ vom 14. Juli 1967 beweist.

Dabei sah sich Deiters selbst in einer durch und durch politischen Position, wie ein weiteres Manuskript nahelegt; es war für ein Referat in Kiel und trug die Überschrift „Denkmalpflege – Eine politische Aufgabe“⁴¹⁸. In diesem Vortrag von 1973 vertrat Deiters die These, dass „Denkmalpflege [...] schon immer eine politische Aufgabe“⁴¹⁹ gewesen sei und argumentierte dies anhand der gesetzlichen Grundlagen, der Bedeutung und der Ziele der Denkmalpflege in der DDR sowie angesichts der Partner der Denkmalpflege und der denkmalpflegerischen Praxis. Allerdings ließ Deiters erst im etwas später folgenden Referatsabschnitt zur „Pra-

416 Vgl. ebd.

417 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der DDR vom 14.07.1967.

418 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Denkmalpflege eine politische Aufgabe. Manuskript zum Referat in Kiel, Januar 1973.

419 Ebd., S. 1.

xis der Denkmalpflege⁴²⁰ die Verbindung zwischen Politik und Denkmalpflege evident werden. Schlaglichtartig versuchte er, auf die Ergebnisse und Meilensteine der Denkmalpflege in der DDR seit 1945 einzugehen. So charakterisierte er anhand des Dresdener Zwingers, der Berliner Staatsoper und der Dome von Halberstadt und Magdeburg die Wiederaufbauleistungen der ersten Nachkriegsjahre. Im Verlauf der weiteren sozialistischen Entwicklungen standen der Aufbau neuer Stadtzentren und die Erschließung und Restaurierung des Denkmalbestandes im Zentrum der denkmalpflegerischen Tätigkeit. Diese wurde damit in einen direkten Zusammenhang zur DDR-Politik und zu den vermeintlichen gesellschaftlichen Entwicklungen auf dem Weg zum Sozialismus gesetzt. Das Ensemble Unter den Linden in Berlin, die Neubebauung der Altstadt Dresdens sowie die Kröpeliner Straße in Rostock sah Deiters hierfür als denkmalpflegerische Beispiele par excellence. Während sowohl die Wiederaufbauleistungen der direkten Nachkriegszeit als auch der Aufbau neuer Stadtzentren und die damit verbundene Erschließung des Denkmalbestandes noch als moderat politisch wahrgenommen werden könnten, erscheint die Denkmalpflege der 1970er Jahre in Deiters Ausführungen geradezu als Höhepunkt der Verschmelzung von Denkmalpflege und Politik. Grundvoraussetzung für die Entwicklungen der Denkmalpflege in dieser Zeit waren, so Deiters, der VIII. Parteitag der SED sowie die 6. Plenartagung des Zentralkomitees der SED, da diese die „Instandsetzung und Modernisierung der Altbauten [...] in die Baupolitik [und] besonders in die Wohnbaupolitik“⁴²¹ miteinbezogen hätten. „Nachdrücklich wurde die Verantwortung betont, die alle Leitungen im Staatsapparat, in den gesellschaftlichen Organisationen und den Betrieben für die Entwicklung der Kultur tragen“⁴²², so Deiters weiter. Die Resultate dieser politischen Weichenstellung sah der Generalkonservator in den Wiederherstellungen des Schlosses in Güstrow, des Marktes in Wismar und des historischen Stadtkerns von Stralsund. Dass die politischen Entscheidungen und Leitlinien allein jedoch keine wirksame Denkmalpflege ermöglichen würden, sondern nur eine aktive Gesellschaft, verdeutlichte Deiters in seinen Schlussworten. Darin begründete er, dass solche Ergebnisse nur erzielt werden könnten,

„weil das Interesse der aktivsten Teile der Bevölkerung an den Denkmälern zunimmt. Aus dem Interesse erwächst der Wille, die Denkmäler zu pflegen, sie in das Leben und die Gestalt der Städte und Dörfer ein[z]u beziehen zur eigenen Bildung und Freude, zur Freude auch der Gäste, die wir in wachsender Zahl aus einer friedlichen Welt erwarten.“⁴²³

420 Ebd., S. 13–15.

421 Ebd., S. 14.

422 Ebd.

423 Ebd., S. 15.

Aus Deiters' Darlegungen zur Verschmelzung von Denkmalpflege und Politik und mit dem Verweis auf den VIII. Parteitag der SED und die 6. Plenartagung des ZK werden erneut der erhöhte ökonomische Druck sowie die Notwendigkeit einer Positionierung gegenüber der voranschreitenden Industrialisierung im Bauwesen in den 1970er Jahren deutlich. Als Generalkonservator versuchte Deiters, das Spannungsfeld zwischen der Mitgestaltung von neu entstehenden Stadtzentren und dem denkmalpflegerischen Bewahrungsauftrag für die Inhalte und Ziele der institutionellen Denkmalpflege zu nutzen. Dabei schwebte jedoch immer die Angst vor einem möglichen Bedeutungsverlust wie ein Damoklesschwert mit, weshalb der Kontakt zur Bevölkerung unerlässlich war.

Die von Deiters genannten positiven Beispiele, die den Erfolg der Denkmalpflege in der DDR belegen sollten, stellten wieder einzelne „Leuchtturmprojekte“ in den Vordergrund, die weder die Vielfalt denkmalpflegerischen Handelns noch die vielen Herausforderungen abbildeten, mit denen sich die DDR-Denkmalpfleger tagtäglich konfrontiert sahen. Da sowohl die Materialien als auch die finanziellen Mittel der Denkmalpflege in der DDR kaum Spielräume ließen, bildete sich der von Deiters zuvor in der *Deutschen Architektur* beschriebene erweiterte Denkmalbegriff nicht ab und konnte in dieser Form auch nicht auf Veranstaltungen in der BRD oder im Ausland beschrieben oder gar konstatiert werden.

Wie schwierig sich zum Teil die Umsetzung denkmalpflegerischer Ideen gestaltete und in welcher Form Deiters als Generalkonservator beim Realisierungsversuch in den Prozess eingebunden wurde, kann anhand des Schlosses in Dargun aufgezeigt werden.

Fallbeispiel: Schloss Dargun

Am 5. November 1969 wandte sich der Sekretär der Zentralen Kommission Natur und Heimat, Horst Bänninger, an den Generalkonservator Deiters. Bänninger bat dabei um eine Einschätzung bezüglich der weiteren Verfahrensweise beim möglichen Wiederaufbau des Schlosses Dargun und dessen potenzieller neuer Nutzung.⁴²⁴

Die Kloster-Schloss-Anlage, deren bauliche Ursprünge auf das 12. Jahrhundert zurückgehen, ist am 30. April 1945 bei einem Brand stark zerstört worden. Durch unterbliebene Sicherungsmaßnahmen verfiel die Anlage immer weiter, sodass auch Teile des ursprünglich noch erhalten gebliebenen Chorgewölbes einstürzten.⁴²⁵ Nachdem der Ministerrat am 29. Januar 1949 den Gebäudekomplex bereits zum Abbruch freigegeben hatte, erhoben das damalige Amt für Denkmalpflege in Schwerin sowie der Oberkirchenrat Einspruch. In der Folgezeit engagierte sich der Kaufmann Lothar Diemer, der Museumsleiter des Kreisheimatmuseums Demmin, für

424 Vgl. BArch, DY 27/7516, Schreiben von Bänninger an Deiters vom 05.11.1969.

425 Vgl. Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern. Studien zur Bau- und Kunstgeschichte, Petersberg 2004, S. 392.

den Erhalt der Gebäude, indem er Zustandsberichte und Nutzungsvorschläge an das Amt für Denkmalpflege sandte.⁴²⁶ Zu diesen gehörte im Sommer 1949 auch eine Beschreibung der Anlage, in der Diemer betonte, dass die „Umfassungsmauern des Schlosses und auch der Arkadenhof [...] im großen und ganzen noch erhalten“ seien, es aber ungeachtet dessen Bestrebungen gebe, die noch stehenden Bauteile zum Einsturz zu bringen.⁴²⁷ In den folgenden Jahren blieben allerdings alle Bemühungen, die zu einer Sicherung oder Wiederherstellung des Komplexes geführt hätten, unrealisiert – auch, weil nach der Auflösung der Länder und der damit einhergehenden Abschaffung der Landesämter für Denkmalpflege (1952), die institutionelle Denkmalpflege in der DDR erst neu strukturiert und etabliert werden musste. Auch die zeitweilige Umsetzung der Schweriner Arbeitsstelle nach Berlin und wiederum ihre Rückführung von Berlin nach Schwerin im Jahr 1956/57 bewirkte zunächst einen Stopp aller Vorhaben und Pläne im Zusammenhang mit der Ruine.

Das Interesse an dem historischen Gebäudekomplex blieb dennoch bestehen, sodass auch im ersten Heft der „Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Schwerin“ im Jahr 1957 auf Ausgrabungen des früheren gotischen Chores der ehemaligen Klosterkirche hingewiesen wurde sowie auf die Anfertigung eines Modells von Schloss und Kirche durch den ehrenamtlichen Vertrauensmann für Denkmalpflege und Modellbauer Werner Kerk aus Mirow (Abb. 43, folgende Seite).⁴²⁸ Christine Kratzke schrieb dazu in ihrer Dissertation über das Zisterzienserklster Dargun, dass das Grabungsprojekt von Hans-Wolfgang Benkendorf ab 1956 „erstmalig ein wissenschaftliches Interesse nach 1945 an der Darguner Kloster-Schloss-Anlage“⁴²⁹ ausgelöst habe. Im Anschluss an Benkendorfs Grabung und an seine Diplomarbeit zur Baugeschichte des Darguner Klosters und Schlosses gelang es jedoch nicht, einen Wiederaufbau oder wenigstens ein größeres Projekt zur Umsetzung von Sicherungsmaßnahmen zu forcieren. Im Gegenteil: Es lässt sich vielmehr 1958 in den Mitteilungen an die Vertrauensleute ein Vermerk finden, dass im ehemaligen Schloss einzelne Teile

426 Vgl. ebd.

427 Vgl. LADMVS, Objektakte Dargun, Akte vom 30. Juli 1949, zitiert nach Christine Kratzke: Das Zisterzienserklster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 392: „Ich erhielt folgenden Bericht: [...] Die Umfassungsmauern des Schlosses und der Arkadenhof sind im großen und ganzen noch erhalten. Es werden aber, wie man mir berichtet, Pfeiler unterhöhlt, um größere Partien des Bauwerks zum Einsturz zu bringen. Auch die Kirchenruine wird nach dem erhaltenen Bericht angegriffen.“

428 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, Zusammenstellung der zur Zeit in Arbeit befindlichen wesentlicheren denkmalpflegerischen Arbeiten, S. 13.

429 Christine Kratzke: Das Zisterzienserklster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 393.

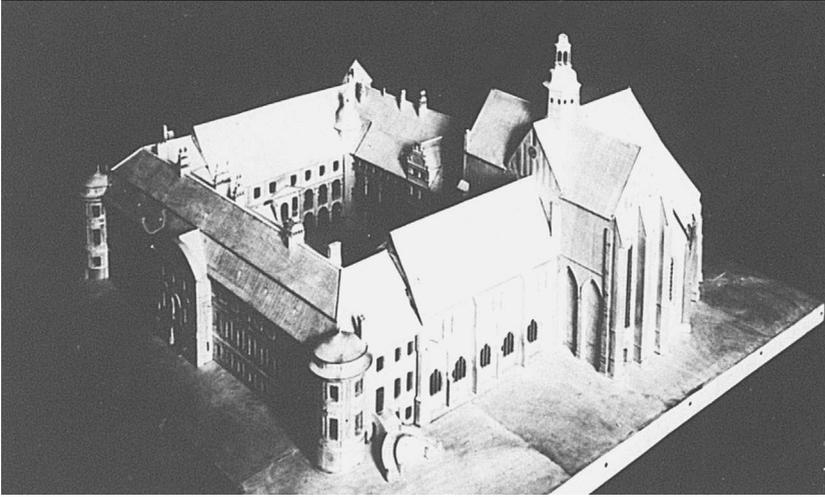


Abb. 43: Walter Kerks Modell von Schloss Dargun aus dem Jahre 1960

wegen Einsturzgefahr an der Ruine hätten abgebrochen werden müssen; die Herstellung des Modells von Kerk sei aber inzwischen weit fortgeschritten.⁴³⁰

Je mehr sich die Sicherung der Ruine und ein möglicher Wiederaufbau für eine neue Nutzung als unwahrscheinlich herausstellten, umso wichtiger erschien offenbar die Übertragung des für verloren erklärten Bauwerks in ein Modell. Zumindest lassen die wiederholte Erwähnung dieses Modells und eine ausführliche Beschreibung seiner Herstellung, alles bei fortschreitendem Verfall der Originalsubstanz, darauf schließen. Dass es sich bei diesem Vorgehen jedoch um eine Ausnahme handelte, die nicht auf alle gefährdeten Objekte übertragbar sein sollte, versuchte vor allem Walter Ohle, im Anschluss an Kerks Ausführungen zur Herstellung des Modells, in den Mitteilungen an die Vertrauensleute herauszuarbeiten. Sowohl Kerk als auch Ohle untermauerten den wissenschaftlichen Anspruch des Modells, das nicht „ein ungefähres, vielleicht sogar fantasievoll ergänztes oder bereichertes Bild der Gebäude“ vermitteln solle, sondern eine „in alle[n] Einzelheiten genaue, zuverlässige und vollständige Wiedergabe [des] Zustandes vor der Zerstörung“ sein solle.⁴³¹ Kerk beschrieb, wie ungewöhnlich dieser an ihn gerichtete Auftrag sei, da „Gebäudemodelle [...] gewöhnlich als Fassaden-

430 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 2, Zusammenstellung der wichtigsten zur Zeit in Arbeit befindlichen denkmalpflegerischen Arbeiten, S. 8.

431 Vgl. Walter Kerk: Über den Bau des Modells des Schlosses und der Kirche Dargun i. Meckl., Kreis Malchin, S. 1–5 mit Kommentar von Walter Ohle, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mit-

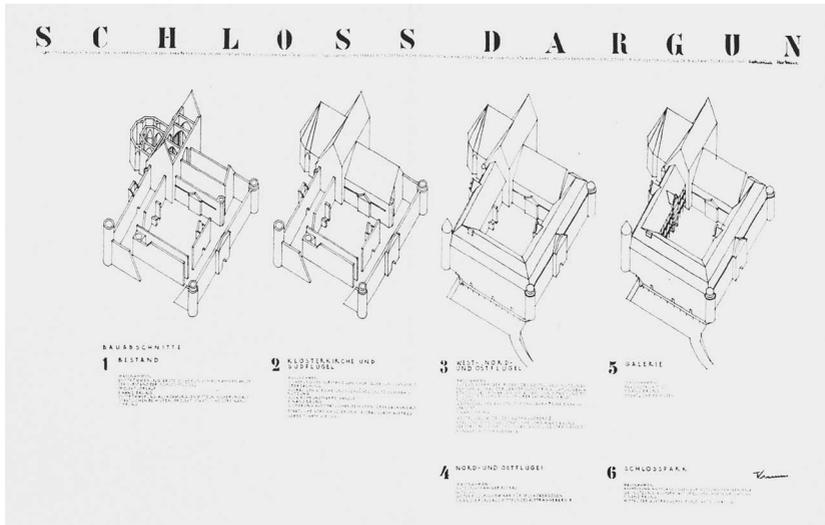


Abb. 44: Entwurf für den Projekttablauf zur Wiederherstellung des Darguner Schlosses, Erläuterungsbericht 1967

modelle angefertigt“ würden, er hier aber ein Modell erschaffen solle, das „nicht nur außen, sondern auch innen so naturgetreu wie möglich“ sein solle; mit „allen baulichen Veränderungen, die im Verlauf der vielen Jahrhunderte vorgenommen wurden [und] alle[n] Unregelmäßigkeiten“. ⁴³² Für Kerk war dabei die häufig unpräzise Quellenlage die größte Schwierigkeit, um den Ansprüchen, die Walter Ohle an das Modell stellte, gerecht zu werden. ⁴³³ Die Fertigstellung des Modells änderte jedoch nichts am Zustand oder am ungelösten Status der Gesamtanlage.

Doch auch wenn in der Folgezeit ein Wiederaufbau der Ruine immer unwahrscheinlicher wurde und weder auf ein Nutzungs- noch auf ein Finanzierungskonzept zurückgegriffen werden konnte, so versuchte man dennoch, einzelne kunst- und bauhistorisch wertvolle Teile zu sichern. Zu diesen gehörten unter anderem verschiedene Kapitelle und ornamentierte Sandsteinplatten aus dem Ostflügel des Schlosses, die vorerst im ehemaligen Gartenpavillon der Anlage aufbewahrt werden sollten. ⁴³⁴

teilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 8, S. 5–8, hier S. 5–6.

432 Vgl. ebd., S. 1–2.

433 Vgl. ebd., S. 2–5.

434 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 7, S. 7.

Nach Ermittlung des Volumens der Bauschuttmassen im Juni 1964 wurde im Mai des darauffolgenden Jahres vom Dresdener Bausachverständigen W. Preiss, im Auftrag des Instituts für Denkmalpflege in Schwerin, ein Gutachten über die Bausubstanz des Schlosses und der Kirche erstellt. Dieses wurde dann zum Ausgangspunkt einer Diplomarbeit, verfasst von Katharina Herborn am Lehrstuhl von Leopold Wiel für Werklehre und Entwerfen an der TU Dresden. Ziel der Diplomarbeit war die Umnutzung der Anlage als Erholungs- und Ferienheim und nicht die Erarbeitung eines dezidiert denkmalgerechten Erhaltungs-, Sanierungs- oder Rekonstruktionskonzeptes (Abb. 44, vorhergehende Seite).⁴³⁵

Der Konservator Dieter Zander hielt Herborns Ausarbeitung für eine „gut durchdachte Angebotsplanung“⁴³⁶. Zum denkmalpflegerischen Stellenwert der Arbeit sagte er jedoch nichts, auch wenn Herborn in ihrer Ausarbeitung durchaus behutsam mit der erhaltenen Substanz der Ruine umzugehen versuchte.⁴³⁷

Herborns Entwurf zur Kloster-Schloss-Anlage Dargun stellt sich als ein von einem möglichen Nutzungskonzept ausgehendes Wiederaufbaukonzept dar. Die Sicherung und Wiederverwendung der noch vorhandenen Bauteile sollten daher der neuen Nutzung entsprechend stattfinden und angepasst werden. Ausgangspunkt hierfür war vor allem das genannte Gutachten des Bausachverständigen Preiss vom 6. Mai 1965. In ihrem Erläuterungsbericht fasste Herborn die Situation der Anlage mit den Worten zusammen:

„Die Schloßanlage scheint dagegen als Gegenstand oder gar Ausgangspunkt von gebietsplanerischen Überlegungen bisher nicht von Interesse gewesen zu sein. Der ruinöse Zustand erklärt das. Darum ist das Ziel dieser Angebotsplanung:
1.) Die Frage der Nutzbarkeit der Schloßanlage beispielhaft zu durchdenken und
2.) Die Realisierbarkeit eines Wiederaufbaus zu demonstrieren.“⁴³⁸

Dabei tritt einerseits das Versagen der staatlichen Stellen des Bezirks Neubrandenburg bezüglich des Denkmals zutage und andererseits wird klar, dass es sich bei Herborns Konzept zunächst um eine theoretische Überlegung handelte, deren Realisierbarkeit aber durchaus möglich sein sollte. Das von der Diplomandin vorgeschlagene weitere Vorgehen sah zunächst eine allgemeine Enttrümmerung vor (I. Bauabschnitt), um dann ausgehend von der „äußere[n] Hülle der barocken Schloßanlage“, die Herborn als „bauliche Rahmensubstanz“ bezeichnete, alle wei-

435 Vgl. Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 395.

436 Ebd. Sowie: Dieter Zander: Zur Baugeschichte des Klosters Dargun, in: Studienhefte zur Mecklenburgischen Kirchengeschichte (1992), H. 2, S. 5–12, hier S. 11–12.

437 Ebd.

438 BAArch, DY 27/7516, Abschrift Erläuterungsbericht von Katharina Herborn aus dem Frühjahr 1967 zur Angebotsplanung für den Wiederaufbau von Schloß Dargun.

teren Schritte des Wiederaufbaus durchzuführen.⁴³⁹ Obwohl Herborn auch das Modell von Kerk als Quelle diente, entschied sie sich dazu, „die ehemals vorhandene je Flügel verschiedenartige Firsthöhe und Dachform“, die durch Kerks Modell überliefert war, nicht zu übernehmen.⁴⁴⁰ Die Gründe hierfür lagen für Herborn einerseits in den „unklaren Anschlußpunkte[n] der Dachhaut an den einzelnen Nahtstellen“; andererseits sah sie so die Möglichkeit gegeben, „ein[en] Dachquerschnitt asymmetrischer Querschnittsformen [...] mit gleichbleibender Firsthöhe“ zu realisieren, die dem „unterschiedlichen Habitus von Schloßaußen- und -innenseite“ besser entspräche.⁴⁴¹

Insgesamt stand in Herborns Entwurf eine mögliche Nutzung im Vordergrund. Dabei sollte die Anlage unter Verwendung der noch vorhandenen und nutzbaren Substanz wiederaufgebaut werden. Wie sehr die Finanzierungsfrage des Vorhabens den Umgang mit der Substanz und die Art des Wiederaufbaus prägte, wird ebenso in Herborns Ausführungen deutlich, in denen sie betont, dass sich das Institut für Denkmalpflege aus denkmalpflegerischen Gesichtspunkten für „einen einzigen Nutzer (d.h. Investträger)“⁴⁴² ausgesprochen habe. Davon abweichend befürwortete Herborn jedoch – für eine bessere Finanzierung des Vorhabens – eine Mehrfachnutzung, auch wenn dabei die Gefahr bestünde, dass „die Einheit der 4-Flügel-Anlage [...] zur äußeren Attrappe“⁴⁴³ herabgestuft werden könnte, um die verschiedenen Funktionen zu trennen.

Der Leiter der Schweriner Arbeitsstelle bzw. des Schweriner Instituts, Walter Ohle, hatte das Darguner Schloss bereits in den 1950er Jahren als Denkmalobjekt aufgegeben, da die übergeordneten staatlichen Stellen kein Interesse gezeigt oder keine Möglichkeit für einen Wiederaufbau gesehen hatten. Serafim Polenz wandte sich deshalb im Juni 1969 mit Katharina Herborns Arbeit erneut an Horst Bänninger und verwies in seinem Schreiben auf das Versagen der staatlichen Strukturen, wodurch der Entwurf Herborns überhaupt erst möglich geworden sei. Denn, so Polenz: „Er entstand aus der Einsicht, dass infolge des großen Bauvolumens und der damit verbundenen relativ hohen Kosten eines Wiederaufbaus ein optisch fassbares Angebot hergestellt werden müsse.“⁴⁴⁴ Die Hauptursache im bisherigen Versagen des Bezirks Neubrandenburg sah Polenz in der „Fluktuation verantwortlicher Mitarbeiter des Staatsapparates“ und in der Missachtung der „Anregungen des Instituts“.⁴⁴⁵ Nichtsdestotrotz gehörte das Darguner Schloss für

439 Vgl. ebd., S. 4 und S. 17.

440 Vgl. ebd., S. 15.

441 Vgl. ebd.

442 Ebd., S. 4.

443 Ebd., S. 5.

444 BArch, DY 27/7516, Schreiben von Polenz an Bänninger vom 28.06.1969.

445 Vgl. ebd.

Polenz „in die Spitzengruppe der Bezirksliste, und damit in die Reihe der Baudenkmale von nationaler Bedeutung [, weshalb] ein ausdrückliches staatliches Interesse an einem Wiederaufbau [besteht]“⁴⁴⁶. Weder der ruinöse Zustand noch das in großen Teilen fehlende Vorhandensein der Bausubstanz änderten für Polenz etwas an der Einordnung bzw. Klassifizierung des Objektes als Bestandteil der Bezirksliste. Auf dieser war der Gebäudekomplex sogar als „Ruine des ehemaligen Schlosses und Kirchenruine“⁴⁴⁷ gelistet, dennoch plädierte Polenz nicht für ein detailliert ausgearbeitetes Sicherungskonzept der Ruine, sondern formulierte den Wiederaufbau des Schlosses geradezu als moralische Frage, weshalb auch der Staat das Projekt mitfinanzieren solle, um „jede[m] Interessenten an einem Wiederaufbau des Schlosses von vornherein größtmögliche Unterstützung“⁴⁴⁸ zu gewähren. Gleichwohl verdeutlichte Polenz, dass eine eventuelle touristische Nutzung dieses Gebäudekomplexes „in einer landschaftlich schönen Umgebung“⁴⁴⁹ zu einer (Re-)Finanzierung führen würde.

Möglicherweise waren die Entrümmerungsarbeiten in der Schlossruine sowie die Abfuhr des Schuttes, die im Januar 1968 als „erster Teilabschnitt der geplanten Arbeiten“⁴⁵⁰ deklariert wurden, als erster Schritt für eine Realisierung von Herborns Konzept (Planung I. Bauabschnitt) in Auftrag gegeben worden. Obwohl einerseits festzustellen ist, dass offenbar bei allen beteiligten Seiten großes Interesse an einem möglichen Wiederaufbau und an einer neuen Nutzung der Anlage bestand, erschien andererseits die Realisierung eines solchen Großprojektes zweifelhaft, wie auch ein Brief Bänningers vom November 1969 an Deiters belegt.⁴⁵¹ Bänninger bat den Generalkonservator darin um dessen Einschätzung des Vorhabens und schilderte den bisherigen Werdegang des Projektes, das seit Herborns Konzipierung an Zugkraft gewonnen hatte. Größtes Problem blieb allerdings die Finanzierung des Projektes, was schon durch das anhaltende Fehlen eines Investträgers zum Ausdruck kam. Der Rat der Stadt Dargun war dazu am 27. Mai 1969 an das Bundessekretariat des Kulturbundes mit der Frage herantreten, ob nicht der Kulturbund der Investträger und spätere Nutzer des Objektes sein könne oder wolle. Hierzu läge Bänninger nun die Arbeit von Herborn

446 Ebd.

447 Zentrale Denkmalliste vom 25. September 1979, IV. Denkmale des Städtebaus und der Architektur, Einzeldenkmale, Nr. 12, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Sonderdruck Nr. 1017 vom 5. Oktober 1979.

448 BArch, DY 27/7516, Schreiben von Polenz an Bänninger vom 28.06.1969.

449 Ebd.

450 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Vertrauensleute der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1968), Nr. 18, S. 82.

451 Vgl. BArch, DY 27/7516, Schreiben Bänninger an Deiters vom 05.11.1969.

vor, ebenso wie ein Schreiben des Konservators Serafim Polenz, der eine Nutzung seitens des Kulturbundes begrüßen würde. Außerdem habe bereits ein Treffen zwischen Polenz, dem Bürgermeister von Dargun und weiteren Ratsmitgliedern stattgefunden, um sich über den Zustand der Ruine zu informieren.⁴⁵² Hin- und hergerissen zwischen den Möglichkeiten, die das Objekt bot, und den Kosten, die das Projekt verschlingen würde, erschien das Vorhaben dem Kulturbund als potentiell alleinigem Rechts- und Investträger als wohl zu umfangreich, weshalb Bänninger nun um Deiters' Einschätzung bat:

„Von der Lage und Umgebung her eignet sich das Objekt unbedingt als Ferien-, Erholungs- und Schulungsheim für das Ministerium für Kultur und den Deutschen Kulturbund und als Kulturzentrum (Kapelle) für die Stadt Dargun, nur weiß ich nicht, wie die Finanzierung vor sich gehen soll und wer ein solch Riesenprojekt finanzieren kann.“⁴⁵³

Bänninger wollte aber nichts unversucht lassen und fragte Deiters, ob er zu einem Gespräch mit ihm und dem stellvertretenden Minister für Kultur bereit wäre, um das Anliegen und eine mögliche gemeinsame Nutzung durch den Kulturbund und das MfK zu besprechen. Ob es zu dieser Unterredung kam, kann nach den bisherigen Recherchen nicht festgestellt werden.⁴⁵⁴ Denkbar ist jedoch, dass Deiters bereits vorab signalisierte, dass für ein solches Großprojekt keine finanziellen Mittel bereitstehen würden.

Aus dem Vorgehen im Fall des Schlosses Dargun wird deutlich, dass der Kulturbund, bzw. in diesem Fall Horst Bänninger, nicht auf die Expertise von Deiters verzichten wollte, obwohl das Institut für Denkmalpflege Schwerin ohnehin in das Projekt involviert war, und dass darüber hinaus – und vielleicht am allermeisten – Deiters in seiner Funktion als Generalkonservator vermittelnd zwischen der ministeriellen Ebene und der institutionellen Denkmalpflege, zwischen den Organisationen und den engagierten Denkmalpflegern bzw. zwischen Politik und denkmalpflegerischer Praxis agieren sollte bzw. in dieser Rolle wahrgenommen wurde.

Während die Konservatoren der IfD-Arbeitsstellen und die örtlichen staatlichen Organe die Möglichkeiten der denkmalpflegerischen Praxis in der DDR zu nutzen versuchten, lotete Deiters auf staatlich-politischer Ebene die Möglichkeiten aus. Die eigentliche inhaltliche Arbeit am Denkmal selbst oder an der Konzipierung von Nutzungsmöglichkeiten fand – wie der Fall des Schlosses Dargun zeigt – weitestgehend ohne Deiters statt.

452 Vgl. ebd.

453 Ebd.

454 Eingesehen wurden hierfür die Schriftwechsel des Sekretariats des Stellvertreters des Ministers Kurt Bork. Vgl. BArch, DR 1/8842.

Kratzke kommt in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass das Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975 ein neuer Anknüpfungspunkt für eine Realisierung des Vorhabens in Dargun hätte sein können, da es aus damaliger Sicht das

„Ziel der Denkmalpflege [ist], die Denkmale der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten und so zu erschließen, daß sie der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, der ästhetischen und technischen Bildung sowie der ethischen Erziehung dienen. Das erfordert die Erforschung, Interpretation und Popularisierung der Denkmale, ihre Erfassung und ihren Schutz, ihre planmäßige Konservierung und Restaurierung nach wissenschaftlichen Methoden.“⁴⁵⁵

Dem muss entgegengesetzt werden, dass dies bereits mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 gegeben war⁴⁵⁶ und der Wiederaufbau nicht an den theoretischen oder juristischen Rahmenbedingungen scheiterte, sondern vorrangig an der Komplexität und am Umfang des Projektes, am fehlenden bzw. nicht umsetzbaren Nutzungskonzept sowie am finanziellen und materiellen Aufwand, der damit gebunden worden wäre. Zugleich war das Darguner Schloss als Denkmal zunächst auf der Bezirksliste und ab 1979 in der Zentralen Denkmalliste verankert – allerdings in seinem Status als Ruine.

Fritz Rothstein – Hauptreferent für Denkmalpflege im Berliner Magistrat

Fritz Rothstein⁴⁵⁷ hatte sein Architekturstudium 1929 an der TH Dresden begonnen, musste es jedoch 1933 aus politischen Gründen abbrechen. 1936 erfolgte die Wiederaufnahme seines Studiums an der TH Charlottenburg bei Heinrich Tessenow und Oswin Hempel, das Rothstein 1939 erfolgreich als Diplomingenieur in der Fachrichtung Hochbau abschloss.

In der Nachkriegszeit war Rothstein in verschiedenen Positionen und Projekten als freier Architekt und Dozent tätig. Von 1956 bis 1961 war er leitender Fachredakteur der *Deutschen Architektur* und von 1962 bis 1965 Pressereferent, Infor-

455 Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 395–396.

456 Vgl. hierzu die Präambel der Verordnung von 1961 sowie die Aufgaben des IfD nach Paragraph 2 der Anordnung über das Statut des Instituts für Denkmalpflege. Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

457 Fritz Rothstein (16.12.1909–20.12.1996): Architekt, leitender Fachredakteur der Zeitschrift *Deutsche Architektur*. 1962–1965 Pressereferent, Informationsingenieur und Lektor in der *Deutschen Bauinformation* bei der Deutschen Bauakademie, 1965–1974 Hauptreferent für Denkmalpflege, Bildende Kunst und Museen in der Abteilung „Kultur“ des Magistrats von Ost-Berlin, 1975–1982 verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich der Denkmalpflege als aktives Mitglied des Kulturbundes.

mationsingenieur und Lektor in der Deutschen Bauinformation der DBA. 1965 wechselte er dann zum Berliner Magistrat und nahm die Funktion des Hauptreferenten für Denkmalpflege in der Abteilung „Kultur“ ein. Fritz Rothstein trat damit die Nachfolge von Waltraud Volk an (vgl. Kapitel 3.2.1), die bereits seit dem 1. Januar 1964 eine hauptamtliche Aspirantur an der Humboldt-Universität Berlin innehatte und ihren Arbeitsvertrag mit der Abteilung „Kultur“ des Magistrats aufgelöst hatte.⁴⁵⁸

Rothstein begann am 15. November 1965 seine Tätigkeit als Hauptreferent für Denkmalpflege. Laut seines Einzelvertrages mit dem Stadtrat Ernst Hoffmann sollte Rothstein in seiner Funktion beim Berliner Magistrat „die Verantwortung für die Durchsetzung der kulturpolitischen Konzeption auf dem Gebiet der Denkmalpflege entsprechend der Verordnung“ tragen, für „die Durchsetzung sozialistischer Prinzipien in der Anleitung des Märkischen Museums und in der Zusammenarbeit mit den Berliner Museen“ sorgen und sich der „Probleme der baugebundenen Kunst beim Aufbau des Stadtzentrums“ annehmen.⁴⁵⁹ Wesentliches Merkmal seines Tätigkeitsbereiches sollte dabei das „Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, den Fachgruppen des Deutschen Kulturbundes und der Ständigen Kommission Kulturelle Massenarbeit der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin“⁴⁶⁰ sein. Rothstein sollte als Hauptreferent für Denkmalpflege kontrollieren, begutachten, vorbereiten, ausarbeiten und im besten Falle mit allen erforderlichen Akteuren zusammenarbeiten und auf diese Weise „die nachgeordneten Einrichtungen bei der Vorbereitung und Ausarbeitung von Bautgutachten, technisch-ökonomische[n] Zielstellungen und Aufgabenstellungen“⁴⁶¹ unterstützen. Besonderes Augenmerk sollte Rothstein dabei auf die Investitionspolitik bzw. die Investitionskontrolle bei Schwerpunktaufgaben legen.⁴⁶² Mit dem Antritt seiner Tätigkeit sah sich Rothstein somit einer Fülle von Aufgaben gegenüber, die verschiedene Bereiche der Denkmalpflege tangierte und wozu noch politisch-ideologische und planwirtschaftliche Felder kamen, in denen er vor allem als Kontrollorgan für die Durchsetzung der Leitlinien wirksam werden sollte.

Das Netzwerk aus Architekten und Denkmalpflegern, innerhalb dessen sich Rothstein bewegte, lässt sich aus seinem, bisher nur zu geringen Teilen erschlossenen, Nachlass nur schwer abbilden. Lediglich anhand von Glückwunschschreiben,

458 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Aufhebungsvertrag zwischen Waltraud Volk und dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung Kultur beim Magistrat von Berlin vom 31.12.1963.

459 Alle Angaben zu seiner Tätigkeit sind im Einzelvertrag von Rothstein benannt. Vgl. Nachlass Fritz Rothstein aus dem Privatarchiv von Ewald Rothstein, Einzelvertrag vom 03.01.1966.

460 Ebd.

461 Ebd.

462 Vgl. ebd.

Beurteilungen, Veröffentlichungen und von einzelnen Fotografien lässt sich erahnen, wie vielschichtig und umfangreich sein Netzwerk gewesen sein muss.⁴⁶³

Während seiner verschiedenen Tätigkeiten und Positionen veröffentlichte Rothstein zahlreiche Aufsätze in der *Deutschen Architektur*, der *Natur und Heimat*, der *Kultur. Gesellschaft. Heimat*, der *Farbe und Raum* sowie in der Tagespresse. Diese Publikationen umfassen Einschätzungen zu städtebaulichen Planungen, behandeln Innenraumgestaltungen, thematisieren baugeschichtliche Entwicklungen und stellen architektonische Entwicklungen und Gestaltungsweisen aus dem Ausland vor. Im Verlauf der 1970er Jahre lässt sich dabei eine verstärkte Konzentration auf das Thema Farbe und Farbgestaltung feststellen, vor allem in Bezug auf das Stadtbild.

Im Folgenden wird diese Konzentration Rothsteins auf das Thema Farbe in den Fokus der Betrachtung gerückt, um der Frage nachzugehen, welche spezifischen denkmalpflegerischen Aspekte Rothstein über die Auseinandersetzung mit dem Thema Farbe zu vermitteln versuchte. Ausgangspunkt hierfür sind 31 Aufsätze Rothsteins, die im Zeitraum von 1970 bis 1975 in der Zeitschrift *Farbe und Raum* erschienen sind. Innerhalb dieses Themenkomplexes lassen sich wiederum zwei Schwerpunktsetzungen Rothsteins feststellen. Zum einen setzte er sich häufig mit Farbrekonstruktionen und Farbgestaltungen an Einzelobjekten und bei Innenraumgestaltungen auseinander und zum anderen mit Farbkonzepten im Stadtraum bzw. innerhalb komplexer Rekonstruktionsmaßnahmen, wobei er den Blick innerhalb der DDR regional auf Berlin und auf den Bezirk Erfurt richtete.

Während sich Rothstein bei seiner Betrachtung von Einzelobjekten auf eine ausführliche Beschreibung der einzelnen architektonischen Elemente, auf deren Farbgestaltung und ihre baugeschichtliche Bedeutung bzw. Einordnung konzentrierte, beschrieb er in seinen Beiträgen, die einem größeren Stadtquartier bzw. dem Stadtbild gewidmet waren, vor allem das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure bei der Rekonstruktion und die städtebauliche Bedeutung des Gebietes und der Bauwerke. Sowohl bei der Betrachtung von Einzelobjekten als auch bei der Untersuchung des Vorgehens in größeren Stadtarealen verwies Rothstein auf die, durch Farbuntersuchungen vorgenommene, fachwissenschaftliche Analyse der Farbgestaltung, die als Ausgangspunkt für die Farbrekonstruktion dienen sollte. Zudem verglich er das handwerkliche Können der Vergangenheit mit den Bedingungen des Bauwesens in der DDR und betonte dabei die gesellschaftliche Bedeutung und Relevanz der Rekonstruktionsvorhaben im Stadtraum und im gesellschaftspolitischen Gefüge sowie die Vorbildfunktion, die ein Blick zurück in die Geschichte der Handwerkskunst für das industrielle Bauwesen haben könne.

463 Letztlich handelt es sich hier um ein Desiderat, das es noch zu erschließen und aufzuarbeiten gilt.

Dabei warnte Rothstein vor bloßem Kopieren und sprach sich für das Finden eigenständiger architektonischer Lösungen aus, zu der man angesichts der Traditionslinie, in der man stehe, verpflichtet sei:

„Wir klagen oft über Monotonie. Wenn es gilt, Repräsentanz zu zeigen, sollte man ruhig von den älteren Architektur- und Kunstperioden lernen, sie nicht kopieren, sondern ihre Beispiele umformen und anwenden auf unsere zeitspezifischen Aufgaben. [...] In der europäischen Baugeschichte hat die Farbe eine große Rolle gespielt. Es ist an uns, die Tradition in würdiger Weise fortzusetzen, damit unsere Umwelt noch lebendiger und farbenfroher wird.“⁴⁶⁴

Rothstein ging es jedoch nicht nur um die ideelle oder gesellschaftspolitische Bedeutung, die Farbe im Stadtraum einnehmen könnte, sondern auch um den Versuch einer Einflussnahme auf das Bauwesen, auf die fortschreitende Industrialisierung und auf die alle Lebensbereiche durchdringende Ökonomisierung. Er setzte sich intensiv mit Gebäuden und Gebäudekomplexen auseinander, die in sozialistische Umgestaltungsprozesse eingebunden oder innerhalb dieser als Reservatzonen erhalten bzw. rekonstruiert werden sollten.

In seinen zahlreichen Aufsätzen argumentierte Rothstein für eine sinnvolle Synthese aus Alt und Neu bei der Gestaltung sozialistischer Stadtzentren. In seinem Essay von 1960 zur Denkmalpflege und Planung der Stadtzentren zeigte Rothstein anhand verschiedener städtebaulichen Planungen aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam die Komplexität städtebaulicher Maßnahmen in ihrem Zusammenwirken mit denkmalpflegerischen Intentionen auf: Basierend auf den „Grundsätze[n] der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“⁴⁶⁵, die Rothstein als Fundament für ein erfolgreiches Zusammenspiel von Altem und Neuem sah, setzte er sich kritisch mit den bisherigen städtebaulichen Entwicklungen auseinander. Bei diesen Grundsätzen handelte es sich um Thesen, die der Architekt Peter Doehler ausgearbeitet hatte. Sie fußten auf dem *Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965* und verfolgten das Ziel, die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* von 1950 weiterzuentwickeln.⁴⁶⁶ Doehlers Thesen widmeten sich der Bedeutung und Rolle von Stadtzentren „im Gegensatz zur City

464 Fritz Rothstein: Farbe im Stadtbild. Das Rathaus in Gera, in: Farbe und Raum (1970), Nr. 12, S. 12–14, hier S. 13.

465 Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (Hrsg.), in: Deutsche Architektur, Sonderbeilage 8/1960.

466 Vgl. Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren, aus dem Vorwort von Edmund Collein, S. 1 der Sonderbeilage 8/60, Deutsche Architektur, Hrsg.: Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

kapitalistischer Städte⁴⁶⁷, den Prinzipien der strukturellen Gliederung sowie der städtebaulichen Komposition von Stadtzentren sowie der baulichen Planung und Durchführung beim Aufbau von Stadtzentren. Für Rothsteins Beitrag waren vor allem Doehlers Darlegungen zu historischen und neuen Stadtzentren sowie zu historischen Bauwerken in Stadtzentren von Bedeutung, da diese den inhaltlichen Ausgangspunkt für Rothsteins Forderung nach einem Zusammenspiel von Altem und Neuen bildeten. So führte Doehler unter anderem aus, dass

„[b]ei der sozialistischen Umgestaltung alter Städte, die in ihrem zentralen Teil hervorragende Ensembles und Denkmäler der nationalen Baukunst enthalten, [...] das historisch gewachsene Stadtzentrum in das neue Stadtzentrum einbezogen [werden soll]. Dabei [muss] das alte Stadtzentrum entsprechend den Forderungen der sozialistischen Umgestaltung verändert werden.“⁴⁶⁸

Damit erkannte Doehler den Erhalt von historischer Substanz, wenn diese zu den „hervorragendsten“ Vertretern ihrer Gattung gehörte, zwar grundsätzlich an, betonte aber zugleich, dass nicht der historische Bestand den Maßstab für die weitere Bebauung vorgebe, sondern die Ziele der sozialistischen Umgestaltung. Er sprach damit von einer Integration des historischen Bestandes unter der Prämisse der Angleichung und Veränderung, und demnach der Unterordnung innerhalb des Umgestaltungsprozesses.

Rothstein sah in seinem Beitrag „Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren“ (ebenfalls aus dem Jahr 1960) für Orte wie beispielsweise Schwedt/Oder „eine große Perspektive“⁴⁶⁹, da die sozialistische Umgestaltung in diesen Städten zu „eine[m] glänzenden wirtschaftlichen und städtebaulichen Aufschwung“ führen würde. Die bisherigen städtebaulichen Entwicklungen in Frankfurt/Oder bewertete Rothstein hingegen durchweg negativ. Die „Widersprüche zwischen Denkmalpflege und Städtebau“ hätten sich in Frankfurt „zum Nachteil ausgewirkt“ und bezeugten die zahlreichen Versäumnisse beim Wiederaufbau der Stadt.⁴⁷⁰ In Bezug auf Finsterwalde betonte er hingegen das geschlossene Ortsbild sowie das bemerkenswerte Zentrum der Stadt und forderte die Denkmalpflege dazu auf, „ein wachsames Auge“ auf Städte wie diese zu haben und „Veränderungen sorgsamst [zu] überwachen“.⁴⁷¹ Ganz im Gegensatz zu Doehler forderte

467 Ebd., Präambel, S. 1.

468 Ebd., S. 5–6.

469 Fritz Rothstein: Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren, in: Märkische Heimat, Jg. 4 (1960), S. 69–81, hier S. 76–77.

470 Vgl. ebd., S. 75.

471 Vgl. ebd.

Rothstein hier einen möglichst umfassenden Erhalt des Stadtzentrums bei nur geringen Veränderungen.

Aus Rothsteins Ausführungen wird deutlich, in welcher Form die Synthese aus Altem und Neuem, aus seiner Sicht, umgesetzt werden sollte. Kritisch analysierte Rothstein beispielsweise die städtebaulichen Entwicklungen Potsdams, die er – zumindest zum Teil – nicht im dialektischen Sinne umgesetzt sah und deshalb nicht als wegweisend empfand:

„Diese richtigen und positiven Anknüpfungspunkte an eine Tradition, die sich auf Ordnung, Exaktheit und Regelmäßigkeit beruft, sind aber anscheinend nicht so populär wie die zweite Richtung des Potsdamer Städtebaus. [...] So reizvoll die wiederhergestellten Fronten an der Wilhelm-Staab-Straße mit dem vielfachen Wechsel der architektonischen Details, unterstützt von jeweils wechselnden Farben, auch sein mögen – im Grunde sind sie trotz ihrer Vielfalt durch ihr ‚Facettieren‘ mit immer anderen architektonischen Launen von zweifelhaftem künstlerischem Wert.“⁴⁷²

Die Komplexität des Zusammenspiels von Stadtplanung, Städtebau und Denkmalpflege, die Rothstein in seinem Aufsatz anhand von neun Städten aufzeigte, führte zu zwei abschließenden Forderungen, die sich aus den Grundsätzen ergeben würden: Einerseits müsse man „von der ‚Inselplanung‘ einzelner Gebiete [...] zu einer wirklich komplexen Beurteilung der gesamten Stadtzentren“ kommen und andererseits müssten diese „umfassenden Aufgaben [durch] die richtige, d. h. historisch-materialistische Analyse unserer historischen Städte [...] nach den dialektischen Gesetzen des Sozialismus“ erfolgen.⁴⁷³

Für Rothsteins Potsdamer Beispiele würde diese Vorgehensweise bedeuten, dass man sich an den Bürgerhäusern, „die unter dem Einfluss des holländischen und französischen Barocks“ entstanden waren, mit ihrer „Typisierung im Grundriß, Aufriß und den konstruktiven und kunsthandwerklichen Details“ orientieren könne, dass man diese Orientierung für die Wilhelm-Staab-Straße aber negieren müsse.⁴⁷⁴ Im Sinne der doppelten Negation des dialektischen Materialismus hieße das: Die Bürgerhäuser des holländischen und französischen Barocks waren mit ihren alten Qualitäten (Typisierung, konstruktive und kunsthandwerkliche Details) aufgrund der Kriegszerstörungen verschwunden (einfache Negation), sie würden sich aber beim Aufbau des Stadtzentrums, der keinen Wiederaufbau meint (doppelte Negation), sondern der diese Qualitäten aufgreift und sie weiterentwickelt, letztlich wiederfinden. Für die Wilhelm-Staab-Straße würde das

472 Ebd., S. 79–80.

473 Vgl. ebd., S. 81.

474 Vgl. ebd., S. 79.

jedoch, aufgrund ihres „zweifelhaften künstlerischen Wertes“ nicht gelten, weshalb hier, Rothsteins Argumentation folgend, ein anderes Vorgehen richtungsweisend wäre.

Dieser Aufsatz Rothsteins führte zu mindestens zwei Reaktionen, die kaum gegensätzlicher hätten sein können. So erreichte Rothstein zum einen ein Brief des Denkmalpflegers Hans Nadler⁴⁷⁵ und zum anderen ein Brief Peter Doehlers⁴⁷⁶ (beides im Juli 1960). Während Nadler, als Leiter der IfD-Arbeitsstelle Dresden, die von Rothstein angesprochenen Probleme der praktischen Baudenkmalpflege bei der „Erneuerung“ der Stadtzentren betonte und er Rothstein für seine diesbezüglichen Ausführungen dankte, bezog sich Doehler vor allem auf die Lösung der Wohnungsfrage, die bei allen Maßnahmen im Fokus stehen müsse.

Die Wohnungsfrage war bei Rothstein hingegen kein explizites Thema, sondern ihm ging es vielmehr um die Stadtgestaltung und die gesellschaftliche Bedeutung, die ein Stadtzentrum erfüllen sollte. Rothsteins publizierte Forderung, dass „[d]ie Planung und Neugestaltung [der] Stadtzentren [...] auf keinen Fall eine ‚Inselplanung‘ darstellen [darf], sondern [...] Bestandteil der generellen Planung der gesamten Stadt und ihres Gebietes sein [muss]“⁴⁷⁷, erfuhr Doehlers Zustimmung, entsprach sie doch im Kern auch seinen Thesen. Hierdurch verdeutlichte Doehler, dass es ihm – trotz aller Ökonomisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen – nicht um den rigorosen Abriss ganzer Stadtviertel ging, sondern darum, das politisch gesetzte Ziel zu erreichen, nämlich die Lösung der Wohnungsfrage; dazu seien Altbaubestände in gewissem Maße „in ihrer stadttechnischen Ausstattung den Neubaugebieten qualitativ anzugleichen“⁴⁷⁸. Allerdings zeigt dieser Vergleich der Thesen mit Rothsteins Beitrag auch, dass sich Rothsteins Vorstellungen vom Umgang mit dem historischen Erbe deutlich von Doehlers unterschieden. Letzterer verfolgte weniger eine Synthese aus Altem und Neuem als vielmehr eine Integration des Altbestandes bei möglichst geringer Störung der neuen Stadtzentren.

475 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Nadler an Rothstein vom 06.07.1960.

476 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Doehler an Rothstein vom 11.07.1960.

477 Fritz Rothstein: Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren, S. 81.

478 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Doehler an Rothstein vom 11.07.1960.

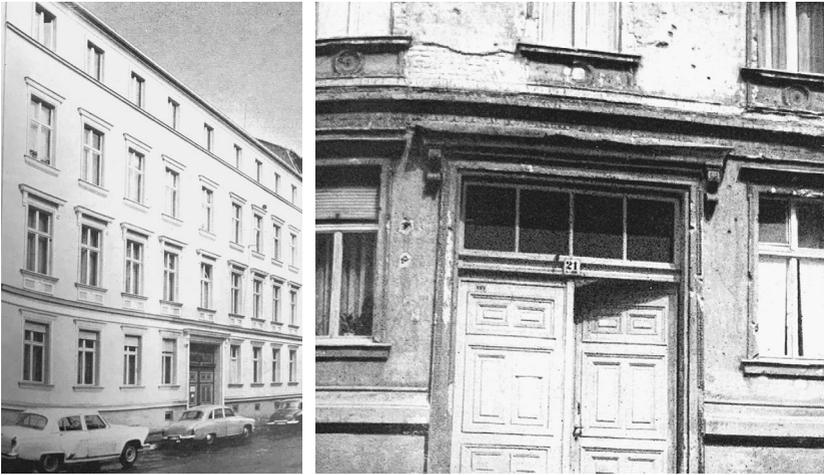


Abb. 45 und 46: Marienstraße, Berlin, o.J.

Fallbeispiel: Marienstraße, Berlin

Anhand der Berliner Marienstraße wird nun untersucht, inwieweit die dortige Sanierung und Modernisierung als sozialistische Rekonstruktion eines gründerzeitlichen Straßenzuges bewertet und inwieweit diese Maßnahme als Konzept der sozialistischen Umgestaltung interpretiert werden kann (Abb. 45 und 46).

Rothstein beschrieb die Sanierungsmaßnahmen in der Berliner Marienstraße 1971 in der Zeitschrift *Farbe und Raum* unter dem Titel „Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege“⁴⁷⁹. Obgleich das Institut für Denkmalpflege dabei mehrfach Erwähnung findet, beschreibt Rothstein noch wesentlich intensiver, wie die verschiedenen Akteure im Rahmen des Projektes zusammengewirkt haben. So nennt er neben dem IfD den Chefarchitekten von Ost-Berlin, Joachim Näther, durch dessen Unterstützung die „gesicherte Erhaltung der Marienstraße“ überhaupt erst ermöglicht wurde, sowie die Projektierungsgruppe des VEB Baureparaturen Berlin-Mitte als ausführendes Organ der Maßnahme, das bereits „im Jahre 1968 auf der Grundlage von Aufmaß- und Bestandsplänen die Restaurierung der Marienstraße“ ausgearbeitet hat.⁴⁸⁰ Dem IfD kamen hingegen die Bereitstellung von Beihilfen sowie die Unterstützung der „kulturpolitisch und städtebaulich wichtige[n]

479 Fritz Rothstein: Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, in: *Farbe und Raum* (1971), Nr. 5, S. 8–10.

480 Vgl. ebd., S. 8.

Erneuerungsarbeit durch ständige wissenschaftliche, technische und künstlerische Anleitung⁴⁴⁸¹ zu.

Wie diese Zusammenarbeit konkret aussah, beschrieb Rothstein am Beispiel des Gebäudes Marienstraße 22, bei dem es sich – nach Rothstein – um das „wertvollste Haus der Nordfront der Marienstraße“⁴⁴⁸² handele. Aufgrund dieser Einordnung bzw. Klassifizierung als wertvollstes Objekt wurde der Restaurator des Kunstgewerbemuseums Köpenick, Manfred Becker, damit beauftragt, Farbuntersuchungen vorzunehmen. Obwohl Becker die ursprüngliche Farbfassung ermitteln konnte, entschied man sich „von der zwar historisch vorgegebenen, aber etwas kühlen, tristen Farbstimmung“ abzuweichen und ein „freundliches Graugelb“ anzuwenden, und lediglich „für die Gliederungsteile das originale Grün“ zu nutzen.⁴⁴⁸³ Ob es seitens des IfD diesbezüglich zunächst einen Einspruch gab, lässt sich nicht ermitteln. Es ist anzunehmen, dass Rothstein in Absprache mit dem Institut gemeinsam zugunsten der Wahrnehmung und Umgebungswirkung agiert hat und dass die Mitarbeiter des VEB Baureparaturen Berlin-Mitte entsprechend angeleitet worden sind.

Rothsteins Fazit zu den erfolgten Maßnahmen an den Gebäuden der Marienstraße 21, 22, 23, 25, 26, 27, 29 und 31 bescheinigt den Akteuren eine erfolgreiche Umsetzung der notwendigen Schritte. Grundvoraussetzung für eine „qualitativ befriedigende Wiederherstellungsarbeit[t] an den Objekten der Denkmalpflege oder an denkmalswürdigen Bauten der Altsubstanz [ist es,] nur mit schon an solchen Objekten bewährten Kräften“⁴⁴⁸⁴ zusammenzuarbeiten. Dies sei in besonderer Weise notwendig, wenn „Fließstrecken“ zum Einsatz kämen, da diese die „störungsfreie und dispo[n]ible Zusammenarbeit zwischen den Gewerken“⁴⁴⁸⁵ erforderten. Der Hinweis auf die Fließstrecke⁴⁴⁸⁶ (auch Fließstraße genannt) zeigt den

481 Ebd. Mit Beginn der Planungen für ein gründerzeitliches Baugebiet im Jahr 1968 startete der Prozess in der Marienstraße noch vor den ersten Maßnahmen des Berliner Arkonaplatzes. Er ist Ausdruck einer sehr frühen Modernisierungsmaßnahme im Zeichen der sozialistischen Umgestaltungsprozesse und verdeutlicht zudem die Gleichzeitigkeit von Prozessen an verschiedenen Orten und durch verschiedene Akteure. Zum Arkonaplatz vgl. Sigit Atmadi: Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin, Berlin 2012.

482 Fritz Rothstein: Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, in: Farbe und Raum (1971), Nr. 5, S. 9.

483 Vgl. ebd., S. 9–10.

484 Ebd., S. 10.

485 Ebd.

486 „Fließstrecke“ bezeichnet den Fertigungsablauf eines Bauvorhabens, um die Arbeitsorganisation und -produktion zu verbessern, sowie die zeitlich aufeinander abgestimmte Arbeitsabfolge der einzelnen Gewerke.

hohen Rationalisierungsgrad bei der komplexen Rekonstruktion der Berliner Marienstraße auf. Zugleich legte Rothstein damit die Probleme offen, die sich insbesondere im Umgang mit Bestandsbauten ergeben konnten. Auch Heinz Schmidt betonte in seinem Beitrag in der *Farbe und Raum* mit Blick auf die Marienstraße, dass „[d]ie Netzplantechnik [...] in allen Wirtschaftszweigen bekannt [ist] [...], um das ökonomische System des Sozialismus zu verwirklichen“, dass deren Anwendung „[b]ei den Baureparaturen [...] [allerdings] wesentlich schwieriger [ist]“.⁴⁸⁷ Auch wenn sich die Fließstrecke in der Marienstraße allein auf die Fassaden bezog, kam es, „da alle Objekte unter Denkmalschutz stehen und somit ein verhältnismäßig großer Umfang an Restaurierungsarbeiten erforderlich wurde“, insbesondere durch das Gewerk der Bildhauer immer wieder zu Unterbrechungen der Fließstrecke.⁴⁸⁸ Trotzdem sowie aufgrund der erstmaligen Verwendung der „elektronischen Datenverarbeitung“, die zu „verhältnismäßig guten Erfahrungen“ führte, sollte der „Netzplan in der Fließstrecke der Erzeugnislinie Fassade Marienstraße [ebenso] in dem Rekonstruktionskomplex Arkonaplatz“ zur Anwendung kommen.⁴⁸⁹

Nicht nur die Arbeitsplanung mittels elektronischer Datenverarbeitung und die Arbeitsorganisation vor Ort durch die Einrichtung einer Fließstraße bezeugen die Integration dieses Sanierungsvorhabens in das planwirtschaftliche System, auch das verwendete Material zur Fassadensanierung lässt Rückschlüsse auf das Bauwesen in der DDR und auf das Zusammenspiel von Bauwesen und Denkmalpflege zu. Im Rahmen der komplexen Rekonstruktion der Fassaden in der Berliner Marienstraße kam ein sogenannter Plastputz zum Einsatz. „Bei der Verwendung dieses verhältnismäßig neuartigen Farbmaterials“, wie es Rothstein in einem Beitrag von 1972 beschrieb, „ist es sehr zweckmäßig, sich rechtzeitig um die Lieferung aus dem Herstellerwerk zu kümmern. Obwohl die vom Werk gelieferten Plastputztönungen untereinander mischbar sind, erfordert die nach Farbanalyse auf Grund von Farbsonden notwendige Mischung eine gewisse Sorgfalt.“⁴⁹⁰

Bei diesem Plastputz handelte es sich höchstwahrscheinlich um Ilmantin, einem sogenannten Plastdispersionsanstrichstoff, der sich aus Kunststoffen unter Zusatz von Kunstharzen, Pigmenten und mineralischen Füllstoffen zusammensetzte und sich durch seine Licht- und Farbbeständigkeit auszeichnete.⁴⁹¹

487 Vgl. Heinz Schmidt: Netzplan für Baureparaturen in der Marienstraße, in: *Farbe und Raum* (1971), Nr. 5, S. 6–7, hier S. 6.

488 Vgl. ebd.

489 Vgl. ebd.

490 Fritz Rothstein: Zur Rekonstruktion einer Altberliner Straße, in: *Farbe und Raum* (1972), Nr. 8, S. 12–13, hier S. 12.

491 Vgl. Ilmantin-Anstrichstoffe, in: Kurt Schönburg: *Oberflächentechnik im Bauwesen A–Z*, Berlin/Wien/Zürich 2018, S. 51.

Ilmantin galt 1965 als ein Putz mit „großer Perspektive“⁴⁹² wie beispielsweise die *Berliner Zeitung* am 11. November 1965 schrieb. Der Baustoff war bei einer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Institut für Baustoffe der Deutschen Bauakademie Weimar und dem VEB Thüringer Lackfabriken Ilmenau entwickelt worden. Die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten auf verschiedenen Untergründen sowohl im Innen- als auch im Außenraum führten nicht nur zu einer stetigen Weiterentwicklung des Putzes, sondern auch zu einem intensiven Einsatz in der DDR und in den RGW-Ländern.⁴⁹³

Trotz des hohen Innovationsgrades des verwendeten Materials und der praktischen Sanierungsplanung und -ausführung waren es vor allem die neugestalteten Fassaden, die in der Tagespresse verhandelt und als „typisches Altberliner Straßenbild im Stil der nachschinkelschen Zeit“⁴⁹⁴ oder als „wertvolle klassizistisch[e] Fassaden“⁴⁹⁵ charakterisiert wurden. In Bezug auf die Marienstraße wurde in der Tagespresse auch ein spezifisches Bild von Denkmalpflege und -schutz entworfen: Denkmalpflege sollte sich als „moderne Denkmalpflege [...] den städtebaulichen Erfordernissen neuer sozialistischer Lebensgewohnheiten“⁴⁹⁶ anpassen und eine „Synthese von alt und neu“⁴⁹⁷ beim Neuaufbau der Stadtzentren ermöglichen. Diese Synthese konnte durch den Erhalt spezifischer Areale (wie der Marienstraße oder der Berliner Tuschkastensiedlung) oder auch durch Translokierung (wie im Falle des Ermelerhauses, ebenfalls in Berlin) erfolgen.

Dabei blieb die Radikalität der Maßnahmen zur Um- oder Neugestaltung der Städte ebenfalls nicht unerwähnt, wenngleich auch betont wurde, dass wertvolle historische Bausubstanz verschont bliebe: „Auch die Spitzhacke mußte mancherorts Luft machen. Sie schonte allerdings, was wert ist, erhalten zu bleiben.“⁴⁹⁸ Ziel der Maßnahmen in der Marienstraße war es, so beschrieb es die Tagespresse, einen „einstigen städtebaulichen Gesamteindruck wiederherzustellen“, bei dem

492 O.V.: Mit Plastputz, in: *Berliner Zeitung* vom 11.11.1965, S. 3.

493 Der anerkannte Baustoff Ilmantin brachte der DDR beispielsweise mehrfach Auszeichnungen der gesamten Ilmantin-Produktpalette auf der internationalen Baustoffmesse Strojmaterijal von 1971 ein.

494 O.V.: Marienstraße bald wie neu. Spezialisten restaurieren, in: *Neue Zeit* vom 13.10.1970, S. 6.

495 O.V.: Wertvolle Fassade, in: *Berliner Zeitung* vom 07.12.1971, S. 8.

496 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: *Berliner Zeitung* vom 03.08.1970, S. 3.

497 E.F. [Verfasser unbekannt]: Denkmalschutz – Werterhaltung. Hilfe durch Dokumentation. Synthese von alt und neu, in: *Neue Zeit* vom 31.07.1970, S. 6.

498 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: *Berliner Zeitung* vom 03.08.1970, S. 3.

das Aussehen „der neugestalteten Häuser nicht mehr völlig ihrer ursprünglichen Gestalt“ zu entsprechen hatte.⁴⁹⁹

Während diese Aussage durchaus den Ausführungen Rothsteins zur Sanierungsmaßnahme entsprach, wurden in der Tagespresse auch Vergleiche zum Wiederaufbau der Warschauer Altstadt oder der Potsdamer Wilhelm-Staab-Straße gezogen, die von den Akteuren im Bereich der DDR-Denkmalpflege bezüglich der Marienstraße so nicht zu finden sind.⁵⁰⁰ Dennoch verdeutlicht der Vergleich mit Warschau und Potsdam die Intention, die hinter den Sanierungsmaßnahmen in der Marienstraße stehen sollte: Es ging um Tradition, um Erbe und um die Schaffung eines Altstadtensembles, das in dieser Form in Berlin nicht mehr existierte.

Die Beiträge der Tagespresse zur Marienstraße zeigen auf, dass die damalige Denkmalpflege insgesamt eine sehr schwache Position innehatte, sollte sie sich doch den Rahmenbedingungen des Bauwesens und der Planwirtschaft anpassen und unterordnen, was auch die Klassifizierung des Denkmalbestandes im Rahmen der listenmäßigen Erfassung widerspiegeln sollte: „Die Werterhaltung muß in Einklang mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten stehen. [...] So wird in Denkmallisten, die in jedem Stadtbezirk erarbeitet werden, der wichtigste und wertvollste Besitz aufgenommen.“⁵⁰¹

Die Analyse der beiden Akteure und Protagonisten Ludwig Deiters und Fritz Rothstein anhand ihrer jeweiligen Publikationen, Vorträge, Interviews und Nachlässe zeigt zum einen, dass sich Rothstein sehr häufig in Form von Publikationen kritisch zu den aktuellen Vorhaben und Geschehnissen in den Bereichen Denkmalpflege, Denkmalschutz und Bauwesen äußerte und er dabei häufig auch überregional agierte. Deiters versuchte hingegen stärker über seine Position als Generalkonservator und in leitender Funktion in diversen Gremien, denkmalpflegerische Inhalte einzufordern und so städtebauliche Prozesse im Sinne der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zu prägen.

Durch die Gründung der zentralen Fachgruppe „Rekonstruktion“ im BdA, deren Leitung Deiters innehatte und in der Rothstein als Mitglied wirkte, schuf die institutionelle Denkmalpflege die Möglichkeit eines intensiveren Austausches mit den Akteuren des Bauwesens sowie die (theoretische) Chance einer früheren

499 Vgl. B.R. [Verfasser unbekannt]: Alt-Berlin in neuer Schönheit. Die Marienstraße – ein Stück lebendiger Bautradition, in: Neue Zeit vom 15.09.1972, S. 6.

500 So hieß es in der Neuen Zeit vom 28. Dezember 1971: „Warschau hat seine Altstadt, Potsdam seine Wilhelm-Staab-Straße und Berlin die Marienstraße.“ In: O.V.: Kleinodien in Berlin. Häuser der Marienstraße künden von der Zeit um 1830, in: Neue Zeit vom 28.12.1971, S. 6

501 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: Berliner Zeitung vom 03.08.1970, S. 3.

Einbindung in die Planungspraxis. Im Gegenzug waren jedoch, zum Teil weitreichende, Zugeständnisse an das Bauwesen nicht zu vermeiden, da die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer als politisches Programm ihre Umsetzung finden sollte.

Als kritische Mahnungen erscheinen in diesem Zusammenhang die Beiträge Rothsteins in der Fachzeitschrift *Farbe und Raum* zur Instandsetzung und Wiederherstellung von Denkmalen und historischen Ensembles. Rothstein konnte sich als Magistratsdenkmalpfleger auf lokaler Ebene deutlich kritischer äußern als es für Deiters aus dessen Position heraus möglich war. Seinem Einzelvertrag entsprechend kontrollierte und begutachtete Rothstein verschiedene denkmalpflegerische Maßnahmen und stand in engem Austausch mit Ausführenden, wie im Fall der Marienstraße mit dem VEB Baureparaturen Berlin-Mitte. Rothstein war dadurch in die Maßnahmen stärker integriert als Deiters, der vielmehr von den Akteuren häufig als Vermittler zur Regierungsebene eingebunden wurde, wie der Fall des Darguner Schlosses aufgezeigt hat.

Zusammenfassung

Die Analyse der zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung stehenden Akteure ließ erkennen, dass die Handelnden in einem stetig wachsenden Spannungsfeld zwischen den denkmalpflegerischen Interessen und den Entwicklungen im Bauwesen im Allgemeinen sowie den Prozessen der sozialistischen Umgestaltung im Besonderen agierten. Die Bestrebungen im Bauwesen wirkten sich auf die Erfassung des Denkmalbestandes aus und prägten die Ausstellung zum 20. Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR. Die Gründung der Fachgruppe „Denkmalpflege“ bzw. „Rekonstruktion“ im BdA zeigte hingegen das Bestreben seitens der Denkmalpfleger, in die Prozesse einzugreifen und diese mitzugestalten. Gleichwohl orientierten sich die Denkmalpfleger in der DDR an internationalen Entwicklungen und Standards, die das IfD in verschiedener Weise und zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Kulturbund publizierte.

Die ausführliche Untersuchung denkmalpflegerischer Aspekte innerhalb der sozialistischen Umgestaltung anhand ausgewählter Akteure, die sich an der Expertentagung des RGW in Weimar beteiligt haben, beleuchtete den Versuch, denkmalpflegerische Inhalte in den Umgestaltungsprozess zu integrieren. Aufgezeigt wurden hier die divergierenden Sichtweisen und Ausdeutungen des Begriffs der Rekonstruktion, der zugleich als Brücke zum Bauwesen genutzt wurde, wengleich unter anderen Vorzeichen. Denn im Gegensatz zu Doehler verbanden Deiters, Klemm, Rothstein und weitere Denkmalpfleger mit dem Verweis auf eine Rekonstruktion die Forderung nach dem Erhalt des Stadtgrundrisses und der Stadtstrukturen sowie eine respektvolle Integration von Einzeldenkmalen in

neue Umgebungen. Am Beispiel von Quedlinburg konnte nachvollzogen werden, dass es sich dabei um langwierige Aushandlungsprozesse gehandelt hat, die den Denkmalbestand zusätzlich gefährden konnten.

Die exemplarische Analyse der Positionen von Ludwig Deiters und Fritz Rothstein innerhalb der Strukturen der institutionellen Denkmalpflege zeigte unterschiedliche Handlungsspielräume auf, die aus deren jeweiligen Zuständigkeits-ebenen resultierten. So konnte sich Rothstein als Magistratsdenkmalpfleger deutlich kritischer in seinen zahlreichen Publikationen äußern als es Deiters in seiner Position als Generalkonservator der DDR in seinen Vorträgen oder Positionspapieren hätte tun können. Deiters beschäftigte sich häufig verstärkt auf der theoretischen Ebene mit den Prozessen des Bauwesens und der Kultur und versuchte, die Rahmenbedingungen für die institutionelle Denkmalpflege auszuschöpfen. Er war letztlich ein Vermittler und Stratege zwischen Politik und Denkmalpflege, während Rothstein stärker in die praktischen Instandsetzungs- und Umgestaltungsmaßnahmen eingebunden war und als kritischer Beobachter und Vermittler zwischen den Akteuren agierte. Beide handelten demnach ihren Positionen entsprechend und nutzten in ihrem jeweiligen Gefüge die Handlungsräume, die sie zur Verfügung hatten.

6. Zwischenfazit zum zweiten Untersuchungszeitraum 1961–1975

Mit der Verabschiedung der Denkmalschutzverordnung von 1961 und der Besetzung der Position des Generalkonservators mit Ludwig Deiters erschienen die Strukturen, in denen sich die institutionelle Denkmalpflege entwickeln und in denen sie agieren sollte, zunächst als etabliert, funktionsfähig und den tatsächlichen Strukturen des Staates angepasst. Die parallel dazu verlaufenden Entwicklungen im Bauwesen, die nicht nur eine effizientere Industrialisierung und Typisierung, sondern auch die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer einforderten und umzusetzen versuchten, führten jedoch zu einem erneuten Veränderungsdruck auf die Denkmalpflege. Wie sehr sich die politischen Leitlinien und die Entwicklungen im Bauwesen auf die Denkmalpflege und den Denkmalschutz auswirkten, konnte unter anderem anhand der Entwurfsfassung für das Denkmalpflegegesetz 1971/72 aufgezeigt werden.

Zugleich belegte die Analyse des zweiten Untersuchungszeitraumes, dass denkmalpflegerische Themen und Fragestellungen im Verlauf der 1970er Jahre in der Öffentlichkeit präsenter waren und häufiger verhandelt wurden. Dies lag nicht zuletzt an den außenpolitischen Entwicklungen, die sich vor allem in der Ära Honeckers abzeichneten. Die Aufnahme in die UNESCO und in den ICOMOS brachte den Akteuren der DDR-Denkmalpflege nicht nur die Möglichkeit zur Teilhabe, sondern auch internationale Anerkennung und innenpolitischen Bedeutungszuwachs. Da diese Internationalität das Verhältnis zur sozialistischen Staatengemeinschaft nicht schwächen sollte, wurde auf das Einhalten gemeinsamer Themensetzungen und Abgrenzungen geachtet, wie beispielsweise im Hinblick auf eine mögliche Teilnahme der DDR am Europäischen Denkmalschutzjahr.

Die Untersuchung des selbstreferentiellen Blicks der Denkmalpfleger in ihrer Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ sowie die Inbezugsetzung des Inhalts mit dem Beitrag Werner Vollraths zu den Problemen der Denkmalpflege machte die Schwierigkeiten und Konfliktfelder der institutionellen Denkmalpflege evident, die auch durch die neue Denkmalschutzverordnung nicht gelöst werden konnten. Die Analyse zeigte zugleich die beiden Pole auf, zwischen denen sich die institutionelle Denkmalpflege bewegte. Es lässt sich schlussfolgern, dass der Denkmalpflege in der DDR keine verbindende Brückenfunktion zwischen

Kulturpolitik und Bauwesen zugesprochen werden kann, sondern dass sie vielmehr dauerhaft „zwischen den Stühlen“ stand. Als Generalkonservator bemühte sich Ludwig Deiters um stetige Kontakte zum Bauwesen. Über die ZFG Rekonstruktion im BdA suchte er nach Möglichkeiten der Einflussnahme und frühzeitigen Involvierung in städtebauliche Planungen, ohne aber in das Bauwesen und deren ökonomische Zwänge integriert zu werden.

Divergierende Sichtweisen über den Stellenwert der institutionellen Denkmalpflege in der Gesellschaft konnten anhand der Analyse der Beziehung von Ministerium für Kultur und IfD offengelegt werden. Diese zeigten sich vorrangig in den Auseinandersetzungen zwischen dem IfD und Horst Brasch, die wiederum Klaus Gysi abzuschwächen versuchte. Durch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ludwig Deiters, die vor allem Lösungsvorschläge für die Probleme der Denkmalpflege in der DDR ausarbeiten sollte, wurden einerseits die Notwendigkeit weiterer Veränderungen im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes und andererseits die mangelnde Durchsetzungskraft der institutionellen Denkmalpflege sichtbar, die bis zur Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes lediglich auf der Grundlage von Verordnungen agieren konnte. Das Denkmalpflegegesetz, das aus dem Wirken der Arbeitsgruppe hervorging, war letztlich eine logische Konsequenz des stetig steigenden Drucks, der vom Bauwesen auf die Denkmalpflege ausgeübt worden ist.

Die Untersuchung der Akteure offenbarte im Ergebnis das Spannungsfeld zwischen den denkmalpflegerischen Interessen und den Entwicklungen im Bauwesen im Allgemeinen und der sozialistischen Umgestaltung im Besonderen. Die Entstehung der ZFG Rekonstruktion im BdA und das Engagement von Deiters, Rothstein und anderen Denkmalpflegern und Architekten innerhalb dieser Fachgruppe ließ zugleich den Wunsch nach Mitgestaltung sichtbar werden. Mit der Analyse von Deiters' und Doehlers Argumentationsweisen hinsichtlich der sozialistischen Umgestaltung konnten nicht nur gegensätzliche Positionen vorgestellt werden. Aufgezeigt wurde auch, dass sozialistische Umgestaltungsbestrebungen für die Denkmalpflege und den Denkmalschutz eine enorme Herausforderung darstellten, da wiederholt eine geeignete (das heißt, häufig eine dem Ort bzw. der Stadt entsprechende oder eine gegenüber den Bestrebungen des Bauwesens passende) Argumentationsstruktur gefunden werden musste. Am Beispiel von Quedlinburg konnte ein solch langwieriger Diskussionsprozess dargelegt werden, der mit einem hohen Risiko für den Denkmalbestand der Stadt und für den Denkmalstatus der Altstadt einherging.

Eine weitere Erkenntnis zum zweiten Untersuchungszeitraum ist die Verschiedenheit der Handlungsmöglichkeiten und -muster, die im direkten Vergleich von Rothstein und Deiters offenkundig wurden. Die Betrachtung des Handelns der beiden Akteure offenbarte die strategischen Überlegungen, die verschiedenen Vermittlungsweisen von denkmalpflegerischen Inhalten und Überzeugungen so-

wie die enorme Bedeutung von Netzwerken. Die personellen und institutionellen Verbindungen boten den Akteuren einerseits Rückhalt, um denkmalpflegerische Inhalte gegenüber dem Bauwesen, der Planwirtschaft und der Politik zu positionieren, und andererseits die Möglichkeit zur Einflussnahme durch eine frühe Einbindung in Planungsprozesse, beispielsweise durch den BdA.

7. Resümee

„Es zeigt sich im Rückblick, daß es gar nicht so viel Unterschiedliches gibt: eher eine gewisse zeitliche Versetzung gegeneinander. Trotz unterschiedlichster gesellschaftlicher Verhältnisse sind die Parallelen doch erstaunlich groß“¹, konstatierte der Denkmalpfleger Gottfried Kiesow anlässlich des Symposiums „Denkmalpflege im vereinigten Deutschland“ im Jahr 1995 in Ludwigsburg. Umso erstaunlicher ist es, wie wenig nach mehr als 30 Jahren Mauerfall über die denkmalpflegerischen Prozesse in der DDR, aber zum Teil auch in der BRD, aus den Jahren der Teilung bekannt ist.

Fragestellung und Ergebnisse der Publikation

In der vorliegenden Publikation habe ich unter Verwendung des Akteur-Struktur-Modells und unter Zuhilfenahme einer graphbasierten Datenbank dargelegt, dass innerhalb der Strukturen auf verschiedenen Handlungsebenen unterschiedliche Handlungsprozesse stattgefunden haben, die letztlich vor allem auf der Akteurs-ebene (Mikroebene) zu divergierenden Sicht- und Handlungsweisen geführt haben. Die Untersuchung ließ ein sehr vielschichtiges Bild der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR entstehen. Dieses zeigte unter anderem, dass der Denkmalbestand in der DDR mehr als nur Traditionsinseln umfasste, die als Museumsstücke und repräsentative Beispiele einer vergangenen Zeit wirken sollten, wie es Campbell noch 2005 resümiert hat.² Die Unterteilung des Untersuchungszeitraumes in zwei Phasen, die das Jahr 1961 als Einschnitt markieren,

-
- 1 Gottfried Kiesow: Denkmalpflege im vereinigten Deutschland. Eine kritische Bilanz, in: Christian Marquart (Red.): Denkmalpflege im vereinigten Deutschland, Ludwigsburg/Stuttgart 1997, S. 32–43, hier S. 32.
 - 2 So schrieb Campbell in der Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse: „But both [Ulbricht und Honecker, Anm. d. Verf.] intended to remake the East German landscape into a distinctive, socialist one to replace the decadent, capitalist architecture of the past. Monuments, as they existed, were to be isolated, 'tradition islands' left over as museum pieces and representational examples of a history which had now been left behind.“ Brian William Campbell: Resurrected From the Ruins, Turning to the Past, S. 557.

bestätigten sich als folgerichtig. Während der erste Zeitraum von 1952 bis 1960 von stetigem Wandel und von der Suche nach Strukturen geprägt war, war der zweite Zeitraum deutlich stabiler. Die Denkmalschutzverordnung von 1961 und die Einsetzung von Ludwig Deiters als Generalkonservator im selben Jahr markierten eine strukturelle Wende der bis dato häufig widersprüchlichen Entwicklungen im Bereich der institutionellen Denkmalpflege. Ebenso konnte bewiesen werden, dass die zweite Untersuchungsphase bereits früh von den Entwicklungen geprägt wurde, die 1975 zur Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes geführt haben, sodass auch diese zeitliche Markierung in ihrer Relevanz belegt wurde. Anhand der zu Beginn dieser Publikation aufgestellten fünf Thesen sollen die ermittelten Ergebnisse im Folgenden zusammengefasst und die Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse beantwortet werden.

These 1: Denkmalpflegerische Themen und Fragestellungen waren in der DDR von einem überaus großen Facettenreichtum geprägt.

Die Heterogenität und der ausgesprochene Facettenreichtum denkmalpflegerischer Themen und Fragestellungen in der DDR konnten insbesondere anhand der Analyse der Konservatorenbesprechungen bestätigt werden. Die Protokolle, die von 1954 bis 1973 reichten, gaben Auskunft über die Diskussionen zu Entwicklungen und Strukturen, zu politischen wie auch inhaltlichen Leitlinien und zu Ausrichtungsmöglichkeiten der institutionellen Denkmalpflege sowie über die Handlungsmöglichkeiten, die sich im Rahmen von Jubiläen ergaben, ebenso über die Zusammenarbeit und die Aushandlungsprozesse zwischen der institutionellen Denkmalpflege und Organisationen wie dem Kulturbund, dem BdA oder auch der UNESCO und ICOMOS. Darüber hinaus zeigt die vorliegende Arbeit erstmals die zahlreichen denkmalpflegerischen Maßnahmen auf, die mithilfe der Vertrauensleute für Denkmalpflege in den drei Nordbezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin durchgeführt werden konnten.

Bei der Vermittlung denkmalpflegerischer Inhalte und Arbeitsweisen an die ehrenamtlichen Denkmalpfleger wurde wiederholt der erweiterte Denkmalpflegebegriff thematisiert. Dieser bezog „Einrichtungen, Maschinen, Anlagen und Bauten, soweit sie geschichtliche und ethnografische Bedeutung haben, der technischen und landwirtschaftlichen Tätigkeit und dem Verkehr allgemein dienen oder gedient haben und für die Arbeitsweise in einzelnen Landschaftsgebieten kennzeichnend [sind]“³, mit ein. Auch wenn sich diese Erweiterung des Denkmalverständnisses im Ergebnis der Inventarisierung nur marginal niederschlug,

3 Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515.

beeinflusste sie dennoch die Diskussionen zur Art der Erfassung der Denkmale. So war es beispielsweise Deiters, der die Erweiterung des Denkmalbegriffs problematisierte, während Strauss und Mütter diese wiederholt postulierten. Jedoch war Deiters nicht per se gegen die Erweiterung. Problematisch war vielmehr die fehlende Diskussion über den Denkmalbegriff im Allgemeinen, der den Umgang mit den Denkmalen in der DDR erschwerte.⁴

Zugleich gab es Versuche, die Denkmalpflege in den (Wieder-)Aufbau und die „Ideologie des Neubeginns“⁵ zu integrieren. Dabei handelte es sich allerdings nicht nur um Aushandlungsprozesse zwischen Denkmalpflegern, die für eine gesetzliche Festschreibung von Denkmalpflege und Denkmalschutz plädierten und eine stärkere Einbindung der Gesellschaft in denkmalpflegerische Prozesse forderten. Vielmehr umfasste der Diskussionsvorgang um eine erneuerte oder erweiterte Denkmalpflege einen Aushandlungsprozess zwischen Denkmalpflege, Kulturpolitik und Bauwesen, in dem ebenso Fragen zur Integration des Denkmalbestandes in Neuplanungen von Stadtzentren beantwortet werden sollten. Insbesondere während des ersten Untersuchungszeitraumes wurden in diesem Zusammenhang wiederholt Fragen nach dem bauhistorischen Erbe aufgeworfen, die – zumindest theoretisch – im Sinne des dialektischen Materialismus in die Planungsvorgänge einbezogen werden sollten. Sie bestimmten auch die Diskussionen um die Integration von Altbausubstanz in die sozialistische Umgestaltung innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes.

Einen weiteren Aushandlungsprozess stellten die Klassifizierung und Kategorisierung des Denkmalbestandes dar. Angesichts der massiven Zerstörungen und enormen Schäden infolge des Zweiten Weltkriegs erschien es nahezu unmöglich, den Denkmalbestand der DDR zu erfassen, zu pflegen und zu bewahren. Frühzeitig wurden daher Vorschläge zur Erfassung ausgearbeitet, die auch den weiteren Umgang mit dem jeweiligen Denkmal regeln und eine gewisse Art von Planbarkeit suggerieren sollten. Im Zuge der Etablierung der institutionellen Denkmalpflege wurde der 1956 von Strauss formulierte Kategorisierungsvorschlag nach Objektzuständen für die institutionelle Denkmalpflege stark diskutiert, ohne jedoch eine Umsetzung zu finden.⁶

Mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 wurden die Denkmalerfassung und eine Kategorisierung des Bestandes nach Zuständigkeitsbereichen auf verschiedenen Ebenen festgelegt. Diese Festschreibung mündete in die Aufstellung von Denkmallisten, die den Denkmalbestand der DDR nach Wert bzw. Bedeutung

4 Brandt stellte hierzu fest, dass die Auseinandersetzungen um den Denkmalbegriff im Vorstadium steckenblieben, da kaum über den Wert oder die Bedeutung der Denkmale gestritten wurde. Vgl. Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 275.

5 Ebd., S. 274.

6 Vgl. Franziska Klemstein: *Der „Klassifizierungsstreit“ von 1956*, S. 113–126.

unterschieden und zu einer „Klassengesellschaft“ der Denkmale führten.⁷ Gleichwohl hatte die Eintragung in eine der betreffenden Listen keine Auswirkung auf den tatsächlichen Denkmalstatus des jeweiligen Objektes, da man sich mit der Denkmalschutzverordnung von 1961, im Gegensatz zur Denkmalschutzverordnung von 1952, für ein deklaratorisches System entschieden hatte. Obwohl die Listen eine Diskussion über die Bedeutung des Denkmalbestandes notwendig machten, wurden die Debatten viel häufiger über den Zustand und die Nutzungsmöglichkeiten der Denkmale geführt.

Die Frage nach den Nutzungsmöglichkeiten eines Denkmals hatte enorme wirtschaftliche Bedeutung für den Erfolg denkmalpflegerischer Argumentationen, sicherte die Möglichkeit von Sanierungen, Instandsetzungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen und blieb über den gesamten Untersuchungszeitraum und über das Bestehen der DDR hinweg ein entscheidungsprägendes Thema, wenn die Möglichkeit des Erhalts eines Denkmals diskutiert wurde. Die Nutzungsfrage wirkte sich auch auf die praktische Baudenkmalpflege aus, die je nach Bauaufgabe und Nutzungskonzept insbesondere für die Entscheidung über den Umgang mit der Innenarchitektur von Bedeutung war. Für Burg Schlitz und Schloss Mirow war der Erhalt des jeweiligen Denkmals durch die Nutzung als Landesaltersheim möglich, wobei dies jedoch für die Innenarchitektur mit relativ starken Veränderungen einherging. Wie dargelegt werden konnte, war es bei Schloss Mirow im Gegensatz zur Burg Schlitz bereits frühzeitig möglich, eine denkmalgerechte Planung zu fordern und umzusetzen und dadurch auch eine planmäßige museale Nutzung einiger (weniger) historischer Räume zu ermöglichen. Die Stralsunder Bürgerhäuser in der Knieper- und der Fährstraße wurden im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre zu modernen Wohnungen „hinter gotischen Fassaden“ umgebaut und ließen einen gänzlich anderen Umgang mit historischer Substanz und der Scheidung zwischen Innen- und Außenraum erkennen.

7 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 275. Brandt resümierte: „Zu Beginn der fünfziger Jahre bestand noch die Übereinkunft, nun auch kleinere, typische, bisher wenig beachtete Bauten in den Rang eines Denkmals zu erheben und so die bereits seit langem denkmaltheoretisch diskutierte Ausweitung des Denkmalbegriffs umzusetzen. Die Klassifizierung der Denkmale, insbesondere die Veröffentlichung der ‚Zentralen Denkmalliste‘ von 1961 [sic!] bedeuteten jedoch einen Rückfall in eine Denkmalpflege der großen Einzeldenkmale.“ – Die Zentrale Denkmalliste wurde erst 1979 verabschiedet und zeigt damit einmal mehr den langwierigen Aushandlungsprozess auf, der zwischen der institutionellen Denkmalpflege und dem Ministerium für Kultur über mehrere Jahre hinweg geführt wurde. Die Denkmalschutzverordnung von 1961 hat damit einen Prozess angestoßen, der die Klassifizierung des Denkmalbestandes in der DDR nach Bedeutungsebenen notwendig werden ließ. Eine erste Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert wurde vom Ministerium für Kultur am 2. Januar 1962 bestätigt. Diese Liste umfasste jedoch lediglich 31 Positionen.

Erst die ICOMOS-Tagung „Zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale“ von 1974 definierte den Grundsatz, dass auch die Innenräume möglichst erhalten werden sollten und neue Nutzungen des Denkmals zu keinen Verlusten der historischen Substanz führen dürften.⁸

These 2: Die persönlichen Netzwerke waren häufig politisch und ideologisch geprägt und trugen in hohem Maße zur Durchsetzung denkmalpflegerischer Belange bei.

In der vorliegenden Publikation konnte aufgezeigt werden, dass die persönlichen Netzwerke zwischen den Denkmalpflegern von einem inhaltlichen und fachwissenschaftlichen Austausch und Miteinander geprägt waren, wie sie sich innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes auch im internationalen Staatengefüge, durch die ICOMOS-Mitgliedschaft der DDR, nachweisen ließen. Politisch-ideologische Fragen waren vor allem im ersten Untersuchungszeitraum entscheidend. Sie prägten das Streben nach einer geeigneten Struktur der institutionellen Denkmalpflege, die Suche nach einem möglichen Direktor sowie die Besetzung des Generalkonservatorpostens.

Dementsprechend waren Bedeutung und Funktion dieser Positionen stark von politischen und strategischen Entscheidungen geprägt. Die tägliche Arbeit der Denkmalpfleger im IfD war jedoch weitaus weniger politisch aufgeladen.⁹ Allerdings standen auch die Konservatoren als Leiter der Institute unter politischem Druck, was vorrangig an Auseinandersetzungen mit den örtlichen staatlichen Organen sichtbar wurde. Letztlich war hier meist Deiters als Vermittler zwischen den Fronten tätig. Ihm oblag es, entsprechende Entscheidungen zwischen fachwissenschaftlichen Abwägungen und politisch-ideologischen Leitlinien zu treffen. Dass es auch auf zentralstaatlicher Ebene keine eindeutige handlungsleitende Maxime gegeben hat, ist unter anderem anhand der divergierenden Sichtweisen von Klaus Gysi und Horst Brasch (auf ministerieller Ebene) sowie zwischen Peter Doehler und Ludwig Deiters (auf institutioneller Ebene) offenkundig

8 Vgl. Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Symposium des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale 1974, Jena 1974, S. 85.

9 Katja Wüllner schrieb hierzu, dass sich auf lokaler Ebene Durchsetzungsprobleme denkmalpflegerischer Leitlinien zeigten, da sich das Handeln nach ideologischen Maximen als nicht umsetzungsfähig erwies. Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 282. Allerdings waren es nicht die denkmalpflegerischen Leitlinien, die ideologische Maximen beinhalteten. Es waren vielmehr die denkmalpflegerischen Vorstellungen und Inhalte, die im Kontrast standen zu den Entwicklungen des Bauwesens in der DDR sowie zu den Forderungen der SED auf Parteitag und innerhalb von Politbürobeschlüssen.

geworden. Politische Beschlüsse und ideologische Leitlinien waren schließlich immer eine Frage der Argumentation und der Auslegung, gleichwohl führten sie zu Unsicherheiten, die am Ende nur durch persönliche Kontakte und Verbindungen, über die beispielsweise Deiters verfügte, minimiert werden konnten.

Die institutionelle Denkmalpflege in der DDR wurde vielmehr geprägt durch die Forderungen des Bauwesens und durch Fragen nach Wirtschaftlichkeit, Industrialisierung und Typisierung, die sich auch auf die praktische Baudenkmalpflege niederschlugen. Von Bedeutung war demnach für die Denkmalpfleger, um ihre Interessen durchsetzen zu können, ihre politisch-ideologische Argumentation, was sich innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes im Hinblick auf den Entstehungsprozess der staatlichen Strukturen und der institutionellen Denkmalpflege offenbarte und anhand von Müthers Haushaltsaufgabe exemplarisch analysiert werden konnte. Im zweiten Untersuchungszeitraum äußerte sich dies in Auseinandersetzungen mit dem Bauwesen bzw. im Rahmen der sozialistischen Umgestaltungsbestrebungen, wie anhand von Rothsteins Argumentation bezüglich Doeblers „Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“ herausgearbeitet werden konnte. Die Analyse der verschiedenen Aushandlungsprozesse zeigte, dass die politisch-ideologische Argumentation für die Durchsetzung oder zumindest für die Berücksichtigung denkmalpflegerischer Ziele und Interessen gegenüber dem Parteiapparat entscheidend war.

These 3: Die Schwierigkeiten im Umgang mit dem bauhistorischen Erbe im Bereich der Denkmalpflege – insbesondere aufgrund der Theorie des dialektischen Materialismus – verstärkten die Suche nach internationalem Austausch und nach Vergleichswerten.

Der Begriff dialektischer Materialismus (bzw. historischer Materialismus) taucht wiederholt in damaligen Debatten, Aufsätzen und Reden auf. Häufig handelte es sich dabei um den Versuch einer ideologischen Durchdringung von Entscheidungsprozessen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Der theoretische Überbau blieb für die denkmalpflegerische Praxis jedoch relativ folgenlos. Dennoch konnte aufgezeigt werden, dass über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg Denkmalpfleger wie Müther, Deiters und Rothstein ihre denkmalpflegerischen Sichtweisen und kritischen Analysen unter Bezugnahme auf den dialektischen Materialismus argumentierten. Dies geschah immer dann, wenn sich die Denkmalpflege in der DDR von der Denkmalpflege im nichtsozialistischen Ausland abzugrenzen versuchte und sich zugleich in die sozialistischen Umgestaltungsplanungen integrieren lassen wollte. Dabei lag die Schwierigkeit in der Auswahl der „richtigen“ Tradition, die sich im Sinne der Negation der Negation im Neuen wiederfinden sollte, ohne zu einer schöpferischen Denkmalpflege zu werden. Diese Gratwanderung, die sich vor allem auf theoretischer Ebene abspielte, konnte nur über den Vergleich mit dem Ausland gelingen. Für die institutionelle

Denkmalpflege in der DDR waren daher die Entwicklungen in der polnischen Denkmalpflege eine wichtige Bezugsgröße, obgleich in Polen die politischen und ideologischen Voraussetzungen – trotz des Status einer sozialistischen Volksdemokratie – gänzlich andere waren. Der den Denkmalbestand gefährdende Umgestaltungsanspruch des Bauwesens und der DDR-Regierung ließen den internationalen Austausch mit dem nichtsozialistischen Ausland zwingend notwendig werden, einerseits, um den Anschluss zu internationalen Entwicklungen im Bereich von Denkmalpflege und Denkmalschutz nicht zu verlieren, und andererseits, um die Vernetzung der institutionellen Denkmalpflege der DDR im internationalen Staatengefüge als innenpolitisches Argument nutzen zu können.

These 4: Denkmalpflege war eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der DDR.

Nachdem im ersten Untersuchungszeitraum die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Denkmalpflege diskutiert und hinterfragt wurde, konnte anhand der ausgewerteten Quellen nachgewiesen werden, dass sich die Denkmalpflege nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe etablieren konnte, weder damals, in den sich noch stark verändernden Strukturen, noch innerhalb des zweiten Zeitraumes, als die Strukturen des Staates nur noch geringen Veränderungen unterlagen. Die Bestrebungen, Denkmalpflege und Denkmalschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu etablieren, gaben die Denkmalpfleger der institutionellen Denkmalpflege jedoch nie auf. Jede/r sollte intrinsisch motiviert daran teilhaben, um das gemeinsame Erbe und die gemeinsamen Traditionen im Sinne einer sozialistischen Gesellschaft zu pflegen und weiterzuentwickeln. Diese Überzeugung war innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes besonders ausgeprägt, war sie doch zugleich verknüpft mit den Hoffnungen und Wünschen an den neuen Staat mit seiner neuen Gesellschaftsform, bei der die Staatsgewalt bei den Arbeitern und Bauern liegen sollte. Diese Hoffnung erwies sich schnell als Illusion und dennoch blieb die Frage nach der Einbindung der Gesellschaft in denkmalpflegerische Themen von großer Relevanz.

Die Einbindung von Laien war für die institutionelle Denkmalpflege in der DDR unerlässlich, da nur durch die Unterstützung Ehrenamtlicher die Erfassung des Denkmalbestandes in der DDR durchgeführt und Maßnahmen an Denkmalen begleitet werden konnten. Zudem war es notwendig, in der Gesellschaft einen möglichst breiten Konsens für den Erhalt von Denkmalen zu fördern, um gesellschaftlichen Druck gegen Abrissvorhaben und gegen die Verwahrlosung von Denkmalen erzeugen zu können.¹⁰ Dabei ging es auch darum, einer Überalterung

10 Gesellschaftlicher Druck wurde schon frühzeitig durch die Berichterstattungen in der Tagespresse erzeugt, wie beispielsweise im Fall von Potsdam Sanssouci (1952, Berichterstattung im Neuen Deutschland vom 09.01.1952, S. 1, 12.02.1952, S. 4, 28.02.1952, S. 6) sowie im Fall von

in der institutionellen Denkmalpflege und vor allem einer Überalterung in Massenorganisationen wie dem Kulturbund entgegenzuwirken, sodass die Einbindung der Jugend in denkmalpflegerische Themenfelder intensiviert wurde.¹¹

Doch auch für den Staat war die Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in denkmalpflegerische Projekte und Themenfelder von Interesse, da man die Denkmalpflege „zu den wichtigen kulturellen Aufgaben der Regierung“ (Denkmalschutzverordnung, 1952) zählte und man Denkmale sowie „[i]hre Erhaltung, Pflege, ordnungsgemäße Verwaltung, zweckdienliche Verwendung und Erschließung für die Bevölkerung im Zusammenhang mit den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft“ sah (Denkmalschutzverordnung, 1961). Denkmalpflege und Denkmalschutz sollten in der DDR Bestandteile der Kulturpolitik und der kulturpolitischen Ideologie sein und sollten insbesondere der Erziehung und Herausbildung sozialistischer Menschen und einer sozialistischen Gesellschaft dienen, was unter anderem anhand von Horst Brasch aufgezeigt werden konnte. Auch die Denkmalpfleger strebten in ihrem Handeln nach gesamtgesellschaftlicher Anerkennung und versuchten wiederholt, größere Bevölkerungskreise für denkmalpflegerische Themen zu sensibilisieren. Letztlich blieb der Stellenwert von Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der DDR jedoch gering.

These 5: Die Verbindung zum Heimatschutz führte zu einer ideologischen Instrumentalisierung der Denkmalpflege.

Die Verbindung zwischen Heimatschutz und Denkmalpflege hatte eine lange Tradition, die in den Anfängen der Heimatschutzbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurzelte. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb die Beziehung bestehen und wurde mit den Natur- und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes in neuer Form fortgeführt. Für die in der institutionellen Denkmalpflege Beschäftigten stand die Unterstützung denkmalpflegerischer Maßnahmen durch Mitglieder der Natur- und Heimatfreunde bzw. des Kulturbundes außer Frage.

In den frühen 1950er Jahren hatten die Natur- und Heimatfreunde die Möglichkeit erkannt, sowohl ihre Bedeutung innerhalb des politischen Geschehens als auch die politisch-ideologische Tragweite ihrer Themen aufzuzeigen. Sie veröf-

Schloss Dargun vorrangig darüber, Universitäten in Entwurfsprozesse einzubinden, um Nutzungsmöglichkeiten zu finden.

11 Hier zu nennen wären beispielsweise: IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Ludwig Deiters: Eröffnungsworte des Vorsitzenden auf der Tagung des Rats für Denkmalpflege am 28. und 29.11.1978 in Weimar, Thema: Jugend und Denkmalpflege. Sowie: Hans-Joachim Hoffmann: Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1978), Nr. 5, S. 1–4.

fentlichten Beiträge, in denen sie ihre Sicht auf Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie auf die Rolle von Staat und Bevölkerung bei der Bewahrung und Pflege von Denkmalen darlegten und in denen sie sich regelmäßig kritisch zu gegenwärtigen Entwicklungen und Geschehnissen im Bereich der institutionellen Denkmalpflege äußerten.

Innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes waren die Publikationen der Natur- und Heimatfreunde besonders von Heimat- und Traditionsthemen geprägt, die den Prozess des (Wieder-)Aufbaus begleiteten und die zum Teil ideologisch stark aufgeladen waren.¹² Doch obwohl sich verschiedene Akteure wie Hans Nadler, Gerhard Strauss, Hans Mütter, Hermann Weidhaas und andere durchaus für eine starke Verbindung von Denkmalpflege und Heimatschutz aussprachen, kann für die institutionelle Denkmalpflege in der DDR keine durchdringende ideologische Instrumentalisierung konstatiert werden.¹³ Durch die Auswertung der Quellen und die analytische Betrachtung des 20. Jubiläums der DDR konnte beispielsweise bewiesen werden, dass, trotz kontinuierlicher Verbindungen zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den ehrenamtlichen Denkmalpflegern und Heimatschützern, eine ideologische Instrumentalisierung der fachwissenschaftlichen Arbeit ausblieb. Es konnte vielmehr aufgezeigt werden, dass die Natur- und Heimatfreunde als Partner in Heimatmuseen, bei der Denkmalerfassung und als ehrenamtliche Vertrauensleute die institutionelle Denkmalpflege unterstützten und dabei (wie im Fall von Carl Swoboda) eng mit heimatgeschichtlichen Forschungen verbunden blieben. Die Natur- und Heimatfreunde waren für die in der institutionellen Denkmalpflege Beschäftigten vorrangig Unterstützer und Partner, die vor Ort aktiv für denkmalpflegerische Interessen einstanden. An inhaltlichen Debatten oder Grundsatzfragen zur weiteren Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR waren sie jedoch kaum beteiligt, so dass eine ideologische Durchdringung ausblieb.

Während des zweiten Untersuchungszeitraumes verringerten sich die Verbindungen zum Heimatschutz, wobei dies vor allem auf die internen Veränderungsbestrebungen im Kulturbund zurückzuführen ist. Als kritische Instanz blieb der Kulturbund über den Untersuchungszeitraum hinweg ebenso von Bedeutung wie als Massenorganisation, die denkmalpflegerische Inhalte nach außen kommunizierte. Durch die Bildung des Zentralen Fachausschusses Bau- und Denkmalpflege und der späteren Gesellschaft für Denkmalpflege (1977) entstanden innerhalb

12 Vgl. Franziska Klemstein: Zwischen Ideologie und Sehnsucht. Das Berliner Rose-Theater in der Wiederaufbaudiskussion, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): Rationelle Visionen. Raumproduktion in der DDR, Weimar 2019, S. 55–64.

13 Sigrid Brandt hatte in ihrer Dissertation herausgearbeitet, dass Nadler, Mütter und Weidhaas die grundsätzliche Vorstellung einer Synthese von Denkmalpflege und Heimatschutz teilten. Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 275.

des Kulturbundes neue Interessensgruppen, die mehr im Bereich der Denkmalpflege denn im Heimatschutz agierten.

Methodische Überlegungen I: Vorteile und Grenzen des Akteur-Struktur-Modells

Die Anwendung des Akteur-Struktur-Modells ist der Versuch, Handlungen und Strukturen zusammenzuführen und dabei das Geflecht von Wechselwirkungen aus „menschlichen Handlungen und ihre[n] unerwarteten Ergebnissen“¹⁴ abzubilden. Hierfür wurde innerhalb der vorliegenden Publikation zwischen verschiedenen Handlungsebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene) unterschieden. Die Strukturen bildeten den Handlungsrahmen oder Spielraum für die agierenden Personen (Mikroebene), Organisationen (Mesoebene) oder auch Regierungen (Makroebene), wobei grundsätzlich deren Handlungen bestehende Strukturen sowohl stabilisieren als auch destabilisieren können.

Die im Modell theoretisch aufgezeigte Trennung von Handlungsebenen ließ sich innerhalb dieser Publikation nicht immer konsequent umsetzen, da das Geflecht der Wechselwirkungen zum Teil so eng und verschlungen war, dass insbesondere die Meso- und die Mikroebene zusammenhängend analysiert und bewertet werden mussten. In der Anwendung des Modells wurde sich auch dafür ausgesprochen, den Staat als passive politische Struktur (Makroebene) und demgegenüber die Ministerien und staatlichen Institutionen wiederum auf der Mesoebene als Handelnde innerhalb der staatlichen Strukturen zu begreifen und zu beschreiben.

Der Zugewinn für die vorliegende Arbeit durch die Anwendung dieses technikhistorischen Modells soll im Folgenden bezüglich des Zusammenhangs zwischen Handlungen und Strukturen anhand von drei Strukturkomplexen exemplarisch dargestellt und zusammengefasst werden:

a) Der Strukturkomplex „Macht und Herrschaft“: Die Denkmalpfleger der DDR waren in staatliche bzw. institutionelle Macht- und Herrschaftsstrukturen eingebunden (Mikroebene). Sie profitierten von der Bedeutung, die ihnen der Staat beimaß, waren dafür aber politischen Entscheidungen mittel- und unmittelbar ausgeliefert. Handlungsoptionen bestanden für die Denkmalpfleger darin, die institutionelle Denkmalpflege zu verlassen, republikflüchtig zu werden oder außerhalb der institutionellen Strukturen neue Handlungsmöglichkeiten zu finden. In ähnlicher Weise konnte die institutionelle Denkmalpflege im ministeriel-

14 Wolfgang König: Strukturen und Akteure – Ein Vorschlag zur Konzeptualisierung technisch-historischer Entwicklung, S. 508.

len und institutionellen Gefüge bestehende juristische Rahmenbedingungen oder Abhängigkeiten im Hinblick auf Weisungsbefugnisse als lästige Behinderung sehen oder als unzureichend empfinden, um denkmalpflegerische Projekte umsetzen zu können (Mesoebene). Eine Handlungsoption war, über die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund eine breitere Öffentlichkeit für die denkmalpflegerischen Vorhaben zu gewinnen und auf diese Weise die als Restriktion empfundenen Regelungen zu verändern.

b) Der Strukturkomplex „Wirtschaft“: Die Denkmalpfleger beeinflussten durch jede einzelne denkmalpflegerische Maßnahme die Wirtschaftspläne und passten sich in ihren Konzeptionen entweder dem planwirtschaftlichen Modell an oder konterkarierten es, beispielsweise durch Umsetzungen (Mikroebene). Die Summe der Projekte sowie der Umfang der Maßnahmen loteten immer wieder die Grenzen der Planwirtschaft aus und überschritten bzw. determinierten diese, durch ihre Unkontrollierbarkeit bzw. Unkalkulierbarkeit (Makroebene).

c) Der Strukturkomplex „Leitbilder und Wertesysteme“: Die Diskussion darüber, von welcher Bedeutung und von welchem Wert Denkmale sind, ist ein fundamentaler Bestandteil der Denkmalpflege und dient der Einordnung und Bewertung eines Objektes. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass man bei den Diskussionen um die Bewertung des DDR-Denkmalbestandes häufig weniger von der Bedeutung des Denkmals ausging als vielmehr von dessen Nutzungsmöglichkeiten. Dennoch führte die Kategorisierung des Denkmalbestandes in Kreis-, Bezirks- und Zentrallisten zu einer Erfassung spezifischer Denkmale nach ihrer Bedeutung. Doch auch die Denkmalpflege selbst war häufig Gegenstand der Debatten: Welchen Wert hat/hatte die Denkmalpflege innerhalb der Gesellschaft oder in der Kulturpolitik? Zum Teil konnten einzelne Denkmalpfleger großen Einfluss auf die (fach-)öffentliche Meinung gewinnen (Mikroebene). Besonders während der Diskussion über den Umgang mit dem Berliner Schloss zu Beginn der 1950er Jahre ging es nicht primär um den Substanzerhalt, sondern vor allem um den kulturpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Wert von Denkmalen und um die Bedeutung von Tradition und Erbe. In der Zeit nach dem Abbruch des Schlosses unterlag das Interesse der Bevölkerung an Themen aus den Bereichen Denkmalpflege und Denkmalschutz etlichen Schwankungen. Dabei spielten einerseits Abrisse oder massive stadträumliche Veränderungen eine Rolle, andererseits aber auch inhaltliche Fokussierungen und Verschiebungen von Leitbildern sowie thematische Schwerpunktsetzungen, wie die Bedeutung von Altstädten oder von Tourismus (Makroebene).

Methodische Überlegungen II: Die Nutzung von Graphdatenbanken

Der Einsatz digitaler Technologien ermöglicht für die Geisteswissenschaft im Allgemeinen und für Forschungsprojekte im Bereich der DDR-Architekturgeschichte im Speziellen neue Zugänge, wodurch bisherige methodische Ansätze und Vorgehensweisen nicht abgelöst, sondern erweitert werden. In diesem Sinne ist auch bezüglich der Erforschung von Konservatorengesprächen und der Tätigkeiten von Vertrauensleuten die Nutzung von Graphdatenbanken bzw. Wikidata zu verstehen. Dabei wird die klassische Auswertung von publizierten Quellen, Schriftwechseln und weiteren Archivalien um die durch Graphdatenbanken und Wikidata gewonnenen Ergebnisse ergänzt. Neben den offensichtlichen, aus den Quellen übernommenen Verknüpfungen, die sich aus den Protokollen ergeben, können auch noch weitere Verknüpfungen, wie zum Beispiel die Zugehörigkeit zu bestimmten Institutionen, hinzugefügt werden. Der Mehrwert durch die Anwendung einer Graphdatenbank als Forschungsumgebung liegt darin begründet, dass

1. der eigene Forschungsprozess analysiert und dokumentiert werden kann,
2. nach „Mustern“ gefragt werden kann, denen man im Zweifel aus der Intuition heraus gefolgt wäre, und
3. existierende Annahmen durch eine umfangreiche Analyse kritisch hinterfragt werden können.

Als Vermittlungswerkzeug ist die Nutzung einer Graphdatenbank ebenfalls von großem Mehrwert,

4. um von einem größeren Kontext zu konkreten Fallbeispielen und Objekten zu kommen,
5. um – insbesondere in Verbindung mit Wikidata als sekundärer Datenbank – aus der reinen Forschung heraus für eine größere Sichtbarkeit der Personen und Objekte zu sorgen und
6. um Forschungsdaten auffindbar, nutzbar und nachnutzbar zu machen.

Bedeutung der Publikation und zukünftige Forschungen

Mit der vorliegenden Publikation konnte ein überaus differenziertes Bild denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR entworfen und im Kontext der DDR-Geschichte analysiert und bewertet werden. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl an Quellen erstmals erschlossen und für die Forschung zugänglich gemacht. Die Nutzung von Wikidata sowie der Graphdatenbank Neo4j ermöglichte eine zu-

sätzliche digitale Erschließung und Verifizierbarkeit der Ergebnisse, wie es für die DDR-Denkmalpflegeforschung bislang einmalig ist. Zudem wurden Forschungsdesiderate im Bereich der DDR-Kulturgeschichte aufgezeigt, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsweise ehrenamtlicher Denkmalpfleger, handwerklicher Betriebe und der Kulturabteilungen örtlicher staatlicher Organe. Auch die Bedeutung von ICOMOS und ICCROM für die DDR ist bislang noch nicht umfassend erforscht. Ebenso wünschenswert wäre eine Betrachtung des Zeitraumes nach 1975 bis zum Ende des DDR-Bestehens. Hierbei könnten die Auswirkungen des Denkmalpflegegesetzes untersucht werden sowie die weitere Entwicklung der DDR-Denkmalpflege im internationalen Gefüge, insbesondere nach den Ereignissen und Entwicklungen, die 1975 durch das Europäische Denkmalschutzjahr angestoßen worden sind.

Die Relevanz der Arbeit zeigt sich nicht nur in der Analyse und Bewertung der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse und ihrer politischen Durchdringung in der DDR, sondern auch – mit Blick auf die heutige Ressortierung der Landesämter für Denkmalpflege – in ihrem Gegenwartsbezug. Denkmalpflege und Denkmalschutz befanden und befinden sich in einem Gefüge divergierender Interessen aus Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Bauwesen, die es auszuhandeln gilt. Auch heute kann eine durchsetzungsfähige institutionelle Denkmalpflege nicht auf die Mitwirkung und auf das Interesse der Gesellschaft verzichten, sondern entwickelt erst durch die Debatten ihre eigentliche gesellschaftspolitische Relevanz.

Verzeichnisse

Ungedruckte Quellen

Akademie der Künste

AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 12
AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 27
AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 30
AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31
AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 32
AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 38

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

BStU, MfS 6450/61
BStU, MfS 11169/78, Bd. 1
BStU, MfS 11413/65, Bd. 4
BStU, MfS AOP 11413/65, Bd. 1
BStU, MfS AP 2673/92
BStU, MfS AP Nr. 93/64
BStU, MfS BV Halle, VIII 582/74

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege

BLDAM, IfD Teilbestand Leitung, ID-Nr. 3, vorl. Nr./Kiste: L 1/3
BLDAM, L 3/7
BLDAM, L 4/1
BLDAM, L 6/2
BLDAM, L 6/3
BLDAM, L 9/7
BLDAM, L 9/18
BLDAM, L 18/8
BLDAM, L 24/3
BLDAM, L 24/6
BLDAM, L 29/1

BLDAM, L 34/2
BLDAM, L 43/1
BLDAM, L 43/2
BLDAM, L 47/3
BLDAM, M 54
BLDAM, ST 1/5

Bundesarchiv

BArch, DC 15/496
BArch, DC 1/5154
BArch, DC 20–I/3/28 38
BArch, DH 1/39056
BArch, DH 1/44472
BArch, DH 1/44474
BArch, DH 1/44553
BArch, DH 2/21188
BArch, DH 2/21212
BArch, DH 2/21682
BArch, DR 1/23971
BArch, DR 1/24093
BArch, DR 1/7898
BArch, DR 1/7907
BArch, DR 1/8023
BArch, DR 1/8026
BArch, DR 1/8028
BArch, DR 1/8037
BArch, DR 1/8842
BArch, DY 15/487
BArch, DY 15/862
BArch, DY 27/439
BArch, DY 27/7264
BArch, DY 27/7516
BArch, DY 27/8931
BArch, DY 27/11508
BArch, DY 27/11514
BArch, DY 30/IV 1/VI/1, Bd. 1
BArch, DY 30/IV 2/2/189
BArch, DY 30J IV 2/3/378
BArch, NY 4120/1, Nachlass Kneschke, Mappe NL 120/1
BArch, NY 4120/2, Nachlass Kneschke

IRS Erkner – Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters

Kreisarchiv Landkreis Rostock in Güstrow

Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz

Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Pflegeheim,
Pläne [1950er] 14(3)

Landesarchiv Berlin

LAB, C Rep. 110–01

LAB, C Rep. 121, Nr. 190

LAB, C Rep. 127, Nr. 306

Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar

LATh – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres,
Leo Stegmann, Nr. 3075

Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg

LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk

LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Vorl. Nr. 8

Privatarchiv Ewald Rothstein

Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein

Privatarchiv Stefan Wollmann

Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Carl Swoboda

Stadtarchiv Wismar

Stadtarchiv Wismar, 2.2.1. Ratssitzungen 119, Ratsprotokolle 1974

Zeitzeugengespräche mit

Ludwig Deiters

Bruno Flierl

Thomas Flierl

Peter Goralczyk

Ewald Rothstein

Isolde Stark

Hubert Staroste

Stefan Wollmann

Wolfgang Wolters

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Arbeitsstelle für Kunstgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Bearb.): Dehio. Sachsen. Die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, München/Berlin 1965.
- Asche, Sigfried: Die Wiederherstellung der Wartburg, in: *Burgen und Schlösser. Zeitschrift für Burgenforschung und Denkmalpflege* (1960), Nr. 2, S. 9–10.
- Atmadi, Sigit: Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin, Berlin 2012.
- Aya, Rod: Der Dritte Mann, oder Agency in der Geschichte, oder Rationalität in der Revolution, in: Andreas Suter und Manfred Hettling (Hrsg.): *Struktur und Ereignis (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 19)*, Göttingen 2001.
- Baier, Gerd: Zur Führung von Denkmallisten, in: *Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin* (1961), Nr. 10, S. 5–8.
- Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): *Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte*, Berlin 1979.
- Berger, Hans: Tendenzen in der Denkmalpflege in der DDR, in: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege*, Jg. 49 (1991), S. 2–8.
- Betker, Frank: *Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994)*, Stuttgart 2005.
- Bolz, Lothar: *Programm des Aufbaus. Rede auf der Deutschen Bautagung in Leipzig am 8. März 1950*, in: Lothar Bolz: *Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze*, Berlin 1951, S. 15–27.
- Bolz, Lothar: *Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze*, Berlin 1951.
- Bonitz, Johannes: *Experimentalentwurf zur Umgestaltung eines Altbauwohngebietes in Leipzig*, in: *Deutsche Architektur* (1963), H. 8, S. 466–467.
- Brandt, Sigrid: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945–1961*, Berlin 2003.
- Brandt, Sigrid (Hrsg.): *Im Schatten des Kalten Krieges. Dokumente und Materialien zur Geschichte von ICOMOS Deutschland*, Berlin 2017.
- Brückner, Erich: *Schloß Mirow wird Landesaltersheim*, in: Heinz Mansfeld (Hrsg.): *Denkmalpflege in Mecklenburg, Jahrbuch 1951/52*, Dresden 1951, S. 144–156.
- Brückner, Erich: *Zur Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg*, in: *Deutsche Architektur* (1955), H. 7, S. 302–306.
- Brückner, Erich: *Der Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert als Grundlage für den Neuaufbau nach 1945*, in: *Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg* (1971), Nr. 20, S. 141–145.

- Buhr, Manfred/Klaus, Georg: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin 1970.
- Campbell, Brian William: Resurrected From the Ruins, Turning to the Past. Historic Preservation in the SBZ/GDR 1945–1990, Rochester/New York 2005.
- Czeczot, Ursula: Die Restaurierung der Albrechtsburg in Meißen, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 44–51.
- Deiters, Ludwig: Zum kulturpolitischen Interesse der Gesellschaft an den Denkmalen, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Dresden 1962, o. Pag.
- Deiters, Ludwig: Zur neuen Verordnung über den Schutz und die Pflege der Denkmale. Eine Betrachtung von Ludwig Deiters, in: Natur und Heimat (1962), Nr. 3, S. 136–138.
- Deiters, Ludwig: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 464–465.
- Deiters, Ludwig: Untersuchungen zur Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten. Dissertationsschrift (TU Dresden, eingereicht am 19.01.1966, Promotionsdatum: 04.02.1967), Dresden 1967.
- Deiters, Ludwig: Zur Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 5–41.
- Deiters, Ludwig: Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 5–29.
- Deiters, Ludwig: Das Institut für Denkmalpflege. Erinnerung und Reflexionen, in: Jörg Haspel/Hubert Staroste (Hrsg.): Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke (= Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41), Berlin 2014, S. 16–46.
- Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Städtebau. Geschichte und Gegenwart. Materialien der Konferenz Erfurt 1956, Arbeitsgruppe „Geschichte des Städtebaus und Aufbau in historischen Städten“, Berlin 1959.
- Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (Hrsg.), in: Deutsche Architektur, Sonderbeilage 8/1960.
- Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan. Erste Theoretische Konferenz (= XXV. Plenartagung der Deutschen Bauakademie), Berlin 1960.
- Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): 10 Jahre Deutsche Bauakademie. Lieferbare Veröffentlichungen, Berlin 1961.
- Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1961, Berlin 1961.
- Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Die Umgestaltung der einzelnen Elemente der Stadt. Auszug aus dem Gesamtbericht der Mitgliedsländer des RGW über „Die sozialistische Rekonstruktion der bestehenden Städte unter besonderer Berücksichtigung der Umgestaltung ihrer alten Wohngebiete“. Arbeitsmaterial für die 9. Plenartagung 1963, Berlin 1963.

- Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Dresden 1962.
- Doehler, Peter: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980. Dissertationsschrift (Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung), Berlin 1961.
- Doehler, Peter: Die sozialistische Umgestaltung der alten Wohngebiete der Städte in der DDR – Ziel, Aufgabe und Wege, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 457–458.
- Drachenberg, Thomas et al. (Hrsg.): Denkmalpflege und Gesellschaft. Detlef Karg zum 65. Geburtstag, Rostock 2010.
- Düwel, Jörn: „Willst du für Jahrhunderte bauen, dann mußt Du Menschen erziehen“. Architektur und Stadtplanung in Berlin, Hauptstadt der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 103–117.
- Faber, Karl-Georg/Maier, Christian (Hrsg.): Historische Prozesse (= Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik, 2 Bde.), München 1978.
- Falser, Michael: Zur politischen Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland, Dresden 2008.
- Fiedler, Susanne/Knuth, Thorsten: Vexierbilder einer Biografie: Dr. Heinz Mansfeld (1899–1959), in: Thorsten Knuth (Hrsg.): Kunstraub. Raubkunst. Fälle der Provenienzforschung in den Schweriner Museen, Schwerin 2014, S. 147–160.
- Funk, Georg: Vorbereitung der Studenten für die Aufgaben der Umgestaltung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 470–471.
- Gerling, Heinz: Denkmalpflege und Kulturbund, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 29–30.
- Gfeller, Aurélie Elisa: Preserving Cultural Heritage across the Iron Curtain: The International Council on Monuments and Sites from Venice to Moscow. 1964–1978, in: Ursula Schädler-Saub/Angela Weyer (Hrsg.): Geteilt Vereint. Denkmalpflege in Mitteleuropa zur Zeit des Eisernen Vorhangs und heute. Internationale Tagung Hildesheim 25.–28. September 2013, Hildesheim 2013, S. 115–121.
- Gibas, Monika: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt.“ Die Metaerzählung zum 7. Oktober, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 247–265.
- Gibas, Monika/Gries, Rainer/Jakoby, Barbara/Müller, Doris (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999.
- Gilsenbach, Reimar: Denkmalpflege ist Sache des Volkes, in: Natur und Heimat (1952), H. 5, S. 3–6.

- Götting, Gerald: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns. Referat auf der Mitarbeiterkonferenz der Christlich-Demokratischen Union am 22./23. Februar 1963 in Dresden, hrsg. von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich Demokratischen Union, Burgscheidungen 1963.
- Hagemann, Otto/Rave, Paul Ortwin: Berlin. Vor der Zerstörung aufgenommen von Otto Hagemann, beschrieben von Paul Ortwin Rave, Berlin 1948.
- Hamann, Richard: Geschichte der Kunst von der altchristlichen Zeit bis zur Gegenwart, Berlin 1933.
- Hansestadt Stralsund (Hrsg.): Frauen in der Stralsunder Stadtgeschichte, Stralsund 1998.
- Haspel, Jörg/Staroste, Hubert (Hrsg.): Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke (= Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41), Berlin 2014.
- Heftrig, Ruth/Reifenberg, Bernd (Hrsg.): Wissenschaft zwischen Ost und West. Der Kunsthistoriker Richard Hamann als Grenzgänger, Marburg 2009.
- Heider, Magdalena: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993.
- Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle, Köln 1990.
- Heitzer, Heinz/Schmerbach, Günther: Illustrierte Geschichte der DDR, Berlin 1985.
- Helas, Luise: Ehrenamtliche. Zivilgesellschaftliche Akteure in der Denkmalpflege der DDR und ihre Bedeutung für die Identitäts- und Erbebildung in Dresden 1965–1990. Dissertation Bauhaus-Universität Weimar 2020 [im Erscheinen].
- Henze, Martin: Lückenbebauung bei der Altstadtsanierung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 474–475.
- Hoffmann, Hans-Joachim: Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1978), Nr. 5, S. 1–4.
- Hopp, Hanns: Der Wiederaufbau von Neubrandenburg, in: Deutsche Architektur (1955), H. 7, S. 293–298.
- Hubig, Christoph: Strukturdynamik und/oder Netzdynamik – Die Rolle der Akteure, in: Erwägen Wissen Ethik (EWE) (2013), 24/4, S. 545–547.
- Hühns, Erik: Brandenburger Tor. Tor des Friedens, in: Natur und Heimat (1962), H. 1, S. 6–12.
- Hütter, Elisabeth/Magirus, Heinrich: Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 53 (1990), H. 3, S. 397–407. <https://doi.org/10.2307/1482544>

- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 2.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 7.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 11.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Vertrauensleute der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1968), Nr. 18.
- Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Pflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969.
- Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971.
- Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Symposium des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale 1974, Jena 1974.
- Jahn, Thomas: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“. Richard Hamanns Widerstand gegen den Abriss des Berliner Stadtschlosses und anderer preußischer Baudenkmäler in den Jahren 1950 bis 1960, in: Ruth Heftrig/Bernd Reifenberg: Wissenschaft zwischen Ost und West. Der Kunsthistoriker Richard Hamann als Grenzgänger, Marburg 2009, S. 116–136.
- Jordan, Stefan: Was sind historische Prozesse?, in: Rainer Schützeichel/Stefan Jordan (Hrsg.): Prozesse, Wiesbaden 2015, S. 71–85.
- Junker, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976–1990, Berlin 1973.
- Katzer, Yasmin: Die Traditionsinsel „Komplex Alt-Berlin“ am Märkischen Ufer. Städtebauliche Denkmalpflege der 1960er Jahre in Ost-Berlin. Unveröffentlichte Masterarbeit, Berlin 2017.
- Keltsch, Sandra: Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und 1990. Dargestellt an der Entwicklung von Denkmalstädten in Sachsen-Anhalt, Leipzig 2012.

- Kempe, Antje: Konstruierte Kontinuität. Karl Heinz Clasen und die frühen Jahre einer DDR-Kunstgeschichte, in: Katja Bernhardt/Antje Kempe (Hrsg.): (Dis)Kontinuitäten. Kunsthistoriographien im östlichen Europa nach 1945, *kunsttexte.de/ostblick*, Nr. 4, 2015.
- Kerk, Walter: Über den Bau des Modells des Schlosses und der Kirche Dargun i. Meckl., Kreis Malchin, S. 1–5 mit Kommentar von Walter Ohle, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): *Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960)*, Nr. 8, S. 5–8.
- Kiesow, Gottfried: Denkmalpflege im vereinigten Deutschland. Eine kritische Bilanz, in: Christian Marquart (Red.): *Denkmalpflege im vereinigten Deutschland, Ludwigsburg/Stuttgart 1997*, S. 32–43.
- Klemm, Bernhard: Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, in: *Deutsche Architektur (1963)*, H. 8, S. 461–463.
- Klemstein, Franziska: Der „Klassifizierungsstreit“ von 1956. Zuständigkeiten, Kompetenzen und die Suche nach Struktur, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): *BetonSalon. Neue Positionen zur Architektur der späten Moderne*, Berlin 2017, S. 113–126.
- Klemstein, Franziska: Zwischen Ideologie und Sehnsucht. Das Berliner Rose-Theater in der Wiederaufbaudiskussion, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): *Rationelle Visionen. Raumproduktion in der DDR*, Weimar 2019, S. 55–64.
- Knorr, Heinz Arno: *Inventarisierung und Sammlung in den Heimatmuseen, Halle 1957*.
- Koepf, Hans: *Bildwörterbuch der Architektur*, Stuttgart 1968.
- König, Wolfgang: Strukturen und Akteure – Ein Vorschlag zur Konzeptualisierung technisch-historischer Entwicklung, in: *Erwägen Wissen Ethik (EWE) (2013)*, 24/4, S. 505–516.
- König, Wolfgang: Technik und Geschichte. Interdisziplinarität, Theorien und Modelle, in: *Erwägen Wissen Ethik (EWE) (2013)*, 24/4, S. 605–616.
- Koziolk, Helmut: Hatte das Neue Ökonomische System eine Chance?, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 10 (1996)*, H. 1–2, S. 129–153.
- Kratzke, Christine: *Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern. Studien zur Bau- und Kunstgeschichte*, Petersberg 2004.
- Kwasnitza, Lothar: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte. Bericht über die Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: *Deutsche Architektur (1963)*, H. 8, S. 456.
- Kwasnitza, Lothar: Zur Umgestaltung der Städte in einigen sozialistischen Ländern, in: *Deutsche Architektur (1963)*, H. 8, S. 481–484.
- Lade, Kurt: Denkmalpflege als kulturpolitische Aufgabe, in: *Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands/Zentrale Kommission Natur- und Heimatfreunde*, Berlin 1956, S. 151–156.

- Lenin, Wladimir I.: Die Dialektik, in: Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 21, Berlin 1974, S. 41–43.
- Liebknecht, Kurt: Zehn Jahre Deutsche Bauakademie 1951 bis 1961, in: Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1961, Berlin 1961, S. 6–15.
- Lonitz, Werner: Probleme der Werterhaltung bei komplexen Umgestaltungsmaßnahmen in innerstädtischen Altbauwohngebieten, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 31–38.
- Maether, Bernd: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlusses. Eine Dokumentation, Berlin 2000.
- Magirius, Heinrich: Wolf Schubert anlässlich seines 100. Geburtstags zum Gedächtnis, in: Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt, 11. Jg. (2003), H. 2, S. 163–166.
- Mannheim, Karl: The Problem of the Intelligentsia, in: Karl Mannheim: Essays on the Sociology of Culture, London 1956, S. 91–170.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 348–353.
- Meyer, Gerd: Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse. Ein Studienhandbuch, Opladen 1979. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-86231-0>
- Mielke, Friedrich: Denkmalpflege in Potsdam, in: Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands/Zentrale Kommission Natur- und Heimatfreunde, Berlin 1955, S. 40–41.
- Ministerium für Kultur/Achilles, Leopold (Hrsg.): Zehn Jahre Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1959.
- Müller, Gottfried: Die Aufgaben der Denkmalpflege und Wege zu ihrer Erfüllung, in: Märkische Heimat (1956), H. 4, S. 2–5.
- Münzer, Georg: Erläuterungen zur Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Dresden 1962, o. Pag.
- Müther, Hans: Berlins Bautradition. Kleine Einführung, Berlin 1956.
- Nadler, Hans: Museum und Denkmalpflege, in: Gertrud Rudloff-Hille (Hrsg.): Hilfsbuch der Museumsarbeit, Dresden 1953, S. 161–169.
- Nadler, Hans: Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde, in: Deutscher Kulturbund (Hrsg.): Denkmalpflege in unserer Zeit, Dresden 1962, o. Pag.
- Nadler, Hans: Zur Restaurierung und neuen Nutzung des Schlosses Rammenau, in: Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 62–69.
- Ohle, Walter: Die Restaurierung des klassizistischen Schlosses Burg Schlitz, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 4–6.
- Ohle, Walter: Käthe Rieck zum 40jährigen Dienstjubiläum, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 1–2.

- O.V.: Fragen an den Minister für Aufbau. Interview in der „National-Zeitung“, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 5–14.
- O.V.: Sowjetzone: Wartburg. Zehrsers Asche, in: Der Spiegel (1960), Nr. 44, S. 46–47.
- O.V.: Fragen im Vorfeld des Lehrgangs 1961, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin, Nr. 10, 1961, S. 11–12.
- O.V.: Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert vom 2. Januar 1962, in: Denkmalpflege in unserer Zeit, hrsg. vom Deutschen Kulturbund mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege der DDR, Berlin 1962.
- Palmowski, Jan: Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag (= Reihe des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, hrsg. von Jens Gieseke, Thomas Lindenberger, Martin Sabrow, Bd. 4), Berlin 2016.
- Pätzke, Hartmut: Von „Auftragskunst“ bis „Zentrum für Kunstausstellungen“. Lexikon zur Kunst und Kunstpolitik in der DDR, in: Eugen Blume/Roland März (Hrsg.): Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie, Berlin 2003, S. 327.
- Peters, Günter: Nationale, klassizistische und fortschrittliche Bautradition. Zur Geschichte der Berliner Stalinallee 1949–1955, in: Berlinische Monatsschrift (2001), H. 3, S. 52–61.
- Petras, Renate: Das Schloß in Berlin. Von der Revolution 1918 bis zur Vernichtung 1950, Berlin 1992.
- Petschel, Dorit (Bearb.): Die Professoren der TU Dresden. 1828–2003, Köln/Weimar/Wien 2003.
- Pfankuch, Peter (Hrsg.): Hans Scharoun. Bauten, Entwürfe, Texte (= Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 10), Berlin 1993.
- Preuschen, Henriette von: Der Griff nach den Kirchen. Ideologischer und denkmalpflegerischer Umgang mit kriegszerstörten Kirchenbauten in der DDR, Worms 2011.
- Räder, Hermann: Die Mitarbeit der Hochschule bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 472–473.
- Räther, Helmut: Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz. Die Umgestaltung des Berliner Stadtzentrums, Berlin 1952.
- Rave, Paul Ortwin: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege (1952), Jg. 10, S. 120–124.
- Redaktion: Zum Beginn, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 1.
- Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen. Probleme heutiger Denkmalpflege, in: Deutsche Architektur (1968), H. 12, S. 714–715.

- Reglin, Wilhelm: Kunst in Vergangenheit und Gegenwart. Aus alten Mauern geboren ... Schutz und Pflege der Denkmale in der DDR, in: URANIA Wissen und Leben (1963), H. 1, S. 34–36.
- Rieck, Käthe: Die Denkmalpflege in Stralsund und ihre nächsten Aufgaben, in: Kurt Leucht/Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Die Altstadt von Stralsund. Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege (= Schriften des Forschungsinstituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung), Berlin 1958, S. 85–92.
- Rieck, Käthe: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 38–44.
- Rodemann, Karl (Hrsg.): Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler, Berlin 1951.
- Rothstein, Fritz: Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren, in: Märkische Heimat, Jg. 4 (1960), S. 69–81.
- Rothstein, Fritz: Farbe im Stadtbild. Das Rathaus in Gera, in: Farbe und Raum (1970), Nr. 12, S. 12–14.
- Rothstein, Fritz: Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, in: Farbe und Raum (1971), Nr. 5, S. 8–10.
- Rothstein, Fritz: Zur Rekonstruktion einer Altberliner Straße, in: Farbe und Raum (1972), Nr. 8, S. 12–13.
- Sander, Ingo: Die Behandlung und Aufbewahrung von Kunstwerken, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 51–60.
- Schätzke, Andreas: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945–1955, Braunschweig 1991. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-88864-8>
- Schätzke, Andreas: Die Rückkehr von bildenden Künstlern und Architekten aus dem Exil in die SBZ/DDR, Bonn 1995.
- Schauer, Hans-Hartmut: Quedlinburg. Das städtebauliche Denkmal Quedlinburg und seine Fachwerkbauten. Einführung von Helmut Stelzer, Berlin 1990.
- Schauer, Hans-Hartmut: Historische Altstadt und „sozialistische Umgestaltung“. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990, Halle/Saale 2007.
- Scheper, Hinnerk: Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 15 (1957), S. 56–60.
- Scheper, Renate: Vom Bauhaus geprägt. Hinnerk Scheper. Farbgestalter, Fotograf, Denkmalpfleger, Dessau 2007.
- Schmidt, Hans: Sozialistische Industrialisierung des Bauwesens und sozialistische Baukunst. Theoretische Beratung des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst am 25. und 26. Juni 1959, Berlin 1959.

- Schmidt, Heinz: Netzplan für Baureparaturen in der Marienstraße, in: *Farbe und Raum* (1971), Nr. 5, S. 6–7.
- Schoder, Hans: Sicherung und Restaurierung der Klosterruine Paulinzella, in: *Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971*, S. 41–52.
- Schönburg, Kurt: *Oberflächentechnik im Bauwesen A–Z*, Berlin/Wien/Zürich 2018.
- Schumacher-Lange, Silke: *Denkmalpflege und Repräsentationskultur in der DDR. Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden 1945–1989*, Hildesheim 2012.
- Sommer, Roland: *Denkmalpflege in der DDR. Institutionen und Strukturierung im Zeitraum von 1970 bis 1990. Veröffentlichte Masterarbeit*, Frankfurt/Oder 2007.
- Stegmann, Leo: Studienfahrt nach Polen, in: *Deutsche Architektur* (1952), H. 4, S. 184–186.
- Steinmann, Martin (Hrsg.): *CIAM. Dokumente 1928–1939*, Basel/Stuttgart 1979.
- Stelzer, Helmut: *Probleme zur städtebaulichen Rekonstruktion der Altstadt von Quedlinburg unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung als Denkmal mittelalterlicher Stadtbaukunst. Ein Beitrag zur Erneuerung von Fachwerkstätten mit geschlossen erhaltenen Stadtkernen. Dissertationsschrift (Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar)*, Weimar 1978.
- Stiller, Heinz (Hrsg.): *Altertumsforscher. Wissenschaftsorganisator. Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux*, Berlin 1987.
- Tjulpanow, Sergej Ivanovic: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* (1967), 15, S. 240–252.
- Trötschel-Daniels, Bianka: *Ringens um Recht. Das Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975. Dissertation Bauhaus-Universität Weimar 2020* [im Erscheinen].
- Tuma, Anja: *Denkmalpflege am Berliner Schloss. Über die Dokumentation des Wissenschaftlichen Aktivs seit der Sprengung des Schlosses 1950. Mit einem Katalog erhaltener Fragmente, (= Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Bd. 38 (Beiheft))*, Berlin 2016.
- Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft. Referat und Schlußwort auf dem III. Parteitag der SED, Berlin, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951.
- Ulbricht, Walter: *Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Referat auf der 9. Tagung des ZK der SED vom 22. bis 25. Oktober 1968*, Berlin 1968.
- Universitätsarchiv der Bauhaus-Universität Weimar: *Personal- und Vorlesungsverzeichnisse ab 1949*.
- Urban, Florian: *The Invention of the Historic City. Building the Past in East Berlin 1970–1990*, Berlin 2006.

- Vollrath, Werner: Einige Probleme der Denkmalspflege, in: Deutsche Architektur (1961), H. 6/7, S. 397–398.
- Vorsteher, Dieter: „Ich bin 10 Jahre“. Die Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.): Wiedergeburt. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 135–146.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1985.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008.
- Weidhaas, Hermann: Fachwerkbauten in Nordhausen, Berlin 1955.
- Weigel, Wolfgang: Anmerkungen zur Umgestaltung der Stadtzentren, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 478–480.
- Wollmann, Stefan: Schirgiswalde damals. Bilder einer kleinen Stadt, Bautzen 2004.
- Wüllner, Katja: Hinter der Fassade. Das institutionelle System der Denkmalpflege in der DDR untersucht am Beispiel der thüringischen Städte Erfurt, Weimar und Eisenach. Dissertationsschrift (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg), Cottbus 2016.
- Zachwatowicz, Jan: Denkmalschutz in Volkspolen, Warschau 1956.
- Zander, Dieter: Zur Baugeschichte des Klosters Dargun, in: Studienhefte zur Mecklenburgischen Kirchengeschichte (1992), H. 2, S. 5–12.
- Zimmer, Andreas: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990, Wiesbaden 2019. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-23553-6>

Zeitungsartikel

Berliner Zeitung

- H.W. [Verfasser unbekannt]: Die Hauskapelle am Hohen Steinweg, in: Berliner Zeitung vom 16.11.1949, S. 8.
- O.V.: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin, in: Berliner Zeitung vom 27.08.1950, S. 12.
- O.V.: Zum Neuaufbau der Hauptstadt. Unsere Leser diskutieren den Aufbauplan der Regierung, in: Berliner Zeitung vom 01.09.1950, S. 6.
- O.V.: Wohin am Sonntag?, in: Berliner Zeitung vom 02.09.1950, S. 6.
- O.V.: Kunst kämpft gegen Krieg, in: Berliner Zeitung vom 17.11.1950, S. 3.
- O.V.: Das Hemd näher als der Rock, in: Berliner Zeitung vom 29.10.1952, S. 3.
- O.V.: Einzelheiten über die vorgeschlagene Vereinfachung des Staatsapparates. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. Januar 1957, in: Berliner Zeitung vom 23.07.1957, S. 5.

- O.V.: Mit Plasterputz, in: Berliner Zeitung vom 11.11.1965, S. 3.
- O.V.: Kommuniké der 19. Sitzung des Staatsrates der DDR, in: Berliner Zeitung vom 12.12.1969, S. 1.
- O.V.: Wertvolle Fassade, in: Berliner Zeitung vom 07.12.1971, S. 8.
- Schumann, Ilse: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalspflege in unserer Hauptstadt, in: Berliner Zeitung vom 03.08.1970, S. 3.

Neue Zeit

- B.R. [Verfasser unbekannt]: Alt-Berlin in neuer Schönheit. Die Marienstraße – ein Stück lebendiger Bautradition, in: Neue Zeit vom 15.09.1972, S. 6.
- E.F. [Verfasser unbekannt]: Denkmalschutz – Werterhaltung. Hilfe durch Dokumentation. Synthese von alt und neu, in: Neue Zeit vom 31.07.1970, S. 6.
- Frömke, Otto: Grenzstadt in der „Drei-Länder-Ecke“, in: Neue Zeit vom 13.08.1949, S. 4.
- Gerlach, Walter: Ideal und Wirklichkeit im modernen Städtebau, in: Neue Zeit vom 27.09.1949, S. 3.
- Jansen, Elmar: Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalspflege in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neue Zeit vom 13.09.1961, S. 3.
- Kirtzeck, Bertold: Giebel, Gotik und behagliche Räume. Moderne Wohnungen entstehen im alten Stralsund. 750-Jahrfeier und ICOMOS-Kongress in Sicht, in: Neue Zeit vom 16.02.1981, S. 3.
- L.R. [Verfasser unbekannt]: Kostbarkeiten unter altem Putz, in: Neue Zeit vom 03.01.1950, S. 4.
- O.V.: Thüringen übt Naturschutz, in: Neue Zeit vom 20.04.1949, S. 6.
- O.V.: Noch einmal Denkmalschutz, in: Neue Zeit vom 31.03.1950, S. 4.
- O.V.: Leipziger Messe wächst auch räumlich, in: Neue Zeit vom 25.08.1950, S. 4.
- O.V.: Muß das sein?, in: Neue Zeit vom 06.10.1950, S. 5.
- O.V.: Kurzmeldung zu Lichtbildvortrag des Architekten der Deutschen Bauakademie Bodo Küttler, in: Neue Zeit vom 12.05.1953, S. 6.
- O.V.: „Auch sonst geschah noch vieles ...“. Kennzeichnende Widersprüche in einem Artikel Dr. Asches, in: Neue Zeit vom 23.09.1961, S. 3.
- O.V.: Marienstraße bald wie neu. Spezialisten restaurieren, in: Neue Zeit vom 13.10.1970, S. 6.
- O.V.: Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan, in: Neue Zeit vom 19.06.1971, S. 7.
- O.V.: Kleinodien in Berlin. Häuser der Marienstraße künden von der Zeit um 1830, in: Neue Zeit vom 28.12.1971, S. 6.
- W.H. [Verfasser unbekannt]: Der Wiederaufbau Dresdens, in: Neue Zeit vom 23.06.1950, S. 2.

Neues Deutschland

- G.W. [Verfasser unbekannt]: Ein Volk entfaltet seine nationalen Kräfte. Zum 30. Jahrestag der Gründung der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in: Neues Deutschland vom 25.02.1951, S. 4.
- Hartmann, Gudrun: Klubhaus, Atelier und Museum in altem Gemäuer. Historische Gebäude in Ostseestädten sinnvoll genutzt, in: Neues Deutschland vom 11.08.1981, S. 4.
- Knietzsch, Horst: Es gibt doch einen Fall Sanssouci!, in: Neues Deutschland vom 28.02.1952, S. 6.
- Kurella, Alfred: In den Händen des Volkes, in: Neues Deutschland vom 31.10.1960, S. 1–2.
- Lier, Christa: Sehenswertes in alten Stadttoren. Mittelalterliche Wehranlagen werden als Museen, Galerien, Klubs und Jugendherbergen genutzt, in: Neues Deutschland vom 31.10.1978, S. 2.
- O.V.: Tage und Nächte, die wir nicht vergessen, in: Neues Deutschland vom 18.09.1949, S. 6.
- O.V.: Pflegt und achtet unsere Kulturdenkmale, in: Neues Deutschland vom 09.01.1952, S. 1.
- O.V.: Gibt es einen Fall Sanssouci?, in: Neues Deutschland vom 12.02.1952, S. 4.
- O.V.: Kurzmeldung zu Lichtbildvortrag des Denkmalpflegers beim Chef-Architekten von Groß-Berlin, Bodo Küttler, in: Neues Deutschland vom 14.10.1954, S. 6.
- O.V.: Thesen zum Bericht des Genossen Walter Ulbricht über die Vereinfachung des Staatsapparates und die Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates. Beschlossen vom Zentralkomitee der SED als Diskussionsgrundlage, in: Neues Deutschland vom 21.07.1957, S. 3.
- O.V.: Stralsund Stadt an der Ostsee. Wo einst reiche Patrizier praßten, bauen die Werktätigen heute an einem neuen Leben, in: Neues Deutschland vom 14.07.1962, S. 9.
- O.V.: Kolloquium über Erhaltung historischer Bauten, in: Neues Deutschland vom 17.05.1975, S. 15.
- Schulze, Ingrid: Auschwitz ein mittelalterlicher Marktflöcken? Westdeutsche Kunstgeschichtsforschung im Dienste imperialistischer Ostpolitik, in: Neues Deutschland vom 09.11.1961, S. 4.
- Starke, Frank: Hinter gotischen Fassaden in Stralsund. Rekonstruktion der Altstadt wurde begonnen. Historisch wertvolle Bauten vielfältig genutzt, in: Neues Deutschland vom 27.02.1978, S. 3.

Süddeutsche Zeitung

- Rühle, Alex: 32 Millionen DM, in: Süddeutsche Zeitung vom 03.08.2016, S. 11.

Gesetzblätter

- Anordnung über die Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staatlichen Verwaltung und staatlicher Einrichtungen – Inventarisierung der musealen Objekte. Vom 30. Oktober 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 70 vom 18. November 1975, S. 572–574.
- Durchführungsbestimmung zum Denkmalspflegegesetz. Vom 24. September 1976, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 41 vom 15. November 1976, S. 489.
- Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz). Vom 6. September 1950, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 104 vom 14. September 1950, S. 965–967.
- Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19. Mai 1953, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 22 vom 22. Mai 1953, S. 201–221.
- Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Vom 18. Januar 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957, S. 65–72.
- Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Juli 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 99 vom 24. Juli 1952, S. 613–614.
- Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik – Denkmalspflegegesetz. Vom 19. Juni 1975, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 26 vom 27. Juni 1975, S. 458–460.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 1 vom 23. Mai 1949.
- Statut des Instituts für Denkmalspflege. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 478.
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 7. Oktober 1949, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 1 vom 8. Oktober 1949, S. 5–16.
- Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

- Verordnung zum Schutze des deutschen Kunstbesitzes und des Besitzes an wissenschaftlichen Dokumenten und Materialien. Vom 2. April 1953, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 46 vom 13. April 1953, S. 522–523.
- Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmal-schutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515.
- Zentrale Denkmalliste vom 25. September 1979, Sondersdruck (SD) Nr. 1017 des Gesetzblatts der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. Oktober 1979.

Internetquellen

- Blobelt, Jörg: CC BY-SA 4.0, erstellt am 14. September 1987, in: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=58376235> [letzter Zugriff: 20.06.2021].
- Goralczyk, Peter: Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege? Erfahrungen aus der DDR. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“ (Teil 4): „Nur die Prachtstücke? – Kategorisierung in der Denkmalpflege“, Berlin 2. April 2005, in: kunsttexte.de, Nr. 2, 2005 [letzter Zugriff: 01.05.2021].
- ICCROM: Newsletter (1975), No. 3: <https://www.iccrom.org/publication/newsletter-3> [letzter Zugriff: 02.07.2021].
- ICCROM: Newsletter (1977), No. 4: <https://www.iccrom.org/publication/newsletter-4> [letzter Zugriff: 02.07.2021].
- ICOMOS: Newsletter (Juni 1974), No. 3: <http://www.international.icomos.org/newsicomos/news3eng.pdf> [letzter Zugriff: 02.07.2021].
- Kleißmann, Christoph: 1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 15.10.2010: http://docupedia.de/zg/Klessmann_1945_v1_de_2010 [letzter Zugriff: 25.03.2021], DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.315.v1>.
- Protokoll des Politbüros des Zentralkomitees vom 29. Januar 1952, Nr. 89 (BArch, DY 30/IV 2/2/189): http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_IV2_2_189/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/argusbstu/dy30pbpr/index.htm-kid-aeea557b-64a3-4c5f-b2f2-d3221d48a9b0&sign=DY%2030/IV%202/2/189 [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: *documentArchiv.de* [Hrsg.]: <http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr1949.html> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968: <http://www.verfassungen.de/ddr/verf68-i.htm> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- Viermächteabkommen über Berlin von 1971: <https://www.verfassungen.de/be/alliiertekommandantur50-1.htm> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Asche, Sigfried – Deutsche Nationalbibliothek:

<http://d-nb.info/gnd/124527043> [letzter Zugriff: 02.04.2021].

Zu Bolz, Lothar – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/lothar-bolz> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Brasch, Horst – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/horst-brasch> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Brückner, Erich – Neubrandenburg:

<https://web.archive.org/web/20210704160640/https://www.kulturwerte-mv.de/Landesdenkmalpflege/Denkmal-des-Monats/Bisherige-Beitr%C3%A4ge/2017-03-Wiekh%C3%A4user-Neubrandenburg-und-moderner-St%C3%A4dtebau-der-DDR/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Clasen, Karl Heinz – Personenarchiv der Universität Rostock:

http://cpr.uni-rostock.de/resolve/id/cpr_person_00003484 [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Grotewohl, Otto – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/otto-emil-franz-grotewohl> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Hamann, Richard – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/richard-hamann> [letzter Zugriff: 31.03.2021].

Zu Henselmann, Hermann – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hermann-henselmann> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Hentschel, Walter – Sächsische Biografien:

[https://saebi.isgv.de/biografie/Walter_Hentschel_\(1899-1970\)](https://saebi.isgv.de/biografie/Walter_Hentschel_(1899-1970)) [letzter Zugriff: 25.03.2021]

Zu Klemm, Bernhard – Dresdener Neueste Nachrichten: Jürgen Schieferdecker: Bernhard Klemm war der Protagonist der Altstadtanierung, in: Dresdener Neueste Nachrichten vom 15.07.2016: <https://www.dnn.de/Nachrichten/Kultur/Regional/Bernhard-Klemm-war-der-Protagonist-der-Altstadtsanierung> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Knorr, Heinz Arno – Universität Leipzig:

https://research.uni-leipzig.de/agintern/CPL/PDF/Knorr_Heinz.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Liebknecht, Kurt – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/kurt-liebknecht> [letzter Zugriff: 25.03.2021]

Zu Lingner, Reinhold – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/reinhold-lingner> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Mächler, Martin – Deutsche Nationalbibliothek:

<http://d-nb.info/gnd/118826646> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Paulick, Richard – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/richard-paulick> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Rave, Paul Ortwin – Deutsche Biographie:

<https://www.deutsche-biographie.de/gnd118749374.html#ndbcontent> [letzter Zugriff: 02.04.2021].

Zu Scharoun, Hans – Archiv der Akademie der Künste:

<https://archiv.adk.de/bigobjekt/37007> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Scheper, Hinnerk – Bauhaus-Archiv Berlin:

<https://www.bauhauskooperation.de/wissen/das-bauhaus/koepfe/meister-und-lehrende/hinnerk-scheper/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Schmidt, Hans – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hans-schmidt> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

Zu Schulze, Ingrid (alias „IM Born“) – Deutsches Historisches Museum:

https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/boheme/katalog_zentren/halle/ [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Strauss, Gerhard – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/gerhard-strauss> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Stroux, Johannes – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/johannes-stroux> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
Sowie: <https://www.sammlungen.hu-berlin.de/objekte/-/16710/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Ulbricht, Walter – Bundesstiftung Aufarbeitung:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/walter-ernst-paul-ulbricht> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zu Viering, Paul – Deutsche Nationalbibliothek:

<http://d-nb.info/gnd/105194712X> [letzter Zugriff: 30.03.2021].

Sowie weitere Angaben zu Paul Viering in den Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die Vertrauensleute der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1968), Nr. 18.

Zu Wagenbreth, Otfried – Technische Universität Freiberg, Nachruf:

<https://tu-freiberg.de/presse/nachruf-auf-verdienten-wissenschaftler-der-tu-bergakademie-freiberg-prof-dr-otfried-wagenbret> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Zum Schloss Mirow (19. Jh.). Unteres Schloss auf einer Postkarte des 19. Jahrhunderts, Bildautor*in unbekannt:

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2400274> [letzter Zugriff: 20.06.2021].

Zum Schloss Mirow (2011). Pelz, CC BY-SA 3.0:

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=16393416> [letzter Zugriff: 20.06.2021].

Zur Geschichte des russischen Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur, НИИ Теории и Истории Архитектуры и Градостроительства:

http://www.niitiag.ru/about/info/istoriya_niitiag [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Abbildungsverzeichnis und -nachweis

Abb. 1: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin. O.V.: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin, in: Berliner Zeitung vom 27.08.1950, S. 12.

Abb. 2: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950. Eigene Visualisierung.

Abb. 3: Auswertung der westdeutschen Tagespresse (DWDS-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950. DWDS – Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Wortverlaufskurve mit Visualisierung (Nachbearbeitung d. Verf.).

Abb. 4: Diskursgefüge erstellt auf Grundlage des Quellenkonvoluts von Renate Petras. Eigene Visualisierung und Auswertung in Neo4j (Screenshot).

Abb. 5: Ergebnis der Abfrage nach Kontakten zwischen den Akteuren der Schlossdebatte (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (p:Person)-[:richtet_sich_an]->(q:Person) RETURN p,q

Abb. 6: Organigramm der Strukturen entsprechend der Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz), 1952. Eigene Visualisierung.

Abb. 7: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1952 bis 1960. Eigene Visualisierung.

Abb. 8: Organigramm der Struktur des Instituts für Denkmalpflege, 1955. Eigene Visualisierung auf Grundlage des vierten Entwurfs einer Sekretariatsvorlage vom 16. Januar 1953, in: BArch, DR 1/8026, fol. 104.

Abb. 9: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (t:Thema)-[:thematisierte]-(m:Besprechung)-[:nahm_teil]-(p:Person) RETURN t,m,p

Abb. 10: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j. Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (t:Thema)-[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t , count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

Abb. 11: Strukturplanentwurf von Kurt Lade zur Neuordnung der institutionellen Denkmalpflege, 1955. Eigene Visualisierung auf Grundlage der Arbeitsbesprechung der Konservatoren vom 13. Juli 1955, in: BArch, DR 1/8028, fol. 158–159.

Abb. 12: Zunächst angedachte Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1952), nach Walter Ohle. Eigene Visualisierung auf Grundlage der Stellungnahme zum Arbeitsplan der Zentrale von 1956, in: AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31 sowie BArch, DR 1/8026, Bl. 12.

Abb. 13: Angepasste Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1954), nach Walter Ohle. Eigene Visualisierung auf Grundlage der Stellungnahme zum Arbeitsplan der Zentrale von 1956, in: AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31 sowie BArch, DR 1/8026, Bl. 12.

Abb. 14: Strukturentwurf für die Zeit nach der Auflösung der Zentrale (1956). Eigene Visualisierung auf Grundlage eines Entwurfs des MfK, in: BArch, DR 1/8026, fol. 14f.

Abb. 15: Organigramm nach der Stellenplanstruktur um circa 1956/57. Eigene Visualisierung auf Grundlage der Stellenplanaufzeichnungen (o.D.), in: IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters.

Abb. 16: Verteilung der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle (grün: Bezirk Schwerin, blau: Bezirk Rostock, grau: Bezirk Neubrandenburg). Eigene Visualisierung mit Folium in Python.

Abb. 17: Gefüge der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock, Schwerin (hellbraun: Ehrenamtliche Vertrauensleute, rot: Kreis/Zuständigkeitsbereich, blau: Bezirk, orange: IfD, Arbeitsstelle Schwerin und Zentrale). Eigene Visualisierung auf Grundlage der Abfrage in Neo4j (Screenshot).

Abb. 18: Burg Schlitz, 1987. Bildquelle: Jörg Blobelt, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=58376235>, erstellt am 14. September 1987 [letzter Zugriff: 20.06.2021].

Abb. 19: Schloss Mirow. Unteres Schloss auf einer Postkarte des 19. Jahrhunderts. Bildquelle: Bildautor*in unbekannt, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2400274> [letzter Zugriff: 20.06.2021].

Abb. 20: Schloss Mirow, 2011. Bildquelle: Pelz, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=16393416> [letzter Zugriff: 20.06.2021].

Abb. 21: Akteursgefüge denkmalpflegerischer Maßnahmen am Schloss Mirow (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (d:Denkmal)-[:arbeitete_an]-(u:Unternehmen)-[:aus]->(o:Ort) RETURN d,u,o;

Abb. 22: Betreute denkmalpflegerische Maßnahmen von Käthe Rieck, auf der Grundlage der Auflistung von Walter Ohle aus dem Jahr 1960 (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Vertrauensleute)-[:responsible_for]->(k:Kreise)-[:belongs_to]-(o:Objekt)-[:changed_in]->(j:Jahr) WHERE n.Vertrauensleute='Kaethe Rieck' RETURN n, k, o, j;

Abb. 23: Fährstraße 26 in Stralsund vor und nach der Rekonstruktion, o.J., in: Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1975), Nr. 1, S. 38–44, hier S. 40.

Abb. 24: Schirgiswalde, Herrenhaus des Domstifts, Tapetenzimmer (mittleres Zimmer), südliche Seite. Fotografie auf einer Denkmalerfassungskartei von Carl Swoboda von 1936. Aus: Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda.

Abb. 25: Laubenhaus Schirgiswalde, o.J., in: Stefan Wollmann: Schirgiswalde damals. Bilder einer kleinen Stadt, Bautzen 2004, S. 11.

Abb. 26: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1961 bis 1975. Eigene Visualisierung.

Abb. 27: Auswertung Zeitungskorpus (DWDS-Digitalisate) für die Jahre 1961 bis 1975. DWDS – Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Wortverlaufskurve mit Visualisierung (Nachbearbeitung d. Verf.).

Abb. 28: Begriffshäufigkeit von Sanierung und Rekonstruktion (Zefys-Digitalisate). Eigene Visualisierung.

Abb. 29: Begriffshäufigkeit von Sanierung und Rekonstruktion (DWDS-Digitalisate). DWDS – Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Wortverlaufskurve mit Visualisierung (Nachbearbeitung d. Verf.).

Abb. 30: Organigramm der institutionellen Denkmalpflege aus dem Konservatorenprotokoll von 1963. Eigene Visualisierung auf Grundlage des Protokolls vom 4. Juni 1963, in: BLDAM, L 6/3.

Abb. 31: Organigramm der institutionellen Denkmalpflege nach Stelzer, 1974/75. Umzeichnung auf Grundlage der Aufzeichnungen, in: BStU, MfS BV Halle, VIII 582/74.

Abb. 32: Organigramm Kulturbund, 1965, in: Andreas Zimmer: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990, Wiesbaden 2019, S. 291.

Abb. 33: Datenmodell Konservatorenbesprechungen. Eigene Visualisierung.

Abb. 34: Visualisierung des Gefüges aus Besprechungsterminen und Themenfeldern der Konservatorengespräche (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (t:Thema)-[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t,m

Abb. 35: Quantitative Auswertung der verhandelten Themen (Ausschnitt aus den insgesamt 149 Themen). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (t:Thema)-[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t, count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

Abb. 36: Ergebnis der Abfrage nach Personen und Besprechungsterminen, bei denen Themen der „Klassifikation“ oder „Liste“ diskutiert wurden (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)-[:thematisierte]-(b:Besprechung)-[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema CONTAINS ‚klassifikation‘ OR n.Thema CONTAINS ‚liste‘ RETURN n,b,p;

Abb. 37: Ergebnis der Abfrage nach Sitzungsterminen, bei denen der Kulturbund Diskussionsgegenstand war (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)-[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE n.Thema=‘Kulturbund‘ RETURN n,b;

Abb. 38: Abfrage nach Themen, die am 25. Januar 1962 verhandelt wurden (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)-[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE b.Datum = ‘25.01.1962‘ RETURN n,b;

Abb. 39: Ergebnis der Abfrage, wer das Thema Ausstellung verhandelt hat (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)<--[thematisierte]-(b:Besprechung)<--[nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema = „Ausstellung der Denkmalpflege“ RETURN n,b,p;

Abb. 40: Ergebnis der Abfrage nach Personen und Häufigkeiten der Teilnahme an Gesprächen, bei denen das Thema Ausstellung verhandelt wurde. Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)<--[thematisierte]-(b:Besprechung)<--[nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema = „Ausstellung der Denkmalpflege“ RETURN p , count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

Abb. 41: Struktur der Denkmalpflege in der DDR, Überlegungen einer Visualisierung für das 20-jährige Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR. Eigene Umzeichnung, basierend auf: BArch, DY 27/11514.

Abb. 42: Ergebnis der Abfrage nach dem Tagesordnungspunkt „Arbeitsgruppe im BdA“ (Screenshot). Eigene Visualisierung in Neo4j auf Grundlage der Abfrage: MATCH (n:Thema)<--[thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE n.Thema=‘Arbeitsgruppen im BdA‘ RETURN n,b;

Abb. 43: Walter Kerks Modell von Schloss Dargun aus dem Jahre 1960. Bildquelle: BArch, DY 27/7516, Fotograf: k.A.

Abb. 44: Entwurf für den Projektablauf zur Wiederherstellung des Darguner Schlosses, Erläuterungsbericht 1967. Bildquelle: BArch, DY 27/7516.

Abb. 45 und 46: Marienstraße, Berlin, o.J., in: Heinz Schmidt: Netzplan für Bau-reparaturen in der Marienstraße, in: Farbe und Raum (1971), Nr. 5, S. 6–7, hier: S. 7.

Anhang I: Zeitzeugengespräch mit Ludwig Deiters

Das folgende Gespräch fand am 2. März 2016 bei Ludwig Deiters in Berlin statt. Geführt und aufgezeichnet wurde das Interview von Franziska Klemstein.

Für die Veröffentlichung wurde das Gespräch gekürzt und redigiert.

Franziska Klemstein (F.K.): In meiner Dissertation geht es um die Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse innerhalb der personellen und institutionellen Netzwerke der Denkmalpflege der DDR. Diese Netzwerke sind scheinbar zumeist dann entstanden, wenn es darum ging, denkmalpflegerische Belange voranzutreiben. Es geht mir also zum einen darum, welche Personen im Allgemeinen im Bereich der Denkmalpflege tätig bzw. besonders aktiv waren und welche Institutionen aktiv waren, um denkmalpflegerische Belange durchzusetzen oder auch zu verhindern. Zum anderen interessiert mich die Frage nach Handlungsspielräumen einzelner Personen und Institutionen anhand von konkreten Beispielen. Die zentrale Frage ist dabei: Unter welchen Umständen hatte man gewisse Freiheiten, Entscheidungen zu treffen für denkmalpflegerische Projekte, und unter welchen Umständen waren diese Handlungsspielräume sehr viel kleiner.

Im September 2015 haben Sie im Max-Lingner-Haus an einer Abendveranstaltung teilgenommen. Dort sagten Sie unter anderem, dass dem Stellenwert des Kulturbundes viel zu wenig Bedeutung beigemessen werde und dass Beziehungen – sowohl familiärer als auch freundschaftlicher Art – ebenfalls gewisse Handlungsspielräume ermöglicht hätten; auf diesen beiden Aussagen würde ich gerne unser Gespräch aufbauen.

Ludwig Deiters (L.D.): Von den Aktiven aus jener Zeit sind nicht mehr viele da. Nur noch die Jüngeren, die auch in der Publikation „Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke“ zu finden sind, sie sind fast alle erst im Laufe der 1960er Jahre zum Institut für Denkmalpflege gekommen. Von den ganz alten Protagonisten aus der Zeit von 1952 bis 1955/57 ist nun leider überhaupt niemand mehr da. Ich bin ja erst 1957 zur Denkmalpflege gekommen und es ist zum Beispiel sehr schade, dass Sie Hans Nadler nicht mehr interviewen können.

F.K.: Ja, auch Kurt Lade hätte ich sehr gerne interviewt.

L.D.: Kurt Lade ist zu der Aufgabe gekommen, dieses Institut für Denkmalpflege zu leiten, weil sich von diesen alten Konservatoren niemand fand, der bereit war, nach Berlin zu gehen und dieses mit vielen Unannehmlichkeiten verbundene Amt zu übernehmen. Und Kurt Lade war zu jener Zeit Leiter der Abteilung „Stadtbildpflege“ im Berliner Magistrat, in diesem großen Institut von Hermann Henselmann, und hat sich bereitgefunden, diese Aufgabe zu übernehmen. Aber er war relativ krank, er hat nicht lange gelebt und ist auch von einigen der älteren Konservatoren nicht recht akzeptiert worden. Aber das weiß ich alles nur mehr vom „Hörsagen“. Ich bin ja für die Denkmalpflege so ganz nebenbei angeworben worden und hatte gar nicht die Absicht, darin lange zu bleiben. Aber das ist ein so faszinierendes Aufgabengebiet, dass man dann doch bleibt – noch über seinen Ruhestand hinaus.

F.K.: Ich habe im Bundesarchiv einen Schriftwechsel eingesehen, in dem es vorrangig um das Ministerium für Bauwesen ging. Allerdings waren dort ebenfalls ein paar Schriftwechsel zwischen Kurt Lade als dem damaligen Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege und dem Ministerium für Bauwesen. Darin ging es um die Klassifizierung von Denkmälern. Das war ein Vorschlag von Gerhard Strauss, den er dem Beirat für Bauwesen vorgetragen hatte, woraufhin sich dann Kurt Lade meldete und sich dezidiert gegen diesen Entwurf aussprach. Daraus entwickelte sich dann ein Streit um Zuständigkeiten, den ich sehr interessant fand. Vor allem auch die Art und Weise, wie sich Kurt Lade argumentativ zu rechtfertigen versucht für seine Sicht der Dinge und wie im Gegenzug Gerhard Strauss darauf reagierte. Nach der Sichtung dieser Schriftwechsel habe ich mich gefragt, wie die Zusammenarbeit und auch die Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen dem Institut für Denkmalpflege und dem Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst an der Bauakademie und den Ministerien gewesen ist.

L.D.: Da waren überhaupt keine Zuständigkeiten bei der Bauakademie. Die Denkmalpflege ressortierte immer im Bereich der Kultur und Gerhard Strauss hat mal ein kurzes Stück Denkmalpflegegeschichte mitgeschrieben. Er war Referent für Denkmalpflege in der Zentralverwaltung für Volksbildung. Danach wechselte er zur Bauakademie, die dem Ministerium für Bauwesen unterstand. Im Unterschied zum Institut für Bauwesen der Akademie der Wissenschaften. Die Akademie der Wissenschaften unterstand dem Ministerrat direkt. Und Strauss hatte immer große Ideen, er wollte mal Anfang der 1960er Jahre eine Art „Superinstitut“ für Kunstgeschichte und Denkmalpflege gründen. Aber daraus ist nichts geworden. Persönlich war er sehr interessiert an denkmalpflegerischen Themen, aber er war in keiner Weise zuständig. Die Sache mit der Klassifizierung, die hatte er aufgegriffen. Ein Gedankengang, der zur Zeit der beginnenden Planwirtschaft durchaus typisch war. Da wollte man den verschiedenen staatlichen Instanzen die Verantwortung für verschiedene Denkmalgruppen zuordnen. Dagegen haben sich die klassischen Denkmalpfleger immer gewehrt. Vor allem wegen der Ab-

klassifizierung derjenigen, die nicht auf der Liste – nicht auf der höchsten Stufe – standen, aber es ist dann schließlich doch 1961 dazu gekommen, dass diese Klassifizierung anbefohlen wurde. Dann haben wir das halt gemacht und versucht, das Beste daraus zu machen.

F.K.: Die Klassifizierung ist in der Denkmalpflege immer mal wieder Thema, dadurch, dass es in verschiedenen Ländern so betrieben wird.

L.D.: Es gibt inzwischen ja diese eine Klassifizierung: Weltkulturerbe oder nicht. Aber das hängt auch zusammen mit der Frage, soll man überhaupt Denkmalerklärungen machen oder ist alles potenziell Denkmal; nur im Falle des Bedarfs wird eine denkmalpflegerische Erklärung abgegeben mit einer denkmalpflegerischen Zielstellung. Dieses Vorgehen ist aber auch wiederum gefährlich und hätte auch gar nicht zur Planwirtschaft gepasst. Da musste von vornherein bekannt sein, was Denkmal ist und was nicht. Sodass wir nachher bei der weiteren Entwicklung der denkmalpflegerischen Gesetzgebung selbstverständlich diese Denkmalerklärung mit eingeführt haben – sogar die Kennzeichnungspflicht. Um alle aufmerksam zu machen und den Streitgegenstand von vornherein als solchen zu kennzeichnen.

Zu Ihrer Grundfrage der persönlichen Einflussnahme: In fachlicher Hinsicht waren die Spielräume relativ groß. Aber es kam immer darauf an, welche Partner man wann hatte, welche Gesamtumstände überhaupt zu der Erhaltung und Restaurierung führten und wo dann die Kompromisse und Möglichkeiten lagen. Aber natürlich hat diese Gesamtsituation mit dem Ringen um die Anerkennung der Denkmale auch dazu geführt, dass man eine einigermaßen populäre Denkmalpflege betreiben musste. Eine Denkmalpflege, bei der die kulturelle Wirkung der Denkmale im Vordergrund stand und nicht so sehr das Herauspräparieren des Denkmals als Dokument für wissenschaftliche Forschung; dieser Gedanke „Konservierung – Restaurierung“, dieser Gegensatz, vermeintliche Gegensatz oder Abfolge, spielt überhaupt eine riesige Rolle in der Denkmalpflege des ganzen 20. Jahrhunderts. Und wir waren doch mehr auf der Seite derjenigen, die Restaurierung wollten, weil ein restauriertes Denkmal eine ganz andere Popularität hatte als ein nur konserviertes. Da gibt es zahlreiche Beispiele für.

F.K.: Wie würden Sie das beispielsweise im Zusammenhang mit dem Tierpark und dem Schloss Friedrichsfelde sehen?

L.D.: Das Schloss Friedrichsfelde war im höchsten Grade gefährdet. Durch Bauschäden, die bereits in den 1920er Jahren entstanden waren, wegen der großen Wasserhaltung für das Kraftwerk Klingenberg. Es musste erhalten werden – unserer Meinung nach – und hatte die größte Chance, einen kulturellen Mittelpunkt mit dem Tierpark zu bilden, und das entsprach auch dem Wunsch und dem Geschmack des langjährigen Tierparkdirektors Dathe. Und es ist durch seine Initiative, auch durch seinen Mut, von vornherein als ein kultureller Mittelpunkt bestimmt und als Werterhaltungsmaßnahme instand gesetzt worden. Das war

eine ganz andere Art der Einordnung und es waren auch ganz andere Aufgaben damit gemeint. Das hing auch mit der Größenordnung der Maßnahmen zusammen. Dathe hat mit seinen Werterhaltungsmitteln, teilweise auch mit Beihilfen der Denkmalpflege, Stück für Stück mit Handwerkern und mit einer unmittelbaren Anleitung durch den Denkmalpfleger Ernst Wipprecht das Schloss wieder aufgebaut. Da ist kein großes Projekt gemacht, kein Beschluss über eine Investition gefasst worden. Mit der größten Selbstverständlichkeit wurde die Sicherung der Bausubstanz vorgezogen, auf der Basis eines Gutachtens für die konstruktive Sicherung von Baudenkmalen. Dieser Gutachter hat die notwendigen Maßnahmen vorgeschlagen und beschrieben, sodass diese dann durchgeführt werden konnten, bis der Bau wieder standfest war und der weitere Ausbau erfolgen konnte. Und dazu gehörten natürlich, da kommt man dann auf Ihre Frage nach den Personen zurück, dass sich Architekten fanden – in dem Fall mussten es Architekten in der Denkmalpflege sein, die in guter Zusammenarbeit mit Kunsthistorikern arbeiteten –, die bereit waren, alte Formen wieder zu ergänzen und die von ihrem konstruktiven Verständnis her auch in der Lage waren, das so durchzuführen, dass es bautechnisch einwandfrei war und nach Möglichkeit wiederum in alter Handwerkstechnik ausgeführt wurde. Das war ein Glücksumstand, dass der Wipprecht von seiner Ausbildung und Mentalität her dazu in der Lage war. Auch von seinem Geschmack her. Da geht es dann tatsächlich ums Künstlerische, auch um das Auge für die Fragmente und für die Möglichkeit der Herstellung verloren gegangener Zusammenhänge.

F.K.: Bei diesem Projekt scheint es für mich, so gewesen zu sein, dass die Personen die treibenden Kräfte dahinter gewesen sind; dass es weniger die Institutionen gewesen sind, die die Entscheidungen getroffen haben. Wenn Heinrich Dathe eine nicht so hohe Eigenmotivation gehabt hätte, wäre das Schloss Friedrichsfelde nicht erhalten geblieben. Ist diese Annahme so richtig?

L.D.: Er war ein sehr guter Zoofachmann und ein hervorragender Agitator und Diplomat, Politiker. Er war eine angesehene Persönlichkeit, die es verstand, sich in diesem ganzen Wirrwarr von Autoritäten mit den richtigen Argumenten zu behaupten. Und auch die Geschicklichkeit und die diplomatischen Fähigkeiten von Wipprecht kamen dazu. Das erklärt auch den hohen agitatorischen Anteil unserer Arbeit. Darin war auch Nadler ein Meister.

F.K.: Hans Nadler wurde auch schon von Bruno Flierl erwähnt, als ich mit ihm gesprochen habe. Ich habe Bruno Flierl die Frage gestellt, welche Persönlichkeiten er – als nicht direkt in der Denkmalpflege arbeitender Architekt – noch als die Protagonisten im Bereich Denkmalpflege bezeichnen würde. Wie würden Sie mir diese Frage nach den Protagonisten beantworten?

L.D.: Bruno Flierl war ein guter Freund, wie wir überhaupt in der Bauakademie Freunde hatten. Man konnte auch den Strauss nicht unbedingt als Widersacher der Denkmalpflege betrachten. Der wollte natürlich unsere Institution und auch

mich persönlich einbeziehen in sein „Superinstitut“. Aber das war einfach zu großstielig und verließ auch die institutionellen Rahmenbedingungen, die man vorher hatte. Er hätte es vielleicht ganz gerne an die Bauakademie angehängt. Aber die Bauakademie war eben auch zu sehr in den Apparat des Ministeriums für Bauwesen integriert. Die spielte keine übergeordnete Rolle. Sie war ein großes Dienstleistungsinstitut. Und so ein Mann wie Bruno Flierl hat sich darin recht unglücklich gefühlt, weil es da ein sehr scharfes parteiliches Reglement gab. Und das Benehmen eines bestimmten Parteisekretärs hat ja auch dazu beigetragen, dass ich nicht mehr in die Bauakademie zurück wollte. Das Leben hängt so viel von Zufälligkeiten und Personen ab.

F.K.: In der DDR schien vieles von der Parteizugehörigkeit abzuhängen.

L.D.: Aber das ist überall so. In der DDR war das natürlich verschärft durch ein teilweise misstrauisches und machtgeriges Verhalten von Funktionären und durch allgemeine Unsicherheiten. Darum ist es interessant, dass Sie das Datum der programmatischen Erklärung des Wegs zum Sozialismus [1952] zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit nehmen. Denn dieser stand 1949, bei der Gründung der DDR durchaus nicht vorne an. Und das ist ja auch ein institutioneller Bruch gewesen.

Ich weiß nicht, wer der maßgebliche Mensch gewesen ist, der diese kleine Truppe der Denkmalpfleger, die in den Landesdenkmalämtern existierten, eben nicht auf die Bezirke aufteilen ließ. Wäre manchmal auch schwer möglich gewesen. Schon diese ganzen Bibliotheken und Archive aufzuteilen – und dann: Wie teilt man drei Leute auf? Es waren zu wenige. Damals war noch Johannes Robert Becher der Kulturminister – 1952. Moment ..., vor Becher ist noch eine entscheidende Persönlichkeit da: Helmut Holzhauer. Helmut Holzhauer war Kultusminister in Sachsen gewesen und ist dann bei der Umformung der Verwaltungsstruktur nicht Bezirksfunktionär, sondern zentraler Funktionär als Leiter der Kunstkommission geworden, der Vorläuferinstitution für das Ministerium für Kultur. Und Helmut Holzhauer war vom ursprünglichen Beruf her, so viel ich weiß, Volksschullehrer. Und die Volksschullehrer waren gerade in Sachsen immer sehr nah an diesem Heimatbund. Holzhauer hat persönlichen Einfluss genommen auf die erste Denkmalschutzverordnung – diese Verordnung von 1952. Und da gibt es eine geradezu anekdotische Erzählung von Nadler, dass Holzhauer ihn, Nadler, gebeten habe, um Material. Und dann habe Nadler ihm das sächsische Denkmalschutzgesetz von 1934 gegeben und das war – zwar in der Nazizeit beschlossen – ab Anfang des 20. Jahrhunderts erarbeitet worden. Das war merkwürdigerweise ein Auftrag dieses ersten Tags für Denkmalpflege gewesen. Diese Tage für Denkmalpflege fanden ja etwa jährlich statt und waren Treffen der verschiedenen Landesdenkmalpfleger im großen föderalen Kaiserreich und auch später in der Weimarer Republik. Es gab keine Zentrale der Denkmalpflege, infolgedessen haben die sich immer wieder getroffen und untereinander abgestimmt und gestützt. Und aus solch einer Versammlung kam der Beschluss, wir brauchen

ein Denkmalpflegegesetz. Das ist in Sachsen in unendlichen Stufen ausgearbeitet worden und entsprach sehr stark den Wünschen der Fachdenkmalpflege. Und das hat Holzhauer im Wesentlichen übernommen für diese Denkmalschutzverordnung. Ich nehme an, dass auch Holzhauer persönlich den Mut gehabt hat, zu sagen: Nein, wir teilen diese paar Denkmalpfleger nicht auf die Bezirke auf. Wir lassen sie an ihrer alten Stelle weiterarbeiten, als Außenstellen eines Instituts für Denkmalpflege.

Diesen Gedanken des Instituts für Denkmalpflege haben dann nach Holzhauer auch die weiteren Minister Becher und Abusch getragen. Sie setzten sich immer zur Wehr, wenn es darum ging, dass die Denkmalpflege auf die Bezirke aufgeteilt oder dem Bauwesen unterstellt werden sollte. Es gab immer wieder solche Versuche. Das letzte Mal gab es einen solchen großen Versuch zur Neuordnung der Denkmalpflege um das Jahr 1967. Ursache hierfür waren einige Konflikte mit Politbüromitgliedern, die als Paten von Wiederaufbauten verschiedener Städte wirksam waren. Damals war Klaus Gysi Kulturminister und mit diesem hatte ich vereinbart, dass wir erst mal eine interministerielle Kommission gründen müssen, in der das alles geklärt wird. Diese trat dann an der Seite des sehr scharfen Staatssekretärs Brasch einmal zusammen. Aber Gysi hatte befunden, dass ich als Stellvertreter von Brasch arbeiten sollte, woraufhin Brasch nie wieder eine Sitzung geleitet hat. Die nächsten Sitzungen habe über viele Jahre ich geleitet und das führte dann in die Erarbeitung des Denkmalpflegegesetzes von 1975. Das verdanken wir weitgehend dem Geschick von Gysi, der damals diese interministerielle Kommission ins Leben gerufen und die anderen Ministerien um die Delegation von Vertretern gebeten hatte, die dann auch die ganzen Jahre durchgehalten haben. Besonders die Plankommission war für uns günstig. Da gab es einen Abteilungsleiter namens Ackermann, der für Kultur zuständig war und der auch eine besondere politische Geschichte hatte. Er selbst trat nicht in Erscheinung, schickte aber einen jungen Mann, der uns sehr geholfen hat. Der Bauminister schickte einen Juristen, der sich sehr mit Bau- und Bodenrecht beschäftigt hatte.

F.K.: Die Namen, die Sie jetzt genannt haben: Gysi, Abusch, Holzhauer, Becher. Das sind auch alles Mitglieder des Kulturbundes gewesen. Im Bundesarchiv habe ich zudem einen Schriftwechsel gefunden, bei dem es um die Frage bzw. die Diskussion des Abrisses des Ermelerhauses und der Raabe-Diele ging. Hierbei wandte sich der Kulturbund an den Minister für Kultur, das war zu der Zeit Hans Bentziens, und dieser leitete das Schreiben dann weiter an das Ministerium für Bauwesen. Daraus ergab sich für mich die Frage, ob das der normale oder gängige Werdegang von Teilnahme an Entscheidungsfindungen des Kulturbundes war oder ob der Kulturbund andere Möglichkeiten hatte, um zu agieren und sich in solche Diskussionen einzubringen.

L.D.: Also, eine offizielle Einwirkungsmöglichkeit des Kulturbundes auf institutioneller Ebene könnte es höchstens in Richtung Parteiapparat gegeben haben. Es

gab wohl immer jemanden, der sich in diesem Apparat des Politbüromitglieds für Kultur und Wissenschaft um den Kulturbund zu kümmern hatte. Ich weiß das nur aus den letzten Jahren, als ich dann Vorsitzender der Gesellschaft für Denkmalpflege war, da war ein Mann namens Lubos im Parteiapparat für diese Dinge zuständig und der hat sich ausgesprochen bremsend ausgewirkt. Denn wir wollten damals vom Zentralvorstand eine Art Denkschrift zu den Problemen der Denkmalpflege machen und die wurde und wurde nicht fertig. Wir wurden dann auch mehr oder weniger an unserer Arbeit gehindert.

E.K.: Wie entwickelten sich denn die Handlungsspielräume im Kulturbund im Laufe der Zeit? Es gab ja mehrfache Umstrukturierungen des Kulturbundes.

L.D.: Eine große Umstrukturierung gab es, als man den großen Verband der Natur- und Heimatfreunde in diese Gesellschaften eingliederte. Es gab mehrere Gesellschaften, eine davon war die Gesellschaft für Denkmalpflege, dann gab es eine Gesellschaft für Heimatgeschichte, glaube ich, dann gab es eine, die sich um Naturschutz kümmerte. Die wurden immer stärker und immer wirkungsvoller, diese Gesellschaften im Kulturbund, je größer die allgemeine Unzufriedenheit, aber auch das Geschick der Bevölkerung wurde, sich mehr auseinanderzusetzen. Und der Schlüssel war immer, dass der Kulturbund am Volkskongress beteiligt war, der, glaube ich, 1948 zusammentrat und der dann 1949 die Keimzelle für die Volkskammer war. Dort hatte der Kulturbund wortgewaltig mitgewirkt, auch in den programmatischen Formulierungen für den Staat DDR wurde eine Fraktion Kulturbund in der Volkskammer gegründet. Und nicht nur in der Volkskammer, sondern auch in den anderen Volksvertretungen. Das heißt, überall saßen in den Volksvertretungen Kulturbund-Leute und die hatten wiederum eine Basis in den Klubs der Intelligenz und in den zahlreichen Freundeskreisen und Arbeitsgemeinschaften, die der Kulturbund im Lande hatte. Die waren dann wieder die Basis und auch die treibenden Kräfte für die Tätigkeit dieser Abgeordneten des Kulturbundes. Und wenn der Kulturbund auch zahlenmäßig und von seiner Wahrnehmung her nicht so bedeutend war, kritische Worte in den Sitzungen dieser Volksvertretung waren äußerst unbeliebt und immerhin mussten die Funktionäre alle paar Jahre wieder neu gewählt werden, und die wollten keinen Ärger haben. Also versuchten sie, Kompromisse zu unterstützen. Und die Kulturbund-Leute holten sich natürlich Informationen beim Institut für Denkmalpflege. Die Vertrauensleute kamen immer aus dem Kreis des Kulturbundes und die kriegten nachher in diesem ganzen Verordnungspaket, im Anschluss an das neue Denkmalpflegegesetz, direkt ihren Platz. Diese ehrenamtlichen Helfer für Denkmalpflege kamen immer aus Kulturbund-Kreisen und hatten stets eine breite Lobby. Nicht nur die Kulturbund-Mitglieder, im Grunde genommen eine viel breitere Klientel aus kultur- und heimatinteressierten Bürgern; das war gewissermaßen überall unsere fünfte Kolonne. Aber das setzte natürlich auch den Willen voraus, mit dem Kulturbund zu arbeiten und dem Kulturbund zur Verfügung zu stehen,

und darin war Nadler besonders tätig. Nicht zufällig, denn die Sachsen hatten die beste Heimatbundtradition. Es klappte aber auch im Norden. Weniger gut verlief es im Thüringer Bereich.

F.K.: Sie würden demnach diesen älteren Strukturen aus der Heimatbundzeit eine relativ wichtige Funktion zukommen lassen?

L.D.: Na ja, das war eine großartige Tat, dass dieser Kulturbund, der ja zunächst eine Gründung von Intellektuellen war, die Aufgabe übernahm, all diese vielen kulturellen Vereine, darunter eben auch die Heimatschutzvereine, zusammenzufassen und damit zu legitimieren. Das ist wohl noch in der Zeit der sowjetischen Besatzungsadministration erfolgt und als Persönlichkeit auf diesem Gebiet kann man Karl Kneschke nennen. Karl Kneschke war einer der hauptamtlichen Sekretäre im Kulturbund und war gewissermaßen der Vater der Abteilung „Natur und Heimat“, so hieß das zunächst.

F.K.: Sind Sie durch Ihren Vater zum Kulturbund gekommen?

L.D.: Ja, natürlich. Mein Vater gehörte zu den Mitbegründern des Kulturbundes, schon im Sommer 1945. Es waren zum Teil Emigranten, die damals zurückkamen, und zum Teil Leute, die sozusagen in einer Art inneren Emigration gelebt hatten, die, ohne sich politisch gefährlich zu betätigen, in der Nazi-Zeit überlebt hatten. Und mein Vater war Sozialdemokrat, man könnte sagen, sogar ein relativ linker Sozialdemokrat und Schulreformer. Er war in der Weimarer Zeit bis zum Schulrat aufgestiegen, in der damaligen preußischen Provinz Hessen-Kassel. Er hatte einen gewissen Einfluss in diesem Kasseler Bereich, weil er mit Ferdinand Friedensburg befreundet war, der damals dort als Zentrumspolitiker Regierungspräsident in der preußischen Provinz war. Und die beiden waren befreundet. In der Studentenzeit waren beide Mitglieder des Vereins Deutscher Studenten gewesen. Das war eine relativ liberale studentische Verbindung. [...] Mein Vater war den Nazis in Hessen also höchst auffällig und unangenehm gewesen und dann machten sie Gebrauch vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums und haben ihn zwangspensioniert. Er lebte dann ganz still und zurückgezogen in Berlin-Lichterfelde. Da hatten meine Großeltern ein Haus, was man heute Stadtvilla nennen würde. Ein Haus mit Mietwohnungen das aber ringsherum von Grün begleitet war. Das war auch damals schon eine typische Wohnform und eine dieser Wohnungen konnten wir dann bekommen. Dort war mein Vater eigentlich unbekannt. Er war eben der Mann von Lisbeth Fuchs. [...] Aber 1945 sah er natürlich die Zeit gekommen, wieder aktiv zu werden. Er gehörte, wie gesagt, zu den Gründungsmitgliedern und auch zu den Wortführern, und war dann längere Zeit der Vorsitzende der Berliner Organisationen des Kulturbundes. Da es noch keinen Zentralstaat gab, vor 1949, war er im Berliner Kulturbund der Vorsitzende, und der spielte immer eine gewisse politische Rolle. Und so lernte er dann auch Johannes Robert Becher kennen, der bald Präsident des Kulturbundes wurde, und auch Alexander Abusch, das ist ebenfalls ein Mann, der uns in all den Jahren im-

mer geholfen hat. Abusch war nach Becher Kulturminister und wurde dann Stellvertreter des Ministerpräsidenten oder Vorsitzender des Ministerrats, so hieß er nachher, nach den Ulbricht'schen Reformen, nach dem Tode von Pieck. Und das war ein Apparat, der sachlich nach Ulbricht arbeitete, doch Abusch hat im Hintergrund viel geholfen. Und das ist eben auch wirklich eine wichtige Sache gewesen, dass man Menschen kennen musste und mit ihnen zusammen Wege suchen musste, um allzu große Klippen zu umschiffen.

F.K.: Während des Gesprächs im Max-Ligner-Haus sagten Sie auch, dass beispielsweise die Petri-Kirche leichtfertig aufgegeben worden sei, da dieser Sakralbau das Unglück hatte, aus dem späten 19. Jahrhundert zu stammen und das Denkmalpflege-Verständnis zum damaligen Zeitpunkt bei 1840 endete.

L.D.: Ja, so ungefähr.

F.K.: Wie würden Sie das Verständnis gegenüber der historischen Substanz in der DDR gerade in den 1950er und 1960er Jahren und auch später charakterisieren? Wie auch das Verhältnis von Alt und Neu zueinander?

L.D.: Diese zeitliche Grenze des Denkmalschutzes hatte sich dann sehr schnell bis nah an die Gegenwart heran entwickelt. Das kommt noch nicht zum Ausdruck in dieser Verordnung von 1952. Aber später dann schon, in der Verordnung von 1961 und im Denkmalpflegegesetz von 1975 ebenfalls. Das war ein Prozess des Ernstnehmens des Historismus, der allgemein in den späten 1960ern und vor allem in den 1970ern eingesetzt hatte.

F.K.: Spielte da auch das europäische Denkmalschutzjahr 1975 eine Rolle? Oder war das weniger im Fokus in der DDR?

L.D.: Das europäische Denkmalschutzjahr hatte eine andere Thematik. Da hatte man sich weniger für die Grenze des Denkmalwertes oder für die Denkmale des späten 19. Jahrhunderts interessiert. Damals ging es eigentlich in sehr hohem Maße um die städtebauliche Denkmalpflege, um die Ensemblewirkung, und im Vordergrund standen natürlich das Mittelalter und die folgenden Jahrhunderte bis zum frühen 19. Jahrhundert. Das europäische Denkmalschutzjahr fiel in eine Zeit des Überdrusses an der Dominanz der modernen Architektur, ausgelöst insbesondere durch den Brutalismus der späten 1960er Jahre. Das Denkmalschutzjahr war allgemein darauf gerichtet, alte Zusammenhänge zu erhalten. Es schwamm auf einer Welle des Bevölkerungsinteresses an der Geschichte allgemein und an der historischen Kultur mit. Damals wurden überall Heimatmuseen gegründet, auch bei uns in der DDR. Der Besuch der Museen nahm außerordentlich zu. Das ging sogar in eine Art Neuhistorismus hinein, in der Möbelkultur. Damals entstanden wieder Renaissancemöbel und spöttisch wurde das alles als „Nostalgiewelle“ bezeichnet. Diese „Nostalgiewelle“ als allgemeine Erscheinung und das europäische Denkmalschutzjahr gehören zusammen. Natürlich hatte die allgemeine Kulturpropaganda in dieser Richtung auch unsere Funktionärschaft beeinflusst. Auch bei denen war die „Nostalgiewelle“ populär. Anfang der

1970er Jahre, nach dem Sturz von Ulbricht, also in der frühen Honecker-Zeit, hatte man wieder Wert gelegt auf den Heimatbegriff. Bei uns wurde dieser apostrophiert als sozialistische Heimat, aber unter Einbeziehung des kulturellen Erbes in seiner Vielfalt. Das alles kann man natürlich auch in Parteidokumenten nachlesen. Das war der VII. Parteitag, der in die frühen 1970er Jahre fiel, und davor hatte es auch noch eine Plenartagung gegeben. Kurt Hager hat sich auch zu dieser Problematik geäußert, er war inzwischen das Politbüromitglied für Kultur und Wissenschaft. Das schaffte uns dann auch argumentativen Spielraum. In diese Zeit fällt zudem die Bewegung zur Herstellung sogenannter Fußgängerzonen in historischen Straßenzügen der Städte. Sindermann, der erste Sekretär der Bezirksleitung in Halle, hatte einen besonderen Sinn dafür. In Halle selbst ist die erste Fußgängerstraße entstanden und fast gleichzeitig die Kröpeliner Straße in Rostock. Schließlich hat auch Potsdam nachgezogen. Das beruhte alles auf dem Wunsch der Bevölkerung und auf der Sehnsucht nach vielfältigen Ensembles, im Unterschied zu den großen Neubaugebieten, die damals vor den Städten entstanden. Es gab bei der Bauakademie auch einen Soziologen, der sich damit beschäftigt hat. [...] Man hatte auch in der DDR gemerkt, dass man einerseits viele neue Wohnungen baute und dass andererseits auch große Verluste eintraten durch einen Mangel an Werterhaltung an den Altbauten. Dann kam eben dieses Programm der komplexen Modernisierung, wie man es damals nannte, zustande, oder Programm der Rekonstruktion. Im Architektenbund hatte man dann eine zentrale Fachgruppe (ZFG) „Rekonstruktion“ gegründet und parallel dazu eine Fachgruppe für Denkmalpflege. Das ging von Edmund Collein aus, der damals Präsident des Architektenbundes war. Und Collein hat mich veranlasst, diese Denkmalpflegegruppe zu gründen. Ich habe mich wiederum mit Günter Kabus von der Bauakademie verbündet und wir haben dann diese beiden Fachgruppen zu einer großen Fachgruppe „Rekonstruktion“ zusammengeschlossen, die ich dann geleitet habe. Der Architektenbund wurde immerhin gehört, der spielte eine gewisse Rolle. An Kongressen des Architektenbundes nahmen manchmal Mitglieder des Politbüros teil. Da hatte ich dann auch die Gelegenheit, als Vorsitzender der Fachgruppe „Rekonstruktion“ über Bauerhaltung im Allgemeinen und Denkmalpflege im Besonderen zu sprechen. Das hat Günter Mittag, der im Politbüro für Wirtschaft, und damit auch für Bauwesen, war, nicht gefallen. Es gab mal einen Architektenkongress, bei dem ich auf der Rednerliste stand. Mittag war im Präsidium und hat dann verhindert, dass ich sprach. Das ging manchmal bis in das Persönliche. Der behauptete immer, die Bauerhaltung im Allgemeinen und die Denkmalpflege im Besonderen störten die Produktivität im Bauwesen.

F.K.: Auf der anderen Seite versuchte man dann doch in den 1980er Jahren, historische Formen in großem Maßstab maschinell vorzufertigen, und versuchte letztlich, wieder eine gewisse Historizität zu erzeugen, beispielsweise beim Friedrichstadtpalast.

L.D.: Da war dann auch eine kunstgewerbliche Linie drin. Das hing auch damit zusammen, dass es ein Projekt der Sonderbauleitung unter Gißke war. Gißke hatte damals auch die Aufgabe, das Schauspielhaus wiederherzustellen. Das Nikolaiviertel ist ebenfalls unter Leitung von Gißke wiederhergestellt worden. Dort entstand dann die Notwendigkeit, auch feinere und differenziertere neue Formen mit der Wiederherstellung alter Formen zusammenzubringen. Gißke hat sogar ein eigenes kleines Betonwerk gehabt, um dann die Formen, die auch für die Neubauten am Platz der Akademie notwendig waren, und fürs Nikolaiviertel herstellen zu können.

F.K.: Wie war da die Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege? Also, gerade beim Nikolaiviertel oder auch beim Schauspielhaus war doch ebenfalls historische Substanz vorhanden.

L.D.: Die historische Substanz wurde schon unter intensiver Leitung des Instituts für Denkmalpflege wiederhergestellt. Haben Sie mal mit Peter Goralczyk Kontakt gehabt? Der hat den Platz der Akademie betreut. Er war damals Leiter der Arbeitsstelle Berlin-Brandenburg des Instituts für Denkmalpflege und hat sich auch ganz persönlich gekümmert, um das Schauspielhaus und um die Dome. Da war die Zusammenarbeit auf allen Ebenen gut, bis zu Gißke persönlich. Wobei ich das Glück hatte, dass ich mal eine Zeit lang mit Gißke zusammengearbeitet habe, als ich im Institut von Henselmann tätig war, bevor wir damals als Buchenwald-Kollektive unsere Arbeit aufnahmen. Da war ich ein gutes halbes Jahr bei Henselmann im Magistrat in diesem Institut tätig. Gerade zu der Zeit, als Henselmann die Bauten am Frankfurter Tor gemacht hat und so nah wie möglich an die Berliner Bauradition heranrücken wollte – die Türme haben ja so etwas Gontard'sches –, und in den Details ging es dann auch um den Berliner Spätbarock und Klassizismus. Ich war damals Leiter der Detail-Brigade und bin zusammen mit einer Fotografin überall in Berlin unterwegs gewesen. Zu der Zeit war Erhardt Gißke der Stellvertreter von Hermann Henselmann und war zuständig für Bautechnik/Bauproduktion. Wir waren also gewissermaßen zwei junge Leute bei Henselmann und waren auch bei Exkursionen manchmal miteinander unterwegs. So hatte ich immer einen Draht zu Gißke, er blieb mir persönlich befreundet. Was auch wichtig war in der Zeit, als die Nikolaikirche wieder instand gesetzt wurde. Gißke war ein ausgezeichneter Organisator und hat natürlich sehr viel auch auf sich bezogen, was seine Leute wie der Manfred Prasser dann machten. Und manchmal haben sie uns auch einen Streich gespielt: bei der farbigen Inneninstandsetzung der Nikolaikirche. Da hatten wir nicht recht Befund und haben an einigen Diensten und Pfeilern in der Kirche graue Farbe angewandt, ein wohlangepasstes, relativ farbiges Grau, und das ist dann über Nacht Weiß gestrichen worden. Grau sei zu pessimistisch.

F.K.: Wie war das bei dem Liebknecht-Portal, beim Einsetzen des Portals in das Staatsratsgebäude?

L.D.: Das fiel in eine Zeit, in der unser Institut für die Berliner Denkmalpflege noch gar nicht zuständig war. Eigenartiger Weise. Da war Ebert Oberbürgermeister und der hatte immer noch versucht, Berlin eine Sonderrolle zu geben, hatte die Zuständigkeit des Instituts für Denkmalpflege für Berlin verhindert. Damals waren erst Fritz Rothstein und dann Waltraud Volk gewissermaßen die Magistratsdenkmalpfleger. Die haben dann das Versetzen des Portals begleitet.

Als damals Ulbricht gerade den Abriss der Schlossruine betrieb, hat es natürlich genug Leute gegeben, die davon geredet haben: „Ja, da war doch dieser Balkon, auf dem der Liebknecht die Republik verkündet hat.“ Als das Staatsratsgebäude dann gebaut wurde, da erinnerte man sich dieser geborgenen Teile und hat sie an das Staatsratsgebäude drangesetzt – in die Flucht der Schlossfreiheit, die ja dann später als Straße keine Rolle mehr spielte. Sodass das Ding etwas seltsam am Staatsratsgebäude sitzt. Die frechen Berliner haben damals gesagt: „Sieht ja aus wie ein Rechenschieber!“. Im Übrigen ein sehr anständiger Bau, den der Roland Korn da gemacht hat. Damals in der Zeit der Rückkehr zur Moderne nach der NatiTradi-Periode.

F.K.: Ich habe in verschiedenen Publikationen gelesen, dass die *Sechzehn Punkte für Städtebau und Architektur* häufig als Grundlage dienten, um denkmalpflegerische Projekte ins Abseits zu bringen – aber auch das Gegenteil wird häufig beschrieben.

L.D.: Die *Sechzehn Punkte* gaben der Denkmalpflege einen gewissen Rückenwind. Als die dann zu Ende waren, begann für uns die kritischste Zeit. Also nicht 1952, sondern eher Ende der 1950er Jahre, und die 1960er Jahre waren die schlimmsten. Die 1970er Jahre gingen dann wieder.

F.K.: Ich habe jetzt nur noch eine abschließende Frage an Sie: Welche Bedeutung hatte ICOMOS für die DDR-Denkmalpflege?

L.D.: Die Internationalität der Denkmalpflege hat uns natürlich geholfen. Schon allein die Tatsache, dass unsere Funktionäre, wenn sie einen Staatsbesuch im Ausland unternahmen, zu Denkmälern geführt wurden, und dass umgekehrt, wenn sie Besuch hatten, auch Denkmale besichtigt wurden. Das hat schon die Aufmerksamkeit erhöht. Wir hatten ja schon vor der Generalkonferenz von 1984 eine ganze Reihe von Tagungen gemacht, über die dann auch in der Presse – bis zum *Neuen Deutschland* hoch – berichtet wurde. Wir hatten in den frühen 1970er Jahren mal eine Konferenz über die neue gesellschaftliche Nutzung historischer Bauten – ich glaube, 1974 –, die sehr gut besucht war. Wir haben uns immer an UNESCO-Themen angehängt. Dann spielten Jugendfragen für die UNESCO eine große Rolle und zu der Zeit haben wir 1977 eine große Tagung gemacht über Jugend und Denkmalpflege in Rostock. Hunderte von Gästen haben wir gehabt und natürlich in der DDR die Beteiligung verschiedenster Gruppen von Jugendlichen und Studenten, zum Beispiel: den Kasseturm in Weimar. Diese Veranstaltung in Rostock, bei der auch der Präsident des ICOMOS dabei war, die hatte schon eine

Dimension gehabt, ich glaube, so um die 400 Gäste. Der ICOMOS-Präsident sagte damals zu Heinz Gundlach, dem Ratsmitglied für Kultur in Rostock: „Das ist ja schon beinahe wie eine Generalversammlung.“ Woraufhin dieser sofort sagte: „Ja, ich lade Sie gerne ein zur nächsten Generalversammlung nach Rostock!“ Damit war gewissermaßen sieben Jahre vorher schon der Kurs auf diese Generalversammlung genommen worden. Nun war ICOMOS sehr darauf gerichtet, die Denkmalpflege der Welt zusammenzuführen und auch sehr geschickt den Kalten Krieg zu überbrücken. Der Gründungskongress war ja damals 1965 in Warschau und ist nachher eigentlich immer – eine Weile lang – zwischen Ost und West gependelt. So waren wir sehr willkommen, als wir dann 1981 in Rom eingeladen haben für 1984 nach – mittlerweile nicht mehr nur Rostock, sondern – Rostock und Dresden. Ein Bezirk alleine im Norden, das schien uns allen zu schmal und die Dresdener traten gern in Wettbewerb zu Rostock und dann haben die beiden Bezirke wirklich einen echten Wettbewerb geliefert. Das war eine sehr gut ausgestattete Generalkonferenz, die vielen Eindruck gemacht hat. Helmut Stelzer, der damals Sekretär des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR war und im Wesentlichen die Organisation getragen hat, hat soviel Eindruck gemacht, dass er dann zum Generalsekretär des ICOMOS gewählt worden ist. Es war ein Höhepunkt der Denkmalpflege. Die internationale Popularität und damit auch die nationale Popularität ist gewachsen. Also haben Sie völlig recht: Das war der Höhepunkt. Und zu der Zeit haben sich auch noch nicht die Kürzungen ausgewirkt. 1987 und 1988 waren auch für die Denkmalpflege Niedergangsjahre. Bis dahin war noch ein gewisser Aufwind da gewesen. Noch 1986 hatte der Minister für Kultur eine interministerielle theoretische Konferenz zur Denkmalpflege abgehalten, auf der auch der Bauminister gesprochen hat. Das war der letzte Höhepunkt, wenigstens ideologisch. Danach gab es dann Kürzungen der Beihilfemittel und es kam zu Schwierigkeiten bei Baukapazitäten. Na ja, das war dann der Niedergang der DDR überhaupt. Immer spielten natürlich auch Persönlichkeiten eine Rolle und wenn man sich so die Reihe der Minister anguckt, dann ist der letzte Minister der DDR, Hans-Joachim Hoffmann, der energischste gewesen, in seiner Funktion als oberster Denkmalpfleger.

F.K.: Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Anhang II: Personenübersicht

Name	Kurzcharakteristik
Achilles, Leopold	Hauptreferent, Abt. Kunstsammlungen und Denkmalpflege der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten Quelle: https://web.archive.org/web/20210703193253/https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/glossary/120 Wikidata: Q107381405
Adler, Fritz	26.04.1889–24.06.1970 Archivar, Museumsdirektor 1924–50 Museumsdirektor des Kulturhistorischen Museums Schwerin Quelle: http://d-nb.info/gnd/116008059 Wikidata: Q1465476
Asche, Sigfried	26.06.1906–16.02.1985 Kunsthistoriker, Museumsdirektor 1952–60 Direktor der Wartburg Stiftung Quelle: http://d-nb.info/gnd/124527043 Wikidata: Q15450792
Bachmann, Walter	08.05.1883–15.03.1958 Architekturhistoriker, Denkmalpfleger 1924–49 Sächsischer Landeskonservator Quelle: http://d-nb.info/gnd/132993562 Wikidata: Q2543499
Baier, Gerd	25.06.1924–13.06.2017 Kunsthistoriker, Denkmalpfleger Mitarbeiter der Außenstelle Nord II bzw. der Arbeitsstelle Schwerin des IfD, Leiter der Abteilung Forschung und Dokumentation des Schweriner Instituts Quelle: http://d-nb.info/gnd/135761921 Wikidata: Q17321920
Belz, Curt	Gebrauchsgrafiker, Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur Quelle: https://web.archive.org/web/20210703193253/https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/glossary/120 Wikidata: Q107382800

Name	Kurzcharakteristik
Berger, Hans	18.10.1919-? Architekt, Denkmalpfleger Leiter der Arbeitsstelle Halle des IfD Quelle: http://www.digiporta.net/pdf/IRS/Berger_941651222.pdf Wikidata: Q62594058
Blecha, Johanna	28.01.1916-22.03.2000 Stadträtin 1953-60 Sekr. des Magistrats; Stellv. des OB und Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Sport in Berlin Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/johanna-blecha Wikidata: Q9239647
Block, Otto	29.06.1901-16.12.1977 Architekt Quelle: http://d-nb.info/gnd/1175026050 Wikidata: Q28657484
Böcking, Max	Architekt 1947-52 Landeskonservator von Thüringen, im Anschluss Mitarbeiter am IfD in Berlin/Zentrale Quelle: http://d-nb.info/gnd/137534035 Wikidata: Q107382952
Brasch, Horst	23.12.1922-18.08.1989 SED-Parteifunktionär, Stellv. Minister für Kultur 1950-52 Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst im Land Brandenburg; 1963-89 Mitglied des ZK der SED; 1963-89 Abg. der Volkskammer; 1965-69 Staatssekretär und 1. Stellv. Minister für Kultur Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/horst-brasch Wikidata: Q1477239
Brückner, Erich	1881-1972 Architekt Vertrauensmann für Denkmalpflege Quelle: http://d-nb.info/gnd/135895650 Wikidata: Q93437359
Bolz, Lothar	03.09.1903-29.12.1986 Politiker 1949-53 Minister für Aufbau; 1950-67 Stellv. Ministerpräsident Quelle: http://d-nb.info/gnd/124381197 Wikidata: Q64812

Name	Kurzcharakteristik
Burghardt, Max	27.11.1893–22.01.1977 Intendant, Präsident des Kulturbundes 1947 Übersiedlung in die SBZ; 1954–59 Kandidat des ZK der SED; 1959–77 Mitglied des ZK der SED; 1967–78 Vorsitzender des Präsidialrates des Kulturbundes Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/max-georg-emanuel-burghardt Wikidata: Q1117518
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch	15.04.1894–11.09.1971 Parteichef der KPdSU 1958–64 Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion Quelle: http://d-nb.info/gnd/118638378 Wikidata: Q35314
Clasen, Karl-Heinz	09.07.1893–16.04.1979 Kunsthistoriker 1942–45 Beauftragter für Denkmalpflege in Mecklenburg; 1949/50 Professor der Kunstwissenschaft und Leiter des Casper-David-Friedrich-Instituts in Greifswald; 1951 Mitbegründer der Deutschen Bauakademie Quelle: http://d-nb.info/gnd/118676318 Wikidata: Q1729833
Dähn, Fritz	26.01.1908–15.09.1980 Maler 1952–55 Vorsitzender des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands, 1954–56 Leiter der HA Bildende Kunst im Ministerium für Kultur Quelle: https://web.archive.org/web/20210703194323/http://www.bildatlas-ddr-kunst.de/person/2 Wikidata: Q120970
Deiters, Ludwig	23.12.1921–26.04.2018 Architekt, Denkmalpfleger 1957–61 Konservator für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder; 1961–86 Generalkonservator des IfD der DDR; 1967 Honorarprofessor der HAB Weimar und der Hochschule für Bildende Künste Weißensee Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/ludwig-deiters Wikidata: Q1874295

Name	Kurzcharakteristik
Doehler, Peter	18.03.1924–2008 Architekt Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur an der Deutschen Bauakademie, Bezirksbaumeister in Frankfurt/Oder; Direktor des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Architektur an der HAB Weimar Quelle: http://www.digiporta.net/pdf/IRS/Doehler_191203874.pdf Wikidata: Q107389492
Ebert, Friedrich jr.	12.09.1894–04.12.1979 Politiker 1948–67 Oberbürgermeister von Ost-Berlin Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/friedrich-ebert Wikidata: Q61659
Englberger, Otto	17.08.1905–01.10.1977 Architekt 1953–70 Professor für Wohn- und Gesellschaftsbauten; 1954–57 Rektor der HAB Weimar Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/otto-englberger Wikidata: Q19513561
Fait, Joachim	01.04.1921–17.03.1993 Kunsthistoriker, Denkmalpfleger 1960–86 Mitarbeiter des IfD, Arbeitsstelle Berlin Quelle: http://d-nb.info/gnd/1055700056 Wikidata: Q50320818
Fechner, Herbert	27.08.1913–28.12.1998 Oberbürgermeister 1953–61 stellv. Oberbürgermeister von Berlin; 1967–74 Oberbürgermeister von Berlin Quelle: http://d-nb.info/gnd/1144739802 Wikidata: Q881278
Funk, Georg	03.04.1901–13.01.1990 Architekt, Stadtplaner 1949–68 Professor für Baurecht und Bauordnung an der TH Dresden/TU Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/1146562020 Wikidata: Q1330797

Name	Kurzcharakteristik
Gazzola, Piero	06.07.1908–14.09.1979 Architekt Mitbegründer von ICOMOS, Präsident von ICOMOS International Quelle: https://web.archive.org/web/20210703194649/http://ip51.icomos.org/~fleblanc/in-memoriam/gazzola-piero/im_gazzola-piero.html Wikidata: Q3903252
Gilsenbach, Reimar	16.09.1925–22.11.2001 Schriftsteller, Umweltschützer 1952–62 Redakteur der Zeitschrift „Natur und Heimat“; ab 1959 Chefredakteur Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/reimar-gilsenbach Wikidata: Q2140193
Gißke, Erhardt	02.03.1924–19.07.1993 Architekt 1955–58 stellv. Chefarchitekt; 1958–63 Stadtbaudirektor von Berlin Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/ehrhardt-gisske Wikidata: Q104368
Glaser, Gerhard	*15.02.1937 Architekt, Denkmalpfleger ab 1976 Mitarbeiter des IfD Dresden, Abteilung Bauleitung; 1982 Konservator und Arbeitsstellenleiter des IfD Dresden; 1993–2002 Sächsischer Landeskonservator und Präsident des Sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege Quelle: http://d-nb.info/gnd/121069982 Wikidata: Q1335858
Goralczyk, Peter	*17.03.1936 Kunsthistoriker, Architekt ab 1965 Mitarbeiter des IfD; 1975 Leiter der Arbeitsstelle Berlin (Bezirke: Potsdam, Frankfurt/Oder, Ost-Berlin); 1987–90 Generalkonservator des IfD der DDR; 1990–2001 Leiter der Abteilung Bauforschung im Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege Quelle: http://d-nb.info/gnd/110378407 Wikidata: Q107389615
Grotewohl, Otto	11.03.1984–21.09.1964 Politiker 1949–64 Ministerratspräsident bzw. Vorsitzender des Ministerrates Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/otto-emil-franz-grotewohl Wikidata: Q77210

Name	Kurzcharakteristik
Gysi, Irene	<p>10.03.1912–06.05.2007 Verlagsleiterin, Direktorin des DDR-Zentrums des Internationalen Theaterinstituts 1949–51 Leiterin des Verlags Kultur und Fortschritt Berlin; 1956–77 Leiterin der HV Internationale Beziehungen des MfK Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/irene-gysi Wikidata: Q104635292</p>
Gysi, Klaus	<p>03.03.1912–06.03.1999 Minister für Kultur, Staatssekretär für Kirchenfragen 1952–57 stellv. Abteilungsleiter und Leiter des Ressorts Dt. Lit.-Geschichte im Verlag Volk und Wissen in Berlin; 1956–65 als IM „Kurt“ beim MfS erf.; 1957–77 Mitgl. des Präs. des KB; 1958–62 Stadtverordneter in Berlin; 1966–73 Minister für Kultur, Mitglied des Ministerrats und der Kulturkommission beim Politbüro des ZK der SED Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/klaus-gysi Wikidata: Q90315</p>
Hager, Kurt	<p>24.07.1912–18.09.1998 Mitglied des Politbüros des ZK der SED 1954 Mitglied und ab 1955 Sekretär des ZK der SED; 1958–63 Kandidat; ab 1963 Mitglied des Politbüros u. Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/leonhard-kurt-hager Wikidata: Q95367</p>
Hagemann, Otto	<p>1884–1974 Fotograf Quelle: http://d-nb.info/gnd/188432663 Wikidata: Q107389626</p>
Hamann, Richard	<p>29.05.1879–09.01.1961 Kunsthistoriker, Begründer Bildarchiv Foto Marburg 1913–49 Ordinarius der Universität Marburg; 1947–57 Gastprofessor an der HU Berlin; Lehrstuhl für Kunstgeschichte, Mitglied der AdW; 1954 Gründung einer Arbeitsstelle für Kunstgeschichte an der AdW Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/richard-hamann Wikidata: Q105944</p>

Name	Kurzcharakteristik
Hass, Jochen	<p>Architekt Studentischer Mitarbeiter beim Wissenschaftlichen Aktiv als Student der HAB Weimar, später Mitarbeiter des IfD Berlin Quelle: Appendix zu Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, Berlin 2016, S. 36. Wikidata: Q107389637</p>
Helbig, Jochen	<p>*25.08.1927 Architekt, Denkmalpfleger, Zeichner zunächst freier Mitarbeiter des IfD Dresden, ab 1965 Festanstellung am IfD Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/119246511 Wikidata: Q24188544</p>
Heller, Irene	<p>20.03.1913–02.12.1986 Mitarbeiterin des ZK der SED Quelle: Traueranzeige der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte, in: Berliner Zeitung, 18. Dezember 1986, S. 11 und Ehrentafel, in: Neues Deutschland, 08.03.1957, S. 3. Wikidata: Q19959813</p>
Henselmann, Hermann	<p>03.02.1905–19.01.1995 Architekt 1947–50 Mitarbeiter am Institut für Bauwesen der AdW; 1952 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der DBA; 1953–59 Chefarchitekt von Groß-Berlin; 1964–66 Chefarchitekt im VEB Typenprojektion; 1966–70 Chefarchitekt im Institut für Städtebau und Architektur der DBA Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/hermann-henselmann Wikidata: Q66490</p>
Hentschel, Walter	<p>25.03.1899–22.12.1970 Kunsthistoriker 1924–45 Mitarbeiter des Sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege in Dresden; 1948 zunächst freiberuflicher Wissenschaftler; 1950 Oberassistent am Institut für Kunstgeschichte der TH Dresden bei Eberhard Hempel; 1951 Lehrauftrag für „Kunstgeschichte Sachsens und Denkmalpflege“; 1953 Professor mit Lehrauftrag für Kunstgeschichte und Denkmalpflege“; 1955 Inhaber eines Lehrstuhls für Kunstgeschichte und Denkmalpflege an der TH Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/161106749 Wikidata: Q1117293</p>

Name	Kurzcharakteristik
Herzog, Rudi	Referent des ZK-Sekretärs Paul Wandel Quelle: Bettina Hinterthür: Noten nach Plan. Die Musikverlage in der SBZ/DDR, Stuttgart 2006, S. 367. Wikidata: Q107389646
Hiecke, Robert	26.11.1876–15.12.1952 Denkmalpfleger 1908–18 Konservator der Baudenkmäler in der Provinz Sachsen; 1918–33 Leiter der Staatlichen Denkmalpflege Preußens; ab 1934 Ministerialdirigent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Quelle: http://d-nb.info/gnd/139900888 Wikidata: Q2157551
Hoffmann, Ernst	19.09.1909–01.10.1984 Mitarbeiter MfK, Abteilungsleiter im ZK der SED 1952–54 Leiter der HA Bildende Kunst in der Staatl. Kommission für Kunstangelegenheiten; 1954–59 Leiter der HA Kulturelle Massenarbeit bzw. der HA Örtl. Organe, Inspektion u. Grundsatzfragen des MfK Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/ernst-hoffmann Wikidata: Q27877112
Honecker, Erich	25.08.1912–29.05.1994 Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzender 1958 Mitgl. des Politbüros und Sekretär des ZK der SED verantw. für Sicherheitsfragen und Kaderfragen; 1971 Erster Sekretär des ZK der SED; ab 1976 Generalsekretär Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/erich-honecker Wikidata: Q2607
Hopp, Hanns	09.02.1890–21.02.1971 Architekt, Hochschullehrer 1946 Leiter der Kunstschule Burg Giebichenstein in Halle/Saale; 1947–50 Mitglied des Instituts für Bauwesen der AdW; 1946–47 Landesvorsitzender des Kulturbundes in Sachsen-Anhalt Quelle: http://d-nb.info/gnd/121831450 Wikidata: Q214888
Hütter, Elisabeth	1920–2015 Kunsthistorikerin, Denkmalpflegerin Mitarbeiterin am Institut für Denkmalpflege Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/136185649 Wikidata: Q94776680

Name	Kurzcharakteristik
Junker, Wolfgang	<p>23.02.1929–09.04.1990 Minister für Bauwesen 1961–63 Stellv. bzw. Erster Stellv. des Min. und 1963–89 Minister für Bauwesen; 1967 Kandidat, 1971–89 Mitglied des ZK der SED; 1968 Mitglied der DBA Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/wolfgang-junker Wikidata: Q2590122</p>
Kaiser, Konrad	<p>Stellv. Leiter des Wissenschaftlichen Aktivs Quelle: http://d-nb.info/gnd/101044526. Sowie: Appendix zu Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, Berlin 2016, S. 37. Wikidata: Q19754001</p>
Klemm, Bernhard	<p>15.07.1916–16.04.1995 Architekt, Denkmalpfleger, Hochschullehrer 1951 Assistent und ab 1952 Oberassistent am Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen von Hochbauten der TH Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/102556653X Wikidata: Q825442</p>
Kneschke, Karl	<p>28.01.1898–15.02.1959 Bundessekretär Kulturbund 1946–51 Sächsischer Landessekretär des Kulturbunds; 1949–51 Präsidialrat; 1950–57 Bundessekretär bzw. Erster Bundessekretär des Kulturbundes; 1951–57 Mitgl. des Präsidialrats, 1953–59 Chefredakteur der Kulturbund-Zeitschrift „Natur und Heimat“ Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/karl-kneschke Wikidata: Q15455487</p>
Knorr, Heinz Arno	<p>09.06.1909–22.10.1996 Heimatspfleger, Prähistoriker 1957–61 Lehrauftrag für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Halle-Wittenberg; 1961–69 Professor mit Lehrauftrag für Vor- und Frühgeschichte und Museumskunde an der Philosophischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1954–60 Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes, 1954–61 Direktor der Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur mit Sitz in Halle/Saale Quelle: http://d-nb.info/gnd/138375046 Wikidata: Q15444956</p>

Name	Kurzcharakteristik
Kurella, Alfred	<p>02.05.1895–12.06.1975 Kulturfunktionär ab 1957 Mitglied des Präsidialrats des Kulturbundes; 1957–63 Leiter der Kulturkommission beim Politbüro des ZK der SED; ab 1958 Mitglied der Volkskammer, Mitglied des ZK der SED u. 1958–63 Kandidat des Politbüros Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/alfred-kurella Wikidata: Q78214</p>
Küttler, Bodo	<p>Regierungsbaurat und Regierungsbaumeister ab 1953 Leiter des Fachreferats für Denkmalpflege beim Magistrat von Berlin Quelle: LAB, C Rep. 121 Wikidata: Q107389660</p>
Kwasnitza, Lothar	<p>30.04.1929–23.08.1982 Architekt Wissenschaftlicher Mitarbeiter der DBA; ab 1965 Architekt beim Berlin Projekt (später geändert in Industriebau Berlin IHB) Quelle: http://www.digiporta.net/pdf/IRS/Kwasnitza_381824784.pdf Wikidata: Q976810</p>
Lade, Kurt	<p>1905–1973 Werbegrafiker im Londoner Exil Mitglied des Freien Deutschen Kulturbundes (FDKB) und bis 1941 Sekretär der Sektion Bildende Künstler des FDKB; 1948 Rückkehr nach Deutschland; 1950–53 Stellv. Direktor der Deutschen Akademie der Künste (AdK), Mai/Juni 1955–Dezember 1957 Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege Quelle: http://d-nb.info/gnd/132713047 Wikidata: Q94936994</p>
Lemaire, Raymond	<p>28.05.1921–13.08.1997 Kunsthistoriker Generalsekretär von ICOMOS International, Mitbegründer ICOMOS Quelle: https://web.archive.org/web/20200807214200https://www.icomos.org/en/what-we-do/image-what-we-do/361-raymond-lemaire-fund-fond-raymond-lemaire Wikidata: Q2200652</p>

Name	Kurzcharakteristik
Liebknecht, Kurt	<p>26.03.1905–06.01.1994 Architekt, Präsident der Deutschen Bauakademie 1948 Rückkehr nach Deutschland; 1949 Hauptabteilungsleiter für Fragen des Entwurfs in der HV Bauwesen der DWK; 1949 Direktor des Inst. für Städte u. Hochbau im MfA; 1951 Ernennung zum Professor und Mitglied des künstler.-wiss. Rats des Min. für Kultur; April 1951–61 Präs. der DBA; 1954–63 Mitgl. des ZK der SED; 1961/62 Dir. des Inst. für Theorie u. Geschichte der Architektur der DBA Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/kurt-liebknecht Wikidata: Q14913039</p>
Lingner, Reinhold	<p>27.06.1902–01.01.1968 Garten- und Landschaftsarchitekt 1945 Leiter des Hauptamts für Grünpflanzung beim Magistrat von Groß-Berlin; Planung im Arbeitsstab von Hans Scharoun; 1947–50 Leiter der Abt. Landschaft des Inst. für Bauwesen der DAW; 1950–58 Leiter der Abt. Grünplanung des Inst. für Städtebau und Landesplanung der DBA; 1961 Professur an der Humboldt-Universität Berlin; 1962 Leiter des Inst. für Gartengestaltung und der Fachrichtung Garten- und Landeskultur an der HU Berlin; 1962–67 Professor für Gartengestaltung an der HU Berlin Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/reinhold-lingner Wikidata: Q2141465</p>
Löffler, Fritz	<p>12.09.1899–15.05.1988 Kunsthistoriker, Denkmalpfleger 1951–53 Mitarbeiter der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden; 1954–67 Denkmalpfleger am IfD, Arbeitsstelle Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/119275252 Wikidata: Q107195</p>
Magirus, Heinrich	<p>01.02.1934–13.06.2021 Kunsthistoriker, Denkmalpfleger ab 1958 Mitarbeiter des IfD Dresden; 1989 Professur an der Hochschule für Bildende Künste Dresden; ab 1991 Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; 1994–99 Landeskonservator von Sachsen Quelle: http://d-nb.info/gnd/119318253 Wikidata: Q1598243</p>

Name	Kurzcharakteristik
Mansfeld, Heinz	03.06.1899–03.05.1955 Denkmalpfleger, Kunsthändler 1949–52 Landeskonservator für Bau- und Kunstdenkmale und Leiter des Landesamts für Denkmalpflege in Schwerin; ab 1949 Direktor des Landesmuseums in Schwerin Quelle: Mitteilungen für die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin, H. 5 (1959), S. 1–2. Wikidata: Q55266930
Marconi, Bohdan	14.01.1894–15.01.1975 polnischer Maler, Restaurator, Denkmalpfleger Quelle: http://d-nb.info/gnd/1047784734 Wikidata: Q890753
Mächler, Martin	22.02.1881–13.12.1958 Architekt, Stadtplaner Quelle: http://d-nb.info/gnd/118826646 Wikidata: Q107389682
Mickin, Walter	31.08.1910–16.07.2001 Architekt und SED-Funktionär 1951 Kulturdirektor; später Direktor des VEB Projektierung; ab 1972 Zweiter Sekretär und 1980–85 politischer Mitarbeiter des Bundes der Architekten der DDR Quelle: http://www.digiporta.net/index.php?id=85519764 Wikidata: Q1335074
Mielke, Friedrich	20.09.1921–30.09.2018 Architekt, Denkmalpfleger, Hochschullehrer 1949 nebenberuflicher Mitarbeiter des Landesamtes für Denkmalpflege in Schwerin; 1951 Architekt im Landesamt für Denkmalpflege in Schwerin; 1952 Architekt im Landesamt für Denkmalpflege in Potsdam; 1953–58 Berater des Stadtbauamtes Potsdam bei allen denkmalpflegerischen Bauvorhaben im historischen Altstadtgebiet; 1955 Mitarbeiter am IfD Berlin, zuständig für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder; 18.05.1958 Flucht aus der DDR; ab Dez. 1958 Wissenschaftlicher Assistent von Prof. Dr. phil. Fritz Baumgart, Lehrstuhl für Kunstgeschichte der TU Berlin, 1966–80 Mitglied bei ICOMOS; 1969 apl. Professor der TU Berlin; ab 1971 Professor an der TU Berlin Quelle: Archiv der TU Berlin, Nachlass Mielke Wikidata: Q1461157

Name	Kurzcharakteristik
Mittag, Günter	<p>08.10.1926–18.03.1994 Mitglied des Politbüros des ZK der SED 1958 Kand. des ZK der SED; 1958–61 Sekretär d. v. Erich Apel geleiteten Wirtschaftskommission beim PB des ZK; 1961/62 Sekretär des Volkswirtschaftsrats; ab Juni 1962 Mitglied des ZK der SED u. (bis Sept. 1973) Sekretär für Wirtschaft (Nachf. v. Erich Apel); seit dem VI. Parteitag Jan. 1963 Kandidat u. Sept. 1966–Okt. 1989 Mitglied des Politbüros; 1962–89 Mitglied des Forschungsrats; 1963–66 Leiter des Büros für Industrie u. Bauwesen des ZK der SED Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/guenter-mittag Wikidata: Q75709</p>
Müller, Gottfried	<p>Architekt 1945–52 Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege in Potsdam, im Anschluss daran bis 1957 Konservator der Arbeitsstelle Nord I für die Regionen Potsdam, Frankfurt/Oder Quelle: http://d-nb.info/gnd/1122780427 Wikidata: Q107389689</p>
Müther, Hans	<p>01.08.1907–16.06.1996 Architekt, Denkmalpfleger 1945 freier Architekt in Rostock; 1952–54 Mitarbeiter am Institut für Theorie und Geschichte der DBA; 1954–60 Mitarbeiter des IfD Berlin/Zentrale; 1961 Angestellter der Stadtverwaltung Uelzen; 1962 Städtischer Baurat; ab 1963 Städtischer Oberbaurat in Uelzen Quelle: Grete Grewolls: Wer war wer in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 2011, S. 6910. Wikidata: Q107389697</p>
Möller, Roland	<p>14.06.1935–20.12.2017 Restaurator und Hochschullehrer Begründer der Fachrichtung „Wandmalerei und Architekturfarbigkeit“ an der HfBK Dresden Quelle: https://web.archive.org/web/20210227182320 https://www.restauratoren.de/prof-roland-moeller-1935-2017-ein-nachruf/ Wikidata: Q107389704</p>
Nadler, Hans	<p>01.07.1910–08.10.2005 Architekt, Denkmalpfleger ab 1945 Mitarbeiter des Sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege; 1949–52 Landeskonservator von Sachsen, danach Leiter des Instituts für Denkmalpflege Dresden Quelle: http://d-nb.info/gnd/132039486 Wikidata: Q1569282</p>

Name	Kurzcharakteristik
Namslauer, Hugo	24.05.1922–08.01.1999 Gartenbauingenieur, Denkmalpfleger 1950 Gartentechniker beim Magistrat von Berlin; 1954–58 Mitglied des Kollektivs Buchenwald; 1954–59 Mitarbeit Gedenkstätte Ravensbrück; 1961–87 Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege, Leiter der Abteilung Historische Garten- und Parkanlagen Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hugo-namslauer Wikidata: Q107407297
Näther, Joachim	11.03.1925–2009 Architekt 1964–1974 Chefarchitekt von Ost-Berlin Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischedatenbanken/joachim-naether Wikidata: Q1690346
Ohle, Walter	01.09.1904–17.02.1971 Kunsthistoriker, Denkmalpfleger ab 1952 Leiter der Arbeitsstelle Nord II bzw. ab 1956 der Arbeitsstelle Schwerin des IfD Quelle: http://d-nb.info/gnd/138971633 Wikidata: Q1423711
Paulick, Richard	07.11.1903–04.03.1979 Architekt, Stadtplaner 1951 Mitglied der DBA, Direktor des Instituts für Wohnbauten, Leiter des Aufbaustabs Stalinallee in Berlin, Projekt Block C-Nord und C-Süd; 1955–65 Vizepräsident der DBA; 1959–63 Chefarchitekt von Hoyerswerda, 1962–66 Chefarchitekt von Schwedt und 1964–68 Chefarchitekt von Halle-Neustadt Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/katalogedatenbanken/biographische-datenbanken/richard-paulick Wikidata: Q2150348
Piana, Theo	Schriftsteller Leiter der Abt. Kunstsammlung und Denkmalpflege der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten Quelle: http://d-nb.info/gnd/116176814 Wikidata: Q107389710

Name	Kurzcharakteristik
Pieck, Wilhelm	<p>03.01.1876–07.09.1960 Politiker, Präsident der DDR 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl (SPD) Vorsitzender der SED; 1949 Präsident der DDR Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/wilhelm-friedrich-wilhelm-reinhold-pieck Wikidata: Q65917</p>
Pischner, Hans	<p>20.2.1914–15.10.2016 Musiker, Musikwissenschaftler, Präsident des Kulturbunds 1954–56 Leiter der HA Musik im MfK; 1956–63 stellv. Minister für Kultur Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/hans-pischner Wikidata: Q1534569</p>
Polenz, Serafim	<p>22.05.1925–07.05.2001 Architekt und Denkmalpfleger ab 1956 Mitarbeiter des IfD Schwerin und Stellv. von Walter Ohle; ab 1971 Leiter der Arbeitsstelle Schwerin des IfD Quelle: http://d-nb.info/gnd/1148917616 Wikidata: Q45846289</p>
Rackwitz, Werner	<p>03.12.1929–14.03.2014 Stellv. Minister für Kultur, Intendant der Komischen Oper Berlin 1963–69 Leiter der Abt. Musik im MfK; 1969–81 Stellv. des Ministers für Kultur Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/werner-rackwitz Wikidata: Q15973031</p>
Rave, Paul Ortwin	<p>03.12.1929–14.03.2014 Stellv. Minister für Kultur, Intendant der Komischen Oper Berlin; 1963–69 Leiter der Abt. Musik im MfK; 1969–81 Stellv. des Ministers für Kultur Quelle: http://d-nb.info/gnd/118749374 Wikidata: Q1715301</p>
Räder, Hermann	<p>06.07.1917–11.1984 Architekt und Hochschullehrer Professor für Städtebau und Entwerfen an der HAB Weimar Quelle: http://www.digiporta.net/pdf/IRS/Raeder_270974189.pdf Wikidata: Q94852608</p>

Name	Kurzcharakteristik
Rieck, Käthe	17.02.1902–23.08.2004 Kunsthistorikerin 1950–1962 Direktorin des Kulturhistorischen Museums Stralsund, ehrenamtliche Denkmalpflegerin in Stralsund Quelle: http://d-nb.info/gnd/126831262 Wikidata: Q1688252
Rothstein, Fritz	16.12.1909–20.12.1996 Architekt, Denkmalpfleger 1956–61 leitender Fachredakteur der „Deutschen Architektur“; 1962–65 Pressereferent, Informationsingenieur und Lektor in der Deutschen Bauinformation der DBA; 1965–74 Hauptreferent für Denkmalpflege beim Berliner Magistrat Quelle: Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein Wikidata: Q107389774
Seegebrecht, M.	Verwaltungsleiter des Instituts für Denkmalpflege Berlin/Zentrale Quelle: AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Bl. 28. Wikidata: Q83381629
Scharoun, Hans	20.09.1893–25.11.1972 Architekt 1945–46 Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen beim Berliner Magistrat; 1947 Professur für Städtebau an der Fakultät für Architektur an der TU Berlin; 1947–50 Mitglied des Instituts für Bauwesen der AdW Quelle: Hoh-Slödczyk, Christine, „Scharoun, Hans“ in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 576–578 [Online-Version], https://www.deutsche-biographie.de/pnd118606565.html#ndbcontent Wikidata: Q57481
Scheper, Hinnerk	06.09.1897–05.02.1957 Farbgestalter, Fotograf, Denkmalpfleger 1945–52 Konservator und Leiter des Amtes für Denkmalpflege in Berlin für Erhalt und Wiederaufbau kriegsbeschädigter Bau- und Kunstdenkmäler; ab 1952 Lehrauftrag für Denkmalpflege an der Technischen Universität Berlin; 1953–57 Landeskonservator von Berlin Quelle: https://web.archive.org/web/20100316062946 https://www.bauhaus.de/bauhaus1919/biographien/hinnerk_scheper.html Wikidata: Q1296289

Name	Kurzcharakteristik
Schmidt, Emil	<p>Architekt, Hochschullehrer an der HAB Weimar</p> <p>Quelle: Mark Escherich: Zur Schülerschaft und Wirkung der Weimarer Architekturschule unter Paul Schultze-Naumburg und seinen Nachfolgern, S. 177-188, in: Hans-Rudolf Meier/Daniela Spiegel (Hrsg.): Kulturreformer. Rassenideologie. Hochschuldirektor. Der lange Schatten des Paul Schultze-Naumburg, Heidelberg 2018, hier S. 185. Wikidata: Q107390349</p>
Schmidt, Hans	<p>10.12.1893–18.06.1972</p> <p>Architekt und Architekturtheoretiker</p> <p>1913–17 Studium der Architektur in München; 1917/18 Studium an der ETH Zürich; 1922–30 Architekt in Basel; 1928 Mitbegründer des CIAM; 1943–55 Mitglied der verbotenen KP der Schweiz; 1956 Chefarchitekt am Inst. für Typung beim MfA; 1958–61 Direktor des Instituts für Theorie u. Gesch. der Baukunst an der DBA, 1962–69 Chefarchitekt des Instituts für Städtebau u. Architektur der DBA; 1969 Pensionierung, Rückkehr nach Basel</p> <p>Quelle: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hans-schmidt</p> <p>Wikidata: Q1582336</p>
Schmidt, Waldemar	<p>1953–63 Ständige Stellvertrende des Oberbürgermeisters;</p> <p>1963–65 Abteilungsleiter im Büro des Ministerrates der DDR</p> <p>Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/waldemar-paul-schmidt</p> <p>Wikidata: Q15853408</p>
Schifner, Kurt	<p>Mitarbeiter, Hauptabteilung Bildende Kunst der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten</p> <p>Quelle: https://web.archive.org/web/20210703193253https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/glossary/120</p> <p>Wikidata: Q107390431</p>
Schubert, Wolf	<p>1903–1977</p> <p>Denkmalpfleger, Kunsthistoriker</p> <p>1952–59 Leiter des Instituts für Denkmalpflege Halle/Saale;</p> <p>ab 1961 Leiter der Arbeiten an den Denkmalen von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert in der DDR</p> <p>Quelle: Heinrich Magirius: Wolf Schubert anlässlich seines 100. Geburtstages zum Gedächtnis, in: Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt 2003, H. 2. Wikidata: Q93861240</p>

Name	Kurzcharakteristik
Schütze, Theodor	15.01.1900–16.04.1986 Lehrer, Heimatforscher, ehrenamtlicher Denkmalpfleger Quelle: http://d-nb.info/gnd/106258869 Wikidata: Q1404164
Schoder, Hans	Denkmalpfleger Leiter der Erfurter Arbeitsstelle des IfD Quelle: BArch, DR 1/8028, fol. 141–143, Protokoll v. 20.03. u. 21.03.1956. Wikidata: Q107390440
Scholze, Hans	31.05.1920–23.05.1978 Architekt und Denkmalpfleger 1959–76 Mitarbeiter am IfD, Arbeitsstelle Dresden sowie Stellv. von Hans Nadler Quelle: http://d-nb.info/gnd/126593507 Wikidata: Q1579260
Schwarzenberger, Ute	Kunsthistorikerin, Denkmalpflegerin Mitarbeiterin des IfD Berlin/Nord I, ab 1971 Leiterin des Büros des Generalkonservators des IfD Quelle: BLDAM, L 6/3, Protokoll zur Sitzung vom 20.09.1962 in Berlin Wikidata: Q107390456
Starck, Heinrich	1908–1955 Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen, Magistrat von Berlin Quelle: Henriette Heischkel: Bauen in West-Berlin 1949–1963. Die Rolle der Bauverwaltung im Spannungsfeld von Kunst und Politik, Berlin 2018, S. 312. Wikidata: Q107390472
Stalin, Josef	1878–1953 Politiker, Regierungschef 1922–53 Generalsekretär des ZK der KPdSU; ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Regierungschef); ab 1946 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR; 1941–45 Oberster Befehlshaber der Roten Armee Quelle: http://d-nb.info/gnd/118642499 Wikidata: Q855
Stegmann, Leo	20.12.1903–14.02.1985 Architekt Studium der Architektur an der TH Hannover u. TH München; 1928/29 tätig im Büro von Otto Rudolf Salvisberg, später Regierungsbaumeister u. Bauleiter in versch. Industrieunternehmen (u.a. Junkers u. Argus Motorenwerke); 1945 zunächst freier Architekt u. Dozent an der Staat- lichen Hochschule für Baukunst in Weimar, Mitglied der Bauakademie Quelle: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Nr. 3075. Wikidata: Q107390492

Name	Kurzcharakteristik
Stelzer, Helmut	<p>*11.02.1940 Architekt, Denkmalpfleger Leiter der Arbeitsstelle Halle/Saale des IfD nach Wolf Schubert und Hans Berger; Generalsekretär des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR Quelle: BLDAM, L 6/2, Protokoll vom 15.04.1971. Wikidata: Q107390516</p>
Stransky, Herbert	<p>Gartenbauingenieur 1949–51 Angestellter bei der Abteilung Staatlicher Gärten in Pillnitz und Dresden; 1953 Gartenbautechniker am IfD Berlin/Zentrale mit Zuständigkeit für historische Park- und Gartenanlagen Quelle: BLDAM, IfD Teilbestand Leitung, ID-Nr. 3, vorl. Nr./Kiste: L 1/3. Wikidata: Q107390525</p>
Strauss, Gerhard	<p>27.10.1908–16.11.1984 Kunsthistoriker Leiter des Wissenschaftlichen Aktivs, von August 1950 bis März 1951 Beauftragter für Denkmalpflege des Ministeriums für Aufbau; 1951–53 Stellv. Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der DBA; 1953–58 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der DBA; ab 1958 Professor für Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Nachfolger von Richard Hamann Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/gerhard-strauss Wikidata: Q88656932</p>
Stroux, Johannes	<p>25.08.1886–25.08.1954 Altphilologe 1946/47 Rektor der Universität Berlin; 1946–51 Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften; 1951–54 Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/johannes-stroux Wikidata: Q1323921</p>
Swoboda, Carl	<p>01.07.1896–04.08.1978 Volkskundler, ehrenamtlicher Denkmalpfleger in Schirgiswalde Quelle: http://d-nb.info/gnd/113579023X Wikidata: Q23566143</p>

Name	Kurzcharakteristik
Tausendschön, Kurt	Architekt, Denkmalpfleger Mitarbeiter des IfD Berlin/Zentrale und Stellv. Generalkonservator des IfD Quelle: BStU, MfS BV Halle, VIII 582/74. Wikidata: Q107390538
Timm, Heinrich	Vertrauensmann für Denkmalpflege, Teterow Quelle: Mitteilungen an die Vertrauensleute (1958), Nr. 3. Wikidata: Q107390556
Thiele, Gerhard	Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Militärgeschichte im Museum für Deutsche Geschichte und als Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR im Institut für Denkmalpflege für die historischen Denkmale zuständig Quelle: BArch, DY 27/439. Wikidata: Q107390577
Ulbricht, Walter	30.06.1893–01.08.1973 1. Sekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrats 1949–55 Stellv., 1955–60 Erster Stellv. des Vors. des Ministerrats; 1950–53 Generalsekretär und von 1953–71 Erster Sekretär des ZK Quelle: https://www.bundesstiftungaufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographischdatenbanken/walter-ernst-paul-ulbricht Wikidata: Q2628
Viering, Paul	1888–08.02.1966 Architekt und Provinzialkonservator von Pommern sowie Landeskonservator von Mecklenburg-Vorpommern Quelle: Mitteilungen des IfD Schwerin, Nr. 18, 1968, S. 74–75. Sowie: http://d-nb.info/gnd/105194712X Wikidata: Q100230400
Voigt, Bruno	20.09.1912–14.10.1988 Maler, Grafiker und Museumsdirektor Quelle: http://d-nb.info/gnd/174375646 Wikidata: Q50413960

Name	Kurzcharakteristik
Volk, Waltraud	<p>22.10.1924–07.02.1996 Kunsthistorikerin 1948–53 Studium der Kunstgeschichte an der HU Berlin, studentische Mitarbeiterin im Wissenschaftlichen Aktiv; 1952–57 Mitarbeiterin am Institut für Theorie und Geschichte der DBA; 1957–63 Hauptreferentin für Denkmalpflege beim Magistrat von Berlin; 1964–66 Aspirantur an der HU Berlin; 1966–86 Mitarbeiterin am Institut für Städtebau und Architektur der BDA Quelle: LVMB, Nachlass Waltraud Volk Wikidata: Q107390594</p>
Wagenbreth, Otfried	<p>07.04.1927–25.05.2017 Geologe, Montanhistoriker ab 1962 Dozentur für Geologie und technische Gesteinskunde an der HAB Weimar, Mitglied des Kulturbundes Quelle: http://d-nb.info/gnd/119260271 Wikidata: Q2036807</p>
Weidhaas, Hermann	<p>01.09.1903–03.07.1978 Architekt, Kunsthistoriker, Denkmalpfleger Mitglied des Wiss. Aktivs; ab 1949 Hochschulprofessor für Denkmalpflege der Abteilung Baukunst; ab 1955 Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Denkmalpflege an der HAB Weimar Quelle: Deutsche Biographie, https://www.deutsche-biographie.de/pnd117239852.html Wikidata: Q55675178</p>
Zachwatowicz, Jan	<p>04.03.1900–18.08.1983 polnischer Kunsthistoriker, Architekt, Denkmalpfleger, Generalkonservator der Volksrepublik Polen Quelle: http://d-nb.info/gnd/128375604 Wikidata: Q454765</p>
Zander, Dieter	<p>Architekt und Denkmalpfleger Mitarbeiter der Arbeitsstelle Schwerin des IfD, bis 2003 Landeskonservator von Mecklenburg-Vorpommern Quelle: Denkmalschutz und Denkmalpflege in Mecklenburg-Vorpommern (2002), H. 9, S. 1. Wikidata: Q98059287</p>

Geschichtswissenschaft



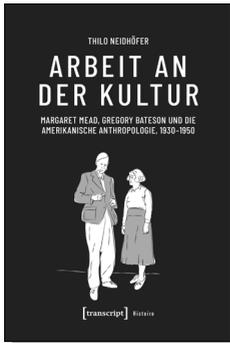
Thomas Etzemüller

**Henning von Rittersdorf:
Das Deutsche Schicksal**
Erinnerungen eines Rassenanthropologen.
Eine Doku-Fiktion

September 2021, 294 S., kart., Dispersionsbindung
35,00 € (DE), 978-3-8376-5936-8

E-Book:

PDF: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5936-2



Thilo Neidhöfer

Arbeit an der Kultur
Margaret Mead, Gregory Bateson
und die amerikanische Anthropologie, 1930-1950

Juni 2021, 440 S., kart., Dispersionsbindung, 5 SW-Abbildungen
49,00 € (DE), 978-3-8376-5693-0

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5693-4



Norbert Finsch

Der Widerspenstigen Verstümmelung
Eine Geschichte der Klitteridektomie im »Westen«,
1500-2000

Mai 2021, 528 S.,
kart., Dispersionsbindung, 30 SW-Abbildungen
49,50 € (DE), 978-3-8376-5717-3

E-Book:

PDF: 48,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5717-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geschichtswissenschaft



Frank Jacob

Freiheit wagen!

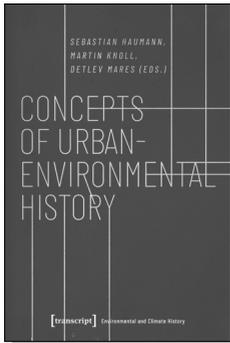
Ein Essay zur Revolution im 21. Jahrhundert

April 2021, 88 S., kart., Dispersionsbindung

9,90 € (DE), 978-3-8376-5761-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5761-0



Sebastian Haumann, Martin Knoll, Detlev Mares (eds.)

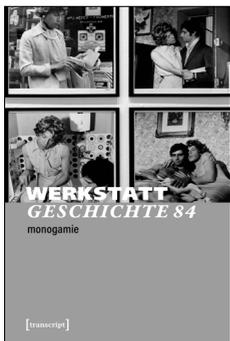
Concepts of Urban-Environmental History

2020, 294 p., pb., ill.

29,99 € (DE), 978-3-8376-4375-6

E-Book:

PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4375-0



Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hg.)

WerkstattGeschichte

2021/2, Heft 84: Monogamie

September 2021, 182 S.,

kart., Dispersionsbindung, 4 Farbbildungen

22,00 € (DE), 978-3-8376-5344-1

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5344-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

